HEINRICH L. SANDEN

DIE WELT DER TAUSEND VÖLKER

Erkundungsreise in die Wirklichkeit

HEINRICH L. SANDEN

DIE WELT DER TAUSEND VÖLKER

ERKUNDUNGSREISE IN DIE WIRKLICHKEIT

DRUFFEL-VERLAG
LEONI AM STARNBERGER SEE

Schutzumschlag und Kartenskizzen: Hasso Freischlad

Bilder: Keystone, Süddeutscher Verlag, Ullstein-Bilderdienst und Eigenaufnahmen des Verfassers

1969

 · Druck: Mercurius P. V. B. A. Antwerpen · Printed in Belgium

Die Welt, wie sie wirklich ist: die Vielvölkermenschheit in ihrer tausendfältigen Buntheit, in ihren eingeprägten Widersprüchen und doch auch in ihren gemeinsamen Lebensfragen umrißhaft zu sehen und womöglich zu begreifen

– das war das Anliegen der weitausgreifenden Reisen, an denen nachdenklich teilzunehmen der Leser dieses Buches eingeladen ist.

Erlebnis und Bericht datieren aus den 60er Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts, also aus einer Zeit *nach* weltweiten Katastrophen und *vor* neuen Entscheidungen.

*

Vor fast siebenhundert Jahren hatte ein venezianischer Kaufmannssohn, als er – von vieljähriger abenteuerlicher Reise zurückgekehrt – die Völker des fernen Ostens nicht nur als „heidnische Barbaren" schilderte, sich des lauten Widerspruches seiner Zeitgenossen zu erwehren. Um seines Seelenheiles willen wurde der Schreiber vor seinem Tode von Freunden gedrängt, zu widerrufen, was er der Nachwelt hinterlassen wollte. Marco Polo freilich blieb guten Gewissens dabei, er habe ein „Buch der Wahrheit" geschrieben.

Heute ist es kein Abenteuer mehr, den Erdball zu bereisen – und doch hat ein Bericht wie dieser mit Unverständnis zu rechnen. Der Aberglaube unserer Zeit ist dem des Mittelalters entgegengesetzt. „Eine" – als „einheitlich" gedachte – Welt und „eine" – als „gleich" geschilderte – Menschheit sind der Traum der Gegenwart, obwohl unsere gefestigte Einsicht in die Gesetze des Lebens uns belehren müßte, daß solche Wunschvorstellungen vielleicht eine weit zurückliegende Vergangenheit widerspiegeln mögen, aber längst nicht mehr die Gegenwart oder gar die Zukunft bezeichnen.

Seit Jahrmillionen hat sich auf dieser unserer alten Erde alles Lebendige – und schließlich auch die Menschenwelt – in eine grandiose Vielzahl von Erscheinungen gegliedert. *Diese* Tatsachen zu erkennen, sie anzuerkennen und sie mit Verstand zu meistern: *darauf* kommt es heute an*. Derzeit noch – aber angesichts des nicht mehr aufhaltbaren Durchbruchs biopolitischen Denkens: nicht mehr lange – gilt als „Ketzer", wer die „tausend Völker" so sehen will, wie sie *sind*; wer sie dabei in all ihrer *Verschiedenheit* dennoch in ein künftiges Weltbild einzuordnen sucht.

Dem Widerspruch, der ihn erwartet, setzt der Autor den schlichten Satz entgegen: daß auch er das, was er sah, erfuhr und bedachte, in ein „Buch der Wahrheit" zu fassen sich bemüht hat.

---

* Zur Frage WAS MUSS GESCHEHEN? bereitet der Autor eine zusammenfassende Schrift vor. Der aufmerksame Leser des vorliegenden Berichtes wird manche Antwort bereits angedeutet finden.

ERSTES BUCH

Ägyptische Tatsachen — arabische Vision

Der Millionen-Flughafen

Das Wunder der schnellen Flugzeuge ist – wie alle Wunder – unzuverlässig. Die Ingenieure von heute entsenden zwar Weltraumschiffe zum Mond, aber gegen Bodennebel auf unserer Erde sind sie immer noch machtlos. Statt morgens um 10 Uhr in München zu starten, hebt sich die Maschine endlich gegen 3 Uhr nachmittags vom Frankfurter Flugplatz. Lange Reihen von Startbahn-Leuchten sind gezündet, ein grauer Wintertag neigt sich bereits zu Ende. Wenige Minuten später freilich umstrahlt die Sonne unsere Maschine, aus dem weiten Nebelmeer ragen ein paar Schwarzwaldgipfel, auf denen sich dunkle Waldstücke in scharfer Kontur von weißen Hängen abzeichnen. Nach zwanzig Minuten grüßen bereits die ersten Alpengipfel herauf, die Wolkendecke ist aufgerissen; für Sekunden zeigt sich tief unten der Vierwaldstättersee, in großartiger winterlicher Unberührtheit die großen Gipfel der Schweizer Alpen, dazwischen in eisiger Erstarrung einige Bergseen; dann in filmischer Hast ein neues Bild: der Lago Maggiore kündet mit dem Blau seines freien Wassers die ersten Zeichen des Frühlings, in den wir nun hineinfliegen.

Der deutsche Raum mit seiner Kälte und Strenge bleibt hinter uns. In Frankfurt schien es schon fast Abend zu sein, bei der Zwischenlandung in Rom haben wir wieder Nachmittag; in der Dämmerung des immer noch hellen Tages fliegen wir eine Strecke über den Pelloponnes. Dann erst wird es dunkel unter uns bis helle Lichterkolonnen schließlich das dicht besiedelte Nildelta anzeigen. Der volle Mond scheint nun auf die Tragflächen. Wir kreisen über einem weiten Meer strahlend-bunter Helligkeit. Von

den Passagieren, die wie gebannt hinabstarren, während die Maschine zur Landung ansetzt, denkt gewiß mancher an das altarabische Fabelbuch aus Tausend und Einer Nacht. Immerhin wird die Maschine in wenigen Minuten auf dem Boden eines Staates ausrollen, der sich „Vereinigte Arabische Republik" nennt. Vor nicht allzu langer Zeit hieß dieses Staatswesen freilich noch bescheidener: „Königreich Ägypten".

Auch der Flughafen Kairo hat auf den ersten Blick nichts Arabisches an sich. Er könnte bei Stuttgart oder bei Chicago genauso hingebaut worden sein. Auch in der Größe unterscheidet er sich kaum von seinen europäisch-amerikanischen Vorbildern: die Anlage hat nämlich an die 50 Millionen Mark gekostet und wurde hinsichtlich der aufgewendeten Bauleistungen mit den Pyramiden verglichen. Die Ausmaße dieser Flughafengebäude sind für einen täglichen Passagierverkehr von 100000 Reisenden angelegt; derzeit werden in 24 Stunden freilich nur etwa 2000 durch die riesigen Empfangshallen geschleust. Und diese verhältnismäßig wenigen Fluggäste erkennen rasch, daß hier zwar die Empfangshallen, nicht jedoch die Menschen europäisch sind. Der Paß wandert durch drei Hände, schließlich verschwindet das Dokument in einem Büro, in dem ein halbes Dutzend gemächlicher Beamter sich eine Viertelstunde lang damit befassen. Mittlerweile hat der Reisende bereits im Umgang mit Kofferträgern, Wechselstuben usw. erste Berührung mit der Welt gehabt, die man bei uns nicht gerade als „arabisch" oder „ägyptisch" sondern noch etwas kritischer als „orientalisch" bezeichnet.

Der Flughafen Kairo übertrifft zwar Görings Tempelhofer Bau an Größe, aber öffentliche Verkehrsmittel in die Stadt fehlen noch. Die „Lufthansa" hat freilich vorgesorgt; gegen einen festen Preis von vorausbezahlten 20 Piaster wird der Fluggast mit einem Taxi ins Hotel befördert. Natürlich erwartet der Fahrer noch ein Trinkgeld, hierzulande Bakschisch genannt. Trotz des offiziellen „Sozialismus" wird dieses Wort nach wie vor groß geschrieben, und die Besorgung von Wechselgeld, um die vielerlei Bakschisch-Erwartungen zu erfüllen, gehört zu den anstrengendsten Vorkehrungen, die der Fremde zu treffen hat. Nur wenige Geschäftsleute sind bereit, au die Pfundscheine herauszugeben, die die Banken

uns in die Hand drücken und allenthalben ist es Sitte, beim Wechseln einen kleinen oder großen Schwindel zu versuchen.

Die Fülle der Gestalten, die in langen weißen Gewändern auf den Korridoren des Hotels herumsitzen, sich vor dem Gast erheben und ihn durch die Andeutung strammer Haltung oder durch Handanlegen an die Kopfbedeckung Bakschisch heischend grüßen, vermehrt zunächst die Verwirrung für den Ankömmling bis nach wenigen Tagen auch ihm das Ungewohnte zum Vertrauten wird. Nicht alles, was wir nicht kennen, ist nur schon deshalb beunruhigend. Der Spruch unserer Großeltern hat auch im Zwanzigsten Jahrhundert Geltung: andere Völker, andere Sitten.

Das neue und das alte Kairo

Im blauen Morgen des nächsten Tages sieht vieles bereits freundlicher aus: da ist der behäbig dahinfließende Nil mit seinen Segelbooten, da sind breite Straßen, auf denen sich ein lebhaftes Verkehrsleben abspielt, durch Ampeln und Schutzleute durchaus vertraut geregelt; dazwischen freilich Eselskarren oder gar hochrädrige Gefährte mit vorgespannten Ochsen, die hier entlang ziehen als seien Jahrtausende spurlos vorübergegangen. Dazwischen schwarzgekleidete Frauen, die immer wieder den Zipfel ihres Schleiers in den Mundwinkel schnappen; andere, die hinter ihrem Ehemann dahintraben, der sich durch Kopfgurte als Sohn der Wüste zu erkennen gibt und stolz voranschreitet. Dazwischen Ganz- und Halbschwarze, die Straßenhändler, Schuhputzer – sie alle gestikulieren dem weißen Fremdling entgegen, der sich durch den Tumult seinen Weg bahnt. Immerhin fühlt er sich nicht ganz allein; hier in den Straßen des „neuen“, freilich nun auch schon jahrzehntealten Kairo wird das Straßenbild von Ägyptern beherrscht, die in europäischer Kleidung und in europäischem Gehaben sich vom bunten Gemisch ihrer Landsleute absondern, ganz zu schweigen von den Soldaten, deren Uniformen allenthalben auftauchen: teils britischen Schnittes, teils an das einstige deutsche Afrika-Korps gemahnend.

Der Besucher muß sich freilich – wenn er nicht das Auto benutzen will – zu Fuß fortbewegen: die Straßenbahnen scheinen dem Museum entliehen zu sein: vorn ein Frauenabteil, dann ein beidseitig offener Wagenteil, in dem sich die Menge drängt. Auch an den Autobussen hängen dichte Menschentrauben, hinten wie Gallionsfiguren einige meist wuschelköpfige Buben, die die Fahrt kostenlos genießen.

Während das lange, einstmals weiße Gewand der erwachsenen männlichen Bevölkerung nur nachthemdenartig aussieht, hat in der Gruppe der Kinder und der Heranwachsenden das in Europa als Schlafanzug verwendete Kleidungsstück aus Flanell hier einen erstaunlichen Erfolg als Tagesanzug zu verzeichnen – gewissermaßen ein Übergang von der alten Tracht zu neuem Kleidungsstil.

Bunt wie das Gemisch der Männerkleidung – europäisch gekleidete Frauen und Mädchen sind nur ganz selten zu sehen – sind die Gesichter: der schwarzhaarig-braunhäutige Fellachentyp herrscht vor, aber eine ganze Skala von Mischungen spiegelt sich in den Gesichtern und Köpfen. Kairo – mit seinen etwa drei Millionen Einwohnern die größte Stadt des afrikanischen Kontinents – zieht vielerlei Menschen an; bis vom südlichen Sudan mit seiner Negerbevölkerung kommen sie seit Jahrhunderten als Arbeitskräfte in die große Stadt. Die Vergangenheit hat vielerlei Spuren hinterlassen, nicht zuletzt einen häufig anzutreffenden hellhäutigen Typ, der – wie mir versichert wird – im wesentlichen aus den paar Jahren datiert, in denen Napoleon mit seinen französischen Soldaten die Gegend von Kairo besetzt hielt!

Soviel jedenfalls ist gewiß: der Teil Kairos, der mit seinen hohen Häuserschluchten, seinen geraden Straßen, seinen Plätzen und Denkmälern heute das Geschäfts- und Regierungsviertel bildet, ist ein französisch-englischer Beitrag zum Stadtbild; auch griechischer Unternehmergeist hat mitgewirkt. An Feiertagen herrscht hier Stille und Leere – die Geschäftsleute wohnen in Villen-Vororten und die eingesessenen Bewohner fühlen sich nicht hier sondern in Alt-Kairo zuhause, einem Stadtteil, in den die europäischen Besucher meist nur unter Anleitung und Aufsicht eines Fremdenführers eindringen.

Man hat mich mit einem munteren gebildeten Ägypter zusammengebracht, der sich einen Spaß daraus macht, im Gespräch mit mir seine Deutschkenntnisse aufzufrischen und der mich in diesem Alt-Kairo herumführt: vor dem Eingang der el-Ashar-Moschee, der größten und wichtigsten Universität des Islam, aus der gerade hunderte von Studenten strömen, stellt er sein Auto ab. Dann durchstreifen wir die Winkel und Gassen, in denen es klopft und hämmert und riecht. Aus den dunklen Höhlen von Verkaufsläden glühen die Augenpaare der Händler, die auf Kundschaft warten. Schließlich landen wir in einem „Kaffeehaus", das berühmt und ein abendlicher Anziehungspunkt für Literaten ist. Straßenhändler und Schuhputzer durchziehen mit Geschrei den langen schmalen, kaum erleuchteten Raum, in dessen düsteren Winkeln Wasserpfeifen-Raucher hocken. Auf wackligen Stühlen, an einem kleinen Marmortisch an der Wand lassen wir uns nieder – mein Freund mit allen Anzeichen ruhigen Behagens, ich mit dem Gefühl, so etwas wie eine „Walpurgisnacht" zu erleben. Aber wir bekommen unseren türkischen Kaffee serviert und unsere Schuhe geputzt, und nicht zuletzt werden ohne weitere Abenteuer ein paar Piaster bezahlt, schließlich sitzen wir wohlgeborgen wieder im Mercedes und fahren an der alten Zitadelle vorbei auf die felsigen Höhen hinter Kairo, auf denen man ein ganz modernes Villenviertel baut. Der großartige Blick auf den Nil und die Pyramiden von Gizeh – zehn Kilometer entfernt in der Abenddämmerung – beschließt das Abenteuer, das gar keines war: ein Blick in eine Welt, in der andere sich zuhause fühlen, die uns freilich fremd ist und fremd bleiben wird.

Die Kopten

Mein freundlicher Begleiter ist „Kopte" – diese scheinbar nur religiöse Gruppe muß beachten, wer das heutige Ägypten in seinen Merkmalen erkennen will. Die Kopten sind Christen der monophysischen Richtung, die nicht nur aus theologischen sondern aus historischen Gründen eine Sonderentwicklung durchgemacht haben.

Als die Araber um das Jahr 640 Ägypten unterwarfen und der Bevölkerung den Islam aufdrängten, hat sich eine nicht unbeträchtliche Zahl von Anhängern des kurz vorher verstorbenen Mönches Jacobus Baradeus diesem Zwang widersetzt. Bekanntlich waren die mohammedanischen Araber stets – auch später bei ihrem Eindringen in Spanien – Andersgläubigen gegenüber duldsam. Wer nicht Moslem werden wollte, konnte es bleiben lassen; er mußte sich freilich mit der Rolle eines zweitrangigen Untertanen des Kalifen zufriedengeben und Sondersteuern bezahlen, während die Muselmanen nur das „gesetzliche Almosen" schuldig waren. Natürlich waren eine starke Überzeugung und ein lebhafter religiöser Wille nötig, um sich unter solchen Bedingungen dem „Zug der Zeit" zu widersetzen. Die Tatsache, daß die koptische Gemeinde in den mehr als zwölf Jahrhunderten rein islamischer Herrschaft in Ägypten sich so sehr behauptete, daß heute noch etwa jeder zehnte Ägypter Kopte ist, darf als biogeschichtliche Tatsache besonderer Art verzeichnet werden, die eines gründlichen Studiums würdig wäre.

Obwohl auch die „Vereinigte Arabische Republik" den Islam als einzige Staatsreligion proklamiert, wurde die aus der königlichen Zeit überkommene Praxis beibehalten: *ein* ägyptischer Minister ist koptischer Christ.

Noch interessanter als dies ist der Umstand, daß die Kopten auf geistigem, technischem und wirtschaftlichem Gebiet einen Einfluß ausüben, der ihren zehnprozentigen Bevölkerungsanteil weit überragt. Mein höflicher Freund bestreitet in seinem gebrochenen Deutsch zwar ganz nachdrücklich, daß die Kopten eine „Gruppe" seien: aber es ist ganz klar, daß sie sogar so etwas wie ein Volk im Volke darstellen. In den mehr als tausend Jahren ihres religiösen Sonderdaseins haben sie unvermeidlich „Inzucht" betrieben. Es kam zwar vor, daß Töchter koptischer Christen muselmanischen Ägyptern zur Frau gegeben wurden – es galt und gilt in diesem Fall als Regel, daß die Koptin ihre Religion beibehalten darf –, aber es war und ist nicht üblich, daß ein männlicher Kopte eine mohammedanische Frau heiratet. Das heißt mit anderen Worten: *alle* koptischen Familien von heute stammen ohne störende Einmischung von *dem* Volksteil ab, der

nach dem Jahre 640 nicht bereit war, den Glauben der neuen Herren anzunehmen, der lieber ernste Opfer brachte, als sich geistig zu beugen!

Noch eine andere Trennungslinie läßt sich – wenn auch nicht so deutlich abgegrenzt – in die ägyptische Vergangenheit zurückverfolgen: schon die Pharaonen pflegten zwischen Ober- und Unterägypten zu unterscheiden, ja für jeden dieser beiden Bereiche schufen sie eine eigene Krone. Heute noch fühlen die „Oberägypter" sich den „Unterägyptern" überlegen und dieses Gefühl hat seitdem manche zusätzliche Begründung erfahren; natürlich war das Nildelta mit seinem direkten Anschluß an die so vielgestaltige Mittelmeerwelt deren unübersehbaren Mischprozessen viel nachhaltiger ausgesetzt als die Bereiche südlich Kairos. So etwa wie Sizilien ein deutlich andersgeartetes Italienertum produziert als Genua, Mailand oder Venedig.

Die Arabische Liga

Im neuen Kairo zwischen dem Hotel Semiramis und dem Hilton unübersehbar ein riesiger Bau: das Gebäude der „Liga der Arabischen Staaten". Posten vor der Tür. Der Besucher wird höflich empfangen, muß sich – ganz im Stil modern-europäischer Behördenapparatur – in ein Besucherbuch eintragen, wird zum Aufzug geleitet und mit der freundlichen Interessiertheit aufgenommen, in der sich politisches Selbstbewußtsein ausdrückt.

Man war – als ich dort meinen Besuch machte – recht stolz auf eine diplomatische Meisterleistung, die sich inzwischen freilich längst wieder verflüchtigt hat: kurz vordem hatte es in diesem Haus ein ungewöhnliches, erstmaliges Ereignis gegeben; die Staatsoberhäupter aller damals 13 Staaten, die vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges diese „Liga" mit ihrem Generalsekretariat Kairo geschaffen und sich trotzdem seither oft gestritten, ja sogar mit Waffen bekämpft haben, waren zu einer mehrtägigen Konferenz unter dem Vorsitz des ägyptischen Staatschefs Gamal abd el Nasser ganz friedlich zusammen gekommen.

Da saßen an einem Tisch: der marokkanische König und der algerische Präsident, die in einem Grenzstreit nur einen Waffenstillstand und noch keineswegs Frieden geschlossen haben und der König Ibn Saud neben dem Chef des republikanischen Jemen, der noch mit dem Imam des Jemen Bürgerkrieg führt – dieser wiederum wird von Saudi Arabien mit Waffen und Nachschub versorgt. Auch Nasser hatte einiges hinterzuschlucken. Ägyptische Truppen waren damals noch auf republikanischer Seite im Jemen eingesetzt und außerdem erschien als eines der wichtigsten Staatsoberhäupter im Hause der „Arabischen Liga" der kleine aber gewandte König von Jordanien, obwohl er mehrere Jahre hindurch sogar die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten abgebrochen hatte – kurz es war eine Konferenz, die in der Welt der Diplomatie ihresgleichen sucht.

Freilich gab es ein Thema, über das sich alle – zumindest in ihren Proklamationen – einig waren und sind: Protest gegen den jüdischen Staat Israel. Immerhin gab und gibt es auch hier beträchtliche Abstufungen: Der König von Marokko beispielsweise ist in dieser Sache nicht so lebhaft interessiert wie der von Jordanien und so reiste Seine Majestät Hassan I. bald wieder ab. Immerhin, zunächst war er da, logierte im Nile-Hilton-Hotel und wanderte mit großem Gefolge die paar Schritte hinüber zur „Arabischen Liga".

Die Information, die man mir in die Hand drückt, nennt als „*die* Arabischen Staaten" in einer Reihenfolge, die vermutlich mit dem arabischen Alphabet zusammenhängt: Jordanien, Tunesien, Algerien, Sudan, Irak, Saudisch-Arabien, Vereinigte Arabische Republik, Syrien, Jemen, Kuweit, Libanon, Libyen, Marokko, Palästina. Das sind vierzehn Staaten – aber nur dreizehn bestehen derzeit. Der vierzehnte „Palästina" soll erst noch gebildet werden. Es war eines der Themen der „Arabischen Gipfelkonferenz", einen Sprecher Palästinas zu bestimmen und ihn an der Konferenz teilnehmen zu lassen. Man grübelte auch darüber nach, diesem künftigen Staat, der nur ins Leben treten kann, wenn der Staat Israel verschwindet, bereits jetzt eine Hauptstadt und Staatsbürger zu verschaffen. Die Information der „Arabischen Liga" bezeichnet für das künftige Staatswesen

immerhin schon eine Flagge („schwarz-weiß-grün, am Flaggenstock ein rotes Dreieck"), nennt eine Fläche von 27000 Quadratkilometern (die bei der Teilung 1947 Jordanien zugesprochenen Gebiete sollen offenbar dort verbleiben) und als Einwohnerzahl: 1456000, dazu als Erläuterung: „1200000 Flüchtlinge und 256000 im besetzten Gebiet, davon 56000 arabische Juden". In knappen Sätzen wird gesagt:

„Das arabische Recht auf Palästina beruht auf dem natürlichen Heimatrecht eines jeden Menschen. Die palästinensischen Araber haben seit Anbeginn der Geschichte als rechtmäßige Bewohner in ihrem Heimatland gelebt. Sie erlebten dieselben Ereignisse und geschichtlichen Epochen wie jeder andere Teil der arabischen Welt und galten während ihres ununterbrochenen Aufenthaltes im Land in den letzten dreizehnhundert Jahren als ein integraler Teil der arabischen Nation. Vor vierzig Jahren waren die Palästinenser Anhänger der verschiedenen Religionen (767000 Moslems und Christen, 56000 Juden), die in Frieden und Harmonie lebten und sich der gleichen Rechte und Privilegien erfreuten. Die palästinensischen Juden bildeten damals weniger als sieben Prozent der Bevölkerung und besaßen zwei Prozent des ganzen Gebietes. Die zionistische Bewegung, die auf religiöser und rassischer Phantastik aufgebaut wurde, begann Anfang des 20. Jahrhunderts eine Anzahl von Juden in den verschiedenen Ländern in politischen und paramilitärischen Organisationen zu erfassen mit dem Ziel, Palästina zu erobern und dort einen jüdischen Staat zu errichten..."

Die „Arabische Liga" hat in einem Punkt gewiß recht: die ganze Palästina-Frage ist ein Produkt der neuesten Zeit, genauer gesagt des Ersten Weltkrieges, des britischen Rivalitätskampfes gegen Deutschland, also einer Auseinandersetzung, zu der die Völker Nordafrikas und des vorderen Orients keine eigene Beziehung hatten.

Für England aber war im Jahre 1914 der Schutz des Suez-Kanals verständlicherweise wichtig. Der spätere Londoner Kriegsminister Lord Kitchener residierte in den Vorkriegsjahren als englischer Bevollmächtigter in Kairo – damals bestand die ursprünglich als „vorübergehend" bezeichnete Besetzung Ägyptens durch britische Truppen bereits drei Jahrzehnte lang. Kitcheners politische Idee war es, der von ihm erwarteten deutsch-türkischen „Flut" einen arabischen „Damm" entgegen zu setzen. Zwischen

Kitchener und dem Sherifen Husain wurden schon vor Kriegsausbruch Beziehungen angeknüpft, die dann später zu gemeinsamen militärischen und politischen Unternehmungen großen Stils mit dem Ziel und Ergebnis der Auflösung des Osmanischen Reiches führen sollten.

Sofort bei Kriegsausbruch erklärte Großbritannien das bis dahin formell noch der Oberhoheit des türkischen Sultans unterstehende Ägypten zum englischen Protektorat, später waren die örtlichen britischen Emissäre eifrig und schließlich erfolgreich bemüht, Kitcheners Programm zu verwirklichen und die verschiedenen Stämme der arabischen Halbinsel zu einem Aufstand gegen die türkische Herrschaft zu veranlassen. Als Preis dafür wurde führenden arabischen Verschworenen, insbesondere dem Emir Husain – dem Urgroßvater des heutigen jordanischen Königs – die Bildung eines unabhängigen gesamtarabischen Reiches d. h. eines Palästina einschließenden Staatssystems in Aussicht gestellt, das (mit wenigen genau bezeichneten Ausnahmen zugunsten der britischen Interessen) die ganze arabische Halbinsel, sowie Syrien und Mesopotamien umfassen sollte. Um dieses großen Zieles willen führte Husain die arabischen Nationalisten, die sich unter der osmanischen Herrschaft untergründig organisiert hatten, den Engländern als politische und militärische Verbündete zu. Der britische Oberst Lawrence hat in seinem weltbekannten Buch „Der Aufstand der Wüste" diesem Geschehen ein literarisches Denkmal gesetzt*. Der Ausbruch des arabischen Aufstandes im Mai 1916, der zunächst in den heiligen Städten des Islam, in Mekka und Medina Erfolg hatte, war für die Engländer im Hinblick auf die vielen mohammedanischen Untertanen – insbesondere in Indien – von beträchtlicher Bedeutung. Die Ereignisse erforderten sogar die Entsendung deutscher Truppen in jene fernen Bereiche – die „arabische Politik" erwies sich als militärisch und politisch wirksame Strategie; sie hat zum englischen Sieg im Ersten Weltkrieg nicht unbeträchtlich beigetragen.

Die ganze Geschichte wäre längst nur noch ein Thema für Historiker, würde man in London nicht im Herbst 1917 – ange-

---

* Zu Lawrence vgl. Seite 136.



Alt-Kairo: Vor der el-Ashar-Universität

sichts des damaligen militärischen Zusammenbruches Rußlands zur Ansicht gekommen sein, es sei dringend nötig, für den weiteren Kampf gegen Deutschland sich besonderer Sympathien des in der ganzen Welt zerstreut lebenden, jedoch insbesondere in Amerika sehr einflußreichen Judentums zu vergewissern. Zu diesem Zweck versprach der britische Außenminister Balfour in seiner berühmt gewordenen „Deklaration" vom 2. November 1917 der zionistischen Bewegung, die sich seit Jahrzehnten die Schaffung eines jüdischen Nationalstaates vorgenommen hatte, die Hilfe und Mitwirkung der britischen Regierung. Nicht nur das: die „nationale Heimstätte" der Juden sollte – obwohl der Begründer des Zionismus Theodor Herzl diese geographische Bedingung gar nicht gestellt hatte – in Palästina geschaffen werden. In diesem Land aber lebten zu jener Zeit noch 97 Prozent Araber und nur wenige Juden.

Die Balfour-Erklärung hat man in London recht leichtfertig formuliert und veröffentlicht. Schon im Oktober 1915 – in den gleichen Tagen, in denen der britische Beauftragte McMahon dem Sherifen Husain seine entscheidende Zusage machte – war zwischen dem zuständigen Beamten des Britischen Foreign Office und einem Beamten des französischen Außenministeriums ein Geheimabkommen geschlossen worden, in dem die arabischen Länder in eine politische und eine französische „Interessenssphäre" aufgeteilt wurden!

Dieses Abkommen wurde zwar nicht – wie die Balfour-Erklärung – in den Zeitungen verkündet, aber es wurde im Dezember 1917 doch bekannt und bildete – obwohl zunächst von britischer Seite abgestritten – noch 1918 die Richtlinie der britisch-französischen Politik im Vorderen Orient.

Dieses sehr merkwürdige Doppelspiel jener Tage gründete sich recht ungeniert auf die Ansicht, daß man es bei den Arabern mit Eingeborenen und mit „Stammesfürsten" zu tun habe, denen gegenüber Verpflichtungen ernsthaft nicht zu gelten hatten. Es ist begreiflich, daß – nicht nur in Kairo – in vielen Augen geradezu Haß aufleuchtet, wenn von den Engländern gesprochen wird.

Ein schwacher Punkt in der Argumentation der „Arabischen Liga" läßt sich freilich nicht übersehen: spätestens zum Jahres-

wechsel 1917/1918 waren die Schachzüge der Downing Street allgemein bekannt, ja bald darauf wurde in London eine „Jewish Agency“ als Behörde gegründet, die mit der britischen Regierung ganz offiziell über die Verwirklichung der Balfour-Erklärung verhandelte; deren Abgesandte begrüßten sogar den britischen General Allenby in Jerusalem, als er diese Stadt im Dezember 1917 einnahm, nicht ohne von den Arabern dabei unterstützt worden zu sein!

Das Spiel der Täuschung war bereits damals offenkundig; ernsthafte Gegenwirkungen gegen die in Europa siegreichen Engländer aber fanden nicht statt. Es gab niemand, der ihnen in den Arm fiel, als sie nach 1918 daran gingen, die Quadratur des Zirkels zu versuchen: sowohl die Juden zu befriedigen, wie auch von den Arabern als befreundete Schutzmacht anerkannt zu werden.

Anstatt den versprochenen unabhängigen arabischen Gesamtstaat zu schaffen, hat man für den Nahen Osten eine Art „Vormundschaft“ eingerichtet; Syrien und Libanon wurden zum französischen, Palästina zum britischen „Völkerbundsmandat“ erklärt. Die Engländer benutzten ihre dadurch gewonnene Machtstellung, um die bis dahin fehlende jüdische Bevölkerung nach Palästina einzuschleusen – angesichts des arabischen Widerspruchs freilich in so begrenzten Quoten, daß schließlich auch die Juden sich betrogen fühlten und nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr auf die englische sondern auf die Karte der Vereinigten Staaten von Amerika setzten. Unter deren Protektorat wurde dann nach dem Abzug der Engländer im Herbst 1947 durch Teilung Palästinas der Staat Israel geschaffen. Seitdem ist die jüdische Einwanderung dorthin unbeschränkt, nur begrenzt durch das Zögern vieler jüdischer Gemeinden, ihre amerikanischen oder europäischen Niederlassungen zugunsten des harten Pionierdaseins aufzugeben, das ihrer in Israel harrt.

Alle arabischen Proteste verhallten und verhallen im Wind. Den Klagen der „Arabischen Liga“ haftet etwas Rührendes an. Die Schaffung des Staates Israel hätte spätestens schon 1918 durch einen arabischen Aufstand gegen England verhindert werden müssen. Wer sich wissentlich so behandeln und sich dann noch Königskronen aufsetzen läßt, wie die arabischen Herrscher jener Tage,

der muß wohl einige Folgen tragen. Der Traum einer Wiederbelebung des Arabertums war in den Tagen des Ersten Weltkrieges nur eine Fata Morgana und sie ist es wohl auch noch heute. In Wirklichkeit hatte sich das Arabertum in den nun schon ein Jahrtausend zurückliegenden Zeiten seiner großartigen Ausbreitung und seiner staunenswerten Kulturleistung, die der altgriechischen kaum nachstand, in seiner Lebenskraft erschöpft. Was in den arabischen Kernländern zurückblieb und überlebte, sind Stammesbruchstücke, die zu wirksamer politischer Ordnung zusammen zu fügen, sich im 20. Jahrhundert immer wieder als ziemlich hoffnungsloses Beginnen erweist.

Die arabische Vision wurde von den Engländern beschworen, um den türkischen Sultan zu bekämpfen, aber schon damals gehörten britische Generale und Truppen dazu, um gemeinsames Handeln und schließlich den Erfolg zu gewährleisten. Wirksamer und müheloser ließ sich das politische Klavier arabischer Zerrissenheit bedienen – und dabei blieb es, wenn auch heute nicht mehr die Engländer den Ton angeben, sondern andere – nicht minder fremde – Mächte.

*

Eine dramatische Probe aufs Exempel vollzog sich im Juni 1967: Es zeigte sich, daß Israels schweigsame militärische Vorbereitungen ernstere Bedeutung hatten, als die wortreichen Deklamationen der Kairoer Propaganda. Der jüdische Fünf-Tage-Krieg war ein Angriffskrieg von klassischer Wucht; er war, wenn man in Betracht zieht, was aus allen Nachbarländern an die Adresse Israels gesagt wurde, gewiß ein *provozierter* Angriffskrieg – in dieser Vorgeschichte, nicht nur in der strategischen Durchführung mit Hitlers Polenfeldzug des September 1939 vergleichbar. Der nach dem raschen Verlauf der heftigen Operationen erstaunliche Halt der israelischen Armee am Suez-Kanal machte freilich deutlich, daß über diese Weltgegend nach wie vor nicht nur an Ort und Stelle sondern in fernen Regierungskanzleien entschieden wird und daß der jüdische Einfluß auf die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika seine Grenzen hat – offenbar genau dort, wo auch Moskau sie bestimmt.

Zunächst schien es, als ob man in Washington das israelische Vorgehen schlicht billigen würde. Im Januar 1964 hatte es nach der Konferenz der arabischen Staatsoberhäupter einmal so ausgesehen, als könnten die Drohungen der arabischen Staaten wirklich zu einem militärischen Eingreifen gegenüber Israel führen; da kam ein amerikanischer Unterstaatssekretär angereist und verkündete öffentlich und drastisch, die Vereinigten Staaten würden „nicht untätig" bleiben, falls im Mittleren Osten von seiten „irgend einer Nation" ein „Akt der Aggression" begangen werde. Als dieser Akt dann drei Jahre später von *israelischer* Seite stattfand, standen die Vereinigten Staaten nicht nur „untätig dabei", es fegte sogar ein Sturm jubelnder Zustimmung durch den amerikanischen Blätterwald. Als dann freilich die ägyptische Armee nahezu zerschlagen war und die Israelis Kairo im Handstreich hätten nehmen können – da war es mit der amerikanischen Begeisterung wieder vorbei, denn nun wurden die Russen unruhig, und es lag dem State Department aus vielerlei weltpolitischen Gründen daran, mit Moskau nicht wegen des Nahen Ostens in Konflikt zu geraten.

So vollzog sich auch hier, was 1945 in Deutschland und seither auch in anderen Weltteilen als der politischen Weisheit letzter Schluß gilt: eine wohlbedachte Teilung der amerikanischen und russischen Einflußzonen. Der Suez-Kanal nimmt nun die Rolle einer Mauer vor einer Zonengrenze wahr – hier freilich für die Russen lästiger als für die Amerikaner, denn die sowjetischen Kriegsschiffe können bis auf Weiteres nicht mehr von Alexandria ins Rote Meer überwechseln. Ein weltpolitisches Thema von heute und morgen!

Die Ägypter – sind sie Araber?

Zurück zu den Randerlebnissen: ein ebenso intelligenter wie liebenswürdiger Ägypter – er hat an einer deutschen Universität promoviert – holt mich im Hotel ab, nach einer kurzen Fahrt mit der Vorortbahn und einem gemeinsamen Spaziergang durch

frühlinghafte Gartenstraßen erreichen wir sein Heim in Meadi. Es ist später Nachmittag geworden; wenige Minuten nach Sonnenuntergang betreten wir das bescheidene, aber geräumige Haus; dort finden wir die ganze Familie beim Mahl. Es ist nämlich Ramadan-Monat; in dieser Zeit fasten die Moslems von morgens bis abends. Dann allerdings hebt allseits ein kräftiges Schmausen an. Mein Freund ist nicht so hungrig, denn er nimmt am Fasten nicht teil; für die Familie einschließlich eines erwachsenen Neffen aber ist es selbstverständlich. So warten wir, bis der allgemeine Appetit gestillt ist und uns eine Tasse Tee bereitet wird. Die Dame des Hauses zeigt sich, sie spricht Englisch; die Töchter gehen ebenfalls zur Schule – eine moderne ägyptische Familie der Intelligenzschicht. Die gegenüber europäischer Übung deutlichere Hervorhebung des Hausherrn und Vaters, ein betont zurückhaltendes Gebaren der Hausfrau und Mutter zeigt freilich auch hier ein Anders-Sein an, das nicht der Würde entbehrt.

Bald sind wir mitten in einem Thema, das mich interessiert seit ich begonnen habe mit dem Wort „Vereinigte Arabische Republik“ eine unmittelbare Vorstellung zu verbinden: Sind denn die Ägypter überhaupt Araber?

Eine einigermaßen sorgfältige Untersuchung der geschichtlichen Vorgänge sagt dazu alles Wesentliche aus: die Araber, denen Mohammed sein Gesetz gab, nachdem er sich im Januar 630 seiner Vaterstadt Mekka militärisch bemächtigt hatte, waren ein zahlenmäßig wenig bedeutendes Volk, wenn auch zu der dann fast explosionsartig folgenden siegreichen „arabischen Zerstreuung“ außer der religiösen Leidenschaft Raumnot beigetragen haben mag. Jedenfalls waren die ersten Kämpfer des „Mohammedanismus“ die um Mekka und Medina siedelnden bäuerlichen Araber; die in der Wüste wandernden Beduinen schlossen sich ihnen an – aber gewiß nicht alle. Die hier verbliebenen Stämme sind wohl die einzigen „reinen“ Araber, die es heute noch gibt – aber gerade sie sind eben *nicht* die Nachfahren jener kühnen Menschengruppe, die sich zwischen dem 7. und 9. Jahrhundert aufmachte, um in ausgreifenden Eroberungszügen schließlich ein Reich zu schaffen, das ganz Nordafrika, ja noch halb Spanien, kurzfristig sogar Sizilien umfaßte.

Der erste Schlag wurde kurz nach Mohammeds Tod gegen Syrien gerichtet, der nächste gegen das Zweistromland am Euphrat und Tigris; das dritte Ziel der Eroberungen war dann Ägypten, das in den Jahren 632–642 unterworfen und bald zum Ausgangspunkt weiteren Vordringens nach Nordafrika wurde.

Das waren umstürzende Vorgänge und es spielte dabei nicht nur die Stärke des arabischen Ansturms, sondern auch die Schwäche der Besiegten eine Rolle. Ein buntgewürfeltes Völkergemisch war es, das sich den Kalifen unterwarf, die zunächst durchaus nicht als religiöse Missionare mit universaler Idee sondern als entschlossene Machthaber arabischen Stammes auftraten.

Weder durch die Predigt eines neuen Glaubens, noch etwa durch ein zahlenmäßiges Übergewicht sondern durch glückhaftes Kämpfen und ernstes Befehlen wurden sie zu Herren enormer Räume. Zu den Gesetzen, die sie unerbittlich auferlegten, gehörte im Jahre 692 (also erst ein halbes Jahrhundert nach der Eroberung Ägyptens) die Einführung der arabischen Schrift und arabischen Sprache. In religiöser Hinsicht waren die Kalifen – wie ja das Schicksal der koptischen Christen zeigte und sich später auch in Spanien bestätigte – gemäßigt und duldsam.

Ihr Hofleben zog viele intelligente Menschen der nachgriechischen Welt in seinen Bann – und daher stammt die mit Recht noch heute vielbestaunte geistige und wissenschaftliche Kultur des Kalifats. „Arabisch" im Sinne eines Volkstums war sie nicht. Auch die Kalifen (jedenfalls die den „Omayaden" der ersten Epoche folgenden „Abbasiden") waren – wenn auch ursprünglich arabischer Abstammung – nicht mehr *bewußte* Araber. Unter ihrer Herrschaft begann das große Einschmelzen der arabischen Sieger in die von ihnen unterworfenen Völker. Bereits im Jahre 813 bestieg den Kalifenthron ein Abbaside, dessen Mutter Iranerin war. So vollzog sich auch an den Arabern das historisch so oft bestätigte Erobererschicksal – sie gingen unter im Meer der von ihnen besiegten Völker, und damit zerfiel auch ihr Reich.

Was Ägypten betraf, so folgten die Türken den Arabern als Herren des Landes; unter der Oberhoheit des Sultans gab es sogar eine mameluckische Führungsschicht, die aus dem Kaukasus importiert war. Schließlich war Mohammed Ali, der 1811 ein

„Mamelucken-Massaker“ veranstaltete, um seine Herrschaft zu begründen, weder ein Araber noch ein Türke, sondern ein albanischer Tabakhändler aus Cavalla. Er ist der Stammvater des 1953 abgesetzten ägyptischen Königs! Erst Mohammed Alis Enkel, der berühmte Khedive Ismail, in dessen Regierungszeit der Suez-Kanal gebaut wurde, gab sich „arabisiert“. Aus politischen Gründen belebte er die Erinnerung an die einstige arabische Herrschaft über Ägypten, von der nur noch die Schrift und die Religion übrig geblieben waren – beides Elemente, die die Türken übernommen hatten und die auch die Perser heute noch als arabisches Erbe bewahren.

Das ägyptische Volk hat in den vielen Wechselfällen seiner Geschichte gewiß auch mancherlei arabische Blutsanteile in sich aufgenommen, vermutlich aber noch mehr türkische. Ein „arabisches Volk“ lebt hier am Nil genauso wenig wie in Marokko oder in Damaskus. Ein ebenso aktuelles wie verblüffendes Argument wird mir genannt: auch Gamal abd el Nasser, der Schöpfer und Präsident der „Vereinigten Arabischen Republik“ ist *kein* Araber, sondern zeigt die deutlichen Züge eines intelligenten und energischen Oberägypters. ...

Noch ein unerwarteter, aber zutreffender Hinweis: die Araber sind volkstumsmäßig Semiten – die Ägypter sind es nicht. Ja, zwischen Arabern und Ägyptern (auch zwischen Sudanesen und Ägyptern – beide gehören der „Arabischen Liga“ an, ohne Araber zu sein) ist nicht nur instinktives Mißtrauen, sondern eine oft fast unüberwindliche Abneigung lebendig.

Anders wiederum steht es, wie mir der Freund überzeugt versichert, mit der Person Nassers; er gilt allen diesen Völkern nicht so sehr als Ägypter, sondern als großer Vorkämpfer der Völkerfreiheit – hier sind Empfindungen angeregt, die es ungewöhnlichen Persönlichkeiten gelegentlich erlauben, auch über tiefe Trenngräben hinweg zu wirken.

Eine ganz andere Frage bleibt unerörtert. Wenn es Nasser auf längere Dauer gelingen sollte, das „arabische“ Banner, ja auch das noch weiter ausgreifende „islamische“, das bis Indien und tief nach Afrika hinein von hunderten von Millionen Menschen gläubig beachtet wird, vor aller Augen leidenschaftlich auszubreiten um

seinem eng gedrängt am Lauf des Nil siedelnden ägyptischen Volk erweiterten politischen Einfluß und wirtschaftliche Hilfsquellen zu erschließen – könnte eine solche Wirkung zur Dauer bestehen, wenn dieser Mann und sein Nimbus den Weg des Vergänglichen gegangen sein wird? Wenn einmal nur nüchterne Wirklichkeit eines Staatswesens übrig bleibt, das weder durch Naturschätze noch durch eine besondere Leistungskraft seiner Menschenmassen ausgezeichnet ist?

Die Schatten der Pharaonen

Kairo und die Pyramiden der Pharaonen haben – geschichtlich gesehen – nichts miteinander zu schaffen. Zur Erinnerung an den Sieg des Kalifen über einen aufsässigen Unter-Sultan wurde die Stadt um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung gegründet, also erst etwa dreieinhalb Jahrtausende später als jenseits des Nil in knapp 15 Kilometer Entfernung die großen Pyramiden von Gizeh errichtet worden waren.

Wer die ägyptische Gegenwart studieren und über die Zukunft dieses Landes nachdenken will, könnte es unterlassen, sich dem Strom amerikanischer und sonstiger Touristen anzuschließen oder sich gar angesichts der längst ausgeplünderten einstigen Königsgräber im Kamelritt zum Gespött seiner selbst zu machen.

Immerhin – mein gelehrter Freund besteht darauf, mich im Wagen hinaus zu fahren und mir den unmittelbaren Anblick der merkwürdigsten und auch wohl gewaltigsten Bauwerke zu verschaffen, die je Menschengeist erdacht und erzwungen hat, um Vergangenes zu verherrlichen. Die Vorstellung von den in die Wüste gelagerten Monumentalwerken der beiden Pyramiden von Gizeh und der dazwischen eingelagerten rätselhaften Sphinx hat sich aus vielen Bildern längst derart eingeprägt, daß ich fast erstaunt bin, sie dennoch als Erlebnis zu empfinden.

Diese gewaltige Starre – hineingelagert in einen späten Wüstennachmittag – läßt freilich kalt; sie wirkt als das, was diese Bauten den damals Lebenden wohl auch bedeutet haben: als eine riesige

Demonstration der Macht, als ein Denkmal radikaler Gewalt, die einem ganzen Volk jahrzehntelang Schweiß und Tränen abtrotzte, um den vermeintlich ewigen Bestand des Pharaonentums – über das menschliche Sterben hinaus – zu symbolisieren. Freilich erwies auch hier der Tod sich schließlich als die noch stärkere Macht.

Der spätere französische Kaiser Napoleon – damals noch General Bonaparte – gehörte zu den ersten Europäern, die in moderner Zeit den unserem Denken nicht voll zugänglichen Nimbus dieser Baudenkmäler bestaunten; jedenfalls lieferte er im Jahre 1798 genau hier das berühmte „Gefecht bei den Pyramiden" und feuerte dazu seine Soldaten mit dem berühmt gewordenen Ausspruch an: „Vierzig Jahrhunderte blicken auf Euch herab." Die Leidtragende war die Sphinx. Sie büßte damals durch ein Geschoß der französischen Artillerie ihre Nase ein!

Diese historische Anekdote, die den Vorzug hat, wahr zu sein – führt unser Gespräch zweier nicht allzu andächtiger Pyramiden-Besucher zu dem interessanten Umstand, daß fast ein Jahrhundert lang – beginnend 1785 mit einem Handelsvertrag zwischen dem französischen König und dem letzten Mameluckenfürsten, endend mit der Besetzung Ägyptens durch England im Jahre 1882 – Ägypten französischer Interessenbereich war. Vorher, seit der türkischen Eroberung Ägyptens – also seit 1517 – hatte zwischen Europa und Asien eine Art Sperrmauer bestanden. Zu Zeiten der arabischen Herrschaft war der Indienhandel vom Mittelmeerraum aus noch lebhaft gewesen. Die Türken unterbrachen die weitreichenden Verbindungen und Beziehungen so gründlich, daß die Portugiesen und Spanier sich über den Atlantik und um Afrika herum auf die Suche nach dem „Seeweg nach Indien" machten.

Die Franzosen gingen nun Ende des 18. Jahrhunderts daran, das verschlossene Tor wieder zu öffnen und sie besorgten das ganz gründlich: der Bau des Suez-Kanals wurde – diese historische Tatsache ist kaum glaubhaft und dennoch wahr – gegen heftigsten Widerstand ausgerechnet der Engländer von Paris aus durchgesetzt. Dann freilich wandelte sich die Szene – aber das ist eine lange und verwickelte Geschichte, die heute nur noch am Rande interessant ist.

Immerhin muß an die Periode des französischen Einflusses denken, wer begreifen will, daß der gebildete Ägypter von heute immer noch mehr Sympathien für Frankreich als für England zeigt. Freilich hat das Jahr 1956 und das damalige Suez-Abenteuer auch den Franzosen viel von ihrem Einfluß und Ansehen gekostet; die anders geartete Haltung der französischen Regierung beim israelischen Angriff 1967 hat einiges wieder gutgemacht. Inzwischen ist freilich der sowjetische Einfluß militärisch und wirtschaftlich so sehr in den Vordergrund getreten, daß die kulturellen Erinnerungen nur noch im Untergrund wirken. Ob freilich die gebildeten Ägypter in Zukunft russisch reden und Dostojewski lesen, mag bezweifelt werden.

*

Napoleon brachte im Jahre 1798 nicht nur 38000 Mann Soldaten sondern auch 175 Wissenschaftler mit nach Ägypten. Mehrere Generationen intelligenter Franzosen setzten diese Tradition fort, und auch der Schöpfer des 1857 – also vor nun schon über hundert Jahren – begründeten Ägyptischen Museums war ein französischer Professor namens Mariette. Damals endlich hat sich das Prinzip durchgesetzt, die Altertümer Ägyptens nicht mehr wie vordem wahllos zu plündern und wegzuschleppen, sondern sie im Lande selbst zu sammeln und zugänglich zu machen. Die „Ägyptologie“ ist mittlerweile eine bedeutende Disziplin an fast allen europäischen Hochschulen geworden. Auch deutsche Gelehrte haben – insbesondere bei der Entzifferung der Hieroglyphen – das ihrige dazu beigetragen, daß uns das Reich und die Dynastien der Pharaonen nicht mehr allzu rätselhaft sind. Wir wissen heute jedenfalls mehr über diese Zeiten als einst die Römer, die zwar das politische Erbe der ägyptischen Herrscher antraten, denen die alten Bauwerke und Inschriften jedoch gleichgültig waren.

Die großartigste archäologische Entdeckung wurde erst in unserem Jahrhundert gemacht, als zwei Engländer im Jahre 1922 das Grab des in jugendlichem Alter verstorbenen (oder ermordeten) Königs Tut Ench Amun unter dem Wüstensand unberührt auf-

spüren konnten – alle anderen Königsgräber waren im Lauf der Jahrtausende längst ihrer Schätze beraubt worden.

Heute füllt der Schatz Tut Ench Amuns mehrere glanzvolle Säle des Ägyptischen Museums in Kairo – großartigster Mittelpunkt die goldene bunte Maske, die über der Königsmumie lag. Noch fast ein Knabe hielt der junge Tote doch Szepter und Peitsche fest in beiden Händen als Insignien des ägyptischen Königtums.

Was waren die Pharaonen, die göttliche Macht in Anspruch nahmen, wirklich – emporgestiegene Stammesfürsten oder fremde Eroberer? Soviel wir an Einzelheiten aus dem Leben der fernen Tage durch die Funde und Inschriften mitgeteilt erhielten – diese Frage ist noch nicht zweifelsfrei beantwortet. Gewiß ist nur, daß sie jahrhundertelang mit unerbittlicher Strenge darauf achteten, ihre Geschlechter von Fremdartigen freizuhalten; sie endeten schließlich in der zweifelhaften Praxis der Geschwister-Ehe, nur um durch die Generationen gewiß das zu bleiben, was sie waren: die Herren und Herrscher.

Einige wenige Stücke des Ägyptischen Museums stammen aus späterer, der römischen Zeit. Nach all der – wenn auch prunkvollen – so doch starren und uns fremden Kunst zeigen sich hier Abbilder frohen Lebens: so scheinen die paar Statuen, die gewiß von griechischer Hand gemeißelt wurden, eine andere Welt zu verkörpern, eine Welt, die uns vertraut ist, eine Vergangenheit, die die Schattengrenze der Pharaonen hinter sich läßt und in das volle Licht der Gegenwart herüberreicht.

„Nassers Pyramide“

Der rasche Aufgang des glühend roten Sonnenballs über der weiten Wüstenlandschaft läßt sich im Schlafwagenzug von Kairo nach Assuan bequem genießen. An Schlaf während der Nachtzeit war freilich kaum zu denken. Zwar gibt es eine aus Ungarn gelieferte moderne Zugsgarnitur; sie ist jedoch für den leichten Unterbau der von Engländern zu Anfang des Jahrhunderts

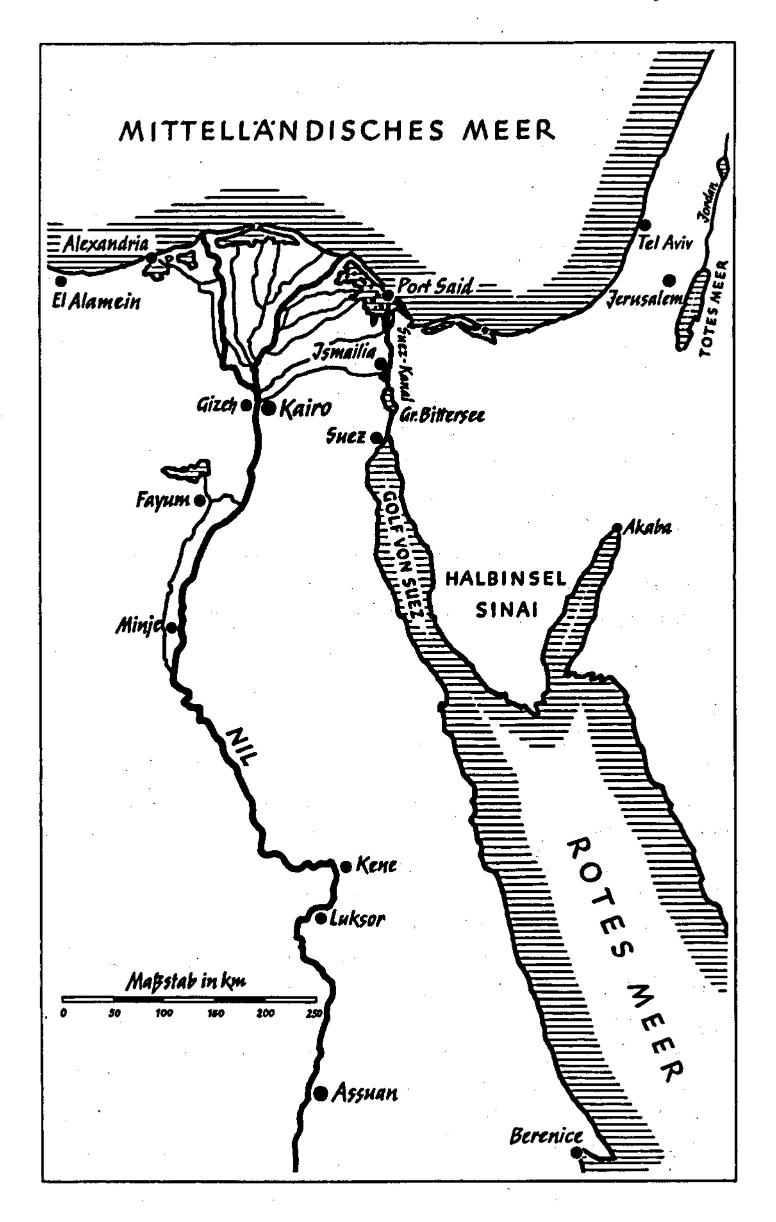
gebauten Strecke viel zu schwer, das Tempo des Zuges zu heftig. Fast 900 Kilometer sind in vierzehn Stunden zu bewältigen – der Zug rast, schwankt und stampft wie ein Schiff bei harter See; die ersten Sonnenstrahlen beenden eine Strapaze. Die Strecke zwischen der Hauptstadt und der größten Baustelle Ägyptens – ja ganz Afrikas – ist weiter als die Entfernung zwischen Flensburg und Innsbruck.

Schon der erste Blick aus den Fenstern in die morgendliche Landschaft enthüllt die Tatsache, daß die 1 Million Quadratkilometer Ägyptens wenig bedeuten gegenüber den 250000 Quadratkilometern der Bundesrepublik; es mögen knappe 500 Meter sein, die den Zug vom Nil trennen: Nur hier ist Grünland, der Schienenstrang ist bereits auf Wüstensand verlegt, und der Blick durchs Gegenfenster zeigt Sand und Fels so weit das Auge reicht.

Die stundenlange weitere Fahrt nilaufwärts im immer grelleren Sonnenlicht enthüllt auf den ersten Blick Ägyptens Lebensproblem: für die bereits auf fast 30 Millionen Menschen angewachsene Bevölkerung auf den derzeit nur 35000 Quadratkilometern Fruchtlandes eine Lebens- und Erwerbsgrundlage zu schaffen und zu erhalten. Das ist in Ägypten noch mehr und noch drastischer als irgendwo sonst eine *Wasser*frage.

Daß hier Wasserwirtschaft nötig ist, haben bereits die alten Könige gewußt; und mit der Regulierung des Nils d.h. der planmäßigen Verteilung seiner unregelmäßig aus Hochafrika heranströmenden Fluten zur Erweiterung des Fruchlandes haben sich die ersten europäischen Ingenieure schon vor hundert Jahren beschäftigt. Seither ist der Gedanke hinzugetreten, den Allesspender Nil auch für Elektrizitätserzeugung zu nutzen, um das, was die Ackerfläche nicht unmittelbar herbeischaffen kann, indirekt auf dem Wege der Industrialisierung zu bewirken. Zur römischen Zeit lebten – so schätzt man – in Ägypten etwa 7,5 Millionen Menschen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerungsziffer auf 2,5 Millionen abgesunken, heute beträgt sie fast das Zwölffache!

Der Blick in die Fellachen-Siedlungen, die alle paar Minuten zwischen Bahn und Nil am Auge vorüberziehen, mutet an wie ein Film aus der Pharaonenzeit. Nicht ohne Grund glaubt man, daß


MITTELLÄNDISCHES MEER
Alexandria
El Alamein
Port Said
Tel Aviv
Jerusalem
Jordan
TOTES MEER
Ismailia
Suez-Kanal
Gizeh
Kairo
Gr. Bittersee
Suez
Fayum
GOLF VON SUEZ
Akaba
HALBINSEL
SINAI
Minje
NIL
ROTES MEER
Kene
Luksor
Maßstab in km
0
50
100
150
200
250
Assuan
Berenice

die Fellachen, die an die 80 Prozent der ägyptischen Bevölkerung stellen, sich in diesen ländlichen Bezirken in all den Tausenden von Jahren fast unverändert fortgepflanzt und erhalten haben. Das ist ganz einleuchtend: ein Wandertrieb ist ihnen nicht angeboren und durch die Wüste kamen keine Eindringlinge. Im Delta, am Mittelmeer, im Schnittpunkt Kairo war und ist es anders. Dort lebt Mischbevölkerung verschiedenster Herkunft. Hier – hunderte Kilometer den Nil entlang – haben die Menschen nur ihresgleichen zu sehen bekommen, nur in eigenem Kreise Familien gegründet: jahrhunderte-, jahrtausendelang. So sind die strohgedeckten Hütten, zwischen denen verschleierte Frauen mit Wasserkrügen auf dem Kopf bedächtig einherwandern, die Eselskarren auf den Feldern, die Holzpflüge mit vorgespannten Rindern in ihrer Art so ziemlich die gleichen, wie sie in den Bilderszenen der Grabbeigaben des jungen Königs Tut Ench Amun im Ägyptischen Museum zu sehen sind. Und auf der anderen Seite der Bahn – in der Wüste – zeigen sich immer wieder jene typischen „Nekropolen", die dorfähnlichen Begräbnisstätten der Ägypter – unvergleichlich bescheideneren Stils aber doch aus gleicher Grundidee wie die Pyramiden der Könige erbaut: jener mystische Totenkult, wie er das Merkmal des ägyptischen wie keines anderen Volkes ist.

Mit entwaffnender unermüdlicher Freundlichkeit fährt mich ein junger deutscher Ingenieur mit seinem Volkswagen zunächst gleich zu dem Ziel, um dessentwillen ich die lange Fahrt nach Assuan unternommen habe: zur Baustelle des „Hochdammes".

Recht gut entsinne ich mich des Besuches eines ägyptischen Journalisten, der mir zu Anfang der 50er Jahre – kurz nach dem Sturz des Königs Faruk (26. 7. 1952) – zum ersten Male von Assuan sprach. Hier sei Oberst Nasser, der neue Machthaber Ägyptens, zu einer gewaltigen Anstrengung entschlossen. Ein Staudamm von bisher nie gesehener Größe müsse geschaffen werden, um Ägypten für die Zukunft lebensfähig zu machen. Das Projekt sei so bedeutend, daß ausländische Hilfe unerläßlich mitwirken müsse; die Bundesrepublik, deren „Wirtschaftswunder" damals begann, die Blicke der Welt auf sich zu ziehen, schien ihm das richtige Land zu sein, für diesen Plan zu werben. Nun – die

ganze Sache nahm dann einen etwas unerfreulichen Verlauf. Deutsche Ingenieure haben zwar das Problem technisch durchdacht und eine große Lösung entworfen: sie bestand im Wesentlichen darin, daß der Nil oberhalb Assuan gewissermaßen aufzuhalten, bis auf eine Strecke von 250 Kilometern oberhalb anzustauen und durch einen seitlich anzulegenden Röhrentrakt gedrosselt in sein bisheriges Bett umzuleiten sei. Dadurch werde sowohl ein stets gleicher Wasserstand auf den tausend Kilometern des Unterlaufs erzielt und überdies elektrischer Strom in ungeahnten Ausmaßen ebenfalls gleichbleibend erzeugt.

Schwierig zu regeln war natürlich das Problem der Finanzierung. Es hätte sehr kühner, ja waghalsiger Entschlüsse der damaligen deutschen Bundesregierungen bedurft, um dieses Projekt etwa als ägyptisch-deutsches Gemeinschaftswerk allein in die Hand zu nehmen. Gewiß wäre ein solcher Schritt von großer Bedeutung gewesen, er hätte nicht nur deutschen Wirtschaftseinfluß beträchtlichen Ausmaßes in diesem Lande begründet und jedenfalls unser ganzes späteres Programm der in über 60 Staaten verstreuten „Entwicklungshilfe" von vornherein auf einen Schwerpunkt konzentriert. Man wäre zwangsläufig gezwungen gewesen zu tun, was einst der deutsche Panzergeneral Guderian in die berühmten Worte faßte: „Klotzen nicht kleckern".

Nur im Stadium der technischen Planung waren wir Deutschen die Ersten in Assuan. Die Finanzierungsfrage überließen wir den Amerikanern. Diese standen im Juni 1956 kurz vor dem Abschluß mit Nasser, als ihnen Bedenken kamen und sie den Ägyptern von heute auf morgen eine Absage erteilten. Das Ergebnis war ärgerliche Empörung in Kairo, deren Auswirkung heute noch bedeutend ist. Zunächst verstaatlichte Nasser wenige Tage nach der amerikanischen Absage die Suez-Kanal-Gesellschaft, um sich für die Zukunft die beträchtlichen Einnahmen dieser Gesellschaft zu sichern – und dann einigte er sich mit den Russen, die nun den Hochdamm bauen und ihn zusammen mit der ägyptischen Regierung finanzieren.

Der ursprüngliche deutsche Bauplan wurde nur in *einem* Punkt geändert: während die deutschen Ingenieure die Nil-Umleitung durch Tunnels führen wollten, gaben die Russen einem tief in das

Berggelände eingegrabenen offenen Kanal den Vorzug. Sonst aber übernahmen sie im wesentlichen die deutsche Konzeption.

Die Fahrt hinaus zur Großbaustelle führt an stacheldrahtumzäunten Wohnblocks vorbei, in denen die russischen Ingenieure mit ihren Familien hausen. Sie bleiben hier unter sich, freilich vom heißen und trockenen Klima ähnlich geplagt wie jeder hier lebende Weiße. Nur alle paar Jahre regnet es einmal eine Viertelstunde lang; auch für einen, der aus Moskau oder aus Sibirien kommt, scheint hier entschieden zuviel Sonne. Zunächst ließen die Russen ihre Wohnsiedlungen ohne Klimaanlagen errichten – um in diesem Punkt demonstrativ zu zeigen, daß ihre Leute keine „Kolonialisten" seien. Mittlerweile haben sie ihre ideologischen Bedenken zurückgestellt und die Kühlungsapparate nachträglich eingebaut – und wenn es überdies noch Sommer wird, erscheinen auch die Russen lieber bei Nacht als am Tage auf der Baustelle.

Die zehn Kilometer, die wir auf der Anfahrtsstraße unterwegs sind, zeigen felsige Wüstenberge vor uns, aber auch lebhaften Straßenverkehr. Die meisten Lastkraftwagen und Omnibusse, die uns begegnen, weisen neben den arabischen auch die kyrillischen Lettern russischer Inschriften auf.

Auf einem Parkplatz, von dem aus die Baufahrzeuge und Raupenschlepper zu ihren Arbeitsstellen abgefertigt werden, halten wir, um in einem runden Pavillon ein Modell des ganzen Baugeländes und des künftigen Zustandes zu betrachten. Mein Cicerone – er arbeitet in Assuan zwar nicht am Hochdamm, kennt jedoch die Einzelheiten, auf die es ankommt – erläutert die Gesamtplanung und macht mich auf eine Tafel aufmerksam, auf der der Zeitplan der Fertigstellung plakatiert ist. Bis dato ist das Programm eingehalten worden, also ist damit zu rechnen, daß in zehn Jahren der Stausee, den das Modell bereits als „Nasser-See" bezeichnet, die Landschaft bis über die ägyptisch-sudanische Grenze hinaus und die Lebensbedingungen Ägyptens bis hinunter zum Mittelmeer tiefgreifend verändert haben wird.

Natürlich ist es mit dem Bau des Hochdammes und den Kraftwerken noch nicht getan: eine „Kettenreaktion" weiterer technischer Aufgaben schließt sich an. Da müssen im unteren Nilbereich Pumpwerke errichtet werden, die überall dort, wo die

Bodenvoraussetzungen gegeben sind, neues Fruchtland durch künstliche Bewässerung erschließen. Die bisherigen Nil-Hochwasser bleiben in Zukunft aus; ein mittlerer Wasserstand des Flusses wird das ganze Jahr hindurch gehalten. Das ermöglicht zwar eine systematische Landerschließung, aber zunächst müssen Bewässerungssysteme geschaffen werden. Ohne sie würde sich das ägyptische Fruchtland nach der Fertigstellung des Hochdammes nicht nur nicht vermehren, sondern um diejenigen Bezirke, die jetzt wenigstens in der Überschwemmungszeit Nilwasser bekommen, noch weiter verringern. Die Pumpstationen sind also ein wesentlicher Bestandteil des ganzen Projekts. Wer wird sie bauen? Wer wird sie instandhalten?

Eine andere – für Ingenieure gewiß faszinierende – Aufgabe wird es sein, das in Assuan künftig erzeugte gewaltige Angebot an elektrischem Kraftstrom nach Kairo und Unterägypten zu leiten, um es dort zu nutzen. Die Russen haben dafür eine Starkstromleitung vorgesehen, die mit 500000 Volt arbeiten soll; die bisher stärkste in der Welt gebaute Leitung arbeitet mit 30000 Volt. Die Kosten allein für diesen Leitungsbau werden angesichts der riesigen Entfernung an die hundert Millionen Mark betragen.

Diese Energiegewinnung und ihre Nutzung für industrielle Zwecke ist das Kernstück des ganzen Assuan-Projekts. Die Nilregulierung allein hätte durch Anstauung des Viktoria- und Albertsees, wo der Weiße Nil entspringt, einfacher bewirkt werden können: Beide Seen hätten nur um einen Meter angestaut werden müssen. Aber wer hätte solche Bauwerke im heutigen Uganda errichtet, nur um den Ägyptern zu nützen? Und was wäre für diese selbst aus der mit dem derzeitigen Assuan-Projekt verbundenen Arbeitsbeschaffung geworden? Auch hier war und blieb die Politik ausschlaggebend.

Sie hat bereits eine grausame Frage aufgeworfen – die Umsiedlung von nicht weniger als 85000 Nubiern, die in nicht weniger als 186 Einzelstämmen bisher oberhalb des neuen Hochdammes siedelten und deren Orte, Felder und Fischgründe nun überflutet werden. 50000 davon leben innerhalb des ägyptischen, 30000 auf sudanesischem Territorium. Die Regierungen beider Länder bereiten Maßnahmen zur Unterbringung ihrer vertriebenen Staats-

angehörigen vor, die nun freilich durch diese Politik ganz auseinandergerissen werden. Diese „Umsiedlung" gehört mit zum Bauvorhaben des Assuan-Dammes; mit finanziellen und technischen Maßnahmen ist es freilich nicht getan. Die auf ägyptischer Seite vorgesehene und teilweise bereits fertiggestellten etwa 6000 Siedlungshäuser bei Kom Ombo nilabwärts nahe Assuan entsprechen den Lebensgewohnheiten der Nubier nicht, die sich mehr dem Sudan zugehörig fühlen; viele sind bereits dorthin ausgewandert, andere suchen in Unter-Ägypten neue Lebensmöglichkeiten – Tatsache ist, daß hier eine beträchtliche Volksgruppe nicht nur gestört, sondern wahrscheinlich auch zerstört wird.

Beim Verlassen des Pavillons macht mich mein Begleiter auf ein Bild des Pharaos Amenemhet III aufmerksam; dieser ägyptische König hatte – vor fast vier Jahrtausenden – durch eine regulierte Nilwasserzuführung die ägyptische Provinz Fayum urbar gemacht – heute noch das einzige Gebiet Ägyptens, das fruchtbar ist, ohne unmittelbar an den Nil zu grenzen.

Nasser versteht sich darauf, an die Vergangenheit anzuknüpfen: Im „Jahrbuch der Vereinigten Arabischen Republik", das man mir in Kairo in die Hand gedrückt hat, lese ich, daß der Hochdamm von Assuan einschließlich der Zusatzprojekte nicht nur über 4 Milliarden Mark kosten, sondern auch, daß er das Ausmaß des Siebzehnfachen der Cheops-Pyramide haben wird.

Es gibt Zyniker, die vom Assuan-Hochdamm als von „Nassers Pyramide" sprechen. Gerechterweise wird man entgegnen müssen, daß *diese* Pyramide den Lebenden zu dienen berufen ist; es ist der *Fayum*-Pharao, der beschworen wird.

Nur eine kurze Fahrtstrecke – nun schon auf Sandpisten und im Gewirr von Baufahrzeugen – führt uns zu dem hochgelegenen Punkt, an dem ein kleines Denkmal an die ersten Sprengungen für den neuen Bau erinnert. Unter uns zieht der Nil noch seinen alten Weg, aber man sieht bereits den tief ausgeschachteten Umleitungskanal, auch die riesige Anlage des Kraftwerkes ist fast fertiggestellt. In nicht allzu ferner Zeit wird der Nil hier durchgeleitet werden, ein „Kofferdamm", ein vorläufiger Damm, wird die Baustelle für den großen Hochdamm trockenlegen und dieser dann aufgeschüttet werden: 111 Meter hoch, 3500 Meter lang

und 1000 Meter breit auf der untersten Sohle, auf der Dammkrone 32 Meter breit. Wenn dann die letzte Phase des in Etappen schon einsetzenden Stauvorganges beginnt, wird der Stausee bei einer durchschnittlichen Breite von etwa 8 Kilometern und einer Länge von 500 Kilometern der größte Stausee der Welt sein.

Natürlich frage ich, was jeder Laie fragt: „Wird der Damm halten?“ Den Ingenieuren macht dieses Problem kein Kopfzerbrechen. Weil der Hochdamm ohne jeglichen Durchlaß in enormer Breite um einen Betonkern aufgeschüttet wird, während die Wassermassen durch einen Seitenkanal abfließen, ist mit einer laufenden automatischen Verstärkung des Dammes zu rechnen: hier nämlich wird sich der berühmte Nilschlamm absetzen, den man im Kraftwerk auch gar nicht haben will. Wenn die europäischen Schulkinder bisher über die befruchtende Wirkung dieses Nilschlammes belehrt wurden, so hat dies die Ingenieure nicht überzeugt. Ägypten, so meinen sie, brauche einfach Wasser, sonst nichts. Der Nilschlamm sei am Hochdamm als künftige zusätzliche Barriere gerade richtig am Platz. Auch für den, der kein Techniker ist, klingt das Argument glaubhaft; wir besprechen es, während wir weit hinausblicken in eine Landschaft, in der überall Menschen und Maschinen am Werk sind, um sie ameisenhaft und doch dramatisch zu verändern.

*

In Assuan gibt es noch andere Errungenschaften der modernen Technik zu sehen: bereits der „alte“ Staudamm, den die Engländer noch vor dem Ersten Weltkrieg einige Kilometer unterhalb des nun im Bau begriffenen Hochdammes errichtet haben, ermöglichte ein großes Kraftwerk, das von einer deutschen Firma erstellt wurde und dessen Kapazität von einer ebenfalls durch deutsche Großfirmen erbauten und eingerichteten Düngemittelfabrik genutzt wird.

Hier ist buchstäblich am Rande der Wüste, die ja auch in Assuan wenige Meter abseits des Nils beginnt, ein wahres Wunderwerk entstanden. Schon die Vielzahl der gewaltigen in den Himmel ragenden Rohrleitungen geheimnisvoller Bestimmung, die ein modernes Chemiewerk kennzeichnen, ist in dieser Umgebung und

angesichts der allenthalben herumhuschenden fremdartigen Gestalten ein eigenartiges Erlebnis. Die „KIMA“ ist freilich nicht nur eine Kunstdüngerfabrik beträchtlichen Ausmaßes – ihre Baukosten betrugen an die 250 Millionen Mark – sondern auch von besonderem technischen Interesse. Infolge des günstigen Standortes – der Bedienung mit billiger Elektrizität, die nur über wenige Kilometer herangeführt werden muß – hat man zur Gewinnung des Ausgangsproduktes die Methode der Elektrolyse gewählt und in einer Halle von fast 400 Metern Länge Aggregat an Aggregat gereiht: dem nichttechnischen Besucher erscheint diese kühne nahezu menschenleere Anlage, die von wenigen Kontrollstellen gesteuert wird, wie das Symbol einer Technik, die sich vom Menschen weitreichend löst und fast selbständig macht. Das ist freilich ein Irrtum – natürlich ist auch diese staunenswerte Anlage nicht nur in der Zeit ihrer Errichtung Menschenwerk, sie bedarf auch darüber hinaus zu ihrer Erhaltung eines hohen und dauernden Aufwandes von Planung und Intelligenz.

Mein unermüdlicher Erklärer von soviel Unerwartetem erläutert mir chemisch-technische Vorgänge, die auch dem Durchschnitts-Europäer nur in Umrissen begreiflich sind. Allerdings ist klar, wie wichtig der in den Lagerhallen gebirgeähnlich hochgefüllte Kunstdünger für die ägyptische Landwirtschaft sein muß. Schließlich drängt sich die Frage auf, was wohl aus diesem Werk werden wird, wenn die wenigen deutschen Chemiker und Ingenieure, die das Werk bisher eingesteuert haben, wieder nach Deutschland zurückkehren.

Mittlerweile haben wir uns auf der Terrasse des „Katarakt“ niedergelassen, eines typischen, heute etwas altmodischen englischen Kolonial-Hotels am landschaftlich schönsten Punkt Assuans. Unter uns die breite Fläche des vom alten Staudamm bereits angestauten Nils. Segelboote ziehen vergnügt ihre Bahn. Drüben am westlichen Ufer auf halber Höhe das neue Mausoleum, das dem Aga Khan errichtet wurde – jenem lebensfrohen indischen Fürsten der weniger als religiöses Oberhaupt der Ismailiten als durch seinen sagenhaften Reichtum und seine umgängliche Art in den europäischen Hauptstädten der 30er Jahre sich auch politisch in vermittelnder Rolle versuchte, in Berlin gleich angesehen

wie in London. Er war einer von denen, die ahnten, was ein erneuter englisch-deutscher Bruderkrieg für die Welt bedeuten mußte. Jetzt hat der Aga Khan in Assuan seine letzte Ruhestätte gefunden.

Den ersten Staudamm – mit seinen zwei Kilometern Länge vor fünfzig Jahren geradezu ein Weltwunder – hatten damals selbstverständlich die Engländer errichtet, zum zweiten haben die Deutschen ihre Pläne beigetragen. Gebaut wird er von den Russen. Von den Engländern soll es hier irgendwo noch zwei beratende Ingenieure geben. Das ist alles – auch ein Kommentar zu dem, was im 20. Jahrhundert in Europa geschah!

Zu dieser Abschweifung hatte uns der Ausblick von der Terrasse des Hotels veranlaßt. Nun bestellen wir uns bei einem turbangeschmückten braun-schwarzen Kellner ein kühles Getränk, denn es ist warm geworden.

Dann aber tritt wieder die Frage nach der Zukunft eines Werkes, wie es hier nach neuester technischer Erfahrung in den Wüstensand gestellt wurde, in den Vordergrund des Gespräches.

Die Beistellung der benötigten Arbeiterschaft hat sich nicht als schwierig erwiesen. Arbeitslose oder Leute, die durch normalen Verdienst leicht angeworben werden können, gibt es mehr als genug. „Man braucht nur auf die Straße zu gehen und in die Hände zu klatschen, dann kommen mindestens zwanzig gelaufen."

Man hat nach diesem Verfahren zunächst aufgenommen, wer immer zu bekommen war; die Unbrauchbaren wurden ausgeschieden, die anderen wurden angelernt. „Von hundert, die wir so hereinnahmen und dann ausbildeten, haben wir etwa siebzig wieder laufen lassen, aber die restlichen dreißig ließen sich für unsere Zwecke gebrauchen und sie sind auch gerne bei uns."

Schwieriger freilich ist es, für die gehobene Stufe, also für Werkmeister u.ä. geeignete Ägypter zu finden. Hier hofft man auf längere Sicht durch das in Gang kommende Fachschulwesen den Bedarf decken zu können.

Ernst und zunächst fast unlösbar erscheint freilich das Problem einer leitenden Schicht, ohne die es in einem solchen Werk nicht geht. Ihre Funktion ist das Planen und Voraussehen, insbesondere das Verhindern von Schwierigkeiten – hier wird eine Begabung

benötigt, die dem Durchschnittsägypter, auch wenn er gut erzogen und gebildet ist, nach Ansicht meines Gewährsmannes in aller Regel mangelt.

„*Wir* wissen beispielsweise, daß man Kugellager an wichtigen Maschinen auswechseln muß, *bevor* sie kaputt sind, weil sonst wegen einer Kleinigkeit das ganze Werk still liegen kann. Jeder Ägypter dagegen – besonders diejenigen, die aus Europa zurückkommen und glauben, alles zu können – ist der Ansicht, daß unsere Vorausplanerei ganz unnötig ist. Er verläßt sich lieber auf das Improvisieren und das kann er sogar recht gut. Nirgends laufen soviele alte Autos auf den Straßen wie hier. Ein Stück Draht und ein paar Hammerschläge sind das Allheilmittel der Verkehrsteilnehmer. Für so komplizierte Anlagen wie ein großes modernes Industriewerk, genügen solche Rezepte auf die Dauer freilich nicht. Ich bin kein Pessimist und werde selbst froh sein, wenn ich endlich diese Wüstenjahre hinter mir habe – aber wenn in diesem Werk der letzte planende und dirigierende Europäer abgereist ist, dann wird es in kurzer Zeit Krise über Krise geben und in wenigen Jahren wird mit Gewißheit das ganze Wunder zu Ende und das Werk kaputt sein."

Es ist zwar wahrscheinlich, daß der ägyptische Staat europäische Chemiker und Ingenieure sucht und findet, die die jetzige Führungsgarnitur ablösen können. Aber es wirkt hier ein Ehrgeiz, der die Sache kompliziert: man will schon deutsche Fachleute, aber man zögert, ihnen die Vollmachten zu geben, die nun einmal zur Steuerung eines solchen Betriebes nötig sind. Das beginnt schon bei der Beschaffung einfachster Geräte und Ersatzteile. Die Fabriken sind ägyptische Staatsbetriebe und die Bürokraten in Kairo sind fest entschlossen, die Zügel in die Hand zu nehmen. Man ist zwar bereit, einige ausländische Fachleute anzustellen und ihnen die Verantwortung zu überbürden, wenn ein Fehlschlag sich nicht mehr vertuschen läßt, aber sie sollen nichts anordnen dürfen und nichts zu bestellen haben. Tüchtige europäische Kräfte durchschauen diese Lage und zögern verständlicherweise, sich derart verbrauchen zu lassen. Bei allen qualifizierten Europäern spitzt sich das Problem auf die Frage nach der „Vollmacht" zu.

Am späten Nachmittag machen wir uns nochmals auf den Weg. Nun überqueren wir den Nil auf der Straße, die auf dem alten englischen Staudamm verläuft. Sie gibt zunächst den Blick auf die Katarakte frei – unterhalb hat sich der Nil sein Bett durch ein Gebirge bahnen müssen; das ist in wilder Kühnheit geschehen, zwischen Felseninseln wälzen sich seine Fluten nach Norden, um von hier ab dann Ägyptens ruhig dahinfließende Lebensader zu werden.

Am anderen Ufer zunächst ein Blick in die Tiefe: hier arbeitet das Kraftwerk, das der „KIMA" den Strom liefert – zunächst noch mit jahreszeitlichen Unterschieden, denn im Sommer läßt die Leistung beträchtlich nach. Wenn der Hochdamm fertiggestellt sein wird, ist auch hier eine gleichmäßige Ganzjahresleistung gesichert.

Dann windet sich die Straße, die unser Volkswagen erklettert, in die Höhe. Unterdes neigt sich die Sonne in großem roten Ball über die weite Wüstenlandschaft.

Unser Fahrtziel ist nahe, aber wir wissen von einer Schranke davor, die auch tatsächlich den Weg versperrt. Das dem Wächter bekannte Gesicht meines Begleiters und eine 20-Piaster-Note bewirken freilich, daß der Schlagbaum sich hebt: noch ist die ungewöhnliche Baustelle nicht zum öffentlichen Besuch freigegeben, das Geschaffene steht freilich bereits in vollendeter Schönheit an seinem Platz.

Einer der wenigen unversehrt erhaltenen römischen Tempel war in einer Entfernung von über 50 Kilometern südlich nach Fertigstellung des Hochdammes von dauernder Überschwemmung bedroht, und die deutsche Bundesregierung hatte den erfreulichen Einfall, die Verlagerung dieses vom Kaiser Augustus errichteten Bauwerks an einen ungefährdeten Platz den Ägyptern gewissermaßen als Freundschaftsgeschenk zu präsentieren. So wurde in jahrelangem Zusammenwirken deutscher Archäologen und Ingenieure der Kalabscha-Tempel von seinem bisherigen Standplatz am Nilufer in Nubien Stein für Stein abgetragen – darunter Einzelstücke bis zu 25 Tonnen Gewicht –, mit Booten nilabwärts transportiert, und hier nun wieder genauso zusammengesetzt und aufgebaut!

Wie ein Wahrzeichen ragt nun der kühne Bau, den einst römische Statthalter zu Ehren des nubischen Gottes Mandulis errichten, und den spätere römische Kaiser noch erweitern ließen, in den Abendhimmel – geradezu ein Symbol ägyptisch-europäischer Verbundenheit.

Auch der Platz, den man für die Neuerrichtung dieses in seiner ausgeglichenen Ruhe imponierenden Bauwerks gewählt hat, zeigt, daß hier großzügige Überlegung am Werke war: in einer Weite, die das beschreibende Wort verstummen läßt, dehnt sich unter der vorspringenden langen Terrasse vor dem Tempel die Landschaft des oberen Nils und die Baustelle des Hochdammes mit ihren jetzt aufleuchtenden zehntausenden von Lichtern vor den Augen des Besuchers. In einigen Jahren werden die Wassermassen des neu entstehenden Stausees bis dicht unterhalb des Tempels ansteigen.

Künftige Generationen vergessen vielleicht, daß hier deutsche Professoren, Techniker und Arbeiter am Werk waren. Aber das ist nicht so wichtig, wenn sie nur begreifen, daß ein Tempel auch dort, wo die Technik allein zu herrschen scheint, seinen Platz haben kann und darf und soll.

Die Fellachen

Der Nachtzug zurück nach Kairo hat die übliche Verspätung. Kurz nach Sonnenaufgang halten wir in Minje, einer Provinzhauptstadt mit buntscheckigem Straßenleben. Der Nil ist hier breit geworden, die Fruchtlandfläche ist nicht mehr so brutal bis an die Ufer eingeengt wie am oberen Nil. Aber noch immer erkennt das Auge beiderseits in der Ferne den Wüstensand.

Ein schmales Rinnsal, ein Nebenarm des Nils, begleitet die Bahnstrecke. Dorf reiht sich an Dorf – immer wieder die aus trockenem Nilschlamm errichteten, eng aneinander geklebten Häuser mit ihrem dürftigen Strohbelag. Dazwischen die Eselskarren, Lastkamele, die Frauen mit ihren Wasserkrügen auf dem Kopf, sie füllen sie in der trüben Flüssigkeit des Rinnsals! Auf

den Feldern immer wieder Arbeitsgruppen, dazwischen gelegentlich ein Holzpflug mit Rindergespann, nur selten ein Karren, nirgends eine Landmaschine.

In einem vor wenigen Jahren in Deutschland erschienenen gelehrten Handbuch über Ägypten lese ich die Sätze:

„Der Fellache ist unkriegerisch und lebt geschichtslos dahin. Ihm geht jeglicher Zeitbegriff ab; dadurch strömt er eine Ruhe aus, wie wir sie in Europa vergeblich suchen. Im übrigen ist er das was seine Herren aus ihm gemacht haben. Wenn ein Mann einen Menschen sein Leben lang wie einen Hund behandelt, fängt er an zu bellen. Der Fellache hat zweitausend Jahre für andere gearbeitet, war selbst entrechtet und leidet auch jetzt noch – trotz aller Programme und einer Hebung seines Lebensstandards – bittere Not."

In einer Anmerkung wird noch hinzugefügt:
„Es ist ebenso unbegründet, wenn sich der Fellache seines Hauses schämt, wie verständnislos wenn der Reisende es voll Mitleid ‚primitiv' nennt, denn in dem sonnigen Land ohne Regen ist kaum eine angemessenere Bauweise denkbar. Ebenso unangebracht ist es, die Galabije als ‚Nachthemd' zu bezeichnen, denn sie ist die klimatisch angemessene Tracht."

Das sind Auskünfte, die unser Wissen nicht allzu sehr bereichern. Aber da an die 80 Prozent der Ägypter nun einmal Fellachen sind, läßt sich die Frage nicht vermeiden: was *sind* die Fellachen wirklich, was können sie werden?

Sie haben in der Tat während der ganzen überblickbaren Vergangenheit – und das sind hier am Nil nicht nur zwei Jahrtausende – immer wie Knechte gearbeitet, allerdings nie als „Sklaven", auch nicht als „Hunde". Und nicht einmal in diesem Falle würden sie „bellen" – um den gelehrten Reiseführer biologisch zu berichtigen. Schon aus der Pharaonenzeit ist bekannt, daß den vom König zu öffentlichen Arbeiten – also zum Beispiel zum Pyramidenbau – herangezogenen Arbeitern gewisse Rechte eingeräumt wurden, daß sie Urlaub erhielten usw.

Richtig ist, daß die Fellachen in all diesen Jahrtausenden nach unseren Begriffen wirklich „geschichtslos" und „unkriegerisch" dahingelebt haben; niemals haben sie auch nur einen Versuch unternommen, ihren Lebensstil und ihr Los zu verändern.

Heute sind sie zwar formal die Eigentümer des Landes geworden, das sie vordem für den Gutsherrn bestellt haben. In der

Sache selbst hat sich freilich nicht allzuviel geändert. Jetzt sind es die Genossenschaften, die – wie es in einer regierungsamtlichen Werbeschrift in geschliffener Ausdrucksweise, aber doch deutlich genug heißt –

„die Bestellung und Bebauung des Bodens organisieren, Kredite gewähren, das Saatgut und die Düngemittel verteilen, Pflanzenseuchen bekämpfen und die Ernte zu angemessenen Preisen verkaufen."

Ein sehr wesentlicher Unterschied gegenüber den früheren Verhältnissen ist freilich festzustellen: die Nasser-Regierung bemüht sich ernstlich um eine Sanierung der Fellachendörfer – jedes von ihnen soll zunächst einmal wenigstens einen öffentlichen Brunnen erhalten –, und außerdem hat sie sich mit erstaunlicher Tatkraft des Erziehungswesens angenommen. Sogar dem Reisenden im fahrenden Zug fallen – je mehr wir uns Kairo nähern – immer wieder strahlend weiße Gebäude am Rand der alten grauen Dörfer ins Auge; es sind Schulgebäude, in denen Nasser das Lesen und Schreiben auch denen aufzwingt, die nichts davon halten. Sogar für die Mädchen wird gesorgt – in einem Lande, in dem der Islam Staatsreligion ist, eine auffällige Besonderheit.

Zwei Zahlen aus den amtlichen Statistiken sind in diesem Punkte sehr aufschlußreich. 1953/54 wurden in den ägyptischen Grundschulen 868000 Knaben und 256000 Mädchen unterrichtet, d.h. es gab nur in den Städten einen geregelten Schulbetrieb und auch dort nicht durchwegs für beide Geschlechter. Im Schuljahr 1961/62 waren insgesamt 2,7 Millionen (1,7 Millionen Knaben und 1 Million Mädchen) von der inzwischen eingeführten allgemeinen Schulpflicht erfaßt worden. Diese Zahl zeigt zwar noch keine volle Durchsetzung des Schulunterrichtes im ganzen Lande an, immerhin aber einen raschen und entschiedenen Fortschritt, erstmals nimmt daran auch das Fellachendorf teil – und so ist es kein Wunder, daß Nasser hier seine treuesten Anhänger hat.

Eine heute noch völlig offene und erst durch die tatsächliche Erfahrung in zwei bis drei Jahrzehnten zu beantwortende Frage ist: wieweit läßt sich die Jahrtausende hindurch so stumpfe Menschenmasse der Fellachen überhaupt geistig weiter entwickeln?

Kommen Begabungen zum Vorschein, die bisher verborgen waren? Erfolgt hier ein überdimensionales „Erwachen"? Oder wird sich der Erfolg der Bemühungen darin erschöpfen, daß nun einige Millionen Fellachen gelegentlich ihren Namen unter eine Abrechnung schreiben und im Schatten ihrer Lehmhäuser den Koran lesen, während sie das bisher einem Vorbeter überließen?

*

Gegen Mittag sind wir endlich wieder in Kairo. Die Fahrt vom Bahnhof zum Hotel erfordert viel Kleingeld: der Träger des Gepäcks, der Mann, der das Taxi herbeiruft, die Tür aufhält, der Polizist, der den Fahrpreis abliest, der Taxifahrer, schließlich der Turbanträger, der mit dem Zimmerschlüssel nach oben fährt, aber keineswegs den Koffer trägt – sie alle erwarten ihren „Bakschisch".

Einige Telefongespröche füllen den Rest des Vormittags; es ist nicht ganz einfach, telefonische Verbindungen zu erhalten. Die Anlagen waren sicherlich modern, als die Engländer sie – während oder kurz nach dem Ersten Weltkrieg – gebaut haben. Aber seit geraumer Zeit gilt offenbar auch hier das Prinzip, das die meisten Reparaturbemühungen in diesem Lande beherrscht: „Draht und Hammerschlag."

Es bleibt noch Zeit für einen kurzen Besuch beim Repräsentanten einer deutschen Bank. Die ägyptischen Banken sind alle verstaatlicht; irgend einen Anreiz für ausländische Geldgeber, in Ägypten ihr Glück zu versuchen, gibt es nicht. Jeden Tag werden ausländische „Ausbeuter" in den Zeitungen angeprangert, sie sind längst enteignet. Dennoch ist der Platz Kairo immer noch wichtig genug, um von Europa aus sorgfältig beobachtet zu werden; für manche Projekte sind auch Kredite an deutsche Firmen nötig – kurzum ein bedeutendes Tätigkeitsfeld für einen kritisch urteilenden Wirtschaftler. Meiner Skepsis hinsichtlich der Regierungsfähigkeit der Fellachen setzt er aus seiner profunden Kenntnis ein optimistisches Argument entgegen: „Der Fellache mag nicht sehr intelligent in technischem Sinn sein, aber er ist hart, fleißig, genügsam. Warum soll er nicht die Industriearbeiterschaft

stellen können, die Ägypten braucht, wenn es seine Menschenmassen ernähren will?"

Freilich – für Stahlwerke und gar Flugzeugfabriken, die man aus politischem Ehrgeiz aufzubauen versucht, gibt es hier weder heute noch in denkbarer Zukunft günstige Voraussetzungen. Aber warum sollte der künftige Anfall an billiger Energie nicht zum Aufbau erfolgreicher Exportindustrien führen, etwa Textilien für den afrikanischen Markt und andere Erzeugnisse, die hier den richtigen Standort haben und für die eine ausreichende Arbeiterschaft herangebildet werden kann?

Dankbar für diesen Hinweis besuche ich nachmittags das „Institut für technische Ausbildung", das seit 1960 unter gemeinsamer Leitung eines deutschen und eines ägyptischen Direktors die „Ausbildung von Ausbildern" für die künftige ägyptische Industrie-Arbeiterschaft betreibt.

Ganz gewiß ist es nützlicher, hier in Kairo ein solches Institut einzurichten, als junge Ägypter in der Bundesrepublik auszubilden. Allzu viele derer, die mit Stipendien nach Deutschland gereist sind und dort gearbeitet haben, kommen mit der optimistischen Deutung zurück, nun zu Hause vor allem mehr verdienen und weniger arbeiten zu sollen. Schon in Assuan war das Schlagwort zu hören: „Die kommen nicht ausgebildet sondern eingebildet wieder hierher und fühlen sich über Alles erhaben."

Hier in der Technischen Schule geht es solide zu. Natürlich kommen zu diesen Jahreskursen keine Ungelernten, sondern junge Ägypter, die bereits in Fabriken und Werkstätten tätig waren und nun die Stufe etwa eines Werkmeisters erreichen sollen, also die untere Führungsstufe eines Industriebetriebes.

In einzelnen Stockwerken des großen Gebäudes klopft und hämmert und kreischt es – es sind tadellose Arbeitssäle mit modernen Maschinen, an denen der Werkstättenbetrieb praktisch geübt wird. In einem Raum herrscht Stille, hier sind die Schüler, die durchwegs blaue Monteuranzüge tragen, gerade dabei, Werkstücke zu messen und die Ergebnisse in Übungsbögen einzutragen.

In dieser Schule waren zunächst fünfzehn deutsche Fachlehrer tätig, denen jeweils ein Ägypter beigegeben war. Inzwischen hat sich die Zahl der Deutschen auf fünf verringert; der Übergang

auf das ägyptische Lehrpersonal soll in den nächsten Jahren abgeschlossen sein. So der Plan. In der Praxis sind freilich schon bei der ersten Verringerung des deutschen Personals einige Schwierigkeiten aufgetreten. Natürlich ist der Erfolg eines anspruchsvollen Lehrbetriebes unmittelbar abhängig von der Vielfalt der Lehrplanung und immer wechselnder einfallsreicher Aufgabenstellung. Das ist genau der Punkt, an dem die Deutschen und die Ägypter meist aneinander vorbeireden.

Auch mit der Grundvoraussetzung der „technischen Begabung" hapert es bei vielen Schülern, obwohl sie ja schon eine Auslese darstellen. Noch äußern sich die Herren nicht pessimistisch; sie erhoffen sich manches von der Erziehung künftiger Generationen.

Zunächst bedarf es freilich einer ziemlich rigorosen Schulordnung; so wird morgens Punkt 8 Uhr das Schultor geschlossen. Wer später kommt, wird nicht mehr eingelassen, der Tag wird als Fehltag notiert; nach einer Anzahl von Fehltagen muß das ganze Kursjahr wiederholt werden. Das sind natürlich Methoden, die zu „preußisch" sind, um den Weggang der letzten deutschen Lehrkräfte zu überdauern.

Wer wird dann die neuen Lehrpläne und Aufgaben stellen, am Schultor eisern für Pünktlichkeit sorgen und – was noch viel wichtiger ist – für Ordnung in den Werkstätten mit hunderten von wertvollen Maschinen?!

Noch ist die Frage nicht entschieden, ob das „Institut für technische Ausbildung" nur ein interessantes Experiment bleibt, oder ob hier wirklich eine neue Schicht ägyptischer Werkmeister für die heutige und künftige Industrie des Landes herangebildet werden wird. Dieses Problem ist ähnlich wichtig wie die Frage, wer ganze Fabriken planend und vorausschauend so leiten kann und wird, daß wirklich das gesichert ist, was Ägypten braucht: eine leistungsfähige Industrie, die es den allzu dicht siedelnden Menschen ermöglicht, die Erträge des kargen Bodens zu ergänzen.

Das „Informationsamt der Vereinigten Arabischen Republik" hat ein „Jahrbuch" ins Hotel geschickt. Darin finde ich im Kapitel „Das Volk" einige „Schätzungen der zukünftigen Bevölkerung der Republik". Diese Berechnungen ergeben für das Jahr 1972

„mindestens 31,5 Millionen, höchstens 34,7 Millionen Menschen". Für das Jahr 1982 sind 38,4 Millionen, maximal sogar 54,6 Millionen prophezeit – das wäre genau eine Verdoppelung der heutigen Einwohnerzahl Ägyptens. Und das alles gepaart mit einem abgrundtiefen Mißtrauen auch gegen freundschaftliche ausländische Hilfe bei der Neuordnung der Verhältnisse – keine Vollmachten für die deutschen Ingenieure, fort mit den deutschen Lehrkräften!

*

Natürlich will ich Kairo nicht verlassen, ohne das sogenannte „achte Weltwunder" besucht zu haben, um wieder einen leidenschaftlichen Ausdruck der amtlichen Informationsschrift zu zitieren. Es handelt sich um den 187 Meter hohen Fernsehturm, der mir alle die Tage hindurch bei jedem Blick aus dem Hotelfenster jenseits des Nils vor Augen steht.

Propaganda ist bei Nasser großgeschrieben. Der Sender Kairo versorgt nicht nur die vorderasiatischen sondern auch die afrikanischen Länder in nicht weniger als sechsundzwanzig verschiedenen Sprachen mit einer Flut von Sendungen. Sie sind – wie Fachleute urteilen – „gut gemacht", haben häufig religiösen Charakter, aber verfolgen natürlich politische Absichten. Es gibt in den riesigen Bereichen Afrikas viele Analphabeten, die zwar in Hütten leben, aber doch ein Transistor-Empfangsgerät besitzen und gläubig aufnehmen, was Kairo ihnen bietet.

Mit der zunehmenden Elektrifizierung Ägyptens gewinnt auch hier das Fernsehen an Bedeutung; man ist nicht kleinlich mit der Verteilung von Apparaten und der Tag ist vorherzusehen, an dem in den Fellachendörfern nicht nur ein Brunnen läuft, sondern auch eine Fernsehsendung jedermann zugänglich sein wird.

Während die Pharaonen als Symbol die Peitsche trugen, so wird Nasser sich vielleicht einmal diesen Turm der Ätherwellen ins Wappen wünschen. Jedenfalls wird vom Besucher, der durch eine Palmenallee zu einem weitangelegten Vorplatz gelangt und über eine repräsentative Treppe zum Eingang emporschreitet, eine geradezu feierliche Stimmung erwartet.

Die grelle Buntheit und das laute Treiben der Straßen Kairos scheint hier wie verbannt; hier herrscht ein anderes Gesetz, nur ein betäubendes Vogelgezwitscher unterbricht die Ruhe. Livrierte Wärter bedienen den Aufzug, der schnell nach oben gleitet – und das Erstaunlichste: niemand hält die Hand zum Bakschisch hin.

Der Ausblick lohnt sich; in weitem Rund schmiegt sich Kairo an die Zitadelle seiner einstigen Herrscher, erst der Kalifen, dann der Mamelucken; dahinter die Felsenberge, auf der anderen Seite des Nils die weite Wüstenfläche, in die wie Baukastensteine die Pyramiden eingelagert erscheinen, nicht nur die nahen und berühmten von Gizeh, sondern nilaufwärts die weniger bekannten von Abusir, Sakkara und Dahshur.

Es gibt ein kleines Restaurant auf dem Turm; man kann sich niederlassen und auch die unmittelbare Umgebung des Turmes von oben betrachten: hier sind weitläufige Sportanlagen eingerichtet, eine Arena beträchtlichen Umfanges. Die Erinnerung an das römische „Forum Mussolini" drängt sich auf – auch dort der steingewordene Wille eines starken Mannes, der von seinem Volk zuviel erwartete.

Alexandria und Suez

Für den „Desert-Bus", den „Wüsten-Bus", nach Alexandria – die kürzeste Verbindung zwischen Kairo und seiner Hafenstadt – werden verschiedene Fahrten angeboten. Die vornehmste bietet für nachmittags 15 Uhr einen „Pullman-Bus" an. Das Fahrzeug, das schließlich mit Geräusch am Abfahrtplatz vorfährt, macht allerdings dem Andenken an den längst verstorbenen Mr. Pullman keine Ehre. Immerhin gilt für das Fahrzeug der Satz von Galilei: „und es bewegt sich doch".

Die Fahrt folgt nochmals der Straße zu den Pyramiden von Gizeh, dann biegt sie rechts ab und schon fünf Minuten später sind wir auf dem Straßenband, das sich nun 200 Kilometer lang hügelauf, hügelab, gut ausgebaut und sogar mit Streckentelefonen versehen, durch die Wüste Richtung Alexandria hinzieht.

Im Zweiten Weltkrieg, als Rommel und sein Afrika-Korps sich bereits an die afrikanische Grenze herangekämpft hatten, war diese Straße geradezu eine Lebensader der britischen Kriegsführung. Zu beiden Seiten führen immer wieder Stichstraßen zu Flugplätzen, die jetzt von der ägyptischen Luftwaffe benutzt werden.

Man hat mir versichert, daß etwa 25 Prozent des ägyptischen Staatshaushaltes für militärische Zwecke verbraucht werden. Nasser kauft Waffen wo er sie bekommt. Er versucht sich auch im eigenen Flugzeugbau, sogar mit Raketen ist die ägyptische Wehrmacht ausgerüstet; die Regierung in Kairo verschweigt das nicht und verkündet die Reichweite ihrer Geschosse. Dreihundertsechzig Meilen, das sind fast 600 Kilometer. Ja, in Feiertagsansprachen wurde sogar behauptet, die ägyptische Luftverteidigung sei „jedem Gegner gewachsen".

Nach jahrelangen Verkündungen dieser Art war die Ernüchterung bitter genug. Am 5. Juni 1967 hat die israelische Luftwaffe mit einem einzigen, exakt auf die Zeitdauer von siebzig Minuten geplanten und durchgeführten Luftüberfall auf sämtliche Militärflugplätze die ägyptische Luftwaffe in des Wortes unmittelbarer Bedeutung „am Boden zerstört". Es wirkten mehrere Faktoren zusammen: eine sorgfältige Spionagevorbereitung und dadurch genaue Kenntnis jeglicher Verhältnisse, eine uhrwerkartige Präzision in Durchführung des Angriffs, schließlich eine wohldurchdachte Kriegslist – die israelischen Flugzeuge starteten nicht in der Morgendämmerung; zu dieser Tageszeit wurde damals auf ägyptischer Seite der jüdische Angriff erwartet. Als die kritische Stunde vorbei war, fühlte sich die ägyptische Luftwaffe für diesen Tag wieder gesichert. Die Offiziere zogen sich zu ihrem Frühstück in die Kasinos zurück. Draußen auf den Flugfeldern standen ihre aufgetankten Maschinen; für die abgestellten Flugzeuge wenigstens Schutzwälle zu bauen – daran hat man nicht gedacht. So hinterließ meist schon der erste Bombenwurf des Gegners ein Trümmerfeld. Bis in die Einzelheiten operierte das israelische Hauptquartier nach dem Muster des deutschen Polenfeldzuges von 1939 – die Ausschaltung der ägyptischen Luftwaffe ermöglichte den Blitzvormarsch zum Suez-Kanal.

Die ägyptische Militärtradition war freilich schon vordem nicht ermutigend. Im Zweiten Weltkrieg gab es zwar bereits eine zahlenmäßig beträchtliche Armee, deren Offizierskorps im Stillen davon träumte, sich mit den Deutschen gegen die Engländer zu verbinden. Aber einige englische Generale mit dem Reitstock in der Hand wußten das auch dann zu verhindern, als Rommels Vorhut bereits die ägyptische Grenze überschritten hatte. In den Kämpfen um Palästina, die 1948 ausbrachen, führte der Einsatz ägyptischer Streitkräfte nur dazu, daß die Juden anschließend ein größeres Gebiet besetzen konnten als die Entschließung der Vereinten Nationen es ihnen zugesprochen hatte. Die – gewiß richtige – Erklärung, die korrupte Heeresverwaltung unter König Faruk sei an dieser Katastrophe schuld gewesen, gehört offiziell zur Vorgeschichte der ägyptischen Revolution von 1952. Aber auch im Jahre 1956 – als die Engländer und Franzosen in Port Said ihre Landung unternahmen und die israelischen Streitkräfte zum ersten Male auf der Halbinsel Sinai zum Angriff antraten, war es nicht die ägyptische Armee, sondern die hohe Politik, die – damals noch – den Suez-Kanal für Ägypten rettete. Auch der dann folgende langjährige verlustreiche und erfolglose Einsatz ägyptischer Truppen im Jemen hat nur erneut bestätigt, was im Reiseführer zu lesen ist: daß „der Fellache unkriegerisch" ist. Auch umfangreiche Waffenkäufe finden ihre Wirkungsgrenze an solchen schlichten Naturtatsachen.

Als dann im Juni 1967 die während eines Jahrzehnts meist aus Rußland angelieferten Flugzeuge und schweren Waffen innerhalb acht Tagen unter dem Hagel des israelischen Schlages in Schrott verwandelt waren, hat man auch in Moskau für diesen Fall die Meinung des Karl Marx verworfen, nach der der Mensch durch die äußeren Umstände bestimmt werde, der Soldat also dann tüchtig sein müsse, wenn er genügend gedrillt ist und seine Waffen teuer sind.

Seither haben die Russen das Bestreben, die Kriegsschiffe und Flugzeuge, die sie zum Schutz Ägyptens abstellen, möglichst auch von russischem Personal begleiten zu lassen. Die daraus entstandene Politik der zeitlich ausgedehnten sowjetischen „Freundschaftsbesuche" auf ägyptischem Boden hat mittlerweile eine neue

strategische Lage im Vorderen Orient geschaffen: Russische Kriegsschiffe in Alexandria, russische Jagdgeschwader in Kairo: das ist eine Lage, über die man sich in London und Washington den Kopf zerbricht.

*

Das einzige Ereignis der stundenlangen Wüstenfahrt ist der Sonnenuntergang. Er ist nicht nur ein Schauspiel für den Naturfreund. Wir leben hier immer noch unter der Herrschaft des Fastenmonats Ramadan, und so wird es im Bus sofort lebendig, als der letzte Zipfel des roten Sonnenballs am Horizont verschwunden ist. Ein umfangreiches, mit Zeitungspapier umhülltes Paket, das bisher unbeachtet vorn auf dem Schaltbrett an der Schutzscheibe gelegen hatte, wird vom Fahrer eilig ergriffen. Während er den Bus mit ungeminderter Geschwindigkeit einhändig weitersteuert, wickelt er beträchtliche Mengen seines Fastenbrotes aus und führt sie dem sofortigen Verzehr zu. Auch mehrere Mitreisende haben ähnlich vorgesorgt; von den meisten Sitzen des „Pullman"-Busses ist befriedigendes Schmatzen zu vernehmen. Schließlich zieht der Busfahrer irgendwo unter seinem Sitz eine verkorkte Wasserflasche hervor, aus der er zunächst sich selbst labt; dann reicht er sie wortlos rückwärts, wo weitere Interessenten sich schluckweise bedienen. Mittlerweile – es ist dunkel geworden – hat ein Mitreisender sein Transistorgerät in Betrieb gesetzt und die laut singende Stimme eines Vorbeters erfüllt den Bus mit Kreischen.

Nur mein Nachbar, ein alexandrinischer Kaufmann, der schon die allgemeine Mahlzeit mit Mißbilligung beobachtet hat, meint zu mir, diese musikalische Darbietung sei eine Strafe Gottes, und wir hätten Anspruch auf Zahlung eines Schmerzensgeldes von seiten der Omnibusgesellschaft.

Meine Nerven sind nicht so empfindlich, aber ich bin doch zufrieden, als die ersten Lichter von Alexandria auftauchen und wir schließlich über breite Boulevards an angestrahlten Springbrunnen vorbei in die Stadt einfahren, die schon im Altertum Weltstadt war, tausend Jahre bevor der erste Gebetsruf von einem Minarett gesungen wurde.

*

Dieses einstige – inzwischen bis auf einige Gesteinstrümmer untergegangene – Alexandria war zunächst eine griechische Siedlung, eine auf Befehl Alexanders des Großen von seinem Baumeister errichtete Plan-Stadt. Unter den Nachfolgern Alexanders, den Ptolemäern, wurde Alexandria nicht nur die Hauptstadt Ägyptens sondern auch der Mittelpunkt eines von den Griechen beherrschten Handels- und Geisteslebens. Hier war der Schauplatz des verführerischen Hoflebens der Kleopatra, der Caesar fast und Antonius ganz erlag, bis schließlich der Selbstmord der Königin den Weg freimachte für die Einordnung der Provinz Ägyptens in das römische Reich.

Es lassen sich kaum drastischere Gegensätze denken als die düster-gewaltigen Sammlungen des ägyptischen Museums in Kairo und die von einer gewissen Heiterkeit durchwobenen, dem Umfang nach bescheidenen Fundstücke, die im „Griechisch-Römischen Museum“ Alexandrias aus dem alten Stadtgebiet zusammengetragen wurden – im Mittelpunkt eine Kopfplastik des Kaisers Vespasian, wertvoll nicht durch massives Gold, wie die starre Maske Tut ench Amons, wohl aber durch einen unvergeßlich edlen, entschlossenen Gesichtsausdruck!

Jahrhunderte hindurch war Alexandria nach Rom die zweitgrößte Stadt des Weltreiches. Um die Zeitwende soll sie eine halbe Million Einwohner gehabt haben, sowohl ihr Leuchtturm auf der vorgelagerten Insel Pharus wie ihre Bibliothek galten als „Weltwunder“.

Die Blüte jenes frühen Alexandria war zu eng mit den Griechen und Römern verknüpft, um nicht mit dem Zusammenbruch der alten Mittelmeerwelt auch zu verfallen. Immerhin bedurfte es in den Jahren 640 und 641 einer 14-monatigen Belagerung und mitwirkenden Verrates bis sich die Scharen des Kalifen Omar der nach Zeugnissen jener Zeit immer noch „prächtigen Stadt“ bemächtigen konnten.

Obwohl die neuen arabischen Herren die Hauptstadt des Landes nach Kairo verlegten, blieb Alexandria als Hafenstadt von Bedeutung.

Hierher kamen aus Venedig die Kauffahrteischiffe, bedeutender Handel bis nach Indien wurde umgeschlagen.

Erst als die Türken ab 1250 die Herren Ägyptens wurden und für Jahrhunderte ihr „Eiserner Vorhang“ niedergelassen wurde, war Alexandrias Rolle so sehr ausgespielt, daß es zur Bedeutungslosigkeit eines Fischerdorfes herabsank und im Jahre 1800 nur noch 6000 Einwohner hatte. Mit dem Wiederbeginn der ägyptisch-europäischen Beziehungen, den Napoleon Bonaparte 1798–99 einleitete, wuchs auch rasch wieder die Bedeutung der Hafenstadt, die dann im 19. Jahrhundert zum zweiten Mal erbaut wurde und sich heute fast europäisch darstellt. Es gibt hier sogar groteske Beispiele modernster Art: etwa an einem verkehrsbelebten Platz Fußgänger-Unterführungen mit Rolltreppen; ihre Räder sind allerdings längst zum Stillstand gekommen, die Unterführung hat sich in einen Obstmarkt verwandelt und die Straßenpassanten laufen oben in Scharen quer über die Kreuzung.

Das neue Alexandria hat seine einstige Funktion wieder aufzunehmen gesucht: Ägypten mit Europa zu verbinden. Der französisch-italienisch-griechische Zustrom war im vorigen Jahrhundert beträchtlich, auch englische und deutsche Handelshäuser haben sich hier niedergelassen. Die politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts aber hat wieder gegen den weiteren Aufstieg dieser Stadt gewirkt; heute steht sie unzufrieden im Schatten Kairos.

Nassers ausländerfeindliche Wirtschaftspolitik hat für eine Stadt dieses Charakters unvermeidlich lähmende Bedeutung. Begonnen wurde dieser Prozeß – auch eine Ironie der Weltgeschichte – auf britisches Betreiben: zunächst wurde im Zweiten Weltkrieg alles deutsche Vermögen beschlagnahmt (obwohl Ägypten bis Februar 1945 formell neutral blieb). Diese Maßnahme bildete die erste Welle jener Verstaatlichungen, die heute unter dem Vorwand des „Sozialismus“ nach und nach die ganze ägyptische Wirtschaft der Bürokratie Kairos unterstellen.

Angesichts der Vorgeschichte kann man Nasser kaum dafür tadeln, daß ihm „mit dem Essen der Appetit kam“. Wenn ein so sehr auf Privateigentum pochendes Land wie die Vereinigten Staaten von Amerika sich nach dem Zweiten Weltkrieg hinsichtlich des deutschen Eigentums ebenfalls auf den Beute-Standpunkt gestellt haben, durften von einem ägyptischen Regierungschef keine Hemmungen erwartet werden, als sich ihm immer neue

Gelegenheiten zu raschem Zugriff auf fremde Vermögenswerte boten: etwa als der Angriff des Jahres 1956 ihm das Argument gab, allen englisch-französischen und jüdischen Besitz zu verstaatlichen. Während der Kongokrise 1960 griff Nasser zum belgischen Vermögen. Später – im Jahre 1961 – als sich Syrien wieder von der „Vereinigten Arabischen Republik" abtrennte – legte er die Hand auch auf die größeren ägyptischen Vermögen, weil er – gewiß nicht ohne Grund – sagte, es seien „kapitalistische Umtriebe" im Gange.

Beginnend mit der Bodenreform 1952 waren und sind alle seitherigen weiteren Verstaatlichungs-Maßnahmen nicht zuletzt gezielte innenpolitische Aktionen: Nasser entmachtet systematisch diejenigen Gegner, die er – wiederum nicht mit Unrecht – dem Ausland verbündet glaubt.

Die Bilanz der Rechnung ist gezogen: wären die vielen europäischen Unternehmer und Kaufleute, die im Laufe des letzten Jahrhunderts insbesondere hier in Alexandria gelebt und gearbeitet haben, wirklich nur „Ausbeuter" gewesen, die von der Leistung der Ägypter sich ein fettes Leben schufen – so etwa wird das frei nach Karl Marx derzeit hier gedeutet – dann müßten die ägyptischen Enteignungsmaßnahmen einen Durchbruch zur neuen Wirtschaftsblüte des Landes markieren.

Soviel ist sicher: *diese* Darstellung stimmt mit den Tatsachen *nicht* überein. Die Europäer haben dieses Land nicht ausgesaugt, sondern jenen Lebensstil entwickelt, den Nasser heute keineswegs abschaffen will, sondern den auch er als „modern" und erstrebenswert empfindet.

Es überrascht nicht, daß hier in Alexandria kritische Stimmen zu hören sind. Die Großzügigkeit der Projekte Nassers streitet niemand ab; aber sind sie nicht allzu sehr mit ihm selbst verbunden, ist ihre Verwirklichung nicht allzu sehr auf seine politische Geschicklichkeit, ja auf sein Glück angewiesen, vergeudet er nicht sogar die schwache Steuerkraft seines Landes in Unternehmungen, die des Einsatzes nicht wert sind?! Was wird aus diesem, so sehr auf eine treibende Kraft ausgerichteten Staat, wenn Nasser einmal nicht mehr ist? Es gab in Ägypten im Jahr 1875 schon einmal einen Staatsbankrott – wenige Jahrzehnte nachdem unter der Herrschaft des Khediven Mohamed Ali die ersten großen Schritte

zur Modernisierung Ägyptens getan worden waren. Schließlich führte der damalige wirtschaftliche Zusammenbruch 1881 zur britischen Herrschaft. Heute sind die Russen nicht nur für den Bau des Assuan-Dammes, sondern auch für die Rüstung die Geldgeber großen Stils; was werden sie fordern, wenn sie ihren politischen Wechsel präsentieren?!

Oder kann Ägypten wieder europäische Freunde finden, die es aus dieser Umklammerung retten? Das könnten freilich nur Freunde auf Dauer sein, die man nicht ruft, um sie wieder hinauszuwerfen, sondern um mit ihnen in offener Klarlegung der Interessen und nüchterner Teilung des Wirkens zusammenzuarbeiten...

Das sind Fragen, zu denen diese Stadt herausfordert, die seit über zwei Jahrtausenden der Aufgabe lebt, ein europäischer Brückenkopf auf ägyptischem Boden zu sein – und die mit dieser Aufgabe lebt oder stirbt; ja: schon einmal dafür gelebt hat und schon einmal gestorben ist.

*

Nur ein einziger Zug verkehrt täglich von Alexandria direkt nach Port Said, dem Eingangshafen zum Suez-Kanal, damals noch in voller Funktion.

Fahrkarten werden im Voraus nicht verkauft, man muß eine halbe Stunde vor Abfahrt am Bahnhof sein. Der frühe Aufbruch vom Hotel hat zur Folge, daß nur ein Bruchteil der üblichen Bakschisch-Hände zu befriedigen sind; dafür machen sich am Bahnhof umso zahlreichere bemerklich. Mein reichlich bemessener Münzenvorrat ist fast erschöpft, als der Platz im Zug gefunden und das Gepäck verstaut ist. Zunächst hat der Zugführer noch Anordnungen getroffen und bleibt dann so lange vor mir stehen, bis auch er seine zehn Piaster in die Hand gedrückt erhält. Die stolze Ausländerfeindschaft der hohen Regierungsstellen hat sich in den unteren Kategorien noch nicht durchgesetzt!

Ein verblüffend gut gekleideter junger Ägypter (blaues Jakett, graue lange Hose, tadelloses Hemd) hat sich auf dem Gegensitz niedergelassen, offenbar geneigt und bestrebt, ein Gespräch anzuknüpfen. Das hat freilich seine Schwierigkeiten, da sein Englisch

nur sehr rudimentär ist und ich die Frage, ob ich arabisch spreche, leider verneinen muß. Immerhin ergibt sich, daß der muntere Jüngling in Alexandria ein Technikum besucht und im nächsten Jahr sogar für einige Monate nach Europa reisen will. Mit der Ermutigung zu diesem Unternehmen verbinde ich den Rat zu einschlägigen Sprachstudien, da bei uns nur wenige Leute sein Idiom beherrschen. Der moderne Sprachunterricht im ägyptischen Technikum ist auf eine Wochenstunde beschränkt worden; Zwischenprüfungen gibt es nicht. Das Wort „test" hat der Knabe immerhin schon einmal gehört; Prüfungen setzen jedoch erst gegen Abschluß der Schulzeit ein. Mein Gesprächspartner ist 16 Jahre alt, reist in der Ersten Klasse und sieht seiner Zukunft mit großem Optimismus entgegen. Meine interessierten Rückfragen ergeben, daß seine Reisepläne sich nicht etwa auf erhoffte Stipendien stützen; nein, sein Vater wird das alles bezahlen, denn er ist Stationsvorsteher in Ismailia (daher auch die Freifahrt auf der Eisenbahn). Als wir diese Station dann im Bereich des Suez-Kanals erreichen, verabschiedet er sich als vollendeter Kavalier; weithin leuchtet noch sein Jakett in der grauweißen Masse der Galabijeträger, die sich auf dem Bahnsteig drängen.

Einer von denen, die von der Gunst der neuen Zeit bevorzugt sind – wird er seine Chance nutzen, wird er einmal etwas leisten oder wird sein Lebenslauf bestätigen, was mir in diesen Tagen einmal von einem bitteren Kritiker über die Zustände im Lande gesagt worden ist: „Die Tröge sind geblieben, nur die Schweine haben gewechselt".

*

Es ist der fruchtbarste Teil Ägyptens, durch den diese Reise führt: Das Nildelta, in dem der große Fluß sich in zwei Arme teilt und weithin das Land bewässert. Aus dieser „Delta-Landschaft" stammen die heiteren Bildszenen, die im Griechisch-Römischen Museum in Alexandria zu sehen waren. Hier lebten die Römer jahrhundertelang in vergnügter Zufriedenheit, hier war eine der Kornkammern ihres Imperiums. Bis auf den heutigen Tag sind die Archäologen im Deltabereich eifrig am Graben, immer wieder finden sie noch Stücke aus der römischen Besatzungszeit.

Die von Kanälen mit gelegentlichen Segelschiffen und Wassergräben durchzogene und dicht bebaute Flachlandschaft erinnert an Holland und an die norddeutsche Tiefebene – allerdings fehlen die behäbigen Bauernhöfe. Statt dessen fährt der Zug immer wieder an Fellachendörfern vorbei, deren Primitivität und Schmutz zur fruchtbaren Landschaft in niederdrückendem Kontrast stehen. Hier jedenfalls scheint es die Nasser-Brunnen noch nicht zu geben; überall sind die Frauen daran, aus bräunlichen Rinnsalen Wasser zu schöpfen, wenn sie nicht gerade zerfetzte Gewänder darin waschen.

Eingestreut dazwischen zeigen sich moderne Bauten, auch Fabriken; und neben den üblichen Holzpflügen mit Ochsengespannen sehe ich vom Zugfenster aus – zum ersten Mal in Ägypten – sogar einen Traktor mit Anhängewagen.

Auf einer modernen langen Eisenbahnbrücke überquert man bei Sais den Rosette-Arm des Nils. Dort hatte einst die 28. Dynastie der alten Pharaonen ihre Hauptstadt, später haben sich Perser hier niedergelassen; bereits Herodot wußte von Sais zu berichten. Heute besitzt der Ort wirtschaftliche Bedeutung, es gibt mehrere Fabriken und eine Strecke hinter Sais läuft sogar eine vierspurige Autostraße der Bahn entlang. In seltsamen Widerspruch bewegen sich Kamele und Esel zwischen schnellflitzenden Personen- und Lastkraftwagen. Nach dem zweiten Nilarm, der Damiette, beginnt freilich ganz abrupt – ohne Übergang – wieder die Wüste. Zu weit ist bereits der Nil entfernt, der Deltatraum ist ausgeträumt; was nun folgt ist die künstliche Landschaft des Menschenwerks „Suez-Kanal“.

*

Der letzte Abschnitt der Bahnfahrt führt am Kanal entlang nach Norden; der blaue Himmel hat sich inzwischen verhangen, Wind ist aufgekommen und man glaubt die Sanddünen geradezu wachsen zu sehen. Der Zug fährt langsam, die Landschaft wird immer undurchsichtiger; es ist begreiflich, daß der Kanal auch in Friedenszeiten gelegentlich gesperrt und immer wieder ausgebaggert werden muß, denn diese wandernden Dünen sind der Tod-

feind der durch die Wüste getriebenen Wasserstraße. Schon vor hundert Jahren starben hier die Fellachen zu Tausenden dahin an Cholera und Durst – Arbeiter, die die Suez-Kanal-Gesellschaft auf Grund einer formellen Genehmigung als Zwangsarbeiter anwerben und behandeln durfte. Die Regierung des Khediven hatte diese Vollmacht an die Gesellschaft im Jahre 1856 erteilt und sie erst zehn Jahre später widerrufen.

Port Said – nach dem von 1854–1863 regierenden Khediven benannt – ist eine erst mit dem Bau des Suez-Kanal entstandene, nahezu ins Meer hinaus gebaute Stadt. Die letzte Viertelstunde der Fahrzeit fühlt sich der Fahrgast des Zuges wie in einem Schiff – links weite Wasserflächen, rechts ein schnurgerader Kanal, dahinter wieder ein Blick auf Wasser. Obwohl die Landenge an ihrer engsten Stelle nur 112 Kilometer mißt, ist die Baustrecke des Kanals mit 171 Kilometern fast anderthalb mal so lang, allerdings unter Einrechnung der beiden Seen, die durchfahren werden.

Schon unter den Ptolomäern gab es eine Schiffsverbindung zwischen dem Roten und dem Mittelmeer. Damals wurde ein Kanal zwischen dem Nil und einem der beiden Seen und von diesen zum Roten Meer hergestellt. Da ein solcher Wüstenkanal jedoch schnell verfällt, wenn er nicht immer wieder erneuert wird, so war das damals nur eine kurzfristige Errungenschaft. Später soll der römische Kaiser Trajan den Kanal wieder in Gang gesetzt haben; das Bauwerk verfiel jedoch erneut. Nach der Gründung Kairos wurde der Kanal teilweise wieder freigeschaufelt, um erneut Getreideschiffe aus dem Roten Meer bis zum Nil zu bringen. Vom 8. Jahrhundert an war aber auch das Interesse der Kalifen, die ihr Reich inzwischen weit ausgedehnt hatten, an dem Kanal erloschen.

Erst Napoleon griff die naheliegende Idee einer Wasserverbindung zwischen dem Roten und dem Mittelmeer wieder auf, aber der beauftragte Ingenieur glaubte, es bestehe zwischen diesen beiden Meeren ein Spiegelunterschied von fast zehn Metern. Diese falsche Messung und Berechnung – und natürlich auch Napoleons Abzug aus Ägypten, sein politisches Scheitern in diesem Raum – ließen die Kanalidee wieder zurücktreten bis 1838. Der damalige französische Konsul in Ägypten Ferdinand Lesseps wurde erneut

davon fasziniert. Die Geschichte seines zähen Kampfes und die Durchsetzung des riesigen Projekts (auch die heutige Assuan-Baustelle erreicht die Ausmaße der damaligen Bauleistung nicht!) ist nicht nur ein technischer und finanzieller, sondern auch ein historisch-politischer Roman: technisch war entscheidend, daß die befürchtete Meeresspiegel-Differenz nicht besteht, der Kanal also keiner Schleuse bedurfte; ein einfacher Durchstich genügte.

Dafür traten andere technische Probleme auf, insbesondere die Notwendigkeit, Hafen und Stadt Port Said weit vorgeschoben zu erbauen und ein wanderndes Sandgebirge zu durchstoßen. Auch finanziell war es nicht einfach, die beträchtlichen Mittel für einen Bau bereitzustellen, der schließlich volle zehn Jahre in Anspruch nahm.

Politisch war die damalige Geschichte des Suez-Kanals von der erstaunlichen Tatsache gekennzeichnet, daß ausgerechnet die Engländer, die in ihrem Verkehr mit Indien die größten Vorteile aus dem Kanalbau erwarten durften, sich leidenschaftlich und zäh dagegen wandten. Natürlich ging es dabei nicht um nüchternes Denken und Rechnen, sondern um die Rivalität mit Frankreich.

Es war ein langes und verwickeltes Spiel, das sich entfaltete, bis endlich am 17. November 1869 in glanzvoller Festlichkeit das erste Schiff den neuen Kanal durchfahren konnte. Nachdem er gegen ihren Willen doch gebaut worden war, richteten die Engländer bald ihre Bemühungen darauf, diesen Verkehrsweg machtpolitisch zu kontrollieren. Das ist ihnen dann auch viele Jahrzehnte hindurch gelungen. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, nachdem sie bereits 1947 ihre Herrschaft über Indien aufgegeben hatten, machten sie zunächst keine Miene, ihre Truppen aus der Suez-Kanal-Zone zurückzuziehen, in die sie zwecks „vorübergehender Besetzung" im Jahre 1882 erstmals eingedrungen waren.

Erst im Juli 1954 – nach der Nasser-Revolution in Ägypten und nicht ohne Drängen der Amerikaner – fand sich die britische Regierung bereit, die militärische Kontrolle des Kanals abzugeben. Der damalige britische Ministerpräsident Churchill erklärte dazu säuerlich, dies könne geschehen, weil die Wasserstoffbombe die Stellung am Suez-Kanal „überflüssig" gemacht habe.

Zwei Jahre später war Churchills Nachfolger Sir Anthony Eden wieder anderer Ansicht; er versuchte in den ersten Novembertagen 1956 in gemeinsamer Operation mit französischen und israelischen Streitkräften die britische Herrschaft am Kanal erneut zu etablieren. Das blutige Abenteuer endete bekanntlich mit einem Fiasko. Ende Dezember 1956 zogen die Engländer wieder ab, um seither nicht wieder zu erscheinen, außer als zahlungswillige Benutzer des damals nach mehrmonatiger Sperrung von deutschen Räumschiffen wieder freigemachten – seit Juni 1967 freilich erneut gesperrten – Kanals.

Die Ereignisse des Sommers und Herbstes 1956 standen – wie erwähnt – in unmittelbarer Beziehung zu Nassers Assuan-Projekt. Wenige Tage, nachdem er erfahren hatte, daß die Vereinigten Staaten ihn bei der Durchführung dieses ihm so wichtigen Bauvorhabens nicht unterstützen würden, erklärte er die Suez-Kanal-Gesellschaft für verstaatlicht. Mit den bisherigen Aktionären wurde durchaus höflich umgegangen; man bot ihnen volle Geldentschädigung für ihre Aktien zum Tageskurs der Pariser Börse an. Als Grund für die Enteignung führte Nasser einige Argumente an, die freilich nicht sehr stichhaltig waren. Beispielsweise, daß die Suez-Kanal-Gesellschaft es versäumt habe, den Hafen von Port Said mit Kais auszustatten, an denen die Schiffe unmittelbar anlegen könnten – auch in den Tagen meines Besuches, acht Jahre später, war noch kein einziger neuer Kai gebaut.

In Wirklichkeit war Nassers Schritt natürlich ein politischer Akt, aber auch eine Maßnahme von großer Bedeutung für seine Finanzen. Die Kanalgebühren wurden und blieben bis 1967 eine beträchtliche Einnahmequelle für den ägyptischen Staatshaushalt. Die Entscheidung über die Genehmigung oder Versagung der Durchfahrt bildete ein Recht, das die weltpolitische Stellung Ägyptens stärkte. Schon 1904 haben die Engländer auf den Verlauf des russisch-japanischen Krieges dadurch eingewirkt, daß sie der russischen Flotte die Durchfahrt durch den Kanal versagten und den Admiral Roschestwenskij zwangen, rund um Afrika zu fahren; als er schließlich mit letzter Kraft in Ostasien eintraf, versetzten die Japaner seiner erschöpften Streitmacht bei Tschushima den Todesstoß.

Es ist nicht sicher, daß Nasser genau an dieses Beispiel dachte, aber es ist klar, daß das Ansehen Ägyptens in der Welt zwischen dem 26. Juli 1956 und dem 5. Juni 1967 bedeutender war, als es heute ist.

Hätte Nasser 1956 mit seiner Suez-Enteignung gewartet, so wäre vermutlich eine ganz andere Situation entstanden. Die Konzession der Suez-Kanal-Gesellschaft endete gemäß den seinerzeitigen Staatsverträgen 99 Jahre nach der Eröffnung des Kanals, also im November 1968. Im Juni 1967 bestand sie noch – hätten die Israelis ihren Griff zum Kanal gewagt, wenn hier im Zeitpunkt dieses Angriffes noch vielerlei internationale Interessen gewirkt hätten?

*

Es ist nicht schwierig, in Port Said einen Augenzeugen der Novembertrage 1956 aufzutreiben. Die Erinnerung daran ist immer noch lebendig. Damals fuhr eine britische Flotteneinheit vor Port Said auf und schoß vorerst einmal das nahegelegene sog. Araberviertel in Brand, um anschließend die ganze Stadt durch Landetruppen gefechtsmäßig zu besetzen.

Mein Gewährsmann, damals Angestellter einer Schiffsagentur, antwortet auf die Frage, ob denn die Bevölkerung vor dem Überfall gewarnt worden sei:

„Ja, von Radio Zypern soll eine Durchsage gekommen sein; ich habe sie nicht gehört, sondern bin, wie wohl die meisten anderen Leute, morgens durch das Krachen der Einschläge geweckt worden. Wir haben uns natürlich alle in die Keller geflüchtet, nur der amerikanische Konsul (dessen Haus liegt direkt am Hafen) stand weithin sichtbar neben einer ausgebreiteten Flagge der USA auf seinem Dachgarten und beobachtete mit dem Fernglas was sich abspielte. Als der Artilleriebeschuß eingestellt wurde, flogen Dutzende von Flugzeugen niedrig über der Stadt und schossen mit ihren Bordwaffen in die Straßen. Währenddessen haben die Engländer ihre Landung draußen an der Küste, etwa drei Kilometer vom eigentlichen Stadtkern entfernt, durchgeführt".

„Zu Kämpfen kam es kaum. Die englische Taktik bestand einfach darin, in der dicht bewohnten Arabersiedlung ein Chaos anzurichten, und die Verwirrung zur Landung auszunutzen. Das

Innere der Stadt und der Hafen wurden bei der Beschießung ausgespart, sie wollten ja nach der Besetzung mit ihren Schiffen dort selbst anlegen."

„Am nächsten Tag, als ich mich erstmals wieder hinauswagte, erschrak ich über die vielen toten Menschen, die überall auf dem Pflaster lagen, obwohl die meisten Häuser noch standen. Nur in der Araberstadt hatte der Artilleriebeschuß einen Flächenbrand ausgelöst. Die Toten hier in der Innenstadt waren Opfer des Bordwaffenbeschusses – Flüchtlinge aus den Brandgebieten, die hier nach der Methode, 'Dresden' vom Schicksal ereilt wurden."

Der ägyptische Widerstand war gering, die britischen Soldaten konnten damals die Stadt und anschließend die Kanalzone bis Ismailja ohne große Verluste unter Kontrolle nehmen. Nicht militärisch, sondern politisch wurden sie zur Räumung gezwungen. Immerhin war es den Ägyptern gelungen, die Hafeneinfahrt durch Versenkung einiger Schleppkähne zu versperren, und so den Gebrauch des Suez-Kanals durch den Gegner ähnlich zu verhindern, wie es dann 1967 erneut geschehen ist.

Als wir uns voneinander verabschieden, sagt der alte Herr: „Es war eine schreckliche Sache. Die Leichenberge mit all' den unschuldigen Menschen in den Straßen werde ich nie vergessen".

Er sprach von „unschuldigen Menschen". In London war man damals nicht dieser Ansicht; aus einer Unterhaus-Debatte ist der Text der erwähnten – im betroffenen Araberviertel Port Saids natürlich nicht abgehörten – Rundfunk-Mitteilung aus Cypern bekannt geworden:

„Wenn Ägypten die Kanalzone nicht räumt, dann zweifelt nicht daran, daß wir Eure Dörfer und Häuser vernichten werden. Ihr habt eine Sünde begangen. ... Ihr habt Euer Vertrauen auf Nasser gesetzt."

Diese Art von „Sünden" sind uns Deutschen aus zwei Weltkriegen und der jeweils folgenden Nachkriegspropaganda hinreichend bekannt geworden. In Ägypten ging 1956 der britische Schuß nach hinten los. Premierminister Eden verschwand in der Versenkung und Abd el Nasser ist sogar nach der Katastrophe von 1967 der Mann geblieben, dem die Ägypter vertrauen.

*

Auf einem weitem runden Platz erhebt sich der Obelisk, der mittlerweile als „Befreiungsdenkmal" an jene bitteren Erlebnisse Port Saids erinnert. In den hohen Sockel kann man eintreten, eine öffentliche Ausstellung mit Inschriften und beleuchteten Szenen berichtet von den Tagen, in denen die Engländer den grundlegenden Fehler machten, sich mit Gewalt zurückholen zu wollen, was sie vorher bereits freiwillig aufgegeben hatten. Gewiß – auch Frankreich und Israel waren 1956 an dem Abenteuer beteiligt, aber hier an dieser Stelle ist nur von den Briten die Rede.

Als ich von Schaukasten zu Schaukasten, von Inschrift zu Inschrift wandere, sie betrachte und lese, einige Notizen aufzeichne, kommt ein Polizist mit dunklen Haßaugen auf mich zugeschossen: „Inglish?" fragt er drohend – aber meine Antwort „German" beruhigt ihn völlig. Wie durch ein Zauberwort umgewandelt macht er nun den Führer durch die Ausstellung: Fotos des zerstörten Stadtteils erinnern an deutsche Bilder aus dem Zweiten Weltkrieg, farbige Zeichnungen verdeutlichen den Einschlag der Schiffsgranaten, erbeutete englische Uniformstücke verleiten gar zum Irrtum, der Angriff sei militärisch abgewiesen worden.

In Wirklichkeit war jener amerikanische Konsul, der die Vorgänge so demonstrativ vom Dach seines Hauses aus beobachtete, geradezu ein Symbol des Fehlschlages für die Engländer. Hier hatten sie 1956 den Versuch gemacht, ohne, ja gegen die amerikanische Direktive britische Sonderinteressen durchzusetzen, dann mußten sie nach knapp sechswöchiger Herrschaft wieder kläglich abziehen.

Obwohl für diesen Rückzug offenkundig die amerikanische Haltung ausschlaggebend war, haben auch die Russen es nicht unterlassen, sich das Verdienst an dem für Ägypten schließlich günstigen Ausgang zuzuschreiben. Das Ergebnis war jedenfalls, daß Nasser, den zu stürzen das eigentliche Anliegen des Unternehmens war, danach erst so richtig im Sattel saß.

Großzügig hat er das zerstörte Stadtviertel wieder aufbauen lassen; es sind vor allem Schulen, die den ganzen „Befreiungsplatz" umsäumen: Aus fast jedem der großen neuen Gebäude, die hier errichtet sind, dringt das Summen eines eifrigen Lehr- und Lernbetriebes, lärmen jugendliche Stimmen. Kaum, daß man auf diesen

Straßen noch eine Galabije sieht; mit großem Nachdruck will Nasser hier ein europäisches Gesicht Ägyptens zeigen.

Wie mag es heute auf diesem „Befreiungplatz" aussehen? Direkt gegenüber am anderen Ufer des Hafens stehen seit 1967 die Militärposten der Israeli; sie wurden und werden nun offensichtlich nur durch die Anwesenheit russischer Marinestreitkräfte davon abgehalten, Port Said und den Suez-Kanal ganz in ihre Gewalt zu bringen.

*

Ein deutsches Frachtschiff, das ich hier in Port Said zur Weiterreise nach Indien erreichen soll, ist durch schlechtes Wetter im Mittelmeer um einen Tag verspätet. Ein Schweizer Journalist, der ebenfalls im Casino-Palast-Hotel wohnt (die Bezeichnung „Palast" ist sehr irreführend!) weiß mir die Wartezeit nützlich abzukürzen; er ist ein subtiler Kenner der politischen Hauptfrage, um die es in dieser Weltgegend geht: die Einordnung des neuen Staates Israel in das Völker- und Staatengemenge des Vorderen Orients.

Auf wackligen Stühlen sitzen wir auf einem der Zimmerbalkons mit dem Blick hinaus auf die Mole und die Hafeneinfahrt; vor ihr sind in weiter Ferne ankernde Schiffe wahrzunehmen, die auf den Abruf zur Einfahrt in den Hafen warten.

Die Gründung des Staates Israel hat nahezu alle Verhältnisse beunruhigt, weil die Juden nicht nur – was zu erwarten war – unvergleichlich tätiger sind als die meisten der bisher hier siedelnden Völker, sondern auch weil sie in Palästina etwas aufgebaut haben, was es hier seit den Zeiten der Kreuzzüge nie gegeben hat und was wirklich eine Überraschung bedeutete: eine gutgerüstete Wehrmacht, die sowohl 1948 und 1956 erstaunliche Schlagkraft unter Beweis gestellt hat. Mein Gesprächspartner versicherte mir – was sich dann 1967 bestätigt hat –, daß die israelische Armee zweifellos die stärkste im Vorderen Orient stationierte Militärmacht darstelle. Der in der Kairoer Presse häufig kühn besprochene Gedanke einer „Befreiung" Palästinas durch eine militärische Koalition der arabischen Staaten sei reine Utopie. Auch die russi-

schen Waffenlieferungen an Ägypten dürften darüber nicht hinwegtäuschen. Den Russen sei in dieser Weltgegend Unruhe erwünscht und sie würden gewiß eingreifen wenn Gefahr bestehe, daß Ägypten niedergekämpft und Nasser abgesetzt werde, einen umgekehrten Stoß, etwa eine Auslöschung Israels müßten sie aber so ziemlich allein unternehmen.

Ich bin ein aufmerksamer Zuhörer auch für das Thema, das ich während des Aufenthalts in Kairo fast täglich in der „Egyptian Gazette" – einer englischsprachigen Zeitung, die aber natürlich von der ägyptischen Regierung beeinflußt wird – behandelt fand: den Streit um das Jordan-Wasser.

Wie in so vielen Ländern ist auch für den Staat Israel die Wasserfrage von größter Bedeutung: die ganze südliche Hälfte des Landes, der „Negev", ist noch Wüste; wenn Platz für weitere jüdische Einwanderer geschaffen werden soll, dann muß diesem Wüstenboden durch Bewässerung weiteres Fruchtland abgerungen werden.

Das weiß man in Tel Aviv genauso gut wie in Kairo. Es geht freilich nicht nur um Wasser, sondern um Süßwasser. Und da gibt es nun die Besonderheit, daß der Jordan-Fluß in fast 200 Kilometern Länge Süßwasser führt, dann aber in das Tote Meer einfließt, dessen Wasser salzig ist, also für Bewässerungszwecke nicht in Betracht kommt. Wäre das Tote Meer ein Süßwasserbecken, dann gäbe es für Israel kein Problem, denn die Negev-Wüste grenzt direkt daran.

Das israelische Bewässerungsprojekt muß also vom Jordan her gespeist werden – und da gab es bis 1967 die Schwierigkeit, daß der Fluß auf weite Strecken durch jordanisches Gebiet fließt. Erst im Juni-Feldzug 1967 haben die Israeli den ganzen Flußlauf in die Hand bekommen. Bis dahin hatte Israel nur auf kurze Strecken die Gebietshoheit über das Flußbett.

Die „Arabische Liga" hat jahrelang Projekte gewälzt, um am Oberlauf des Jordan noch große Anlagen am Fluß Jarmuk auf jordanischen Seite den Israelis in des Wortes unmittelbarer Bedeutung „das Wasser abzugraben".

Ausgangspunkt dieses „Wasserkrieges", der inzwischen zugunsten Israels entschieden ist, war ein Aufruf, den der israelische

Ministerpräsident Eschkol bei Antritt seines Amtes im Sommer 1963 an die Zionistische Weltorganisation richtete, deren leitender Funktionär er bis dahin gewesen war. Er verkündete das Programm einer neuen großen Einwanderungsaktion, forderte dafür ungewöhnliche und kostspielige Anstrengungen. Diese Ankündigung wirkte in allen benachbarten Staaten wie ein Signal. Es war und blieb offenkundig die Absicht der Israel-Regierung, durch die Bewässerung des Negev und die dadurch ermöglichte Neuansiedlung weiterer Einwanderer – die Propaganda spricht von einer zusätzlichen Million Juden, die in Palästina angesiedelt werden sollen – die Existenz des Staates Israel endgütltig zu zementieren. Gewiß ist der Traum von einem „arabischen Palästina" ausgeträumt, wenn diese Pläne verwirklicht werden. Andererseits wird das Existenzproblem der Juden in aller Welt durch die zusätzliche Einschleusung dieser etwa einer Million, meist nicht begüterter Juden aus einigen, vermutlich südamerikanischen, Ländern keineswegs gelöst. Es ist schwer einzusehen, wie dieses unwirtliche Palästina jemals die etwa 16 Millionen in der ganzen Welt verstreuten Juden aufnehmen und damit ernstlich den erträumten Nationalstaat bilden soll.

*

Unterdes ist es Abend geworden; die Schiffe, die im Hafen liegen, um als nächster Geleitzug in der Nacht in den Kanal einzulaufen, haben die sog. Suez-Scheinwerfer gesetzt, mit denen während der Durchfahrt die Ufer abgeleuchtet werden.

Ferne draußen auf der Reede ankern schon die nächsten zwei bis drei Dutzend Schiffe. Ihre dünnen Lichter heben sich gespenstisch vom dunklen Himmel ab.

Wenige Schritte vom Hotel entfernt beginnt die lange Mole, deren Ende von einem Denkmalstumpf bezeichnet wird. Bis 1956 ragte hier die Figur des Erbauers des Kanals; in der Wut der damaligen Wochen wurde sie gestürzt und beseitigt. Aber der Sockel entging dem Denkmalssturm. Hier steht noch in großen Lettern eingemeißelt: „Fernand de Lesseps".

Der heutige Kanal ist das Werk des weißen Mannes und seine Schiffe sind es, die ihn seit hundert Jahren befahren. Die Ägypter waren noch nie ein Seefahrervolk, sie werden es voraussichtlich auch in Zukunft nicht sein. Schon die Heranbildung ägyptischer Kanal-Lotsen – die ja durchwegs Kapitänspatente haben müssen – bot nach 1956 ernste Schwierigkeiten; der einschlägige Personalbedarf wurde aus den verschiedensten Ländern rekrutiert.

Auch für die technische Betreuung anderer Kanalprobleme werden die weißen Ingenieure unerläßlich sein, wenn nicht erneut das eintreten soll, was bereits vor anderthalb Jahrtausenden mit dem römischen Kanal geschah und was in der seit 1967 eingetretenen Lage erneut denkbar geworden ist: daß das kühne Menschenwerk des Kanals von den Naturkräften der Wüste wieder zerstört wird.

*

Das Warten dauert nochmals eine lange Nacht und einen Vormittag; dann werde ich im Hotel von einem höflichen Ägypter abgeholt, und zum Schiff gebracht. Bis vor kurzem war das eine Sache der deutschen Schiffsagentur, und zwar eine recht einfache – der Agent nahm den Passagier in seiner Barkasse mit. Seit aber die deutsche Agentur im Zuge der „Nationalisierung" ägyptisch kontrolliert wird, ist die Affäre komplizierter und auch kostspieliger geworden. Der junge Mann, der nur gebrochen englisch spricht, bemüht zunächst ein Taxi, um darin einige hundert Meter zurückzulegen. Dann werden etliche Träger und weitere Begleitpersonen mit der Behandlung meiner beiden Koffer betraut. Schließlich besteigen wir ein Motorboot, das uns zum Fallreep des Frachters bringt; er ist im Hafen inzwischen vor Anker gegangen. Der junge Mann klettert mir nach, begleitet mich in die Kabine und macht dann seine Rechnung auf, die über 3 ägyptische Pfund lautet, etwa 30 deutsche Mark. Der erste Blick aus dem Kabinenfenster: genau gegenüber liegt das Hotel, das wir vor einer Viertelstunde verlassen haben!

Unser Schiff – so erzählt der Kapitän beim Abendessen – zahlt für die Durchfahrt genau das tausendfache des Betrages, den ich

zu erlegen hatte – und es stellt sich heraus, daß der Geleitzug, in den wir am nächsten Morgen eingereiht werden, nicht weniger als 28 Schiffe umfaßt. ...

*

Die langsame Fahrt durch den Kanal hat sich als seltsames Erlebnis der Erinnerung eingeprägt – soweit der Blick voraus und achtern reicht, eine endlose Kolonne hoher Schiffe, die durch die Wüste ziehen! Gelegentlich überholt uns ein Auto, ein Eisenbahnzug, nur Kamele und Esel sind langsamer als wir.

Bei Ismailja die alte Eisenbahndrehbrücke, die 1956 im Wasser lag und neben der dann eine neue Baustelle sich ausdehnte, hoch überragt von Doppelkranen mit dem weithin sichtbaren Firmennamen „Krupp". Inzwischen wird auch dieses Bauwerk wieder zusammengestürzt sein.

Im Großen Bittersee muß unsere ganze Flotte Anker werfen. Der von Suez kommende Gegengeleitzug hat Vorfahrt. Erst fünf Stunden später dürfen wir uns wieder in Bewegung setzen. Jetzt sind wir als 24. Schiff am Ende des Konvois eingeteilt. Es ist fast Mitternacht, als steuerbords die Lichter der Stadt vorübergleiten, die dem Kanal den Namen gab. Unsere Maschinen werden auf volle Fahrt gestellt. Ohne Halt laufen wir ins Rote Meer.

In einem Indienbuch, das ich nach Beendigung des Kanalabenteuers in meiner Koje noch zur Hand nehme, steht ein Satz, den der spätere britische Außenminister Lord Curzon – er war von 1899–1905 Vizekönig in Indien gewesen – im Jahre 1909 in einem öffentlichen Vortrag unumwunden ausgesprochen hat:

„Nur Indiens wegen hat Lord Beaconsfield die Aktien der Suez-Gesellschaft gekauft und nur Indiens wegen sind wir jetzt in Ägypten."

Wenig mehr als ein halbes Jahrhundert ist seither vergangen. Wer sich diesen Satz Curzons in Erinnerung ruft, weiß nicht nur, wie sehr das politische Bild der Welt sich verändert hat, sondern auch warum das geschah. Ohne die beiden Deutschlandkriege wäre der Lotse, der kurz vorher von Bord gegangen ist, ganz gewiß kein Kroate sondern ein Engländer gewesen.

Der junge Port Sudan und das alte Aden

Auf Frachtschiffen wird der Passagier – so deutet der Erste Offizier mit einem Lächeln im Mundwinkel an – nur „mitgenommen". Das tut der fast familiären Atmosphäre an Bord zwar keinen Abbruch – aber der Fahrplan richtet sich nach der Fracht und nach nichts anderem. So höre ich nur nebenbei nach dem Abendessen, daß wir auf unserer Reise durchs Rote Meer erst noch Port Sudan anlaufen müssen, bevor wir Kurs auf Aden nehmen können. An die hundert Lastwagen, die auf Deck verzurrt sind, müssen in dem einzigen Hafen der „Republic of the Sudan" gelöscht werden.

Erst 1907 von den Engländern an der Westküste des Roten Meeres erbaut, ist Port Sudan der Versorgungshafen für Karthoum – die heutige Hauptstadt der Republik, die Lord Kitchener noch 1898 gegen den blutigen Aufstand des berühmten Mahdi in der Schlacht Omdurman freikämpfen mußte.

Damals wurde noch der ganze Nachschub Lord Kitcheners von Alexandria über Assuan nilaufwärts transportiert, jetzt ist Karthoum durch eine Eisenbahn von fast tausend Kilometern Länge quer durch die Wüste mit Port Sudan und damit mit dem Roten Meer direkt verbunden.

Der Kapitän sieht der Operation mit Skepsis entgegen: die Bahn ist nicht sehr leistungsfähig, und so gibt es auch beim Löschen der Schiffsladungen oft unliebsame Aufenthalte, die besonders im Sommer eine Strapaze sind; in dieser Jahreszeit gilt Port Sudan als der heißeste Ort des ganzen Erdballs! Noch ist es erfreulicherweise nicht so, außerdem haben wir Glück: eine frische Brise weht von den kahlen Bergen. Unser Ladegut ist für die sudanesische Armee bestimmt. Und da in Karthoum derzeit ein General regiert, kommt unser Schiff ohne Wartezeit in den Hafen. Einheimische Löschmannschaften kommen an Bord – eine Gruppe Neger in der fülligen Haartracht ihres Stammes mit eingesteckten Kratzhölzern, deren sie sich bei Bedarf bedienen.

Der Sudan ist ein Staatsgebilde auf dem schwankenden Boden der Rassenscheide: die an Ägypten anschließenden Gebiete sind

von einer ägyptisch-arabisch-negroiden Mischbevölkerung bewohnt, während die südlichen Landesteile, die an Äthiopien, Kenya, Uganda, Kongo usw. grenzen, ganz dem schwarzen Bereich angehören und sich dorthin verbunden fühlen. Hier sind auch die Grenzen vielfach ungewiß, Nomadenstämme kümmern sich nicht darum.

Der nordafrikanische, wie auch der ägyptische und arabische Menschentypus wird von den Ethnologen den „Kaukasoiden" zugerechnet; Mittelafrika aber ist das Kerngebiet der „negroiden" Großrasse. Daß diese Trennlinie quer durch den Sudan verläuft, hat sich im Schicksal dieses Landes häufig bemerkbar gemacht. Seit den Tagen der Pharaonen drängen die Ägypter darauf, dieses obere Nilgebiet möglichst gründlich zu beherrschen. Schon zum Pyramidenbau hat man von hier schwarze Sklaven in das untere Niltal verschleppt, später hat sich Ägypten immer wieder hier durchzusetzen versucht, ohne das länger als kurzfristig zu erreichen.

Nach dem Ersten Weltkrieg haben die Engländer, als sie seit der Jahrhundertwende die absoluten Herren des Sudans geworden waren, ein formelles „englisch-ägyptisches Kondominium" hier errichtet, das sich freilich auch nicht halten ließ und nach der Ermordung eines britischen Generalgouverneurs praktisch wieder aufgehoben wurde. Als der Sudan in den Jahren 1955–56 aus der britischen Oberhoheit entlassen wurde, fand eine Volksabstimmung über die Frage eines Anschlusses an Ägypten statt. Das Ergebnis war strikte Ablehnung, und seitdem ist der Sudan ein unabhängiger Staat, der freilich der „Arabischen Liga" angehört. Die führende Schicht ist – um wieder die wissenschaftlichen Ausdrücke zu gebrauchen – nicht negroid, sondern kaukasoid und aus diesem Grunde gibt es seit dem Entstehen der mittelafrikanischen selbständigen Staaten starke Strömungen im Süd-Sudan, die aus der Republik ausscheiden und sich den Negerrepubliken anschließen möchten. Die Regierung in Karthoum unterdrückt diese Bestrebungen mit so harter Hand, daß sogar in europäischen Zeitungen von einem hier vor sich gehenden „Völkermord" gesprochen wird.

*

Wir müssen zunächst in der Hafenmitte ankern und können nur mit einem Boot an Land. Was es in Port Sudan zu sehen gibt, ist freilich rasch besichtigt. Symbolisch für das britische Bedürfnis nach Bequemlichkeit und Repräsentation: links vom Anlegeplatz das „Red-Sea-Hotel" und rechts davon das „Government House" mit zwei alten Kanonen vor den Toren. Dazu ein tiefschwarzer Wachposten in sauberer Uniform: Shorts, Jackett und Weste.

Es gibt sogar eine sudanesische Marine, deren Motorboote im Hafen herumflitzen, die Matrosen ganz in weiß gekleidet – mit kurzen Hosen wie bei uns zuhause Konfirmanden; nur die kohlrabenschwarzen Beine stören die Illusion und gewähren den heiteren Eindruck des Grotesken.

Der große Park, der sich hinter dem Regierungsgebäude erstreckt, ist vermutlich erst im Zeichen der Unabhängigkeit allgemein zugänglich geworden. Jetzt liegen auf den Rasenflächen mannigfache Gestalten, die hier der Ruhe pflegen. Am Eingang warnt ein Schild den Europäer: „No person shall drink any alcoholics" – auch der Sudan ist mohamedanisch und deshalb dem Alkoholgenuß (wenigstens dem öffentlichen) aus Grundsatz abhold.

Die Straßen Port Sudans sind breit angelegt und verhältnismäßig sauber; sie führen zum „arabischen Markt", belebten Kaufhallen am Rande der Stadt, deren Bereich rasch durchschritten ist. Mein Versuch, mit einigen ägyptischen Münzen, die sich noch in der Tasche befinden, wenigstens eine Ansichtskarte zu kaufen, scheitert völlig. Nicht einmal der Portier im „Red-Sea-Hotel" – auch er ein tiefschwarzer Südsudanese – ist bereit, für ägyptische Piaster eine Postkarte abzugeben.

Nicht einmal als Bakschisch läßt sich die Münze anbringen: der turbangekleidete Bootsmann, der zum Schiff hinübersteuert, kommt mir mit dem ägyptischen Geld an Bord bis in die Kabine nachgelaufen; er will lieber ein paar Zigaretten haben.

*

Natürlich hat der Islam – wie alle Viel-Völker-Religionen – recht unterschiedliche Ausprägungen. Hier in Port Sudan sind erstmals ganz leidenschaftliche Mohammedaner zu beobachten.

Unsere einheimische Lademannschaft ist mit alten Konservendosen ausgerüstet; jedermann sucht auf eigene Faust nach Wasserhähnen, an denen diese Behältnisse aufgefüllt werden. Das gewonnene Naß dient für die vom Propheten angeordneten Waschungen der Beine, der Hände und weiterer Körperteile; schließlich folgt verzücktes Aufstehen, Niederfallen und Bodenberühren – alles mit Blickrichtung auf die See, denn dort drüben am unsichtbaren jenseitigen Ufer des Roten Meeres liegen die Heiligen Städte, Mekka und Medina.

*

Gegen Abend verholen wir an die Pier; ein großes Schiff liegt neben uns, und es zeigt sich, daß es ein Frachter aus der deutschen Sowjetzone ist. Hier draußen freilich gibt es keine Mauer und keinen Stacheldraht. Es dauert keine Stunde, da kommt schon der erste Besucher von „drüben" und dann gehen auch wir für eine gemütliche Weile auf die „Berlin". Alles ist vergnügt unter dem Motto „Hier trifft man sich wieder". Mit einem Augenzwinkern deuten sie an, sie hätten keinen „Politruk" an Bord. Hoffentlich irren sie sich nicht.

Leider ist das Treffen nur von kurzer Dauer. Das Stralsunder Schiff hat mehrere Tage vor Port Sudan auf Reede liegen müssen, seine Ladung wird nun rasch gelöscht; in wenigen Stunden geht es wieder hinaus. Am nächsten Morgen hat ein dicker Holländer, der uns kalt läßt, neben uns festgemacht.

Abends kommt Besuch von Land: zwei deutsche Mechaniker arbeiten hier in Port Sudan und nutzen natürlich die Gelegenheit, wieder einmal Landsleute zu treffen und heimatliche Bierchen zu genießen. Der eine ist Angestellter einer amerikanischen Ölgesellschaft, der andere ist von seinem Werk entsandt, um deutsche Lokomotiven hier einzufahren. Diese Aufgabe fordert ihren Mann, denn unsere deutschen Konstrukteure sind zwar auf vielerlei Beanspruchungen eingerichtet, aber haben unsere Ingenieure auch genügend Vorkehrungen gegen die Wirkung eines Sandsturmes getroffen? Das ist es, worauf es auf der Strecke zwischen Port Sudan und Karthoum im wesentlichen ankommt. Um solche

Probleme mit praktischem Verstand zu meistern, dafür ist ein deutscher Schlosser der richtige Mann. Es geht dabei nicht um Berechnungen am Reißbrett, gegebenenfalls muß man den Schraubenschlüssel selbst in die Hand nehmen – auch bei 40 und 50 Grad Hitze! Dafür ist die Bahnverwaltung nicht kleinlich: wenn auf der Strecke irgendwo Aufenthalte nötig sind, bekommt der deutsche Schlosser den Salonwagen als Quartier; Koch und Diener hat er sowieso dabei.

Es ergibt sich, daß der junge Mann nicht nur von seinem Handwerk etwas versteht, sondern sich auch Gedanken über das macht, was hier vorgeht. Ihm will nicht in den Kopf, warum ein Staat, dessen wirtschaftliche Lebensader die noch ganz unzureichende Bahnlinie von Port Sudan nach Karthoum ist, sich den Luxus einer „Sudan-Airlines" leisten muß – einer Luftfahrtgesellschaft, die sogar Frankfurt anfliegt. Der Verdacht liegt nahe, daß hier Mittel der „Entwicklungshilfe" verpulvert werden, ohne der Republik Sudan wirklich zu nützen.

In nüchternem Urteil ergibt sich, daß die Sudanesen heute noch alle Einrichtungen, die mit Technik zusammenhängen, also „modern" sind, vom Engländer geerbt haben und damit „weiterwursteln", wobei die Nubier sich geschickter anstellen als die Südsudanesen. In hohen Stellungen gibt es manche Ägypter – aber auch hier sind sie zu lässig, um die übernommenen europäischen Einrichtungen so umsichtig zu betreiben, wie dies nun einmal geschehen muß, wenn das Komplizierte auf die Dauer funktionieren soll.

Der Kamerad des Schlossers, der als „Ölmann" in vielen Ländern herumgekommen ist, bestätigt das: „Der Orientale pflegt nichts, kein Pferd, keinen Esel, keine Maschine. Das ist keine Unsitte, sondern eine Erbanlage".

Politisch geht man hier etwas behutsamer vor als in Ägypten: Die „Sudanisierung" d.h. die Ausschaltung der Europäer aus allen und jeglichen Funktionen wird zwar auch angestrebt, aber nicht so hektisch betrieben. Die Kairoer „Ausbeuter"-Propaganda hat zu einem unbeabsichtigten Ergebnis geführt: man betrachtet hier zunächst die *Ägypter* als Ausbeuter und will *sie* zu allererst loswerden. Das wiederum hat erstaunlicherweise nicht allzuviel

mit Nasser zu tun. *Er* ist populär und *sein* Bild hängt auch bei den kleinen Leuten im Wohnraum, während man die Karthoumer Regierung mit Mißtrauen betrachtet und sie für korrupt hält. Nasser dagegen ist ein Nimbus geworden.

*

Gemächlich schippern wir – nachdem wir unsere Lastwagen losgeworden sind (die, wie man an Bord vermutet, in Port Sudan bald verrosten werden) – durch das Rote Meer, das sich nach anderthalb Tagen Fahrt verengt. Gelegentlich ist ein Korallenriff mit einem Leuchtturm zu sehen, dessen Befeuerung der Suez-Gesellschaft obliegt. Je näher wir dem Austritt aus dem Roten Meer in den Golf von Aden zustreben, um so lebhafter wird die See. Auf die Stunde genau sagt der Kapitän allerdings voraus, wann es wieder ruhiger werden wird. Wir kommen dann in den Windschatten einiger Inseln, die die „Straße von Bab el Mandeb" beherrschen. Um Aden anzulaufen müssen wir noch an die zwölf Stunden Nordostkurs fahren; durch ragende Schornsteine kündigen sich schließlich in der Ferne die Außenbezirke des damals noch britischen Stützpunktes an. Die Schornsteine gehören zu einer Raffinerie, die die Engländer erst in den 50er Jahren erbaut haben, nachdem sie im persischen Abadan Schwierigkeiten bekommen hatten.

Sehr im Gegensatz zu Port Sudan ist Aden eine uralte Stadt – in ihr soll schon die sagenhafte Königin von Saba residiert haben; auch die Römer sind gelegentlich bis hierher vorgedrungen. Später war Aden einer der Stützpunkte jener seefahrenden Araber, die lange Zeit den indischen Ozean und die afrikanische Ostküste beherrscht haben. Noch im Frühjahr 1513, als die Portugiesen versuchten, von Indien aus Aden zu erobern und die Stadt belagerten, wurden sie zurückgeschlagen. Dreihundert Jahre später hatten die Engländer mehr Glück; sie nahmen die Stadt an einem Tag – genau am 19. Januar 1839; nach Vancouver an der Westküste Kanadas war Aden die zweite Eroberung der Engländer zu Beginn der langen Regierungszeit der Königin Viktoria.

Sie hatten sich Adens damals zur Absicherung ihrer indischen Herrschaft bemächtigt; nach der Eröffnung des Suez-Kanals

gewann der Platz für das Londoner Indienministerium weitere Bedeutung. Die Historiker unterscheiden allerdings eine anglo-ägyptische und anglo-indische Schule der britischen Arabien-Politik. Erst seit Aden im Jahre 1937 dem India-Office entzogen worden war, begann von Aden aus eine lebhafte britische Vertragspolitik gegenüber den mehr als dreißig kleineren Sultanaten Südarabiens. Auch nach der Unabhängigkeitserklärung für Indien blieb hier eine „Südarabische Föderation" unter britischem Protektorat bestehen. Jahrelang hat man in Kairo mit flammenden Worten darauf aufmerksam gemacht, daß in der arabischen Welt „außer Palästina" nur noch dieses Aden-Protektorat von fremder Macht besetzt sei. Die „Föderation" war jedenfalls ein recht merkwürdiges Staatsgebilde, das aus 14 Sultanaten bestand – meist recht bescheidenen Gebilden, von denen einige kaum über ein Postamt verfügten. Die Sultane allerdings durften – wie mir versichert wird – als gebildete, vielfach in England erzogene Herren gelten, die ihre Interessen zu wahren verstanden. Mit weitem Abstand wichtigster Bundesstaat der „Föderation" war natürlich die Stadt Aden selbst, die in den letzten zwei Jahrzehnten stark angewachsen ist; hier leben jetzt an die 200000 Menschen gegen nur 50000 noch bei Ende des Zweiten Weltkrieges.

Dieser beträchtliche Zuzug meist einfacher Arbeitskräfte kam aus dem Jemen – dem arabischen Staat, der nördlich an Aden angrenzt und der immer noch Schauplatz von Kämpfen ist; die zuerst von Nasser und seit 1967 von den Russen direkt unterstützte Jemen-Republik hat den 1962 gestürzten religiösen Herrscher, dem Imam von Jemen, immer noch nicht überwältigt. Für ihn kämpfen seit vielen Jahren nicht ohne Erfolg die jemenitischen Royalisten, die von Saudi-Arabien unterstützt werden.

In einer hitzigen Debatte, die sich am 19. Dezember 1963 im Londoner Unterhaus abspielte, warf der konservative Kolonialminister einem Kritiker der damals in Opposition stehenden Labour-Partei mit scharfen Worten vor:

„Ich weiß ganz genau, daß der ehrenwerte Abgeordnete gerne die Briten aus Aden vertrieben sehen würde. Er wäre offenbar zufrieden, wenn Aden vom Jemen verschlungen und von Kairo aus regiert werden würde."

Diese Bemerkung bezeichnete nicht nur genau, worum es hier ging, sondern zeigte auch, daß die britische Regierung diesen Stützpunkt damals keineswegs aufzugeben bereit war, obwohl es einen Seeweg nach Indien dort schon lange nicht mehr zu schützen gibt.

Nach ihren zahlreichen Rückzügen aus allen Teilen des Erdballes war es freilich für die Londoner Regierung von vorneherein nicht einfach, ausgerechnet am Platz Aden sich festzukrallen. Beträchtliche Vorbereitungen für eine Kompromißlösung wurden getroffen. Dort wo die Schornsteine der Ölraffinerie als erstes von Aden zu sehen waren, wurde denn auch „Little Aden" gebaut – ein neuer Stadtteil, der sich an den „Steamer Point", den bereits im vorigen Jahrhundert abseits der alten Stadt Aden von den Engländern erbauten modernen Hafen, anlehnt. „Little Aden" wollte Großbritannien – sobald es der „Föderation" die „Unabhängigkeit" gewährte – in Pacht übernehmen, ja es wurde bereits der Jahresbetrag von 12 Millionen Pfund – über 120 Millionen D-Mark – als Pachtsumme genannt.

Unser Kapitän freilich, der die Gegend kennt wie seine Hosentasche, meinte kritisch: „Little Aden wird wohl kaum zu halten sein, wenn die Engländer sich politisch aus der Südarabischen Föderation zurückziehen. Es brauchen hier nur Wahlen nach dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts abgehalten werden, dann haben die Jemeniten schon dank ihrer Einwanderer die Überhand in Aden und dann ist es auch mit den Sultanen vorbei. Die werden dann alle umgebracht, wenn sie sich nicht rechtzeitig aus dem Staub machen. Hier herrschen rauhe Sitten. Nur mit Geld können die Engländer Aden nicht halten".

Wir haben etwas Ladung für Aden an Bord, so daß ich es mir leisten kann, mit einem Auto in das alte Aden, nach Aden-Crater hinüberzufahren, um einen deutschen Kaufmann zu besuchen, der seit über zehn Jahren hier lebt und tätig ist. Der Mann hat von hier aus einiges der großen Weltszene beobachten können und so meint er: „Bei uns in Aden dürfte der Amerikaner ausnahmsweise auf der Seite des Engländers stehen. Es gibt nämlich im ganzen Indischen Ozean von Persien bis hinunter nach Südafrika nur noch diesen einen westlichen Flottenstützpunkt. Man hat in Washington hoffentlich begriffen, wie wichtig das ist. Ein britischer Stützpunkt

ist in diesem Fall den Amerikanern genau soviel wert, wie ein eigener. Wenn sie auch überall sonst ihre Hand im Spiel haben, um die Engländer hinaus zu drängen – hier in Aden könnte es anders sein, nicht zuletzt wegen des Öls, das im Persischen Golf gefördert wird".

Auf diese Berechnung stützte mein Gesprächspartner während wir uns in seinem kleinen Kontor im alten Aden gegenüber saßen, seine Ansicht, daß er trotz der täglichen Schießereien in der Wüste, trotz der Bombenanschläge, die sogar schon in der Stadt vorgekommen sind, noch eine ganze Weile hier bleiben werde.

Einige Zweifel haben sich freilich in seinen Optimismus gemischt; denn diese Amerikaner machen sich in dieser ganzen Ecke – er meint nicht nur „Südarabien" – so unbeliebt, „daß sie Mitleid erwecken können. Man nimmt ihr Geld; das ist alles. Sie verstehen diese Völker nicht, wollen sie garnicht verstehen und können deshalb auch nicht mit ihnen umgehen".

Die Hoffnungen des deutschen Kaufmannes in Aden haben sich mittlerweile als Illusion erwiesen. Auch hier ist der „Union-Jack" niedergeholt worden, und zwar sogar ziemlich hastig am 29. November 1967 – einige Monate vor dem vorgesehenen Zeitpunkt. Es gab zwar in Aden weder eine Verfassung, noch Wahlen, noch eine Regierung; sie bildete sich erst, nachdem die letzten englischen Soldaten unter dem Grinsen einiger zur Verabschiedung erschienener russischer Pressekorrespondenten nach Monaten terroristischer Auseinandersetzungen das letzte Transportflugzeug fast fluchtartig bestiegen hatten.

Kläglicher hätte die britische Herrschaft nach 128 Jahren Dauer kaum enden können. In den Tagen vorher war in Genf in aller Eile mit einem Abgesandten der „Nationalen Befreiungsfront" verhandelt worden; dieser Unterhändler ließ sich eine mehrjährige Pfund Sterling-Hilfe für seine neue „Volksrepublik Süd-Jemen" in Höhe von 60 Millionen Mark zusichern, außerdem die Überschreibung aller Einrichtungen der britischen Armee im Werte von weiteren 260 Millionen Mark. Zum Dank dafür verkündete er öffentlich, England habe Südarabien nur „ausgebeutet".

Schlichte Tatsache ist, daß dieses sandige und steinige Gebiet von Aden mit seinen bitterarmen Sultanaten wirtschaftlich vom

britischen Militärstützpunkt, den in Little Aden errichteten Raffinerien der British Petrol und nicht zuletzt von dem von den Engländern erbauten Hafen lebte. Die Raffinerien sollen – darum ging es bei dem Vertrag von Genf – in Gang bleiben. Der britische Stützpunkt hat 1700 leere Wohnungen, 26 verlassene Fußball- und ebenso viele Tennisplätze, sowie 15 Hockey- und 13 Kricketfelder der Volksrepublik Süd-Jemen übergeben. Ob die 150 Engländer bleiben können und werden, die die Raffinerie in Gang halten sollen, blieb zweifelhaft; gewiß war und ist nur, daß seit der Sperre des Suez-Kanals der Hafen von Aden für den internationalen Schiffsverkehr wenig Bedeutung mehr hat.

Schon vorher waren die jährlichen Staatseinnahmen der Aden-Föderation kaum mehr als 50 Millionen Mark gewesen, die Staatsausgaben betrugen das Doppelte.

Nun sind fast alle regulären Einnahmen weggefallen, die Ausgaben jedoch kaum vermindert. Während der ersten paar Jahre werden die britischen 60 Millionen noch helfen – dann aber müssen die Russen wie in Ägypten so auch hier, zur Kasse.

Es ist gar nicht so einfach, die weltpolitische Bedeutung dessen, was in dieser Gegend geschieht, leidenschaftslos zu erfassen. Daß die Amerikaner – im Gegensatz zu den Erwartungen des deutschen Kaufmannes in Aden – auch hier nichts taten, um die Engländer zum Bleiben zu veranlassen, mag auf den ersten Blick verblüffen. Es geht ja nicht nur um Aden und seine dürftige Wüstenlandschaft, sondern in fernerer Folge auch um den Persischen Golf. Für die dortigen Stützpunkte ist zwar der Abzug der britischen Truppen erst für 1972 angekündigt – aber was dann folgt, wissen die Götter. Genauer gesagt: auch die Menschen können bereits ausrechnen, daß die Russen sich dann dort die Zinsen aus den nicht geringen Kosten erhoffen, die sie seit Jahr und Tag in Kairo, in Assuan, im Jemen und schließlich in Aden verausgaben.

Die „Elektronengehirne“ in Washington haben vielleicht errechnet, daß die Entwicklung hier auch den Russen Kopfzerbrechen verursachen wird. Daß bis zur völligen Kontrolle des arabischen Chaos durch eine Moskauer Vorherrschaft noch möglichst viel Profit aus den Erdölquellen gepumpt werde, und daß durch eine fortdauernde Sperrung und mögliche Versandung des Suez-

Kanals der sowjetischen Flotte die Beherrschung dieser Seegebiete beträchtlich erschwert sei – so lauten wohl die Posten der Rechnung, die man im Weißen Haus zusammenaddiert.

Es ist ein Spiel mit vielerlei Figuren, das um diese Völker hier gespielt wird!

Und was die Basis für die eigenen Flotteneinheiten betrifft, für die der Platz Aden hätte nützlich sein können: in der Konkursmasse des Britischen Empire wurden im Indischen Ozean die Inseln Farquhar, Desroches, sowie das Chagos-Archipel entdeckt. Im März 1967 – acht Monate vor dem britischen Abzug aus Aden – war zu erfahren, daß das Londoner Verteidigungsministerium wegen des Kaufes dieser einsam in den Wasserwüsten verstreuten Ländereien mit privaten Besitzern verhandelte; vier Wochen später war bereits ein englischer-amerikanischer Vertrag über gemeinsamen Ausbau und gemeinsame Finanzierung und gemeinsame Nutzung der hier zu schaffenden militärischen Einrichtungen abgeschlossen. Ein nicht unwichtiger Nebensatz stand dazu in der Londoner „Times“ zu lesen: „Die eingeborene Bevölkerung dieser Inseln zählt nur 1400 Köpfe“.

Bald wird es hier von Amerikanern wimmeln, die dabei nicht über fremde Völker nachdenken müssen, was den Russen in den Ländern zwischen dem Persischen Golf und dem Roten Meer kaum erspart bleiben wird.

*

Zurück ins damals noch britische Aden: das Gespräch im Kaufmannskontor hatte die Taxifahrt über eine kühne, durch die Felsen eines Vorgebirges gesprengte Bergstraße nach Aden-Crater gelohnt. Sonst gab es in diesem winkligen alten Ort, einst eine Festung arabischer Seefahrer, nicht viel zu bemerken – außer verschleierten Frauen, lässig herumlungernden Gelegenheits-Arbeitern und wandernden Ziegen. Ähnlich wie in Gibraltar hat die britische Herrschaft magnetartig ein buntgewürfeltes Völkergemisch angezogen. Das englische Reisehandbuch notiert außer den eingesessenen Arabern noch Ägypter, Suahelis aus Ostafrika, Somalis, Juden verschiedener Herkunft, Parsen aus Indien ...

Eine Wanderung in die Außenbezirke führt zur einzigen Sehenswürdigkeit, den Tawela-Tanks; das sind große, in steil aufsteigendes Felsengebirge – der Sage nach schon zu Zeiten der Königin von Saba – eingehauene Wasserbehälter, in die sich aus Bergrinnen die wenigen jährlichen Regenfälle sammeln. Zunächst läuft das höchstgelegene, romantisch eingelagerte Becken voll, sein Überlauf füllt das tiefer gelegene steinerne Reservoir und so fort bis in das unterste Becken der nunmehrigen „Municipal Gardens". Vorsichtshalber hat die britische Behörde angeschrieben, das Schwimmen in diesem Wasserbecken sei „stricty forbidden". Es ist freilich kaum denkbar, daß einer der hier dösenden und auf den paar Ruhebänken schnarchenden Gestalten den abenteuerlichen Gedanken fassen sollte, sich seiner Gewandung zu entkleiden und in einem der oberen Tanks – nur sie sind noch gefüllt – in das reinigende Naß zu tauchen. Die Engländer haben die Tawela-Tanks im Jahr 1859 modernisiert und ausgebaut – aber schon im 15. Jahrhundert hat ein jemenitischer König die Wasserversorgung Adens durch ein Aquädukt von Bid Hamid her sichergestellt; den neuerdings enorm angestiegenen Wasserbedarf Adens haben dann die Engländer durch die Erbohrung artesischer Quellen im Sultanat Otman befriedigt.

Schließlich bringt mich die Taxe für 15 Schillinge zurück nach Steamer Point, wo alle modernen Gebäude Adens erbaut sind und im Rock-Hotel ein gepflegter Lunch geboten wird.

An Bord haben mittlerweile die Lademannschaften ihr lautes Geschäft beendet. Hier konnte den turbangeschmückten Einheimischen sogar die Bedienung der Ladebäume überlassen werden. Die Lasten hat man auf Pontons verstaut, die längsseits kamen und in zügigem Verkehr von Schleppern weggezogen wurden. Wir löschten an die 700 Tonnen Fracht – darunter Autos, ganze Stapel Bierkisten, holländische Babymilch, Nähmaschinen, Radiogeräte, schließlich Postsäcke der deutschen Bundespost. Noch scheint Aden zu Europa zu gehören.

Kaum sind diese Arbeiten beendet, da verholen wir schon zum sogenannten Bunkerplatz: British Petrol hat mitten im Hafen schwimmende Anschlußstellen, von denen aus das Diesel-Öl durch dicke Rohrleitungen direkt in unseren Schiffsrumpf läuft. Es

braucht nicht gepumpt zu werden, weil die Versorgungsbehälter am Ufer höher liegen – der Gefälledruck reicht aus, um den Vorrat bei uns einlaufen zu lassen. Beim Kaffee erzählen die Schiffsoffiziere: wir übernehmen hier etwa 500 Tonnen Öl, auf See werden wir davon täglich 16 Tonnen verbrauchen.

In Erwartung der Abfahrt beobachte ich, von einer angenehmen Brise umfächelt, vom Liegestuhl aus das geschäftige Treiben im Hafen, in dem zahlreiche Verkehrsboote hin und her flitzen. In der Ferne bilden die bizarren Formen kahler Felsberge den Hintergrund des so modernen Bildes von Hochhäusern, Öltanks und Seeschiffen, von denen an die zwanzig vor Anker liegen.

Ein kritischer Gedanke zwingt sich auf: wie anders wird das sein und werden, wenn der weiße Mann auszieht und hinter sich läßt, was in mehr als einem Jahrhundert hier geschehen ist – im Guten wie im Schlechten, denn jenes alte Aden einer jahrhundertelang festgefügten Herrschaft ist längst erstickt worden unter einer Staubwolke der Überfremdung. Hier leben nun nicht mehr etwa 5–10000 Araber wie vor 125 Jahren, sondern eine zwanzigfache Zahl unterschiedlicher Elemente. Niemand kann vorhersagen, wer hier regieren wird, wenn die Engländer das nicht mehr tun.

Vorerst freilich sind sie noch da: Kurz nachdem der letzte Liter Dieselöl in unsere Tanks gelaufen ist, legt bereits das Lotsenschiff an; eilfertige Bedienstete helfen dem Herrn in weißen Shorts, der auf der rückwärtigen Bank des Motorbootes gesessen hatte, beim Übertritt auf unser Fallreep; mit selbstbewußtem Lächeln steigt er zur Brücke hinauf, jeder Zoll ein lässiger Gentleman.

Eine halbe Stunde später können wir bereits volle Fahrt aufnehmen – vorbei an einem weiten Feld von schnittigen Segelbooten; wie einst zu Zeiten der Königin Viktoria wird hier eine Regatta des Britischen Yachtclubs ausgesegelt.

Bald freilich verschwinden Steamer Point, Little Aden, die Segelboote und die fernen kahlen Berge am Horizont wie ein ausgeträumter Traum.

Eine Seereise von mindestens zehn Tagen liegt vor uns; wir nehmen Kurs auf eine Gegend, die man einst „Hinterindien“ nannte, und die jetzt „Ost-Pakistan“ heißt.

Indien ohne Hoffnung?

Geteiltes Volk: die Bengali

Dem indischen Subkontinent vorgelagert ist die Inselgruppe der Malediven; ihre Leuchtfeuer begrüßen uns nach fünftägiger einsamer Fahrt eines Nachts aus der Ferne. Dann nimmt unser Frachter vorbei an der regenverhüllten Südspitze Ceylons gemächlich seinen Kurs auf den Hafen Ost-Pakistans: Chittagong. Früher einmal hieß dieser tief ins hinterindische Küstenland eingebettete Naturhafen „Islamabad". Dieser Name ist jetzt für die künftige Hauptstadt des im Jahr 1948 entstandenen Staates Pakistan vorgesehen. Die neue Regierungsstadt wird freilich mehr als zweitausend Kilometer westlich von hier liegen – ganz Nordindien liegt zwischen Ost- und Westpakistan!

Für den Hamburger Frachter bedeutet die Ankunft in Chittagong „Ende der Reise"; mich erwartet ein englischer Freund zu kurzem Aufenthalt. Von hier aus soll eine Flugreise nach und durch Indien beginnen; drei Wochen später ist ein Flug von Madras nach Singapore bereits gebucht – dort soll ich ein weiteres deutsches Schiff erreichen, das bis Yokohama läuft.

So der Plan; daß er schließlich doch noch verwirklicht wurde, war an vielen Punkten mehr dem Zufall als der Vorbereitung zu danken, die in dieser Weltgegend nicht mehr mit festen Begriffen rechnen kann.

*

An Bord noch ein geruhsamer Abend: friedlich ziehen wir unsere Spur durch eine völlig ruhige See im Golf von Bengalen; wie schon so manches Mal auf dieser gemütlichen Reise spielt ein

Matrose Seemannslieder von der Waterkant auf seinem Schifferklavier; ein voller Mond steht am Himmel und spendet romantischen Schein. Backbords freilich sieht man in weiter Ferne gelegentlich Mündungsfeuer aufblitzen – ein amerikanischer Flottenverband, der Übungsschießen abhält. Zu dritt – neben mir der Leitende Ingenieur und ein junger Student, der sein Praktikum an Bord verbringt – genießen wir achtern auf einer Bank die nach einem heißen Tag einfallende Kühle und sinnen in die rasch hereinbrechende Nacht hinaus.

Da ruft der Kapitän, fordert mich auf, zur Brücke zu kommen. Er läßt mich in den Bildschirm seines Radar-Gerätes blicken: „Alle die hellen Striche, die Sie sehen, sind Schiffe – Schiffe, die vor Chittagong auf Reede liegen und warten müssen. Zählen Sie einmal."

Ich fange an die merkwürdigen Zeichen zu summieren – der Kapitän aber nimmt das Ergebnis vorweg: „Bemühen Sie sich nicht – es sind nicht weniger als fünfunddreißig, die vor der Hafeneinfahrt warten!"

Er unterläßt nicht eine bissige Bemerkung: „Früher, als die Leute noch bezahlen mußten, was sie bekamen, da gab es das nicht. Jetzt liefern wir nicht nur, wir bezahlen auch noch."

Und nach einer Pause: „Die verlangen schon bei Abfahrt Aden ein Telegramm, damit sie ihren Hafen disponieren können; dann 48 Stunden vor Ankunft nochmal ein Telegramm. Und wenn man dann kommt, ist garnichts disponiert!"

Zwei auslaufende Schiffe begegnen uns; dann schlägt der Ausguck an und meldet das erste Feuerschiff vor der Küste; schließlich kommen in der Ferne die Lichter der vor Chittagong liegenden Schiffe in Sicht; eine halbe Stunde später – es ist inzwischen tiefe Nacht geworden – rasselt der Anker hinunter, und es wird still im Schiff.

Am nächsten Morgen wird die Bescherung in ihrem vollen Ausmaß sichtbar. Soweit das Auge reicht liegen Schiffe im schmutzig-braunen Wasser, das von der Brahmaputra-Mündung bis hierher angeschwemmt wird. Einige der Schiffe haben bereits Notflaggen gesetzt: es fehlt ihnen Wasser und Proviant. Nach Lage der Dinge werden wir hier draußen mindestens 14 Tage

liegenbleiben müssen, bevor unsere Ladung gelöscht werden kann; der Hafen leistet nicht mehr als die Abfertigung von drei Schiffen täglich. Das alles läßt der in Chittagong tätige Agent der Reederei mitteilen. Aber auch in meiner Angelegenheit wird gefunkt: ich soll vom Lotsenboot, das einmal täglich herauskommt, übernommen und an Land gebracht werden. Bis es freilich wirklich an unserem Fallreep anlegt und ich – von heiter-ironischen Wünschen des Kapitäns für meine Indienreise begleitet, und von der ganzen Besatzung vergnügt verabschiedet – auf das schwankende Motorböötchen übersteigen kann, sind zwei wertvolle Tage meiner kostbaren Zeit verstrichen.

Schon während der einstündigen Fahrt stromaufwärts in den Hafen wird mir im Gespräch mit dem jungen Mann der Agentur verdeutlicht, daß die aus seiner politischen Entstehungsgeschichte und aus der geographischen Situation offenkundige Problematik Ost-Pakistans den Leuten hier wirklich auf den Nägeln brennt.

Bekanntlich haben die Engländer ihr indisches Imperium – als sie 1947 nicht ganz freiwillig darangingen, diese Herrschaft zu liquidieren – in zwei Staaten geteilt: in das eigentliche Indien und in „Pakistan", dem die vorwiegend islamischen Landesteile zugesprochen wurden. Mitten im 20. Jahrhundert entstand derart ein ausschließlich nach Merkmalen der *Religion* neugebildetes Staatswesen, das nun zwar der größte mohammedanische Staat der Erde, aber in zwei weit voneinander entfernte, und in jeder Hinsicht grundverschiedene Landesteile aufgeteilt ist. Außer dem islamischen Glaubensbekenntnis läßt sich für die in Ost- und Westpakistan lebenden Völker keine jener Gemeinsamkeiten feststellen, die normalerweise die Voraussetzungen eines Staatswesens bilden.

Der junge Mann, mit dem ich mich auf schwankender Kutterbank unterhalte, während das kleine Boot sich ratternd stromaufwärts durchs Wasser wühlt, stammt aus Kalkutta und vertraut mir an: „Wir alle fühlen uns hier als Fremdlinge im eigenen Land; seit der Teilung sind wir verloren". Als „Teilung" begreift er die Herauslösung Ostpakistans aus der vorher indischen Provinz Bengalen; deren westlicher Teil mit Kalkutta beherbergt auf fast 80000 Quadratkilometer über 25 Millionen Einwohner. Die alte

Provinz ist durch eine radikale Grenze in zwei Teile geteilt worden: der östliche umfaßt etwa 140000 Quadratkilometer und ernährt über 40 Millionen Menschen, ist aber von seiner Hauptstadt abgeschnitten.

Mit etwa 300 Menschen auf den Quadratkilometer ist Ost-Pakistan heute eine der dichtest besiedelten Weltgegenden. In West-Pakistan dagegen, das sich im Indus-Tal bis hinauf in den Himalaya erstreckt, leben nur 41 Menschen je Quadratkilometer. Sie sind ganz anderen Charakters als die Ost-Pakistani. Dort leben militante Bergvölker, hier dagegen zwei Drittel des Bengali-Volkes, das viel weniger energisch ist.

So kam es, daß Ost-Pakistan zwar nach der Bevölkerungszahl der stärkere, aber nach politischer und wirtschaftlicher Bedeutung der entschieden schwächere Teil des Staates Pakistan geworden ist.

Kalkutta war einst nah, Karachi oder gar Rawalpindi ist in unerreichbarer Ferne gelegen – fremde Menschen, fremde Sprache, fremde politische und wirtschaftliche Interessen, Überlegenheit an Willenskraft und soldatischer Haltung – das gemeinsame Glaubensbekenntnis „Allah ist Allah und Mohammed ist sein Prophet" kann solche Kluften nicht überbrücken.

Nicht einmal die Dienstsprache konnte geändert werden, seit dem Jahr der „Befreiung": die westpakistanische Regierung verkehrt mit Ost-Pakistan in Englisch!

Die Engländer in Indien

An den grünen Ufern, an denen wir vorbeigleiten, erstreckt sich eine fruchtbare Küstenlandschaft; wir überholen Fischerboote, die stromauf gerudert werden: zehn Mann an jedem Riemen. Einige Ziegeleien und das Gebäude der ost-pakistanischen Seemannsschule sind erste Zeugnisse der einstigen britischen Herrschaft.

Schließlich haben wir den Hafenbereich erreicht, wenige Minuten später werde ich zu einem niedrigen Backsteinbau geführt und durch einen großen Raum emsiger Schreiber geleitet, deren brauner

Teint sich scharf von den weißen Hemden abhebt. Mäßig rotierende Propeller hängen von der Decke herab und sorgen für etwas Luftbewegung. Der Eintritt in das Chefbüro der Schiffsagentur bietet eine angenehme Überraschung: hier ist eine Klimaanlage in Betrieb. Die beiden Manager sind Engländer – sie sind befriedigt und erleichtert, mich wohlbehalten an Land zu sehen.

Mit der höflichen Selbstverständlichkeit, die englische Gastfreundschaft so sympathisch macht, erwartet mich hier auch bereits Mr. P. Meine Koffer werden von einem Boy im Wagen verstaut – das Indien-Abenteuer kann beginnen.

Es beginnt in der Tat schon zwei Straßenecken weiter – in den Büros der „Indian Airlines" wird mitgeteilt, daß aus „politischen Gründen" derzeit und bis auf weiteres alle Flüge nach Kalkutta gestrichen sind. Das ist mein nächstes Reiseziel!

Die „Pakistan Airlines" fliegt zwar noch auf dieser Strecke – aber es heißt, daß deren Maschinen auf Wochen voraus ausgebucht sind.

Soll mein Indien-Kapitel die Überschrift erhalten: „Gestrandet in Chittagong?"

Freund P. kennt erfreulicherweise die landesüblichen Wege und Umwege; in drei Tagen – zwar später als beabsichtigt, jedoch immerhin – kann mein Flug nach Kalkutta eingeplant werden. Einen Nachteil hat die Flugreise mit der „Pakistan Airlines" freilich: sie gibt zwar eine Hotelbestellung nach Kalkutta weiter – aber ein Telegramm aus dem „feindlichen Ausland" ist dort keine Empfehlung; es wird achtlos weggeworfen.

Was in der dumpfig-heißen Stadt Chittagong zu sehen ist: eine menschendurchwühlte Budenlandschaft soweit das Auge reicht, dazwischen ein paar neue Geschäftshäuser in kahler Betonbauweise – auch in ihren Höfen jenes basar-charakteristische Straßenbild, das uns Europäer stets verblüfft, weil wir in dieser Masse Mensch zwar viel Bewegung, aber nicht eigentlich Aktion und Tätigkeit erkennen.

Der instinktive Wunsch nach aufatmender Befreiung aus der Stickluft einer Menschenansammlung, die trotz der 300000 Einwohner nicht eigentlich eine Stadt zu nennen ist, wird rasch erfüllt. Außerhalb Chittagong – dort, wo die Höhen ansteigen und die

feucht-warme Luft kühler wird, haben sich die Engländer ihr Refugium gebaut, den Gouverneurs-Palast und das Villenviertel, in dem die führenden Geschäftsleute wohnten. Viele Häuser stehen bereits leer; der weiße Rückzug hat auch hier längst begonnen. Unser Wagen windet sich immer höher, die Luft wird kühl und frei – schließlich fahren wir in den Hof eines vornehmen Bungalows ein, hoch über der Stadt mit weitem Blick über die Niederungen, in fernem Dunst die Küste, das Meer. Drei Stunden sind vergangen, seit ich dort draußen das Fallreep herunterkletterte.

Vor dem Dinner halten wir noch einen kleinen Plausch. Ein Diener mit Turban und abweisendem Gesicht serviert Getränke, andere huschen barfuß und lautlos herum.

Die Leute treten nur als Gruppe in Dienst; durch die Vielzahl der Personen mit ihren Angehörigen und die Notwendigkeit, auch Randfiguren mit zu ernähren, lassen sich die Aufwendungen eines Europäers für die ihm in diesen Klimaverhältnissen unerläßliche Bedienung deutlich genug errechnen; auch kritische Gemüter sind rasch darüber belehrt, daß die „niedrigen Löhne" doch nicht billig sind. Tatsache ist, daß die ganze Schar – vom vornehmen „Boy Nummer 1" bis zur unsichtbaren Nummer 7 – benötigt wird, wenn auch nur Haus und Garten in Ordnung gehalten werden sollen. Das wiederum geschieht nur dann zufriedenstellend, wenn Hausherr und Hausfrau mit geschärftem Blick viele freundliche Schwindeleien durchschauen.

*

Mr. P. kennt nicht nur Indien aus jahrzehntelanger eigener Erfahrung, er gehört auch zu jenen Engländern, die in kühler Verachtung gegenüber allen zeitgenössischen Pressemeinungen betont hervorheben, was die Briten in der Welt ganz allgemein und hier im Besonderen zivilisatorisch geleistet haben.

Nach dem Essen sitzen wir nochmals in bequemen Stühlen auf dem Vorplatz des Bungalows; das Meer elektrischer Beleuchtung unter uns täuscht eine geradezu moderne Stadt vor, in weiter Ferne glitzern die Lichter der auf Reede liegenden Schiffe; wieder gibt der volle Mond dem Ganzen einen romantischen Glanz.

Die Kommentare, die Mr. P. nachdenklich in die Dunkelheit spricht, sind bitter: „Früher waren die indischen Städte sauber – abgesehen von den Eingeborenenvierteln – was aber erleben wir heute: Schmutz und Unordnung überall!"

„Nicht nur hier, fast in der ganzen Welt haben wir Engländer eine feste Ordnung aufgebaut; jetzt sinkt sie langsam aber stetig in sich zusammen."

Die Bemerkungen, die mehr und mehr zum Selbstgespräch werden, streifen schonungslos auch die jüngste Vergangenheit: „Nicht hier haben wir Indien verloren, sondern in London. ... Mit wie wenig Kraftaufwand ist dieser Subkontinent einst in die britische Abhängigkeit gebracht worden – wie leichtfertig wurde er wieder preisgegeben!"

Die britische Autorität freilich wirke heute noch untergründig weiter. Von Jawaharlal Nehru, seit der Ausrufung der Selbstständigkeit Indiens Ministerpräsident (er war in England erzogen worden, hat dann aber als Vorkämpfer der Unabhängigkeit oft mit britischen Gefängnissen Bekanntschaft gemacht) meint Mr. P. ironisch: „In seinem Innersten hegt er zweifellos einen ebenso geheimen wie unerfüllbaren Wunsch – im stillsten Winkel seines Herzens wäre er am liebsten Engländer."

Als wir schließlich ins Haus gehen und die Lichter des Sitting-Room aufleuchten, zeigt mir Mr. P. eine Landkarte in die das sog. Karnaphuli-Projekt eingezeichnet ist: ein großer Staudamm soll oberhalb Chittagong errichtet werden, um Strom für die Industrialisierung zu gewinnen. Im Gegensatz zu ähnlichen Projekten in den meisten sonstigen Weltbereichen, geht es hier nicht um Bewässerungsfragen, sondern einfach um Stromerzeugung. Dafür werden beträchtliche Flächen nutzbaren Kulturlandes überflutet. Englische Berater meinten, es wäre besser, den benötigten Strom notfalls durch Atomkraft zu erzeugen, statt soviel Fruchtland zu verlieren – jetzt wird aber nicht mehr auf die Engländer gehört; es wird gebaut, was die Amerikaner finanzieren.

Das große Schlagwort heißt hier „Industrialisierung", obwohl es notwendiger und richtiger wäre, zunächst die landwirtschaftliche Erzeugung zu modernisieren. Das Ergebnis ist, daß die gewohnten landwirtschaftlichen Exportprodukte nicht ausreichend zur Ver-

fügung stehen, industrielle aber international nicht konkurrenzfähig sind. „Ohne ‚foreign aid' (Entwicklungshilfe) kommt ganz Ost-Pakistan zum Stillstand."

*

Den Wartetag bis zum Flug in Richtung Kalkutta benutzen wir zu einer Fahrt nach Kaptai, einem bereits fertiggestellten Kraftwerk des Karnaphuli-Projekts. Die Amerikaner haben eine gute Autostraße dorthin gebaut – die Pakistani nutzen die Gelegenheit, um einige Rupien Straßenzoll zu kassieren.

Solange wir durch die Ebene fahren, ist das Bild der Landschaft friedlich und ermutigend: die Reisfelder dehnen sich soweit das Auge reicht. Primitive Bewässerung mit Wasserschöpfern führt den Reispflanzen die nötigen Lebensgrundlagen zu, man sieht die Reisbauern auf ihren Feldern arbeiten. Mr. P. kommentiert wieder kritisch – die Landbevölkerung hier sei zwar nicht faul, aber es fehle eben doch die nötige Grundeinstellung zu modernem Wirtschaften. So habe man in manchen Gegenden bereits erwogen, den zur Ertragssteigerung angelieferten Kunstdünger mit Hubschraubern auf die Felder abstreuen zu lassen. Die direkte Verteilung an die Bauern hatte nämlich zur Folge, daß diese chemischen Produkte an kalten Tagen als Brennmaterial in die kleinen Öfen der Bauernhütten wanderten.

Hier wie überall sonst sei nicht nur die menschliche Arbeitskraft sondern auch der Arbeitswille das Kernproblem: eine große englische Plantagengesellschaft, die um die Jahrhundertwende die Gegend von Chittagong als geeignet für die Anlage von Teepflanzungen erkannte, hat jedenfalls bei der Prüfung des Objekts etwas getan, was heute zum Schaden fast aller Entwicklungsprojekte unterlassen werde: zuallererst hat man die Frage geprüft, ob denn auch geeignete und willige *Arbeitskräfte* zum Teeanbau im Lande zur Verfügung stehen. Als erkannt wurde, daß das nicht der Fall sei, wurde in typisch englischer Großzügigkeit – man kann auch sagen: Rücksichtslosigkeit – gleich auch ein ganzer Arbeiterstamm aus Mittelindien hierher umgesiedelt. Man erachtete die Orissa- und Bihar-Leute für stetiger und fleißiger als die einge-

borenen Bengali. Diese gelten zwar als intelligent, aber für schwere Dauerarbeit sind sie nicht zu gebrauchen.

Daß die solchermaßen angelegten Teeplantagen ein Erfolg wurden, ist heute sogar von der Straße aus zu sehen: lange fährt man an den weiten Hängen vorbei, an denen sie sich im beginnenden Hügelland hinziehen.

Obwohl nirgends ein Schlagbaum steht und nicht einmal eine Provinz hier endet, wird eine *Grenze* bemerkbar: nur noch die knappe Strecke bis nach Kaptei zu einem Kraftwerk und den für die amerikanischen Ingenieure erbauten und seit ihrem Wegzug wieder verfallenen Bungalows kann als indisch-pakistanisch im eigentlichen Wortsinne gelten. Dahinter in den Dschungeln der ansteigenden Hügellandschaft beginnt das große Revier der „hill-people" – der „Hügel-Leute", genauer gesagt jener halbwild lebenden Mongolenstämme, die – teilweise noch Kopfjäger – schon während des Zweiten Weltkrieges die Japaner gehindert haben, über Burma hinaus in den indischen Bereich einzudringen und die heute immer wieder von sich reden machen.

Es ist eine eurasiatisch-ostasiatische Kultur- und Völkergrenze, die hier verläuft. Abgesplitterte Volksteile der durch ihre historischen Europazüge in ihrer biologischen Kraft gebrochenen mongolischen Nation führen hier noch ihr Eigenleben – sie sind keine Chinesen, aber Bengali sind sie erst recht nicht. Alle Bemühungen, das immer wieder aufständische „Naga-Land" zu beschwichtigen und niederzukämpfen sind bisher gescheitert. Heute erhalten die Nagas von China Waffen und Instrukteure, die alte „Stillwell-Road", über die im Zweiten Weltkrieg Chungking versorgt wurde dient heute in umgekehrter Richtung als Versorgungslinie für diese Rebellen – einer der vielen schwelenden Brände der Gegenwart.

Da das sog. Naga-Land bei der merkwürdigen Grenzziehung des Jahres 1947 im Wesentlichen bei Indien verblieb und zwischen Ost-Pakistan und Burma eingelagert ist – nur südlich von Chittagong gibt es eine unmittelbare pakistanisch-burmesische Grenze – bleibt man hier von diesem Unruheherd ziemlich unberührt. Immerhin fängt bei Kaptei bereits jene „andere Welt" an, die sich nicht nur in der mongolischen Augenfalte sondern auch in anders geartetem Denken und Handeln ausprägt.

Die „hill-people" betrachten die großen Anlagen, die hier mit Dollarhilfe und von weißen Ingenieuren so kompliziert und mühevoll in die Wildnis hineingebaut worden sind, nur aus der Entfernung und voller Mißtrauen. Welche Gedanken mögen der Anblick einer Staumauer, das geheimnisvolle Geräusch von Turbinen in den Gehirnen von Menschen auslösen, deren innerer Trieb sie anleitet, Menschen zu jagen und ihnen die Köpfe abzuschneiden?

Anders gefragt: was muß geschehen um diese große und nützliche Anlage – sie versorgt weite Bereiche Ost-Pakistans mit Strom – in diesem gefährdeten Grenzland zu schützen, ganz abgesehen von der nicht minder fragwürdigen Aufgabe, das vom weißen Mann Erbaute in fernerer Zukunft mit Bengali-Ingenieuren in Gang zu halten und vor einem Verfall zu bewahren, der sich heute schon in manchen Anzeichen ankündigt – wenn es auch zunächst nur kaputte Fensterscheiben sind und Grasnarben, die sich in Mauerritzen einnisten!?

Problemstadt Kalkutta

Hitzedurchglüht wartet eine altmodische zweimotorige Maschine auf dem Flugplatz Chittagong auf den Anmarsch der Passagiere nach Kalkutta. Unter Führung ihres stämmigen Kapitäns rückt eine ganze japanische Schiffsbesatzung in das Flughafengebäude. Da keiner dieser Mannen englisch spricht und ihre gutturalen Mitteilungen durch lautstarke Wiederholungen nicht verständlicher werden, so gestaltet sich ihre Abfertigung zeitraubend.

Schließlich starten wir mit beträchtlicher Verspätung, aber zur Beruhigung aller Beteiligten hebt sich die überladene Maschine schließlich doch von der Startbahn in Richtung Meer, wo unter uns bald wie eine Ansammlung schwimmender Streichholzschachteln die immer noch mehr als 30 Handelsschiffe sichtbar werden, die draußen vor Anker liegen und auf den Tag warten, an dem sie endlich ihre Ladung löschen können.

Während zuversichtlich angekündigt wird, daß wir in 55 Minuten in Kalkutta landen sollen, starren wir auf die schmutzigen Wassermassen, die der Ganges und der Brahmaputra aus ihrem vereinigten riesigen Delta in die grüne Fläche des Golfes von Bengalen hinauswälzen. Soweit das Auge reicht ein Gewirr von Flüssen – das Mündungsgebiet zeigt Schlammküsten und überflutete Flächen, dahinter weiße Wolkengebirge, die den fernen Himalaja ahnen lassen. Bald sind wir wieder über Land – unter uns breitet sich eine fruchtbare, offenbar dichtbesiedelte Gegend aus, in der freilich nur selten ein Gebäude zu erkennen ist, das sich als Haus ansprechen ließe. Die von den Engländern gezogene Scheidelinie zwischen Ost-Pakistan und der Indischen Union ist aus der Luft ebenso wenig erkennbar, wie unter den Menschen – die Teilung Bengalens hat die Millionenstadt Kalkutta auf 80 Kilometer in Grenznähe gerückt. Da überdies der Flugplatz Dum-Dum noch östlich der Stadt liegt, hat die Maschine wohl schon zur Landung angesetzt, als wir die pakistanisch-indische Grenze überfliegen.

Ein älterer katholischer Geistlicher, der im weißen Priestergewand neben mir sitzt und sein Leben unter diesen Völkern hier verbracht hat, antwortet mir auf die Frage, ob die religiösen Differenzen zwischen den Hindu-Bengali und den Muslim-Bengali wirklich so tief wurzelten, daß sie die Teilung rechtfertigten und ob nicht etwa die häufigen blutigen Zusammenstöße einst und jetzt organisiert worden seien, hinter vorgehaltener Hand:

„Sagen Sie das nicht so laut; das will hier wie dort niemand hören, aber so ist es wirklich."

Was Ost-Pakistan betrifft, so meint er: „In Chittagong leben sie alle friedlich zusammen; in der Hauptstadt Dacca dagegen gibt es immer wieder Zusammenstöße, denn da sind Studenten die sich leicht aufhetzen lassen und in Kalkutta – na, Sie werden sehen, wie es dort aussieht. Da kann man für ein paar Rupien die größte Straßenschlacht in Gang setzen. Die Leute sind ja so arm und so unbeschäftigt ...".

Nachdem die Maschine mit kräftigem Rumpeln schließlich aufgesetzt hat, beginnt im Flughafengebäude das übliche Warten auf die Formalitäten.

Auf der Fahrt nach Kaptei hatte mich Mr. P. auf eine Gepflogenheit aufmerksam gemacht, die für die Einstellung der Bengali zum Leben im Diesseits charakteristisch sei: einige Arbeiter am Straßenrand waren damit beschäftigt, einen aufgeschütteten Sandhaufen zu verteilen. An jeder der dazu eingesetzten spitzen Schaufeln waren *zwei* Mann beschäftigt: der erste der Beiden betätigte den Stiel und drückte die Schaufel in den Sand. Der zweite zog einen Strick, um sie in Bewegung zu setzen!

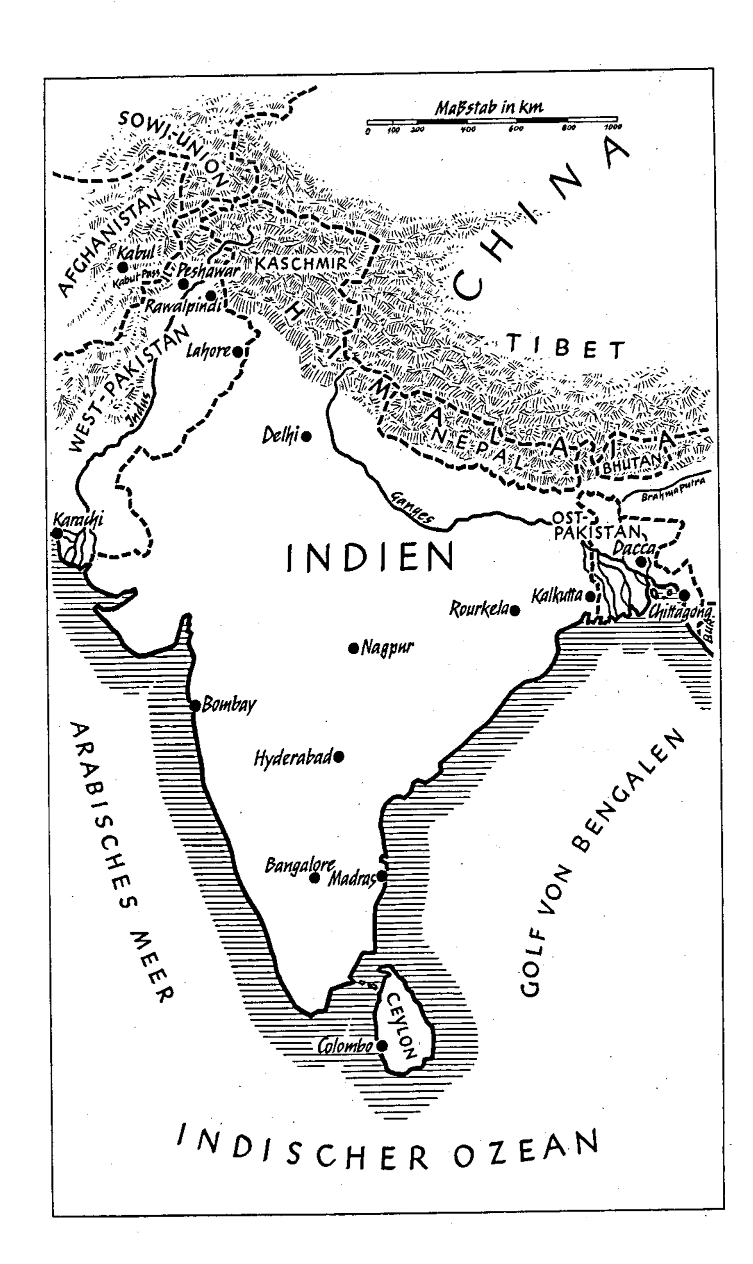
Auf der höheren Ebene der Beamtentätigkeit bedeutet dieses Prinzip der Arbeitsteilung, daß für jede Funktion zwei Herren tätig sind. Der eine nimmt den Impfschein, liest ihn interessiert, dann gibt er das Papier seinem Nachbarn. Der schaut wieder hinein und reicht ihn dann zurück. Mit ähnlicher Sorgfalt wird der Reisepaß behandelt – der Beamte A studiert ihn, der Beamte B verwaltet den Stemepl, der hineingedrückt wird.

Da die Maschine bis zum letzten Platz gefüllt war, führt dieses Verfahren in der drückenden Schwüle des späten Nachmittags zu langer Wartezeit. Mit einer Handbewegung verscheucht der weiße Pater – eine große imponierende Erscheinung – den Inder, der sich neben mir auf einer Lederbank niedergelassen hat und setzt das in der Maschine begonnene Gespräch fort.

Das Ost- und West-Pakistan-Problem sieht er einerseits von der Sprachenfrage beherrscht – was ist das für ein Staat, in dem die zwei großen Landesteile nicht nur geographisch voneinander entfernt sind, sondern sich auch nur mittels einer Fremdsprache verständigen können?

Andererseits hat er sich eine Erklärung zurechtgelegt, die den bestehenden Nationalitätsunterschied zwar nicht erschöpfend charakterisiert, aber doch beleuchtet: „Die Ost-Pakistani – d.h. die Bengali – essen nur Reis; die West-Pakistani dagegen sind Fleischesser; deshalb sind sie viel kriegerischer und energischer!“ Ob dadurch wohl alles erklärt ist?

Im Bus zur Stadt gibt er noch einige ähnlich stichwortartige Erläuterungen zu dem, was hier zu sehen ist. Durch meilenlange menschenüberfüllte Budenstraßen nähern wir uns langsam der Innenstadt: „Die Straße ist hier Alles – Wohnplatz und Schlafplatz.“



Maßstab in km
0
100
200
400
600
800
1000
SOWJ.-UNION
AFGHANISTAN
Kabul
Kabul-Pass
Peshawar
Rawalpindi
KASCHMIR
CHINA
TIBET
HIMALAJA
WEST-PAKISTAN
Lahore
Indus
Delhi
NEPAL
BHUTAN
Brahmaputra
Ganges
Karachi
OST-PAKISTAN
Dacca
INDIEN
Kalkutta
Rourkela
Chittagong
Nagpur
Bombay
Hyderabad
ARABISCHES MEER
GOLF VON BENGALEN
Bangalore
Madras
CEYLON
Colombo
INDISCHER OZEAN

So sieht es in der Tat aus – am Straßenrand ist ein Friseur tätig: „Da wird zuerst das Gesicht rasiert, dann die Achselhöhlen und so geht es weiter – alle Körperteile! Anders die Sikhs – die Leute mit den Turbanen und den Vollbärten: Die betrachten das Haareschneiden als Sünde und wickeln sich ihre Zotteln um den Kopf."

Zwischen den drängenden Menschenmassen, die die Straßen säumen, immer wieder dürre Kühe, um die die Leute und die Fahrzeuge einen vorsichtigen Bogen machen, denn sie gelten als heilig: „Jedermann ehrt, aber keiner füttert sie, und so müssen sie sich von dem dürren Gras nähren, das zwischen den Pflastersteinen wächst. Man hat schon vorgeschlagen, die Tiere zusammenzutreiben, sie in großen Parks zu halten und dadurch wenigstens anständig zu versorgen – kein Gedanke daran, wütende Proteste waren die Antwort."

Es spricht ein müder Unterton aus diesen Bemerkungen; unter solchen Verhältnissen, die christliche Glaubensbotschaft zu verbreiten, mag anstrengend sein.

Es ist Abend geworden und nach den Bretterbuden der Vorstädte formieren sich Häuserreihen, ja Verkehrsampeln und Lichtreklamen zeigen an, daß wir uns der Innenstadt nähern. Der Bus entlädt sich in der Chowringrhee-Road, der großen Prachtstraße Kalkuttas, die sich am Rande des „Maidan", eines großen Rasenplatzes zwischen dem Gouverneurspalast, dem Fort William und dem „Victoria-Memorial" hinzieht.

Wie dieses Denkmal seinen Namen, so hat das Grand-Hotel den Stil bewahrt, den die Engländer ihm aufprägten. Kaum bin ich – nach spannungsreichem Warten infolge des untergegangenen Telegramms aus Chittagong – hitzeerschöpft im glücklicherweise gekühlten Zimmer angelangt, da meldet sich schon ein turbangeschmückter Jüngling mit treuherzigem Blick und höflicher Verbeugung: „Your servant". Das ist nicht nur eine nette Formel: er ergreift die Koffer, packt sie aus, hängt die Anzüge in den Schrank, läßt im Bad das Wasser einlaufen „The Britisch ray" – der britische Herrschaftsnimbus – hat imponiert und wirkt weiter, wenigstens in den kleinen Dingen!

Vor dem Dinner im „Princes-Room" – gästeüberfüllt, kaum ein Inder unter ihnen, eine weiße Enklave – noch einige Schritte

auf die Straße. Da allerdings beginnt schon an der Tür mit dem Eindringen der feucht-heißen Luft in die kühle Hotelhalle eine andere verwirrende und doch wirkliche Welt: das eifrige Treiben wehender weißer Gestalten, dazwischen die großen, ruhigen, aber in ihrer hervorquellenden Kopfhaarfülle doch abstoßenden Erscheinungen der Sikhs; auf dem Boden sitzende Fakire, die widerlich abgezehrte räudige Gliedmaßen vorzeigen und sich auf allen Vieren einem gleichgültigen Publikum produzieren. Bettelnde Kinder verfolgen die paar Europäer, die sich mit durch die Arkaden drängen – der Lärm, die Gerüche, das unheimlich Fremde der Gestalten und die auch in der Nacht noch drückende Hitze setzen dem Abendspaziergang eine Grenze. Der Eintritt ins Hotel wirkt wie eine Erlösung.

*

Bombay-Kalkutta-Neu-Dehli das waren die drei bedeutendsten britischen Stadtgründungen im indischen Bereich. Für die älteste – Bombay – gab ein mehr anekdotisches Ereignis den Anstoß: als der englische König Karl II. im Jahre 1661 eine portugiesische Prinzessin heiratete, brachte sie ihm als Morgengabe die Bombay-Insel an der indischen Westküste ein, wo die Portugiesen sich schon anderhalb Jahrhunderte vorher festgesetzt hatten. Dieses so fern liegende Mitbringsel seiner Gemahlin verwertete Karl II. nutzbringend, indem er die Insel für zehn Pfund jährlich an die von der Königin Elisabeth I im Jahre 1600 privilegierte, „Kompanie der nach Ostindien handelnden Kaufleute von London“ verpachtete. Diese halbprivate Gesellschaft hat zweihundert Jahre lang in wechselvollen Auseinandersetzungen die politische Herrschaft Englands in Indien vorbereitet.

Dreißig Jahre nach der Gründung Bombays setzte sich die „Ostindische Kompanie“ – so ist sie in die Geschichte eingegangen – auch an einem Nebenarm des Ganges fest. Diese Niederlassung im verseuchten Delta Bengalens hat sich in der Folgezeit als die wichtigste aller Unternehmungen der Kompanie erwiesen. Von Kalkutta aus wurde die britische Herrschaft nicht nur gegen das Mogulreich, sondern auch gegen die damals noch zahlreichen

europäischen Konkurrenten – außer den Portugiesen auch die Franzosen, Holländer, ja sogar die Dänen – durchgesetzt.

Während alle vorherigen Eroberer Indiens seit den Zeiten Alexanders des Großen über die Gebirge und das Indus-Tal – also aus dem Westen – in Indien eingedrungen sind, kamen die Europäer der Neuzeit über See und ließen sich zunächst an den Küsten nieder. Zum weiteren Vorstoß war das volkreiche Bengalen mit seinem willfährigen Menschenschlag und seiner durch große Flußsysteme verbundenen fruchtbaren Landschaft politisch gut gewählt – keineswegs jedoch klimatisch. Der Gründer Kalkuttas – ein Beauftragter der Ostindischen Kompanie namens Charnock – hatte sich von einem örtlichen Potentaten die Genehmigung für den Erwerb von drei Dörfern geben lassen, weil der Platz gut zu verteidigen und von See her leicht zu erreichen war, und weil hier bereits gelegentlich Baumwollhandel mit dem Hinterland betrieben wurde. Die herrschende Sumpfhitze war ihm gleichgültig – aber er mußte selbst seinen Preis für diese Platzwahl zahlen. Nur zwei Jahre konnte er den ersten Ausbau Kalkuttas überwachen, dann war er der Malaria erlegen. Die britischen Seeleute sprachen bald von einem „Golgatha" – so viele Menschenopfer forderte die neu erworbene Niederlassung. Mehrmals wurde in London beantragt, diesen „mörderischen Platz" aufzugeben und einen anderen zu wählen. Das wurde aber stets abgelehnt. Ein englischer Kommentator der Geschichte Kalkuttas* meint dazu bissig:

„Wie üblich wurde diese Entscheidung unter dem Gesichtspunkt von geschäftlichem Gewinn und Verlust getroffen – ganze Generationen wurden verurteilt, ihr Leben für die Engstirnigkeit der ehrenwerten Gentlemen in der Londoner City zu opfern."

Schließlich hat man die Malaria niedergekämpft aber die Cholera in Kalkutta zum Erlöschen zu bringen ist bis heute nicht gelungen.

Bis 1858 hat die „Ostindische Kompanie" den britischen Einfluß in Indien repräsentiert. Erst als damals ein großer Aufstand

---

* Roger Pearson: Eastern Interlude, A social history of the European Community in Calcutta, Calcutta 1954, S. 29f.


THE EAST END MEDICAL HALL
WEST END MEDICAL HALL
MEDICINE DEALER

Straßenszene in Kalkutta

niedergekämpft und die alte Residenzstadt Delhi erobert werden mußte, war das den Kaufleuten in London zuviel. Die britische Krone übernahm die bis dahin von der Kompanie in Indien erworbenen politischen Rechte und ernannte einen „Vizekönig"; deren erster – ein Lord Elgin – traf 1862 in Kalkutta ein, wo er freilich schon 1863 starb. Dann dauerte es wieder fast ein Jahr bis der nächste Vizekönig aus England herangeschafft war.

Die Vizekönige residierten bis 1931 in Kalkutta. Erst seit sie eine Sommerresidenz an den Hängen des Himalaja errichteten, erhöhten sich die Überlebenschancen dieses Amtes. Die neue Hauptstadt Neu-Delhi, zu der 1911 der erste Spatenstich erfolgte, erfreute nur noch die letzten Inhaber dieses hohen aber anstrengenden Amtes.

*

Kalkutta mit seinem bald lebhaften Handelsverkehr bildete schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts einen Anziehungspunkt für Zuwanderer unterschiedlicher Herkunft.

Gegenüber der damaligen Regierungsweise der „Nawabs" (im Sprachgebrauch des damaligen Europa galten die „Nabobs" als Inbegriff grenzenlosen Reichtums), die als Statthalter des in Delhi residierenden Groß-Moguls das Land beherrschten, mag es vielleicht wirklich „das milde und gerechte Verhalten der Briten in ihrer Niederlassung" gewesen sein, das „das den Eingeborenen Vertrauen einflößte", wie sich in englischen Darstellungen lesen läßt.

Allerdings strebten nicht nur Bengalis aus den umliegenden Gebieten in die Stadt, sondern auch andersartige und anderssprachige Menschentypen aus Bihar, Orissa und Assam. Als ein „weniger erwünschtes Element" wurde schon vor zweihundert Jahren der Zuzug einer beträchtlichen Zahl von portugiesischen und anderen eurasiatischen Mischlingen bezeichnet, die aus älteren aber weniger erfolgreichen europäischen Indien-Niederlassungen hierher kamen, um am wachsenden Reichtum des Handelsplatzes teilzuhaben. Diese gegenüber den Engländern „armen", gegenüber anderen Schichten jedoch gewandteren Leute bildeten – und ihre Nachkommen bilden immer noch – eine beträchtliche Zwischen-

schicht in der heutigen Millionenstadt. Die „Eurasier" sind freilich keineswegs nur portugiesischen Ursprungs: im ersten Jahrhundert der englischen Niederlassung in Bengalen gab es hier nur einheimische Frauen, die meist neben einer in England bestehenden Ehe zu zeitweiligen „Lebensgefährtinnen" erhoben wurden. In den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts wandte die Ostindische Kompanie diesem Problem ihre Aufmerksamkeit zu. Als im Jahre 1791 in London Berichte über den Mulattenaufstand im mittelamerikanischen Haiti eintrafen, wo rabiate Mischlinge nahezu alle weißen Plantagenbesitzer ermordet hatten, erschrak man sehr im Gedanken an die durchaus vergleichbaren Zustände, die in den britischen Niederlassungen in Indien, und insbesondere hier in Kalkutta eingerissen waren. Scharfe Maßnahmen wurden ergriffen, u.a. wurde die Beschäftigung von Mischlingen in den Diensten der Kompanie verboten. Wichtiger freilich war es, daß infolge Umstellung der Schiffahrt auf das Dampfschiff es dann möglich wurde, auch weiße Frauen nach Indien zu bringen.

Erst aus diesen Jahrzehnten der Technisierung und der biologischen Separierung datiert die britische Herrenstellung in Indien: einerseits war nun erst eine menschliche Sonderstellung des Engländers möglich, andererseits begann mit der Industrialisierung des 19. Jahrhunderts ein unvergleichlich rascherer „Fortschritt" des weißen Mannes. Bis dahin galt zwischen den eingedrungenen fremden Weißen und den eingeborenen Völkerschaften Indiens in vielen Dingen ein nahezu gleichwertiges Geben und Nehmen, nun aber bildete sich die breite Kluft zwischen der souveränen Beherrschung der Technik einerseits, der staunenden oder stumpfen Nachahmung andererseits, die bis heute noch gilt. Sie ist hier und in vielen anderen Weltbereichen eher breiter denn schmäler geworden. ...

Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hat man die Einwohnerzahl Kalkuttas auf 200000 geschätzt – für damalige Verhältnisse eine enorme Ziffer; im Jahre 1850 waren es 400000; nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Kalkutta mit drei Millionen Einwohnern als die nach London zweitgrößte Stadt des britischen Commonwealth gezählt. Schließlich ergoß sich noch der Flüchtlingsstrom aus Ost-Pakistan – etwa anderthalb Millionen Menschen – in die

Region von Kalkutta. Heute gibt es Schätzungen, die für diese Mammutstadt infolge der geradezu wilden Vermehrung ihrer Bevölkerung für die 70er Jahre zehn bis zwölf Millionen Einwohner voraussagen. Ein fragwürdiges babylonisches Ungeheuer – denn es vermehren sich nicht die Tätigen, nicht die Leute, die sich selbst zu helfen bereit und in der Lage sind, sondern vor allem jene Massen, von denen niemand so recht weiß, was sie eigentlich tun und wovon sie leben.

Indisch-Bengalen mit seinen heute 40 Millionen Einwohnern hat bereits ein ernstes Arbeitslosenproblem. Die alten Exportprodukte des Landes – Jute und Tee – begegnen auf dem Weltmarkt verschärftem Wettbewerb, moderne Industrien kommen angesichts des Mangels an zuverlässigen und qualifizierten Arbeitskräften nicht recht in Gang. Die Hoffnung auf künftige Besserung der Verhältnisse ist gering: mangelnder Tätigkeitsdrang ist ein nicht geringeres Entwicklungshindernis wie ein Untergewicht an Gehirnsubstanz.

„Es gibt nur wenige Menschen in der Welt, die ärmer sind als die Armen von Kalkutta" – so hat es ein hier lebender Journalist ausgedrückt. Sie bilden eine amorphe Masse, von der man nur eines ziemlich genau weiß: daß sie sich dank der erfolgreichen modernen Seuchenbekämpfung nunmehr fast unbegrenzt vermehrt.

Anderthalb Jahrzehnte nach der Selbständigkeitserklärung Indiens besuchte ein britischer Zeitungskorrespondent die Provinzregierung in Kalkutta und berichtete darüber*:

„Einer der Minister lehnte sich in seinen Stuhl zurück und erklärte mir, daß Kalkutta nicht nur für Bengalen oder für Indien ein Problem darstelle. Heute ist diese Stadt – so sagte er mit einem Ausdruck von Stolz und Erleichterung – ein *Weltproblem* geworden."

Von diesem Babel wird zwar kaum die Welt, sehr wahrscheinlich aber der indische Subkontinent erschüttert werden – vor allem dann, wenn die zuständigen Minister sich weiterhin in ironischer Bequemlichkeit in ihren Stuhl zurücklehnen.

---

* „The Times" London, 6. 12. 1962.

„Es hätte im Jahre 1947 nicht zur Teilung kommen dürfen – damals mangelte es auf indischer Seite entschieden an politischer Führung. ... Alle diese Hindu-Muslim-Streitigkeiten waren einst von den Engländern geschürt worden, sie sind nicht das grundlegende Problem. Ich fühle mich mit einem Bengali-Muslim mehr verbunden als mit einem Hindu aus dem Pandschab ... Die Engländer haben ihren Plan auf Täuschungen aufgebaut, wir Inder waren ihnen nur deshalb nicht gewachsen, weil Subhas Chandra Bose nicht mehr lebte."

Mit solchen Bemerkungen begleitet der Sekretär des „Netaj Research Bureau" meinen Rundgang durch das private Subhas-Chandra-Bose-Museum, das in der Elgin Road im einstigen Wohnhaus dieses zweifellos interessanten Mannes eingerichtet ist. Wie so viele führende Inder seiner Generation (Geburtsjahr 1897) war Bose in England erzogen worden, hatte in Cambridge studiert und sollte die anglo-indische Beamtenlaufbahn einschlagen. Statt dessen wählte er schon 1921 den mit häufigen Verhaftungen markierten Weg des Widerstandes gegen die britische Herrschaft, wurde junger Mitkämpfer Gandhis und Nehrus, schließlich 1938 Präsident des „Allindischen Kongresses". Bose war ein kluger welterfahrener Mann, er erkannte im Frühjahr 1939 die schon damals sichtbare britische Kriegsentschlossenheit in Europa und trat leidenschaftlich für ein Ultimatum an England ein. Innerhalb von sechs Monaten sollte London den Indern die volle Unabhängigkeit gewähren und für Ablauf dieser Frist im Herbst 1939 eine neue große „Ungehorsamkeitsbewegung" vorbereitet werden. Gandhi und Nehru widersetzten sich diesem kühnen Verlangen, und so kam es am 29. April 1939 zum Bruch und zum Rücktritt Boses von seinem politischen Amt. So waren sein Name und sein politisches Programm damals der ganzen Welt bekannt geworden.

Als dann der europäische Krieg wirklich ausbrach, erklärte der Vizekönig Lord Linlithgow am 3. September 1939 den Kriegszustand – ohne mit den indischen Politikern auch nur ein Wort zu wechseln! Bose wanderte wie viele seiner Anhänger wieder einmal in britische Gefängnisse.

Ende 1940 erzwang er sich durch einen Hungerstreik die vorläufige Entlassung, und am 16. Januar 1941 gelang es ihm, trotz der strengen Überwachung aus seinem Haus – eben dem, in dessen Hofdurchfahrt ich mich nach der Besichtigung des Museums von dem Sekretär verabschiede – zu entkommen und nach Afghanistan zu fliehen. In Kabul trat er mit dem damaligen Achsenmächten in Verbindung. Die Italiener gaben Bose einen Paß, mit dem er dann über Moskau nach Berlin reiste, wo er im April 1941 eintraf – zwei Monate vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges. Eine „Zentrale Freies Indien" wurde gegründet, und der deutsche Kurzwellen-Rundfunk richtete für Bose einen regelmäßigen Sendedienst ein. Die Sendesprache war zunächst Englisch und Hindi, später außerdem noch Bengali, Tamil, Telegu, Pushto und Gujerati – womit die Mindestanforderungen für einen indischen Sprachendienst nur knapp erfüllt wurden.

Hitler zögerte zunächst, den unerwarteten Gast aus Indien als Sprecher der indischen Unabhängigkeit offiziell anzuerkennen – auch hier hat noch mitten im Krieg seine bekannte innere Sympathie für England gewirkt. Erst im April 1942 – mehrere Monate nach dem Kriegseintritt Japans – wurde bekanntgegeben, daß Bose sich in Deutschland befinde, und es dauerte dann noch einen weiteren Monat bis Hitler ihm am 29. Mai 1942 ins Hauptquartier Wolfschanze in Ostpreußen einlud. Ein Bild dieses Empfanges wird hier in Kalkutta im Museum gezeigt. Bei dieser einstündigen Besprechung kam es zu einer Überraschung: Hitler führte Subhas Chandra Bose vor eine Weltkarte, maß mit Handbreiten die Entfernung von den damaligen deutschen Stellungen in der Ukraine bis nach Indien ab und verglich sie dann mit der Position Burmas, wo damals die Japaner standen. Das Ergebnis dieser Betrachtung war abenteuerlich: am 8. Februar 1943 verließ Bose Kriegsdeutschland in einem Unterseeboot in Richtung Ostasien. Die Reise verlief erfolgreich – im japanisch besetzten Singapore konnte am 21. Oktober 1943 eine indische Exilregierung eingesetzt werden, die dort bis zur japanischen Kapitulation tätig blieb. Boses Leben endete auf tragische Weise: in einem Flugzeug, das ihn am 18. August 1945 von Formosa nach Japan bringen sollte, stürzte er tödlich ab.

So blieb die Frage unbeantwortet, ob er der Mann hätte sein können, um im Entscheidungsjahr 1947 der britischen Teilungspolitik wirksam entgegenzutreten.

Die Sprachenfrage wollte Bose – so wird mir versichert – wenigstens für den nordindischen Raum dadurch regeln, daß „Hindustani" – eine Mischung zwischen Urdu und Hindi – zur offiziellen Staatssprache erhoben und mit lateinischen Lettern geschrieben werden sollte.

Die Schüler und Nachfahren Subhas Chandra Boses verfechten heute die Jdee nicht nur einer Konföderation von Pakistan und Indien, sondern auch die einer noch weiter ausgreifenden außen-, militär- und wirtschaftspolitischen Allianz der „Vereinten Nationen von Südasien". Darin sollen neben Indien und Pakistan auch noch Burma und Ceylon ihren Platz finden.

Das Problem Indien – so hat es ihnen ihr toter Lehrmeister gesagt, dessen Briefe, Bilder, Kleidungsstücke und Gebrauchsartikel in den schmalen Räumen mit Andacht bewahrt werden – könne nur dadurch gelöst werden, daß man zunächst sieht und anerkennt wie die Zustände in diesem Subkontinent wirklich sind. Man müsse planen und vorausschauen.

Der letzte Satz des Sekretärs, von dem ich in die sonnendurchglühte Elgin-Road entlassen werde, klingt entsagend: „Der Netaji" – mit diesem Hindiwort für „Führer" meint er den toten Subhas Chandra Bose – „war leider der einzige indische Politiker, der über seine Zeit hinaus dachte".

Rund um den Maidan

Freilich – auch die britischen „Herren" Indiens haben in diesem Jahrhundert nicht ernstlich über die Zeit „hinausgedacht". Es ist eine heute nicht mehr zu beantwortende Frage, ob die britische Regierung im Frühjahr und Sommer 1939 eine so hartnäckige Polen-Politik betrieben und so kompromißlos den Zweiten Weltkrieg erzwungen hätte, wäre ihr bewußt gewesen, daß als Folge

dieser Leidenschaft bereits zwei Jahre nach Kriegsende der Union Jack in Indien niedergeholt werden müßte. Und daß schließlich die „verdammten Deutschen" sogar hier noch Fuß fassen würden... Das nämlich ist nun in der Tat geschehen. Wenn auch England im indischen Wirtschaftsleben heute noch immer eine sehr bedeutende Rolle spielt, so haben sich doch jetzt auch andere Mächte hier einen Zutritt verschafft, der ihnen in den Zeiten der britischen Herrschaft ernstlich erschwert, wenn nicht völlig verschlossen war. Die Nutznießer der neugeschaffenen Lage sind natürlich vor allem die Amerikaner, auch die Russen, die hier recht ungeniert politische Zukunftsziele verfolgen – aber an nicht unbeachtlicher Stelle eben auch wir, die Deutschen.

In den soliden, wenn auch nicht allzu modernen Kontoren des Geschäftsviertels von Kalkutta haben sich schon manche Repräsentanten bedeutender deutscher Firmen eingerichtet.

Die indische Regierung macht es ausländischen Unternehmen freilich nicht leicht. Einerseits ist man in Neu-Delhi von dem Gedanken erfüllt, Indien müsse, um seine Menschenmassen zu beschäftigen, im großen Stil Industrien aufbauen, andererseits jedoch hindert man ausländische Gesellschaften, das auf eigene Rechnung zu tun. Wahrscheinlich ist das für die „Kapitalisten" ein durchaus glücklicher Umstand, denn er bewahrt sie vor Verlusten.

Industrieller Leistung, die nicht nur von technischer Begabung sondern auch von zielstrebigem Handeln abhängt, ist die Mentalität der meisten indischen Völker wenig zugeneigt. Einer der deutschen Kaufleute, den ich in seinem klimatisierten Büro besuche, analysiert nicht ohne Ironie: den Menschen hier fehle a das „Kosten-Denken" und b das „Verbrauchs-Denken", ja es mangele überhaupt an der inneren Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit: „Wenn ich einen Mann von der Straße hole, der bisher buchstäblich nichts verdient hat, und ihm eine Tätigkeit anbiete, die ihm 200 Rupien monatlich sichert, so ist keineswegs vorherzusehen, ob er mein Angebot annimmt. Er ist nämlich überzeugt, daß es ihm im Jenseits um so besser ergehen wird, je schlechter er hier lebt!"

Das Ergebnis solcher Einstellung sei, daß von den rund 450 Millionen Einwohnern Indiens knapp drei Millionen Einkommen-

oder Lohnsteuer zahlen, alle anderen verdienen unter der Freigrenze, die bei 250 Rupien monatlich liegt. Jedenfalls ist die Ansicht, daß es hier Millionen freie Arbeitskräfte gebe, ein zwar weitverbreiteter und für europäisches Denken unverständlicher und dennoch ernst zu nehmender Irrtum: „Die *Menschen* sind zwar da, aber *Arbeitskräfte* sind sie nicht."

Daß es dennoch so etwas wie eine gesamtindische Wirtschaft gibt, und daß einiges in diesem Lande ganz gut funktioniert, wird man als eine englische Hinterlassenschaft nicht ohne erbbiologischen Hintergrund erklärt. Der Zusammenhalt und der Güteraustausch sei vor allem eine Leistung des – „immer noch" – funktionierenden weiträumigen Eisenbahnwesens. Das läuft mit „eingebrannten Methoden" so wie die englischen Ingenieure und Lehrmeister es eingerichtet und stabilisiert haben, wobei sie es – wie die Teeplantagenbesitzer bei Chittagong – nicht unterlassen haben, einen brauchbaren Menschentyp heranzuziehen: „Im gesamten indischen Eisenbahnwesen sitzen seit Generationen die Anglo-Inder" (das sind die Nachkommen jener einstigen englisch-indischen illegalen Mischehen, die dann seit 1800 so strikt verpönt waren). Alle einigermaßen wichtigen Posten im Eisenbahnwesen, auch in der Post und der Telegraphie sind nahezu erblich mit Anglo-Indern besetzt; so war es seit Menschengedenken und so ist es geblieben.

Deshalb – nur deshalb – funktionieren diese Dienste und zwar sogar „ziemlich klaglos". Ansonsten sei man für einigermaßen solide Leistungen in ganz Indien vor allem auf die Sikhs angewiesen; das ist ein kleines Volk von knapp sieben Millionen, es stammt aus dem Pandschab, einer Region im Hindustal, die als das älteste Kulturland Indiens und früheste indische Heimat der ersten arischen Siedler gilt.

Die Sikhs sind seit 500 Jahren eine streitbare religiöse Sekte, die den Großmogulen Jahrhunderte lang zu schaffen gemacht hat. Die Engländer verstanden es besser, mit ihnen auszukommen. Später bildeten die Sikhs außer den im „unabhängigen" Nepal angeworbenen Gurkhas die Eliteeinheiten der britisch-indischen Armee. Die Sikhs haben sich über ganz Indien ausgebreitet; weil sie streng zusammenhalten, sich nicht mit anderen Völkern vermi-

schen, haben sich ihre handwerklichen Fähigkeiten und ihre Zuverlässigkeit nicht verloren.

*

Von den Besuchen ins Hotel zurückzugelangen ist immer wieder etwas problematisch. Es laufen zwar viele Rikschas durch die Straßen; in Aden waren das fahrradangetriebene Fahrzeuge: hier keucht ein bloßfüßiger Mann davor, oft sogar mit zwei Personen auf dem schwankenden Gefährt – dem Europäer ein widerlicher Gedanke, sich von Menschenkraft durch die Straßen ziehen zu lassen. Für eine Taxifahrt sind die Entfernungen zu kurz, für den Fußmarsch in der schwülen Hitze sind sie zu lang.

Immerhin gibt es auf der Straße stets etwas zu sehen – sei es eine Truppe, die in farbiger Pracht dahinreitet oder große Schautafeln, auf denen die Amerikaner mit vielen aufleuchtenden Lämpchen darstellen, was und wieviel U.S.A.I.D. („US-Agency für International Development" zu deutsch: Behörde für Entwicklungshilfe) für Indien ausgegeben hat. Wenn man die Zahlen zusammenrechnet, dann ergeben sich nicht weniger als 1,5 Milliarden Dollar allein in den letzten Jahren; allerdings kamen davon nur 2,2 Millionen der indischen Landwirtschaft zugute, die es am nötigsten hätte. Bewässerungsanlagen – so wird mir immer wieder versichert – vor allem Dämme müssen in Indien gebaut werden, die die jährlichen Monsun-Wassermassen auffangen und für die Landwirtschaft sichern könnten, bevor sie in die Meere stürzen. Nicht so sehr Industriewerke, die angesichts des Mangels an brauchbaren Arbeitskräften doch nicht wirklich konkurrenzfähig produzieren können...

Die amerikanische Propaganda-Schautafel wird wenig beachtet und von den paar Leuten, die das Spiel der farbigen Lampen mit offenem Mund beobachten, gewiß nicht begriffen.

Anders steht es mit dem prunkvollen Victoria-Memorial, das die Engländer hinterlassen haben. In weißer Marmorpracht erhebt es sich hinter künstlichen Seen im Süden des „Maidan". Nach wie vor ist es ein Anziehungspunkt staunender Landbewohner, die an Feiertagen zu Tausenden dorthin strömen, obwohl ihnen die längst verstorbene britische Königin nichts mehr bedeutet. Der Vizekönig Lord Curzon, der zwischen 1898 und 1905 in Kalkutta

residierte (später war er britischer Außenminister), hatte die Idee, mit diesem Bauwerk das berühmte Taj Mahal zu übertreffen, das vor 300 Jahren von einem Mogulkaiser bei der alten Hauptstadt Agra errichtet wurde und das seither als eines der vollendetsten Bauwerke islamischer Kunst Weltruf erlangt hat.

Die stolze Absicht des Lord Curzon ist arg mißglückt. Das Victoria-Memorial in Kalkutta, an dem zwei Jahrzehnte lang herumgebaut wurde und das im Jahre 1921 der damalige Prince of Wales – später König Eduard VIII. heute Herzog von Windsor – einweihte, erinnert stark an den Victoria-Bahnhof in London, nur daß dieser vom Ruß geschwärzt ist, während das Memorial in Kalkutta sich in strahlendem Weiß teuersten Marmors präsentiert. Man darf gar nicht an die souveräne Würde des Taj Mahal denken, sonst wird das aufdringliche Protzentum, das sich hier darstellt, geradezu ein Ärgernis.

Überzeugenderes über die britische Herrschaft sagt die neben dem Victoria Memorial gelegene St. Pauls Kathedrale mit ihrem an den Londoner Big Ben erinnernden Glockenturm aus. Noch deutlicher wird das wirkliche England – so wie es in Indien herrschte – jenseits des Maidan vom mächtigen Fort William verkörpert. Das britische Imperium war auf den *Willen zur Macht* gegründet!

Ein Engländer, mit dem ich in der Hotelhalle ins Gespräch komme, gibt eine lässige Erläuterung zu der Tatsache, daß solche Monumente britischer Herrschaft vom heutigen Indien widerspruchslos angestaunt werden: „Sie haben so viele Eroberer kommen und gehen sehen – da haben sie keinen Anlaß sich zu ereifern."

Er hat recht; es kamen überdies nicht nur die Eroberer aus der Fremde sondern auch die Architekten: der Entwurf des Taj Mahal wird einem am Hofe des Großmoguls Sha Jahan tätigen Venezianer Goldschmied namens Hieronymus Veroneo zugeschrieben. Wem das zweifelhafte Kunstwerk des Victoria Memorial zu verdanken ist, wissen wir präziser. Es war ein Sir William Emerson. Der indische Volks-Beitrag zu diesem wie zu jenem und zu ziemlich allen bedeutenderen Gebäuden des Landes war ähnlich dem der Fellachen zum Bau der Pyramiden: sie mußten die Steine aufschichten.

Ein Tag in Rourkela

Im Bereich von Kalkutta – in einer Schlafwagennacht zu erreichen – liegt das merkwürdige deutsche Stahlwerk, das im Meinungsstreit über Sinn und Unsinn der „Entwicklungshilfe" ein weltbekannter Begriff geworden ist: Rourkela.

Für einen Besuch in diesem Werk, das vor einem Jahrzehnt buchstäblich in den indischen Dschungel gebaut wurde und das jetzt mühsam und immer noch nicht befriedigend zu produzieren beginnt, bleibt wenig, aber doch etwas Zeit: Obwohl die Flugkarte für den Weiterflug nach Delhi bereits in Deutschland ausgeschrieben war, erweist es sich wieder als schwierig und bedarf des Aufwandes mancher Schläue, um eine Sitzzuteilung in den überfüllten Flugzeugen der indischen Fluggesellschaft zu ergattern.

Die Howrah-Station, von der um 20.30 Uhr der Nachtzug in Richtung Rourkela abgeht, ist ein Gebäude von der Größe des Münchner Hauptbahnhofs. In der Halle freilich herrscht ein Treiben, das Meister Brueghel in Entzücken versetzt hätte, den Reisenden aber unvermeidlich verwirrt. Hunderte von Familien – „Urahne, Großmutter, Mutter und Kind" – sind hier allenthalben hockend und liegend um ihre Habe versammelt und offenbar auf längere Wartezeiten eingerichtet.

Am Bahnsteig 14, wo die Einfahrt des Zuges nach Shambhalpur-Pass (via Rourkela) erwartet wird, nehmen die Drängeleien und das Geschrei beängstigende Formen an. Bei der Einfahrt des Zuges erweist sich freilich, daß die Schlafwagen von ihren Schaffnern umsichtig verteidigt werden. Besitzer der „Air-Conditioned"- und Schlafwagenkarten sind ohnehin unschwer zu erkennen. Vor und hinter den Vorzugswagen saugt ein riesenlanger Zug die Menschenmassen vom Bahnsteig. Mit einem Gefühl der Erleichterung nach dem mühsamen Gedränge finde ich mein Abteil. Hier hat sich – Erste-Klasse-Betten waren angeblich nicht mehr verfügbar gewesen – inzwischen auch noch ein junger Inder eingefunden; aber der Schlafwagen-Schaffner beurteilt die Lage mit sicherem Blick. Sowohl mir – wie zweifellos auch dem Abteilgenossen, mit dem er ebenfalls ein Sondergespräch führt – macht er sich gegen angemessene Sonderzuwendung erbötig, uns getrennt unterzubringen.

Als der Tüchtige am nächsten Morgen erfährt, daß ich am Abend – im gleichen Wagen – wieder zurückreise, erhalte ich sogar die Offerte: es genüge für mich, eine Fahrkarte der Zweiten Klasse zu lösen, er werde mir dennoch ein Einzelabteil reservieren. Das Geschäft kommt allerdings nicht zustande, denn die Rückfahrkarte ist bereits bezahlt; der Gute vernimmt es mit einem traurigen Blick.

Die Provinz Orissa, die der Zug am nächsten Morgen bei Jamshedpur erreicht, wurde erst 1911 von Bengalen abgetrennt – damals die erste britische Verwaltungseinheit, die sich nach der Sprachzugehörigkeit der Einwohner ausrichtete. In der ganzen Provinz wird Orja gesprochen; es ist ein schlichtes, anspruchsloses Volk, das hier für sich dahin lebt; mit den Bengali hat es nichts gemeinsam, außer dem Umstand, daß viele Orissa-Leute im Laufe von hundert Jahren vom Moloch Kalkutta verschlungen worden sind.

Wie am Nil marschieren hier die Frauen in der Morgensonne mit den Wasserkrügen auf dem Kopf zu den Flußrinnsalen, um ihre Haushalte mit dem bescheidenen Naß zu versorgen. Eine Hügellandschaft zieht sich neben der Bahnstrecke hin, aber nur die weiten Talebenen zeigen Spuren landwirtschaftlicher Arbeit. Die Reisfelder sind ausgetrocknet, es ist schon lange kein Regen mehr gefallen.

Ganz Indien lebt vom Monsun. Wenn diese wolkenbruchartigen Regenfälle ausbleiben oder sich nur zu kurz und zu schwach einstellen, dann ist für Millionen von Indern eine Hungerkatastrophe unvermeidlich.

Mit einiger Verspätung halten wir schließlich an dem kleinen Streckenbahnhof Rourkela. Eines der beiden klapprigen Taxi, die vor dem Eingang stehen, bringt mich zunächst zum „German Social Center“ – das ist eine für das ganze Unternehmen unerläßliche, in ihrem Aufbau und in ihrem Wirken „typisch deutsche“ Einrichtung. In den Büros herrscht jene minutengenaue Emsigkeit, wie sie mir seit dem Abflug aus Frankfurt am Main nicht mehr begegnet ist.

Mit knapper Präzision – sehr erwünscht angesichts des Umstandes meiner Rückreise am Abend des Tages und der Vielzahl

vorgesehener Begegnungen – erfahre ich, was das „G.S.C." zu tun und was es bisher geleistet hat. Die Information ist sogar schriftlich zur Hand und wird jedem Besucher in die Hand gedrückt:

„Bereits vor Beginn ihrer Aufgabe, zusammen mit dem Indischen Staat und privaten indischen Unternehmern ein modernes Hüttenwerk im Busch-Dschungel von Orissa zu erstellen, waren sich die an dem Projekt beteiligten deutschen Großfirmen darüber klar, daß ihre Bewältigung eine Fülle unbekannter Probleme nicht nur technischer sondern insbesondere auch menschlicher Art mit sich bringen würde. Die verantwortlichen Planer und Kaufleute trugen sich nicht – wie ihnen später vorgeworfen wurde – mit der Auffassung, ‚irgendein Hüttenwerk irgendwo, genau wie in Rheinhausen' aufzubauen, sondern sie sahen voraus, daß die Ansiedlung von weit über tausend deutschen Menschen in einem Dschungelgebiet, dessen Klima- und Lebenseinflüsse auf Europäer weitgehend unbekannt waren, in einer Stadt, die mit Ausnahme einer Handvoll neu erbauter Bungalows vorerst nur auf dem Reißbrett existierte, eine Reihe von Schwierigkeiten und Fragen aufwerfen würde. Diese zu lösen hätte zur Voraussetzung gehabt, sie im einzelnen zu kennen. Und das war nur sehr begrenzt der Fall.

Bekannt war lediglich, daß es in dem Dschungelort Rourkela kein Krankenhaus, keine Schule, weder Hotels noch Restaurants, kein Kino noch irgend eine andere Stätte gab, die den Ingenieuren, Technikern und ihren Familien Abwechslung und Entspannung vermittelt hätten. Das bewog die beteiligten deutschen Firmen dazu, in Abstimmung und Einverständnis mit dem indischen Auftraggeber, der staatlichen Hindustan Steel Limited (HSL) sich zu dem Verein Sozialbetreuung Rourkela e.V. zusammenzuschließen und diesem die Aufgabe zu stellen, in Rourkela ein 40-Betten-Hospital, ein Klubhaus mit Kantine, Schwimmbad und Freilichtkino, Sportanlagen, eine Schule, sowie andere kulturelle, medizinische und soziale Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Ein kleiner Stab von Ärzten, Verwaltungsleuten, Lehrern, medizinischem und gastronomischem Personal wurde nach und nach von Deutschland entsandt, um nach Fertigstellung der entsprechenden Einrichtungen unter der Leitung eines ‚Resident Administrator' ein ‚German Social Centre Rourkela (GSC)' zu bilden und die Tätigkeit aufzunehmen.

Hatte das Jahr 1957 den eigentlichen Beginn der Montagearbeiten und die Gründung des GSC gebracht, so bestätigte das Anwachsen der deutschen Kolonie auf über 1600 Personen in den Jahren 1958/59 die Notwendigkeit einer medizinischen Betreuung sowie der anderen Einrichtungen des GSC in Rourkela.

Eine große Erleichterung für das deutsche Montagepersonal brachten die Einrichtungen des GSC-Klubs. Hier können die Junggesellen, die sich keiner der üblichen ‚Bungalow-Gemeinschaften‘ (6 Mann und ein indischer Koch) anschließen wollen, regelmäßig Mahlzeiten aus der deutsch geführten Klub-Küche einnehmen. Rasch bildete sich der Klub zum Mittelpunkt des Freizeitlebens der deutschen Kolonie heraus; kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die meisten Rourkeladeutschen Großstädter sind, gewöhnt, in Deutschland ihre Abende im Kino, in ihrem Stammlokal, beim Tanz oder anderweitig außerhalb des Hauses zu verbringen. In Rourkela ist der Klub des GSC der einzige Ort, wo das Montagepersonal – Junggesellen wie auch Familien – die Freizeit verbringen kann, wenn sich auch sehr bald herausstellte, daß die Einrichtungen fast zu klein sind, um alle bequem unterzubringen. Wer hätte vorausgesehen, daß an manchen Wochenenden über 800 Deutsche zur gleichen Zeit in den Klub kommen würden?“

Die Perfektion des GSC ist wirklich unübertrefflich: der „Klub“ in dem ich später die Mittagspause verbringe, könnte mit seinem Schwimm- und Planschbecken, dem Treiben einer blonden Kinderschar und den vielen Stimmen besorgter Mütter, die unter Sonnenschirmen ihren Schwatz halten, auch in Wuppertal-Elberfeld eingerichtet sein. Nur die barfuß huschenden Boys mit ihren Staubwedeln und der schale Geschmack des dünnen indischen Bieres erinnern an die vielen tausend Kilometer, die dieses Idyll von der Heimat trennen.

Wer Rourkela in der vorgefaßten Meinung besucht, daß die gut zwei Milliarden Deutschen Märker, die hier im Laufe der Jahre verausgabt wurden, vernünftiger für den Ausbau deutscher Hochschulen oder für eine Autobahn nach Kärnten hätten verwendet werden sollen, kann dennoch nicht unberührt bleiben von dem Ernst, ja von der Leidenschaft, mit der ein großer Kreis intelligenter und tätiger Leute hier geradezu darum ringt in abenteuerlicher Umwelt dem deutschen Leistungsnimbus gerecht zu werden.

Dieses Unterfangen war von Anfang an schwierig genug und es wurde von Seiten der hohen Politik nicht erleichtert. Da waren schon für die Wahl des Standortes nicht etwa die Verkehrslage und die Rohstoffsituation, sondern „die schwache wirtschaftliche Verfassung des Staates Orissa“ maßgebend gewesen. Die Wahnvorstellung, durch ein Stahlwerk müsse eine Gegend nahezu

„automatisch" wohlhabend werden, hat bei den Plänen zu Rourkela Pate gestanden. In Wirklichkeit stellte sich heraus, daß sogar einfachste Arbeitskräfte aus allen Teilen Indiens herangeführt werden mußten. Der Anziehungskraft Alt-Rourkelas auf alle Nichtstuer der näheren und weiteren Umgebung tat das keinen Abbruch. Hier ist – wie im Laufe von anderthalb Jahrhunderten in Kalkutta – bereits jetzt ein leicht erregbarer Unruheherd entstanden, eine Ansammlung von unüberschaubaren Massen, deren Lebensführung nur geahnt und deren Zahl mit 70 bis 100000 geschätzt werden kann. Kein Wunder, daß das – glücklicherweise abgelegen erbaute – große Werk festungsartig bewacht und geschützt wird, und daß die Stadt Neu-Rourkela, wo die Deutschen wohnen, nur wenig Beziehungen zu Alt-Rourkela unterhält.

Technisch haben sich die deutschen Ingenieure mit dem Aufbau des Werkes selbst überboten: es ist, wie man glaubhaft versichert, das „modernste Stahlwerk in Asien", und es soll auch in Deutschland bis dato kein „moderneres" – genau gesagt: kein komplizierteres – geben.

Die Russen haben es anders gemacht: auch sie haben in Indien ein Stahlwerk errichtet – aber strikt nach dem Muster von Anlagen, wie sie in der Sowjetunion bereits mehrfach in Betrieb sind und in denen sie ausgewählte indische Arbeitskräfte einarbeiten – ganz abgesehen von der strikten Aufsicht, die sie sich ausbedungen haben und die sie sehr „autoritär" ausüben.

In diesem für die Einrichtung von Industriewerken nicht nur hier in Indien entscheidenden Punkt hat es bei der deutschen Planung von vorneherein gehapert, und jetzt wird den Deutschen nachgesagt, sie wollten sich hier „festkrallen". In Wirklichkeit spricht aus jedem Wort, das ich hier höre, in jedem Blick, den ich auffasse, nichts anderes als die bittere, ja fast verzweifelte Sorge, daß dieses ganze stolze Werk nicht nur seinen politischen, sondern auch seinen technisch-wirtschaftlichen Zweck verfehlen könnte.

Nach einem dichtgedrängten Tag schneller Fahrten zwischen Neu-Rourkela, dem Werk und Alt-Rourkela, nach vielerlei Besuchen in Büros und Bungalows notiere ich – wieder allein im Schlafwagenabteil – die wichtigsten Gesichtspunkte aus den Gesprächen

„Das wirklich problematische hier sind die Menschen und ihre Einstellung. ... Die Industrialisierung wird als Allheilmittel betrachtet; man glaubt an eine Automatik: wie die Stahlindustrie sich entwickelt, so angeblich der Wohlstand des Landes. Das mag vielleicht in weißen Ländern stimmen, hier ganz gewiß nicht. ... Die religiösen Vorstellungen beherrschen alles – und hier wird mit Vehemenz an die Wiedergeburt geglaubt – um ihretwillen interessiert man sich keineswegs für die Entfaltung sondern im Gegenteil für die Abtötung des ‚Ich'. ... Die Reibungen zwischen den 1000 Deutschen und den 10000 einheimischen Arbeitern entstehen nicht nur im technischen, sondern unvermeidlich auch im menschlichen Bereich. ... Die Orissa-Leute sind nicht nur zu 80 Prozent Analphabeten, sondern zum großen Teil nicht einmal Hindus sondern ‚Animisten', das heißt sie glauben an Geister in den Bäumen und sind kaum zu den einfachsten Arbeiten zu gebrauchen. Die Arbeiterschaft für den Produktionsprozeß wurde aus ganz Indien zusammengeholt – aus einem Kontinent mit zwanzig Sprachen und fünfhundert Dialekten. ... Weil der Begriff ‚Rourkela' wie ein Magnet wirkte, könnte das eine Auslese sein – aber eine *gute* Auslese ist trotzdem nicht zustande gekommen. ... Die Deutschen haben keinen Einfluß darauf, wer eingestellt wird. ‚Letters of recommandation' (Empfehlungsbriefe) spielen eine große Rolle, nicht die Leistung. ... Verantwortlich fühlen sich die Intelligenteren bestenfalls gegenüber ihrer *Familie*, ihr Sittenkodex ist darauf ausgerichtet. Nicht einmal die wenigen einheimischen Christen denken und arbeiten westlich. Auch bei ihnen gibt es nur einen zweifelhaften Ehrlichkeitsbegriff, ja es kommt vor, daß eine Unterschlagung schlicht mit Familieninteresse begründet und gerechtfertigt wird. Für das, was wir Arbeitsethik oder gar wirtschaftliches Denken nennen, ist in diesen Köpfen kein Platz. ... In die führenden Stellungen rücken weder Christen noch Mohammedaner ein, sondern Brahmanen. Ihr Stolz ist stärker ausgeprägt als ihr Können. Die Meinung war zunächst: ‚Wir wollen Rourkela schlüsselfertig übernehmen, dann werden wir es selbst betreiben'. Das hat sich als schwerer Irrtum herausgestellt. Die Betriebsführung und die laufende solide Produktion sind die Kernfragen geworden und geblieben. ... Politisch mag es richtig gewesen sein,

dieses Werk hier zu bauen; rechnerisch sieht die Sache anders aus.... Wenn nicht eine harte Hand zu spüren ist, dann setzt sofort ein Schlendrian ein, der für ein subtiles Werk wie dieses unvermeidlich lebensgefährlich ist.... Man faselt von einer Rassenschranke im Deutschen Klub – einfache Tatsache ist, daß unsere Leute sich den ganzen Tag über ihre indischen Mitarbeiter oder gar Vorgesetzten ärgern müssen und sich wenigstens in ihrer Freizeit davon erholen wollen.... Hinter allem steht ein innerer Widerspruch, der von unserer Seite aus weder mit Fleiß noch mit gutem Willen zu überwinden ist. Die Engländer haben in Indien Straßen und Eisenbahnen gebaut, sie haben eine Verwaltung eingerichtet, aber sie haben sich sehr gehütet, andere als bodenständige Industrien zu begründen. Sie waren Menschenkenner...."

Eine kritische Schlüsselfrage habe ich noch am Bahnsteig – aus dem Wagenfenster heraus – gestellt: „Was wird aus diesem Werk werden, wenn die Deutschen hier einmal weggehen?" Ohne Zögern, ja „wie aus der Pistole geschossen" lautete die Antwort eines Mannes, der es wissen muß: „Eine Ruine".

Die Residenz der Großmogule

Endlich ist der Flug nach Delhi gesichert. Was zunächst als ärgerlich aufzufassen war, erweist sich als Erlebnis: in einem Frühflugzeug, das schon um 6 Uhr morgens draußen von Dum-Dum startet, hat mir das freundlich bemühte „Lufthansa"-Büro endlich einen Sitzplatz ergattern können. Das bedeutet, daß um 4 Uhr morgens das Telefon schrillt, um 4.30 Uhr eine Taxe wartet, um 5 Uhr der Bus der „Indian Airlines" an deren Stadtbüro zum Flugplatz abgefertigt wird.

Wer Kalkutta wirklich kennen lernen will, muß in solcher Morgenstunde durch die Straßen fahren. Sie sind zwar auch hier still wie in anderen Städten um diese Zeit, aber sie sind dennoch nicht menschenleer – an den Häuserwänden, auf den Balkonen, in den Toreinfahrten, angeschmiegt an Verkaufsstände, in den Deichseln abgestellter Rikschas – da liegen sie wie Pakete zu

Dutzenden, ja zu Hunderten, oft dicht aneinandergedrängt – schlafende Menschen! Schlafende oder Gestorbene? Wer weiß es?

Über all diesem brutalen Elend kündigt im seltsamen Kontrast aufgeregtes Vogelgezwitscher den kommenden Tag an, ja schließlich fahren wir an einem hellerleuchteten Platz vorbei, wo das Leben schon begonnen hat – mit lauter Musik wird von großer Gästeschar eine Hindu-Hochzeit gefeiert!

Not und Freude, Tod und Leben in wirrem Nebeneinander: es scheint als beschleunige der Bus seine Fahrt, um dieser Wahnsinns-Stadt zu entrinnen.

Draußen ist nach einem kräftigen Morgenrot der Tag rasch angebrochen, die „Caravelle" jagt vollbesetzt über die Piste, erhebt sich über die Außenbezirke und nimmt stürmisch Kurs auf Delhi – fast anderthalbtausend Kilometer sind bis dorthin zu bewältigen.

Unter uns breitet sich zunächst eine ausgedörrte Landschaft aus, trockene Flußbetten zeichnen sich in grellen Windungen ab; auch dem, der nur darüber hinwegfliegt, wird verdeutlicht, daß auch Indiens ungelöstes Problem das Wasser ist. Später kommt der Ganges in den Blick, der das ganze Jahr über ein kräftiger Fluß bleibt – und damit wirkt die Landschaft grüner, dichter besiedelt: Indiens Kerngebiet. Doch auch hier zeigen riesige Sandbänke an, wieviel Wichtigeres es in diesem Lande zu tun gibt, als Stahlwerke in die Wildnis zu bauen....

Wir sind fast schon zwei Stunden in der Luft, der blaue Himmel eines wieder heißen Tages strahlt über uns, tief unten glitzern die Bänder einiger Flußläufe, da tauchen über dem rechten Flügel hoch aufsteigend aus leichten Nebeln wie ein Gruß aus anderen Sphären in strahlendem Weiß die fernen Eisberge Nepals auf: der Himalaja, das „Dach der Welt".

Während wir alle noch wie gebannt auf dieses Wunder blicken, das sich bald wieder in der Ferne auflöst, beginnt die „Caravelle" den Flughafen Palam anzufliegen. Wir schweben über Neu-Delhi, das sich in seiner reißbrettgeplanten Struktur unter uns ausbreitet mit seinen gelbrötlichen Regierungspalästen, durch eine weite Fläche abgesondert vom Straßengewirr Alt-Delhis, der geschichtsträchtigen Stadt der Großmogule.

Eine Randbemerkung des Alten Fritz drängt sich ohne ernstlichen Zusammenhang aus dem Gedächtnis in den Sinn, während wir auf der Betonpiste ausrollen. „Ich bin der Große Mogul nicht“ pflegte der preußische König auf Anträge seiner Minister zu schreiben, wenn er glaubte, dem Staatssäckel werde zuviel abverlangt.

*

Auch Indien gehört – wie Nordafrika und Südspanien – zu den Ländern, die nach dem Tode des Propheten jahrhundertelang vom streitbaren Mohammedanertum überflutet wurden. Im Westen war es ein *arabisches* Ausgreifen, die später – etwa ab dem Jahre 1200 – nach Osten drängenden Bannerträger des Islam waren dagegen *türkischer* Abstammung. In den sechs Jahrhunderten bis zur Aufrichtung der englischen Herrschaft waren es zunächst ein Sultanat, später dann das Reich der „Großmogule“, das aus dem Raume Delhi seinen Einfluß über Nordindien und schließlich fast über den ganzen Subkontinent ausbreitete.

In ihrem ersten Abschnitt war diese Epoche von dramatischen Eroberungs-, Ausrottungs- und Vergewaltigungsfeldzügen gekennzeichnet, in ihrem zweiten – zur Festigung der Zentralgewalt – von friedlicher Durchdringung, großartiger Prachtentfaltung und hoher Kultur. Die rabiaten Eroberer, die nur wenig Widerstand fanden, waren zunächst vor allem als „Glaubenskämpfer“ aufgetreten; nicht nur die figuren- und bilderreichen Hindu-Tempel waren ihnen ein Greuel, mit ihrer Einteilung der Menschheit in „Gläubige“ und „Ungläubige“ sowie der Forderung einer Kopfsteuer von den letzteren bewirkten sie einen tiefen Einbruch in das indische Kastenwesen und damit nicht zuletzt einen Mischprozeß, der seine Spuren hinterließ. Der nach Hindu-Auffassung „Unberührbare“ konnte als Muslim nicht nur die Kopfsteuer sparen, sondern auch anerkannter Bürger werden und Kinder zeugen, mit wem er wollte – dieser Hintergrund macht begreiflich wie tiefgreifend die Mogul-Herrschaft Indien nicht nur beeinflußt sondern auch verändert hat.

Der Zerfall des Mogul-Reiches war dann wieder von blutigen Raubzügen, diesmal persischer Eindringlinge, schließlich vom britischen Vorgehen des „divide et impera“ gekennzeichnet.

Von allen diesen historischen Geschehnissen fast eines Jahrtausends berichtet die Stadt Delhi in ihren Bauwerken, aber auch in den Menschentypen, die hier bunt gewürfelt sind.

Wie Lord Curzon vergeblich hoffte, mit seinem Victoria-Memorial in Kalkutta das in der Nähe von Delhi in Agra errichtete „Taj Mahal" übertrumpfen zu können, so hat die ganze aufwendige Anlage der Regierungsstadt Neu-Delhi mit ihren breiten Avenuen und ihren großangelegten öffentlichen Gebäuden doch nicht vermocht, die von persischen Architekten entworfene ruhige Würde des Palastes der Groß-Mogule zu erreichen, der festungsartig das alte Delhi überragt – eine der wirklich bedeutenden Sehenswürdigkeiten dieser Welt.

Im „Red Fort", im „Roten Fort" (so bezeichnen die Engländern die großartige Anlage etwas abschätzig), war keineswegs wie später bei den britischen Bauten der propagandistische Gedanke am Werk, den breiten Massen der „Eingeborenen" zu imponieren; das Volk war im Mogul-Palast überhaupt nicht zugelassen. Die erhabenen Audienzhallen, die zarte Architektur des Haremstraktes, die weiten Flächen des von den Befestigungsanlagen umschlossenen Parks dienten nur als Spiegel herrscherlichen Selbstbewußtseins. Leer ist jetzt der Platz, auf dem einst der berühmte Pfauenthron stand, von dem Bruchstücke heute noch in Teheran dem persischen Kaiserglanz dienen.

Auch im Verfall war die Herrschaft der Mogule noch so überzeugend, daß die Engländer bis 1857 den Schein wahrten und den politisch entmachteten Herrschern ihre Reverenz erwiesen. Erst als der große sog. Sepoy-Aufstand („Sepoy" bezeichnet man die eingeborenen indischen Soldaten – damals waren es über 200000 Mann, denen nur 40000 weiße Offiziere und Unteroffiziere gegenüberstanden) ausbrach, auf Delhi übergriff, dem letzten Mogul wieder zur Macht zu verhelfen drohte und dadurch der britischen Herrschaft in Indien gefährlich wurde, griff man durch. Nach der Niederschlagung dieses ersten und letzten großen Aufstandes wurde Bahadur Schah II – er hatte den Mogul-Palast in Delhi noch durch einen Pavillon ergänzt, in dem er zu dichten pflegte – am 29. März 1858 abgesetzt und nach Rangoon transportiert, wo er im Exil 1862 starb. Damit war der Weg frei für die

Begründung der indischen „Kaiser"-Würde, die sich die Königin Victoria 1876 zulegte. Im Jahre 1911 wurde König Georg V. als erster und einziger britischer Herrscher sogar in Delhi gekrönt.

Der blutig niedergeschlagene Aufstand von 1857 (von den Engländern als „mutiny", Meuterei, bezeichnet) entzündete sich daran, daß an die Soldaten Patronen ausgegeben wurden, die in Schweins- bzw. Rinderfett eingelagert gewesen waren – ein Umstand, der die religiösen Gefühle sowohl der Hindus wie auch der Moslems zur Weißglut erhitzte!

Dieses Ereignis war für die Engländer nicht nur wegen des Moguls eine Warnung, die sie sofort zum Handeln veranlaßte, sondern auch wegen des von ihnen unerwarteten Umstandes, daß die Hindus und die Mohammedaner ihre üblichen Religionszwistigkeiten beiseite ließen und sich gemeinsam gegen ihre englischen Vorgesetzten erhoben. Auch daraus lernte man in London und es blieb dann neunzig Jahre lang eine feste Regel der britischen Innenpolitik, die Auseinandersetzungen zwischen den Hindus und Moslems keinesfalls zu dämpfen.

Letzte und wirksamste Leistung dieser politischen Tradition war jene große Teilung von 1947, aus der „Pakistan" entstand.

Zu Füßen der Mogul-Residenz in Alt-Delhi (genauer und einfacher gesagt: in Delhi, denn weit draußen vor den Toren der Stadt bei den mächtigen Ruinen der Mogul-Gräber gibt es noch eine Siedlung, die sich „Alt-Delhi" nennt, aber bedeutungslos ist) da herrscht der bunte orientalische Basarbetrieb mit allen seinen Düften und Merkwürdigkeiten, mit dem Gedränge auf den Straßen, den im Hintergrund dunkler Verkaufsläden lauernden Verkäuferaugen.

Die „Indische Union"

Eine völlig andere Welt drüben in Neu-Delhi: die protzigen Repräsentativbauten eines Imperiums, das es nicht mehr gibt, sind wie Inseln in eine typisch englische Gartenstadt eingestreut. Auf den schon etwas ausgedörrten Rasenflächen vor den Villen

treiben sich nun freilich die schwarzhaarigen Kinder jener obersten „Tausend“ herum, die derzeit Indien regieren. Man kann kaum von „Zehntausend“ sprechen – es ist eine verschwindend kleine Minderheit, die von Neu-Delhi aus versucht, in der Nachfolge der englischen Herren aufzutreten und die Völker dieses Subkontinents am Zügel zu halten.

In Neu-Delhi hockt man nicht bei Wasserpfeifen, sondern trifft sich europäisch bei Cocktail-Parties; und doch wird dem, der sich zu hören bemüht, auch dabei vernehmlich, was diese alte und neue, diese in des Wortes unmittelbarer Bedeutung „geerbte“ Hauptstadt der heutigen „Indischen Union“ politisch beunruhigt, wenn auch noch nicht erschüttert. Noch nicht ...

Das Bild, das sich beim Geplauder in den Salons zwischen erfrischenden Schlucken kühler Getränke ergibt, ist nur ein Mosaik; man muß schon einige Schritte zurücktreten und manchen fehlenden Stein hinzufügen, um die Konturen deutlich zu erkennen. Die „Gesellschaft“ in Neu-Delhi – eine buntgewürfelte Gruppierung von Diplomaten und Geschäftsleuten der „weißen Welt“, durchsetzt von gebildeten, uns dennoch fremden Vertretern der oberen Kasten, mit ihren meist schweigsamen Damen in farbenprächtigen Saris – ist wie die Stadt selbst durch eine Art „Glacis“, durch einen Sicherheitsstreifen, der zumindest gegen die Cholera schützen soll, vom wirklichen Indien getrennt, wie es draußen leibt und lebt.

Kaum einer von den klugen Leuten, die hier in den von den Engländern für ihre Beamtenschaft erbauten Villen mithilfe zahlreicher Dienerschaft ein elegantes Leben führen, will die widerspruchsschwangeren und beunruhigenden Kreuz- und Querlinien sehen, die sich beim Versuch einer Gesamtschau verwirrend genug abzeichnen. Die Einzelheiten freilich kennt jeder genau und schildert sie plastisch – der Europäer mit einer Art Galgenhumor, der Amerikaner mit Ingrimm, der Inder mit Fatalismus.

Da gibt es die „Sprachenfrage“; genau genommen kann von einer „Frage“ gar nicht die Rede sein, denn darunter versteht man in der Regel ein Problem, zu dem eine Lösung möglich erscheint. Die buntgemischte Sprachenpalette des Staatsgebietes der Indischen Union bezeichnet ein Thema ohne Anfang und Ende; sie

weist folgende Sprachen*gruppen* auf: Indo-arische, iranische, dravidische, tibeto-burmanische, Munda, Mon-Khmer und chinesisch-siamesische Sprachen. Allein die *indo-arischen* Sprachen unterscheidet man in Ost- und West-Hindi, Bengali und Bihari, Rajasthani, Pandjabi, Sindhi, Gujarati, Marathi usw.; sie beherrschen den verhältnismäßig weißhäutigen nordindischen Bereich. Die völlig anders gearteten *dravidischen* Sprachen mit den Hauptgruppen Telugu, Tamil und Kanaresisch sind die Sprachen des dunkelhäutigen Südindien.

Die indische Verfassung sieht vor, daß Hindi die offizielle Staatssprache sein, aber Englisch für eine „Übergangszeit" eine Art Hilfssprache bleiben soll. Englisch ist aber schon deshalb fast unersetzbar, weil sich in „Hindi" – wie mir gesagt wird – moderne technische Auffassungen und andere für die Behördensprache wichtige Begriffe kaum ausdrücken lassen. Es gibt nur wenige literarische Werke in Hindi – im Gegensatz zum Bengali, in dem die meisten in Europa als „indische Literatur" bekannten Werke geschrieben sind. Dazu kommt die enorme Differenz des Hindi zu den südindischen Sprachgruppen: sie soll nicht geringer sein wie der Abstand des Deutschen zum Japanischen!

Es geht dabei nicht nur um das Sprechen, Lesen und Schreiben – hier wie überall in der Welt sind die Sprachen keineswegs nur Zufallsschöpfungen und Phantasiegebilde, sondern geistige Prägungen, in denen sich biologische Gruppenexistenzen darstellen. Sprachen zeigen *Völker* an, formen sie und halten sie zusammen! Die indische Sprachenskala ist viel mehr als eine Komplikation für Gesetzgeber und Buchdrucker. Sie macht in radikaler Deutlichkeit sichtbar, daß es keine indische „Nation" gibt und sie wohl auch in den nächsten tausend Jahren nicht geben wird. Mit solchen Zeiträumen müßte derjenige rechnen, der die Zukunft Indiens in einem vielhundertmillionenfachen Mischungsprozeß erkennen wollte. Heute und für alle voraussehbare Zukunft wird man es statt dessen in Indien mit einem Vielvölkerstaat zu tun haben – und zwar mit einem noch komplizierteren als es einst das Osmanische Reich oder Österreich-Ungarn gewesen sind. Immerhin gab es da Kernvölker, die den Schwerpunkt und das Staatsrückgrat bildeten: die Türken, die Deutschen. In Indien gab es im

Jahrtausend vor der Zeitenwende die berühmte „arische Einwanderung“ – sie hat bis heute noch in den nordischen Sprachen und in der im 5. Jahrhundert künstlich geschaffenen Gelehrtensprache das Sanskrit Spuren hinterlassen. Aber eben doch nur *Spuren*, denn die Einwanderer von vor zweieinhalb Jahrtausenden sind in den hier angetroffenen Völkern untergetaucht, den Süden Indiens haben sie überhaupt nur durch kulturelle Sendboten, nie tiefergreifend durchsetzt.

In all den historisch überblickbaren Epochen wurde Indien stets nur durch dünne Erobererschichten beherrscht; den verwaltungsmäßigen Zusammenhalt haben sie durch eine „Befehlssprache“ gesichert. Das war bis zum Jahre 1837 das Persische, dann verfügte der letzte Mogul auf Veranlassung des britischen Generalgouverneurs das Englische als Regierungssprache. Dabei ist es bis heute geblieben und es muß wohl auch so bleiben, wenn und solange das Gebilde „Indische Union“ als politischer Apparat bestehen bleiben und funktionieren soll.

Jede nordindische Staatssprache – und sei es eine zubereitete Sondersprache, wie sie Subhas Chandra Bose im Sinn hatte – findet in ganz Südindien, das heißt bei 100 bis 150 Millionen Menschen schon deshalb erbitterten Widerstand, weil sie der nordindischen Beamtenschaft nicht nur einen persönlichen Vorteil bieten, sondern geradezu ein Herrschaftsinstrument in die Hand geben müßte. So ist es erklärlich, daß die schärfsten Verfechter der Beibehaltung des Englischen eben diese Südinder sind: ihr Argument geht leidenschaftlich – in Delhi auch mit den Hilfsmitteln Farbstoff, Pinsel und Pflastersteinen – dahin, daß in der Staatsverwaltung für die Südinder (also den ganzen „dravidischen“ Sprachenkreis) eine gewisse Chancengleichheit nur dann erhalten bleibt, wenn jeder Funktionär im Norden wie im Süden außer seiner Muttersprache noch eine Fremdsprache lernen und im Dienst gebrauchen muß: eben das Englische.

Die Kehrseite der Medaille ist auch nicht uninteressant – schon zur Zeit der britischen Herrschaft schätzte man die Zahl der englisch sprechenden Bewohner Indiens auf höchstens ein Prozent der Bevölkerung. Das sind eben die Beamten, die Richter, Advokaten und Wissenschaftler – kurz die „Intelligenz“. Bei diesem

Zahlenverhältnis ist es geblieben. Nicht einmal in den Straßen Neu-Delhis ist es möglich, von jedermann eine Auskunft in englischer Sprache zu erhalten. Dennoch wurde und wird dieses Riesenland nach Gesetzestexten in englischer Sprache regiert, die 99 Prozent der Bevölkerung nicht verstehen. Auch das gehört zur indischen Wirklichkeit von heute.

Nach der Bildung der „Indischen Union", die auch die früheren Fürstentümer staatsrechtlich mit einbezog, bemühte man sich, eine alte Forderung der „Allindischen Kongreßpartei", die seither in Delhi an der Macht ist, zu verwirklichen: jede Staatsprovinz sollte so abgegrenzt werden, daß ihr Gebiet sich mit der Verbreitung einer Hauptsprache deckt. Aber damit traten, insbesondere in Grenzbereichen, „Minderheiten"-Probleme auf, die neben den immer wieder vorgebrachten und immer wieder gescheiterten Bemühen, Englisch durch Hindi als einzige Staatssprache zu ersetzen, den zweiten Krisenbereich der „Sprachenfrage" bildeten.

Die Indische Union nennt sich eine „Demokratie"; aber wie und inwieweit ist im Vielvölkerstaat ehrliche „Demokratie" überhaupt möglich? In den Salons von Neu-Delhi gibt man sich überzeugt, denn es ist hier ja ein gewähltes Parlament lebhaft tätig. Aber was soll ein Parlament, in dem an die hundert Abgeordnete keine der beiden „Amtssprachen" sprechen?!

Die Südinder, die sich nicht vom nordindischen Beamten verwalten lassen wollen, die Nagas, die wegen eines Versuches, das Assamische zur offiziellen Sprache der dortigen Provinz zu machen, zu den Waffen gegriffen haben und Dutzend anderer Völkerschaften verstehen Demokratie nicht dahin, daß sie stets und überall von anderen Volksgruppen majorisiert werden. Sie dringen auf politische Selbstbestimmung und halten dieses Prinzip für das einzig ehrlich demokratische. Wie stark aber kann und wird die „Zentralgewalt" der Indischen Union bleiben können, ja muß sie nicht auseinanderbrechen, wenn alle diese in ihren Sprachen so deutlich bezeichneten Völker über sich selbst bestimmen wollen?

Auf solche Fragen gibt es in Neu-Delhi keine andere Antwort als ein Achselzucken.

Unvermeidlich sind die paar Zeitungen und Zeitschriften, die eine „nationale“ Bedeutung haben, das heißt hier: im ganzen indischen Staatsverband von den führenden Kreisen gelesen werden, in englischer Sprache geschrieben. Allerdings geht die Entwicklung dahin, daß die britischen Redakteure durch gebildete Inder ersetzt werden.

Einen dieser neuen Chefs in einer alten Redaktion besuche ich in dem bescheidenen Büro, das ihm – dem Leitartikler – in dem zwar bis nach Europa bekannten, aber doch nur in begrenzter Auflage erscheinenden Blatt eingeräumt ist. Ein rostiger Eimer muß als Papierkorb dienen, und auf dem alten Schreibtisch sind gewiß schon während des Ersten Weltkrieges Leitartikel gegen die „Hunnen“ geschrieben worden.

Unser Gespräch hakt sich bald an einer Frage fest, die vor zwei Jahrzehnten brennend geworden und bis heute brennend geblieben ist: Kaschmir.

„Jammu and Kashmir“ – so haben die Engländer das an den Hängen des Karakorum-Gebirges an Tibet und Sinkiang grenzende Fürstentum bezeichnet, dessen Maharadscha vier Millionen Gebirgsbewohner stark mongolischer Abstammung regierte – ein Hochland in 4000 Meter Höhe, jedoch von wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung. Hier wird die weltberühmte Kaschmir-Wolle gewonnen, es gibt auch Bauxit-Vorräte, die Quellen des Indus entspringen in Kaschmir usw.

Mit sicherem Sinn für künftige Konflikte haben die Engländer die Frage, ob Kaschmir dem Einflußbereich des neuen Staates Pakistan oder der Indischen Union zugeteilt werden solle, im Jahre 1947 unentschieden gelassen. Da drei von vier Kaschmiri Mohammedaner sind und das religiöse Argument bei der damaligen Staatsbildung den Ausschlag geben sollte, stand eigentlich West-Pakistan die Anwartschaft auf die Oberhoheit über Kaschmir zu. Aber da gab es eben noch den Maharadscha. Der richtete, weil er sich von Bergstämmen bedroht fühlte, einen Hilferuf nicht nach Karachi, die Hauptstadt Pakistans, sondern nach Delhi. Und dort war man nicht ungern bereit, nach Kaschmir Hilfstruppen zu entsenden, allerdings unter einer Bedingung: der

Maharadscha müsse sich der „Indischen Union“ anschließen. Kaum war dieser politische Schritt in einiger Hast geschehen, als man von Pakistan aus wenigstens das obere Indus-Tal rasch besetzte: der Konflikt war da!

Natürlich befaßte sich der „Weltsicherheitsrat“ mit dieser merkwürdigen Angelegenheit, die sich so weit entfernt von New York im Vorfeld des Himalaja zutrug; zunächst wurde eine „Waffenstillstandslinie“ festgestellt, die seither Kaschmir in zwei Hälften teilt. Und dann wurde angeordnet, daß eine von den Vereinten Nationen zu überwachende Volksabstimmung stattzufinden habe, in der das Volk von Kaschmir selbst seine staatliche Zugehörigkeit bestimmen solle.

Auf diese Volksabstimmung warten die Kaschmiri heute noch. Aus den wohlgesetzten Argumenten, wie sie dem politischen Redakteur eines angesehenen Blattes wohl anstehen, erfahre ich, warum es dieses Plebiszit bis jetzt noch nicht gab – und möglichst nie geben soll. Es müßte nämlich bedeuten, daß Kaschmir sich von der „Indischen Union“ wieder trennen würde, in die es nur durch den „einsamen Entschluß“ eines längst abgesetzten Maharadscha geraten ist.

Dieser – Sir Hari Singh – verzehrt irgendwo im Frieden mit der indischen Regierung seine Fürstenpension, wohingegen es mit seinem letzten Premierminister, dem Scheikh Abdullah beträchtlichen und nicht enden wollenden Ärger gibt. Dieser energische Mann, den man mittlerweile den „Löwen von Kaschmir“ nennt, bestand so unbelehrbar auf dem Plebiszit, daß man ihn 1952 kurzerhand verhaftete. In bester britischer Kolonialtradition – auch damals sperrte man unliebsame Opponenten oft jahrelang ein, um dann wieder höfliche „round-table“-Verhandlungen mit ihnen zu führen – wurde der Scheikh Abdullah von Zeit zu Zeit mehrmals aus dem Gefängnis entlassen, dann wieder interniert. Er blieb (und bleibt) dabei: das Kaschmir-Volk soll selbst entscheiden. Und das zu verhindern ist seit zwei Jahrzehnten ein ebenso zweifelhaftes wie leidenschaftliches Anliegen der „allindischen“ Politik. ...

Dazu wird nur eine für europäische Ohren etwas merkwürdig klingende, aber im Hinblick auf vorderasiatische Verhältnisse

vielleicht einleuchtende Aufklärung zuteil: „Vergessen Sie nicht, daß trotz der Teilung von 1947 immer noch viele Moslems im Staatsgebiet der Indischen Union leben. Wenn man diese Volksabstimmung in Kaschmir durchführt, und falls sie – was möglich ist – gegen Indien entscheidet, so könnte es sein, ja es wäre wahrscheinlich gar nicht zu verhindern, daß die Volkswut sich an diesen 50 Millionen Mohammedanern rächen würde."

Mag sein, daß das ein durchaus realistischer Gedanke ist, er läßt sich in einem angeblich „demokratischen" Land freilich nur mit einiger Ironie notieren.

Nüchterner und überzeugend hört sich die weitere Bemerkung an: das Anliegen des „Löwen von Kaschmir" sei es nicht, die indische gegen eine Oberhoheit Pakistans einzuhandeln. Die Kaschmiri seien ein Volk eigener Art – und wenn das Land, in dem sie leben, nicht so wichtig wäre (im pakistanisch besetzten Norden gibt es sogar ein Länderdreieck Kaschmir-China-Sowjetunion!) dann könnten sie ja ruhig entscheiden wie sie wollten, dann wäre ein unabhängiger Staat, von Indien und Pakistan garantiert, eine annehmbare und vernünftige Lösung. Aber die großen Zusammenhänge ...

Ich verlasse das englisch-indische Redaktionsbüro mit dem Gefühl, daß zwischen den Deutschen und dem Schicksal der Kaschmiri in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine gewisse Übereinstimmung besteht. Die Kaschmiri freilich haben wenigstens einen Scheik Abdullah. Er soll, das war die letzte Information, die mir unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt wurde, demnächst wieder einmal probeweise aus der Haft entlassen werden.

Die Enklaven der Diplomatie und Politik

Nicht nur das britisch erbaute Neu-Delhi ist abgesondert vom altindischen Delhi, seit der Unabhängigkeitserklärung hat man auch noch eine weitere städtebauliche Besonderheit geschaffen: die „diplomatische Enklave".

Alle Staaten, die in Neu-Delhi Botschaften errichten wollten, wurden aufgefordert, sich an einer großen Avenue, der „Shanti Pad", und an deren Nebenstraßen anzusiedeln. Das hat für die indischen Behörden den Vorteil erleichterter Bewachungsmöglichkeit; außerdem wurde eine Art internationaler Konkurrenz von Repräsentativbauten daraus. Da haben die Russen sich im Monumentalstil niedergelassen, die Engländer haben durch ein Büro-Hochhaus zu verstehen gegeben, wieviel sie mit Indien immer noch verbindet, und die Amerikaner haben zwei strahlend weiße Hollywood-Gebäude breit hingelagert. Platz gibt es genügend, gepflegte Gartenlandschaften trennen die Großmächte, die sich mit Ferngläsern gegenseitig beobachten können. Wie bei den Olympischen Spielen flattern Flaggen im Wind soweit das Auge reicht. In der Ferne, im gehörigen Abstand von den „Großen" ist auch die Fahne der Bundesrepublik auszumachen.

Die Amerikaner haben es sich nicht nehmen lassen, ihrem Botschaftsgebäude auch einen Namen zu geben. Im Januar 1963 eröffnete man es als „Franklin D. Roosevelt"-Haus – eines der wenigen Baudenkmäler, die der Erinnerung an diesen umstrittenen Präsidenten gewidmet sind. Der indische Staatspräsident erschien persönlich und hob die „historische" Rolle hervor, die Roosevelt bei der Durchsetzung der Unabhängigkeit Indiens gespielt habe. Da der Präsident bekanntlich bereits im April 1945 starb und das Ende der britischen Herrschaft in Indien erst vom Jahre 1947 datiert, waren und bleiben diese Dankbezeigungen hintergründig bemerkenswert. In der Tat hat England nicht seinem angeblichen Feind Hitler sondern seinem sogenannten Freund Roosevelt den Verlust seiner Weltautorität zu verdanken, die in der indischen Herrschaft verankert war und die hier zerstört wurde.

*

Für den letzten meiner vier Tage in Delhi ist noch ein Besuch im indischen Parlament vorgesehen, in der „Lok Sabha" – das ist das Hindi-Wort für „Unterhaus". Es gibt auch ein Oberhaus, die „Rajya Sabha" – die indische Demokratie ist wie die Betriebsanweisungen für Bahn und Post immer noch sorgfältig nach britischem Muster ausgerichtet.

Die Eintrittskarte zum Parlament soll ich um 10 Uhr im Auslandspressebüro abholen. Von den hellen Sonnenstrahlen des wie immer wolkenlosen Tages zu früh geweckt, wandere ich zu Fuß vom Hotel zum Hyderabad-House, in dem diese Behörde ihren Sitz hat. Noch weht eine frische Brise; in den Privatparks an der Wellesley Road sind Wassersprüher am Werk; ein Kindergarten mit weiß gekleideten Nurses, modernen Spielgeräten und einer Fülle wohlbehüteten Nachwuchses indischer Regierungsbeamter belebt das Zivilisationsbild. Manche junge Besucher des „Childrens Park" sind sogar von Dienern begleitet.

Die Straße mündet in breitangelegter Runde, vor dem Auge erhebt sich das dem Pariser „Arc de Triomphe" nachgestaltete „Indian Memorial" und im fernen Hintergrund werden als Abschluß der Paradestraße die Regierungsgebäude sichtbar, deren weit hingelagerte Struktur schon vom Flugzeug aus als der Mittelpunkt Neu-Delhis auszumachen war.

Noch steht am „Indian Memorial" ein Denkmal des „Königs und Kaisers" Georg V., der am 15. Dezember 1911 den Grundstein zu all diesen baulichen Herrlichkeiten gelegt hat. Genau gesagt: der Triumphbogen wurde erst in den 20er Jahren gebaut und vom Vizekönig Lord Irwin – so hieß damals noch der spätere Lord Halifax, der britische Außenminister des Kriegsausbruchs 1939 – am 15. Februar 1931 eingeweiht. Erst an diesem Tage wurde Neu-Delhi zum Sitz der britischen Verwaltung in Indien erhoben und Kalkutta zur Provinzhauptstadt degradiert.

Der Triumphbogen ist „den Gefallenen der indischen Armee, den Soldaten, die Seite an Seite der britischen Truppen für die Sache des Empire ihr Leben ließen" geweiht – in englischer Sprache sind auch die berühmten Kampfstätten genannt, an denen Großbritannien seine indischen Regimenter während des Ersten Weltkrieges gegen Deutschland eingesetzt hat: Frankreich und Flandern, Mesopotamien und Persien, Ostafrika und Gallipoli ...

Wenn auch pünktlich zu Beginn der Bürozeit, so bin ich um zehn Uhr morgens doch noch zu früh im Hyderabad House eingetroffen; nur einige Staubwischer und Bürofeger sind an der Arbeit, aber im Laufe der nächsten Stunde treffen auch die

Beamten ein. Pünktlich werde ich gegen 11 Uhr zum Parlamentsgebäude begleitet – ein mächtiger Rundbau; das Kolosseum in Rom hat dem englischen Architekten als Vorbild gedient. Obwohl es 1927 noch keine indische Volksvertretung gab wurde das „Legislature Building" bereits damals als eines der ersten offiziellen Gebäude in Neu-Delhi eingeweiht.

Einen Zuschauerplatz in der „Lok Sabha" einzunehmen, ist nicht minder umständlich, wie im britischen Unterhaus in London. Es geht auch ebenso vornehm zu. Parlamentsdiener mit weißen Handschuhen nehmen den Hut ab und reichen Sitzungspapiere, die genau so gedruckt sind wie in Westminster und die anstehenden Fragen numeriert verzeichnen. *Eine* von neunzehn Fragen, zu denen mündliche Antworten erwartet werden, ist mit einer Fußnote versehen: „Original notice of the question received in Hindi" – diese, nur diese eine Frage wurde in der Staatssprache gestellt und muß wohl auch so beantwortet werden. Allerdings hat ziemlich jeder Minister, der Regierungschef Nehru nicht ausgenommen, seine Schwierigkeiten mit „Hindi".

Man hat mir Nehru, der seit der Unabhängigkeit die Regierung leitet, als eine „Einrichtung" bezeichnet – nun sitzt der bereits vom nahen Tod Gezeichnete unter mir regungslos auf einem der dunkelgrünen Lederpolster der Lok Sabha, die sich in breitem Rund (einziger Unterschied zum Londoner Unterhaus) und ohne Erregung mit den recht belanglosen Angelegenheiten dieser Fragestunde beschäftigt. Ob es wahr sei, daß die indonesische Regierung in Djakarta Landkarten verbreite, in denen der „Indische Ozean" als „Indonesischer Ozean" bezeichnet sei; ob ein Motortransport-Gesetz von 1961 in allen Staaten der Union durchgeführt werde und, falls nein, warum nicht usw. usw. ...

Ein Drittel der Abgeordnetenbänke ist besetzt; so verschieden die Gesichter – eine Skala von fast weiß bis dunkelbraun – bunt die Kleidung, einige Sikhs mit ihren Turbanen unter ihnen, auch Damen in vornehmen Saris; manche Herren tragen wie Nehru weiße Gandhi-Mützen. Die Atmosphäre ist ruhig und flüssig; halblautes Frage- und Antwortspiel, gelegentlich ein Wort des Sprechers – fast ausnahmslos wird englisch gesprochen, meist nach

Notizen. Wenn gelegentlich in Hindi argumentiert wird, greift alles zum Kopfhörer für die Übersetzung.

Die bemerkenswerteste Gestalt ist zweifellos die des 75jährigen, durchgeistigt wirkenden Jawaharlal Pandit Nehru: Sohn einer in Kaschmir ansässigen Brahmanen-Familie (daher der Ehrentitel: Pandit = Gelehrter), in Harrow und Cambridge erzogen, später der Staatsmann an der Seite Gandhis, in der Kongreßpartei ein Gegenspieler Subhas Chandra Boses und doch wie dieser jahrelang in britisch-indischen Gefängnissen festgehalten. Zuletzt haben die Engländer Nehru noch Ende August 1943 verhaftet und ihn erst 1945 wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nach der Selbständigkeitserklärung Indiens verstand es Nehru, der Welt ein Idealbild des neugeschaffenen Staates zu suggerieren und selbst als der führende Mann einer „dritten Macht" der „Neutralen" zu erscheinen. Wer nur oberflächlich nach Zahlen urteilt, der mochte die Differenz zwischen den 500 Millionen Indern und den vielleicht 600 bis 700 Millionen Chinesen gar nicht so beträchtlich finden. Inzwischen hat sich dieser Nimbus verflüchtigt; die vielen harten und bitteren Tatsachen, die sich im indischen Subkontinent „im Raume stoßen" konnten nicht verborgen bleiben. Gegen die chinesische Drohung braucht Indien mittlerweile die amerikanische, gegen die pakistanische wünscht es die russische Hilfe; allein um den Lebensunterhalt seiner Bevölkerung sicherzustellen muß dieses Indien, von dessen Reichtum einst die ganze Welt geträumt hatte, betteln gehen.

Der stille Mann dort unten weiß das alles; er weiß, daß er gescheitert ist, auch wenn ihm ein feierliches Leichenbegräbnis bevorsteht und seine Asche in alle großen Flüsse des Landes verstreut werden wird.

Abends am Flugplatz in der frischen Brise eines leuchtenden Sonnenuntergangs sprechen wir im kleinen Kreis noch über die Frage: Was wird nach Nehru kommen? Das Bitterste begann bereits zu seinen Lebzeiten. Eine Stimme sagt: „In Asien ist Ansehen soviel wie Religion.... Der indische Scheinkoloß, wie Nehru ihn aufgebaut hat, ist ins Wanken geraten.... Nach Nehru wird es nicht mehr lange dauern bis Indien das verachtetste Land Asiens sein wird."

Auf dem Flugfeld von Palam werden unterdes Landetreppen der „Aeroflot“ mit kyrillischen Buchstaben an uns vorbei an eine Maschine gerollt: die sowjetische Fluggesellschaft hat neuerdings hier einen Liniendienst eingerichtet.
Ist das ein Zeichen für die Zukunft?

Die Söhne der Berge

Der ereignislose Nachtflug nach Karachi – eine etwas kürzere Distanz wie Kalkutta/Delhi – gewinnt am nächsten Morgen tagespolitische Kontur: da steht in der – auch hier – englischsprachigen amtlichen Tageszeitung, daß am Nordabschnitt der pakistanisch-indischen „Waffenstillstandslinie“ – ihren südlichen Bereich haben wir überflogen – ein indischer Feuerüberfall auf ein pakistanisches Dorf im Sialokot-Distrikt bei Lahore stattgefunden habe. Der pakistanische Bericht spricht von einem mehrstündigen „völlig unprovozierten“ Maschinengewehr- und Geschützfeuer, das die Inder „in ihrer typisch aggressiven Art“ mehrere Stunden hindurch aufrechterhalten hätten. Erst als von pakistanischer Seite „in Selbstverteidigung“ zurückgeschossen wurde, sei nun Ruhe eingetreten. Ein pakistanischer Soldat wurde getötet, die Opfer des Gegners seien nicht feststellbar.

Daß der Schußwechsel „sinnlos“ war, wie sich der Bericht ausdrückt, mag zutreffen, aber die Tonart der Berichterstattung, die die Pakistani als „zutiefst friedliebend“ und die Inder als herausfordernde „Aggressoren“ darstellt, gehört dem Bereich der Poesie an. Was die soldatischen Tugenden anbetrifft, so ist West-Pakistan, das die notorisch kriegerischen Gebirgsvölker des oberen Indus-Tales und die südlich von Afghanistan in Wüstenstämmen siedelnden ebenfalls hartgesottenen Belutschen umfaßt, gewiß die grimmigste Region des gesamtindischen Bereichs.

Jahrtausendealte Blutseinmischungen haben hier ihre Spuren hinterlassen: durch das Indus-Tal erkämpften sich so ziemlich alle Eroberer ihren Weg nach Indien. Und auch die Engländer, die Indien von See her eroberten, mußten hier kämpfen wie sonst

nirgends. Im britischen Unterhaus wurde im Jahre 1900 amtlich festgestellt, daß zur Absicherung der indischen Gebirgsgrenzen, genauer gesagt: zur Niederwerfung der hier siedelnden freiheitsfanatischen Bergvölker allein in dem halben Jahrhundert von 1848–1899 nicht weniger als einhundertzehn militärische Unternehmungen und Kriege geführt wurden. Genießerisch berichtete noch Churchill in seinem Erinnerungsbuch „Weltabenteuer im Dienst“ wie er als junger Leutnant der indischen Armee um die Jahrhundertwende an einer Strafexpedition teilnahm, als deren Ergebnis „das Tal eine Wüste und unserer Ehre Genüge getan war“.

Die Nachkommen jener Widerborstigen – das sind die heutigen Herren Pakistans. Mit Ost-Pakistan, das ja ein Teil Bengalens ist, haben sie außer dem islamischen Glaubensbekenntnis nichts gemein. Militärisch gilt ihnen jener weitabgelegene Landesteil durch indirekte Strategie abgesichert: *Ost*-Pakistan wird im *Westen* verteidigt, d.h. ein indischer Versuch, nach Dacca oder Chittagong zu greifen, würde – das ist ein offenes Geheimnis – einen westpakistanischen Marsch auf Delhi auslösen, über dessen vorauszusehende Wildheit an Ort und Stelle kein Zweifel obwaltet. Auch nicht über die möglichen Weiterungen: wenn die westpakistanischen Bergvölker sich einmal in Bewegung setzen, wenn sie modern bewaffnet werden – wo gäbe es dann ein Halten?

Zehn Jahre nach der Selbständigkeitserklärung Pakistans wurde zunächst einmal innenpolitisch „reiner Tisch“ gemacht. Die Militärs verjagten die Politiker, der General Ajub Khan – auf der englischen Militärschule Sandhurst erzogen – übernahm die Macht. Er hat sein Regime seither durch Wiederzulassung einer Opposition „liberalisiert“, aber wer „Herr im Hause“ ist – darüber besteht in West-Pakistan nach wie vor kein Zweifel. Ajub Khan selbst ist Pathane – Abkömmling eines der kühnsten und zähesten Kriegerstämme der Nord-West-Grenze. Sein Denken kreist – wie auch aus seiner Außenpolitik unschwer zu erkennen ist – um die schlichte Frage, wie der pakistanischen Armee genügend Waffen neuerer Konstruktion beschafft werden können. Zu diesem Zweck hat er – nicht ohne Schläue – zuerst mit den Amerikanern, dann mit den Chinesen, schließlich mit den Russen Geschäfte getätigt. Seine Nachfolger werden es ähnlich halten.

Als Gegengabe für viele und kostspielige Leistungen haben die Amerikaner den Pakistani vor Jahren einen Stützpunkt in Peshawar abgerungen. Das ist ein recht wichtiger Platz, der nicht nur den Kabul-Paß nach Afghanistan militärisch beherrscht, von dem aus sich mit Hilfe moderner Funkmeßeinrichtungen auch halb Südrußland beobachten läßt. Neuerdings zeigen sich Zeichen dafür, daß die Pakistani mit diesem Peshawar ein doppeltes Geschäft machen wollen: zunächst kassierten sie bei den Amerikanern dafür, daß sie sich hier installieren durften; bald werden sie den Sowjets eine Rechnung dafür präsentieren, daß die Amerikaner nach Fristablauf des Peshawar-Vertrages dort wieder abziehen müssen.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben: Pakistan verlangt als Preis nicht nur Waffen. Mit amerikanischer Hilfe wurde auch ein sehr wichtiges volkswirtschaftliches Projekt Wirklichkeit: ein „Wasservertrag" mit dem verfeindeten Indien und zwei riesige Dammbauten, die West-Pakistan Strom und Wasser für eine weite Zukunft sichern. Der Mangla-Damm ist mit 116 Meter höher und nur wenige Meter kürzer als der ägyptische Assuan-Damm! Freilich wird der Stausee in Pakistan nur 65 und nicht 500 Kilometer lang. Der Mangla-Damm ist erst die Hälfte des Bauvorhabens; ein kaum geringeres Unternehmen, der Tarbela-Damm, soll sich anschließen. Das ganze sog. Indus-Becken-Projekt wird weitgehend von den Amerikanern finanziert. Es tragen zwar auch noch Australien, England, Neuseeland, Kanada – und die Bundesrepublik dazu bei; aber davon wird kaum gesprochen.

Seit zwischen Rawalpindi (dorthin ist der pakistanische Regierungssitz von Karachi bereits zum Teil verlegt, später wird es das dort neugebaute „Islamabad" sein) und Peking ein antiindischer Flirt entstand, wurden die Amerikaner in Bezug auf die Rüstung der pakistanischen Armee noch mißtrauischer als sie es vordem schon waren; und da aus China moderne Waffen auch nicht zu beschaffen waren, richteten sich die Blicke Ajub Khans ungeniert nach Moskau. Dort ist man in ein gewisses Dilemma geraten: natürlich wünscht man die Amerikaner von ihrem Aussichtsplatz Peshawar zu vertreiben; was aber kann und wird alles passieren wenn Pakistans tatenlustige Armee stark genug wird, um den

Indern einen „heiligen Krieg" zu erklären – auch wenn die UNO ihn verbietet?!

Da es keine Waffen gibt, die sich nur in einer Richtung abfeuern lassen, hat das Thema „Pakistan" für die Sowjets einen dunklen Punkt. Auch gegen sie könnte hier eine Barriere entstehen. ...

Soviel zur größeren Szene, die sich hinter dem bunten Vordergrund von geruhsamen Esel- und Kameltreibern zwischen eiligeren wenn auch meist baufälligen Autos in den belebten Straßen der Hafenstadt Karachi den Besuchern darstellt.

*

Der Zeitverlust vor und in Chittagong macht sich im Reiseplan immer wieder bemerkbar: nur ein Tag bleibt mir für Karachi, das ist wenig. Um dieses West-Pakistan – in seiner auch hier recht bunten Völkergruppierung – einigermaßen zu erfassen, müßte ich die tausend Kilometer nordwärts reisen bis zu den Hängen des Hindukusch. Karachi ist nur ein Vorposten dieses seltsamen Staatswesens. Mit seinem Beschluß die Hauptstadt ins ferne Gebirge zu verlegen, bewies Ajub Khan, daß er nachdenkt. Dort – nicht hier – sind die Menschen zu Hause, die Pakistan zusammenhalten. Die Stadt Karachi war einst nur der bewaffnete Platz eines Emirs zum Schutz gegen Seeräuber – an eigene Schiffahrt wurde nicht ernstlich gedacht. Erst als die Engländer sich im Jahre 1838 des Forts bemächtigten, kam die Bedeutung des natürlichen Seehafens zur Geltung und Wirkung – heute ist die Stadt zu fast zwei Millionen Einwohnern aufgedunsen, Tradition ist hier klein geschrieben.

Das Taxi führt mich zu einer ersten Verabredung ins Geschäftsviertel, wo die Banken ihre paar Hochhäuser haben, ohne einen der Größe der Stadt entsprechenden Eindruck zu erwecken. Ich werde erwartet und eingeladen, den Chef des Hauses in einigen Stunden zum Essen zu treffen. Dann wieder ins Taxi – hinaus in die Villen-Gegend, wo die europäischen Kaufleute und die Diplomaten wohnen, diese letzteren schon fast auf ihren Koffern, denn der befohlene Umzug nach Rawalpindi steht bevor.

Man hat dennoch Zeit in Karachi und es ergeben sich mehrere gemütliche Gespräche, aus denen sich manches Streiflicht zu notieren lohnt.

Natürlich beginnt jede Erörterung über Pakistan mit Hinweisen auf das wahrlich groteske Phänomen der beiden durch tausend Kilometer Indien voneinander getrennten Landesteile. Daß es im 20. Jahrhundert noch dieses gibt: einen Staat, der durch nichts anderes seine Legitimation erhält und zusammengehalten wird als durch „das Wort des Propheten"! Ein Deutscher, der schon lange hier lebt, sagt es in knappen Worten: „Die Menschen drüben in Ost-Pakistan fühlen sich in erster Linie als Bengali, dann kommt lange nichts, dann sind sie Mohammedaner und erst in dritter Linie bezeichnen sie sich als Pakistani – das aber ärgerlich und kritisch; sie müssen sich wie in einer Kolonie fühlen".

In der Tat sind die West-Pakistani - obwohl geringer an Zahl - denen drüben in vieler Hinsicht überlegen, nicht zuletzt im Bereich der wirtschaftlichen Aktivität.

Das von den Ost-Pakistani als beleidigend empfundene politisch-wirtschaftliche „Gefälle" verstärkte sich, als 1958 das Militärregime die Macht ergriff (durchaus unblutig und geradezu „legal": der amtierende Staatspräsident erklärte den Notstand und beauftragte den General Ajub Khan mit der „Durchführung" – zu ihr gehörte nach einiger Zeit auch die Absetzung des Präsidenten!).

Von allen anderen täglich brennenden Differenzen, auch der Sprach- und sogar Schriftverschiedenheit, ganz abgesehen – es verdrießt die Ost-Pakistani verständlicherweise, daß in Karachi – demnächst in Rawalpindi, später zehn Meilen nördlich davon in Islamabad – nicht nur über die Steuergelder des Gesamtstaates sondern auch über die Beträge verfügt wird, die aus dem Ausland hereinkommen; von diesem Tische wandern nur einige Brosamen die weite Strecke hinüber bis nach Dacca, in die Provinzhauptstadt Ost-Pakistans. Das ist freilich nicht nur „ungerecht" sondern auch begreiflich: hier im Westen leben die Tätigeren, hier „wird" etwas aus dem Geld – und wenn es die neue Regierungsstadt ist, zu der englische, griechische, dänische und italienische Architekten gemäßigt moderne Entwürfe beigesteuert haben. Das Palais des Präsidenten baut der US-Professor Louis Kahn.

Gegenwärtig riskiert Ajub Khan eine Lockerung seines Regimes – er hat mit einigen recht lebhaften Gegnern zu rechnen, die sich natürlich vor allem in Ost-Pakistan Anhänger zu verschaffen suchen. Aber man sagt mir: der Präsident habe sich in den Jahren des „Notstandes" genügend Popularität gesichert, um auch in Wahlen bestehen zu können – abgesehen davon, daß ein „Wahlmänner"-Wahlrecht vorgesehen wurde, das für „klare Mehrheiten" sorgt. Ein Journalist meint sogar, die Presse in Pakistan – es gibt nur eine handvoll Zeitungen, deren höchste Auflage bei etwa 70000 liegt – habe sich in den Jahren der absoluten Diktatur freier gefühlt als jetzt. Vorher habe es einige klare Vorschriften gegeben; jetzt müsse jeder Redakteur selbst darüber nachsinnen, was der Regierung politisch genehm sei und was nicht. Keine Zeitung könne es sich nämlich leisten, die Inserataufträge der Behörden zu verlieren! Einige innerpolitische Schwierigkeiten hat man mit den religiösen Führern des Landes gehabt, als das Militärregime die Einehe gesetzlich verankerte – der Koran gewährt dem Mann bekanntlich vier Ehefrauen. Aber auch an dieser Klippe sind die Militärs bisher nicht gescheitert.

Die unverhüllten militärischen Hoffnungen der Regierung – die Waffensuche als Hauptanliegen der Außenpolitik – haben die allgemeine Zufriedenheit keineswegs beeinträchtigt. Es handelt sich um ein Land, in dem mir ein Kenner unverblümt sagt: „Auch der einfache Mann schreckt vor dem Gedanken eines Krieges gegen Indien keineswegs zurück".

Als sich ein amerikanischer Senator gegen eine weitere Finanzhilfe an Pakistan ausgesprochen hatte, weil sie sich militärisch auswirke, antwortete ihm die englischsprachige Morgenzeitung in Karachi ganz unverblümt:

„Wir können nicht teilnahmslos bleiben am Schicksal der Kashmiri; sie sind Blut von unserem Blut, Fleisch von unserem Fleische; das mögen für den Senator nebensächliche Erwägungen sein. Wir aber verwerfen seine Forderungen ebenso wie er unsere Ansprüche!"

In Karachi sagt und schreibt man deutlich, was Herz und Hirn bewegt.

*

Schließlich zurück in die Stadt zum verabredeten Treffen mit dem Bankier; auch hier eine erfrischende Überraschung – ein alter Herr mit gepflegten Manieren und tadellosem Englisch, aber keiner von den Geldleuten, die nur in Währungen und Aktienkursen denken. Er kam nicht durch Finanzgeschäfte zur Politik, sondern umgekehrt durch seine politische Vergangenheit zu seiner heutigen Stellung, die er als Ruheposten betrachtet. D[illegible] zum Greisenalter hat er erreicht, aber sein Geist blieb jugendlich.

Die paar Schritte zum Restaurant, in dem sein Tisch freigehalten ist und wir mit tiefen Verbeugungen erwartet werden, gehen wir zu Fuß – und schon sprudelt es aus ihm heraus: „Daß wir keine Inder sind, das merken Sie schon an der Hautfarbe. Wir gehören zum mittleren Osten".

Unter „wir" meint er nicht nur sich selbst, sondern die paar Dutzend Familien, die die Spitzenschicht Pakistans bilden.

Das drückt er freilich nicht so präzise aus; mit leidenschaftlicher Wärme verficht er eine „islamische Staatsidee". Der Koran sage, daß alle, die an Allah glauben, ein „Volk" seien. Dieser Grundgedanke habe für Pakistan Pate gestanden, habe sich bewährt und werde sich weiter bewähren. „Wir haben das Experiment gewagt; es ist nun schon fast zwei Jahrzehnte lang gut gegangen und jetzt hoffen wir, daß es noch Jahrhunderte so bleiben wird"

Der historische Umstand, daß die Mogul-Herrschaft einst – wie es auch das Wort ausdrückt – mongolischen Ursprungs war und Indien erst durch sie islamisiert wurde, verleitet ihn zu kühnen Perspektiven. Ihm ist die „partition" von 1947 vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil sie die Pakistani hindert, ganz Indien zu beherrschen: „So, wie man ein Reich beherrscht: Verkehrswege, einheitliche Besteuerung, realistische Wirtschaftslenkung". Es sei nicht ausgeschlossen, daß es dennoch einmal zu einer pakistanisch-islamisch ausgerichteten Ordnung Indiens kommen werde; das könnte ein gut funktionierender Staat werden, Widerstand sei nur von den oberen Hindu-Kasten zu erwarten usw.

Während uns wohlzubereiteter Fisch serviert wird, zu dem er als Moslem Wasser trinkt, erfahre ich Einiges aus dem bewegten Leben des Siebzigjährigen. In rebus politicis spricht er nicht wie ein Blinder von der Farbe; in den entscheidenden Jahren des Zu-

sammenbruchs der britischen Herrschaft hat er aktiv gewirkt; vordem war er – wie es sich im indischen Bereich für ernstzunehmende Persönlichkeiten geradezu gehörte, von den Engländern jahrelang inhaftiert gewesen und nicht zuletzt deshalb später von ihnen als Verhandlungspartner anerkannt worden.

Mit Gandhi war er persönlich befreundet, hat für ihn „den größten Respekt" bewahrt, preist seinen „Sinn für Fairness", seine „Achtung vor der Wahrheit".

Noch über eine ganz andere geschichtliche Persönlichkeit erfahre ich eine neue Deutung – auch E.T.A. Lawrence, der berühmte „Lawrence of Arabia", war einst ein guter Bekannter des alten Herrn. Nicht in den Jahren des Ersten Weltkrieges, als Lawrence die arabischen Stämme gegen die mit Deutschland verbündete Türkei mobilisierte – erst in den 20er Jahren, als Lawrence, durch die Palästina-Politik der britischen Regierung verbittert, England verlassen hatte, um als einfacher Soldat in die britisch-indische Armee einzutreten und zwar hier in Karachi! Die beiden lernten sich in einem Buchladen kennen, kamen ins Gespräch und standen dann bis Lawrence's Unfalltod in Verbindung.

Dieser merkwürdige Engländer war – seltsame Wendung unseres Gespräches – ganz im Gegensatz zu den Thesen des Koran der Ansicht, daß „Rassenzugehörigkeit stärker als die religiöse Bindung ist". Diese Vorstellung hat den geistreichen jungen Briten beherrscht, als er daran ging, die arabischen Völker gegen das Ottomanische Reich aufzuwiegeln – was ihm dann ja auch gelungen ist. An diesem Punkt unseres Gesprächs stutzt mein Gastgeber etwas vor der Tragweite dessen, was er gerade selbst mitgeteilt hat. Etwas nachdenklich fügt er den Satz hinzu: „Ja, es ist nicht zu bestreiten; Lawrence war es, der damals die von der Türkei repräsentierte politische Einheit der Muslims zerbrochen hat."

„Und die Sie von Pakistan aus neu aufzubauen hoffen" – antworte ich, aber sein Kopfschütteln belehrt mich, daß diese Perspektive ihn nicht ernstlich beschäftigt. Es ist die Herrschaft über den indischen Subkontinent, die hier in West-Pakistan interessiert – nicht mehr und nicht weniger.

Alles Wesentliche ist nun eigentlich gesagt, aber ich suche noch nach Stichworten, um einige weitere Pointen notieren zu können.

Die Frage, ob denn West-Pakistan militärisch stark genug sein könne, um sich Indien gegenüber durchzusetzen, wird mir fast zynisch beantwortet: „Ohne jeden Zweifel; die Inder mögen Millionen Soldaten haben, aber sie haben keine Armee. Als die Chinesen am 20. Oktober 1962 im Himalaja angriffen, hat die indische Armee nicht einen Tag lang standgehalten; sie sind zwanzig Tage lang nur zurück marschiert bis der Krieg zu Ende war".

Zur indischen Industrieplanung: „Die Regierung in Delhi kommt mir vor wie ein Mann, der sich einen Frack anzieht und einen weißen Schlips umbindet, aber keine Hose besitzt".

Nicht viel besser kommen die Amerikaner weg: „Ich kenne viele von ihnen – aber keinen einzigen, von dem ich den Eindruck habe, daß er älter als zwölf Jahre ist. ... Wenn ein Kind sich so benimmt wie die das tun, dann bin ich ihm nicht böse – aber ich denke doch nicht daran, ihm meine Geschäfte anzuvertrauen".

Über die Russen urteilt er ernster: „Die hoffen darauf, Indien einmal so zu regieren wie sie es heute mit Polen, Ungarn und den Tschechen tun ...".

*

Wie groß die Macht derer ist, die dieses Pakistan mit ungenierter Zukunftsphantasie beherrschen, daß sie aber auch ihre Grenzen hat, illustriert am nächsten Morgen die Fahrt zum Flugplatz: kein Vergleich zum Kalkutta-Erlebnis, keine „Slums" wie sie jenseits der „Waffenstillstandslinie" die Städte umgeben, keine Pappkarton- und Kanistersiedlungen, zu denen Tausende vom Lande kommen, um der Arbeit zu entgehen, ohne das leisten zu können und zu wollen, was die Stadt fordert. ...

In Karachi scheint es das alles nicht zu geben – merkwürdig aufgeräumt sieht es aus in den Außenbezirken. Aber einige hundert Wellblechbuden – von der Regierung hingestellt und mit den bisherigen Slumbewohnern belegt – zeigen an, daß das Problem als solches doch auch hier in West-Pakistan besteht, ganz zu schweigen von „drüben" im fernen Ost-Pakistan, wo nicht nur die meisten Pakistani leben, sondern auch sich stärker vermehren, als die West-Pakistani.

Ajub Khan hat sich freilich vom Koran, der die wahllose Fruchtbarkeit begünstigt, bereits weit genug entfernt, um mit nachdrücklichen Reden die „Familienplanung“ als Aufgabe eines staatlichen „Gesundheitsprogramms“ zu propagieren. Als vorausschauender Mann weiß er dabei zu unterscheiden: er will nur die Zahl *der* Geburten beschränken, die ein Anfang vom Elend bedeuten – unterernährte Mütter, Frauen von Arbeitslosen sollen keine weiteren Kinder mehr bekommen. Ja, er spricht mit der hier landesüblichen Offenheit aus, worauf es ihm ankommt: „Wir können unsere Intelligenz nutzen, um die *Struktur* und *Qualität* unserer künftigen Gesellschaft zu *verbessern*“. So deutet er das Schlagwort von der Geburtenbeschränkung, er schickte staatliche Sozialhelferinnen „auf die Dörfer“, um dieses „Programm“ durchzusetzen; es ist offenkundig, daß diese Planung vor allem die Ost-Pakistani und die quellenden Massen der Ebenen betrifft. Nicht die stolzen Söhne der Berge. ...

Die Stadt der Parsen

Von Karachi nach Bombay – 900 Kilometer Flug: fast die Entfernung von Berlin nach Rom.

Zuerst das Indus-Delta mit seinen tausend weitverzweigten Rinnsalen, die in der Vormittagssonne grün-blau heraufglitzern, bald wieder ausgetrocknetes Land, Flußläufe ohne Wasser, schließlich doch einige Reisfeldkonturen, Küsten, Meer, schließlich ein großartiger Abschluß. Wir schwingen über die im Mittagssonnenglast daliegende Bombay-Bucht mit ihrer Häusermasse, Berge im Hintergrund, ein Gewirr von Schiffen auf der weiten Fläche, die durch die berühmte Insel Elephanta vom Meer abgeschirmt ist.

Viel früher als Karachi ist die Hafenstadt Bombay vom weißen Mann angesteuert und entwickelt worden. Bom Bahia – das portugiesische Wort für „Schöne Bucht“ – gab diesen Inseln den Namen. Denn es sind Inseln: sieben an der Zahl, die im Laufe der Jahrhunderte durch die wuchernde Stadt zusammengefügt und durch Brücken mit dem Festland verbunden wurden.

Nicht nur darin drückt sich die „europäische" Geschichte Bombays aus – schon im Jahre 1534 haben die Portugiesen hier gesiedelt und bereits 1626 – als die Deutschen ihren Dreißigjährigen Krieg führten – wurden sie von Engländern und Holländern überfallen und ihre Häuser niedergebrannt, dann aber wurde der Hafen doch erst 1661 – als „Morgengabe"* – britischer Besitz. Kein Wunder, daß Bombay in den drei Jahrhunderten die „englischste" Stadt Indiens wurde, heute noch die wirtschaftlich bedeutendste. Daß sie das blieb, dazu hat schon der erste britische Gouverneur dadurch beigetragen, daß er in kluger Voraussicht die *Parsen* – eine aus Persien eingewanderte Sekte, Anhänger der Zarathustralehre – zur Ansiedlung in Bombay veranlaßte. Diese tüchtige Menschengruppe bildet seither ein Rückgrat dieser Stadt, die schon um 1800 an die 50000 Einwohner zählte und heute auf über drei Millionen angewachsen ist.

*

Die üblichen Schwierigkeiten mit dem Hotel: Wieder war die Reservierung nicht beachtet worden. Nachdem alles geregelt ist und das Zimmer in einem der paar Häuser, die für weiße Besucher in Betracht kommen, bezogen werden konnte, bleibt nur noch Zeit für eine rasche Rundfahrt durch die großzügig angelegten Straßen.

Nach dem heißen Tag strebe ich zum Beach-Candy-Swimming-Bath, das vor einiger Zeit bis nach Europa Zeitungsschlagzeilen gemacht hat: hier gäbe es erschreckenderweise noch eine „Colour-Bar", eine „Farbigen-Schranke". Plakate „Down with Kala-Bar" – so geschrieben – waren schon an Bretterzäunen in der Flughafengegend zu sehen gewesen. Ja, es ist richtig: ein modernes Schwimmbad mit nur weißen Besuchern. Dazwischen die üblichen Diener; aber auf den Rasenflächen tummeln sich nur Weiße, das Kindergeschrei klingt geradezu deutsch. „Peter", „Klaus", „Sibylle" tönt es von den Wiesen und aus den Becken. Man hat zwar demonstriert gegen die „Colour-Bar", aber in der Praxis besteht sie noch weiter. Es handelt sich freilich nicht um Diffamierung,

---

* Vgl. Seite 95.

sondern einfach darum, daß die Hindus in knapp einem Kilometer Entfernung am gleichen Strand ebenfalls ein Bad besitzen und es bevorzugen. Dort gibt es freilich wirklich eine „Schranke“, aber niemand regt sich darüber auf: jeglichen Nicht-Hindus ist der Besuch dieser Badeanstalt aus rituellen Gründen absolut verboten. Warum auch nicht?

Auf der Rückfahrt von dieser Erfrischung noch ein Abstecher zu den Höhen jenseits der Bucht, den „Malabar Hills“. Kühn zieht die Straße hinauf; am Gipfelpunkt der Hügel liegen versteckt hinter einer großen Mauer in einem riesigen abgesperrten Gelände die berühmten fünf „Türme des Schweigens“, auf denen die Parsen ihre Toten aussetzen. Hoch in den Höhen kreisen schwarze Geier und zeigen an, wo dieser seltsame Kult sich vollzieht. Es heißt, daß das Vernichtungswerk jeweils in wenigen Minuten geschieht....

Diesseits der Mauer weitet sich der Blick von den „hängenden Gärten“ hinunter auf das moderne Bombay; im beginnenden Lichterglanz des Abends zeigt sich die Prachtstraße an der inneren Bucht, der „Marine Drive“, wie eine geschwungene Perlenkette.

Zurück ins Hotel – dort erweist es sich als schwierig, ein Glas Bier zu genießen. Überall in Indien gibt es Alkoholbeschränkungen, aber hier in Bombay wird das durchgreifend und demonstrativ gehandhabt. Der durstige Hotelgast sieht sich in einen engen Sonderraum verwiesen, an dessen Tür ein Polizeibeamter die Ausweispapiere prüft. Auf Antrag wird schließlich ein Glas des Gebräus bewilligt. Die Szene hat natürlich – so erfahre ich von Freunden – einen politischen Hintergrund: interessiert am Alkoholkonsum seien in Bombay nicht nur die weißen Reisenden und Geschäftsleute sondern auch wieder die Parsen, die den Handel der Stadt beherrschen. Aber Bombay wird natürlich demokratisch regiert. Und da die Hindus weitaus die meisten Wähler stellen, war die radikale „Trockenlegung“ Bombays für die regierende Kongreßpartei eine gute Gelegenheit, die „Überlegenheit der Zahl“ zur Geltung zu bringen. Die Weißen dursten, die Parsen knirschen mit den Zähnen, für zahlreiche Beamte gibt es bequeme Pöstchen und der Schwarzhandel blüht.

*

Bombay ist die Stadt, in der die indische Wirtschaftspolitik zwar nicht amtlich entschieden, aber am gründlichsten kritisiert und durchdacht wird.

Große – natürlich englischsprachige – Zeitschriften erscheinen hier; einer ihrer Chefredakteure erwartet meinen Besuch. Sein Englisch verrät ebenso die Londoner Schule wie seine Ansichten. Erst kürzlich war er wieder zu einem Informationsbesuch in Delhi und ist empört zurückgekommen. Dort sind „Linke" am Werk, die nach seiner Ansicht das Verrückteste betreiben, was ein Staat in der Lage Indiens jetzt tun kann: sie fordern leidenschaftlich eine „Verstaatlichung der Banken", was natürlich die wenigen privaten Geldgeber in Europa und Amerika, die bereit sind, ihr Kapital in das Abenteuer eines indischen Unternehmens zu stecken, nicht ermutigen kann. Wie die indische Landschaft Wasser braucht, so benötigt die indische Industrie Geld und nochmals Geld.

Mit der behaglichen Ironie, mit der gebildete Brahamen über das, was andere tun, zu urteilen bereit sind, berichtet der publizistische Kollege von einem bei Delhi errichteten Kraftwerk. Als es fertig war, fehlte jemand, der sich in der Lage fühlte, die Anlage nun auch in Betrieb zu setzen. Auf dem Luftwege mußten aus Japan Ingenieure herangeschafft werden, denn die eigenen waren nicht fähig gewesen, sich in den Jahren der Bauzeit mit den Werkseinrichtungen genügend vertraut zu machen!

Dennoch ist nach seiner Ansicht Industrialisierung für Indien das Richtige – vor allem deshalb, weil es unendlich einfacher ist, ein Netz von Fabrikationsstätten aufzubauen, als etwa die Landwirtschaft zu mobilisieren. Für die Industrie müßten etwa 200000 Inder ausgebildet und eingesetzt werden – wohingegen die „vierhundert Millionen Bauern" ein „Riesenproblem" darstellen. Industrialisierung müsse schon einfach deshalb betrieben werden, um die „Bevölkerung in die Städte zu ziehen". Die Erinnerung an Kalkutta drängt sich mir auf!

Nüchtern erörtert er, was die Landwirtschaft braucht: Bewässerung und Kunstdünger. Daß auch zu diesen Hilfsmitteln planende und denkende Menschen gehören, das erwägt er kaum; aber es gibt auch nur wenige europäische Wirtschaftsredakteure der Gegen-

wart, die in dieser profunden Frage die Trennlinie zwischen dem „Möglichen“ und dem „Unmöglichen“ erkennen.

So erfahre ich den selbstsicheren Ausblick: etwa bis 1975 sei Indien noch auf Einfuhr von Lebensmitteln und Industrieprodukten angewiesen. Dann aber nicht mehr. Anschließend werde es etwa zwei Jahrzehnte lang eine einigermaßen ausgewogene Wirtschaftsentwicklung in Indien geben. Für die Zeit nach 1995 sei freilich der Beginn einer neuen Krise infolge des bis dahin errechneten Bevölkerungszuwachses vorherzusehen. Jahr für Jahr seien nämlich für etwa 10 Millionen zusätzliche Inder Lebensmittel und neue Arbeitsplätze zu beschaffen. Das müßte freilich auch dann schon problematisch sein wenn diese 10 Millionen „industriefähig“d. h.nach Begabung und Neigung für organisierte Produktion brauchbar wären.

Der ganzen Rechnung liegt der übliche Fehler derer zugrunde, die die „London School of Economics“ oder ein ähnlich „liberales“ Bildungsinstitut besucht haben: sie gehen davon aus, daß alle Menschentypen – also auch die im indischen Raum lebenden – in ihren Erbanlagen etwa gleich ausgestattet seien, daß sie also nur anders als bisher „manipuliert“ werden müßten.

Es wird noch eine Weile dauern bis solche Ansichten als Utopien und die daraus abgeleiteten Erwartungen als trügerisch erkannt sind. Das offenkundig einzige, was Indien über die Zeiten retten kann, ist ernstlich durchgesetztes Wirken für verstärkten Ertrag der jahrtausendelang gedankenlos ausgebeuteten und ausgelaugten riesigen Bodenflächen.

*

Mittags zu Gast bei einem jungen indischen Ehepaar. Es gibt den üblichen Reis mit Curry-Sauce, feine kleine Fische dazu – für den europäischen Gaumen allerdings um zahlreiche Grade zu scharf gewürzt, was den Gastgebern ein zufriedenes Lächeln abnötigt: nach ihrem Geschmack ist die Mahlzeit wohlgeraten.

Das Gespräch berührt vielerlei Themen, ohne bei einem in die Tiefe zu führen. Die gewohnte Klage über die englische Teilungspolitik: die historisch-politische Beschwerde ist gewiß berechtigt, insoweit es sich um die Ausnützung und wohlbedachte Verschär-

fung des Konfliktes zwischen Muslims und Hindus gehandelt hat. Alle sonstigen Gegensätze des indischen Bereichs sind freilich so kraß und stark verankert, daß die britischen Vizekönige, Gouverneure und Berater nicht viel hinzu tun mußten und nur wenig hätten aus dem Weg räumen können. Gewiß neigten die Engländer noch im letzten Stadium ihrer Herrschaft dazu, die indischen „Fürstenstaaten“ als politische Einheiten zu erhalten und man kann es als eine ernst zu nehmende Leistung des selbständigen Indiens der Jahre 1947 und 1948 bewerten, daß in diesem Punkt reiner Tisch gemacht wurde. Ausnahmslos mußten die Maharadschas auf ihre Regierungsfunktion verzichten, es blieben ihnen nur Ehrentitel und Apanagen. Beides abzuschaffen ist gegenwärtig ein Diskussionspunkt der indischen Innenpolitik.

Im lockeren Tischgespräch fehlt nicht das – nicht nur in Indien – unerschöpfliche Thema der „Korruption“. In dieser Weltgegend bietet nicht einmal eine Machtübernahme durch das Militär einen Schutz gegen private Bereicherung derer, die „an der Quelle sitzen“. Sowohl die Geschichte der chinesischen Kuomintang – nachdem sie im Jahre 1911 das Kaiserreich abgelöst hatte – wie die neueren Verhältnisse in Vietnam seien Beispiele dafür, daß auch Generale bestechlich werden, sobald politische Entscheidungen von ihnen abhängen.

Nach erzählerischen Einleitungen dieser Art werde ich eingeladen, mich als Teilhaber an einem etwas komplizierten, jedoch als gewinnträchtig dargestellten Geschäft zu beteiligen, das die devisenfreie Einfuhr älterer Maschinen aus der Bundesrepublik zum Gegenstand haben soll. Leider muß ich auf die Chance verzichten und verabschiede mich mit gebotener Dankesbezeigung für die anregende Stunde von meinen Gastgebern.

Aufschlußreicher verläuft das nächste – in einem Restaurant europäischen Stils verabredete – Treffen: ein eleganter noch junger Herr erwartet mich zu einem von gemeinsamen Bekannten vermittelten Gespräch; schon sein äußeres Erscheinungsbild, eine hohe Erscheinung mit kühner Stirn, weist ihn als bemerkenswert aus. Als Parse berichtet er lebhaft von dieser merkwürdigen Menschengruppe, die seit Jahrhunderten für Bombay so viel bedeutet. Auch er wird eines Tages steif oben auf einem Turm des

Schweigens liegen, während seine trauernden Angehörigen unter Bäumen sitzen und aus der Ferne den Sturzflug der Totenvögel beobachten.

Die „Parsen“ – so nach ihrem Herkunftsland Persien benannt – sind im 8. Jahrhundert, also vor zwölf Jahrhunderten in den indischen Raum eingewandert. Mit etwa 130000 Anhängern des „Parsismus“ sind sie die kleinste Religionsgemeinschaft der Welt. „Wir haben über tausend Jahre unsere Zahl bewahrt; bei uns wird das Wort vom Kinder*segen* wörtlich aufgefaßt“.

In Wirklichkeit sind die Parsen eine *Volks*gruppe und haben sich als solche erhalten; ein Parse heiratet *nur* eine Parsin und umgekehrt. Außerdem haben sie stets darauf verzichtet, für ihre religiösen Vorstellungen zu werben, Proselyten zu machen. Auch heute noch kann man in dem Parsismus nicht „eintreten“, man wird hineingeboren. Die wenigen, die durch eine fremde Eheschließung ausscheiden, sind bei ihren Religions- und Volksgenossen geächtet.

Daß die Parsen – von den englischen Gouverneuren begünstigt – sich schon vor Jahrhunderten in Bombay sammelten und zur Entwicklung dieser armen Stadt entscheidend beitrugen, wußte ich bereits – nicht jedoch, daß sie auch in Technik und Industrie mit den Engländern Schritt zu halten vermochten. „Das Flaggschiff, von dem aus Nelson die Schlacht von Trafalgar schlug, war von einer parsischen Schiffswerft in Bombay gebaut worden“.

Und später wurde der einzige bedeutende nichteuropäische Industriekonzern in Indien von der Parsenfamilie Dada aufgebaut!

So „kapitalistisch“ sie als die einflußreichsten Wirtschaftsführer nicht nur Bombays gelten dürfen, so „sozialistisch“ verhalten sie sich untereinander.

Nach dem Grundsatz ihrer religiösen Überzeugung: „Gut denken, gut handeln“ sind die Stiftungen der reichen Parsen geradezu überdimensional; sie sichern jedem Parsen Hilfe im Unglück und einen sorgenfreien Lebensabend – abgesehen von vielen Einrichtungen, die der Allgemeinheit zugute kommen und damit das Ansehen der ganzen parsischen „Community“ erhöhen.

„Die größten Häuser, die Sie in dieser Stadt sehen, gehören uns Parsen; der Malabar-Hügel ist fast ganz parsischer Besitz.

Aber auch nahezu alle Hospitäler Bombays sind von unseren Leuten gestiftet, sogar die große Brücke, über die Sie vom Flughafen her gefahren sind, das Krebs-Institut von Puna usw. ... Wir stehen an der Spitze des Wirtschaftslebens; für Politik interessieren wir uns allerdings nicht, dafür sind wir zu wenig Menschen."

So ganz entspricht diese Bemerkung freilich nicht den Tatsachen: zu den stolzen Aufzählungen, die mir zuteil werden, gehört auch der Hinweis, daß bei der Gründung des „Indischen Nationalkongresses" vor hundert Jahren ein Parse – Dadabhai Naoroji – Pate gestanden habe und daß auch der erste Inder, der Mitglied des britischen Parlaments (des Oberhauses) wurde, ebenfalls ein Parse gewesen sei. Im heutigen Indien habe Nehru einen parsischen Freund zur Ministerschaft aufgefordert – der jedoch habe abgelehnt, offenbar auf Veranlassung seiner klugen und vorsichtigen Volksgenossen.

Wie bei den Juden und bei den Kopten in Ägypten: eine überaus bemerkenswerte Volksprägung und Volkserhaltung durch religiöse Separation, offenbar auch ein Vorgang von hohem biologischen Interesse: eine mehr als tausendjährige örtlich fixierte Inzucht sehr präziser, nützlicher Erbanlagen.

*

Ein deutsches Ehepaar erwartet mich zu einer abendlichen Fahrt durch weniger repräsentative, aber dennoch interessante Stadtteile, in denen sich das übliche Indien mit der internationalen Hafenstadt trifft. Es ist beruhigend, im Wagen zu sitzen und nicht durch die abenteuerlich engen Straßen, durch die dichten Menschenmenge aus aller Herren Länder drängen zu müssen. Tausende von Kleinhändlern bieten auf den Straßen und oben auf den Balkonen ihre Waren an; mit den Familien hausen sie inmitten ihres Krims-Krams; von vielleicht hundert Mark Gewinn im Monat fristen sie ihr Dasein.

„Bombay bei Nacht" – mehrere Gassen sind durch rote Lämpchen aus jedem Fenster gekennzeichnet – die Hausgänge führen zu schmutzstarrenden wackligen Treppen. Die Frage nach der

Kundschaft dieser abstoßenden Lokale wird mir beantwortet: „Hierher gehen die Kuli". Die Seeleute haben vornehmere Straßen.

Orient wie im Bilderbuch – freilich trotz aller Fremde, aller Billigkeit, allen Ekels keine Elendsbilder wie sie seit Kalkutta im Gedächtnis haften.

Abends noch ein Blick in die Zeitungen: da gibt es eine recht aktive Gruppe von Jugendlichen in Bombay – sie nennen sich „Shiva Sena", wörtlich „Die Armee des Shivaji", eines historischen Heros von Maharastra (das ist der Name des Staates, in dem Bombay heute die Rolle der Hauptstadt einnimmt). Das Anliegen der Shiva Sena ist es, dem Eindringen von Südindern in den Bombay-Bereich entgegenzuwirken und diejenigen, die sich bereits allzu sehr „breitmachen" zur Rückwanderung nach dem Süden zu veranlassen. „Maharastra den Maharastranen" ist die Parole; die „Armee des Shivaji" wird auch handgreiflich und hält Versammlungen ab, in denen den Südindern leidenschaftlich der Marsch geblasen wird. Ähnliches hat sich auch in Kalkutta zugetragen. Hier in Bombay steht mehr populäre Kraft dahinter; der Zulauf zu den Shiva Sena ist beträchtlich, und die liberalen Blätter befürchten für die Zukunft eine noch gewalttätigere Verfolgung von Südindern. Vielleicht genügen aber schon die bisherigen Zwischenfälle und das Aufsehen, das sie erregen, um den Leuten in Kerala, Bangalore und Madras die Lust an einer weiteren „Maharastra-Infiltration" zu versalzen.

Die Erwartung der Brahmanen

Bei der Flugplatzreservierung hat sich diesmal keine Schwierigkeit ergeben und es erweist sich auch noch als möglich, vor dem Sprung nach Singapore Zwischenaufenthalte in Bangalore und Madras einzufügen.

Vor dem Abflug noch ein freier Vormittag, der zum Besuch der Insel Elephanta ausreicht – eine Stunde Bootsfahrt und drüben die seltsamen Höhlentempel der Hindu-Wallfahrtsstätte, deren

gewaltige Skulpturen dort zwischen dem 6. und 8. Jahrhundert auf Geheiß mächtiger Fürsten in die Felswände geschlagen wurden.

Obwohl diese riesigen steineren Gestalten erst an die 1200 Jahre alt sind, weiß man nichts Genaues über ihr Entstehen. Die Mogulherrschaft hat die historische Erinnerung an das, was früher in Indien war, verwischt; viele Hindutempel wurden zerstört – dieser aber hat die Zeiten überlebt und so blicken nun zahlreiche Götterfiguren der brahmanischen Mythologie in bizarren Formen und Verkleidungen aus tiefen Felsenhallen auf die staunenden Touristengruppen herunter, die keine innere Beziehung zu dieser barocken Vielfalt finden können.

Niemand kennt die Künstler dieser Werke, niemand weiß, warum sie auf dieser meilenweit vor der Küste gelegenen Insel in solcher Pracht und Ausdehnung geschaffen wurden. Mächtiger Herrscherwille, über den seither die Geschichte hinweggegangen ist, hat hier gewirkt. Die steinernen Monumente sind stumm und bleiben rätselhaft.

Zurück fahren wir durch die weite Hafenbucht auf die Silhouette Bombays zu, landen am „Gateway of India“, einer hohen Halle, die im Jahre 1911 zunächst in Gips errichtet wurde, um König Georg V. und seine Queen Mary bei der Ankunft aus Europa gebührend zu empfangen. Erst später wurde der Bau – eine Nachahmung der Mogul-Architektur – zur Erinnerung an jenes glanzvolle Ereignis in fester Form erneuert.

Für Staatsbesuche wird die Halle heute nicht mehr benötigt, sie liegt verlassen da; nur die amerikanischen Reisegesellschaften bewundern sie noch.

*

Der Flug nach Bangalore – nochmals fast 900 Kilometer in südöstlicher Richtung – zeigt erneut das Lebensproblem dieses Riesenlandes: die Trockenheit. Nur wenige Wochen während der Monsun-Regenfälle grünt es auf den weiten Flächen, die jetzt ausgedörrt tief unten vorbeiziehen, nur gelegentlich ein Rinnsal in breiten Flußtälern, die dann einige Felder erkennen lassen.

Das ist die Tragik eines immer wieder eroberten und gedankenlos ausgebeuteten Landes: einst war das Dekkan-Plateau, über das wir fliegen, von Urzeitmenschen dicht besiedelt und noch vor tausend Jahren soll ganz Südindien bewaldet gewesen sein; jetzt sind nur noch gelegentlich vereinzelte Baumgruppen zu erkennen. Alles andere wurde schon vor Jahrhunderten abgeholzt; wie in einer Wüste ziehen sich kahle Hügelketten von Horizont zu Horizont. Die Wassermassen des Monsun halten sich nicht, sie rauschen eilig wieder ins Meer, es findet kein Wechsel der Boden- und Luftfeuchtigkeit mehr statt wie dort, wo der Mensch nicht Raubbau betrieben, sondern die wilde Frühlandschaft in eine grünende Kulturlandschaft verwandelt hat. Die britische Herrschaft hat Südindiens zerstörten Boden nicht weiter ruiniert, aber an eine Pflege oder gar an Neubeginn wurde nicht gedacht.

Als eine der wenigen „grünen Flächen" in diesem Lande ist mir die Hochebene von Bangalore bezeichnet worden, der Hauptstadt des einstigen Fürstentums Mysore; aber erst als die Maschine zur Landung ansetzt, verwandelt sich das stundenlange trostlose Bild der Versteppung in die freundlichere Szene einer zwar immer noch recht kahlen und sonnverbrannten, aber doch wenigstens belebten Landschaft mit gelegentlichen Wasserstellen, Gebüschen, Feldern, Wiesen und Dörfern.

Die Stadt selbst weist sich mit großen Parks, breiten Straßen und einem weitläufigen Palast im Stile des 19. Jahrhunderts als Residenz eines der reichsten Maharadschas aus, der sich seine Architekten aus England verschrieben hatte. Im Jahre 1947 wurde er als „Gouverneur" der Indischen Union übernommen – und auch heute noch gilt der Maharadscha als der Mittelpunkt dieses Landes.

Das Hotel ist ganz englisch: altmodisch, umständlich, aber durchaus vornehm, statt einer Klimaanlage große Propeller in den Zimmern. Die Diener mit turbanartiger Kopfbedeckung und gelber Schärpe, langen weißen Hosen – aus denen braune Füße vorschauen. Barfuß eilen sie lautlos über den ausgedörrten Rasen, auf dem in der lauen Nacht die Tische gedeckt sind.

In Bangalore betreibt die indische Regierung Flugzeugwerke. Nachdem es Schwierigkeiten gab, Düsenkampfflugzeuge von England oder Amerika geliefert zu erhalten, beschloß man in

Delhi, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Aus Argentinien, wohin er sich – um den deutschen Internierungslagern der Nachkriegszeit zu entgehen – zurückgezogen hatte, wurde ein bekannter deutscher Flugzeugkonstrukteur mit seinen Mitarbeitern hierher verpflichtet. Er unternimmt sein Bestes, um dem Unternehmen zum Erfolg zu verhelfen.

Die Mittagsstunde in seinem gepflegten Haus – im Stile altrömischer Villen um ein Atrium gebaut, darin ein hoher Baum, der zu Weihnachten als Christbaum und Heimaterinnerung dient – ist eine Erholung besonderer Art: mitten in Indien ein deutscher Familienkreis und überdies ein optimistisches Reise-Intermezzo: der Professor glaubt und hofft ernstlich, daß das Werk gelingt und Indien – was die Luftwaffe betrifft – aus eigener Kraft verteidigungsbereit wird. Persönlich fühlt er sich wohl: „Ich bin hier leistungsfähiger, als ich es in Deutschland war; man kommt hier mehr zum Denken."

Nur in Randanekdoten verdeutlichen sich Wirklichkeiten, die mit meinen anders gearteten bisherigen Indieneindrücken übereinstimmen.

Obwohl er es hier in diesem Staatsbetrieb höchster Rangstufe nur mit qualifizierten indischen Mitarbeitern – wirklich mit einer „Elite" aus dem ganzen Riesenland – zu tun bekommt, findet der Professor es schwierig, ihre Denkweise zu begreifen. „Oft hat man das Gefühl, sich in einem Dschungel der Magik zu bewegen. Wenn ich einem indischen Ingenieur die Frage stelle: ‚Glauben Sie an Dämonen?', dann antwortet er mir sofort: ‚Ja, natürlich' – als ob das selbstverständlich wäre. Und wenn der oder jener Erwachsene etwas moderner denkt – über die Frauen geht der Geisterglaube doch wieder an die Kinder weiter."

In der Praxis wirkt sich das dahin aus, daß auch die Intelligentesten und Willigsten ihre Aufgabe nur solange meistern, als sie nach gelernten Formeln arbeiten können. „Wenn hinter den Formeln eigene Überlegungen nötig sind – dann wird es schwierig. Bei der zunächst ärgerlichen Frage: ‚Was denken sich diese Ingenieure eigentlich' muß ich mich immer wieder daran erinnern: sie glauben im Innersten ihres Wesens an Geister. Sie leben im Schatten übernatürlicher Furcht – in der vom Hinduismus be-

gründeten Angst, als Strafe für dieses Leben in einem späteren auf niedrigerer Stufe wiedergeboren zu werden. Der Gedanke an den Tod ist schon bei den Vierzigjährigen übermächtig. Unter der Drohung ihres Glaubens fangen manche bereits nachts um 4 Uhr mit geistigen Übungen an. Den fehlenden Schlaf holen sie dann im Büro nach ...".

Die Arbeiterschaft ist sorgfältig ausgewählt, aber gerade dadurch tauchen viele Probleme auf: es muß nahezu in jeder Arbeitsgruppe gedolmetscht werden. Deshalb fängt die Lehrlingsausbildung – das Werk hat Sonderwerkstätten für 600 Jungen – mit dem Englischlernen an. Bei der soliden aber langsamen Fortbildung werden gute Spitzenresultate erzielt – aber die Breitenwirkung läßt zu wünschen übrig. „Es fehlt immer und überall die Zwischenschicht – auch beim Nachwuchs!"

Eine ironische Zwischenbemerkung: „Das in Europa so viel zitierte Sozialprestige hängt hier vom Leibesumfang und vom Nichtstun ab. Das Leitbild ist immer noch der Maharadscha."

So ist also eine gewisse Portion teils heiterer und teils nachdenklicher Berichtigungen zum Optimismus des Professors zu notieren. Insgesamt freilich bleibt er zuversichtlich: Indien wird sich trotz allem behaupten. Die chinesische Drohung hat einigend gewirkt, die Wehrmacht – früher nur 500000 Mann – sei nun über 2 Millionen verstärkt worden, das Offizierskorps gut ausgewählt und ausgebildet. Ob die indischen Lebensprobleme freilich ohne Diktatur zu meistern seien, das müsse dahingestellt bleiben. „Indien ist eine Gleichgewichtsfrage."

Damit hat der Professor sicher recht – aber wer wird der sein, der dieses „Gleichgewicht" auf längere Dauer so einzurichten versteht, wie die Engländer es taten? („Sie hielten sie gegeneinander in Schach. In ihren Haushalten denken sie heute noch so und beschäftigen möglichst einen Hindu, einen Mohammedaner und einen Christen. Die sprechen in der Regel gar nicht miteinander; wenn sie es einmal tun dann allerdings nur gegen die Herrschaft.")

Noch ein Besuch ist vereinbart; eigentlich sollte das Gespräch in der Redaktion des Blattes stattfinden, das hier in Bangalore für die 20 Millionen Inder der „Kanada"-Sprachgruppe erscheint.

Diese Sprache hat nichts mit dem nordamerikanischen Staat zu tun – sie ist ein südindisches Idiom von weiter Verbreitung.

Da Sonntag ist und die Büros geschlossen sind, fahre ich in einen ländlichen Vorort mit der englischen Bezeichnung Whitefield hinaus, um dort den alten indischen Herrn zu besuchen, der sein halbes Leben in Europa verbracht hat und mich deshalb fast wie einen Bekannten empfängt und in deutscher Sprache begrüßt.

Einen Händedruck vermeidet er natürlich, denn er ist Brahmane; körperliche Berührung mit einem Nicht-Hindu würde ihn verunreinigen und zu harten Bußübungen zwingen. Bei diesen ernsten Vorschriften dachten die geistigen Väter des Brahmanismus vor urdenklichen Zeiten vor allem daran, die damals bereits in Gang befindliche Blutsvermischung zwischen den eingewanderten Ariern und dem hier angetroffenen Völkerwirrwarr streng abzubremsen; es war freilich schon zu spät gewesen. Seit Gregor Mendel die Erbgesetze entdeckte, können wir uns aus dem Weiterwirken von Einmischungen erklären, weshalb die oberen Kasten Indiens zwar in Hautfarbe und Intelligenz noch eine deutliche Sonderstellung einnehmen, aber in ihrer Mentalität trotz gemeinsamer „arischer" Herkunft dem Europäer doch fremd geworden sind.

Die Brahmanen haben sich über ganz Indien verbreitet, ihre Zahl wird auf 15 Millionen geschätzt, also etwa drei Prozent der Gesamtbevölkerung. Sie bilden die anerkannte Spitze der vielgliedrigen Pyramide der zwei- bis dreitausend „Kasten" des Hinduismus. Die Bezeichnung „Kasten" haben die Portugiesen geprägt. Das indische Wort heißt „jat" – das bedeutet „Geburt". Nur darum handelt es sich in Wirklichkeit: um eine überaus vielschichtige und dabei scharf abgegrenzte „Inzucht". Außerhalb der Kaste gibt es bei den Hindus keine Eheschließung; um dieses Prinzip zu sichern, wurden und werden die Heiraten von den Eltern vereinbart; das ist auch im 20. Jahrhundert ungeschriebenes, strikt eingehaltenes Gesetz geblieben. Sogar die Heiratsanzeigen in den Zeitungen zeigen dies an; sie bezeichnen jeweils präzise die zur Eheschließung gesuchte und erforderliche Kaste.

In der gedeckten Veranda des einfachen Landhauses lassen wir uns in bequemen Korbsesseln nieder – und ich erlebe in anregender Stunde eine welterfahrene, kraftvolle und in sich ruhende Persön-

lichkeit, voll überzeugt von der Führungsaufgabe des Brahmanismus und der zuversichtlichen Erwartung, daß sie gemeistert wird.

Die obersten Kasten – so faßt mein Gastgeber die neueste Geschichte Indiens zusammen – bildeten im Kampfe um die Unabhängigkeit Indiens selbstverständlich die Spitze. Subhas Chandra Bose war ebenso Brahmane wie Nehru; Gandhi war zwar Angehöriger einer der obersten Kasten, aber er war eben doch nicht Brahmane, und dies scheint einer der Gründe gewesen zu sein, weshalb er 1947 weder Ministerpräsident noch Staatsoberhaupt wurde.

Die Brahmanen fühlten sich als die geborenen Lehrer und die berufenen Vorgesetzten der Volksmasse. Das Erscheinen der Engländer vor anderhalb Jahrhunderten haben sie zwiespältig aufgenommen: sie haben ihre Methoden studiert und ihre Schulen besucht, ohne auf die Distanz zu verzichten, zu der sie ihre religiöse Lehre verpflichtet. Mit dem Abzug der Engländer glauben sie, als die berufenen Machthaber an deren Stelle in Indien getreten zu sein – ein kühner Anspruch, der nicht öffentlich ausgesprochen, aber intensiv empfunden wird.

Sie, nur sie denken und sprechen für Indien, niemand anderer: so deutlich wird es zwar nicht gesagt, aber dieser Ton klingt unüberhörbar durch: „Indien wird kein Afrika werden. Unsere Führung hat zwar den großen Fehler gemacht, das Volk in den Dörfern sich selbst zu überlassen, statt die Menschenmassen an die Hand zu nehmen und sie anzuleiten. Man muß sie zum Produzieren zwingen, das ist das Entscheidende. Wer mehr produziert, der konsumiert auch mehr. Die Erziehung muß auf die Arbeit und die Pflicht ausgerichtet werden. Man sitzt hier noch zu ruhig da, jeder hat seine Handvoll Reis und das genügt ihm. Es wird auf die Dauer nicht genügen. Wir freuen uns unserer Demokratie; das ist eine schöne Sache, aber es geht in Wirklichkeit darum, Hunderte von Millionen Menschen an die Arbeit zu bringen. Das ist das Problem. Da darf man nicht allzu sehr auf Wählerstimmen achten."

Es geht auch um viele Einzelheiten: „Das Wichtigste ist das Verkehrswesen. Die Engländer haben nur strategischen Eisenbahn- und Straßenbau betrieben, Wasserwege und Wasserwirtschaft

haben sie vernachlässigt. Da ist noch Enormes zu tun – ein Skelett von Verkehrswegen muß den Riesenstaat zusammenhalten; in Delhi hat man das schon erkannt, aber es fehlen die Mittel. Wir sind uns freilich über den Zukunftsausblick im Klaren und wissen, wieviel Pionierarbeit noch nötig ist. Wir wollen und werden sie leisten, trotz aller Fehler, die bisher gemacht wurden."

Das sind energische Worte, die Respekt verdienen – aber klingen in ihnen nicht allzu sehr europäische, ja geradezu preußische Vorstellungen mit? Sind die Brahmanen in diesem Land wirklich so sehr die „Herren", daß sie die 500 Millionen Menschen „an die Arbeit bringen" können?

*

Tags darauf in Madras noch ein letztes Informationsgespräch in Indien, eine beträchtliche Ergänzung zu den Bangalore-Eindrücken: erneut ein leitender Redakteur und wieder ein Brahmane. Jünger allerdings und ohne den weiten Überblick, aber von ähnlicher Selbstsicherheit. Zunächst fühlt er sich verpflichtet, dem deutschen Besucher zu versichern, daß unter modernen und großstädtischen Verhältnissen die Sonderstellung der oberen Kasten in Indien nicht mehr ausgeprägt sei. Früher mußten die „Unberührbaren" von der Straße verschwinden, wenn der Brahmane durchs Dorf ging; der Rang niedriger Kasten bemaß sich nach der Entfernung, auf die sie sich ihm nähern durften. Heute ist das natürlich nicht mehr so. „In einem großen Haus wie in diesem Zeitungsverlag arbeiten wir unvermeidlich zusammen; wir essen auch die gleichen Speisen, ja es kommt vor, daß wir denselben Arzt zu Rate ziehen."

Ich frage kurz dazwischen: „Wird auch außerhalb der bisherigen Schranken geheiratet?"

„Nein, das natürlich nicht."

Damit ist das allein Wichtige gesagt.

Madras ist die Hauptstadt nicht nur der bisher gleichnamigen indischen Provinz (in Zukunft soll sie „Tamizhagani" – „Heimat der Tamilen" heißen), mit anderthalb Millionen Einwohnern nach Kalkutta und Bombay die drittgrößte Stadt der Indischen Union,

und damit die wichtigste Stadt Südindiens. Hier sammeln sich die Kräfte der dravidischen Völkergruppe gegen die Vorherrschaft des indischen Nordens. Es ist das auch eine Rebellion gegen die Brahmanen, die hier – auch äußerlich durch ihre hellere Hautfarbe – deutlich, manchmal sogar aufdringlich in Erscheinung treten und auf ihre Führungsrolle pochen.

Die von den Historikern bisher nicht zweifelsfrei geklärte Frage des Zeitpunktes, von dem an die indischen Kastengesetze durchgesetzt wurden und die Durchdringung Südindiens begann, wird mir mit festen Begriffen beantwortet: „Seit mehr als zwei Jahrtausenden haben die Brahmanen hier als Lehrer und Priester und Volksführer gewirkt".

Zweifellos haben sie sich in einer unübersehbaren Generationenkette als „Volk über den Völkern" Indiens herausgebildet. Mit der gesamtindischen Staatsidee steht auch diese Stellung der Brahmanen zur Debatte. Madras ist für die Indische Union die Hauptstadt des Widerstandes und der Gefahr.

Freilich: auch der junge brahmanische Redakteur ist Optimist und fühlt sich seiner Sache sicher. Was die Sprachenfrage betrifft so ist er überzeugt, daß Hindi nach einigen Jahren – vielleicht Jahrzehnten – des Streites eben doch als Staatssprache auch im Süden durchgesetzt sein wird und das bedeutet dann, daß der Norden den Süden Indiens wie einst und je beherrschen wird. Gewiß gibt es die „Dravida Mumetra Kazagham" – er schreibt mir den schwierigen Namen dieser politischen Organisation auf ein Blatt; sie fordert offen die staatsrechtliche Abtrennung aller dravidischen Südstaaten aus der Indischen Union. Übersetzt lautet diese Bezeichnung etwa „dravidische Fortschrittspartei". Ja, es sei – das gibt mein Gesprächspartner zu – durchaus möglich, daß diese Leute bei den nächsten Wahlen eine Mehrheit im Parlament von Madras erringen. Aber zu ihrem Ziele, einen selbständigen Staat ernstlich durchzusetzen, lautet seine Auskunft gelassen: „Das wird ihnen nicht erlaubt werden". Er verläßt sich dabei auf die Notstandsvorschrift der indischen Verfassung, nach der der Staatspräsident in jedem Land der Union die örtliche Regierung absetzen und „Presidents rule" – d.h. eine von Delhi aus bestimmte Verwaltung – einsetzen kann.

Also werden auch die DM-Leute vorsichtig werden, wenn sie in den Südstaaten an die Macht kommen – oder sie werden ihre Macht dann so ausbauen, daß „Presidents rule“ sie nicht mehr schrecken kann. Das aber müßte nicht nur eine staatliche, sondern auch eine kulturelle und religiöse Revolution bedeuten und den Sturz, ja die Vertreibung der Brahmanen zur Folge haben.

Viele Leute in ganz Indien murren über die „Brahmanen-Wirtschaft“, die nach dem Abzug der Engländer als fast einziger Zusammenhalt des Staatswesens übriggeblieben ist. Nach dem Gesetz der Zahl müßten die paar Millionen Brahmanen und die ihrem Herrschaftsystem nahestehenden oberen Kasten längst in der Versenkung verschwunden sein; aber trotzdem besitzen sie auch heute noch hier im Süden eine Macht, die sich nicht fortdenken läßt – wie lange noch?

Und was geschieht – eine weitere Frage –, wenn die südindische Bevölkerungs-Explosion so weiter geht wie im letzten Jahrzehnt? Hier wie überall in der Welt, wo die Verhältnisse in Verwirrung geraten sind, hat die vom weißen Mann oft zwangsweise verbreitete Hygiene und ärztliche Kunst alle diejenigen begünstigt, die in früheren Zeiten „unzivilisiert“ lebten und deshalb von Seuchen, durch eine überhöhte Kindersterblichkeit und durch Hungerkatastrophen dezimiert wurden. Im 20. Jahrhundert hat sich das Blatt gewendet und so wird ausgerechnet Südindien bevölkerungsmäßig bald den Schwerpunkt des ganzen Staatswesens bilden.

Die Brahmanen ahnen diese Gefahr; sie bemühen sich nahezu verzweifelt, ihr zu begegnen: „Vor anderthalb Jahrzehnten, als wir unseren ersten Fünf-Jahresplan begannen, hatte Indien etwa 350 Millionen Einwohner – heute stehen wir, obwohl die Geburtenziffer etwa gleich geblieben ist, bei 500 Millionen! Wenn es so weitergehen würde, müßten wir bis zum Jahr 2000 mit einer Milliarde Menschen rechnen“. Aber kaum mit mehr Brahmanen!

In Delhi hat man ein eigenes Ministerium geschaffen, das die Aufgabe der „Gesundheit und Familienplanung“ wahrnimmt und zwar, wie ich höre, mit erstaunlicher Großzügigkeit: „Es geht um die 560000 Dörfer und 3000 Städte des Landes. Wir haben da bereits über 20000 Familienberatungsstellen geschaffen, die

vor allem die Ehepaare mit mehr als drei Kindern zu beeinflussen suchen. Für die über 50 Millionen Frauen dieser Gruppe wird Sterilisation empfohlen und angestrebt, während für weitere 30 Millionen Frauen, die nicht mehr als zwei Kinder haben, zunächst empfängnisverhütende Mittel vorgesehen sind."

Auf meine vorsichtige Frage, ob ein solches Programm wohl verwirklicht werden kann, höre ich erneut eine zuversichtliche Antwort: „Natürlich muß sich das erst durchsetzen. Aber wir wollen da keine Anstrengung und keine Mittel scheuen. Ich denke, wenn wir Prämien für diejenigen aussetzen, die sich sterilisieren lassen, dann wird das schon wirken. Die Ärzte müssen und werden für die geringen Eingriffe entsprechend honoriert werden. Die Regierung plant, auch die 70000 Hebammen auf dem Lande im Sinne der ‚Familienplanung' zu schulen. Heute schon werden in Indien jährlich ebenso viele Sterilisierungen durchgeführt wie in der ganzen übrigen Welt. Wir haben in den paar Jahren, in denen dieses Programm durchgeführt wird bereits fünf Millionen Geburten verhindert!"

Das sind fast imponierende Erklärungen. Im indischen Staatshaushalt sind in der Tat etwa 350 Millionen Mark jährlich für das „Familienprogramm" vorgesehen. Im Hinblick auf die 500 Millionen Inder, die es derzeit gibt und die 1000 Millionen, deren Existenz für das Jahr 2000 zu erwarten ist, mögen das noch bescheidene Zahlen sein. Immerhin: das Problem scheint erkannt zu sein!

Schließlich kommen wir darauf zu sprechen, daß Indien außer mit der Geburten-„Explosion" auch noch mit einem Strom von „Rückwanderern" zu rechnen hat. Nicht nur aus fast allen selbständig gewordenen zentralafrikanischen Staaten werden die einst von den Engländern infolge ihrer Handelstüchtigkeit gerne angesiedelten Inder vertrieben, auch das nahegelegene Ceylon will neuerdings nichts mehr von der Million Südinder wissen, die dort für englische Teeplantagen importiert worden waren. Sie bilden einen Fremdkörper unter dem singhalesischen Staatsvolk und leben unter wachsendem Druck, denn Ceylon verweigert ihnen die Staatsbürgerschaft. Die Leute in Neu-Delhi haben mit solchen „Volksindern", die meist Tamilen sind, wenig im Sinn. Ihre Rück-

kehr bedeutet nicht nur wirtschaftlich eine Verlegenheit, sondern auch eine weitere unerwünschte Verstärkung des südindischen Elements.

Das auf nur schwache eigene Volkskraft gestützte Lenkungsexperiment der Brahmanen und der wenigen von ihnen anerkannten Mitteilnehmer an der politischen Führung Indiens gleicht einem Balance-Akt auf hohem Seil.

Wie ein Wetterleuchten empfinde ich beim Verlassen des kühldunklen Zeitungsgebäudes die grelle Sonnenhelle der munter belebten „Mount Road" mit all ihren lärmenden Fahrzeugen und den in weißen Gewändern scheinbar sorglos dahin schlendernden Gestalten.

Abschied von Madras

Auch Madras ist eine englische Stadtgründung und die erste, die schon im 17. Jahrhundert Bedeutung gewann; zunächst war sie sogar der Hauptsitz der Ostindischen Kompanie. Wie für Kalkutta, so war auch für die Entwicklung von Madras die Errichtung eines Forts das Entscheidende. Das Fort St. George – in dem immer noch Truppen exerzieren – liegt gleich einem mächtigen düster blickenden Wachhund zwischen der Meeresküste und den Parks und breiten Straßen der Stadt, die ihren europäischen Ursprung nicht verbergen kann. Auch hier sind die Inder nur „Zugereiste", obwohl sie heute natürlich die „Macht" in Händen halten. Die Polizei – mit langen Stöcken ausgerüstet – gebietet über einen Verkehrsstrom, an dem Halbnackte – es genügen ihnen zwei Lappen, die mit einer Schnur verbunden sind – neben Geschäftsleuten und Beamten in eleganten Schneideranzügen gleichermaßen teilnehmen.

Die Portugiesen, die sich in dieser Gegend ebenfalls niedergelassen hatten (vor ihnen war bereits Marco Polo hier), haben sich nicht wie die Engländer durch die Erbauung einer Festungsanlage, sondern christlicher in einer Kathedrale verewigt. Niemand geringerer als der Apostel Thomas soll – so die Sage –

Durch ein technisches Versehen in der Druckerei blieb die Seite 158 teils ungedruckt teils unleserlich. Die Benutzer werden gebeten, dieses Blatt vor Seite 159 einzulegen.

draußen in San Thomé, einige Kilometer südlich von Madras an der Adyar-Flußmündung, begraben sein. Sogar die Lanze, mit der ein Brahmane einst den Heiligen niedergestochen habe, wird zu Nutz und Frommen der Gläubigen aufbewahrt.

Trotz dieser erstaunlichen Traditionen portugiesisch-katholischer Phantasie ist Südindien hinduistisch geblieben, insoweit nicht primitive Naturreligionen sich erhalten haben.

Um die aus New York und Bombay anfliegende Maschine nach Singapore rechtzeitig zu erreichen, habe ich schon für morgens um 6 Uhr einen Wagen zum Hotel draußen an der „Marina“ bestellt, der breiten Prachtstraße, die heute das englische Fort mit der portugiesischen Kathedrale verbindet.

Glutrot steigt der Sonnenball im Osten über die See herauf, ruhig und einsam der Strand, draußen ein paar friedliche Fischerboote, leuchtende Blumen am Straßenrand: in der letzten Stunde noch ein traumhaftes Indien.

Um 8 Uhr 30 fällt die Düsenmaschine mit Donnergebraus in den Flugplatz ein. Nicht allzu viele Passagiere steigen zu – eine Schar indischer Damen in bunten Saris und ein orthodoxer Kirchenfürst mit rotem Talar.

Die Durchsage lautet: „Singapore Time 11 : 15“ – zwei Stunden Zeitdifferenz. Die angesagte Flugzeit: 3 Stunden 25 Minuten; nach Ortszeit werden wir nachmittags am Ziel sein. Gleich nach dem Start leuchtet unter uns noch einmal die Marina und der grelle Sandstrand herauf, im Hintergrund das strenge Quadrat des Schiffshafens – die Engländer haben ihn in die See hineingebaut. Draußen liegt ein gutes Dutzend großer Schiffe auf Reede; auch Madras ist inzwischen ein „schwieriger Hafen“ geworden.

Drei Wochen sind vergangen, seit ich draußen vor Chittagong darauf wartete, das indische Abenteuer zu beginnen, nun ist es doch noch planmäßig beendet worden.

Einige wenige Sekundenblicke noch, dann ist nichts mehr unter uns als grüne Wasserwüste mit leichten Schaumkronen – vor uns nun schon hoch am Himmel die Sonne, die den Weg nach Osten weist – in eine Völkerlandschaft, die die Engländer „Far East“, den „Fernen Osten“ nannten; die Japaner setzten das Wort „Großostasien“ dagegen.

Nach dem „Fernen Osten" – nach „Großostasien"

Vorposten Singapore

Aus einer Welt herausgerissen, in eine andere geschleudert – das ist das Erlebnis der heutigen Transkontinental-Flüge. Dazwischen dreieinhalb Stunden absoluter Ereignislosigkeit. Eine lange Kabine voller Menschen, die – in ihre Sessel gebannt – gelangweilt in Zeitungen wühlen, belanglose Gespräche mit Nachbarn führen, dazwischen beengt und doch sorgfältig Lunch-Tabletts leeren. Einige tausend Meter unter uns rauscht zweifellos der Indische Ozean, aber zu sehen ist nichts anderes als heller Sonnendunst.

Ein Glück, daß es Bücher gibt. ...

Singapore – die „Löwenstadt": das klingt so indisch wie Bangalore. Man möchte zunächst an eine alte Maharadscha-Residenz denken. Die Weltkarte verdeutlicht: diese knapp hundert Kilometer nördlich des Äquator liegende Hafenstadt beherrscht die wichtigste der wenigen Meeresstraßen, die den Indischen mit dem Pazifischen Ozean durch die bis Australien reichende weitgeschwungene Inselkette von zehntausenden von Eilanden verbinden.

Und wenn es auch hier überall noch viele regierende Sultane gibt, so ist zur Vergangenheit Singapores doch eine nahezu ausschließlich englische Geschichte; ein nur anderthalb Jahrhunderte zurückliegendes Datum ist zu verzeichnen:

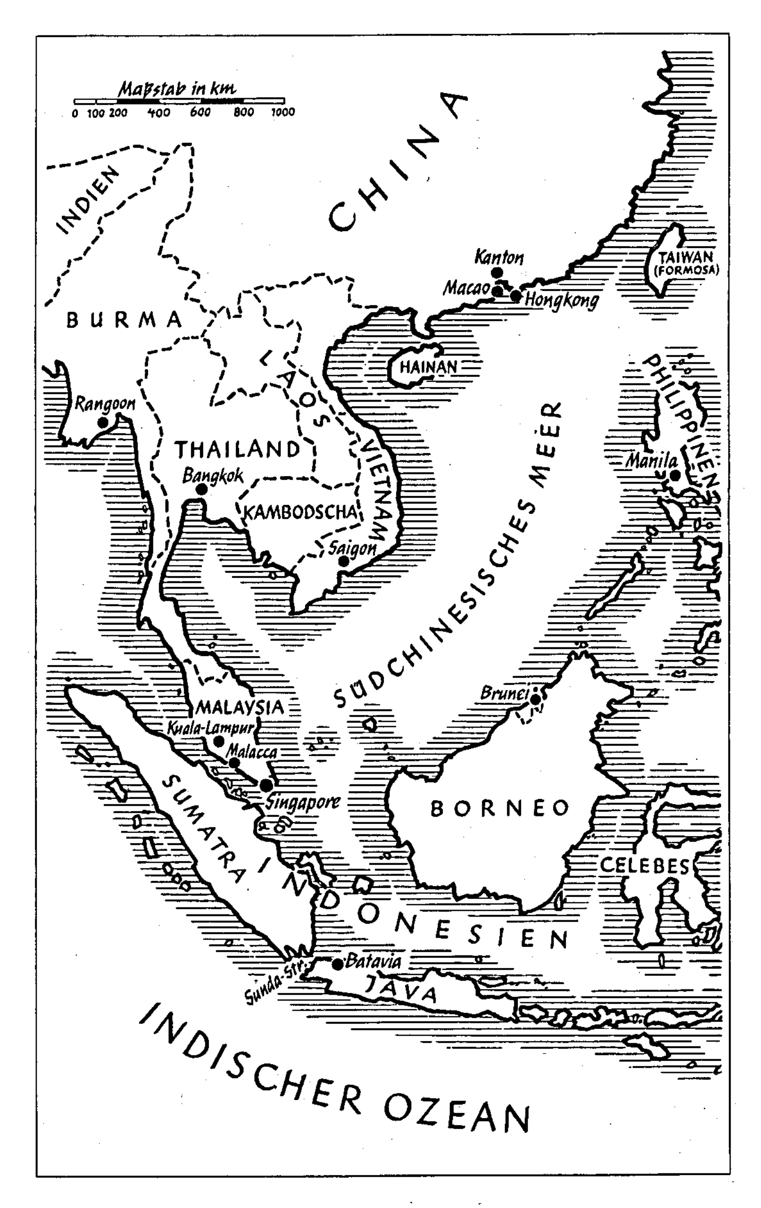
Es war ein klägliches malaiisches Fischerdorf mit knapp 150 Einwohnern und einem erschrockenen Häuptling an ihrer Spitze, das Sir Stamford Raffles am 25. Januar 1819 mit fünf Schiffen

und der festen Absicht ansteuerte, hier einen großen Hafen und Stützpunkt der britischen Seemacht zu errichten. Wie alle die großen „Empire-builder" vor und nach ihm, handelte dieser aus kleinen, ja ärmlichen Verhältnissen stammende „Selfmademan" zwar nicht ganz auf eigene Faust, aber doch unabhängig genug, um der Londoner Regierung den Anschein oder zumindest die Ausrede zu sichern, daß sie mit seinen Streichen nichts zu tun habe.

Es war nämlich eine hochpolitische und in mancher Hinsicht europäische Affäre, um die es ging; während die Engländer im 17. und 18. Jahrhundert sich in Indien einrichteten, hatten die Holländer vom südafrikanischen Kapstadt aus die indonesische Inselwelt mit Sumatra und Java unter ihre Herrschaft gebracht, hatten die Hafenstadt Batavia an der Sunda-Meeresstraße neu erbaut und auch die nördliche Durchfahrt nach China in Beschlag genommen, nachdem sie schon 1640 die Portugiesen aus Malacca vertrieben hatten.

Durch die Beherrschung dieses Meeresgebietes sicherten sich die „Pfeffersäcke" nicht nur den einträglichen europäischen Seidenhandel mit China sondern auch den damals nicht minder gewinnträchtigen Gewürzhandel mit der südlich der Philippinen liegenden Inselgruppe der Molukken.

Schon das war der britischen „Ostindischen Kompanie" zwei Jahrhunderte hindurch ein Ärgernis; aber die holländische Stellung in der „Straße von Malacca" war so stark und so gut gesichert, daß nichts daran zu deuteln und zu ändern war – bis sich in den napoleonischen Jahren eine Gelegenheit zur Ausschaltung der Holländer zu bieten schien. Jedenfalls war man in London der Ansicht, das von einem schwachen Bruder Napoleons regierte Land habe zuhause zu viel Schwierigkeiten zu überwinden und deshalb kaum die Möglichkeit, seine so fernen asiatischen Besitzungen zu schützen. Nachdem man den Holländern zunächst Malacca weggenommen hatte, wurde 1811 auch Batavia und mit diesem Hafen auch die Insel Java von den Truppen der Ostindischen Kompanie besetzt; britischer Gouverneur in Java wurde niemand anderes als jener Sir Stamford Raffles, dem wir wenige Jahre später als Gründer von Singapore wiederbegegnen. Seine Gouverneurs-Regierung war nämlich nur von kurzer


Maßstab in km
0 100 200 400 600 800 1000
INDIEN
CHINA
BURMA
LAOS
THAILAND
VIETNAM
KAMBODSCHA
Kanton
Macao
Hongkong
TAIWAN (FORMOSA)
HAINAN
PHILIPPINEN
Manila
Rangoon
Bangkok
Saigon
SÜDCHINESISCHES MEER
Brunei
MALAYSIA
Kuala-Lampur
Malacca
Singapore
BORNEO
SUMATRA
CELEBES
INDONESIEN
Batavia
Sunda-Str.
JAVA
INDISCHER OZEAN

Dauer. Als Napoleon gestürzt und das europäische Holland von der französischen Herrschaft wieder befreit war, mußte man sich in London den Beschlüssen des Wiener Kongresses fügen und sowohl Malacca wie Java den Holländern zurückgeben, was – nach einigen Verzögerungen – im Jahre 1816 schließlich und endlich geschah. Erneut sahen die Engländer den einträglichen Seeweg nach Indien in der Hand ihrer Rivalen.

Raffles war damals murrend nach England zurückgekehrt, dort freilich geadelt und dann wieder nach Indien entsandt worden, wo er 1818 in Kalkutta dem dortigen Generalgouverneur seinen kühnen Plan entwickelte: man müsse in der Straße von Malacca die Einrichtung eines britischen Seehafens erzwingen und auf diese Weise die ungehinderte China-Fahrt für die englischen Schiffe gewährleisten. Um diesen Hafen zu erkunden und einzurichten – dafür bekam Raffles schließlich jene fünf Schiffe mit, die im Januar 1819 nach einiger Suche die Insel Singapore als geeigneten Stützpunkt ausfindig machten.

Was dann zunächst kam, war ein einfallsreicher Schachzug: da dieses ganze Gebiet als holländische Sphäre zu gelten hatte, ernannte Raffles einen angeblich widerrechtlich von der Thronfolge ausgeschlossenen Seitensproß des dort regierenden indisch-malaiischen Sultans zum „Sultan von Johore“, Kaum war das geschehen, so wurde schon am 6. Februar 1819 ein „Vertrag“ geschlossen, der den Engländern die Gründung einer Hafenstadt auf der Insel Singapore erlaubte. Die Holländer, die das alles von Malacca aus zornig beobachtet hatten, protestierten zwar heftig, ja sie machten drohende militärische Gesten, aber Raffles ließ sich nicht einschüchtern und im fernen Den Haag entschloß man sich schließlich doch zu guter Miene zu dem bösen Spiel. Sir Stamford blieb politischer Sieger und Singapore wurde eines der Weltstädte-Wunder des 19. Jahrhunderts. Schon bis zum Sommer 1819 hatte sich die Bevölkerung des Fischerdorfes durch Zuzug von Arbeitskräften auf 4000 erhöht, und 1850 lebten in Singapore bereits 60000 Einwohner, 1910 300000, heute sind es etwa anderthalb Millionen.

Freilich sind es nicht so sehr und keineswegs nur diese Zahlen, die Singapores Entwicklung so bemerkenswert machen; von

größerer heutiger und künftiger Bedeutung ist die Tatsache, daß nicht – wie man meinen möchte – die Inder sich hier einen Vorposten schufen; nicht auf Kalkutta, Madras oder Ceylon wirkte die neugegründete englische Hafenstadt als ein Magnet, sondern auf die großen Länder im Nordosten. Schon in den ersten Wochen nach ihrer Niederlassung hatten die Engländer mit Erstaunen festgestellt, daß auf den Hügeln der Insel einige *Chinesen* lebten; irgendwann einmal werden sie hierher verschlagen worden sein, aber sie hatten sich keineswegs in die einheimische Bevölkerung eingemischt, sondern ihr chinesisches Leben unter sich weiter gelebt. Aus ihren verstreuten Siedlungen kamen sie nun ins britische Singapore, um die mit dem beginnenden Häuser- und Straßenbau gebotenen Gelegenheiten wahrzunehmen.

Bald erschienen dann auch chinesische Schiffe im neuen Hafen und brachten nicht nur Waren- sondern auch Menschenfrachten mit. Eine alte Statistik stellte fest, daß schon im Jahre 1849 nicht weniger als 24790 Chinesen in Singapore lebten und daß von ihnen allein im vorhergegangenen Jahr nicht weniger als 10928 zugewandert waren, davon 7724 von großen Dschunken, 3202 mit kleineren chinesischen Schiffen an Land gesetzt!

Hat die englische Stadtgründung in Kalkutta ein indisches Gemisch entstehen lassen, so wurde Singapore – weil die Chinesen hier wie überall gerne unter sich blieben – zu einer Mehrvölkerstadt, deren chinesischer Schwerpunkt sich immer deutlicher ausprägte, bis er schließlich entscheidend wurde.

Gewiß – es kamen auch Inder. Alte Berichte melden, daß sie, wie damals üblich, den Soldaten der Ostindischen Kompanie folgten, „ihnen die Stiefel putzten, ihre Wäsche wuschen, Marketenderwaren verkauften und schließlich Bazare eröffneten."

Von den Chinesen in Singapore dagegen berichtete schon 1850 der britisch-indische Generalgouverneur Lord Canning, sie bildeten einen „zeitweise sehr unlenksamen Teil der Bevölkerung" und sie unterschieden sich

„gänzlich von jedem der Völker, mit denen unsere Beamten sonst zu tun haben. ... Die Chinesen sind beherrscht von einem starken Drang zur Selbstregierung und insoferne geradezu das Gegenteil unserer indischen Untertanen. ..."

Und die Geschichte Singapores verzeichnet immer wieder „Chinese riots“ – „chinesische Unruhen“, denen die britischen Herren ziemlich ratlos gegenüberstanden, weil da „geheime, aber mächtige chinesische Gesellschaften“ im Untergrund wirkten.

Wie dem auch war: am britischen Regiment in dieser Stadt wurde auch von den hier ansässigen Chinesen niemals gezweifelt und was die Beamten Ihrer Majestät betraf, so erschienen ihnen auch hier die „natives“ (die hier allerdings zugewandert waren) ähnlich unbeachtlich wie anderswo. Das chinesische Übergewicht haben sie gewiß nicht gewollt, aber sie haben es auch nicht verhindert und so wurde Singapore biopolitisch ein chinesischer Vorposten. In der Welt und in der Londoner Fleetstreet hat man das verblüfft bemerkt, als der Stadtstaat im August 1965 aus dem zwei Jahre vorher von den Engländern geschaffenen Staatenbunde „Malaysia“ austrat und seine Selbständigkeit erklärte – unter einem chinesischen Ministerpräsidenten!

Seither ist in den Zeitungen immer wieder von Singapore die Rede – vor allem deshalb, weil die Engländer ihren Flottenstützpunkt hier aufgeben und die Frage, wer dann die Straße von Malacca beherrscht, nicht zuletzt von einem Mann namens Lee Kuan Yew entschieden wird.

*

Unter uns hat sich mittlerweile ein Nebenmeer ausgebreitet und so bleibt der Ausblick auf einen der bemerkenswertesten Wasserwege der Weltmeere verschlossen; wir verlieren bereits an Höhe und sehen immer noch nichts von den „Straits“, jener Straße von Malacca, die Sir Stanford Raffles beherrschen wollte – dem schmalen Meeresarm zwischen der Insel Sumatra und der Halbinsel Malaya.

Statt dessen ein Blindanflug auf den neuen Großflughafen Singapore und dort statt der erwarteten Siedehitze leichter Sprühregen, nur 35 Grad dämpfige Wärme.

Im Hotel die Nachricht, daß die „Hamburg“ bereits im Hafen liegt. Dort Einschiffung morgen: nach den spannungsreichen Indien-Wochen eine beruhigende Gewißheit.

Es ist bereits später Nachmittag geworden; Äquatornähe bedeutet, daß um sechs Uhr abends die Dunkelheit einsetzen wird.

Der Chef einer deutschen Handelsniederlassung, die seit fast einem Jahrhundert hier tätig ist, die Katastrophen der beiden Kriege mit immer neuem Beginn beantwortet hat, sendet mir freundlicherweise seinen Wagen und den malaiischen Chauffeur mit dem Auftrag, eine rasche Rundfahrt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten Singapores zu unternehmen. So fahren wir – um bei Tageshelle noch Überblick zu gewinnen – in großen Windungen zum Gipfel einer beherrschenden Höhe, zum „Mount Faber" hinauf. Hier entfaltet sich in der Tat eine großartige Schau nicht nur über die Inselwelt im Süden, die nach Sumatra hinüberreicht, sondern auch nördlich zur Küste von Johore, dem südlichsten Staat der Halbinsel Malaya.

Von dort her – von der „Landseite" – nahmen die Japaner 1942 in kühnem Vorstoß die bis dahin als uneinnehmbar geltende „Seefestung" Singapore. Es war ein vernichtender Schlag nicht nur für England, sondern auch für das Ansehen der weißen Welt in ganz Ostasien, als der britische Generalleutnant Percival am 15. Februar 1942 auf dem Gelände der Ford-Fabrik in Singapore das Kapitulations-Dokument unterzeichnete; kampflos streckten nicht weniger als 60000 britische Soldaten die Waffen, nachdem die Japaner mit nur wenigen Truppenteilen bis zur schmalen Brücke vorgedrungen waren, die Singapore mit dem Festland verbindet. Zwei Monate vorher – in den ersten Tagen des Ostasien-Krieges – hatten die Engländer in den „Straits" bereits ihre beiden zum Schutze Singapores bestimmten Schlachtschiffe „Prince of Wales" und „Repulse" durch Überraschungsangriffe japanischer Torpedoflieger verloren. Alles das hat sich in der jetzt so friedlichen, ja romantischen Insel- und Wasserlandschaft abgespielt, die sich hier von Horizont zu Horizont ausbreitet.

Das geschichtliche Ereignis des Falles von Singapore hat nur eine gleichgewichtige historische Parallele: die Kapitulation Port Arthurs am 15. Januar 1904: damals mußten die Russen kapitulieren vor dem einzigen asiatischen Volk, das sich in der Neuzeit zu Angriffen auf den weißen Mann entschloß. Gewiß mußten die Japaner nach dem Zweiten Weltkrieg – der amerikanisch-russi-

schen Allianz unterlegen – nicht nur Korea, sondern auch Singapore wieder räumen. Aber die ruhmlose und nach dem 9. September 1945 nur noch einige Jahre dauernde Rückkehr der Engländer hat dem seinerzeitigen Ereignis die symbolische Bedeutung nicht mehr rauben können. Und erst recht nicht das makabere amerikanische „Militär-Gericht“, das den mit Recht weltberühmten „Tiger von Malaya“, General Tomoyuki Yamashita, nach dem Kriege als angeblichen Kriegsverbrecher zum Tode verurteilte und in Manila am 23. Februar 1946 hinrichten ließ.

Es bleibt eine auch für die Zukunft beachtliche Tatsache, daß zwar die Chinesen sich in anderthalb Jahrhunderten in Singapore nachhaltig niedergelassen haben, daß jedoch erst die Japaner kommen mußten, um die Engländer zu vertreiben. Hier in Singapore wurde 1942 die japanische Flagge als ein Grenzzeichen dessen aufgezogen, was damals den vielen Völkern dieses Raumes als „großostasiatische Wohlstandssphäre“ verkündet wurde – ein Anliegen, das viele von ihnen gewiß nicht vergessen haben, auch wenn nun alle davon schweigen.

Überall in den Tropen vollzieht sich der Übergang vom Tag zur Nacht in wenigen Minuten. Bald gibt es vom „Mount Faber“ nur noch ein Lichtermeer zu bewundern, aus der die geschwungene Hafenbucht mit schwarzer Schärfe ausgeschnitten scheint. Nur die vor Anker liegenden Schiffe spiegeln ihre Lichter im Wasser.

In der Stadt selbst freilich hat der Nachteinbruch keine Veränderung gebracht – ein Drängen und Hasten, ein ebenso lautstarker wie intensiver Verkehr, das undurchsichtige eifervolle Gehabe des Chinesenviertels, die dichtgedrängten Dschunken im Singapore-Fluß; alle Menschen – weiß und gelb –, die in dieser Stadt durcheinander wogen sind so zielstrebig unterwegs, daß ich im fahrenden Wagen den Satz notiere: „Eine neue Welt; seit Frankfurt die erste tätige Stadt.“

Nirgends hocken Bummler, nirgends liegen Schläfer, nicht einmal Bettler sind zu sehen.

Der Blick in die Gesichter macht freilich deutlich, wie vielerlei Menschen hier zuwege sind. Die Chinesen sind nicht nur in der Überzahl sondern offenkundig auch in der Übermacht. Sie beherrschen das Bild; die Malaien – als Mohammedaner schon an

ihrer fezartigen Kopfbedeckung leicht zu erkennen – sind die Geduldeten und, wie es scheint, auch die Geduldigen von Singapore.

Die Fahrt endet am Portal einer eleganten Villa, in der die Herrschaften den deutschen Gast zum Abendessen erwarten. Wir haben gemeinsame Hamburger Bekannte; so ist das Gespräch rasch im Gang und führt bald zu Hinweisen, die die Singapore-Eindrücke des Kurzbesuchers vertiefen.

Derzeit noch werden die „Straits“ beherrscht von einer politischen Spannung zwischen Malaysia und Indonesien – jenem merkwürdigen Einhundert-Millionen-Staat, der das Erbe des holländischen Kolonialreiches angetreten hat. Der Gründer Indonesiens, Präsident Soekarno, ist noch nicht entmachtet und organisiert einen Dschungel- und Piratenkrieg gegen den englisch-orientierten Staatenbund auf der Halbinsel Malaya.

Singapore – einst als Station zwischen Ost und West gegründet – hat dadurch eine neue Funktion zwischen Nord und Süd zugeteilt erhalten; weder Malaysia noch Indonesien genießen bei denen großes Ansehen, die hier das Feld beherrschen. Der führende chinesische Politiker war zwar „Kommunist“ – aber was bedeutet das schon in Asien? Jedenfalls hat er längst begriffen, daß Singapore kein Platz für Experimente ist. Er strebt auf eine Selbständigkeit los (und hat sie mittlerweile durchgesetzt), in der dieser Stadt-Staat – ohne für irgend eine Seite ernstlich Partei zu ergreifen – möglichst mit allen Handel treibt und bei jedem Gewinne kassiert. Mit dem angekündigten militärischen Abzug der Engländer wird freilich die große Frage aufgeworfen, was mit den zehntausenden von Angestellten und Arbeitern geschehen soll, die bisher direkt oder indirekt vom britischen Marinestützpunkt und seinen Einrichtungen und damit zum großen Teil vom Geld des englischen Steuerzahlers lebten. Die technischen Anlagen werden Singapore erhalten bleiben – aber wer wird sie finanzieren und in Gang halten?

Man hält Ausblick nach der Ansiedlung neuer Industrien. Das allein schon wird die Japaner – trotz aller zur Schau getragenen chinesischen Antipathie gegen sie – immer stärker nach Singapore ziehen. Schon jetzt sind sie – technisch begabter und unterneh-

mungsfreudiger als die Chinesen – der wichtigste Faktor der Industrie in Singapore.

Für die Einrichtungen des Marinestützpunktes hält man nach neuen Mietern Umschau. Natürlich wären die Amerikaner auch hier die gegebenen Nachfolger der Engländer, aber gerade sie wünscht man nicht. Ihres Schutzes im Ernstfall ist man sicher, man will ihn aber nur indirekt genießen. Lee Kuan Yew ist ein politischer Rechner, der über seine Wünsche keine Unklarheit bestehen läßt: am liebsten wären ihm die Australier. Keinesfalls aber will er mit den Problemen Malaysias zu eng verknüpft bleiben: während nämlich in Singapore die erwähnten 80 Prozent Chinesen in eindeutiger Mehrheit einer fast verschwindenden Minderheit von nur 20 Prozent Andersrassigen und damit auch Andersdenkenden gegenübersteht, sind die Verhältnisse in Malaysia etwa umgekehrt. Die Chinesen sind dort in der Minderzahl, auch wenn sie – ähnlich den Engländern, allerdings in ganz anderer Art – „Eindringlinge" waren, „die aus dem Lande etwas gemacht haben".

So läßt sich auch die Stellung der Chinesen in Indonesien beschreiben, wo sie ebenfalls seit Alters her – von den Holländern gerne gesehen – eine fleissige Minderheit bilden, aber dieserhalb keineswegs beliebt sind bei den mehreren Dutzend, in nicht weniger Sprachen zergliederten Völkern dieses Staatswesens. Die Sumatraner beispielsweise wollen sich nicht von den Javanern bevormunden lassen, diese wieder blicken nicht ohne Grund auf die meisten Stämme der Tausend-Insel-Welt herab – nur in einem Punkte sind sie alle ziemlich einig: die Chinesen mögen sie gar nicht.

Mit den nördlich von Singapore siedelnden Malaien wiederum ist in des Wortes unmittelbarer Bedeutung kein „Staat zu machen". Sie sind freundlich, aber bequem, leben von der Hand in den Mund: „Hier in den Büros findet man nur Chinesen, bestenfalls Inder". Im „Malayanization", die von Kuala Lumpur aus gefördert wird und von der die Zeitungen viel schreiben, bedeutet in Singapore nur eine Hinausdrängung der weißen Beamten aus den Behörden, keineswegs aber ihren Ersatz durch Malaien sondern, wo irgend angängig, durch Chinesen.

Das chinesische Denken und Handeln mit seinen vielen Familien-Bezogenheiten ist in politischen Dingen hier wie überall nur schwer zu durchschauen. Dennoch fehlt in der Lagebeurteilung des deutschen Singapore-Kaufmannes der pessimistische Unterton, der von Kairo bis Kalkutta in allen solchen Gesprächen nicht zu überhören war. Die Kritik lautet hier anders: „Die Japaner sind an diesen Gebieten stark interessiert, unsere Leute in Deutschland leider gar nicht“.

Noch in den 50er Jahren gab es von Hamburg aus einen sehr entschiedenen Vorstoß nach Bonn, dem der Gedanke zugrundelag, für die deutsche „*Entwicklungshilfe*“ *einen Schwerpunkt in* Indonesien zu bilden und dadurch auf ein Wirtschaftsgebiet Einfluß zu gewinnen, das die meisten für Deutschland gewichtigen Rohstoffe liefern könnte. Aber dieser Gedanke trug zu sehr das Merkmal deutscher „Interessen“, um in der Bundeshauptstadt beachtet zu werden. Es kam zwar zu einer Indonesienreise des alten Emil Helfferich, früheren Aufsichtsrats-Vorsitzenden der Hapag, zu Denkschriften in deutscher und zu Besprechungen in holländischer Sprache, aber das Ganze blieb eine Episode. Sie wird nur noch mit Achselzucken erwähnt – eine von vielen „verpaßten Gelegenheiten“. Zum Thema Indonesien sind heute nichts als Fragezeichen zu setzen.

Bevor mich der spiegelblanke Mercedes durch die von starken Blütendüften erfüllte Tropennacht zum Hotel zurückbringt, unter der Tür noch ein Scherz: ein indonesischer Minister plaudert in Gesellschaft – nicht in Deutschland sei ein „Wirtschaftswunder“ zu verzeichnen, das wirkliche Wunder vollziehe sich in Djakarta: „Unser Staat ist längst bankrott und doch leben wir weiter“.

Glückliche Völker, deren Minister solchen Humor besitzen. ...

*

Mit den Informationsbesuchen des nächsten Vormittags eilt es, aber die Entfernungen in der City von Singapore sind nicht groß, einige Gespräche ergänzen das Bild, das sich in Umrissen bereits eingeprägt hat.

Da wird jenes *Indonesien*, mit dessen Schicksal Singapore durch so viele Bindungen verknüpft ist und dessen Sumatra-Küste sich in der Ferne sogar dem bloßen Auge zeigt, noch durch eine wichtige Kontur schärfer gezeichnet: „Es sind nicht nur tausend Inseln, sondern auch hundert Völker – und die leben nicht so durcheinander wie hier in Singapore Chinesen, Malayen, Inder usw., sondern – eben durch die geographische Gliederung der Inselwelt – gewissermaßen in ihren Reservaten. Um so schwieriger war und bleibt es da, daraus einen Staat zu bilden. „Die Chinesen sind auch in Indonesien ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, aber zahlenmäßig viel bedeutungsloser als in Malaysia oder gar in Singapore. Unter den hundert Millionen der indonesischen Völker leben etwa 1,2 Millionen Chinesen – und gegen sie richtet sich viel Haß ... Indonesien ist ein Buch mit sieben Siegeln".

Auch die Verhältnisse im nördlichen Partnerland Singapores, auf der mit Naturschätzen reich gesegneten Halbinsel *Malaya* werden von hier aus genau beobachtet. Abdul Rahman, dem „Tunku" – dies ist der Ehrentitel des Regierungschefs von „Malaysia" – ist es bisher gelungen in seinem Staatswesen die verschiedenen Rassen zusammenzuhalten, was nicht einfach ist. Zwar sind die Chinesen hier nur eine Minderheit, aber die Malaien betrachten sie dennoch mißtrauisch und neidisch. Wo immer der Chinese auftritt, ist er erfolgreicher, weil von einem stärkeren Arbeitsimpuls erfüllt als der Malaie. „Eine beträchtliche Rolle spielt für die staatliche Fortexistenz Malaysias die Tatsache, daß die Wirtschaft nach wie vor blüht: der Ertrag der Gummiplantagen ist durch Einführung moderner Düngungs- und Züchtungsmethoden erheblich gestiegen, und da die Wirtschaftsstrukturen und insbesondere die Farmbesitzungen nicht angetastet wurden, ist die Vitalität des Wirtschaftslebens erhalten geblieben" – das ist die Ansicht eines Mannes, der zwar als „weißer Kapitalist" zu gelten hat, aber schlichte Wahrheiten gelassen ausspricht.

Genau betrachtet ist der 1963 gegründete Staat „Malaysia" so ziemlich die einzige frühere britische Kolonie, in der der Übergang zur Selbstverwaltung ohne allzu große Schwierigkeiten vonstatten ging – „bisher wenigstens", so schränkt mein Gegenüber seinen Satz vorsichtig ein.

Auch seine weitere optimistische Bemerkung, daß Singapore selbst „geradezu ein Vorbild für Kosmopolitismus" sei, erleidet Einbußen durch lebhafte Schilderungen der Geschicklichkeit, mit der Lee Kuan Yew die politische Herrschaft der Chinesen über den Stadtstaat Singapore mit seinen knapp 2 Millionen Einwohnern (immerhin soviel wie Norwegen) aufbaut und ausbaut.

*

Noch ein kurzer Einkaufsbummel durch das ganz europäische Geschäftsviertel Singapores mit seinen von Autos vollgeparkten engen Plätzen, noch ein Besichtigungsblick auf die Gestalt des Sir Stamford Raffles, der das alles hier in Gang gesetzt hat und nun in Erz gegossen mit verschränkten Armen nachdenklich auf den Trubel herabblickt.

An der Clifford-Pier liegt zum Auslaufen bereit die „Hamburg" – eine bequeme klimatisierte Kabine erwartet mich, deutsche Laute, Stewards in weißen Jacken: nach soviel Fremde eine heimatliche Insel.

Eine Stunde später, als wir ablegen, tönt aus dem Bordlautsprecher vertraute Marschmusik. Bald darauf passieren wir in immer kräftigerer Fahrt die Meeresstraße, die das Tor nach Ostasien war, ist und es erst recht bleiben wird, wenn die Chinesen – oder mit oder nach ihnen die Japaner? – sie endgültig beherrschen werden.

Die siebentausend Inseln des König Philipp

Von Singapore nach Manila: das ist eine angenehme Schiffsreise von knapp vier Tagen durch das meist ruhige Südchinesische Meer – von der großen Ozeandünung ist es durch Borneo und eine anschließende Inselkette abgeschirmt.

Unser „Kombi-Schiff" (es führte Fracht, ist aber mittschiffs wie ein „Musikdampfer" – so reden die Seeleute abschätzig – für 80 Passagiere eingerichtet) darf mit seinen bequemen Salons, seinem

großen Speisesaal, dem Swimming-Pool und der aufmerksamen Bedienung durch deutsche Stewards als luxuriös gelten; auch die seit Singapore noch verbliebenen Passagiere, von denen manche eine „Rundreise" Hamburg-Yokohama und zurück gebucht haben, sind angenehm und sympathisch. Am Tisch ein deutscher Exportkaufmann, der mit seiner Familie nach Japan zurückreist, ein englischer Globetrotter, der im November 1917 als junger Leutnant die berühmte Tankschlacht von Cambrai mitgefahren hat und nach erfolgreichem lebenslangem Getreidehandel sein Alter genießt, schließlich ein Pater der Steyler-Mission, der nach Manila als Lehrer entsandt ist. Dorthin reist mit seiner Gattin auch der neuernannte deutsche Botschafter bei der Republik der 7083 Inseln, die ihren Namen dem spanischen König Philipp II., dem Sohn Kaiser Karls V. verdankt. Trotz der „Entkolonialisierung" und massenhafter neuer Staatsbenennungen kam offenbar noch niemand auf den Gedanken, den Philippinen einen anderen als ihren seit vier Jahrhunderten geltenden europäisch-monarchischen Namen zu geben.

Der düstere König Philipp II. hat gewiß nicht allzuviele Gedanken an jene fernen Besitzungen der spanischen Krone gewendet, die noch zur Regierungszeit seines Vaters von Magellan entdeckt worden waren. Dieser erste Weltumsegler brach 1519 mit 237 Mann von Spanien auf, segelte durch die später nach ihm benannte Magellan-Straße aus dem Südatlantik in den Stillen Ozean und landete am 17. März 1521 erstmals auf einer der vielen Inseln, die er zunächst „die Westlichen" nannte, weil er sie aus dem Osten kommend entdeckt hatte. Die Portugiesen, die später und von der anderen Seite her in dieses Inselgewirr vorstießen, sprachen umgekehrt von den „Inseln des Ostens".

Erst als im Jahre 1565 eine spanische Expedition von Mexiko aus entsandt wurde, um hier eine feste Herrschaft einzurichten, brachte Miquel Lopez de Legazpi auch den Namen „Philippinas" mit. Außerdem baute er ein Fort, benannte es mit dem „heiligsten Namen Jesu", dann kämpfte er einen in Manila residierenden mohammedanischen Sultan nieder und begründete hier die Hauptstadt einer Kolonialherrschaft, die nicht weniger als 330 Jahre dauerte und dem Inselreich nicht nur äußerlich ihren Stempel auf-

drückte. Die „Filipinos“ wurden zu fast 90 Prozent Katholiken, Städte wurden gegründet, Kirchen und Straßen gebaut, und eine ganze Liste von Pflanzen – darunter Getreide, Zuckerrohr und Tomaten – von den Spaniern eingeführt und kultiviert.

Von nicht geringerer Dauerbedeutung wurde die Tatsache, daß die Spanier hier wie überall, wohin sie ihre Macht ausbreiteten, nur selten Frauen mitbrachten und sich häufig mit getauften einheimischen Mädchen vermählten. Man schätzt die Zahl der weißen Mischlinge – hier auch heute noch ungeniert „Mestizen“ genannt – auf immerhin 200000 bei einer Gesamtbevölkerung von über 30 Millionen. Diese Mestizen standen zur spanischen Zeit zwischen den Fronten: zwischen den „Herren“ und den „Eingeborenen“. Seither stellen diese spanischen Mischlinge unverkennbar fast die ganze politische Führungsschicht der Philippinen.

Die „Eingeborenen“ freilich sind auch einmal Eindringlinge gewesen: es waren drei malaische Einwanderungswellen, die sich historisch zurückverfolgen lassen. Die erste vollzog sich in einem Erdzeitalter, in dem diese Inseln noch mit dem asiatischen Festland Landverbindung hatten. Diese „Altmalaien“ sind – und blieben – primitiver als die später über See eingedrungenen „Jungmalaien“, vor denen sie sich in das gebirgige Innere zurückzogen, wo sie heute noch nahezu unzivilisiert leben. Zu den Warnungen, die den Touristen in Manila erwarten, gehören Hinweise auf „Kopfjäger“, die in einsamen Landstrichen noch zu fürchten sind. Sie treiben vor allem an Bächen und Flüssen, die ihnen heilig gelten, immer wieder ihr Unwesen. Unsere Schiffsnachrichten verzeichnen, daß eine Straßenarbeiter-Gruppe erst kürzlich mit abgeschnittenen Köpfen aufgefunden wurde.

Die zivilisierten Filipinos freilich gelten keineswegs als blutrünstig, sondern im Gegenteil als besonders friedliebend und freundlich. In Singapore mußten sie vor den tätigeren Chinesen kapitulieren, hier führt das malaische Bluterbe, wie mir von wohlunterrichteten Mitreisenden versichert wird, zu einer Lässigkeit und Selbstzufriedenheit, die mit „Mangel an Initiative“ höflich umschrieben wird. Die Völkerkundler wissen darüber auszusagen, daß die Malaien sich schon sehr früh von den Mongoliden abgesondert haben – ihren Augen fehlt auch die charakteristische

„Mongolenfalte“ – und daß sie deshalb an den vielen Umwandlungs- und Ausleseprozessen, aus denen die heutigen Chinesen und Japaner hervorgegangen sind, nicht teilnahmen: glückliche Völker, die keine Stahlbäder erlebt, aber auch die damit verbundenen Prüfungen nicht durchstanden haben.

So sind die Philippinen von einst bis heute ein Bereich geblieben, auf den vielerlei Einflüsse einwirken konnten, ohne auf ernsten Widerstand zu stoßen. Auch die Chinesen spielten eine Rolle, hier sogar eine biologische, denn es gibt nicht weniger als spanische auch chinesische Mischlinge – beide Sorten natürlich besonders in der Hafenstadt Manila mit ihren fast zwei Millionen Einwohnern.

Im Gegensatz zu diesem städtischen „Babel“ hat die Inselgliederung ähnlich wie in Indonesien zu einem stark ausgeprägten „Regionalismus“ geführt, zur Ausbildung zahlreicher Stämme. Sie sind zwar meist malaischen Charakters, haben sich aber doch im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr auseinanderentwickelt, auch unterschiedliche Sprachen ausgeprägt. Eine „Nationalsprache“ wurde in den Jahren von 1937–1940 von einem wissenschaftlichen Institut aus Elementen der verschiedenen Sprachen und Dialekte – vor allem aus dem in der Manilagegend gesprochenen Tagalog entwickelt; ein Wörterbuch mit Grammatik wurde durch Gesetz in Kraft gesetzt, danach wird nun in den Schulen unterrichtet. Da die Differenzen nicht profund und die Filipinos sprachgewandt sind, und da überdies Englisch gelehrt und gelernt wird, gab es darüber keinen großen Streit.

Die wichtigsten Stämme unter den Philippinen sind die Tagalogs und die Samtoys. Die Letzteren gelten als die Tüchtigeren und Sparsameren, ja sie werden mit den Schotten verglichen. Aber auch sie sind Fatalisten – und es wird mir versichert, in allen einheimischen Sprachen der Filipinos sei eine Formel im Tagesgebrauch: „Bahala na!“; das Wort ist unübersetzbar und bedeutet etwa soviel wie „Es wird sich schon zeigen“ – „Lassen wir die Sache auf uns zukommen“. Was immer auch geschieht, der Filipino hält es für „Schicksal“. Diese Deutung beruhigt die Nerven des Durchschnitts-Filipinos so sehr, daß ihn die Korruption anderer ebenso wenig aufregt, wie persönliches Unglück; das jedenfalls versichert mir ein Mitreisender, der sie genau kennt.

In Zahlen der Statistik läßt es sich auch ausdrücken: Obwohl die Philippinen – was die Fruchtbarkeit und das Klima anbetrifft nahezu ein Paradies sind und es immer noch Platz genug gibt, sind sie mit dem sprunghaften Anstieg ihrer Bevölkerung infolge der amerikanischen Gesundheitsmaßnahmen nicht etwa ein reiches Land geworden. Im Jahre 1903 wurden auf den Philippinen etwa 7,5 Millionen Menschen gezählt, heute sind es bereits 35 Millionen. Hätten sich in diesem Zeitraum die Deutschen ähnlich vermehrt, so müßte unsere Bevölkerungszahl etwa 250–300 Millionen betragen! Sie würden in dieser Zahl zweifellos die Weltwirtschaft nahezu beherrschen. Hier freilich bedeutet Bevölkerungszunahme volkswirtschaftlich keinen Gewinn. Unter der Parole „Bahala na!" gibt es kein Wirtschaftswunder! Dabei leben die heute 35 Millionen Filipinos auf einem fast überall fruchtbaren Gebiet, das 40000 Quadratkilometer größer ist als die Bundesrepublik.

Am vierten Tag der geruhsamen Seereise, morgens um 5 Uhr, zeigt ein Blick durchs Kabinenfenster voraus eine Lichterkette, dunkelgrüne Hügelschatten dahinter. Das ist Manila, die Hauptstadt der philippischen Hauptinsel Luzon.

Um 7 Uhr liegen wir an der Pier, wo trotz der morgendlichen Stunde schon mehrere Patres in langen weißen Gewändern warten, um ihren Ordensbruder zu empfangen. Sie genießen die Gelegenheit, auf unserem Schiff wieder einmal deutschen Heimatboden unter die Füße zu bekommen und stärken sich in unserem Speisesaal mit einer Tasse Kaffee bis sie schließlich den Neuankömmling endgültig unter ihre Fittiche nehmen. Die Einladung zu einem Besuch in ihrem „College" war vielleicht nur als Höflichkeit gedacht – aber ich nehme sie an und vereinbare einen Termin für den Nachmittag.

Nicht so pünktlich wie die Patres sind die Herren vom philippinischen Außenministerium, die unvermeidlich erscheinen müssen, um den deutschen Botschafter zu empfangen und seiner Gemahlin Blumen zu überreichen: so will es das diplomatische Protokoll. Es dauert eine ganze Weile bis – zur Erleichterung des Botschafters und des bisherigen Geschäftsträgers, der natürlich pünktlich zur Stelle war – auch diese Herren an Bord erscheinen.

Die Gesellschaft der Passagiere sieht sich einer ihrer wichtigsten Stützen beraubt.

Mittlerweile haben wir an Bord Verbliebenen unsere Landgangskarten erhalten, die Tafel am Fallreep zeigt einen zweitägigen Aufenthalt an; die Ladeluken werden geöffnet, philippinische Schauerleute laufen durch die Gänge, die Kräne beginnen zu kreischen.

Mit dem Stadtplan des amtlichen Touristenbüros in der Hand suche ich mir über die Geleise des Hafengeländes den Weg zum „Bonifacio Drive" der an Manilas nahegelegenen ältesten Stadtteil entlang führt – „Intra Muros" genannt: „Innerhalb der Mauern".

Dieses alte Manila, wie es die Spanier als eine Trutzfeste ihrer Macht errichtet haben, bildet heute noch, von einem grünen Gürtel umschlossen, das eigentliche Herzstück der Millionenstadt. Wie zur Zierde scheinen die Mauern und Wälle hingelagert in die helle Sonne eines strahlenden Tages, dort die Kirchtürme der katholischen Tradition, draußen auf der Gegenseite der weiten Rasenfläche die Bauwerke der amerikanischen Herrschafts-Jahrzehnte: die City-Hall mit ihrer weithin sichtbaren Turmuhr und das Kongreß-Gebäude im griechischen Stil, den man bekanntlich auch in Washington für offizielle Bauten bevorzugt.

Was „Intra Muros" steht (Erdbeben und der Zweite Weltkrieg haben manche freie Fläche hinterlassen) – das haben die *spanischen* Staatskassen, was außerhalb an breiten Avenuen, Parks und Staatsbauten das Auge des Besuchers angenehm beschäftigt – das haben die *amerikanischen* Steuerzahler hier hinterlassen.

Die großen Hotels und Geschäftsgebäude, die rund um den alten Kern Manilas die neue moderne Stadt bezeichnen, zeugen freilich davon, wie vielerlei Interessen hier gewirkt haben und es noch tun. Für die Spanier waren die Philippinen ein sehr ferner Außenposten gewesen; sie haben es zwei Jahrhunderte lang von Mexiko aus verwaltet. Für die Amerikaner dagegen, die die Kolonie nach dem Kuba-Krieg 1899 von den Spaniern übernahmen und sie erst 1946 aus der Abhängigkeit entließen, war diese Besitzergreifung eine scharfe Markierung ihres machtpolitischen Interesses im Stillen Ozean. Dabei ist es geblieben. In vielen Teilen

der Welt fühlen sich die Amerikaner heute als „Schutzmacht" - hier auf den Philippinen hat diese Idee immerhin schon eine Tradition von mehr als einem halben Jahrhundert.

Meine Wanderung, die mit zunehmender Mittagshitze anstrengend wird, beende ich in der St. Augustin-Kirche, dem ältesten Bauwerk in der spanischen Altstadt. Schon 1599 wurde ihr Grundstein gelegt; sie allein – so belehrt eine Inschrift – überstand die großen Erdbeben von 1665, 1754, 1852, 1863 und 1880. Im Kreuzgang dieser Kirche wurden im August 1898 die Bedingungen für die amerikanische Besetzung unterzeichnet und damit das Ende einer nach der spanischen Niederlage im Kuba-Krieg kurzfristig errichteten selbständigen Republik besiegelt. Auch den Zweiten Weltkrieg überlebte dieser schöne große Renaissance-Bau, was nicht so selbstverständlich ist. Im Gegensatz zu Singapore, das 1942 kampflos übergeben wurde, gab es schon damals wie später beim japanischen Rückzug 1944 harte und langdauernde Kämpfe um die Philippinen.

Ein großes Bild in der Augustin-Kirche stellt die spanische Besitzergreifung symbolisch dar: ein imponierender Ritter in glanzvoller Rüstung hat das Land mit gesenktem Degen betreten, neben ihm steht ein Mönch mit erhobenem Kreuz. Der Ritter und der Mönch (dazu einiger Handel mit Gewürzen) – das waren hier die Anliegen der spanischen Eroberer.

Die Amerikaner kamen anders – weder als Ritter, noch mit dem Kreuz, auch der Gewürzhandel war ihnen Nebensache. Ihr Griff zu den Philippinen hatte seinen geistigen Hintergrund in den Ideen des amerikanischen Admirals Mahan, der schon 1890 für die USA eine starke Kriegsflotte und überseeische Ausbreitung als Merkmale der „Western Destiny", einer Art amerikanischen Welt-Kultur-Aufgabe, forderte. Als die Vereinigten Staaten 1898 wegen Kuba mit Spanien stritten, weitete der damalige Marine-Staatssekretär und spätere Präsident Theodore Roosevelt (ein Onkel des nachmaligen Franklin D. Roosevelt) den Konflikt dadurch aus, daß er einem in Hongkong liegenden amerikanischen Flottenverband die Weisung erteilte, die spanischen Philippinen anzugreifen. Die Affäre wurde pikant, als sich nach dem amerikanischen Sieg über die Spanier herausstellte, daß man in Washing-

ton zwar den unmittelbar südlich von Florida lebenden Kubanern staatliche Unabhängigkeit gewährte, nicht jedoch den 15000 Kilometer entfernten Filipinos. Dort hatte sich zwar, vom amerikanischen Marinebefehlshaber Dewey ermuntert, bereits eine selbständige Regierung gegen die bisherige Kolonialmacht gebildet, aber dann stellte es sich heraus, daß im Frieden von Paris der Übergang der spanischen Souveränität über die Philippinen auf die Vereinigten Staaten gegen eine bare Dollarzahlung festgelegt worden war. Der philippinische Regierungschef Aguinaldo, der zuerst protestierte, wurde kurzerhand verhaftet, legte dann einen Treueid auf die Vereinigten Staaten ab und empfahl die Unterwerfung unter die eingesetzte „Militär-Regierung".

Es gab im Kongreß in Washington noch einige kritische Debatten über die Angelegenheit, und die Abstimmung über die Annexion der Philippinen kam mit nur einer Stimme Mehrheit zustande, aber das änderte nichts mehr an der historischen Tatsache, daß auch die USA durch ihren Griff auf die Philippinen bis 1946 eine „Kolonialmacht" blieben.

Wichtig war ihnen allerdings niemals das Volk der Filipinos (Theodore Roosevelt sprach recht abschätzig von den „malaiischen Banditen und chinesischen Mestizen"), um so mehr jedoch die seestrategische Position dieser Inseln, die nahezu im Mittelpunkt eines geopolitischen Kreises liegen, der die Südküste Chinas ebenso berührt wie die Nordküste Australiens.

*

Mittags setzt mich das Taxi nach knapp halbstündiger Fahrt vor einem imponierenden Gebäudekomplex auf einer Anhöhe in Quezon City ab. Dieser Vorort von Manila ist nach dem ersten Präsidenten benannt und soll künftig die Hauptstadt des Landes bilden. Vorerst freilich amtiert noch der Präsident in der Hafenstadt und die Ministerien haben dort ihre Büros. Das „Christkönigs-Seminar" der Steyler-Mission ist hier schon seit 1909 ansässig. Die Patres sind als Lehrer tätig, um der katholischen Kirche auf den Philippinen einheimische Geistliche heranzubilden.

In einem so katholischen Lande mag das für Außenstehende als eine einfache Aufgabe erscheinen, die eigentlich von einheimischen Kräften gemeistert werden könnte. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Auch hier gilt die Regel, daß Religiosität eine Spiegelung der Volksseele ist, und so unterscheidet sich der philippinische Katholizismus nicht unwesentlich vom europäischen. Sehr einleuchtend begründet einer der freundlichen Patres, die den deutschen Gast durch die weitläufigen Gebäude und die hellen Räume des Seminars führen, weshalb die Christianisierung der Filipinos durch die Spanier so rasch und fast widerstandslos möglich war. Hier galt noch eine schlicht gedachte Urreligion, ein einfacher Animismus, der sich auf eine tief eingeprägte Geisterfurcht stützte. Diese innere Grundhaltung der Malaien hat sich nicht verändert; sie findet heute ihren Ausdruck im Glauben an das Wirken der Engel und Schutzengel, wie ihn die katholische Kirche ihren einfacheren Anhängern anbietet. Wie schwierig – genau gesagt: unmöglich – es ist, jungen Filipinos orthodoxe europäische Theologie zu vermitteln: das deuten die Patres nur an und der Besucher ist höflich genug, seine Skepsis zu unterdrücken.

Aber daß auch die Ordensoberen der Societas Verbi Divini, der „Gesellschaft des Göttlichen Wortes" – so die präzise Bezeichnung der Steyler-Mission, die erst neunzig Jahre alt und damit die jüngste Ordensgesellschaft der katholischen Kirche ist – das Problem erkannt haben, wie es sich nicht nur auf den Philippinen stellt, war sogar in den Zeitungen zu lesen: „Wir waren bisher zu römisch-westlich, wir sind nicht auf die Seele der Völker eingegangen" und: „Die Kirche hätte chinesisch werden müssen" (was sich natürlich auf die Missionsarbeit in China bezog, für die Philippinen müßte die Kirche „malaiisch werden").

Ungeachtet solcher Tiefenprobleme herrscht in diesen Häusern und Werkstätten (in denen Laienbrüder handwerklich ausgebildet werden) eine disziplinierte aber nicht triste sondern eher fröhliche Emsigkeit, die Achtung verdient. Die Patres haben in einem halben Jahrhundert des Wirkens auf den Philippinen den Menschentyp, mit dessen Auslese – denn nur besonders Intelligente melden sich nach guter Schulbildung hier als Freiwillige an – sie es hier zu tun haben, gründlich studiert und sie wissen mit ihnen umzugehen.

Ihr Urteil ist wohlmeinend: Die Zöglinge sind „fixe Kerle", sie sind musikalisch, haben künstlerische Begabung; Mangelpunkt freilich ist die Ausdauer. In ihrer Tanzfreude und Tanzbegabung leben alte religiöse Vorstellungen immer noch weiter. Der Familienzusammenhang ist ebenso weitverzweigt wie praktisch bedeutsam – auf den Philippinen braucht man keine Waisenhäuser, keine Altersrente; dafür sorgt der Familienverband. In den Aufnahme-Mitteilungen der Priesteranwärter und Laienbrüder muß aber auch ausdrücklich gesagt werden, daß zwar die Unterbringung und Ausbildung kostenlos ist, daß aber keine Gehälter gezahlt werden und deshalb auch die Angehörigen keine Zuwendungen zu erwarten haben!

Einige der Patres haben sich auch einen Überblick über die allgemeinen Probleme dieses Landes verschafft; hier ist ihr Urteil kritischer als gegenüber den Zöglingen, die sie betreuen. Die Philippinen sind zwar ein Fleck Erde, auf dem es gewiß keine Not geben müßte: „wenn sie nur arbeiten wollten".

„Verhungern muß hier niemand, nicht einmal im Kriege hat man hier gehungert, auch der Faulpelz hat zu essen. ... Sie sind durchaus lernfreudig und auch intelligent genug – aber kaum haben sie die Hürden hinter sich, dann wollen sie nur noch einen bequemen Posten haben – sogar die Geistlichen". Wenn sich die Filipinos überhaupt mit einem europäischen Typus vergleichen ließen, dann etwa mit den Sizilianern; die Kriminalitätsrate ist eine der höchsten der Welt. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm ist hier krasser als irgendwo sonst in Asien und der Erfolg wird nicht so sehr von der Leistung als von der Gerissenheit geprägt.

Wie im Kleinen, so sei es auch im Großen: „Politiker sein heißt hier tönende Reden halten, Anstrengungen vermeiden und sich dabei die eigenen Taschen füllen. ... Den Dollarsegen der Amerikaner nimmt man wie einen Tribut entgegen und dann aast man mit dem fremden Geld". Dabei wird auch hier die Landwirtschaft, der das Klima alle Möglichkeiten eröffnet, vernachlässigt, nur um zu industrialisieren, wofür die meisten Voraussetzungen fehlen. „Sogar einen Hochofen wollen sie bauen, dabei ist der Staat fast bankrott. ... Die Einzigen, die hier wirklich arbeiten, sind die

Chinesen, und deshalb sind sie ähnlich verhaßt, wie es die Japaner während der Besatzungszeit waren, weil sie ein strenges Regiment führten.... Auch die Japaner wollten industrialisieren, aber anders: unter scharfer Leitung und Kontrolle. Nach 1945 wurden sie alle hinausgeworfen, jetzt kommen sie aber doch langsam wieder herein."

Das sind so die Stichworte, die ich aus den Gesprächen notiere, bevor wir den Rundgang beenden, der schließlich zu einer modernen Kirche führt, in der einige der Zöglinge andächtig knien; sie sind in Gebete vertieft, von denen nicht ganz sicher ist, ob sie wirklich an den Christengott des Neuen Testaments gerichtet sind.

*

Am nächsten Morgen werde ich am Schiff vom Wagen eines der von den Patres so wenig geschätzten Parlamentarier abgeholt. Er ist Rechtsanwalt und ein gebildeter Mann mit beträchtlichem Überblick über die politischen Verhältnisse in Ostasien.

Ihm gilt als Angelpunkt alles Geschehens die Drohung, die von Rot-China ausgeht. Der Anti-Kommunismus ist lapidar und ähnlich wie der europäische Anti-Kommunismus eine Abwehrbewegung gegen den sowjetischen Machtanspruch ist, offenkundig anti-chinesisch geprägt.

Da ihm die japanische Schutzherrschaft – sie wäre in der Gegenwart nur eine Fiktion – kaum erwünschter ist, als der chinesische Anspruch, Ostasien wirtschaftlich und militärisch zu kontrollieren, ist er den Amerikanern wohlgesonnen. Sehr befriedigen ihn neueste Nachrichten, wonach die Amerikaner es durchgesetzt haben, daß die „Asian Development Bank" ein Entwicklungshilfe-Kreditinstitut der Vereinten Nationen mit etwa 4 Milliarden D-Mark Kapital ihren Sitz hier in Manila und nicht in Tokyo erhält, obwohl die Japaner nicht weniger als 800 Millionen D-Mark in diese Bank einbringen. Die Filipinos – so denke ich im Stillen – werden am Auszahlungsschalter gewiß die Ersten sein.

Mein Gastgeber (wir lunchen in einem eleganten Restaurant) hält es für unerläßlich, daß die Amerikaner ihre vorgeschobene

Stellung in Südvietnam behalten: „Sonst bricht dort alles unter dem chinesischen Druck zusammen – die Amerikaner sind die einzigen, die uns und alle anderen vor dem chinesischen Moloch bewahren können".

Kritisch beobachtet er die vielen oft undurchsichtigen Einflüsse, die sich in den an China angrenzenden Bereichen geltend machen: „Sie halten halb zu den Russen und halb zu den Chinesen – man will sich lieber von den Russen schützen lassen, aber das hilft denen auf die Dauer doch nichts."

Freilich ist auch der Blick nach Washington nicht ohne Sorgen: dort beunruhigen ihn vielerlei Bestrebungen, die auf eine Schwächung und Aushöhlung der selbstgewählten und in fünfzig Jahren, vor allem im Zweiten Weltkrieg, aufgebauten amerikanischen Machtstellung im Stillen Ozean ausgehen.

Es ist in der Tat nicht zu erkennen, wer angesichts der derzeitigen Verteilung der Kräfte in der Welt das malaiische Völklein der Filipinos davon bewahren sollte, von den emsigen Chinesen überwältigt zu werden, wenn nicht die Amerikaner ihr Schutzpatronat weiter ausüben.

So viel jedenfalls wird kristallklar deutlich: die Amerikaner sind hier zwar keine „Kolonialherren" mehr – aber die „Herren der Lage" sind sie auf den Philippinen geblieben.

*

Für den Nachmittag – vor der Abfahrt der „Hamburg" – haben sich einige Passagiere zu einer Autofahrt nach Tagaytay zusammengetan, die als landschaftliches Erlebnis empfohlen wird.

Es ist in der Tat ein großer Reiz, dieses herrlich grüne Land mit seinen milden Höhen, seinen so sichtlich fruchtbaren Gefilden zu durchfahren. Die Patres haben nicht zu viel gesagt: hier gibt es schon deshalb keinen Hunger, weil das ganze Jahr über irgendwo Eßbares reift. Ohne große Mühen wird entlang der Küste sogar Salz gewonnen. Einfach angelegte Verdunstungsflächen, die mit Meerwasser gespeist sind, sorgen auch für dieses Genußmittel. Dörfer sind durch ihre Kirchen bezeichnet, Denkmäler der spanischen „Entwicklungshilfe". Das Volk freilich lebt

in Hütten, deren Bau nicht viel Arbeit verursacht – man braucht sich nur vor Regen, nicht vor Kälte zu schützen; Bambusrohre und Bambusblätter reichen vielfach als Baumaterial aus. Freilich gibt es auch ansehnlichere, ja zweistöckige Häuser in den Marktflecken, die wir durchfahren.

Ein Halt wird für eine besondere Sehenswürdigkeit eingelegt: Die „Bambusorgel" in der Kirche von Las Pinas: die großen Orgelpfeifen sind aus Bambusstäben gebildet und das Spiel ist von beachtlicher Melodik. Sehr wichtig ist natürlich der Bakschisch für den Organisten, aber auch der Unterhalt der Kirche und der Orgel wird aus milden Gaben der Touristen finanziert. Im Gegensatz zu den Verhältnissen der spanischen Zeit gilt seit der amerikanischen Herrschaft die „Trennung von Kirche und Staat".

Schließlich erreichen wir die fernen Berge und in ihnen den blauen Taalsee mit dem immer noch gefährlichen Inselvulkan in seiner Mitte. Die Kameras werden gezückt und die Reisegesellschaft labt sich in einem über dem See gelegenen Hotel mit Tee und Biskuits. Wir brechen gerade noch rechtzeitig zur Rückfahrt auf, um bei sinkendem Tageslicht ein Ziel zu erreichen, auf das ich ungern verzichtet hätte: den amerikanischen Krieger-Friedhof Fort McKinley.

„US-Cemetery" – so weisen einfache Straßenschilder in die Richtung einer beherrschenden Anhöhe, von der aus sich der Blick sowohl hinaus auf die See und die Inselwelt wie in das Landesinnere zu den Bergen weitet – gewiß einer der schönsten Plätze dieses Landes.

Hier haben die Amerikaner ihren toten Soldaten aus dem Ostasien-Krieg 1942–1945 einen gemeinsamen Ruheplatz und eine Gedenkstätte bereitet: in einer Würde und Schönheit, die für den an die vielen abstoßenden Erscheinungsformen des Amerikanismus Gewohnten eine Überraschung bedeutet.

Der Ostasienkrieg war bekanntlich ein Ringen, das sich in enormen Bereichen abspielte; im ersten weitausgreifenden Vorstoß ihrer kombinierten See-, Luft- und Landstreitkräfte haben die Japaner innerhalb von nur acht Monaten (vom Dezember 1941 bis zum Juni 1942) ihre Fronten bis Burma und von dort südlich über Niederländisch-Indien bis nach Neu-Guinea,

ins Bismarck-Archipel und zu den Salomonen-Inseln, also in den unmittelbaren Bereich Australiens, im Westen bis zur Insel Wake und zu den Aleuten ausgedehnt – dann aber trat die Wende ein. Sie begann schon im Juni 1942 mit einem erfolgreichen amerikanischen Flottenvorstoß und der für die Japaner verlustreichen See- und Luftschlacht bei den Midway-Inseln.

Die Inselgliederung des Pazifik bietet dem Angreifer große Vorteile, die sich für eine überlegene See- und Luftmacht noch verstärken; dennoch benötigten die Amerikaner mehr als drei Jahre um die Japaner aus ihrem damaligen riesigen Machtbereich – er umfaßte 450 Millionen Menschen – wieder zurückzudrängen. Um Inseln, die bis dahin europäischen Ohren ganz unbekannt waren, wurde mit leidenschaftlicher Hartnäckigkeit gerungen – die amerikanischen Angreifer und die japanischen Verteidiger haben hier schwere Opfer gebracht und der Kampf wäre wohl nicht so einseitig entschieden worden, wenn sich nicht durch den militärischen Zusammenbruch Deutschlands im Frühjahr 1945 die weltstrategischen Gewichte endgültig zugunsten der Vereinigten Staaten verlagert hätten. Aber auch dann mußten die amerikanischen Soldaten noch monatelang hart kämpfen. Der Sieg in Ostasien ist ihnen nicht in den Schoß gefallen.

Dieses US-Cemetery gibt davon Zeugnis: soweit das Auge reicht, dehnen sich die Gräberfelder und in lichten Säulenhallen sind überdies die Namen all derer verzeichnet, die hier nicht bestattet werden konnten, sondern irgendwo mit ihren Schiffen und Flugzeugen in den Fluten des Pazifik versanken. In den Gedenkhallen sind in farbigen Mosaiken die Bereiche der großen Schlachten kartographisch dargestellt, in großen Lettern die wichtigsten Kampfgeschehnisse verzeichnet. Da ist zu lesen: „Battle of Midway 3.–7. June 1942“ „The Marianes 15. June–10. August 1944“ „Battle of Leyte 23.–26. October 1944“ „Philippines 20. October 44 – 15. August 45“.

Ein weißer Marmorturm überragt die Stätte, von der sich sagen läßt: man muß hierher kommen, um ein anderes als das Amerikanertum der „New York Times“ zu ahnen und zu begreifen.

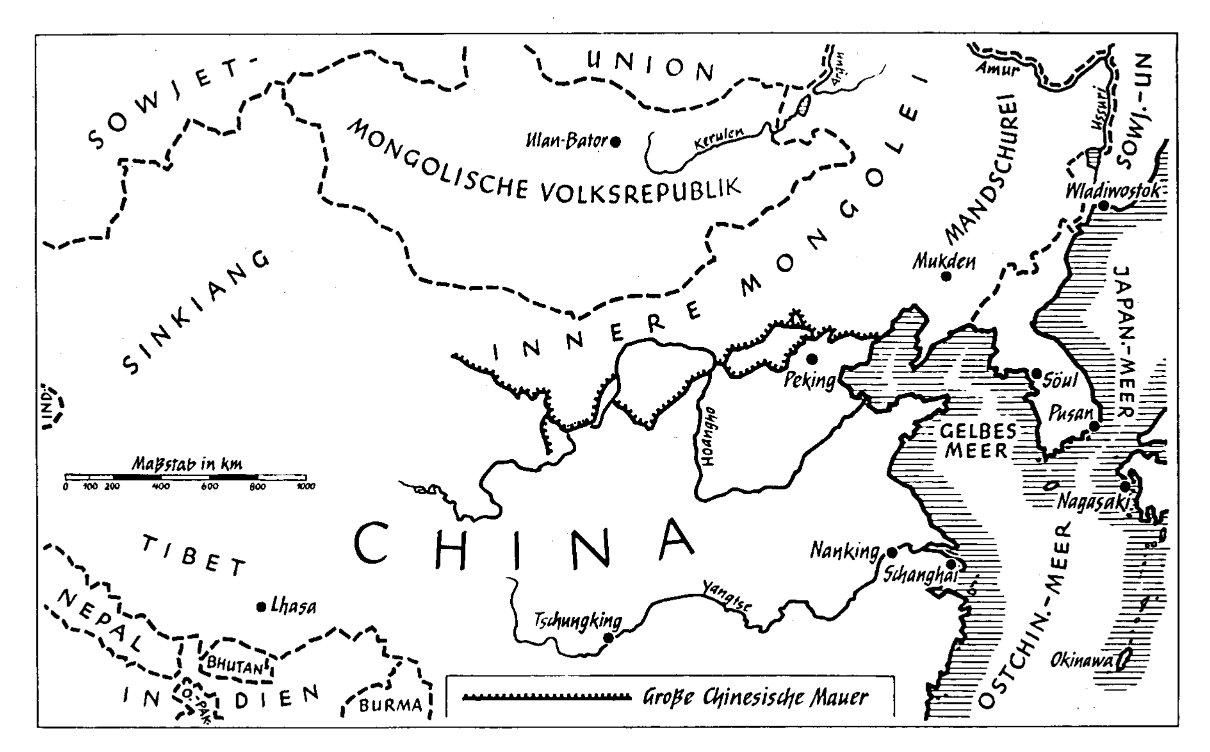
Die Sonne senkt sich, und die Säulenhallen werfen Schatten; in eiliger Fahrt zuerst durch das hügelabwärts angelegte Millionärs-

viertel, dann durch die weniger imponierenden Stadtteile Manilas – einst im billigen Stil amerikanischer Vororte hingebaut und seither verwahrlost – erreichen wir unser Schiff gerade noch rechtzeitig zur angesetzten Abfahrtszeit. Man wartet schon auf uns, kaum sind wir an Bord, da rattert das Fallreep hoch.

Als wir nach dem Abendessen wieder auf Deck kommen, sind wir bereits draußen in der Bucht von Manila, das hinter dem Heck verschwindet. Der Mond ist aufgegangen, matt beleuchtet er eine dunkle Felseninsel die steuerbords vorüberzieht: Corregidor.

Hier haben sich die Amerikaner verschanzt, als die Japaner im Januar 1942 Manila im Handstreich nahmen. Es ging hier anders als in Singapore: bis zum 6. Mai verteidigte sich die Besatzung von Corregidor, sie ergab sich erst als sie ausgehungert war und sich verschossen hatte. Und am 28. Februar 1945 – nicht erst nach der japanischen Kapitulation – haben amerikanische Elite-Einheiten diese Inselfestung wiedergenommen.

Das mögen im Vergleich zu den großen machtpolitischen Geschehnissen jener Jahre nebensächliche Vorkommnisse gewesen sein und doch waren sie nicht ohne Bedeutung: nur *der* Anspruch behält Geltung, für den in Stunden der Entscheidung der volle Einsatz gewagt wird.


SOWJET-
UNION
SOWJ.-UN.
MONGOLISCHE VOLKSREPUBLIK
Ulan-Bator
Kerulen
Argun
Amur
Ussuri
MANDSCHUREI
INNERE MONGOLEI
SINKIANG
Wladiwostok
Mukden
JAPAN.-MEER
IND.
Peking
Söul
Pusan
GELBES MEER
Hoangho
Maßstab in km
0 100 200 400 600 800 1000
Nagasaki
TIBET
CHINA
Nanking
Schanghai
OSTCHIN.-MEER
Lhasa
Yangtse
NEPAL
Tschungking
Okinawa
BHUTAN
INDIEN
O.-PAK.
BURMA
Große Chinesische Mauer

Das größte Volk der Menschheit — Gewißheit und Zweifel

Die chinesische Mauer

Die Seereise von Manila nach Hongkong dauert gute 40 Stunden – gerade lange genug, um ein beruhigendes Gefühl der Muße zu gewähren.

Zuerst an Deck ein stiller Abend, an dem die Insel Corregidor am Horizont zurückbleibt, dann in der Schiffsbar der Schlummer-Whisky im Gespräch mit einem alten Herrn aus Hamburg. Er war im Kriege Marineoffizier, und so hat er mit dem Kapitän ein Sonderabkommen geschlossen. Morgen wird er wieder tagsüber mit dem Fernglas bewaffnet auf der Brücke stehen und den mäßigen Schiffsverkehr im Südchinesischen Meer beobachten; das mag für einen alten Seebären ein Vergnügen sein, nicht aber für Jedermann, denn mittlerweile hat eine frische Brise eingesetzt, unser Schiff beginnt kräftig zu stampfen. Die Passagiere werden fachmännisch beruhigt: zwar stürmen in dem Seegebiet, durch das wir uns jetzt hindurcharbeiten müssen, gelegentlich Taifune, aber dafür ist jetzt nicht die Jahreszeit. Ernsteres als Windstärke 6 ist nicht zu erwarten. Dennoch finde ich, daß es ratsam sein kann, sich niederzulegen, und dazu einen tiefen Griff in den Bücherkoffer zu tun.

Ein stiller Tag steht bevor und ein großes Thema kündigt sich an: China.

*

Die Geschichte der Chinesen ist aus ihren Denkmälern und Dokumenten ähnlich weit zurück verfolgbar wie die europäische – und doch ist sie ein fremder Wissensstoff der Fachleute geblieben; sie müssen sich mit dem Studium von nicht weniger als 25 offiziellen Dynastien abmühen, die im Laufe von Jahrtausenden dieses große

Reich regiert haben – immer wieder unterbrochen von jahrhundertelangen Zwischenperioden des Auseinanderfallens in vielerlei Teilgebiete.

Seit 1405 vor Christi Geburt haben die Chinesen ihre Schriftsprache, die sie eng miteinander verbindet. Schon seit dem Jahr 1000 v. Chr. – damals war in Europa noch nicht einmal Rom gegründet – wurden in China „Staatsannalen“ aufgezeichnet. Der große chinesische Philosoph Konfuzius (Kung Fu Tse), dessen Denkweise und Lehren noch in die unmittelbare Gegenwart wirken, starb in dem Jahr, in dem Themistokles die Perser in der Seeschlacht von Salamis (480 v. Chr.) besiegte!

Erst seit dem 18. Jahrhundert unserer Zeitrechnung beschäftigen sich europäische Gelehrte ernsthaft mit den Materialien und Problemen jenes fernen Riesenvolkes – und es ist gar nicht einfach, aus ihren Darstellungen dieser geschichtlichen Vorgänge, die so völlig unabhängig von unserer europäischen Entwicklung stattgefunden haben, das herauszufinden, was für heute und morgen noch bemerkenswert ist.

Als Marco Polo im Jahre 1295 nach 24jährigem Aufenthalt im Fernen Osten nach Venedig zurückkehrte, wollte niemand seinen Erzählungen Glauben schenken. Er berichtete nämlich nicht nur von einem großen und völkerreichen Land, sondern auch von einem straff organisierten Staatswesen, das nicht einfach als „barbarisch“ abgetan werden konnte. Es gab dort Millionenstädte, eine durchgegliederte arbeitsteilige Volks- und Wirtschaftsordnung, Papiergeld, Schiffahrtskanäle und eine Staatspost. Es war allerdings eine Fremdherrschaft, die Marco Polo in China erlebte. Der Venezianer wurde damals am Hofe der Mongolen-Dynastie des Dschingis Khan und seines Enkels Kublai Khan aufgenommen – wenige Jahrzehnte, nachdem die mongolischen Reiterheere bis nach Schlesien vorgedrungen waren, um sich nach ihrem Sieg bei Liegnitz (1241) überraschend wieder in die Steppen des Ostens zurückzuziehen, vielleicht: weil dem Dschingis Khan China wichtiger war als Europa?!

In China jedenfalls war die Herrschaft der mongolischen Herren von längerer Dauer. Ihre Yüan-Dynastie hielt sich von 1278 bis 1386. Dann freilich war auch die Kraft dieser Herren zerbrochen,

obwohl sie geradezu „rassisch“ dachten und regierten. Sie verboten ihren mongolischen Beamten und Soldaten jede Mischheirat mit Chinesen, diesen wiederum verwehrten sie sogar das Erlernen der mongolischen Sprache, untersagten ihnen Waffen- und Pferdebesitz. Diese wohlüberlegte Vorsicht erlahmte wie üblich, und so machten auch die Mongolen die gleichen Erfahrungen wie alle Eindringlinge, die China vordem und seither behelligt haben: sie gingen als zahlenmäßig viel zu geringe Minderheit unter in der überwältigenden Masse des chinesischen Großvolkes.

In dem etwa 2,5 Millionen Quadratkilometer umfassenden riesigen Landschaftsquadrat, das sich zwischen drei Flußsystemen – dem Hoangho, dem Yangtsekiang und dem kleineren aber nicht minder bedeutsamen Strom Hsikiang (an dem heute die Hafenstadt Kanton liegt und in dessen Delta Hongkong eingelagert ist) ausbreitet – hat sich seit unvordenklichen Zeiten eine ziemlich homogene Menschengruppe herausentwickelt. In ihrer hundertmillionenfachen Übereinstimmung geben uns die Chinesen teils mehr teils weniger Rätsel auf als jedes andere Volk der Erde.

Diejenigen Gelehrten, die trotz der aufgezeichneten „Staatsannalen“ und trotz des Nachweises zahlreicher Dynastien von einem „geschichtslosen“ China sprechen, können für dieses kritische Urteil manche Argumente vorbringen. Denn in der mehrtausendjährigen überblickbaren Vergangenheit hat sich in der politischen und geistigen Existenz dieser zwar in einige Stämme differenzierten und durch Sprachdialekte gegliederten Nation wenig oder nichts geändert. Die Spurenelemente eines gemeinsamen Volkscharakters lassen sich bis in die Dunkelperiode fernster Vorgeschichte zurückverfolgen.

Dennoch gibt es den Einwand, daß die feindlichen Einfälle, die längeren Fremdherrschaften, die zahlreichen Bürgerkriege und Umstürze ein nicht minder verwirrendes historisches Panorama abgeben als die europäische Geschichte. Ein beträchtlicher Unterschied aber ist dazu festzustellen: nie gab es eine beträchtliche Einmischung fremder *Rassen.* Wer als die wesentlichen Elemente der Menschheitsgeschichte Veränderungen erbbiologischer Faktoren erkennt, wird trotz aller Buntheit des Geschehens einen ereignislos-ruhigen Fluß der Geschichte Chinas als ihr Merkmal feststellen.

Die Tatsache und auch die Ursache dieser Gleichförmigkeit läßt sich an einem historischen Denkmal geradezu illustrieren: um dem Eindringen von Fremd*völkern* in den chinesischen Siedlungsraum einen Riegel vorzuschieben, ließ schon der Kaiser Schi Huang Ti – er regierte von 221–210 v. Chr., also in der Zeit, in der die Römer gerade den Zweiten Punischen Krieg durchkämpften – die berühmte chinesische Mauer bauen. Sie ist nicht weniger als 2450 Kilometer lang und heute noch das größte von Menschenhand errichtete Bauwerk. Noch in neuerer Zeit unter der Ming-Dynastie (1368–1644) wurde das Mauersystem wieder hergestellt, um erneut den biogeschichtlichen Dienst zu leisten, der ihr schon vor anderthalb Jahrtausenden zugedacht war: das Volk der Chinesen gegen Norden hin abzuschirmen – eine Dauerverteidigung in vollendetstem Sinn. Obwohl sie von feindlichen Heeren gelegentlich durchbrochen wurde, hatte die Mauer – da sie mit ihren Brustwehren, Wehrgängen, Türmen und Toren durch dahinter stationierte Militärgarnisonen kontrolliert wurde – dennoch eine nahezu absolute Isolierung des Chinesentums gegen jede Art von Völkerwanderung zur Folge. So wurden und blieben die Chinesen ein Volk ohne massenwirksame Einmischungen und auch ohne ernsthafte Schwächung durch Stammesabsplitterungen oder Auswanderungsbewegungen. Diese historischen Umstände begünstigten die kräftige Ausprägung eines deutlichen Volkscharakters, der von den Völkerkundlern als fügsam, fleißig, beharrlich und freundlich, wenn auch nicht ohne starken familienorientierten und egoistischen Eigenwillen beschrieben wird. Die biologische Einheitlichkeit – nur zwischen Nord- und Südchinesen zeichnen sich deutliche Differenzen ab – hat zwar die Bildung von „Eliten" ermöglicht, aber die Erscheinung von „Genies" gehört nicht zur Eigenart des Chinesentums. Man muß bis Konfuzius zurückgehen, um einen Geist zu entdecken, der über die Volksgrenzen Chinas hinaus Bedeutung gewinnen konnte. Die Chinesen sind eine Nation, die nicht durch Differenzen sondern durch Übereinstimmung gekennzeichnet ist – eine geistig-seelische Struktur, die einerseits den Zusammenhalt festigt, wie sie die zahlenmäßige Vermehrung begünstigt. Wenn auch die derzeit bei fast 800 Millionen angelangten Bevölkerungsangaben der rotchinesischen Behörden die nicht-

chinesischen Staatsangehörigen – die Tibetaner, Turkestaner, Mongolen usw. – mit umfassen, so unterliegt es doch nicht dem geringsten Zweifel, daß die Chinesen heute wie seit Jahrhunderten das zahlenmäßig größte Volk der Menschheit sind*.

Offen war China immer nur zur See hin; aber von dort kamen außer Marco Polo, einigen Jesuitenpatres und portugiesisch-holländischen Kaufleuten keine Eindringlinge, wenigstens nicht bis ins 19. Jahrhundert. Erst mit dem Zeitabschnitt, den wir als „neueste Geschichte" begreifen, beginnt eine ernsthafte europäisch-chinesische Verbindung. Alles was vorher war, hatte nur anekdotische Bedeutung. Und was seither geschah: diese neuere Vergangenheit ist immer noch nicht „bewältigt", weder von den Chinesen noch von uns Europäern.

Uns, die wir unsere Geschichtsbegriffe mit Ägypten, Griechen, Römern messen, die Zeitrechnung von Christi Geburt datieren, ist in der chinesischen Entwicklung so gut wie alles fremd, weil sich nirgends eine Parallele findet und außer den Jahrzehnten des Mongolensturms im 13. Jahrhundert auch kein Berührungspunkt zu dem, was in den gleichen Jahrtausenden in Europa vorging. Zwar kannten schon die Griechen die chinesische Seide und kauften sie von fremden Händlern, die sie aus der Ferne heranbrachten. Das aber war auch alles. So war es möglich, daß bedeutende technische Erfindungen in China nicht nur früher sondern auch in anderer Weise gemacht und entwickelt wurden als in Europa – vom Rad bis zur Zahnbürste (die – wie ich aus einem gelehrten Buch ersehe – in Europa erstmals 1675 bekannt wurde, in China aber bereits um 1500 in Gebrauch kam). Schon 700 Jahre v. Chr. gab es in China eine dreizehn Meter hohe gußeiserne Pagode; um 200 v. Chr. ist dort Stahlerzeugung nachgewiesen, die erst um 1450 n. Chr. in Europa bekannt wurde. Papierherstellung, Druck

* Die Londoner „Times" berichtete am 17. 4. 1968, daß nach sorgfältigen Schätzungen des amerikanischen Generalkonsulats Hongkong im Jahre 1967 die Bevölkerungszahl Chinas den Stand von 786 Millionen erreicht hatte; unter Einrechnung der jährlichen Zuwachsrate bedeutet das, daß im Jahr 1968 die 800-Millionen-Grenze erreicht, wenn nicht überschritten wurde. Nach Mao Tse Tungs Theorie ist dieser Bevölkerungszuwachs nicht beunruhigend, da „ein Mensch mehr produzieren kann als er verbraucht". Dieser Satz mag bei einem intelligenten und arbeitsamen Volk, wie es die Chinesen sind, zutreffen.

mit beweglichen Lettern, ja das Schießpulver – alles das haben die Chinesen für sich erfunden, freilich auch nur begrenzt angewendet und kaum weiterentwickelt. Ihr politisches Verhalten ist uns Europäern ebenfalls ziemlich unverständlich, nicht zuletzt deshalb, weil die Chinesen in ihrer vieltausendjährigen Geschichte nie als Eroberer aufgetreten sind! Es gab zwar ausstrahlende Durchdringungsprozesse, auch Seefahrer und Seeräuber, die sich bis nach Singapore und nach Manila wagten, sich dort und an manchen anderen Gestaden niederließen, aber das waren einzelne Abenteurer. Das Chinesenvolk in seiner in sich ruhenden Masse blieb dem Gedanken verhaftet, den Mittel- und Schwerpunkt der Menschheit zu bilden und zwar dort, wo es lebt – im „eigentlichen China".

Erst aus der Zeit der letzten Dynastie der Mandschus (1644 bis 1911) – sie bezeichnet die zweite große Fremdherrschaftsperiode der chinesischen Geschichte – datiert eine Art China-„Imperialismus". Der zweite Mandschu-Kaiser Kang Li, der von 1662 – 1722, also 60 Jahre lang, regierte, befestigte seine Herrschaft nicht nur durch die Eroberung der Insel Formosa (wohin sich ein Nachkomme der von den Mandschus vertriebenen Ming-Dynastie zurückgezogen hatte), er führte auch Feldzüge in die Mongolei, nach Turkestan und Tibet – alles Länder, die erst damals in den chinesischen Reichsverband einbezogen wurden. Ein weiterer – ebenfalls sechs Jahrzehnte regierender – großer Mandschu-Herrscher Kao Tsung (1736–1795) machte Hinterindien zum Protektorat. Dieser Kaiser war es, der den 1793 vom englischen König mit einer Botschaft entsandten Lord McCartney abweisend beschied: China habe alles, was es brauche, es benötige nichts von den rothaarigen Barbaren des Westmeeres. Die beantragte Einrichtung einer ständigen britischen Vertretung in Peking werde deshalb abgelehnt. Dem Herrscher von St. James sei es jedoch gestattet, „sich zu den niederen Tribut-Fürsten einzureihen und bei den Staatsfesten Huldigungsgeschenke zu überreichen."

Diese wahre Anekdote bezeichnet freilich auch schon den Wendepunkt der Mandschu-Herrschaft, die – wie keine Dynastie zuvor – den chinesischen Staat zur Vormacht Asiens emporgehoben hatte, wobei allerdings das chinesische *Volk* ähnlich wie zur Mongolenzeit in die Rolle der Untertanen verwiesen blieb.

Die Mandschus waren die Herrscher eines von den Mongolen abgezweigten, den Japanern verwandten kleinen Volkes, das in der Mandschurei, also nördlich der chinesischen Mauer, siedelte und von seinem Einigungsfürsten Nurhatsi im 16. Jahrhundert unter einer „Bannerverfassung“ nicht nur politisch sondern auch militärisch organisiert wurde. Schon Nurhatsis Sohn gelang dann der Zugriff nach Peking, wo er 1644 die chinesische Ming-Dynastie ablöste und die Führung des Reiches zunächst nach dem Muster der Mongolenherrschaft strikt in mandschurische Hände legte. Den Chinesen wurden die hohen Staatsämter verwehrt, ja es wurde ihnen im Zeichen der Unterwerfung das Tragen von Zöpfen anbefohlen – eine Zwangssitte, die noch bis in das 20. Jahrhundert gegolten hat. Auch die Feldzüge zur Reichsausweitung waren mandschurische Unternehmungen, zu denen die Chinesen nur das Fußvolk zu stellen hatten. Freilich erwies sich die mandschurische Volkskraft ebenso wie vordem die mongolische als viel zu schwach für einen so großen Anspruch; das biogeschichtliche Ergebnis von knapp drei Jahrhunderten Mandschu-Herrschaft in China war der fast völlige Untergang des Mandschu-Volkes; nur noch Reste haben sich in der heutigen Mandschurei erhalten, die mittlerweile chinesisch besiedelt ist, – eine späte aber wirksame Rache der Chinesen.

Die Mandschu-Herrschaft begann bereits im Laufe des 18. Jahrhunderts mit dem Sieg der chinesischen über die mandschurische Sprache am Pekinger Hof schwächer zu werden; gescheitert ist sie dann an ihrem Unvermögen, die Eingriffe der europäischen Mächte abzuwehren. Ihre letzte Erniedrigung hat die Dynastie der Mandschus in unserer Zeit erfahren, als der 1911 als Kind abgesetzte, später von den Japanern als nominelles Staatsoberhaupt von „Mandschukuo“ installierte, 1945 von den Sowjets gefangengenommene Kaiser Pu Yi von Mao Tse Tung aus der Haft entlassen wurde und in Peking bis zu seinem Tode (1967) als Staatspensionär ausgehalten wurde*.

* Das Leben des Kaisers Pu Yi verdient als eines der seltsamsten Schicksale unserer Zeit skizziert zu werden:
Er wurde 1906 in der damals noch „verbotenen Stadt“ der Kaiserlichen Palastregion in Peking geboren. Sein Vater war der Mandschu-Prinz Chim, seine Mutter die Tochter eines einfachen Mandschu-Sol-

In ihrer Glanzzeit haben die Mandschu-Kaiser ein China organisiert, das zu denken gibt. Zwei Jahrhunderte hindurch genossen sie nicht nur imperialen Respekt in ganz Asien, sondern hielten auch eine innere Ordnung aufrecht, die sich in erstaunlichen Zahlen ausdrückt. Mitte des 17. Jahrhunderts hat es etwa 100 Millio-

---

daten, der freilich Vertrauter der damals regierenden Kaiserin war. Diese hatte ihren Gatten interniert; sie ließ nach dessen Tod im September 1908 den zweijährigen Knaben Pu Yi zum Kaiser ausrufen, in der Hoffnung weiterhin selbst regieren zu können. Sie starb jedoch bald darauf; eine Regentschaft wurde eingesetzt, die nach der erfolgreichen Revolution Sun Yat Sens im Februar 1912 Pu Yis Abdankung verkündete.

Der kaiserliche Knabe durfte — von der Republik mit einer Apanage versorgt – im Palast wohnen bleiben, wo er unter der Aufsicht von fünf dort lebenden Kaiser-Witwen aufwuchs. Im Juni 1917 unternahm ein chinesischer General einen Putsch und setzte den Elfjährigen für einige Tage wieder als Kaiser ein. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges trat ein britischer Erzieher in Erscheinung, der zunächst dafür sorgte, daß der kurzsichtige Jüngling Augengläser erhielt und der ihn 1923 überredete, sich dem Zugriff rivalisierender chinesischer Generale durch Flucht in die japanische Niederlassung in Tientsin zu entziehen. Als die Japaner 1931 die Mandschurei besetzten, übertrugen sie ihrem Schützling Pu Yi dort zunächst die Befugnisse eines Generalgouverneurs, 1934 setzten sie ihn als Kaiser des neugeschaffenen Staates Mandschukuo ein, billigten ihm jedoch weder damals noch später jemals Einfluß südlich der chinesischen Mauer zu.

Nach der japanischen Kapitulation 1945 flüchtete Pu Yi mit seinem Hofstaat an die koreanische Grenze, verkündete dort seine Abdankung und versuchte nach Japan zu entkommen, wurde jedoch von den Russen eingeholt und verhaftet. Im ostasiatischen „Nürnberg"-Prozeß in Tokyo trat Pu Yi 1946 als „Zeuge" der Anklagebehörde gegen die japanischen „Kriegsverbrecher" auf, dann verschwand er in einem sibirischen Gefangenenlager in die Vergessenheit. Sein Name wurde erstmals wieder genannt, als Stalin den früheren Kaiser im Jahre 1950 den Behörden Rot-Chinas übergab. Entgegen seiner Erwartung, dort sofort erschossen zu werden, sah sich der Gefangene bei seiner Ankunft in Mukden mit Tee bewirtet. Im Auftrag Mao Tse Tungs wurde ihm eröffnet, daß er in ein „Umschulungslager" eingewiesen werde. Der so bezeichnete Gefängnisaufenthalt dauerte bis 1959, dann wurde Pu Yi als „umerzogen" aus der Haft entlassen und in einem Kulturbüro in Peking beschäftigt. Im Jahre 1962 wurde er mit einer chinesischen Krankenschwester verheiratet; zwei frühere Gemahlinnen waren – dem Hausgesetz der Mandschu entsprechend, das Prinzenheiraten mit Chinesinnen verbot – mandschurischer und mongolischer Abstammung gewesen. Dann durfte er noch eine Autobiographie unter dem Titel „Vom Kaiser zum Genossen" veröffentlichen, die 1965 in Peking erschien. Ausländische Diplomaten begegneten ihm dort gelegentlich als Gast bei Empfängen der rotchinesischen Regierung, bis am 15. 10. 1967 der Tod des 61jährigen gemeldet wurde.

nen Chinesen gegeben. Nach knapp 150 Jahren der Mandschu-Herrschaft – etwa zu der Zeit, als der Kaiser die britische Gesandtschaft zurückschickte – waren es bereits 275 Millionen!

Die Mandschu-Herrscher des 17. und 18. Jahrhunderts wußten, worauf es bei den Chinesen ankommt: sie gründeten ihr Regiment nicht nur auf militärischen sondern auch auf moralischen Zwang und förderten im alten Konfuzianismus – dem Ideal des „rechten Denkens, rechten Handelns, der rechten Sitte" eine Philosophie, die das dem Chinesen tief eingeprägte Familienbewußtsein mit Staatsdienst verbindet. Das „Rechte": das ist das Leben des Einzelnen für die Familie, das Leben der Familie für den Staat (wobei in China das Erstere das Selbstverständliche, das Letztere eine bis heute nicht ganz durchzusetzende Forderung ist). Vor fast 2 500 Jahren hat Konfuzius sein Ideal so formuliert, wie es die Chinesen instinktiv anerkennen:

„Wenn das große Prinzip regiert, wird die Welt einer allen gehörenden Heimstätte gleichen, dann werden tugendhafte, verdienstvolle Männer als Herrscher auserwählt sein; die Beziehungen der Menschen untereinander werden von Redlichkeit und Freundschaft geleitet sein; die Menschen werden nicht nur ihre eigenen Eltern und Kinder lieben, sondern auch die der anderen. Die Betagten, die Jungen, die hilflosen Witwen und Witwer, die Waisen, die Verlassenen, die Arbeitsunfähigen und Kranken werden gut versorgt und betreut werden, weil die Gesunden und Tüchtigen es sich zur Pflicht machen, ihnen zu helfen. Jeder Mann wird entsprechend beschäftigt und jede Frau passend verheiratet werden. Man wird nichts umkommen lassen oder wegwerfen, aber die Ersparnisse und Vorräte jedes Einzelnen dienen der Allgemeinheit. Jedermann sollte seinen eigenen Verdienst haben, aber die daraus erwachsenden Vorteile müssen auch anderen zugute kommen. So wird es keine Ursache geben für Verschwörung, Raub, Diebstahl und Rebellion, und niemand wird sich veranlaßt sehen, die Haustüre zu verriegeln. Das wird ein wirkliches Staatswesen aller sein." (Buch des Li, Buch XXI, Titel Li Jun, Kap. 9.)

Natürlich ist dieses Ideal auch von den Mandschu-Kaisern nicht verwirklicht worden – aber sie haben es ihren Untertanen vorgehalten und ihm nicht so offenkundig und radikal widersprochen wie es die Leute taten, die wenige Jahrzehnte, nachdem Kaiser Kao Tsung ihnen hoheitsvoll die Tür gewiesen hatte, sich dann mit Waffengewalt Eingang verschafften.

Es war ein wenig erfreuliches Anliegen, das die Engländer – kurz nachdem sie sich in Singapore den Schiffahrtsweg gesichert hatten – in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts durchsetzten: den einträglichen Opiumhandel ihrer Ostindischen Kompanie mit einem China, das nach dem Willen des regierenden Kaisers vor diesen unerwünschten Rauschgift-Importen geschützt werden sollte. Opium aber war das wichtigste Austauschmittel für die Seide und den Tee, den die britischen Kaufleute in Kanton für England kauften.

Als im März 1839 ein neuer chinesischer Gouverneur es unternahm, den kaiserlichen Willen ernsthaft durchzusetzen und in den britischen Faktoreien in Kanton zur allgemeinen Überraschung größere Bestände geschmuggelten Opiums beschlagnahmen ließ, war das für die Briten der „casus belli". Die nun folgende Auseinandersetzung war von den Engländern angesichts ihrer Waffenüberlegenheit leicht zu gewinnen. Immerhin gab es einige Zwischenfälle und es bedurfte zweier britischer Befehlshaber, bis der „Opium-Krieg" zugunsten Englands entschieden war.

Wieder einmal überschritt ein britischer Bevollmächtiger seine Instruktionen: Sir Henry Pottinger (er verdiente in Hongkong ein nicht minder großes Standbild wie es Raffles in Singapore erhalten hat) sollte zwar „nur sicheren und gut organisierten Handel mit China gewährleisten", als es aber schließlich im Jahre 1842 zum Friedensschluß von Nanking kam, wurden den britischen Handelsschiffen nicht nur die chinesischen Häfen von Kanton und Shanghai geöffnet, sondern auch die Insel Hongkong im Kanton-Delta an die Britische Krone abgetreten. Sogar in London war man verblüfft über diesen Erfolg und es wurde bezweifelt, ob die kaiserliche Regierung in Peking diesem Vertrag wirklich zustimme. Erst als das geschehen und die Vertragsurkunde am 26. Juni 1843 ausgetauscht war, erklärte man Hongkong offiziell zur britischen Kolonie und Sir Henry Pottinger durfte sich Gouverneur nennen.

Das war der erste der „ungleichen Verträge", zu deren Abschluß die chinesischen Regierungen im Laufe des 19. Jahrhunderts nicht nur von den Engländern und Portugiesen*, sondern auch von

* Die Halbinsel Macao – wie Hongkong am Kanton-Delta gelegen und heute noch unter formaler portugiesischer Verwaltung – war be-

den Russen, den Amerikanern und weiteren europäischen Mächten, ja sogar von den Japanern erzwungen wurden – Verträge, die heute noch ihre Rolle spielen, weil Rot-China sie nicht anerkennt, aber sie auch nicht zerreißt.

Hongkong: „China in der Westentasche"

Mit dem Studium dieser Geschichte und Geschichten ist es nach einem nebligen und mit der erwarteten Windstärke ziemlich bewegten Tag Abend geworden. Im Speisesaal sind manche Plätze leer geblieben, die Schiffsoffiziere teilen mit, daß wir morgen erst in den Vormittagsstunden vor Hongkong eintreffen werden: für Passagiere mit Fotoapparaten eine besonders erwünschte Zeit.

Die ersten Blicke aus dem Kabinenfenster zeigen am frühen Morgen eine gebirgige Inselwelt, in die wir mit gedrosselter Fahrt einlaufen.

Bald ist die Schiffsgesellschaft an Deck versammelt, die Wolken haben sich gelichtet, die See ist glatt und alles erwartet mit Spannung die als Naturschönheit vielgerühmte Hafeneinfahrt. Zunächst macht es Schwierigkeiten, die meist unbewohnt scheinenden Inseln zu identifizieren. Wir befinden uns nämlich im rotchinesischen Bereich. Erst nach der Durchfahrt durch die äußere Inselkette läßt sich an manchem auf den Gipfeln wehenden „Union Jack" erkennen, daß einige mit schwerer Artillerie befestigte Inseln zu den „New Territories" gehören, die England im Jahre 1898 auf 99 Jahre gepachtet hat und die die äußeren Bereiche Hongkongs bilden. Die der Insel Hongkong gegenüber liegende Halbinsel Kowloon ist dagegen im Jahre 1860 noch „auf ewig" an die Britische Krone abgetreten worden. Diese Ewigkeit war freilich bereits zwischen 1941 und 1945 durch die Japaner unterbrochen worden*,

---

reits seit 1557 Handelsplatz für portugiesische Seefahrer; aber erst 1887 wurde die staatsrechtliche Abtretung Macaos von den Portugiesen gefordert und von der kaiserlich-chinesischen Regierung zugestanden.

* Im Dezember 1941 eroberten die Japaner die „New Territories" in vier Tagen. Die Kapitulation Hongkongs folgte zehn Tage später am 25. Dezember 1941.

wie lange sie noch dauern und ob sie das Jahr 1997 erreicht, in dem die Pacht der „New Territories“ offiziell abläuft: das sind Fragen, die den Hongkong-Reisenden im Augenblick wenig beschäftigen. Immerhin sind die Zahlen notierenswert: die Insel Hongkong ist 75 Quadratkilometer, die Halbinsel Kowloon weitere 10 Quadratkilometer, die nur gepachteten „New Territories“ jedoch sind mit 945 Quadratkolimeter mehr als zehnmal so groß.

Es ist eine Überraschungsfahrt: noch gleiten wir fast einsam durch eine stille Inselwelt – da öffnet sich plötzlich, als seien wir aus der Kulisse auf eine Bühne getreten, der Blick in eine pulsierende, lebenerfüllte See- und Berglandschaft; zunächst ganze Hänge voll Behelfssiedlungen, die wie Bienenwaben an den Höhen kleben. Dann wird der Blick frei für eine ferne Wolkenkratzerlandschaft, Düsenflugzeuge tauchen wie Riesenvögel in den von Bergen umschlossenen Kessel – einen der größten Naturhäfen des Erdballs.

Man mag über die Engländer und ihr Eindringen urteilen wie immer man es für geboten hält; der britische Lord Napier, der schon 1834 – mehrere Jahre vor dem Opium-Krieg – den Erwerb Hongkongs empfahl, hatte das Gelände sorgfältig ausgewählt. Damals war die Insel nahezu unbewohnt. Der chinesische Hafen Kanton liegt flußaufwärts. Hongkong ist kaum weniger geschützt (wenn auch gelegentlich Taifun-gefährdet), liegt aber unmittelbar an der offenen See!

Jährlich laufen jetzt etwa 6500 seegehende Schiffe hier ein und aus – davon etwa 1500 unter britischer und 1200 unter japanischer Flagge; der Warenumschlag beträgt über 20 Millionen Tonnen. Er geht schneller vonstatten als in irgend einem anderen Hafen im Fernen Osten.

Wir gleiten nun in das geschäftige Gewirr dieser Metropole des Weltverkehrs, vorbei an hunderten von kleinen und großen Schiffen (darunter auch ein Flugzeugträger), zwischen denen in Minutenabständen die großen, grünen Fährschiffe den Menschen- und Fahrzeugverkehr zwischen Kowloon und Victoria (so heißt offiziell die britische Stadt auf der Hongkong-Insel) aufrecht erhalten.

Kowloon dürfte man eigentlich nicht englisch schreiben. Während Victoria von den Briten gegründet wurde, ist Kau Lun („Neun

Drachen“) schon eine ältere chinesische Ansiedlung. Heute sind die beiden Städte zusammengewachsen, nur das Hafenbecken mit seinem Schwarm von Schiffen trennt sie noch – aber nicht mehr lange. Schon in den 70er Jahren soll ein Tunnel die emsigen Fähren ersetzen.

Als wir schließlich unsere Pier erreicht haben, und die übliche Gesellschaft der Paß- und Zollbeamten, der Agentur-Angestellten und sonstigen Funktionäre über das rasch herabgelassene Fallreep an Bord eilt, wissen wir, daß wir zwar in einer amerikanisierten Stadtlandschaft, aber dennoch in China gelandet sind. Weit und breit kein weißes Gesicht. Wer immer mit der Ankunft unseres Schiffes zu tun hat, mag britische Uniformen und Mützen tragen, aber darunter blicken muntere Schlitzaugen in die Papiere. Sogar der Lotse ist Chinese; nur die Schiffsagentur hat einen Engländer entsandt. Und rund um uns liegen Dschunken und Sampen, auf denen sich ein buntes chinesisches Familienleben mit Hund und Kindern so ungeniert entfaltet, als sei unser großer Kahn nur ein Phantom.

Die „Immigration Regulations“, die man uns in die Hand drückt, (obwohl sie nur für die Passagiere Bedeutung haben, die hier ihre Reise beenden), nennen Sonderbestimmungen für „Personen chinesischer Rasse“: sie sind von der Verpflichtung, den Personalausweis vorzuweisen, befreit – es sei denn, es handle sich um „eine Person chinesischer Rasse mit einem amerikanischen Paß“. In diesem Fall muß der Reisende die gleichen Dokumente und Visa vorweisen wie ein „Ausländer anderer Rasse“: ohne einen Blick auf Rassemerkmale kommt ein Hongkonger Paßbeamter offenbar nicht aus! Da er zwar britische Uniform trägt, aber doch ein Chinese ist, kann er nicht getäuscht werden.

*

Es ist früher Nachmittag geworden, das Essen ist beendet, die älteren Passagiere ziehen sich in ihre Kabinen zum Mittagsschlaf zurück, der freilich durch das Getöse des lauten Hafens, das Kreischen der Kräne, das Tuten der Verkehrsschiffe, das Getrampel der Schauerleute gestört sein wird.

Mir ist es wichtiger, mich zunächst umzusehen.

Wir haben in Kowloon angelegt; erfreulicherweise liegt unsere Pier kaum 200 Meter von der Anlegestelle der „Ferry" nach Victoria entfernt. Freilich muß zunächst das Hafensperrgebiet verlassen werden, was einen Umweg bedeutet, aber da die Fähren ohne lange Wartezeiten nahezu ununterbrochen hin und her verkehren, bedeutet das nur wenig Zeitverlust.

Die Übersetzschiffe sind modern und zweistöckig eingerichtet: Unten für Fahrzeuge und Passagiere zweiter Klasse und oben – von der Station her direkt zu betreten – erster Klasse, in der freilich weiße Gesichter ebenfalls rar sind.

Drüben landet man mitten im „englischen" Hongkong: da weitet sich zunächst hinter der langen Reihe wartender Rikschas und Taxis der Edinburgh-Platz mit dem modernen Hochhaus, das als „City Hall" ausgewiesen ist; schräg gegenüber das nicht minder hochragende „Mandarin-Hotel". Im Hintergrund die britische „Hongkong- und Shanghai-Bank", direkt daneben die rot-chinesische, also kommunistische „Bank of China".

Dann tauche ich unter in der Straßenschlucht der „Queensroad", an der sich die Häuser der City auftürmen.

Es ist heute ein christlich-englischer Feiertag, und deshalb scheinen die Straßen hier entvölkert, wenn auch sogar in diesem modernen Geschäftsviertel einige Stangenträger daran erinnern, wo wir uns befinden. Ein chinesischer Bettler, der sich an dem Eingangsstufen einer Großbank niedergelassen hat, paßt sich den Verhältnissen dadurch an, daß er auf seiner Mundharmonika den River-Kwai-Marsch intoniert. Die Passanten sind fast ausnahmslos Chinesen, wenn auch in schwarzen Anzügen. An Werktagen wird das Bild sich ändern, aber heute komme ich mir ganz verloren vor in dieser europäischen Superstadt ohne Europäer.

In einem der ausgestorbenen Gebäude werde ich – von einem chinesischen Liftboy geleitet – hoch oben in einem Büro mit prächtigem Blick über den Hafen von einem deutschen Geschäftsmann erwartet, der ein halbes Leben – wenn nicht fast ein ganzes – hier verbracht hat, und zwar nicht nur in Hongkong, sondern die meiste Zeit in Shanghai, wo fast alle die hartgesottenen „China-Deutschen" ihre Niederlassung hatten. Seit 1949 hat sich sowohl

der europäische wie auch der chinesische Großhandel von dort hierher nach Hongkong verlagert, das seit dem Sieg Mao Tse Tungs neben Macao (auf der gegenüberliegenden Seite des Kanton-Deltas) der einzige freie Hafen des chinesischen Festlandes geblieben ist.

Das Thema dieses Gespräches ist natürlich China, das China von heute – wie könnte es anders sein hier an dieser Stelle mit dem Blick auf tausend dunkle Dschunken zwischen den hellen Schiffen der westlichen Handelsflotte; und mit diesem Mann, der so intensiv erlebt hat was gestern geschah und so genau beobachtet was heute geschieht – drüben jenseits der Grenze, die keine 50 Kilometer entfernt ist.

Wer als Europäer China wirklich kennt, dem bleibt es dennoch – gerade deshalb – immer wieder ein Rätsel: da hat sich ein Regime durchgesetzt, das auf den ersten Blick so unchinesisch wie nur denkbar ist, das im Siegesrausch der frühen 50er Jahre alles zu erschlagen anfing, was die Merkmale nicht nur chinesischer Tradition sondern auch chinesischer Mentalität sind. An die Stelle der Familie setzte man „Kommunen", die Ahnengräber wurden verwüstet, Industrialisierung befohlen. Was kommen mußte kam: innere Krisen, Verwirrung, Hungersnöte, seelischer Widerstand. Derzeit sei Mao nun „auf der ganzen Linie im Rückzug".

Dieses Urteil aus berufenem Munde notiere ich in einem Zeitpunkt, in dem ein neuerlicher Ausbruch des „Maoismus", die „Kulturrevolution" erst noch bevorsteht (und dem dann wieder unvermeidlich ein „Rückzug" folgen wird, weil sich eine Änderung von Volkscharakteren zwar versuchen, aber auf die Dauer nicht durchsetzen läßt).

Im Augenblick sieht der deutsche Kaufmann mit großem Optimismus nach Peking: dort regiere eine „kleine Gruppe", die auch nach Maos Tod das Heft in der Hand behalten werde und die „klüger als die Leute in Moskau" seien. Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten sowjetischer Prägung sei nur scheinbar ideologisch. In Wirklichkeit gehe es natürlich darum, daß keine Regierung in Peking auch nur den Schein ertragen könnte, sie sei ein „Satellit". Man beschwört eine chinesische Führungsrolle in der farbigen Welt – einschließlich Südamerikas. Aus Gründen der

chinesischen Selbstachtung muß immer wieder laut und deutlich gesagt werden, daß ein „Buch der Bücher" keinesfalls in Moskau verkündet wird. Von den Pekinger Welt-Träumereien spricht der, der die Chinesen kennt, nur mit einem untergründigen Lächeln. Er ist ein ehrlicher Freund dieses großen Volkes – er kennt es in seinen Stärken, aber auch in seinen Schwächen: „Was sie nicht können, ist organisieren – nicht einmal ihre eigene Familie. Sie sind ehrlicher und klüger als die Japaner, es fällt ihnen selbst etwas ein – aber sie bringen es nicht zustande, ihr Potential wirksam zu nützen."

Noch viel weniger wie die Russen sind die Chinesen zu „Führern der Völker" geboren!

Anders sieht es aus mit den unmittelbaren und konkreten Streitpunkten, die sie mit dem mächtigen – aber in ihren Augen keineswegs übergroßen – Nachbarn im Norden auszufechten haben. Da sind es allerdings auch nicht die chinesischen Kerngebiete, um die es geht, sondern die Bereiche des „größeren China" wie es unter der Mandschu-Dynastie zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert geschaffen worden war. Nur teilweise konnten diese Gebiete „sinisiert", d.h. von Chinesen besiedelt werden – und das gleiche gilt von der russischen Seite dieser Grenzen, die China als ungerecht bezeichnet, weil sie im 19. Jahrhundert von den Zaren stückweise erzwungen wurden. Es handelt sich insbesondere um die an die chinesische Provinz „Sinkiang" angrenzenden Gebiete, zu denen der historische Atlas zwischen 1854 und 1871 immer neue Veränderungen zugunsten Rußlands aufweist. Allerdings ist der ganze Bereich Sinkiangs (zu deutsch: „das neue Herrschaftsgebiet") damals erst knapp hundert Jahre hindurch chinesisch gewesen. In Wirklichkeit handelt es sich um den östlichen Teil Turkestans; dessen westlicher Teil ist heute sowjetisch beherrscht.

„Ganz Turkestan" – so bezeichnet der Kenner die Lage – „ist ein Gebiet von Turk- und Nomadenvölkern; *weder* die Chinesen *noch* die Russen haben ein wirkliches historisches Recht, dort zu regieren."

Heute freilich hat das dünn besiedelte, zu großen Teilen aus Wüsten bestehende Sinkiang besondere Bedeutung gewonnen, denn hier gibt es Öl und Uran und hier unternimmt Rot-China seine Atomversuche!

Geographisch schließt sich die Mongolei an: der äußeren Mongolei haben sich die Sowjets schon in den 20er Jahren versichert und sie sind in diesem Besitz trotz heftigen Widerspruchs der damals national-chinesischen Regierung schließlich auch von den USA bestätigt worden. Dagegen ist die „innere Mongolei" bei China verblieben. Es gibt gute Gründe für die Annahme, daß die Mongolen der weit entfernten Moskauer Oberhoheit gegenüber dem chinesischen Einfluß den Vorzug geben. Im längst fadenscheinig gewordenen „Freundschafts- und Beistandspakt" mit der Stalinregierung hat Mao Tse Tung noch am 14. Februar 1950 einen Verzicht auf die äußere Mongolei unterschreiben müssen.

„Von der äußeren Mongolei spricht man in Peking nicht. Offenbar will man abwarten, wie die Auseinandersetzung mit den Russen über die anderen Fragen verläuft – danach wird man entscheiden, was in der mongolischen Angelegenheit gefordert wird oder nicht."

Wieder anders steht es mit dem östlich an die Mandschurei angrenzenden Amur-Gebiet, das zwischen 1858 und 1860 von Rußland annektiert wurde – ohne jemals chinesisch gewesen zu sein. Freilich muß schon der Name der von den Zaren dort erbauten und von den Sowjets keineswegs neu benannten Stadt Wladiwostok die stolzen Nachfahren der chinesischen Kaiser zur Glut erhitzen: „Herrin des Ostens".

Beim Amur und Ussuri, ihren Nebenflüssen und dem großen Chanka-See geht es um wirtschaftswichtige Wasserwege von fast 10000 Kilometern Länge. Peking zeigt Neigung, diese Wasserwege stärker als früher zu kontrollieren, was für die Russen zumindest eine Belästigung bedeutet, vielleicht sogar unannehmbar ist. Von beiden Seiten bemüht man sich seit Jahren, die Gebiete entlang diesen wichtigen Strecken durch mehr oder weniger zwangsweise Ansiedlungen mit Menschen aufzufüllen. Chaborowsk und Wladiwostok sind heute massiv russische Städte geworden; die Mandschurei – also das Grenzgebiet Chinas am Amur und Ussuri – gilt heute für Peking als das nach Sinkiang zweitwichtigste Siedlungsgebiet. Aber hier wie dort erweist es sich auch für Mao Tse Tung nicht einfach, seine Menschenmassen so zu dirigieren, wie es aus politischen Gründen am zweckmäßigsten wäre.

Die Frage liegt nahe: „Wird die heutige chinesische Führung wegen aller dieser kritischen Punkte eines Tages gegen Rußland marschieren, wird sie im Geiste Dschingis Khans nach Moskau aufbrechen?"

„Vergessen Sie nicht: Dschingis Khan war kein Chinese – und die Chinesen sind nie Krieger gewesen. Die rot-chinesische Armee ist wohl gewiss besser organisiert als frühere Heere in diesem großen Land. Im Kriegsfall werden die Soldaten vielleicht nicht sofort weglaufen; aber ob sie wirklich kämpfen, das ist eine große Frage. Für unsere Begriffe hat die chinesische Armee enorme Mannschaftszahlen. Aber nur fünf oder sechs ihrer Divisionen sind motorisiert. Damit kann man nicht Rußland angreifen."

„Und die Atombombe?"

„Gewiß, sie könnten so frivol sein und ihre dicht besiedelten Kerngebiete einem Gegenangriff preisgeben; aber zunächst müßten sie die Gewißheit haben, daß sie mit *ihren* Bomben wirklich wichtige Zentren in Rußland treffen – aber soweit sind sie noch nicht... In den nächsten 20 oder 30 Jahren wird es gewiß immer wieder Grenzstreitigkeiten und Auseinandersetzungen mit den Russen geben. Aber die Chinesen rühren sich nur, um zu zeigen, daß sie mit Moskau böse sind und daß sie die ‚ungleichen Verträge' nicht vergessen haben. Dabei spielt es eine Rolle, daß Lenin im Jahre 1919 einmal unvorsichtig gesagt hat, Sowjet-Rußland werde die alten zaristischen Räubereien nicht verteidigen. Später freilich hat auch Lenin wieder anders darüber gedacht und ist in die alte Linie des russischen Asien-Imperialismus zurückgeschwenkt, der seither und heute wie einst und je die sowjetische Politik in Ostasien beherrscht... Im übrigen: Was den Chinesen als *Volk* wichtig ist, ist nicht das kalte Sibirien, sondern der warme Süden – die Länder, in denen man Reis anbauen kann. Aber da ist wieder das Meer, vor dem der Chinese zurückscheut. Auch Mao wird die Chinesen nicht über das Wasser treiben. Seine Ausdehnungspolitik ist in Wirklichkeit typisch chinesisch geblieben: Tibet versucht er durch Infiltration fester in den Griff zu nehmen, Burma beherrscht er indirekt wie früher die Kaiser ein abhängiges Fürstentum, auf Laos, Nordvietnam, Nordkorea übt er seinen Einfluß aus, wobei ihm freilich auch hier die Russen in die Quere

kommen. Es ist eine alte chinesische Weisheit, die in der Politik auch des revolutionären Pekinger Regimes sich immer wieder durchsetzt: Alles langsam, nichts eilig tun. Das ist ein sehr schönes moralisches Prinzip. Aber es führt auch oft dazu, daß andere die Schnelleren sind und die Philosophen zu spät kommen. Mao wütet zwar gegen das traditionelle Chinesentum, er will aus diesen Millionen Familien, die zu allererst an sich und die Ihrigen denken, unbedingt ein Staatsvolk machen – aber ist er nicht selbst ein Chinese, der glaubt der Weltmittelpunkt zu sein? Und dabei könnte er fast recht haben, aber eben doch nur *fast*. Denn dieses größte, so bienenfleißige und so liebenswerte ist doch keineswegs auch das erfolgreichste Volk der Erde."

*

Bevor ich mit der „Ferry" nach Kowloon zurückkehre, noch ein kurzer Gang durch die „China-Town", durch den wirklich chinesischen Teil der Stadt Victoria – nur wenige Minuten von dem vornehmen Bereich der heute feiertäglich stillen Bankwelt entfernt. Hier ist kein Feiertag: da die Chinesen ihre Feste stets in Übereinstimmung mit verschiedenen Mondphasen feiern, gibt es fast niemals eine Übereinstimmung zwischen den Feiertagen der Europäer mit denen aller anderen Hongkongesen.

In den zu den Berghängen hinaufziehenden Straßen herrscht jenes pulsierende Leben einer unermüdlichen Geschäftstätigkeit, die der Europäer wie eine Schaustellung erlebt, und von der er eines begreift: daß er hier nur zu Gast ist und in diesem Gewirr von Buntheit und Fleiß nicht benötigt wird. Auch hier arbeiten – wie in Kalkutta – die Friseure und Schuster auf den Straßen und doch: wie anders ist hier das Bild, wo das ungewohnte Geschehen als muntere Lebensäußerung zwischen Blumenläden und Geschirrgeschäften abrollt.

Der weiße Mann ist in diesen tausenden von Ware strotzenden, in die Straßen quellenden Verkaufsläden als Kunde gewiß erwünscht, aber nicht einmal Werbeschilder locken ihn an; das bunte Gewirr der chinesischen Schrifttafeln ist nur ganz gelegentlich von englischen Stichworten durchsetzt. Hier handeln Chinesen mit

Chinesen, und sie sind so emsig mit sich selbst beschäftigt, daß sie den Fremdlingen – so gewohnt ihre Erscheinung in diesen Straßen Hongkongs auch sein mag – keine besondere Bedeutung beimessen.

Die äußeren Regeln für dieses Geschehen: wie und wann die Geschäfte zu öffnen und zu schließen sind, in welcher Richtung die Straßen befahren werden dürfen, welche Signale beachtet werden müssen und wie die Dienstvorschriften der strammen Polizisten lauten – das alles regelt nach wie vor der britische Gouverneur. Es steht ihm ein beratender Senat zur Seite, in dem zehn gewählte Vertreter neben zehn ernannten sitzen und der – wie ein bissiger Engländer sich ausdrückte – „zur Müllabfuhr und zur Benennung von Straßen" gehört wird. Immerhin gab es auch so bedeutsame Beratungsgegenstände, wie die Abschaffung des alt-chinesischen Rechtsbrauches, nach dem die Konkubinen als legitime Ehefrauen gelten. Aber erst nachdem Rot-China das chinesische Zivilrecht in so unpopulärer Weise modernisiert hatte, schloß man sich in Hongkong dieser Regelung an. Wozu zu sagen ist, daß die Rechte der ersten Ehefrau immer schon anerkannt waren; Konkubinen mußten ihnen den Tee reichen, bevor sie in die Familie aufgenommen wurden. So ähnlich wird es wohl auch in Zukunft gehalten werden; nur auf dem Papier sind die Verhältnisse geändert – in Rot-China und in Hongkong.

*

Abends besuche ich einen Pastor; er war ebenso wie der Kaufmann, den ich nachmittags sprach, früher in Shanghai tätig – aber er betrachtet die Chinesen verständlicherweise aus einer anderen Perspektive. Ich frage ihn, der auch die Japaner gut kennt, nach den Unterschieden zwischen diesen beiden Volkscharakteren, und es stellt sich heraus, daß auch ihm die Chinesen sympathischer sind; seine Stichworte zeichnen ein scharfes Bild:

„Die Chinesen – die sind nie in Spannung und Druck, die Japaner sind es immer. Die Chinesen sind leicht durchschaubar, die Japaner nie. Mit den Chinesen ist gut auszukommen, mit den Japanern ist es sehr schwierig, denn sie sind von ihrem großen, fast vergifteten Ehrgeiz geradezu besessen. Der Chinese ist bienen-

fleißig, aber es ist ein entspannter, beim Japaner dagegen ist es ein verkrampfter Fleiß. Der Japaner kopiert hemmungslos; der Chinese hat einigen Stolz, er macht nicht *alles* nach."

Verdächtig ist ihm, dem Pastor, auch das starke japanische Nationalbewußtsein, während das chinesische – so wie es jetzt von Mao propagiert wird – ihm eine neue Erscheinung bedeutet; der Chinese kümmerte sich bislang nur um seine Familie, ein Staatsgedanke war ihm fremd. In Rot-China bemüht man sich jetzt, diese Einstellung „umzukrempeln".

Bald gehen wir zu den präziseren Fragen Hongkongs über, zu denen der Pastor aus seiner Sozialarbeit eine Fülle von verblüffenden Einzelheiten kennt.

Dieses heutige Hongkong, das vor 120 Jahren noch kaum ein Fischerdorf war und 1931 850000 Einwohner zählte, beherbergt nun über 4 Millionen Chinesen, von denen etwa 250000 auf dem wenigen Ackerland der „New Territories" und an die 150000 als Fischer in ihren Booten stets auf dem Wasser leben. Noch 1939 gab es in Hongkong nur 948 registrierte Herstellungsbetriebe. 25 Jahre später waren es nicht weniger als 7500. Davon sind fast 2000 Textilbetriebe; sie beschäftigen etwa 160000 Personen und bestreiten mehr als die Hälfte des Exportes aus Hongkong. Trotz des riesigen Flüchtlingszustromes (von drei erwachsenen Hongkongesen sind zwei Flüchtlinge!) und der sprunghaften Mechanisierung auch der Textilindustrie (1956: 300000, 1966: 758000 Baumwollspindeln) gibt es keine Arbeitslosigkeit, sondern eher Arbeitermangel. Die Sozial- und Lohnverhältnisse sind freilich mit den europäischen nicht vergleichbar. Es bedurfte scharfer Erlasse des Gouverneurs, um die tägliche Arbeitszeit für Frauen auf acht Stunden zu beschränken und einen gewissen Schutz von Jugendlichen durchzusetzen. Männliche Arbeiter in der Industrie arbeiten an sechs Wochentagen meistens zehn Stunden; ihr Tageslohn entspricht dem Kaufwert von 6 bis 21 D-Mark. Und dabei zieht die Sicherheit des Verdienstes und die Kaufkraft des Honkong-Dollars immer wieder neue Zuwanderer nicht nur aus Rot-China sondern auch aus allen Randgebieten des chinesischen Siedlungsbereiches in die merkwürdige Stadt, die ein Journalist einmal treffend das „China in der Westentasche" genannt hat.

Weiße Einwohner leben in Hongkong knapp 30000, davon sind 15000 Engländer und 2500 Amerikaner.

Wenn es dem historisch-politischen Beobachter als das Merkwürdigste an Hongkong erscheint, daß diese kleine Kolonie wie ein britischer Brückenkopf dem zwanzigmal menschenstärkeren China vorgelagert und überdies nur noch als Rest des einstigen Empire übriggeblieben ist, so ist der Pastor mehr beeindruckt von der verwaltungsmäßigen Leistung, die die Engländer hier vollbringen.

Sie haben es in dieser Kolonie freilich nicht wie anderswo mit „Eingeborenen" unterschiedlicher Couleur sondern eben mit Chinesen zu tun, die sich gern und gutwillig regieren lassen. Dennoch stellen sich enorme Probleme; so gibt es heute in Hongkong schon fast soviel Schulkinder, wie vor dem Krieg Einwohner! Im Laufe weniger Jahre wurden riesige Wohnhochhäuser aus dem Boden gestampft, um die bis dahin in Hütten hausenden Flüchtlingsmassen unterzubringen. Immer wieder werden die britischen Behörden vor unerwartete Situationen gestellt und müssen sie meistern. Für die über 4 Millionen Einwohner gibt es knapp 10000 Krankenhausbetten; dabei werden immer wieder Seuchen eingeschleppt; alle paar Jahre bricht die Cholera aus, die aber dank einer gut funktionierenden Gesundheitsorganisation jeweils bald wieder zum Erlöschen gebracht wird.

Weniger erfolgreich sind die Behörden in der Bekämpfung des Rauschgifthandels. Hongkongs diesbezügliche Tradition hat moderne Ausmaße angenommen. Das Amt des Gouverneurs schätzt die Zahl der im Heroin-Schmuggel tätigen Hongkongesen auf 200000. Davon werden im Jahresdurchschnitt etwa 15000 gefaßt; die Gefängnisse sind überfüllt, aber der Rauschgifthandel blüht weiter...

Ein Versorgungsproblem Hongkongs ist sogar eine Angelegenheit der großen Politik: die Wasser-Vorräte der Kolonie reichen schon längst nicht mehr für die sprunghaft angewachsene Bevölkerung und Industrie. Man hat zwar große Reservetanks gebaut, in denen das Regenwasser gesammelt wird, aber die Versorgung ist doch auch auf regelmäßige Wasserlieferungen aus Rot-China angewiesen. Mao kann nicht nur jederzeit „den Hahn zu-



« China-Town » in Victoria (Hongkong)

drehen", indem er die von dort kommenden Leitungen sperren läßt; in Trockenmonaten muß Wasser sogar mit Tankschiffen antransportiert werden, und auch das geschieht aus dem nahe gelegenen Kanton-Gebiet.

Die Wasserversorgung Hongkongs hat allerdings bisher klaglos funktioniert. Sie ist nämlich für die Mao-Leute eine einträgliche Sache; Rot-China kassiert harte Währungen, die es für seine Importe dringend braucht. Deshalb wurde auf Veranlassung des britischen Gouverneurs noch 1960 eine neue Pipeline für die Wasserversorgung Hongkongs gebaut und in Betrieb genommen. Trotzdem bleibt die Besonderheit bestehen, daß diese Kolonie mit einem Federstrich in die Gewalt der Pekinger Regierung gebracht werden könnte. Genau dieser Federstrich wird nicht getan und die britischen Gouverneure verwalten – gewiß mit Schweiß auf der Stirne – ein Andorra im Fernen Osten, das freilich soviel Einwohner beherbergt wie das Königreich Dänemark! Dennoch wollen die Engländer hier bleiben, obwohl sie die Räumung aller anderen Stützpunkte „östlich von Suez" zu Anfang der 70er Jahre angekündigt haben.

*

Die meisten Mitpassagiere unternehmen am nächsten Morgen eine Besichtigungsfahrt zu der etwas merkwürdigen Sehenswürdigkeit der „Tiger-Balm-Gardens", einer Sammlung von „legendären Monster- und Märchen-Figuren" wie der Prospekt ankündigt; andere fahren nach Aberdeen, einem Schifferdorf auf der Hongkong-Insel; dort sind chinesische Mahlzeiten in schwimmenden Restaurants empfohlen; es muß ein Schotte gewesen sein, der diese Siedlung so benannt hat. Sie ist in Wirklichkeit die älteste auf der Hongkong-Insel; unter dem Namen Chek Pa Wan war sie zur Zeit der Mongolen-Dynastie ein Piraten-Hafen.

Da ich noch eine Verabredung getroffen habe, muß ich auf diese Erlebnisse und Genüsse verzichten und entschädige mich durch eine Fahrt auf den „Peak" – auf den mit einer Zahnradbahn erreichbaren Berggipfel, der die Stadt Victoria überragt. Die mit der Technik der Jahrhundertwende installierte, steil hinaufratternde

Bahn vermittelt eine umfassende Schau. Von oben kann man fast mit einem Blick den ganzen derzeit letzten Kolonialstützpunkt der weißen in der gelben Welt, abgesehen von den amerikanischen Militärbasen, abtasten. Wie in einer Spielzeuglandschaft ziehen unten die Schiffe durch den Hafen; drüben in Kowloon zeigt das große Rechteck die künstlich in das Wasser hinausgebauten Landebahnen des Flughafens, wie hier um jeden Quadratmeter Boden gerungen werden muß. In der Ferne verschwimmt der Blick zur Grenze, dort beginnt das Reich, in dem zweihundertmal soviel Chinesen leben als hier – aber auch ein Gebiet das zehntausendmal größer ist als der bescheidene Bereich, über den hier der britische Gouverneur gebietet.

Mit der Bergbahn fahren nur einige wenige Touristen und Matrosen. Die Chinesen kommen nur Ende Oktober auf den Berg, dann freilich zu Zehntausenden. Das geschieht in Beachtung einer alten Legende: da stieg ein ahnungsvoller Familienvater auf den Berggipfel und rettete sich und die Seinen so vor einem Erdbeben, das sein Dorf zerstörte. Daraus schließt heute noch der fürsorgliche Chinese, daß er durch eine Gipfelbesteigung am Tage Chung Yeung seine Familie für das nächste Jahr vor Unbilden bewahren kann.

*

Hongkong ist begreiflicherweise auch einer der großen Beobachtungsposten des internationalen Journalismus. Nur einige wenige Pressekorrespondenten sind in Peking zugelassen (im Augenblick, in dem dieser Bericht geschrieben wird, hatten nur die Franzosen und die Japaner in der Hauptstadt Rot-China einen Zeitungsberichterstatter; ein Korrespondent des britischen Reuterbüros lebt zwar auch dort, aber unter seltsamen Umständen – er wird seit Jahren unter Hausarrest gehalten und darf keine Zeile schreiben.) Hier in Hongkong wird jede rotchinesische Presse- und Rundfunk-Nachricht erfaßt und übersetzt; außerdem erscheinen hier auch mehrere kommunistisch-chinesische Zeitungen und Zeitschriften. Übersetzer stehen in Fülle zur Verfügung – ein idealer Arbeitsplatz.

Mit einem dieser „großen" in Hongkong tätigen Journalisten habe ich mich zur Teestunde im „Mandarin-Hotel" verabredet. Wenn er mir auch gewiß nicht mehr anvertraut, als er in seinen Luftpostbriefen an vielerlei Redaktionen berichtet, so sind doch die Akzente eines solchen politischen Berufsbeobachters aufmerksamen Zuhörens wert. Er hat kollegiales Verständnis dafür, daß ich mir gleich während des Gespräches die wichtigsten Sätze notiere:

Für eine durchgreifende Industrialisierung Chinas fehlen viele Rohstoffe. Weder gute Kohle noch gutes Eisen gibt es, nur die beträchtliche Wolfram-Erzeugung schlägt zu Buch. Die Ölproduktion reicht nicht aus; China erzeugt jährlich etwa 6 Millionen Tonnen und muß 3 Millionen Tonnen einführen – wobei die Importe aus der Sowjetunion immer noch an der Spitze stehen, gefolgt vom rumänischen Öl. Die Erschließung von Rohölquellen wird von der Pekinger staatlichen Wirtschaftsplanung derzeit als vorrangig behandelt. Man ist auch fündig geworden, insbesondere in Taching, einem Gebiet zwischen der inneren Mongolei und der Mandschurei. In einiger Zeit wird man also vielleicht den derzeitigen Eigenbedarf an Rohöl decken können, aber an Raffinerien wird es noch lange mangeln, hochwertige Treibstoffe bleiben ein Importbedürfnis. Die Sinkiang-Provinz ist für China nicht zuletzt wegen der dortigen in den 50er Jahren noch mit Hilfe russischer Ingenieure entwickelten Ölindustrie wichtig; dementsprechend ernsthafte Anstrengungen werden unternommen, diese große Provinz chinesisch zu bevölkern – aber es geht zäh. Seit 1949 ist die Zahl der Chinesen dort von etwa 300000 auf höchstens zwei Millionen gestiegen – nicht übertrieben viel für ein Land, das größer ist als die Bundesrepublik und Frankreich zusammen. Immer noch lebt dort eine Mehrheit von Kasaken, Uguren und anderen Mohammedanern unterschiedlicher Stammeszugehörigkeit. Nur widerstrebend lassen sich die Chinesen in die ihnen so fremde Gegend verschicken, die ihnen nicht ganz ohne Grund als „wild" gilt.

Die politische Kernfrage ist natürlich, wie weit sich der chinesisch-sowjetische Streit entwickeln kann, von dem nun schon seit Jahren geredet, geschrieben und geträumt wird. Dazu höre ich

erneut kritische Skepsis. Noch weniger als in das staatsrechtlich zu China gehörende Sinkiang drängen die chinesischen Massen etwa nach Sibirien. Einen „Bevölkerungsdruck“ der Chinesen haben die Russen nicht zu befürchten – und sie fürchten ihn auch nicht.

„Was Peking von den Russen fordert und will, ist die Situation *vor* den westlichen Eingriffen des 19. Jahrhundert – nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wie die Russen hier die Politik des Zaren fortsetzen, so knüpfen Mao und seine Leute – bewußt oder unbewußt – an die Tradition der Mandschus und zwar dort an, wo diese noch im Vollbesitz ihrer Macht regierten. In ihrer feindseligen Sprache gegenüber den Russen wie gegenüber den Amerikanern schwingt Herablassung mit.“

Ein Engländer, der im Januar 1964 dem chinesischen Außenminister die Frage stellte, welche Auswirkungen die in den Jahren 1958 und 1959 erfolgte Einstellung der sowjetischen Industrialisierungshilfe gehabt habe, erhielt die stolze Antwort: „Darüber habe ich noch nicht nachgedacht, China ist kein Land, das von ausländischer Hilfe lebt; auch die amerikanische Blockade ist uns gleichgültig.“

Schließlich kommen wir über unserer Tasse Tee in der von europäischer Eleganz belebten Hotelhalle auch auf das naheliegende Thema zu sprechen: Was wird aus Hongkong, das ein selbstbewußtes China eigentlich wie einen Pfahl im Fleisch empfinden muß? Da freilich ist der Kritiker zuversichtlich – mit dem gleichen Argument, mit dem er mich gleich zu Beginn energisch bedient hat: „Das europäisch organisierte kapitalistische Hongkong ist für die Mao-Regierung ein gutes Geschäft. Ein Viertel der Gesamteinfuhr Hongkongs kommt aus Rot-China, das selbst in Hongkong als Käufer kaum in Erscheinung tritt, dafür aber aus den in der britischen Kolonie für rotchinesische Rechnung tätigen Banken, Handelshäusern, Kinos usw. beträchtliche zusätzliche Devisen kassiert. Überdies hat sich die historische Szene gewandelt: Vor anderthalb Jahrhunderten wollten die Engländer Opium handeln und die Chinesen das unterbinden. Heute kämpft Hongkongs Polizei ihren hoffnungslosen Kampf gegen den illegalen Rauschgiftschmuggel, der zweifellos von den Mao-Behörden organisiert ist. Auch hier werden Devisen verdient – und zwar nicht wenig.“

Die Moskauer „Prawda“ bemerkte schon zu Beginn des großen Streitgespräches im Jahre 1964 ironisch:

„Der einzige Landwirtschaftserfolg, den die Genossen in Peking bei ihrem ‚großen Sprung vorwärts‘ zu verzeichnen hatten, ist der Opium-Anbau. Seit 1952 ging die Produktion von 2000 auf 8000 Tonnen. Aus dem internationalen Rauschgifthandel bezieht Peking jährlich rund 500 Millionen Dollar.“*

In Hongkongs unübersehbarer Häuser- und Dschunkenflut wird ohne viel Schwierigkeit aus Opium Heroin fabriziert, und das überschwemmt den Weltmarkt.

„Nein: Mao wird Hongkong nicht verdursten lassen – weder im übertragenen noch im wörtlichen Sinn.“

Auch die Wasserlieferungen werden in konvertierbarer internationaler Währung bezahlt. Und sogar dieses Geschäft schlägt für das Riesenreich zu Buch. Der ganze offizielle chinesische Außenhandel wurde kürzlich auf jährlich 10 Milliarden D-Mark geschätzt; allein Hongkongs China-Handel erreicht im Jahr schon den Wert von 8 Milliarden!

Der optimistische Schluß aus solchen schlichten Tatsachen ist natürlich rasch gezogen: Hongkong wird es noch lange geben. Dabei mag es von Bedeutung sein, daß die Engländer wie bisher auch in Zukunft sich gegenüber den gewohnten Beschimpfungen aus dem Reich der Mitte taub stellen und daß sie nichts tun oder zulassen, was Hongkong statt wie heute zu einem Nutzen etwa zu einer Gefahr für China machen könnte.

Als in den ersten Jahren der chinesisch-russischen Auseinandersetzung der damalige russische Ministerpräsident Chruschtschow Mao Tse Tung öffentlich kritisierte, weil er auf chinesischem Boden eine portugiesische und eine britische Kolonie dulde, wurde dem „kahlköpfigen Esel“ in Moskau der Bescheid zuteil, Hongkong sei „nicht der einzige Fleck chinesischen Bodens, der sich noch unter imperialistisch-kolonialistischer Herrschaft befindet.“

*

* Zitat nach Horst Eliseit: Im Schatten des großen Drachen; Berlin 1966, S. 428.

Auf das Schiff zurückgekehrt, werde ich von einem jungen Herrn erwartet, dem Redakteur einer Zeitschrift, die von der nationalchinesischen Regierung in Taiwan herausgegeben wird; er erteilt mir Auskünfte für die geplante Flugreise nach Formosa.

Die Weiterexistenz der Tschiang Kai Schek Regierung hat natürlich auch für Hongkong delikate Probleme aufgeworfen; beispielsweise gibt es in Kowloon ein Chinesenviertel, das nach dem Abtretungsvertrag von 1860 chinesischer Kontrolle und Gerichtsbarkeit untersteht. Diese Rechte könnten sowohl von Rot-China wie von der Formosa-Regierung in Anspruch genommen werden. Man begnügt sich allseitig damit, daß die Engländer nun auch diesen Stadtteil verwalten.

Im Hongkonger öffentlichen Leben sind Rot-China und National-China zu gleichen Teilen zugelassen, und die hier lebenden Chinesen pflegen als vorsichtige Familienväter sowohl zum national-chinesischen Staatsfeiertag Anfang Oktober wie zum rotchinesischen Ende Oktober die einschlägigen Flaggen zu zeigen.

Mein chinesischer Besucher drückt sich über Hongkongs heutige Stellung wie folgt aus: „Diese Stadt ist einerseits für die Engländer ein Handelsplatz und sie tun ihr Bestes, hier ihre Waren zu verkaufen.“ Aber Hongkong ist für die heutigen beiden Chinas auch politisch wichtig: „Es ist ein Raum mit zwei Türen: die eine führt nach Taipei, die andere nach Peking.“

Ich kann die Frage nicht unterdrücken: „Was wird mit Hongkong geschehen, wenn China wieder vereinigt sein wird?“

Die Antwort lautet selbstsicher: „Wenn ganz China wieder frei sein wird, dann werden wir den Engländern höflich sagen: ‚Bitte, verschwinden Sie‘.“

Die Nationalchinesen: Warten auf einen späten Sieg

„Isla Formosa“, zu deutsch „schöne Insel“: obwohl sie diese dem chinesischen Hauptland am nächsten gelegene Großinsel nie beherrschten, haben die Portugiesen ihr den Namen so aufgeprägt, daß die Chinesen ihn nie mehr ganz zu löschen vermochten; heute

noch muß, wer von „Taiwan" spricht, dazu erklärend sagen: „das ist Formosa".

Auch die zwischen Taiwan und dem Festland liegende Inselgruppe hat einen portugiesischen Namen erhalten und behalten. Während der fünfzig Jahre ihrer Herrschaft in diesem Bereich (1895–1945) haben die Japaner nicht nur den Namen „Formosa" sondern den noch fremdartigeren für die Fischerinseln übernommen: „Pescadores".

Dieses Seegebiet war gewiß seit alten Zeiten immer wieder von den Dschunken chinesischer Fischerleute und Seeräuber belebt. Festen Fuß gefaßt aber haben hier die Chinesen erst in den letzten Jahrhunderten; vorher war ihnen durch kaiserliche Edikte die Auswanderung geradezu verboten gewesen und noch aus dem Jahre 1624 berichtet das amtliche „China-Year-Book" der heutigen Tschiang-Kai-Schek-Regierung, daß damals noch nicht mehr als 30000 Chinesen auf Taiwan lebten. Die Mandschus ließen zwar im Jahre 1683 die Insel besetzen, aber erst 200 Jahre später – im Jahre 1886 – erschien sie den Machthabern von Peking wichtig genug, um zur selbständigen Provinz erhoben zu werden. Vorher war sie der Festlands-Provinz Fukien zugeteilt gewesen und von den kaiserlichen Behörden wenig beachtet worden.

Erst als sich die Japaner in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts an einigen Stellen Formosas festsetzten, wurde Peking hellhörig. Nach dem chinesisch-japanischen Krieg 1894 95 verzichtete man freilich ziemlich klaglos auf die große Insel.

Als die japanischen Behörden dann im Jahre 1905 erstmals eine Volkszählung auf Taiwan-Formosa durchführten, stellten sie 2,97 Millionen Einwohner fest; davon waren 57335 Japaner und nur etwa 82000 sog. Ureinwohner. Von den 2890485 Chinesen waren 2,4 Millionen als aus der Provinz Fukien stammend ausgewiesen, 397195 waren aus Kwantung und 506 aus anderen chinesischen Provinzen gekommen. Dreißig Jahre später (1935) war die Gesamtbevölkerung auf 4,88 Millionen angewachsen. Es gab nun 270000 Japaner, und auch die Ureinwohner hatten sich auf 207000 vermehrt; ob diese Zahlen ganz lückenlos ermittelt wurden, mag dahingestellt bleiben; denn diese Ureinwohner haben sich – ähnlich wie auf den Philippinen, wo sie heute noch wild auftreten – bis

in die 20er Jahre als Kopfjäger betätigt. Es dürfte recht schwierig gewesen sein, sie zu registrieren. Die Zählung der Chinesen dagegen machte natürlich keine Schwierigkeiten; ihr Bevölkerungsanteil verringerte sich von 95,1 Prozent (1905) auf 89,7 Prozent. Aber sie bildeten dennoch die überwältigende Mehrheit, und es war deshalb keine Überraschung, daß nach der japanischen Niederlage Formosa wieder an China zurückgegeben werden mußte, was am 25. Oktober 1945 dann auch geschah.

Allgemeine Aufmerksamkeit hat sich der Insel freilich erst im Dezember 1949 zugewandt, als die nationale Regierung Tschiang Kai Scheks ihren letzten Stützpunkt auf dem chinesischen Festland aufgab, nach Taiwan flüchtete, und dort seither den Anspruch aufrecht erhält, die „Republik von China" zu sein und das chinesische Volk in seiner Gesamtheit zu vertreten. Rot-China hat bisher noch nie einen ernsthaften Versuch unternommen, Taiwan zu erobern. Nicht einmal die unmittelbar vor den rotchinesischen Häfen Fuchow und Amoy gelegenen nationalchinesischen besetzten Inseln Quemoy (Kin Men) und Matsu wurden ernstlich angegriffen. Seit vielen Jahren werden die beiden Inseln zwar vom Festland her in fast gemütvoller Regelmäßigkeit mit Artillerie beschossen. Aber dabei blieb und bleibt es zum Erstaunen aller westlichen Beobachter, die in einem so „asiatischen" Geduldspiel keinen rechten Sinn erkennen.

Im amerikanischen State Departement hatte es 1949 reichlich Stimmen gegeben, die Taiwan den Mao-Leuten kampflos übergeben wollten. Schließlich hat sich dann in Washington doch eine andere Meinung durchgesetzt. Zwei Tage nach dem Beginn des Korea-Krieges erteilte der damalige amerikanische Präsident Truman der 7. US-Flotte den gemessenen Befehl, die „Formosa-Straße" abzusichern. Das war eine durchaus zweideutige Anordnung, die es unter den damaligen Umständen den Rot-Chinesen zunächst erlaubte, mehrere ihrer kampfkräftigen Divisionen von der Küste abzuziehen und in Nord-Korea einzusetzen. Denn die amerikanische Flotte schützte nicht nur Taiwan vor einem rotchinesischen Zugriff – sie hinderte auch Tschiang Kai Schek eine „Rückkehr Napoleons von Elba" zu versuchen.

So war es im Juni 1950 und so ist es heute noch...

*

Die europäischen Schiffahrts-Linien laufen Taiwan nur selten an; schon aus Zeitgründen muß der eingeschobene Besuch auf dem Luftwege unternommen werden. Erst an Ort und Stelle wird mir so recht klar, daß Tschiang Kai Scheks Republik keineswegs ein Miniaturstaat, sondern mit seinen 36000 Quadratkilometern und seinen heute über 12 Millionen Einwohnern immerhin ein Land von der Größenordnung des europäischen Königreichs der Niederlande ist.

Erst kurz vor der Landung durchbricht die Maschine der „Cathay Airlines" die Wolkendecke und gibt einen raschen Blick frei auf ein grüne, sorgfältig bestellte, immer dichter besiedelte Landschaft; bald wird in der Ferne das Häusermeer der Hauptstadt Taipei sichtbar. Unter uns Kasernen, dann glatte Landung auf einem Riesenplatz, der – wie lange Staffeln am Rande aufgestellter Kampfflugzeuge zeigen – nicht nur zivilen Zwecken dient, aber mit einem weitläufigen Glas-Beton-Empfangsgebäude auch auf den internationalen Flugverkehr eingerichtet ist.

Obwohl es ein Grundsatz meiner Reiseplanung ist, das „offizielle Parkett" zu meiden, denn es soll kein wohlgefälliges, sondern ein kritisch-nüchternes Buch entstehen: diesmal war es nicht zu verhindern gewesen, daß der Zweck des Kurzbesuches den Behörden des Landes angekündigt wurde. Und so erwartet mich schon bei der Paßkontrolle ein Beamter des Regierungs-Informationsbüros, der mich zur Stadt bringt, und mir für meinen Aufenthalt ein schriftliches Minuten-Programm in englischer Sprache in die Hand drückt.

Mein Name ist zwar falsch geschrieben, aber alles andere ist wohlorganisiert. Meine Eigenschaft, ein „writer" aus „West-Germany" zu sein, genügt der Behörde als Begründung für ihre Bemühungen. Ich werde so zwar gehindert sein, einige weniger offizielle, aber dafür vielleicht kritischere Gesprächspartner zu besuchen, die mir zuhause und in Hongkong genannt worden waren – aber dafür ist der Themenkreis der vorgesehenen Informationsbesuche erfreulich weit gespannt.

Zunächst bin ich also zufrieden, in abendlicher Stunde im Hotel „Oriental" mitten in Taipei abgeliefert worden zu sein – mit dem dringlichen Ersuchen, mich am nächsten Morgen pünktlich um 9 Uhr zur Abholung bereitzuhalten.

Es ist zwar schon spät, aber nicht zu spät geworden, um noch auf eigene Faust einen Orientierungsgang zu unternehmen, und so trete ich auf die abendlich belebte, freilich noch dämpfig warme Straße, um mich etwas umzusehen.

Wenn auch hier in diesem erst zu Beginn des Jahrhunderts von den Japanern angelegten Regierungsviertel die Straßen europäisch übersichtlich sind, so habe ich doch einen Stadtplan in der Hand, in den ich gelegentlich blicke, um wieder zurückzufinden.

Da werde ich angesprochen: ein europäisch gekleideter junger Chinese erkundigt sich in flottem Englisch, ob er mir behilflich sein dürfe. Er lädt mich ein, das Glas Wein, das ich noch trinken will, im Klub der „Freunde Chinas“ einzunehmen, der nur wenige Straßenzüge weiter leicht zu Fuß zu erreichen ist. Der junge Mann ist Student an einem amerikanischen College; er will Ingenieur werden und zeigt sich ganz begeistert als er hört, daß ich Deutscher bin.

Seine amerikanischen Professoren nennen ihn Geoffrey, weil sein Familienname für sie zu schwierig auszusprechen ist – er ist nämlich „Taiwanese“ und er belehrt mich darüber, daß das keineswegs das Gleiche sei wie „Chinese“. Als „Chinesen“ begreift er nur die zwei Millionen Flüchtlinge, die seit 1949 herüber gekommen sind und eines Tages von hier aus zum „mainland“, zum chinesischen Hauptland zurückzukehren hoffen. Des jungen Mannes Ansicht, er sei als Taiwanese kein Chinese, ist freilich ähnlich kurios wie die Behauptung eines Wieners, er sei kein Deutscher.

Der Kern der Sache – das gibt er im Gespräch auch zu – ist natürlich, daß die in Taiwan *seßhaften* Chinesen ausschließlich *Süd*-Chinesen sind und – wie die Japaner in ihren sorgfältigen Bevölkerungs-Statistiken festgehalten haben – meist aus den gegenüberliegenden Küstenprovinzen stammen. Nach 1949 aber kamen begreiflicherweise zum beträchtlichen Teil auch *Nord*-Chinesen nach Formosa – und da gibt es schon nicht unwichtige Unterschiede. Jedenfalls sind sie so ausgeprägt, daß die beiden Gruppen auf Taiwan sich immer noch mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wenn es eine Volksabstimmung darüber gäbe, dann würden die „Taiwanesen“ am liebsten einen selbständigen Staat bilden, und gewiß nicht China erobern wollen!

Aber es gibt keine Volksabstimmung; immerhin ist erst kürzlich ein „Taiwanese“ durch Volkswahl zum Oberbürgermeister von Taipei gewählt worden und hat den Kandidaten der Kuomintang-Regierungspartei besiegt. Ganz belanglos ist der Zwiespalt also nicht. Die Tschiang-Kai-Schek-Regierung wirkt ihrerseits recht energisch und auch nicht erfolglos gegen diesen Partikularismus. Da ist einerseits die Wehrmacht, die das Rückgrat des Staatswesens bildet und in der jeder junge Taiwanese – gleichgültig ob seine Eltern hier geboren oder nach 1949 eingewandert sind – einberufen wird. Für Studenten wird die militärische Ausbildung in Form von Kursen fortgesetzt; mit dem akademischen Abschluß ist in der Regel die Ernennung zum Reserveoffizier verbunden.

Auch die entschiedenen Bemühungen der Regierung um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes haben die Wirkung, die „Taiwanesen“ mit den „Chinesen“ zu versöhnen. Das ergibt sich bald aus dem Gespräch, wird mir aber nur zögernd zugegeben. Die Steuerlast sei zu hoch: viele Belastungen, die nur von der China-Politik nicht von den Taiwan-Bedürfnissen bestimmt werden. Es ist ein tief eingefressener Provinzialismus, der hier lebendig ist und der sich mit der einstigen japanischen Herrschaft besser abgefunden hat als, mit den Menschen und Ambitionen, die sich aus dem „Hauptland“ hierher verlagert haben. Immerhin haben die Japaner aus der einst von China wenig beachteten Nebenprovinz ein wirtschaftlich entwickeltes Land mit Eisenbahnen, Straßen und Industrien gemacht.

Und sie haben sich auch schon um die junge Intelligenz gekümmert:

„Mein Vater ist japanisch erzogen worden, er ist auch in Tokyo zur Schule gegangen. Noch heute studieren viele Taiwanesen in Japan. Nein, *wir* haben keine Bitterkeit gegen die Japaner.“

In einem Punkt freilich unterscheiden sich die „Taiwanesen“ gewiß nicht von den „Chinesen“: sie fühlen sich ihrer Familie streng verbunden und gründen auf diese Beziehung auch ihr Pflichtgefühl: „Meine Familie arbeitet hart, um mein Studium zu ermöglichen; deshalb muß auch ich mich anstrengen.“

Er sagt das so nebenhin, als eine Selbstverständlichkeit.

*

Pünktlich um 9 Uhr ist Herr Tseng mit einem großen amerikanischen Wagen zur Stelle, um mich zum ersten der vorgesehenen Besuche abzuholen. Die Fahrt geht durch den dichten, aber gut geregelten Verkehr des Werktag-Morgens zur breiten Chung Cheng Road, an der sich die Regierungsgebäude – einstige Repräsentationsbauten der Japaner – behäbig im Stile der Jahrhundertwende aneinanderreihen.

Der hochgewachsene, geradezu drahtige Direktor des Regierungs-Informationsamtes, der als erster auf der Liste steht, bedeutet für einen Besucher, der einen behäbigen chinesischen „Mandarin" vorzufinden erwartet, eine Überraschung. Mr. James Shen erweist sich als ein westlich gebildeter und später beim britischen Reuter-Büro tätiger welterfahrener Journalist. Während der Kriegsjahre war er in Tschungking eine Art Pressechef, später Sekretär Tschiang Kai Scheks, dann im Außenministerium tätig, bevor er seinen jetzigen Posten erhielt.

Mr. Shen hat einen weiten Überblick, von dem ich mit Interesse profitiere. Für ihn gab es in den 30er Jahren zunächst ein russisches Doppelspiel. Als Tschiang Kai Schek damals die chinesische Republik zu stabilisieren vermochte und die chinesischen Kommunisten zum Rückzug gezwungen hatte, war es nach seiner Ansicht Stalin, der die Japaner zu ihren chinesischen Abenteuern zu ermutigen verstand. Moskau gab durch diplomatische Andeutungen und sogar durch vertragliche Abkommen nach Tokyo zu verstehen, daß ein japanisches Eingreifen in China von russischer Seite keinesfalls behindert werde. Tschiang Kai Schek wiederum wollte zuerst die chinesischen Kommunisten niederkämpfen und sich erst dann mit den Japanern auseinandersetzen. Stalin dagegen war am japanisch-chinesischen Krieg interessiert, einerseits um sich selbst gegenüber einer Bedrohung durch Japan zu sichern, dann aber auch, um den Mao-Leuten Gelegenheit zur Neukräftigung zu geben.

Als dann die japanisch-chinesische Auseinandersetzung nach 1937 voll ausgebrochen war, hat Mao Tse Tung sich auf Moskaus Druck scheinbar an diesem Kampf beteiligt, aber nach Dr. Shens Ansicht nur zehn Prozent seiner Aktivität gegen die Japaner eingesetzt, dagegen neunzig Prozent zur Vorbereitung des Bürgerkrieges, der dann 1945 begann und 1949 mit seinem Sieg endete.

Mr. Shen ist als kluger Diplomat vorsichtig genug, um die Rolle Amerikas im damaligen Drama mit Schweigen zu übergehen. Er hätte sonst sagen müssen, daß nicht nur Stalin sondern auch Präsident Roosevelt den japanisch-chinesischen Krieg begrüßte – wenn auch gewiß aus anderen Motiven. Die Tragödie vollendete sich nach 1945, als die USA nicht mehr daran interessiert waren, die japanische Kampfkraft durch Tschiang Kai Scheks Kampf zu „binden". Nun hielten wichtige Leute der amerikanischen Führungsspitze nicht mehr zu ihm sondern zu seinem Gegenspieler Mao. Andererseits war die rot-chinesische Bürgerkriegs-Armee von diesem Zeitpunkt an aller Rüstungssorgen enthoben, während die National-Chinesen von ihren amerikanischen „Verbündeten" jahrelang mit falschen Ratschlägen, nicht jedoch mit der dringend nötigen materiellen Unterstützung versorgt wurden.

Mr. Shen weiß das natürlich, und ich will aus ihm auch nicht wie ein Geheimnis herausfragen, was schon der oberflächliche Kenner jenes schicksalhaften Geschehens heute unschwer durchschaut. Immerhin geht er so weit, zu sagen, daß „der Kernpunkt der heutigen Lage in Ostasien Roosevelts ‚Europe First'-Politik war, auf die er sich durch die Engländer hat festlegen lassen... Die Kommunisten waren 1934 mit Nichts nach Jenan geflüchtet, 1945 kamen sie mit den japanischen Waffen wieder, die ihnen die Russen ausgehändigt hatten."

Mit dieser Bemerkung Dr. Shens ist unser Gespräch an einer Schlüsselfrage der Geschichte unseres Jahrhunderts angelangt, mit der auch das deutsche Schicksal verknüpft war: „Warum gab es im Frühjahr 1945 keinen Friedensschluß in Ostasien, *bevor* Stalin hier eingreifen konnte?"

Dieses historische Problem wird auch durch die amerikanischen Dokumentenveröffentlichungen über die Konferenzen von Jalta und Potsdam nicht aufgeklärt.

Mr. Shen hat einen guten Einfall: „Sie müssen mit Herrn Wang darüber sprechen. Er ist jetzt Präsident der chinesischen Akademie – im Jahr 1945 aber war er unser Außenminister. Er wird Ihnen zuverlässig sagen können, was man in Tschungking damals dachte und wollte."

Mein Minuten-Programm wird einer kritischen Prüfung unterzogen; einige Telefonate folgen – dann ist die Angelegenheit geregelt. Mein Begleiter, Herr Tseng, muß die Verwirrung des Zeitplanes hinnehmen und mich zunächst in ein Villenviertel außerhalb Taipeis bringen, wo in einem kleinen Reihenhaus Präsident Dr. Wang (mit dem entsprechend chinesischer Sitte nachgesetzten Vornamen: Shih Chieh) mich erwartet, um nach Jahrzehnten wieder einmal über den Zweiten Weltkrieg und sein Ende zu diskutieren.

Ich wiederhole meine Frage: „Warum kein Friede mit Japan im Frühjahr 1945?"

Als sich damals nicht nur der militärische Zusammenbruch Deutschlands abzeichnete, sondern Anfang April 1945 auch der japanische Kaiser durch die Berufung eines fast 80jährigen Admirals öffentlich und durch diplomatische Botschaften insgeheim deutlich machte, daß Japan so friedensbereit war, wie es in der veränderten Weltlage sein mußte: da sollte es doch ein offenkundiges Interesse der chinesischen Regierung gewesen sein, diesen ostasiatischen Frieden so rasch wie möglich, jedenfalls noch *vor* dem Eingreifen der Russen herbeizuführen (die ja 1941 noch einen „Neutralitätspakt" mit Japan geschlossen hatten). Diese vielleicht etwas drängenden Fragen haben den alten Herrn verwirrt. Er beginnt seine Antwort mit einem Hinweis darauf, daß Marschall Tschiang Kai Schek schon bei seinem Zusammentreffen mit Präsident Roosevelt in Kairo (im November 1943) die Beibehaltung des japanischen Kaiserhauses befürwortet hatte – genau die Bedingung, die bei der „bedingunglosen Kapitulation" Japans dann im August 1945 auch zugestanden wurde, weil sie zugestanden werden mußte. „In Jalta – waren wir nicht dabei; dort gab es dann eine Geheimabrede Roosevelts mit Stalin über den sowjetischen Kriegseintritt in Ostasien drei Monate nach Abschluß der Kampfhandlungen in Europa. Der Präsident hat damals – was wir erst viel später erfuhren – mit Stalin ausdrücklich vereinbart, daß *diese* Abmachung auch *uns* – seinem Verbündeten – gegenüber geheimgehalten werden sollte."

Die Sache wird immer mysteriöser: „Ja, haben Sie im Mai 1945 nicht beobachtet, daß die Russen sofort damit begonnen haben,

viele ihrer Kampfdivisionen aus Deutschland abzutransportieren und sie nach Sibirien zu verlegen?"

„Wir haben nur die japanischen Truppenbewegungen beobachtet... Im Juli und August 1945 war ich als Leiter unserer Regierungsdelegation in Moskau, wo wir einen Vertrag mit der Sowjet-Regierung vorbereiteten. Niemand hat uns etwas über einen bevorstehenden russischen Kriegseintritt angedeutet. Am 8. August bat mich der sowjetische Außenminister Molotow in den frühen Morgenstunden in sein Büro und sagte mir ganz kurz: ‚Wir haben den Japanern den Krieg erklärt.' Ich war völlig überrascht."

Die Höflichkeit gegenüber einem alten Herrn verbietet jeglichen Kommentar – ziemlich verblüfft von so viel folgenschwerer Ahnungslosigkeit danke ich für die Auskunft und verabschiede mich.

„Wir haben nur die japanischen Bewegungen beobachtet" – es scheint, daß der tief verwurzelte chinesisch-japanische Vetternhaß in entscheidender Stunde verhängnisvoll gewirkt hat. Selbstverständlich mußte die Tschiang-Kai-Schek-Regierung damals dafür sorgen, daß die mehrfachen japanischen Friedensfühler in den Monaten der deutschen Niederlage nicht – wie es geschehen ist – ungehört verhallten und penetrant ignoriert wurden.

Der Fatalismus von damals wurde teuer bezahlt. Hätten die Japaner im Frühsommer 1945 mit den USA, Großbritannien und National-China Frieden schließen dürfen – und sei es zu den gleichen drakonischen Bedingungen, die ihnen schon seit 1943 angekündigt waren und die sie schließlich annahmen: dann wären aber doch jedenfalls die japanischen Waffen nicht den nach dem 8. August 1945 in die Mandschurei einmarschierenden Sowjets übergeben und von diesen nicht an Mao Tse Tung übergeben worden ... und so weiter ... und so weiter!

Oder sollte diese historische Anekdote, die leider wahr ist, mehr berichten als nur von menschlichem Versagen? Ist nicht die ganze Geschichte Chinas geradezu charakterisiert von dem Schicksal, Objekt fremder Entscheidungen zu sein, und der Unfähigkeit aus Eigenem historisch wichtige Schritte zu tun?!

Wie dem auch sei: im Frühjahr 1945 war die „Republik China" eine der drei Siegermächte in Ostasien. Wenn überhaupt jemals

so konnte die chinesische Regierung in diesem Augenblick handeln und dem politischen Geschehen die Richtung angeben – eine andere, als die in Washington geplante und die von Moskau gewünschte.

Wann aber soll das jemals geschehen, wenn es nicht einmal damals versucht wurde?

*

Später als vorgesehen treffen wir draußen vor der Stadt in Hsin Chuan bei der Fu-Yen-Universität ein, die als nächster Punkt im Programm steht.

Die Fahrt durch die Stadt ist eilig, sie vermittelt wenig Eindrücke: in Hongkong ließe sich – wären dort nicht die Engländer – der Eindruck einer „heimlichen Hauptstadt" Chinas gewinnen. Taipei hat sich den Charakter einer Provinzstadt mit einigen „modernen" Einsprengseln erhalten. Ein beträchtlicher kultureller Anziehungspunkt ist erst noch im Entstehen. Da die Tschiang-Kai-Schek-Regierung keineswegs überstürzt nach Taiwan geflohen ist, sondern ihr „Ausweichen" in monatelanger Aktion durchgeführt wurde, war es z.B. möglich, die Schätze und Sammlungen des Kaiserlichen Palastes in Peking wohlgeordnet mitzunehmen. Zu deren Schaustellung wird demnächst ein Neubau eingeweiht. Obwohl – wie mir gesagt wird – nur Teile der enormen Sammlungen gezeigt werden können, wird dieses Museum gewiß ein großer Anziehungspunkt für alle künftigen Taipei-Besucher und eine Zierde der sonst nicht attraktiven provisorischen Hauptstadt sein.

Der städteplanerischen Zurückhaltung liegt offenkundig ein politisches Motiv zugrunde: man will sich hier nicht allzu bequem einrichten; das Exil soll auch äußerlich Exil bleiben! Dennoch hat die architektonisch vernachlässigte, wenn auch verkehrsmäßig gut organisierte Stadt nun schon bald die Millionengrenze erreicht, wenn nicht bereits überschritten.

Schließlich lassen wir die Stadt wieder hinter uns und nähern uns in rascher Fahrt einem in freiem Gelände errichteten Komplex bunter Bauten modern-italienischen Stils. Erst draußen wird mir

klar, warum dieser Besuch ins Tagesprogramm aufgenommen wurde: wie in Manila sind auch hier die deutschen Steyler Missionare tätig.

Während freilich die Patres in Quezon City ihre Hauptaufgabe in der Heranbildung eines Priesternachwuchses für die katholischen Philippinen finden, haben sie sich hier auf ein breiteres Wirken eingerichtet. Die erst kürzlich wieder eröffnete Fu-Yen-Universität wurde schon 1925 in Peking zunächst vom katholischen Benediktiner-Orden gegründet; auf päpstliche Weisung übernahm im Jahre 1933 die Steyler Mission die Leitung. Für diese bedeutende Unternehmung war ein „zweifaches Ziel" bestimmend: es sollte „einerseits die Wissenschaft des Westens dem Osten vermittelt und andererseits die reiche chinesische Kultur und ihre Werte dem Westen erschlossen" werden – so zu lesen in der „kurzen Geschichte der Fu-Yen-Universität", die mir bei meinem Besuch ausgehändigt wird.

Die deutschen Patres haben diese Pekinger Universität nicht nur erfolgreich – es studierten dort schließlich in vier Fakultäten über 2200 Studenten – sondern auch mit erstaunlicher politischer Geschicklichkeit geleitet. Die kriegerischen Wirren, die zwischen 1937 und 1949 immer wieder Peking in Mitleidenschaft zogen, haben die Tätigkeit der Universität, an der auch weltliche Professoren aus Deutschland und chinesische Wissenschaftler tätig waren, nicht ernstlich zu stören vermocht. Natürlich spielte es dabei eine Rolle, daß die Fu-Yen-Universität als deutsches Institut galt und die japanische Besatzungsmacht deshalb keine Schwierigkeiten machte. Während des Zweiten Weltkrieges stellten die feinmechanischen Werkstätten des Physikalischen Institutes Präzisionsinstrumente her, die sonst nicht mehr zu beschaffen waren. Im mikrobiologischen Laboratorium konnten Typhus-Vakzine hergestellt werden, die sogar für die deutsche Kriegswirtschaft nützlich waren. Dennoch erwies sich das Ansehen der deutschen Patres bei den national-chinesischen Behörden aus alter Erinnerung als gefestigt genug, um ihnen ein ungestörtes Weiterwirken zu ermöglichen, als 1945 die Japaner auszogen und Peking wieder chinesisch verwaltet wurde. Als Präsident Tschiang Kai Schek im Dezember 1945 zu seinem ersten Nachkriegsbesuch nach Peking

kam, wurde der Rektor der Fu-Yen-Universität als einziger deutscher Gast zum offiziellen Empfang eingeladen!

Die Universitäts-Leitung beurteilte die Lage auch zutreffend, als im Jahr 1948 die Streitkräfte Mao Tse Tungs Peking immer drohender umklammerten. Einige Patres wurden nach Taipei entsandt, um eine Verlagerung der Universität dorthin vorzubereiten. Die Fu-Yen-Universität besaß damals sogar ein eigenes Küstenschiff, mit dem man die wertvollen Büchereien und Instrumente hätte retten können. „Höhere Stellen" entschieden jedoch gegen diesen Plan und so mußte er fallen gelassen werden. Als die Kommunisten nach Peking einmarschierten, versuchten die Patres zwar, ihre Lehrtätigkeit auch unter den veränderten Verhältnissen fortzusetzen; diesmal aber ging die Sache schief – 1950 wurde die Universität von Mao geschlossen und die dortigen deutschen Professoren wanderten für lange Jahre ins Gefängnis.

Erst ein Jahrzehnt später konnte der Gedanke, die Fu-Yen-Universität in Taipei neu aufzubauen, wieder aufgegriffen werden. Jetzt ist sie seit einiger Zeit neu in Betrieb, wenn auch ihre Struktur verändert wurde. An der Spitze der Universität steht jetzt ein chinesischer Kardinal; die Steyler Missionare haben nur die natur- und sprachwissenschaftliche Fakultät zu betreuen; die Jesuiten sind für die Fakultäten Rechtswissenschaft und Technik zuständig.

Zu den Bauten, die nach anfänglichen Schwierigkeiten jetzt zügig aus dem Boden wachsen, haben nicht nur die deutschen Bischöfe, sondern auch die Bonner Behörden Erkleckliches beigetragen.

Erstaunlich sind die Einrichtungen des „Sprach-Labors", das Pater Ahrens interessant erklärt: „Hier sitzen die Studenten in einzelnen Zellen, haben sowohl Fernseh- wie Sprechgerät zur Verfügung und können in dauernder Selbstkontrolle, aber auch bei Rückfragen der Lehrer sowohl die inhaltliche wie die lautliche Richtigkeit ihrer Bemühung jeweils selbst prüfen."

Es sind bereits wieder 500 Studenten, die an der Fu-Yen-Universität unterrichtet werden und die in einem geräumigen modernen Studenten-Wohnheim untergebracht sind.

Dennoch drängt sich wie in Manila die Frage auf: Wozu das alles?

Nur um der wissenschaftlichen Verbindung zwischen West und Ost zu nützen – da ließe sich eine Ausländer-Universität in der Bundesrepublik oder ein gut ausgestattetes deutsches Lektorat an der Staatlichen Universität in Taipei als eine noch zweckmäßigere Einrichtung denken. Trotz der großzügigen Einstellung gerade der Steyler Missionare gegenüber der Wissenschaft und gegenüber ihren Studenten – ihr eigentliches Anliegen bleibt noch die „Mission", die Verbreitung christlich-katholischer Glaubensansichten in einem Volk, das längst eigene philosophische und religiöse Ansichten ausgeprägt hat und deshalb einen letztlich unüberwindlichen Widerstand leistet.

Präsident Tschiang Kai Schek hat sich zwar durch seine zweite Frau, die Methodistin ist, zum Christentum bekehren lassen, nachdem er – wie versichert wird – das Alte und das Neue Testament sorgfältig gelesen hat. Und auf Taiwan gibt es nun schon fast 300000 Christen. Das wäre viel gegenüber den 20000 vor dem Kriege, wenn nicht der Flüchtlingsstrom vom Festland eine nüchterne Erklärung bieten würde. Natürlich hatten vor allem christianisierte Chinesen die „Revolutions-Tribunale" Mao Tse Tungs zu fürchten und deshalb waren sie besonders bereit, den Exodus nach Taiwan mitzumachen.

Gewiß wird die Fu-Yen-Universität wieder – wie es schon in Peking der Fall war – dank des Eifers und des hohen geistigen und menschlichen Niveaus der Patres eine wichtige Stellung im Erziehungswesen Taiwans einnehmen, und man kann ihren Bemühungen nur Gutes wünschen. Die Ergebnisse werden freilich begrenzt sein. So verschiedene Kulturen wie die deutsche und die chinesische mögen sich begegnen, kennenlernen, ja einander mit Anregungen befruchten, aber gegenseitig überlagern werden sie sich nicht. Da müßte schon etwas Tiefgreifenderes geschehen. Solange es Chinesen gibt, wird ihre Denkweise anders sein als die der Europäer – und umgekehrt gilt das Gleiche. Da helfen weder Predigten noch Vorlesungen.

*

Im Improvisieren sind die Chinesen keine Meister: der Besuch bei Mr. Wang hat das Zeitprogramm so stark gestört, daß auch die Abkürzung des Universität-Besuches zum Ausgleich nicht ganz ausreicht. Mein Begleiter will mich noch zunächst gemütlich in die Stadt zum Hotel „Orient" bringen, um mir – wie zunächst vorgesehen – Zeit zu einer in der Hitze recht erwünschten Erfrischung zu geben. Mit dem Blick auf die Uhr muß ich ihn dennoch belehren, daß wir uns diese Annehmlichkeit nicht mehr leisten können, denn wir werden im Grand-Hotel, das wie die Fu-Yen-Universität außerhalb Taipeis liegt, zum Frühstück erwartet.

Der Wagen holpert über manche staubige Nebenstraße, bei der neuerlichen Durchfahrt durch die Stadt gibt es manchen Halt vor den Ampeln – draußen hat sich eine von Dr. Shen geladene Tafelrunde bereits versammelt.

Es würde sich lohnen, dieses Hotel wie ein Museum zu besichtigen. Es ist neben dem Hongkonger „Mandarin" gewiß das schönste, – und auf einer Anhöhe über der Stadt auch das schönstgelegene – Hotel in China. Die Räume sind mit Stilmotiven, Möbeln, Wandteppichen, Trenngittern nach Vorbildern aus kaiserlichen Palästen der „verbotenen Stadt" in Peking gestaltet.

Bei Tisch wird freilich europäisch serviert. Die geladenen Gäste sind Herren aus Wirtschaft und Presse, der interessanteste darunter der langjährige Korrespondent eines amerikanischen Nachrichtenbüros. Er war schon während des Krieges in Tschungking und kennt manche Nuance der chinesischen Politik, die einem weniger vertrauten Beobachter verborgen oder unverständlich bliebe. Als gebürtiger Engländer hat er sich auch gegenüber der amerikanischen Ostasien-Politik ironische Reserve bewahrt.

Glücklicherweise ergibt sich nach dem Lunch beim Kaffee noch die Gelegenheit zu einem Gespräch über die Frage, die mir von einem kritischen Beobachter schon in Hongkong mit auf den Weg gegeben worden ist: Was wird hier in Formosa geschehen, wenn einmal der schon 80jährige Marschall Tschiang Kai Schek die Augen schließt – ist da vielleicht eine überraschende Verständigung mit Mao möglich; eine Verständigung, die den rot-chinesischen Machtbereich über Nacht hierher ausbreiten könnte und damit die strategische Lage in Ostasien gründlich verändern würde?

Der Anglo-Amerikaner hat diese Frage schon oft gehört. Sie liegt vor allem deshalb nahe, weil der älteste Sohn und voraussichtliche Nachfolger Tschiang Kai Scheks als „undurchsichtig" gilt. General Chiang Ching Kuo (geboren 1910) wurde von seinem Vater schon 1926 nach Moskau geschickt, wo er jahrelang an der dortigen Sun-Yat-Sen-Universität studierte und seine russische Frau kennenlernte. Diese Beziehungen Chiang Ching Kuos waren freilich nicht ganz ungetrübt. Monatelang wurde er von Moskau aus strafweise in ein Lager geschickt und mußte als Holzfäller arbeiten. Aber das hat ihn dennoch nicht zu einem Feind der Russen gemacht. Wie sich freilich der Konflikt Peking-Moskau in seinen Augen darstellt – darüber könnte es nur Mutmaßungen geben. Sicher aber ist, daß Chiang Ching Kuo nicht daran denken würde, Mao die Herrschaft über Taiwan einzuräumen.

Ein verschmitztes Lächeln unterstreicht die Handbewegung, mit der ich auf das Kommen und Gehen in der weiten Hotelhalle aufmerksam gemacht werde: „Den Herren und Damen, die hier dinieren, steckt der Schrecken der Mao-Revolution in den Knochen; sie denken gewiß nicht daran, das hier aufzugeben – und den Mao-Leuten wiederum ist der Angriff auf Formosa zu riskant. Vor fünfzehn Jahren hat man hier überall Luftschutzunterstände gebaut; heute läßt man sie verfallen."

Vorher bei Tisch war im ganzen Kreis, als ich von meinem Gespräch bei Mr. Wang berichtete, eine interessante Frage diskutiert und beleuchtet worden:

Daß die amerikanische China-Politik, die nach 1945 die Tschiang-Kai-Schek-Regierung immer mit den Kommunisten „zusammenzwingen" wollte, verfehlt war – darüber gibt es in Taipei keine Diskussion mehr. Dieses Urteil wird heute auch von jedem hier lebenden Amerikaner unterschrieben. Welche Absichten aber verfolgte eigentlich *Stalin*, der sich doch bis 1949 Tschiang Kai Schek gegenüber stets freundlich gab und die diplomatischen Beziehungen erst abbrach, als am militärischen Sieg der Mao-Truppen nicht der leiseste Zweifel mehr möglich war?!

Zu diesem Punkt ergibt sich nach einigen hin und her ausgetauschten Argumenten eine übereinstimmende Meinung der Tafelrunde: „Stalin wollte ein *geteiltes* China: einen kommunistischen

Norden, den er zwar – wie im Sommer 1945 durch Übergabe der japanischen Waffen und Ausrüstungen – materiell versorgen, parteipolitisch am Gängel halten aber nicht diplomatisch anerkennen und andererseits einen nationalen Süden, bei dessen Regierung die sowjetische Botschaft akkreditiert blieb, den er aber sonst nicht weiter unterstützen wollte."

Stalins Rechnung hätte gestimmt, würden die Amerikaner die Tschiang-Kai-Schek-Regierung wenigstens in ähnlicher Weise gestützt haben, wie Stalin es mit Mao tat. Das für Rußlands Sicherheit nützliche Gleichgewicht der Kräfte im chinesischen Raum entglitt Stalins Manipulierkunst, als Mao militärisch das Übergewicht gewann und die Leute in Washington weiterhin die Theorie verfolgten, daß sie sich in den chinesischen Bürgerkrieg nicht „einmischen" sollten.

Bei den chinesischen Kommunisten hat sich Stalin später für seinen „Irrtum" öffentlich entschuldigt – und deshalb steht er bei ihnen heute noch in hohem Ansehen.

Einige Notizen aus dem Nachtisch-Gespräch in der Hotel-Halle:

Man hat mir das offizielle China-Jahrbuch in die Hand gedrückt und darin sind über Taiwans Armee energische Sätze zu lesen:

„Die chinesischen Streitkräfte haben die doppelte Aufgabe, Taiwan, Pengu (die Pescadoren) und die Küsteninsel Chinmen (Quemoy) und Matsu zu verteidigen, sowie das chinesische Hauptland durch einen Gegenangriff zurückzuerobern, wenn der geeignete Augenblick gekommen ist (recovering the mainland by counter-offensive when the opportune moment arrives). Die Militärpolitik Taiwans betont die Qualität der Ausbildung, um zahlenmäßig überlegenen Kräften der chinesischen Kommunisten gewachsen zu sein."

Über die Stärke der national-chinesischen Streitkräfte gibt das Jahrbuch keine Auskunft, wohl aber darüber, daß zur zweckmäßigen Rekrutierung Computer verwendet werden und daß die Waffenausstattung ebenfalls modernster Art ist; Raketen-Schießübungen werden ausdrücklich erwähnt; Probe-Mobilmachungen finden regelmäßig statt – kurz eine ganze Liste von bemerkenswerten militanten Vorkehrungen, die man in Mitteleuropa begreiflich fände, die aber auf der Insel Taiwan überraschen.

„Hier sind auch mehr Truppen unter Waffen, als in Ihrer Bundesrepublik. Es sollen an die 600000 Mann sein, Heer, Marine und Luftwaffe zusammengenommen – das bei einer Bevölkerungsziffer von rund 12 Millionen. In gleichem Verhältnis müßte Eure Bundeswehr über 2 Millionen Mann unter Waffen haben. Wir haben hier einen Militärstaat, der sich nach den Maßstäben des potentiellen Gegners ausrichtet, obwohl er durch 200 Kilometer See und eine amerikanische Flotte ferngehalten ist."

Natürlich dulden die Amerikaner diese bemerkenswerten Anstrengungen nicht nur, sondern unterstützen sie sowohl finanziell wie technisch. Diese „Militärhilfe" hat allerdings auch hier die Wirkung der Kontrolle. Wenn die National-Chinesen in ihren Druckschriften und in ihrer Truppenausbildung immer wieder von der „Gegenoffensive" sprechen: ohne amerikanische Zustimmung wäre eine solche Unternehmung nicht einmal nach Rückzug der in der Formosa-Straße operierenden amerikanischen Kriegsschiffe möglich. Ein Angriff auf das chinesische Festland wäre zunächst einmal ein Transport-Problem, das die National-Chinesen mit ihren paar Schiffen nicht bewältigen könnten. Sogar formal hat man vorgesorgt: „Der amerikanische Vertrag wird sofort kündbar, wenn die Formosa-Regierung zum Angriff übergehen würde."

Bisher gab es *einmal* eine Situation, in der von amerikanischer Seite mit dem Gedanken gespielt wurde, Tschiang Kai Schek das von ihm gewünschte Abenteuer zu erlauben: Als im Juni 1950 der Angriff gegen Süd-Korea begann und von Rot-China offen unterstützt wurde, das sich durch Trumans Abriegelungs-Auftrag an die 7. Flotte in der Formosa-Straße vor Tschiang Kai Schek sicher fühlte. Damals kam General McArthur aus Tokyo herüber und konferierte ebenso geheim wie auffällig mit der national-chinesischen Regierung. Was bei dieser Gelegenheit Anfang August 1950 wirklich besprochen wurde, ist bisher nie bekannt geworden – sicher ist nur, daß der mysteriöse Formosa-Besuch des Generals später als einer der Gründe galt, die Präsident Truman am 11. April 1951 veranlaßten, McArthur demonstrativ seines Postens zu entheben. Der von Truman aufgestellte Grundsatz, daß Taiwan „nicht als Basis von Operationen gegen Rot-China dienen darf" ist von allen seinen Nachfolgern bis heute aufrecht erhalten worden

Die national-chinesische Regierung tut alles was in ihrer Macht steht – aber das ist nun einmal nicht allzu viel –, um einen amerikanischen Sinneswandel herbeizuführen. Immerhin weigerte sie sich standhaft, aus ihrem beträchtlichen Potential an gut ausgebildeten Soldaten auch nur einen einzigen auf den vietnamesischen Kriegsschauplatz zu entsenden (im Gegensatz zum Korea-Krieg, an dem Taiwan-Soldaten teilnahmen).

Der Standpunkt Tschiang Kai Scheks – und wahrscheinlich auch der seines Sohnes – ist: „Wir sind nicht Satelliten; wir sind nur *dort* bereit zu kämpfen, wo *unsere* Sache ausgetragen wird". Ganz grob hat Chiang Ching Kuo bei einem Besuch in Washington erklärt: „Der Krieg zur Befreiung des Festlandes muß von *uns* begonnen, durchgeführt und beendet werden."* Er hätte nüchtern hinzufügen müssen: „Dazu brauchen wir die Erlaubnis des amerikanischen Präsidenten, die Transporthilfe der amerikanischen Flotte und den Nachschub der amerikanischen Rüstungs-Industrie."

*

Mein Programm wird nun wieder pünktlich fortgesetzt: der nächste Besuch gilt einem agilen Bankdirektor, der in seinem abwechslungsreichen Leben bereits chinesischer Generalkonsul in San Francisco und in Kalkutta war, nach 1945 auch Oberbürgermeister von Taipei gewesen ist, überdies literarisch tätig war und Studien über die japanische Besatzungspolitik und den wirtschaftlichen Aufbau Taiwans veröffentlicht hat.

In seinem erfreulich abgedunkelten und gekühlten Büro wird der unvermeidliche bitter-grüne Tee serviert, den jeder Besucher

---

* Zitat nach Horst Eliseit: Im Schatten des großen Drachen, Berlin 1966, Seite 343. Eliseit berichtet auch von einer Unterredung mit Generalissimus Tschiang Kai Schek, in der dieser ihm sagte, „daß der militärische Gegenangriff zur Befreiung des Festlandes zusammentreffen sollte mit einer Erhebung des Volkes gegen das kommunistische Regime; daß die Rückgewinnung sich in Etappen vollziehen und sich vorerst wohl auf das südliche China bis zum Yangtse beschränken werde" (a.a.O. Seite 350).

vorgesetzt erhält und von dem anstandshalber getrunken werden muß. Erfahrene Freunde haben mich schon zuhause belehrt: auch die europäische Zunge gewöhnt sich nach einiger Zeit an diesen Genuß.

Daß hier in Taiwan wirtschaftlich Bemerkenswertes geschehen ist und noch geschieht, hat sich bereits in Europa herumgesprochen, wo unsere Hausfrauen immer wieder Formosa-Gemüse, Formosa-Obst und andere schiffsladungsweise angelieferte Naturprodukte in ihren Taschen nach Hause tragen – trotz des weiten Antransportes noch preiswert.

Direktor Huan Chao Chin charakterisiert die japanische Wirtschaftspolitik in Formosa mit dem Satz: „Sie haben Taiwan nur als Zwischenstation für ihre Einflußnahme auf Südostasien benutzt; ihre Industrie hier beschränkte sich im Wesentlichen auf Halbfabrikate. Erst seit 1949 beginnen wir hier nun eine Vollindustrie aufzubauen. Dazu sind die Voraussetzungen vor allem deshalb gegeben, weil jede Industrialisierung ein Volk braucht, das hart arbeitet. Und hier in Taiwan: wir arbeiten hart."

Das ist ein stolzer Satz, aber er darf so stehen bleiben. Zu den wenigen Ländern, in denen amerikanische und westeuropäische Entwicklungshilfe wirklich „ankommt" gehörte und gehört Taiwan. Etwa anderthalb Milliarden Dollar (rund 6 Milliarden Mark) haben die Amerikaner zwischen 1951 und 1965 als Wirtschaftshilfe und als Aufbau-Anleihe hier eingesetzt, und das hat ausgereicht. Seit 1965 erhält Tschiang Kai Schek Dollarhilfen nur noch zu unmittelbar militärischen Zwecken.

Privates europäisches und amerikanisches Kapital nach Taiwan hereinzubekommen – das ist dem Bankpräsidenten ein wichtiges Thema; aber er will das Geld keineswegs „um jeden Preis", ausländische Firmen dürfen in Taiwan Produktionsstätten nur errichten, wenn das Projekt von der Regierung als nützlich erachtet wird. Fabriken, die eine Konkurrenz zu bestehender heimischer Produktion bedeuten würden, werden nicht zugelassen. Die Industrialisierung wird derart „nach Maß" betrieben; Einfuhren und Ausfuhren haben sich im Laufe des letzten Jahrzehnts verdoppelt, wobei freilich das Schwergewicht der Exporte immer noch in landwirtschaftlichen Produkten liegt.

Auf diesem Gebiet ist freilich auch – neben dem Aufbau der wohlorganisierten Armee – das im Hinblick auf die Zukunft Wichtigste geschehen:

Vor 1949 war es das leidenschaftliche Anti-Tschiang-Argument Washingtoner Linkskreise, daß seine Regierung „reaktionär“, die Bewegung Mao Tse Tungs hingegen „landreformerisch“ sei. Es war ein Korn Wahrheit in diesen Anschuldigungen – und darum hat man sich seither in Taiwan in bemerkenswerter Weise gekümmert.

Die Vorgeschichte der taiwanesischen Landreform geht zurück auf Sun Yat Sen, den „Vater“ der chinesischen Revolution von 1911. Er forderte eine Landreform des Inhalts, daß Bauernland nur der besitzen solle, der selbst darauf lebt und arbeitet: ein verständiges Verlangen, das „revolutionären“ Charakter nur deshalb hatte, weil in den Jahrhunderten der Mandschu-Dynastie sich in China ein weitgedehntes Pächter-Unwesen durchgesetzt hatte. Die Gutsbesitzer saßen in den Städten und lebten vom Ertrag der Ernten, die nach Gewohnheitsrecht zu zwei Drittel ihnen abzuliefern waren, während nur ein Drittel dem Pächter blieb, der die Arbeit leisten mußte. Daß dieses ausbeuterische System jahrhundertelang funktionierte, ist erstaunlich genug und zeugt sowohl von der Geduld wie vom Fleiß des chinesischen Bauern – produziert wurde nämlich trotzdem. Aber es nimmt nicht Wunder, daß Mao Tse Tung Echo fand, als er die „Bauernbefreiung“ auf seine Fahne schrieb; auf seinen Sieg folgte dann freilich alles andere als eine „Befreiung“. Gewiß hat man die Gutsbesitzer in den ersten Revolutionsjahren zu zehntausenden umgebracht, aber seither müssen die Bauern in den Kommunen noch billiger arbeiten – und dagegen kam es Anfang der 60er Jahre zum ersten Widerstand durch Arbeitsvernachlässigung; erst nach Wiedereinführung einer bescheidenen Eigenwirtschaft der Bauern ist es Rot-China gelungen, dem Gefahrenbereich der Hungersnot wieder zu entrinnen.

Auf Taiwan hat man mittlerweile erfaßt, was zu tun ist. Man berief sich auf Sun Yat Sens Formel und hatte überdies mit den beim Abzug der Japaner beschlagnahmten Ländereien ein kräftiges Faustpfand in der Hand. So ließ sich der skandalöse Zustand der Pächter-Ausbeutung beendigen, ohne daß dabei das den

Amerikanern natürlich unantastbare Grundprinzip der Erhaltung privaten Eigentums zu verletzen. Bei der Taiwan-Landreform wurde niemand enteignet; genau gesagt: die Japaner *waren* schon enteignet, als man nach 1950 daran ging, dem Mao Tse Tung nicht nur eine Armee sondern auch das Modell einer *wirklichen* Bauernbefreiung entgegenzusetzen.

Die taiwanesische Landreform vollzog sich in drei Etappen, die so gut durchdacht und aufeinander abgestimmt waren, daß man zweifeln darf, ob der General Chen Cheng wirklich der alleinige Kopf dieses jahrelangen Unternehmens gewesen ist, als der er freilich gilt. Das über 300 Seiten starke Buch „Land-Reform in Taiwan", das mir mitgegeben wird, trägt seinen Namen und sein Bild. Es enthält viel intensives agrar-politisches und statistisches Material; die Vermutung, es handele sich bei dem großangelegten Gesetzgebungs- und Organisationsunternehmen um ein (wahrscheinlich nicht ausschließlich chinesisches) „team work", verstärkt sich. Das ist freilich nebensächlich angesichts des interessanten Vorganges und seines offenkundig erfolgreichen Ablaufes.

Im Vorwort entschuldigt sich Chen Cheng, der früher schon Gouverneur einer chinesischen Provinz war, ausdrücklich; „Wir bedauern ehrlich unsere Unterlassung, Dr. Sun Yat Sens Ideal ‚das Land seinem Bearbeiter' durchzusetzen, als wir noch drüben waren". Das sei teils verschuldet worden durch die inneren Unruhen, die ausländische Invasion, aber auch durch „die Selbstsucht einer kleinen Minderheit, ihre Kurzsichtigkeit und ihren mangelnden Mut."

In Taiwan war nun nicht nur ein moralischer Zwang, sondern auch die Gelegenheit zu neuem Anfang geboten. Dann fing man im Frühjahr 1949, also schon *vor* dem Mao-Siegeslauf auf dem Festland, zunächst mit einer amtlichen Festsetzung einer Höchstgrenze für Pachtgebühren an. Diese durften nun nicht mehr als 37,5 Prozent des Ernteertrages ausmachen – eine Maßnahme die schon rein volkswirtschaftlich geboten war um den arbeitenden Bauern an einer Ertragssteigerung ernstlich zu interessieren. Mehr als zwei Jahre nahm die Durchsetzung dieser Neuregelung in Anspruch. Daß und wie sie wirkte, darüber gibt eine Statistik Auskunft. Danach haben rund 250000 Pächterfamilien im Jahre 1952 immerhin

schon das anderthalbfache Einkommen erzielt wie 1949 – und es ließ sich außerdem eine 20prozentige Steigerung der Reisernte in diesen wenigen Jahren feststellen.

1952 ging man nun daran, den Pächterfamilien Besitztitel zu verschaffen. Dazu wurde zunächst ein gesetzliches Vorkaufsrecht des Pächters festgelegt, der Preisverfall für landwirtschaftliche Grundstücke infolge der Pachtratensenkung und die erhöhten Einkünfte der Pächter begünstigten ebenfalls die Überleitung der Bauernstellen in den unmittelbaren Besitz der arbeitenden Familien. Als nächsten Schritt gab die Taiwan-Regierung das „Regierungsland" zum Verkauf an die dort tätigen Pächter frei. Es handelte sich um insgesamt nicht weniger als 434000 acre, etwa 21 vom Hundert der gesamten landwirtschaftlichen Nutzungsfläche in Taiwan. Die Japaner hatten jahrzehntelang eine systematische Siedlungspolitik getrieben – es gab zahlreiche japanische Gesellschaften, die große Ländereien bewirtschafteten, aber auch tausende von Einzelsiedlern, die 1945 alle vertrieben wurden. Ihr Besitz war nun „Regierungsland" und wurde bis 1958 in mehreren Verkaufsaktionen in bäuerlichen Besitz überführt – nicht weniger als 139688 Familien machten von dieser Möglichkeit Gebrauch.

In ihrem dritten Stadium, das mit 1959 begann, ging es bei der taiwanesischen Reform darum, durch geeignete Maßnahmen die großen Landbesitzer zur freiwilligen Aufgabe ihrer Besitztitel unter anständigen Bedingungen zu veranlassen. Dazu hat man eine geradezu pfiffige, aber nicht zu beanstandende Methode entwickelt: Man hat die – ebenfalls als Erbe der japanischen Verwaltung – in staatlichem Besitz befindlichen Industrien (insbesondere Zement- und Papier-Fabriken) durch Ausgabe von Anteilscheinen „reprivatisiert"; diese Anteilscheine wurden aber nur an Landbesitzer ausgegeben, die wertentsprechend dafür Bauernland an die Regierung abtreten mußten – also eine Art Umtausch-Aktion: Industrie-Aktien gegen Land-Aktien! Gegenüber den ganz Hartnäckigen wurde auf Zwang nicht verzichtet. Wer Landbesitz hatte, ohne ihn selbst zu bewirtschaften, der *mußte* zu guter Letzt sein Land der Regierung gegen Industrie-Papiere verkaufen. Aber er wurde nicht einfach enteignet. Volkswirtschaftlich wurden damit zwei Vorteile gesichert: einerseits interessierte man die bisherigen

Pächter noch intensiver an der Ertragssteigerung der nun im Ratenwege in ihren Besitz übergehenden Landstücke, andererseits schaltete man das Interesse der „Kapitalisten" auf die industrielle Entwicklung um.

So führte die Landreform in Taiwan zu einer Mobilisierung neuer Kräfte und war – ohne Mord und Totschlag – ein wirklicher „Fortschritt."

Das ebenso inhalts- wie aufschlußreiche Informationsgespräch im Privatkontor des Bankdirektors mündet in eine mehr philosophische Betrachtung: Für das Schicksal der Völker komme es auf den Volks*charakter* an, und in der Welt von heute sei das Entscheidende letztlich die Einstellung des Volkes zur *Arbeit.* Alles lasse sich von einer vernünftigen und rechtlich denkenden Regierung vernünftig und gerecht regeln, wenn nur im Volk der *Wille zur Tätigkeit* lebendig ist. Das unterscheidet die Chinesen (und – so gibt er zu – auch die Japaner) beträchtlich von anderen „vor allen von den südasiatischen Völkern. Es gibt hier zu viele, die alles leicht nehmen und deshalb hungern – Indien, nicht China ist das Weltproblem von morgen. Wir hungern nicht und wir werden nie hungern, denn wir arbeiten gern und hart."

Mein Begleiter, der mich zu einer kurzen Pause jetzt endlich ins Hotel zurückbringen kann, macht noch eine Bemerkung über die Landreform. „Sie ist nicht nur wichtig als Beispiel für drüben. Auch hier entsteht eine neue junge Intelligenz aus der Bauernschaft. Die Bauern verdienen jetzt soviel, daß sie ihre Söhne studieren lassen. Vielleicht wird alles erst von der nächsten Generation entschieden. In Peking wird sie sicher nationalistisch sein."

Wie es *hier* aussehen wird, darüber ist eine Prognose nicht so deutlich auszusprechen. Denn es waren die „Taiwanesen", denen die Landreform vor allem zugute kam.

*

Für 18.30 Uhr ist schon der nächste Termin angesagt. In der Schwüle des späten Nachmittags durchwandere ich noch einige der bunten Straßen der Innenstadt von Taipei mit ihren hunderten von kleinen Lädchen, ihren Restaurants auf der Straße und ihren

Bettlern und Rikschafahrern. Noch und immer wieder ein Bild dessen, was bei uns unter dem Sammelbegriff „Orient“ verstanden wird. Es ist richtig – das ist nicht der apathische Orient von Kairo oder Kalkutta, sondern ein tätigeres Gewirr, aber das zielstrebig Disziplinierte, wie es etwa in der City von London oder auch in Berlin oder Paris oder in Chicago das Menschenpanorama prägt: das fehlt hier noch. Eigenartig, freundlich, großartig bunt und geruchstark – so genießt der eilige Tourist eine Stadt, die längst kein Städtchen mehr ist und doch immer noch so wirkt.

*

Erwartet wird mein Besuch nun von Herrn Ku Cheng Kang, dem Präsidenten der APACLROC – eine Buchstabenansammlung, die bedeutet: „Asian Peoples Anti-Communist League Republic of China,“ zu deutsch: Anti-kommunistische Liga der asiatischen Völker in der Republik China.

Hier – in einem weitläufigen Gebäude der Chung Cheng, der Regierungsstraße von Taipei – befindet sich das Hauptquartier der geistigen Kriegführung National-Chinas gegen Mao Tse Tung.

Es ist zwar richtig, daß die Grundsätze dieser Organisation sich gegen „den Kommunismus“ als solchen richten, aber die vielen, teilweise recht lesenswerten Schriften der APACLROC, die man mir schon in Hongkong in die Hand gedrückt hat, machen deutlich, wie intensiv der personelle Zielpunkt „Mao“ anvisiert wird.

Präsident Ku Cheng Kang, ein trotz seiner bald siebzig Jahre noch drahtiger und agiler Mann, früher langjähriger Minister der Chungking-Regierung, hat früher in Berlin studiert. Hier in Taiwan begann er schon 1953 einen Stab von intelligenten Mitarbeitern um sich zu versammeln, die mit Sorgfalt alle Vorgänge in Rot-China beobachten und kommentieren. Die Zeitschriften und Broschüren der „Anti-kommunistischen Liga“ erscheinen auch in englischer Sprache, werden über die ganze Welt verbreitet und sind deshalb für die Meinungsbildung all derer von Bedeutung, die sich ernstlich mit China und seinem gegenwärtigen Schicksal befassen.

Ihr Argument, das sich wie ein roter Faden durch diese Publikationen zieht, ist der Hinweis darauf, daß alles, was sich als „Kommunismus" anpreist, in Wirklichkeit eine „naturwidrige Ideologie" ist, die „ausgerottet werden muß, bevor Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden durchgesetzt" werden können.

Man hat freilich begriffen, daß Mao Tse Tungs Erscheinung ideologisch allein nicht erklärt werden kann. Die genaue Abschätzung der Führungsschicht, die sich um den chinesischen Diktator gebildet hat (die Herren kennen sich aus den Tschungking-Jahren fast alle persönlich; eine Schwester der Madame Tschiang Kai Scheks spielt in Peking eine bedeutende Rolle)* gibt den Schriften, die von diesem Büro aus verbreitet werden, ihre nützliche Bedeutung für den Fernstehenden.

Da erfahren wir, daß einer der Pekinger Potentaten ein „gebildeter und wichtiger Mann", ein anderer „weltgewandt und diplomatisch" sei – nur gegenüber *einer* Person wird keinerlei Objektivität versucht: das ist Mao Tse Tung; für ihn gelten nur negative Vergleiche aus der chinesischen Geschichte. Es gab in ihr mehrmals rabiate, manchmal auch geistesverwirrte Gewalthaber – sie sind alle und immer wieder vom Gewicht der chinesischen Volkswirklichkeit überwunden worden. Solchen Vergleichen entspricht auch der dieser literarischen Auseinandersetzung mit Mao zugrundliegende optimistische Gedanke: was dieser Mann in seiner „marxistischen und leninistischen" Leidenschaft mit fanatischer Brutalität durchsetzen will, ist nur eine Episode; das Chinesentum wird sie überleben, denn es ist stärker und es wird vom „Tyrannen Mao" nicht geändert werden, so sehr er sich das in seinen Wahnvorstellungen auch einbilden mag.

Maos „Gedanken", die die chinesische-kommunistische Partei einst auf Vorschlag seines heutigen stärksten Widersachers, des

* Madame Tschiang Kai Schek entstammt der vermögenden christianisierten Familie Sung; sie ist – 1901 geboren – die jüngste Schwester der Witwe Sun Yat Sens, der 1925 starb. Diese Dame Ching Ling fühlt sich als berufene Bewahrerin des geistigen Erbes ihres verstorbenen Gatten und wirkt in dieser Eigenschaft immer noch: Allerdings nicht in Taiwan, sondern in Peking in Führungskreisen Mao Tse Tungs. Und ein Bruder dieser in so verschiedenen Lagern agierenden politischen Schwestern ist einer der bedeutendsten chinesischen Finanzleute in Hongkong.

entmachteten Staatspräsidenten Liu Tschao Chi zu ihrem „Programm" erhoben haben, schrecken hier niemand. Man erkennt in ihrem Kernsatz, daß „des Menschen soziale Verhältnisse sein Denken bestimmen" den einfachen Aufguß eines marxistischen Irrtums. Weder die Existenz noch die wesentlichen Eigenschaften des chinesischen Volkes können damit erklärt werden, Maos klingende Parolen mag man Millionen chinesischen Schulkindern eintrichtern, man mag versuchen, das Familienleben zu stören – alle diese Zwangsbemühungen halten keinen Vergleich aus zu den tiefen Wurzelinstinkten des chinesischen Denkens und Handelns. Der Konfuzianismus ist vor Jahrtausenden den Chinesen nicht anbefohlen worden, er hat sich als Volksphilosophie ausgeprägt und erhalten, weil er dem Wesen der Chinesen entspricht. Von Mao wird sich nichts erhalten, weil er sich einbildet dieses Wesen ändern zu können. Und auch seine Bemühungen, als eine Art Gott in die chinesische Zukunft einzugehen, werden an der chinesischen Skepsis scheitern.

Daß Mao Tse Tung auch über „Kriegführung" orakelt, wird in Taipei mit süß-saurem Lächeln notiert – man weiß ja schließlich, daß alle „revolutionäre Strategie" erst etwas bedeutet hat, als die Sowjets das japanische Kriegsmaterial den Mao-Leuten auslieferten und Tschiang Kai Schek von den Amerikanern im Stich gelassen wurde.

Mit gewisser Aufmerksamkeit registriert man die Bemühungen der Chin-Kom (so bezeichnet man hier abgekürzt die chinesischen Kommunisten) sich als Rivalen zu den Sowjets in der farbigen Welt Einfluß zu verschaffen. Entgegen aller chinesischen Tradition hat sich der Ministerpräsident Chou En Lai von Peking aus mehrmals auf Reisen begeben, um einigen „neuen Staaten" Entwicklungshilfe anzubieten; für andere Weltbereiche bildet man in Peking Berufsrevolutionäre aus; man träumt den Traum Lenins von einer „Weltrevolution", die „organisiert" werden könne.

Hinweise auf diese rot-chinesischen Umtriebe werden hier in Taipei sehr ernsthaft formuliert, vor allem zu Nutz und Frommen der Amerikaner, die sich diesen Erscheinungen des 20. Jahrhunderts gegenüber unbeholfen zeigen und nicht nur in China sondern auch vor ihrer eigenen Küste – in Kuba – ernste Denkzettel er-

hielten. Der Pekinger Eifer, sich nicht nur in Asien, sondern auch in Südamerika und Afrika als die „wirklichen“ Revolutionäre, als die Vorkämpfer aller Farbigen gegen den „Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus“ der Weißen zu empfehlen, ist beachtlich. Er findet freilich seine Betätigungsgrenze in der devisenwirtschaftlichen Schwäche Rot-Chinas.

Zwar hat Peking nicht gezögert, auch in den Hungerjahren 1961–62 Lebensmittel in beträchtlichen Mengen zu exportieren, nur um genügend Dollar für weltpolitische Umtriebe zu kassieren – aber insgesamt hat die „Entwicklungshilfe“, d.h. der Kapital-Export Chinas zum Zwecke der „Weltrevolution“ nach den gewiß nicht untertreibenden Feststellungen der Experten in Taipei im Jahrzehnt 1956 bis 1966 insgesamt kaum mehr als eine Milliarde US-Dollar (das sind etwa 4 Milliarden D-Mark) ausgemacht. Auch wenn man bedenkt, daß davon im Gegensatz zur Entwicklungspolitik etwa der Deutschen Bundesregierung kein Cent ohne präzise Zweckbestimmung verausgabt wird – der durchschnittliche Jahresbetrag von rund 400 Millionen D-Mark reicht gewiß nicht aus, um die Welt umzukrempeln; auch Maos „Gedanken“ können den Fehlbetrag nicht ausgleichen.

Schweigsam ist man in Taipei zu Maos Atombombe: es scheint fast als würde ein unterschwelliger Stolz mitschwingen, daß diese Leistung der chinesischen Wissenschaft trotz der Verweigerung russischer Mitarbeit gelungen ist. In Taiwan hat man immerhin auch schon einen Atomreaktor in Betrieb. Es scheint nicht so, daß man Maos Atombombe im militärischen Einsatz fürchtet. Man sagt mir: „In Europa mag es vielleicht einmal einen Atomkrieg geben, nicht in Asien. Wir werden, wenn wir auf das Festland zurückkehren, nur einen begrenzten örtlichen Krieg zur Befreiung führen.“ Das ist ganz einleuchtend; mit der Atombombe drohen – das mag für Mao reizvoll sein. Aber sie im eigenen Land einsetzen? Das steht auch für ihn auf einem anderen Blatt.

Auch auf solche Wirren, wie sie die sog. Kultur-Revolution in Rot-China zeitigte, blicken die Intellektuellen im Kreise Ku Cheng Kangs nur mit interessierter Neugierde. Sie empfinden diese den Europäern unverständlichen Umtriebe als das verzweifelte Manöver eines Wildlings, der bereits gemerkt hat, daß sein Ende unaus-

weichlich ist. Wildlinge sind freilich jedem Chinesen in der Seele zuwider – und so rechnen sie wahrscheinlich nicht zu Unrecht, daß das Problem Mao nur eine Zeitfrage ist. Wobei freilich zu notieren ist, daß auch chinesische Literaten unter „Zeit" längere Perioden begreifen als wir. Maos „Kultur-Revolution", sein Kampf gegen die chinesische Familie, gegen das konfuzianische Moraldenken – das Chinesentum wird das alles überleben; die National-Chinesen fühlen sich deshalb ihres Sieges gewiß – so spät er auch kommen mag.

Kurzum: es ist eine Atmosphäre fast heiterer Gelassenheit, die in den Räumen der „Antikommunistischen Liga" vorherrscht; das Gespräch mit Präsident Ku Cheng Kang leidet etwas unter Sprachschwierigkeiten, weil sein einstiges Studenten-Deutsch verblaßt ist, ohne von einem fließenderen Englisch abgelöst zu werden. Immerhin ist ein Dolmetscher zugegen, denn die „Liga" ist eine wohlorganisierte Behörde – und nach nicht allzu langer Frist werden wir in den Gesellschaftsraum gebeten, in dem an großer runder Tafel ein Kreis illustrer Gäste und ein erlesenes chinesisches Mahl unser harren.

Die Tafelfreuden sind dem europäischen Gaumen ungewohnt und auch das trägt zur heiteren Atmosphäre bei. Zur Erklärung der vielerlei wohlschmeckenden Gabelbissen wird mir beruhigend versichert: „Wir Chinesen essen bekanntlich alles, was vier Beine hat – nur keinen Stuhl."

Die durchdachte chinesische Eßkultur demonstriert sich freilich schon in der Reihenfolge der Genüsse mit ihren vielen kleinen Kontrasten, die mit einer zarten Suppe schließlich beendet werden. Sie gehört, wie mir einleuchtend versichert wird, keinesfalls an den Anfang einer gepflegten Mahlzeit; nicht auf eine einleitende Beruhigung sondern auf die Mobilisierung des Gaumenkitzels kommt es an!

Noch am nächsten Morgen, als die Maschine zum Rückflug startet, meine ich den Geschmack einer Lebensaufgeschlossenheit auf der Zunge zu spüren, die so gar nichts mit dem turbulenten Schicksal Chinas in unserer Zeit zu tun hat, die sich aber wohl nicht abtöten läßt – weder hier im Taiwan-Exil noch drüben auf dem Festland.

Wartet man dort auf den Tod des Tyrannen? Hier jedenfalls wartet man auf einen späten Sieg und es gehört keine Sehergabe dazu, um zu wissen: so wird es kommen, wie auch immer die Veränderung des „status quo" sich darstellen wird. China bleibt mit Gewißheit das Land der Chinesen. Wer ihr Denken, ihr Tun und Lassen „revolutionieren will", irrt; wer ihm treu bleibt, behält das letzte Wort.

Im Zeichen der aufgehenden Sonne

Die Japaner — ein Volk für sich

„Der Herrscher des Landes der aufgehenden Sonne" pflegte im 6., 7. und 8. Jahrhundert n. Chr. an den „Herrscher des Landes der untergehenden Sonne" Gesandtschaften nach Peking zu entsenden; mit dieser sorgfältig erwogenen Wortwahl wollte der japanische Kaiserhof ausdrücken, daß er sich dem chinesischen gleichrangig fühlte; darüber gab es freilich stets Meinungsverschiedenheiten – damals und später. Für das Auge des Europäers mag auf den ersten Blick der Chinese (insbesondere der schmächtige Südchinese) vom Japaner nicht ohne weiteres zu unterscheiden sein. Dennoch sind beträchtliche Differenzen ausgeprägt.

Für eine moderne Völkerkunde, die die menschliche Vererbung nicht nur hinsichtlich äußerlicher Merkmale sondern auch bei der Charakterisierung und Deutung geistig-seelischer Verhaltensweisen berücksichtigt, wird das Japanertum noch bedeutende Forschungsprobleme stellen.

Sowohl durch ihre Insellage wie durch absichtliches politisches Tun und Lassen haben sich die Japaner noch entschiedener als die Chinesen in der ganzen historisch überblickbaren Zeit gegen jegliche Einmischung von außen abgeschirmt. Noch mehr als diese sind sie unter sich „konform" geblieben (oder geworden, denn es handelte sich auch um einen Entwicklungsvorgang).

Die Frage, woher die Japaner eigentlich stammen, ist noch nicht zweifelsfrei geklärt. Als sicher kann gelten, daß sie die Nachkommen von Einwanderern sind aus der Zeit *nach* der geographischen Ablösung der japanischen Hauptinseln vom asiatischen Festland. Sie kamen übers Meer und betrachteten – fast bis in die unmittel-

bare Gegenwart – die Ureinwohner, die „Ainu" als ihre Feinde, mischten sich mit ihnen ebensowenig wie es die von Europa kommenden Nordamerikaner mit den Indianern taten. Die Ainu wurden in jahrtausendelangen Auseinandersetzungen in die Berge gedrängt und nahezu ausgerottet. Um 1900 haben nach einer Schätzung des deutschen Professors Bälz noch etwa 200000 dieser Ureinwohner gelebt.

Der anthropologische Befund sagt aus, daß die Japaner sich aus dem Mongolentum abgesondert haben, wozu noch festzustellen ist, daß *diese* Absonderung jedenfalls eine wagnisreiche Meeresüberquerung erforderte und schon deshalb eine beachtliche Auslese sowohl hinsichtlich handwerklich-technischer Begabung, wie charakterlicher Eigenschaften – Disziplin und Mut – bedeutete. Es war eine „Völkerwanderung" unter beträchtlich erschwerten Bedingungen, die den an seiner engsten Stelle immerhin noch 200 Kilometer breiten Meeresarm zwischen Korea und der nächstgelegenen japanischen Insel überwinden mußte. Auch wenn man – was nicht auszuschließen ist – nur einen einzigen vom Festland hierher übersiedelten Stamm als das Urgeschlecht der heutigen Japaner annimmt: es *müssen* Hartgesottene gewesen sein, die einen solchen Exodus in grauer Vorzeit gewagt haben.

Es gibt Hinweise darauf, daß zahlreiche Seefahrer malaiischer Abstammung aus dem Raum der Philippinen oder gar aus Polynesien von Insel zu Insel bis Japan vorgedrungen sind und ihre genetischen Spuren dem Japanertum hinterlassen haben. Ungeklärt ist, ob diese malaiische Ansiedlung vor oder nach der mongolischen Einwanderung anzusetzen ist.

Die japanische Insel aus dem pazifischen Raum her zu erreichen war *noch* mühevoller und abenteuerlicher als das Übersetzen über die Korea-Straße. Man darf annehmen, daß diese Elemente sich gegenseitig respektierten als sie aufeinander trafen und daß die daraus entstehende Mischung in vieler Hinsicht gleichgewichtig gewesen ist. Auf diesen malaiischen Einschlag ist wohl einerseits die schlechte Kälteanpassung und andererseits die betonte Reinlichkeit der Japaner zurückzuführen, in der sie sich von der heutigen mongolischen Völkerfamilie unterscheiden. Auch Spuren südpazifischer Religionsvorstellungen weisen auf solche Erb-

beziehungen hin. Nach Auskunft der Philologen, die oft wichtige Hinweise zur Abstammungsgeschichte von Völkern liefern, sind in der japanischen Sprache Elemente der Mandschu-Sprache, des Mongolischen, des Türkischen ja sogar des Finnischen feststellbar, nicht jedoch Malaiisch oder Chinesisch. Der letzteren Feststellung widerspricht nicht die Tatsache, daß die japanischen Kaiser aus China die *Schrift* eingeführt haben. Die Bilderschrift erlaubt es ja, sie als schriftlichen Ausdruck einer ganz anderen gesprochenen Sprache zu verwenden, und so geschieht es hier. Chinesen und Japaner können zwar die gleichen Bücher lesen, aber unterhalten können sie sich nicht.

Eine intensivierte moderne Völkerkunde wird genauer beschreiben, was Professor Karl Haushofer, der bekannte Geopolitiker und gründliche Kenner Japans in seiner Studie „Japans Vormachtstellung im Osten" schon 1920 als das „vollendet zusammengeschweißte Rassengefüge des Inselreiches" skizzierte.

Sogar eine erst neuerdings erschienene Schrift der UNESCO kommt nicht umhin, den „japanischen Nationalcharakter" als ein gewachsenes in sich geschlossenes Phänomen anzuerkennen*. Es wird darauf hingewiesen, daß in Japan „rassische Differenzen bereits in der prähistorischen Zeit ausgeglichen" worden seien, daß das Familiensystem sich als „einigender Faktor" erwies, daß Japan „nie Eroberer erdulden" mußte, die das Zusammenwachsen gestört hätten. Sowohl im politischen System wie in der Kultur Japans sei „die zentrale Idee der nationalen Ordnung" nie untergegangen.

*

Mit diesen Hinweisen befinden wir uns nun schon im genauer überblickbaren „historischen" Bereich. In der japanischen Frühüberlieferung überwiegen noch mythologische Vorstellungen, die auch in die offizielle Chronologie Eingang gefunden haben. Danach soll der erste japanische Kaiser Jimmu – der Sage nach ein Enkel

* Nyozekara Hasegawara: The Japanese Character, herausgegeben von der Japanese National Commission of UNESCO, Tokyo 1965 S. 11f.

der Sonnengöttin Amaterasu – am 11. Februar des Jahres 660 vor Christus den Thron bestiegen haben. Kritische Historiker vermuten, daß dieser Kaiser zwar in der Tat gelebt und gewirkt hat, aber vermutlich erst 200 v. Chr. Er hat die bis dahin auf der Südinsel Kyushu lebenden Japaner zum Vordringen auf die Hauptinsel Honshu veranlaßt, wo in der Gegend des späteren Nara das japanische Staatswesen seinen ersten Mittelpunkt fand.

Die heutige japanische Kaiserfamilie führt ihre Ahnenreihe bis auf jenen sagenhaften Kaiser Jimmu zurück. Der derzeit regierende Tenno Hirohito gilt als dessen 124. Nachfolger. Es ist nichts Ernstes gegen diese Historie einzuwenden, wenn es auch gelegentliche Abweichungen von der direkten Thronfolge dadurch gab, daß einzelne Agnaten abdankten und nachgeborene Söhne das Herrscheramt ausübten. Die Tatsache, daß das japanische Kaiserhaus die älteste Herrscherfamilie der Weltgeschichte ist, läßt sich dennoch nicht bezweifeln.

Dieses erstaunliche Überleben einer einzigen Familie in höchster Rangstufe läßt sich vermutlich dadurch erklären, daß sie in den über zwei Jahrtausenden ihrer Tradition stets japanisch geblieben ist und nie in falsch verstandener Vorstellung von „Ebenbürtigkeit“ Prinzessinnen aus der Fremde aufgenommen hat. Die Ehefrauen der japanischen Thronfolger wurden und werden bis auf den heutigen Tag aus den angesehensten Familien des Landes ausgewählt.

*

Jener Marco Polo, der den ungläubigen Venezianern einst vom chinesischen Staatswesen berichtete, hat am Hofe des Groß-Khans von „Zipangu“ gehört, das dort im Rufe üppigen Reichtums stand und die damals mongolischen Herrscher Chinas zu einem gewagten und im Jahre 1281 endgültig gescheiterten Eroberungsversuch auf die japanischen Inseln reizte. Den Japanern kam damals ein großer Sturm zu Hilfe, der die kleinen Schiffe der Invasoren zerstreute und zerstörte. Nie wieder ist seither ein unmittelbarer Angriff auf Japan versucht worden. Auch die amerikanische Besetzung von 1945 erfolgte erst nach der Kapitulation der japanischen Streitkräfte, nicht im Wege der Eroberung. Das 500 Kilo-

meter entfernte Okinawa war die nächstgelegene Insel, die die Amerikaner vom April bis Juni 1945 erkämpften (vgl. S. 254).

Marco Polos Hinweis auf „Zipangu“ hat die europäischen Abenteurer mehrere Jahrhunderte hindurch lebhaft beschäftigt. Als Kolumbus in San Salvador landete, meinte er zunächst, diese sagenhafte Insel erreicht zu haben. Im Jahre 1543 kamen Portugiesen aus Macao als erste Europäer nach Japan, wo sie zunächst wohl aufgenommen wurden; vor allem fanden ihre mitgebrachten Feuerwaffen lebhaftes Interesse – man hat sie sofort nachgebaut.

Einige Jahre danach folgten katholische Missionare, unter ihnen der später heilig gesprochene Pater Franz Xaver*. Die zunächst erfolgreiche Tätigkeit der Prediger des Christentums, aber auch die Beuteleidenschaft der sonstigen weißen Ankömmlinge – neben den Portugiesen auch Holländer und Spanier – erweckten das berechtigte Mißtrauen der politischen Führung Japans, die damals schon in den Händen der Tokugawa-Shogune lag. Ein in Gefangenschaft geratener spanischer Kapitän enthüllte in seinen Vernehmungen die damals üblichen europäischen Eroberungsmethoden; das Zusammenspiel von Handelsbeziehungen, Christianisierung und militärischer Unterwerfung. Die Japaner begriffen die Größe der Gefahren, die ihnen drohten, und der Shogun erließ das berühmt gewordene Edikt von 1639, das für mehr als zwei Jahrhunderte jede Ausländer-Landung auf japanischem Boden unter Todesstrafe stellte – sogar Schiffbrüchige wurden hingerichtet –, Ausreisen von Japanern streng verbot und nicht einmal den Bau seetüchtiger Schiffe erlaubte, nur um die Abschirmung durchgreifend zu sichern.

Was draußen vor sich ging, wollte der Shogun dennoch erfahren. Deshalb wurde ein Beobachtungsposten eingerichtet: die Holländer durften auf der dem Hafen von Nagasaki vorgelagerten Insel Deshima eine Faktorei einrichten und dorthin jährlich einmal ihre

---

* Aus dem Jahre 1548 ist eine Aufzeichnung des Paters Franz Xaver überliefert, in der er schrieb, die Japaner seien „übermäßig wißbegierig, was die freundlichen Inder nicht sind“. Im folgenden Jahr berichtete er aus Japan, das Volk sei „das Beste, das man bisher entdeckt hat, und ich glaube nicht, daß man unter den Ungläubigen ein Besseres finden wird“ (Zitat nach Fosco Maraini: Nippon, Zürich, 1958, S. 151).

Waren bringen. Nach Nagasaki übersetzen durften sie jedoch nicht – so war es den japanischen Behörden zwar möglich, zu erfahren, was die Fremden Neues anzubieten und mitzuteilen hatten – ohne diesen aber auch nur einen Blick in das ihnen verbotene Land zu erlauben.

Dabei blieb es. Längst regierten die Spanier auf den Philippinen, die Holländer in Niederländisch-Indien, die Engländer hatten Singapore und Hongkong in Besitz genommen, Dampfschiffe durchkreuzten die Weltmeere – aber immer noch waren die Häfen Japans jedem Weißen verschlossen, nur das Jahresschiff aus Macao durfte die Insel Deshima besuchen.

Die Amerikaner, die bis dahin als Kritiker der spanischen und britischen Welteroberungs-Methoden hervorgetreten waren, fanden Mitte des 19. Jahrhunderts diesen Zustand unerträglich und fühlten sich berufen, den Bann zu brechen und sich Eingang nach Japan zu verschaffen – und sei es mit Gewalt.

Zu diesem Zweck wurde im Sommer 1853 Commodore Mathew Calbraith Perry von der Regierung des demokratischen Präsidenten Franklin Pierce mit zwei Dampf-Fregatten und 600 Mann nach Japan entsandt. Mit dieser Streitmacht drang Perry zunächst unter dem Vorwand „wissenschaftlicher Studien“ in die Bucht von Yokohama ein. Dann ehrte er den Shogan mit einem „Salut“ – er ließ aus seinen Kanonen eine Breitseite in die Luft schießen. Damit war der Fall entschieden. Perry durfte an Land gehen und an den Shogun ein Schriftstück senden, das unmißverständliche Forderungen enthielt: Öffnung der japanischen Häfen, Abschluß eines Handels- und Freundschaftsvertrages, Einrichtung amerikanischer Konsulate, Sicherheit für alle Schiffbrüchigen usw.

Commodore Perry verfügte offenkundig über gute Informationen hinsichtlich des Charakters der Japaner, denn er ließ ihnen zunächst Zeit zum Nachdenken, und zog sich mit seinen Schiffen wieder zurück, allerdings mit der Ankündigung: er werde in wenigen Monaten wiederkommen und sich die Antwort holen!

Die amerikanische Unternehmung war von den Russen, Franzosen, Engländern und Holländern mißtrauisch beobachtet worden; sie erschienen nun auch, hielten Schießübungen in japanischen Gewässern und machten damit völlig klar, daß es kein Entrinnen

mehr gab. So war im „Bakufu", im Hauptquartier der Shoguns, die politische Entscheidung zu seinen Gunsten bereits gefallen, als Commodore Perry im Frühjahr 1854 erneut in der Tokyo-Bucht aufkreuzte: diesmal in dreifacher Stärke. Nun wurde er mit seiner Besatzung nach Yokohama eingeladen, zog dort mit Blechmusik ein und erhielt am 31. März 1854 alles zugesichert, was er gefordert hatte.

Was kommen mußte, kam: dem amerikanisch-japanischen Vertrag folgten ähnliche mit Großbritannien, Rußland, Frankreich, Portugal und – im Jahre 1861 auch mit Preußen. Denn schon bald nach 1854 waren auch die Japaner aufgebrochen, um Europa kennenzulernen, und dort hatten sie die Deutschen als ein Volk entdeckt, das ihnen etwas Besonderes zu sagen habe. Es mag sein, daß zu der beträchtlichen geistigen Verbindung, die die in des Wortes unmittelbarer Bedeutung „aufgeschlossene" japanische Intelligenz gerade mit unserem Zivilisationsbereich anknüpfte, etwas mit der Tatsache zu tun, daß damals nur die Deutschen ohne Kriegsschiffe nach Japan kamen. Alle anderen europäischen Großmächte waren zunächst von der Vorstellung beherrscht, wie in China so wäre es auch in Japan möglich, durch ein Netz von Sonderrechten, „Konzessionen" genannt, das Land politisch und wirtschaftlich zu kontrollieren.

Diesen Versuchen wirkten die Japaner bald dadurch entgegen, daß sie innerhalb weniger Jahrzehnte in durchgreifender Weise Anschluß an die westliche Wirtschaft, Technik und – Machtpolitik suchten und fanden.

Mit der nicht nur willigen sondern geradezu begierigen Aufsaugung fremder Kenntnisse und Methoden wiederholte sich im Japan des ausgehenden 19. Jahrhunderts, was zwölfhundert Jahre vorher schon einmal in der sog. Taikwa-Reform geschehen war, in der nahezu mit einem Schlag nicht nur – wie erwähnt – die chinesische Schrift, sondern auch chinesische Staatsorganisation, chinesische Wirtschaftsformen und die Philosophie des Konfuzius übernommen worden waren. Von dessen Lehre läßt sich sogar behaupten, daß sie bei den Japanern tiefer gewirkt habe, als bei den Chinesen (vgl. Seite 258). Ähnlich läßt sich sagen, daß sie die in den seit der „Öffnung" vergangenen hundert Jahren auf-

genommenen „westlichen“ Ideen nicht nur mit wachen Sinnen aufgefaßt, sondern in ihrer Weise abgewandelt, vielfach auch vertieft und jedenfalls unerwarteten Nutzen daraus gezogen haben.

Den historisch-politischen Wendepunkt bezeichnete im Jahre 1867 das Ende des Shogunats und die Regierungsübernahme durch das Jahrhunderte lang politisch entmachtete Kaisertum.

Der Kaiser Meiji und seine Berater verstanden es ab den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, ein modernes Japan geradezu „aus dem Boden zu stampfen“:

Ganz im Gegensatz zu allen europäischen-historischen Erfahrungen vollzog sich in Japan die Industrialisierung zunächst als „Staatswirtschaft“, der dann eine „Privatisierung“ folgte. Dieser Prozeß begann mit Erschließung der Bodenschätze, der Kohlen-, Kupfer-, Gold- und Silberförderung, die unter Heranziehung europäischer Bergingenieure nach dem damals neuesten Stand als erstes modernisiert und Ende der 80er Jahre vom Staat an Privatunternehmer verkauft wurden. Ähnlich hat die kaiserlich-japanische Regierung damals mit Hilfe ausländischer Anleihe die ersten Baumwoll-Spinnmaschinen gekauft, Zement- und Glasfabriken, Gas- und Elektriziätswerke gegründet – immer unter gleichzeitiger Heranziehung ausländischer Fachleute zum Aufbau und Sicherung des Betriebes. Nicht nur die ersten Eisenbahnen, auch die ersten Hochsee-Schiffe wurden vom Staat finanziert und betrieben. Die Regierung verfolgte dabei die in Europa erst im 20. Jahrhundert zu Ansehen gelangte volkswirtschaftliche Idee der „Initialzündung“.

Als zweites Element ihrer Modernisierung führten die Japaner im Jahre 1873 die allgemeine Wehrpflicht und eine Armeeorganisation ein, die sich bis in die Einzelheiten nach dem preußischen Vorbild ausrichtete*.

Als die chinesische Regierung in Peking – durch die ihr von europäischen Regierungen aufgezwungenen „ungleichen Verträge“ gedemütigt – darauf hoffte, ihr Ansehen durch einen Sieg über die

---

* Die japanische Verfassung von 1889 wurde vom Fürsten Hirobumi Ito, der sich zu diesem Zweck längere Zeit in Deutschland aufhielt, „hauptsächlich nach dem Muster der bayrischen bearbeitet“ (Erwin Bälz: Das Leben eines deutschen Arztes im erwachenden Japan, Tagebücher – Briefe – Berichte. Stuttgart 1937, S. 95).

Japaner wieder herstellen zu können, und deshalb im Jahre 1894 einen örtlichen Streit in koreanischen Angelegenheiten zum kriegerischen Konflikt ausweitete, zeigte sich zur Verblüffung ganz Asiens, daß die 70000 gut ausgebildeten japanischen Soldaten mit der ihnen gegenübertretenden chinesischen Millionenarmee leichtes Spiel hatten und sie in die Flucht schlugen. Der politische Gewinn der Affäre war der Vertrag von Shimonoseki (14. 4. 1895), der den Chinesen nicht nur die Abtretung von Formosa sondern auch die Zahlung einer Kriegsentschädigung auferlegte.

Zum Eintritt Japans in die Weltpolitik des 20. Jahrhunderts trug dann außer dem Heer auch die nach englischem Muster aufgebaute japanische Flotte das ihrige bei. Im russisch-japanischen Krieg von 1904 wiederholte sich die Erfahrung: die gut ausgebildeten und nach damaligem Stand modern gerüsteten Japaner waren zahlenmäßig überlegenen Gegnern gewachsen!

Schon vorher war Japan von den europäischen Mächten als erstes nichtweißes Land „gleichberechtigt" anerkannt worden: bei der europäischen China-Expedition nach dem dortigen „Boxer-Aufstand" im Jahre 1900 waren die japanischen Truppen zur Mitwirkung an der Einnahme von Peking aufgefordert worden; die Japaner haben sich das nicht zweimal sagen lassen. Und Großbritannien zögerte nicht, im Jahre 1902 mit der japanischen Regierung einen förmlichen Bündnisvertrag abzuschließen. Dieses diplomatische Ereignis hatte zunächst die Wirkung, die Japaner zu ihrem Auftreten gegenüber Rußland zu ermutigen; im Ersten Weltkrieg haben sie sich dann auch gegen ihren einstigen Lehrmeister Deutschland gewandt und in Versailles dafür die damaligen deutschen Stützpunkte und Inselbesitzungen im Pazifischen Raum kassiert.

Der Wendepunkt in der Entwicklung Japans zu der von Europa anerkannten ostasiatischen Weltmacht trat mit dem zunächst politischen und schließlich erneut militärischen Eingreifen der Vereinigten Staaten ein. Zu diesem Geschehen zeigten sich schon während des russisch-japanischen Krieges die ersten Vorzeichen: der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt, der 1905 den Frieden von Portsmouth vermittelte, achtete sorgfältig darauf, Japans Siegeserfolg gegenüber Rußland zu begrenzen. Im Hinter-

grund wirkten auch hier die Ideen des Admirals Mahan, der die Amerikaner zum Ausgreifen in den Stillen Ozean aufforderte – eine Richtung, die schon mit der Besetzung der Philippinen entschieden eingeschlagen worden war (vgl. Seite 177f.).

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges waren die Amerikaner für England unvergleichlich wichtiger geworden als jemals zuvor, und so wandten sie sich auf der Flottenkonferenz von Washington von ihrem ostasiatischen Verbündeten ab und legten ihm dort eine Flotten-Rüstungs-Beschränkung auf, die man in Tokyo mit Zähneknirschen annehmen mußte. Nun hatte auch Japan wie einst China seinen „ungleichen Vertrag".

Der amerikanisch-britische Einengungsdruck auf die japanische Flotte wirkte dahin, daß Japan in seinem seit Jahrzehnten erwachten Drang nach Ausdehnung und Einfluß sich statt in den Stillen Ozean nunmehr verstärkt in nähergelegenen Bereichen umsah. So kam es zur Besetzung der Mandschurei im Jahre 1931, ab 1937 zur kriegerischen Ausweitung des Konfliktes mit China, schließlich zu dem tollkühnen Versuch, die amerikanische Flottendrohung und wirtschaftliche Erpressung im Zweiten Weltkrieg mit einem Schlag auszuschalten – ein Traum, der ausgeträumt war, als Deutschlands Kampfkraft in Europa erlahmte und schließlich zusammenbrach.

Aus der amerikanischen Besetzung der Jahre 1945–1953 ergab sich dann knapp hundert Jahre nach dem Einbruch des Commodore Perry in die Bucht von Tokyo ein neuer und verstärkter Zwangskontakt der Japaner mit der Welt des Weißen Mannes.

Und offenbar hat dieses so massiv in sich zusammengewachsene Volk erneut wie auf Kommando reagiert und aus dem historischen Zwischenfall erstaunlichen Nutzen zu ziehen vermocht: soviel jedenfalls läßt sich schon aus der Entfernung und in dem knappen zeitlichen Abstand sagen, der seither eingetreten ist.

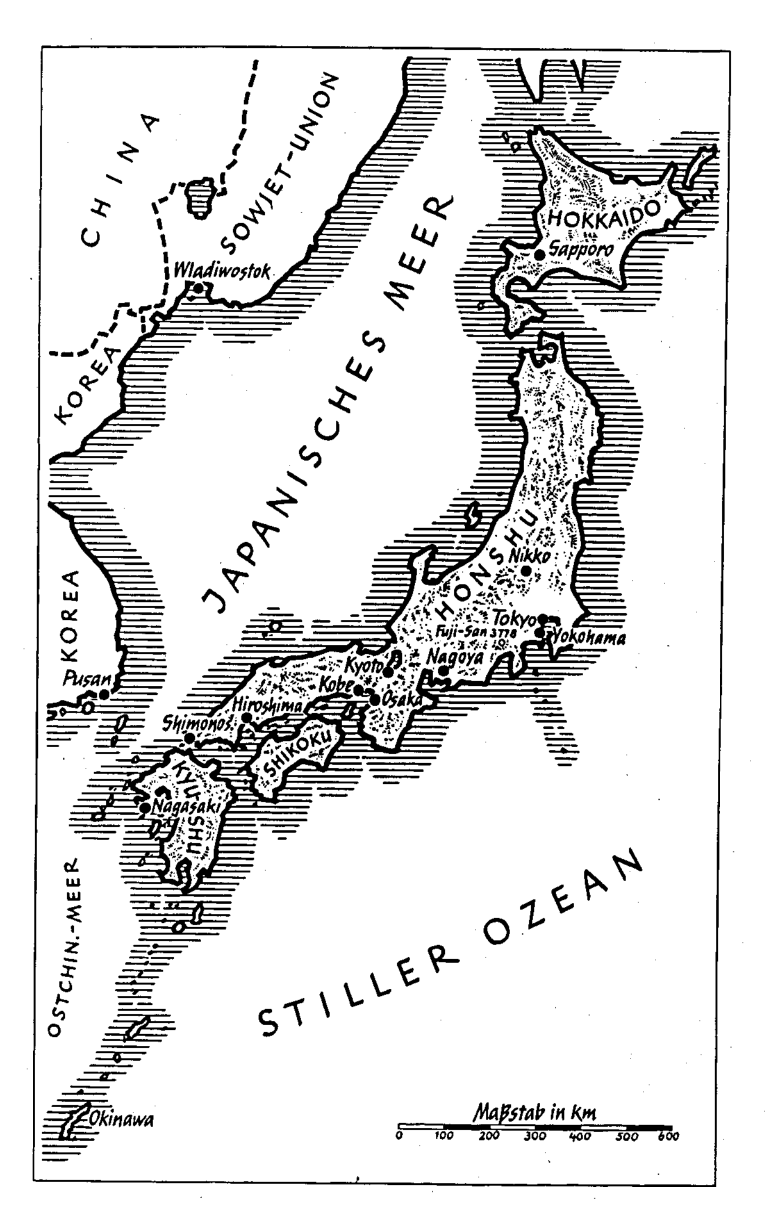
Das alte und das neue Japan

„Die Straße von Formosa" – ist wieder einmal (nach Auskunft der Schiffsoffiziere geschieht das häufig) für die zivile Schiffahrt gesperrt. Die Gründe werden nicht bekanntgegeben; sei es, daß rot-

chinesische Batterien ihren gewohnten Feuerüberfall auf Quemoy exerzieren oder die amerikanische 7. Flotte Schießübungen abhält. Erst bei Abfahrt Hongkong wird dem Kapitän der Kurs vorgeschrieben. Nun müssen wir den längeren ausfahren – südlich an Formosa und den Ryukyu-Inseln vorbei, deren wichtigste weltbekannt ist: Okinawa. Sie liegt lang hingezogen wie ein Schatten am Horizont eines nebligen Morgens, während wir Kurs auf die japanischen Hauptinseln nehmen.

Mit der gewaltigsten Armada der Seekriegs-Geschichte sind die Amerikaner Anfang April 1945 in diesen Gewässern aufgefahren: damals erzwangen 18 Schlachtschiffe, 14 Flugzeugträger, 200 Zerstörer, hunderte von Transport- und Landungsschiffen die Okinawa-Landung für 183000 Mann amerikanischer Invasions-Truppen – ein ebenso kühnes wie verlustreiches Eroberungsunternehmen, das den vorletzten Abschnitt des Ostasien-Krieges bezeichnet hat. In einem erbitterten – freilich von überwältigender amerikanischer Luft- und Materialüberlegenheit gekennzeichneten – soldatischen Ringen fanden hier über 12000 amerikanische und etwa die achtfache Zahl japanischer Soldaten den Tod. Nur 7400 Gefangene wurden eingebracht – von einer Verteidigungsbesatzung von 120000 Mann. Erst nach 82 Tagen blutigsten Kampfes, am 21. Juni 1945, war der Widerstand auf Okinawa gebrochen. Der japanische Befehlshaber und sein Stabschef begingen „Seppuku", den rituellen Selbstmord der japanischen Samurai, der bei uns unter dem Namen „Harakiri" bekannt ist.

Seit jenen Tagen ist Okinawa in amerikanischer Hand; die Insel wurden zum wichtigsten militärischen Stützpunkt der USA in Südasien ausgebaut. Deshalb weigerten sich die Amerikaner beim Abschluß ihres Friedensvertrages mit Japan, Okinawa zurückzugeben. Ein auf die Dauer vertretbares Argument, das zu unterlassen, gab und gibt es freilich nicht. Im Friedensvertrag wurde deshalb die *spätere* Rückerstattung der unzweifelhaft japanischen Ryukyu-Inseln an Japan in Aussicht gestellt; aber es wurde kein Termin genannt. In den folgenden amerikanisch-japanischen Sicherheitsverträgen ist die Fortdauer der Okinawa-Besatzung immer wieder bestätigt worden. Damit wurde ein Schein gewahrt, der für die Augen der Japaner immer schwächer leuchtet. Die


CHINA
SOWJET-UNION
Wladiwostok
KOREA
JAPANISCHES MEER
HOKKAIDO
Sapporo
HONSHU
Nikko
Tokyo
Fuji-San 3778
Yokohama
Nagoya
Kyoto
Kobe
Osaka
Hiroshima
Shimonos.
SHIKOKU
KYUSHU
Nagasaki
KOREA
Pusan
OSTCHIN.-MEER
STILLER OZEAN
Okinawa
Maßstab in km
0 100 200 300 400 500 600

Insel, die 100 Kilometer lang und 20–30 Kilometer breit ist, hat etwa eine Million japanische Einwohner. Die Forderung nach Abzug der amerikanischen Besatzung erheben nicht nur die unmittelbar Betroffenen – das Thema ist von Jahr zu Jahr ernster geworden.

Da jedoch eine Räumung Okinawas die militärische Stellung der USA im ostasiatischen Raum ernstlich schwächen würde, ist nach dem derzeitigen Stand der Dinge auch die japanische Sicherheit mit der Okinawa-Frage verbunden – wer sollte Japan verteidigen, wenn es nicht die Amerikaner tun?

Vielerlei Gemüter erregen sich über das komplexe Thema. Einerseits gibt es eine wachsende Zahl von Japanern, die es unerträglich finden, daß ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende und fast zwei Jahrzehnte nach „Friedensschluß" immer noch „besetzte Inseln" der japanischen Verwaltung entzogen sind – andererseits versichern amerikanische Generale fragenden Journalisten, „nur über ihre Leiche" könne dieser Stützpunkt aus der unmittelbaren Kontrolle des „Pentagons" entlassen werden.

Wie wichtig Okinawa militärisch ist, läßt sich schon mit dem Zirkel abmessen: die Insel liegt in etwa gleicher Reichweite von 500 bis 1000 Kilometern sowohl von den japanischen Hauptinseln, wie von Süd-Korea und Süd-China entfernt – ein strategisch idealer Standort. Aber kann das für die Japaner ein überzeugendes Argument sein, um eine Million ihrer Volksgenossen von einem amerikanischen „Hochkommissar" regieren und verwalten zu lassen?

Erfolgreich war die japanische Regierung mittlerweile mit ihrem Verlangen nach Rückerstattung der 1000 Kilometer südlich von Tokyo im Pazifik gelegenen Bonin-Inseln. Sie sind von den Vereinigten Staaten im Herbst 1967 zurückgegeben und wieder japanischer Verwaltung unterstellt worden. Die 7000 Siedler, die während des Zweiten Weltkrieges von dort flüchten mußten, durften endlich wieder zurückkehren. Diese Inseln sind freilich nur für den Fischfang und für Südfrüchte wichtig...

Nach 24 Stunden ruhiger Reise in nebelgrauem Dunst verlangsamt die „Hamburg“ ihre Fahrt – wir stehen nun südlich der Insel Shikoku, die unserem nächsten Zielhafen Kobe vorgelagert ist; zunächst müssen wir warten, denn wir sollen erst am nächsten Morgen dort einlaufen.

Die Dünung ist glücklicherweise mäßig, so daß der Abschiedsabend mit einem in Kobe aussteigenden Ehepaar in gemütlichem Gespräch verläuft. Die beiden waren mit ihren Kindern auf Heimaturlaub in Deutschland und kehren nun wieder nach Hause nach Japan zurück: dieser deutsche Kaufmann ist sogar hier geboren, Sohn einer der deutschen Familien, von denen manche seit fast hundert Jahren in Japan Fuß gefaßt haben und sich beträchtlichen Ansehens erfreuen.

In der Pionierzeit des Kaisers Meji kamen nämlich nicht nur deutsche Offiziere mit ihren Dienstvorschriften in der Tasche nach Tokyo, sondern nicht minder erwünscht auch Wissenschaftler – vor allem Ärzte. Sie haben nicht nur medizinisch gewirkt und waren als Lehrer tätig, sondern übten auch bis zum Kaiserhof persönlichen Einfluß aus*.

Der Tischgast, der uns nun verläßt, ist nicht nur in Japan geboren; er hat fast sein ganzes Leben hier verbracht – wenn irgend jemand, so müßte er den Japanern „hinter die Stirn“ sehen können. Auf solche Fragen antwortet er nur lächelnd mit dem Hinweis auf ein schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts erschienenes Japan-Buch des von der kaiserlich-deutschen Regierung entsandten Geographen, des Bonner Professors I. I. Rein. Der schrieb über den japanischen Volkscharakter den nachdenklichen Satz, der bis heute Geltung hat:

„Zu den großen Schwierigkeiten bei der Beurteilung gehört die Verschlossenheit der Japaner, eine Charaktereigenschaft, welche bewirkt, daß es zwischen ihnen und Weißen wohl nur selten zu einer wahren vertraulichen Freundschaft kommt.“

---

* Hohes Ansehen genoß der deutsche Arzt Dr. Erwin Bälz, der ab 1876 drei Jahrzehnte hindurch als Professor an der Universität Tokyo sowie als behandelnder Arzt der japanischen Kaiserfamilie tätig war. Seine interessanten Aufzeichnungen und Briefe sind von seinem Sohn Toku Bälz herausgegeben worden (vgl. Seite 251).

Auch denen, die Jahrzehnte mit ihnen und unter ihnen verbracht haben, bleiben die Japaner ein Volk mit vielen Fragezeichen. Man kann und muß sie studieren, aber kann man sie ganz begreifen oder ernstlich durchschauen, ihr mutmaßliches Tun vorherbestimmen?

Das Urteil des Mannes, der es wissen muß: man kann es nicht.

Dennoch läßt sich vieles erkennen, wenn man nur deutlich sehen will.

Da ist beispielsweise die Umformung, die der Konfuzianismus erfuhr, als er vor 1200 Jahren aus China übernommen wurde. Die chinesische Lehre stellt Kindesliebe und Familienverbände voran und führt über sie zur Staatsidee. Hier in Japan kam es zur umgekehrten Reihenfolge: Die Lehenstreue und das vaterländische Pflichtgefühl sind hier die eingebrannten Wertbegriffe, denen instinktiv alles andere untergeordnet wird. Die Chinesen streben auseinander, die Japaner stets zueinander; es wirkt in ihnen eine „uralte Neigung, sich zur Pyramide zu ordnen".

Dabei hat die konfuzianische Lehre der Selbstbeherrschung bei den Japanern viel tiefer gewirkt als bei den Chinesen.

„Sie werden es erleben: Man hört in Japan fast nie schreiende Menschen. Sogar wenn sie – was gegenwärtig gelegentlich geschieht – für irgend welche Anliegen demonstrieren und untergehakt im ‚Hau-ruck'-Stil durch die Straßen marschieren: dann bleiben sie vor der Ampel stehen, wenn sie rotes Licht zeigt."

„Möglichst keine Gefühle zeigen, jedenfalls den Drang der Gefühle eindämmen – das ist ein so starker Grundzug japanischen Wesens, daß wir immer wieder vor einem Rätsel stehen."

Er berichtet vom Kriege: „Wenn die Asche gefallener Soldaten in die Heimat überführt wurde, warteten die Mütter am Bahnhof, schlossen sich dem Zug zur Kaserne schweigend an, verneigten sich dort vor der Fahne und kehrten dann ohne ein weiteres Zeichen innerer Bewegung nach Hause zurück."

*

Für das bevorstehende Einlaufen in den ersten japanischen Hafen werden den Passagieren besondere Weisungen erteilt.

Fläschchen und Röhrchen werden ausgegeben. Sie müssen, mit Inhalt und mit Namensaufschrift versehen, morgen früh zum Einsammeln bereitgehalten werden. Eine Lautsprecher-Durchsage kündigt an, daß ab 2 Uhr nachts das Wasser abgesperrt wird. Toiletten werden sogar versiegelt und dürfen bis zur Freigabe des Schiffes durch die japanischen Behörden nicht mehr benützt werden. Weil wir in Singapore, Manila und Hongkong waren, steht unser Schiff zunächst unter „Quarantäne" – erste Berührung mit der japanischen Ordnung.

In früheren Jahrhunderten war Japan von Seuchen heimgesucht worden und die Mikroben-Bekämpfung war eines der ersten Wissensbereiche, in die sich die moderne japanische Medizin von ihren deutschen Ärzte-Lehrmeistern einführen ließ: und die sie seither im Umfang der Schutzvorkehrungen und Genauigkeit ihrer Anwendung beträchtlich übertreffen!

Bei einem sauberen Schiff wie dem unsrigen, mögen solche Vorschriften nahezu lächerlich wirken, aber im großen Verhältnis hat diese Genauigkeit geradezu geschichtliche Bedeutung gewonnen; in all den Feldzügen, die die Japaner während eines halben Jahrhunderts führten – und zwar meist in seuchengefährdeten Gebieten – haben sie fast keine Verluste durch Krankheiten erlitten. So muß man Verständnis dafür aufbringen, daß sie sich auch nicht durch deutsche Schiffe Bazillen ins Land schleppen lassen wollen.

Morgens um 7 Uhr – wir liegen vor Anker, aber ziemlich weit außerhalb des Hafens – werde ich aufgeregt geweckt: „Der Arzt möchte sie sehen." Das erweist sich als Irrtum – der Quarantäne-Beamte untersucht nur die in Kobe aussteigenden Passagiere, die zu diesem Zweck seit einer halben Stunde im Salon auf Abruf warten.

Der Vormittag vergeht; wir haben reichlich Zeit, mit Feldstechern nach der im regnerischen Dunst in der Ferne liegenden Hafenstadt Ausschau zu halten. Unmittelbar dahinter steigt eine Gebirgskette steil empor. Das ist Japans Schicksal – von den 360000 Quadratkilometern des derzeitigen Staatsgebietes sind drei Viertel gebirgig und der Siedlung fast verschlossen. Die über 100 Millionen Einwohner müssen sich auf knapp 100000 Quadratkilometern Fruchtland einrichten. Das bedeutet, daß auf den Quadratkilo-

meter Kulturfläche etwa 1000 Einwohner kommen: das dichtest besiedelte Staatsgebiet der Erde.

Alles japanische Leben und Wirtschaften vollzieht sich in den Küstengebieten, in den ausgebreiteten und nicht leicht zugänglichen Gebirgen hat sich freilich der Wald erhalten. Er wird dort seit Jahrhunderten forstlich gepflegt – das zuverlässigste Zeichen eines Kulturvolkes.

Erst gegen Mittag wird die „Quarantäne" aufgehoben, und die japanische Paß-und Zollkontrolle kommt an Bord. Es hat inzwischen eine kräftige Brise eingesetzt und die Beamten müssen sportliche Gewandtheit aufbieten, um unser Fallreep zu erwischen.

Schließlich bestehen unsere Kobe-Reisenden auch diese Kontrolle; wir anderen, die wir bis Yokohama an Bord bleiben werden, erhalten unsere kleinen Bordkarten, mit denen wir an Land gehen können.

Da wir immer noch weit draußen vor Anker liegen, benütze ich die Gelegenheit des schnittigen modernen Kutters, der die Abreisenden an Land bringt, und setze schließlich gegen 3 Uhr nachmittags an der Meriken-Pier meinen Fuß erstmals auf japanischen Boden, der sich hier von anderen Hafenstädten nur durch lebhaft herumwimmelnde Hafenarbeiter mit gelben Sturzhelmen unterscheidet.

Kobe ist eine Stadt des „neuen" Japan. Die Geschichte des Hafens geht zwar schon auf das dritte Jahrhundert zurück. Damals liefen Schiffe nach und von China und Korea hier an. Aber noch vor hundert Jahren, als Kobe im Jahre 1868 – dem ersten Regierungsjahr des Kaisers Meiji – dem Amerika- und Europa-Handel geöffnet wurde, hatte die Stadt nicht mehr als 20000 Einwohner. Im Jahre 1890 waren es bereits 136000. Dann kam mit dem chinesisch-japanischen und dem russisch-japanischen Krieg ein beträchtlicher Aufschwung des Hafens, der als Nachschub-Stützpunkt diente. 1910 war die Einwohnerzahl auf 400000 angestiegen, heute zählt Kobe 1,2 Millionen. Zusammen mit dem nahegelegenen Osaka bildet es nach dem Tokyo-Yokohama-Bereich Japans zweitwichtigstes industrielles Ballungszentrum.

Daß Kobe als Stadt nicht sehenswert sei – darauf bin ich vorbereitet. Eine schmutzig-graue Häuseransammlung, schnell hin-

gebaut; im Kriege war mehr als die Hälfte der Stadt zerstört, jetzt ist sie wieder aufgebaut, wenn auch noch manche leere Fläche zwischen den niedrigen Häusern von dem Geschehen berichtet. Im Herbst 1945 war die Bevölkerungsziffer auf 378000 abgesunken, seither hat sie sich wieder verdreifacht.

Interessant sind nur die Menschen, die in dichten strebenden Massen in den Hauptstraßen zwischen dem Hafengebiet und dem wichtigsten Bahnhof Kobes, der Sannomyja-Station unterwegs sind und die langen, teilweise überdachten Geschäftsstraßen durchfluten, in denen dicht an dicht sich die Verkaufsläden reihen.

Eine werkwürdige „Masse Mensch" – auf den ersten Blick sind die Leute alle gleich: sie scheinen gleich groß zu sein, haben die gleichen braunen Augen, gleiches schwarzes Haar, gleiches verschlossenes Gesicht, bewegen sich im gleichen Rhythmus. Nur in der Kleidung unterscheiden sie sich – die einen japanisch, die anderen europäisch; aber es ist ein spannungsloses Nebeneinander von neu und alt, von heute und gestern. Da sind die Damen im Kimono und mit ihren merkwürdigen Fußbekleidungen, die nur ein Trippeln erlauben, dann die Schüler mit ihren schwarzen Schuluniformen, die jungen Mädchen aus den Büros in blauen Kostümen, die Kinder mit ihrer Fransenfrisur, die Straßenfegerinnen mit weißem Nasenschutz wie Chirurgen bei der Operation: auch hier wird der Schutz vor Ansteckung groß geschrieben.

Eine verblüffende Einrichtung findet sich mehrfach in den Haupt- und den Nebenstraßen: die großen Spielhallen mit mechanischen Spielapparaten, an denen man nach Münzeinwurf einige Minuten lang herumhantieren darf. Bei geschickter Führung der durch Kanäle herabfallenden Metallkugeln kann der Spieler einen meist ganz bescheidenen Warengewinn in Form von einer Schokolade-Tafel oder eines Verbandpäckchens kassieren.

In großen Hallen sind jetzt am Spätnachmittag hunderte solcher Geräte von stumm-gebannten Spielern in Bewegung gesetzt. Diese Unternehmungen – „pachinko" genannt, schon auf dem Schiff war davon die Rede – sind eine Nachkriegserscheinung und in allen Städten Japans weit verbreitet, eine im Grund harmlose Sucht, für den zweifelnd zuschauenden Fremden geradezu eine Sehenswürdigkeit.

Ansonsten sieht es in Kobe – von einem modernen Rathaus und einigen großen Kaufhäusern abgesehen – ähnlich aus wie in einer Vorstadt von Chicago, aber im Wesen (und wie es scheint auch im Wesentlichen) ist das Treiben doch ganz anders: vor allem ruhiger, was freilich nicht „still“ oder gar „langsam“ bedeutet, wohl aber ausgeglichen. Niemand rennt und schreit, aber es lungert auch keiner herum, ein beträchtlicher Ernst liegt über der Szene – auch, ja gerade im „pachinko“. Erinnerten noch Hongkong oder Taipei an die Schema-Vorstellung „Orient“ – hier stimmt dieses Wort nicht mehr.

Einem guten Rat folgend nehme ich ein Taxi zur Station der Bergbahn auf den Mount Maya; schon hinter dem Sannomyja-Bahnhof steigen die Straßen an. Anschließend steile Fahrt auf den Aussichtsgipfel hinter Kobe; sie lohnt sich: der weite Blick umfaßt sowohl die Hafenbucht wie ein unübersehbares Häusermeer, das sich in der Ferne mit dem der Stadt Osaka zu vereinigen scheint. Die ersten Lichter entzünden sich und verdeutlichen es: das neue Japan ist eine dichtgedrängte Menschenlandschaft zwischen Gebirge und Meer. Auf gleichem Staatsgebiet lebten vor hundert Jahren 32 Millionen, heute aber mehr als dreimal soviele Menschen.

Und trotzdem hungert keiner.

*

Es stellt sich heraus, daß wir noch einige Tage in Kobe bleiben werden. Wir liegen nun zwar schon an der Pier, aber der Hafen ist nicht sehr „schnell“; die Löschung der Fracht wird zudem vom Regen behindert, der kräftig eingesetzt hat.

Man muß von Kobe wegfahren, um Sehenswertes aufzusuchen, und so machen die Passagiere Ausflugspläne, um nicht nur das nahegelegene Osaka, sondern auch die von dort aus leicht erreichbaren historischen Städte Nara und Kyoto zu besuchen.

Von der Sannomyja-Station verkehrt eine elektrische Bahn nach Osaka; sie erweist sich als ein schnelles Verkehrsmittel nach dem Muster der Berliner S-Bahn, nur moderner und sauberer, die Schaffner mit weißen Handschuhen, eine fast luxuriöse Expreß-

Reise in leicht wiegenden Durchgangswagen. Beim Eintreffen des Zuges in Osaka warten bereits Putzfrauen auf dem Bahnsteig (auch sie mit Schutzbinde vor der Nase), um die Wagen zu reinigen, bevor sie zur Rückfahrt neu eingesetzt werden. Da ich wegen des Weiterfluges ab Tokyo mit einem Luftreise-Büro in Verbindung treten muß, mache ich mich auf die Suche nach dem „Hanshin"-Bürogebäude, das direkt beim Osaka-Hauptbahnhof liegen soll.

Fast wären meine Bemühungen erfolglos verlaufen; nirgends ist eine englische Schrift zu sehen, auch Beamte und Polizisten sprechen nur japanisch. Schließlich erkennt ein älterer Herr die Situation, er kann sich mit mir wenigstens soweit verständigen, daß er mein Anliegen begreift. Dann aber geleitet er mich durch Zeichengebung und Vorantritt in ein verwirrendes unterirdisches Fußgänger-Straßen-System unter dem Bahnhof-Vorplatz und dort zum zuständigen Aufzug. Schließlich liefert er mich an der richtigen Bürotür ab und verabschiedet sich mit Lächeln und Verbeugung.

Unser Reiseziel ist Nara, die älteste Residenz-Stadt der Kaiser, im 8. Jahrhundert die erste wirkliche Hauptstadt Japans.

Um den Bahnhof der Kinki-Bahn zu erreichen, die mit direkten Zügen nach Nara fährt, müssen wir die ganze Innenstadt Osakas durchqueren, die kein anderes Bild bietet als das triste Kobe. Gewiß – die Straßen überqueren manche Kanäle; aber die Erklärung des Reiseführers, Osaka dürfe ein „Venedig des Ostens" genannt werden, fordert zur Ironie heraus. Zutreffend sind aber wohl die Angaben über Osakas Schicksal im Kriege: durch die amerikanischen Luftangriffe wurden nicht weniger als 310955 Häuser zerstört; zusätzlich hat man damals auf behördliche Veranlassung noch 77000 Häuser niedergerissen, um die durch Brandbomben verursachten Flächenbrände einzudämmen.

Schon diese riesigen Zahlen – bei damals fast 3 Millionen Einwohnern – besagen einiges über das leicht gebaute meist nur einstöckige japanische Haus; dessen Bauweise gilt den Ethnologen als ein zusätzlicher Beweis für die Süd-Einmischung im japanischen Volk. Einigen Einfluß mag freilich auch das Erlebnis der Erdbeben gehabt haben, die bis heute eine Geißel dieses Landes geblieben sind und verständlicherweise vor der Errichtung größerer Bauwerke abgeschreckt haben. Erst die Architekten der Gegen-

wart sind mutiger geworden; sie glauben an eine beträchtliche Erdbeben-Sicherheit auch hochgebauter Betongebäude.

Der Straße zu ist das japanische Haus völlig unansehnlich – innen freilich ist es ein kleiner Schatzkasten von Sauberkeit und aufgeräumter Ordnung. Nirgends fehlt das Bad, das einer fast rituellen täglichen Familienübung dient. In seiner Einfachheit ist das japanische Haus dennoch eine Kulturstätte, die im Geiste nachdenklichen Lebenstils bewohnt wird. Es gibt kein Schema, die Einteilung der Räume ist durch die Schiebewände leicht veränderlich. Auch die berühmten Rollbilder werden je nach Jahreszeit und Stimmung gewechselt; auch für die Aufstellung spärlichen Blumenschmuckes gilt wohlbedachte Ordnung.

Der Grundzug bewußter und gewollter Übereinstimmung gilt für die Familie wie für ihr Heim. Nach draußen freilich genügt eine graue, eintönige Holzfassade. Niemand bemüht sich hervorzutreten, besonders nicht im Lebensstil.

Lange fährt dann auch die Bahn nach Nara durch eintönige Fabrikvorstädte, bis sie endlich freies Land erreicht, das wiederum mit seinen abgezirkelten Feldern, den zur Frühernte abgedeckten Ackerfurchen, seinen hochgiebligen, manchmal noch strohgedeckten Bauernhäusern – fast jedes mit Fernseh-Antenne! – wie eine aufgeräumte Gartenlandschaft aussieht; nur die Männer und Frauen unter ihren großen Strohhüten erinnern daran, wie entschieden hier alles auf Tätigkeit ausgerichtet ist.

Dazwischen eine Station, in der eine größere Zahl von Reisenden den Zug erwartet. Der Anblick ist erstaunlich: sie haben sich am Bahnsteig verteilt in Reihen geordnet. Es ist (wie auch anderswo) angezeichnet, wo die einzelnen Wagen zum Stehen kommen. Dort halten sie auch, und so wartet man hier in Reihen wie in London am Bus-Stop ohne Gedränge. Wer zuerst gekommen ist, hat den Vortritt beim Einsteigen.

In Nara warten schon am Bahnhof die „Sightseeing"-Busse – und es erweist sich, daß hier wirklich Sehenswertes zu besichtigen ist.

Wie ein Schachbrett sieht der Plan von Nara aus. Es ist schon vor über zwölfhundert Jahren als Regierungs-Stadt geplant und gebaut worden, eine der ältesten Repräsentativ-Städte der Welt

und dazu das früheste Dokument japanischer Kultur-Übernahme. „Nachahmung" wäre ein falsches Wort: denn es sind nicht einfach Imitationen chinesischer Tempelkunst, die hier zwischen den Jahren 710 und 784 (also im Jahrhundert vor der Erscheinung Karls des Großen in Europa!) in dem Willen erbaut wurden, der damaligen Hauptstadt des Chinesischen Kaisers etwas ähnlich Eindrucksvolles entgegenzusetzen.

Bis dahin hatte sich jeder japanische Kaiser eine eigene Hauptstadt – wohl mehr ein Feldlager – errichtet, von denen keine Spuren mehr erhalten blieben. Nach dem massiven Einbruch des chinesischen Vorbildes in sowohl kultureller wie politischer Hinsicht, die im 6. Jahrhundert das damalige Japan ähnlich mitreißend überflutete wie seit der Mitte des 19. Jahrhunderts die westliche Zivilisation, wurde das von sanften Höhen umschlossene liebliche Tal von Nara mit erstaunlicher Großzügigkeit zu einem architektonischen Mittelpunkt japanischen Bewußtseins gestaltet. Er hat seine Anziehungskraft bis heute bewahrt. Es wimmelt von Omnibussen aus allen Landesteilen, Tausende von Schulkindern tummeln sich vor den historischen Tempeln, im weiten Park mit seinen zahmen Tieren, vor der riesigen Buddha-Statue im Todei-Ji-Tempel. Sie ist, wie der Führer versichert, die größte Bronze-Statue der Welt und – wenn auch für unsere Begriffe kein überzeugendes Kunstwerk – so doch schon durch die Tatsache bemerkenswert, daß dieses Monster-Bildnis bereits seit dem Jahre 752 hier dem Staunen der Menschenmassen vorgestellt wird. Die Halle freilich, in der die Sehenswürdigkeit bewahrt wird, ist mittlerweile mehrmals abgebrannt und wieder errichtet worden. Sie soll nunmehr als größte Holzkonstruktion der Welt technisch interessant sein.

Ein ähnliches Schicksal erlitt die berühmte fünfstöckige Pagode – das Vorbild dessen, was man in Deutschland als „Chinesischer Turm" begreift und ein besonderes Wahrzeichen Naras. Erstmals wurde sie im Jahre 730 errichtet. Der heutige Bau, der in jeder Einzelheit dem Originalturm entsprechen soll, steht immerhin seit 1426 also bereits über 500 Jahre.

Die Masse der Besucher betrachtet diese Stätten trotz ihres durchwegs religiösen Charakters nicht als Andachtsplätze. Kaum jemand betet vor den Schreinen, alles bestaunt schlicht und stumm,

wenn auch mit einem unverkennbaren Leuchten im Auge: die nationale Vergangenheit! Die Lehrer und Lehrerinnen unterrichten ihre Klassen über das Gesehene, eine Fülle von symbolischen Figuren und Ornamenten ist zu erklären, weil sie die japanische Phantasie heute ebenso beschäftigen wie damals.

Schließlich fahren wir noch etwa zehn Kilometer hinaus auf die Anhöhen, in denen der Honjuju-Tempelbezirk eingelagert ist. Die genauen Daten seiner Gründung sind nicht gesichert – aber er ist wohl noch ein Jahrhundert älter als Nara. Während man heute in der Ferne die Stadt sieht, war es einst nur die Hochebene, auf die die ersten buddhistischen Mönche meditierend hinausblickten. Durch eine Pinien-Allee schreiten die – hier nicht mehr so zahlreichen – Besucher auf ein Panorama geschwungener Dächer zu, treten ein durch das „Portal der Mitte" in einen großen stillen Hofbereich, in dem mehrere sakrale Hallen errichtet sind, von einer hohen Pagode überragt.

Im Mittelbau, dem zweistöckigen Kondo („Goldener Saal"), erwarten den Besucher frühe Bronzeskulpturen chinesischen Charakters; einst waren hier auch noch Fresken zu sehen, die leider zerstört sind. Das „Haus der Predigten", das sich in die kreuzgangartigen Hallen rund um den Hof einfügt, wird von Bronzefiguren aus späterer Zeit – aber immerhin fast auch tausend Jahre alt – beherrscht. Außerhalb des Hofes fesseln den Besucher noch weitere Pavillons aus verschiedenen Perioden: so der achteckige Rundbau des Yumedono, der anstelle eines verfallenen Fürstensitzes im Jahre 739 erbaut worden ist, die E-den-Halle (Gemäldehaus) aus dem Jahre 1219, der Denpodo – ein frühes Adelswohnhaus, das zu einer buddhistischen Weihestätte umgeordnet wurde. Hier zeigt alles die Merkmale einer Priesterherrschaft, deren Einfluß freilich nur von kurzer Dauer war.

Als der Kaiser Kwammu die Regierung aus den Händen einer sehr umstrittenen, von Mönchen stark beeinflußten Kaiserin-Regentin übernommen hatte, fand er es geraten, das Tempel-Nara zu verlassen und in eine neue weltlichere Hauptstadt umzusiedeln. Er ging nicht weit, aber weit genug: 40 Kilometer nördlich von Nara gründete er im Jahre 794 die Stadt Heian (Friede und Ruhe), die dann später nüchterner „Kyoto" genannt wurde, was

einfach „Metropole“ bedeutet. Über tausend Jahre lang ist Kyoto dann die Hauptstadt eines in sich ruhenden japanischen Inselreiches gewesen.

*

Dieses Kyoto ist unser nächster Tagesausflug:

Nochmals eine schnelle Bahnfahrt nach Osaka und eine halbe Stunde darüber hinaus. Bei der Abfahrt wieder eine köstliche Szene: eine ältere Dame wird von einer jüngeren zum Zug gebracht; mindestens zehn gegenseitige Verbeugungen finden statt, bis die beiden ziemlich erschöpft innehalten – und dann in ganz natürlicher Weise noch mehrere Minuten miteinander plaudern, bis zum Einsteigen aufgefordert wird.

Anders als Nara ist Kyoto eine Stadt auch der Gegenwart mit über einer Million Einwohnern, ausgedehnten Fabrikvierteln in den Vororten, eine Szenerie moderner Geschäftsbauten in der Bahnhofsgegend, pulsierendem Straßenleben nicht nur dort, wo die Schulbusse sich entleeren.

Inmitten von Parks und Gärten häufen sich die überlebenden Denkmäler einer tausendjährigen städtischen Kultur. Gewiß sind auch hier die Tempel in der Überzahl; obwohl das religiöse Bedürfnis der Japaner nicht tiefgreifend ist und sie ihre Weihestätten gewissermaßen nur im Vorübergehen aufsuchen, die Aufmerksamkeit der Gottheit händeklatschend und gongschlagend eilig zu gewinnen glauben, so ist doch ein so altes Kulturzentrum wie Kyoto von zahlreichen Kultstätten geprägt, deren eindrucksvollstes, die Kiyomizu Tempelgruppe, auf einer felsigen Anhöhe östlich der Stadt errichtet ist. Ein großartiges Panorama entfaltet sich unter uns: im Mittagssonnendunst weitet sich in breitem Kessel die Stadt aus, die den Mittelpunkt „Nippons“ bildet (wie Japan richtig zu nennen wäre). Zum Lobe der Amerikaner sei vermerkt: Kyoto ist die einzige japanische Großstadt, die im Zweiten Weltkrieg nicht bombardiert wurde, obwohl es in Washington Leute gab, die ausgerechnet hier die erste Atombombe werfen wollten. Es wurden aber wirksame Einwände* geltend gemacht und so sind

* Kyoto verdankt seine Rettung dem damaligen amerikanischen Kriegsminister Stimson. In der amerikanischen Dokumenten-Veröffentli-

auch die historisch-politischen Denkmale dieser Stadt erhalten geblieben, der alte Kaiserpalast und das Nijo-Schloß, der Sitz der Shogune.

Nur der Park des Kaiserpalastes kann in Gruppen besichtigt werden, Hofbeamte wachen darüber, daß niemand sich gesondert auf den Weg macht; denn heute noch ist dies kaiserliches Gelände. Die japanischen Krönungsfeierlichkeiten finden hier statt.

Die niederen Holzbauten in dem gepflegten Park sind von unaufdringlicher Schlichtheit. Auch sie wurden im Laufe der Jahrhundert mehrmals durch Feuer zerstört und immer wieder nach den alten Plänen neu aufgebaut, zuletzt im Jahre 1854.

Damals lebte das japanische Kaiserhaus noch völlig im Schatten der Shogune – der „Reichs-Feldherren" –, deren erster schon im 12. Jahrhundert dem Kaiser die Regierungsmacht entwand, ihn auf eine religiöse Scheinstellung verwies, und deren letzte geradezu eine eigene Dynastie schufen. Von 1603 bis 1867 waren die fünfzehn Shogune der Familie Tokugawa in fester Erbfolge die tatsächlichen Beherrscher des Landes. Sie regierten von Edo – dem heutigen Tokyo – aus, aber sie residierten gelegentlich auch in Kyoto, um den Kaiserhof unter Kontrolle zu halten und dem formell respektierten nationalen Oberhaupt von Zeit zu Zeit ihre Aufwartung zu machen.

Hinter seinen Wassergräben und von mächtigen Eckbauten beschirmt, ist das Shogun-Schloß majestätischer als der Kaiserpalast; die großen Pavillons im Park können besichtigt werden und verdeutlichen die einstigen Machtverhältnisse mit ihren kunstvoll geschmückten Audienzräumen und den vornehmen Minister-

---

chung über die Potsdam-Konferenz (vgl. S. 221) ist als Dokument 1307 noch vom 21. Juli 1945 ein Telegramm aus Washington an den in Berlin weilenden Stimson wiedergegeben, in dem gesagt wird, die „militärischen Berater" würden Kyoto, das ironisch als Stimsons „Lieblingsstadt" bezeichnet wird, als erstes Ziel der Atombombe wünschen. Stimson lehnte es jedoch in einer Sofortantwort (Telegramm 1508) ab, seine offenbar vorhergegangene Entscheidung zu ändern, nach der Kyoto zu schonen war. Stimson nannte dem Präsidenten Truman die Gründe, die ihn veranlaßten, den Abwurf der Atombombe auf Kyoto zu verhindern: Eine derart rücksichtslose Tat („wanton act") würde es „in der Nachkriegszeit auf lange Sicht unmöglich machen, die Japaner stärker für uns zu gewinnen als für die Russen".

zimmern. Zur Verdeutlichung für die heutigen Besucher ist in einem Raum durch Wachsfiguren eine Shogun-Beratung dargestellt – eine überaus würdevolle Gesellschaft, der Mächtige in weiter Distanz von seinen Höflingen.

Hier wurden auch die Dekrete beraten und beschlossen, durch die Japan sich dem Eindringen europäischer Abenteurer hermetisch verschloß. Aber hier vollzog sich auch das Ende des Shogunates: als die Großmächte sich nach 1854 die Öffnung der japanischen Häfen erzwangen, hatte es seine Autorität verloren! Vom Nijo-Schloß aus sandte der letzte Shogun Tokuwaga Joschinobu am 3. November 1867 sein Abdankungsschreiben hinüber in den kaiserlichen Palast, wo der knapp fünfzehnjährige Kaiser Mutshuhito darauf wartete, die „Aera Meiji" zu beginnen. Eine seiner ersten Entscheidungen war es, schon wenige Wochen später das alte Kyoto zu verlassen und die Kaiserliche Regierung dorthin zu verlegen, wo bisher die Shogune residierten, nach Edo, heute Tokyo genannt.

Hiroshima und Gamagori

Der Regen in Kobe hat sich verstärkt; die Luken des Schiffes mußten geschlossen werden, die Lademannschaften haben ihre Arbeit eingestellt. Wir werden noch einen zusätzlichen Tag im Hafen bleiben müssen, und diese Gewißheit verleitet zur Fahrt in eine Stadt, die geradezu totgesagt war, nachdem sie durch ein tragisches Ereignis Weltruhm erlangt hatte: Hiroshima.

Im Morgengrauen ein Fußmarsch durch die leeren düster-nassen Straßen Kobes zur Sannomyja-Station, wo um 5 Uhr 18 der Zug aus Osaka zur Weiterfahrt nach Shimonoseki einläuft. Für die 300 Kilometer nach Hiroshima beträgt die Fahrtzeit fünf Stunden und elf Minuten; wir werden dort um 10 Uhr 29 eintreffen. Auf die Pünktlichkeit japanischer Züge kann man sich verlassen; auch darauf, daß sie stark besetzt sind. Die Japaner sind kein sparsames Volk; wenn sie Geld übrig haben, verwenden sie es für Reisen und Geschenke (allerdings auch für die Schulbildung der Kinder).

Die San-Yo-Linie verläßt nur streckenweise den Küstenstreifen; es sind reizvolle Stunden zwischen den Bergen und der inselreichen, schiffebefahrenen „Inland-See“, wie der Meeresarm zwischen der japanischen Hauptinsel und dem vorgelagerten Shikoku bezeichnet wird. Erst in den letzten anderthalb Stunden schneidet die Bahnlinie eine Halbinsel ab und durchquert das Hochland, um kurz vor Hiroshima wieder zum Meer herabzusteigen.

Das Regenloch Kobe haben wir längst hinter uns gelassen – die Sonne strahlt über einer aufgeräumten, dörferreichen Landschaft mit ihren hübschen Bauernhäusern, die durch flatternde weiße Wäsche ihre Reinlichkeit kundtun.

*

Die Geschichte und die Daten Hiroshimas sind knapp:

Hier regierte bis zur Meiji-Zeit eine Landadels-Familie, die immerhin schon manche Handwerker zur Niederlassung in der Hafenbucht anregte. Der Aufstieg der Industrie- und Handelsstadt setzte erst in den Jahren 1894 und 1895 ein, als in Hiroshima nicht nur das kaiserliche Hauptquartier, sondern auch die Nachschub-Basis des japanischen Heeres im chinesisch-japanischen Krieg eingerichtet wurde. Ein halbes Jahrhundert später war Hiroshima mit etwa 400000 Einwohnern die siebtgrößte Stadt Japans. Im August 1946 – ein Jahr nach der Atomexplosion – wurden noch 188119 Einwohner gezählt, 1950 waren es schon wieder 285000 und heute nähert es sich erneut der alten Ziffer.

Das amtliche japanische Reisehandbuch berichtet:

„Zuerst gab es Gerüchte, daß das von der Atombombe betroffene Stadtgebiet für 75 Jahre unbewohnbar sein werde und keine Vegetation gedeihen würde. Aber schon nach wenigen Monaten erwiesen sich diese Vermutungen als unbegründet. Die Überlebenden in der Stadt gingen tapfer daran, ihre Häuser wieder zu errichten und wer in die umliegenden Städte und Dörfer geflüchtet war, begann zurückzukehren.“

*

Der Bahnhof von Hiroshima hat freilich noch Buden-Charakter, aber die Menschenmassen strömen nicht anders als in Kobe und Osaka in eine verkehrsreiche Geschäftsstraße, auf der die städtischen Omnibusse in dichter Folge zur Innenstadt fahren.

Dort allerdings sieht es anders aus; inmitten einer weiten leeren Fläche hat man nicht nur eine mächtige Ruine – das einstige Gebäude der Handelskammer – unverändert stehengelassen; es wurde auch ein Denkmal und sogar ein Museum errichtet, das an das Geschehen des 6. August 1945 erinnert. Und wie in Nara und Kyoto, so marschieren auch hier Schulklassen aus dem ganzen Land in dichten Scharen hinter ihren Lehrern und lassen sich darüber unterrichten, was es hier zu sehen und aus dem Gesehenen zu lernen gibt.

Auch ein Strom von Erwachsenen drängt sich um das blumengeschmückte „Friedensdenkmal" und durch die Hallen des Museums.

Hier sind Bilder ausgestellt, die bereits zehn Minuten nach der Explosion aufgenommen wurden, große Panoramen, die das Stadtbild von 1945 mit dem von heute vergleichen; auch so furchtbare Dokumente wie das Foto einer Steintreppe, auf der sich der Schatten eines Mannes abgezeichnet hat – das einzige, was von ihm übrigblieb. Statistiken vergleichen die Wirkungen der Hiroshima- und der Nagasaki-Bombe (die zwei Tage später geworfen wurde). Die Bomben waren, wie sachlich dargestellt wird, verschieden konstruiert und auch ihre Wirkungen zeigten große Differenzen. In Nagasaki konnten die Toten noch gezählt werden; es waren 73884. In Hiroshima war (wie im Februar 1945 in Dresden) die genaue Zahl der Toten nicht mehr feststellbar, sie wird mit 240000 angegeben, was kaum zu hoch geschätzt ist, da in Nagasaki nur 11574 Häuser zerstört wurden, in Hiroshima dagegen 56111. Am Stadtplan von Hiroshima ist ein Vermerk angebracht:

„An vielen Stellen im Stadtbereich haben Hunderte von Jungen und Mädels, zahlreiche Gruppen der Zivilbevölkerung ein unbekanntes Grab gefunden."

Stumm wandern die heutigen Schulklassen und die Leute vom Lande durch die Räume an diesen Bildern und Inschriften vorbei.

Am 6. August 1945 früh um 8 Uhr 15 geschah das Ungeheuerliche – ohne militärische Notwendigkeit und ohne vorherige Warnung vor dem neuen Kriegsmittel näherten sich drei amerikanische Flugzeuge in der Höhe von 8500 Metern der Stadt; in zwei Maschinen befanden sich Beobachter, die dritte warf eine Bombe, die etwa 600 Meter über dem Boden explodierte und deren Druck und Feuerwirkung im Umkreis von zweieinhalb Kilometern fast alle Häuser in Schutt und Asche legte. Nur die wenigen Steinbauten – fast jedes japanische Haus ist aus Holz errichtet – ragten als Ruinen aus der weiten schwarzen Wüstenlandschaft.

*

Die politische Geschichte des Atombombenwurfes auf Hiroshima ist zwar bereits weitgehend aufgeklärt, aber hier wie anderswo wird darüber geschwiegen, weil sie für die Amerikaner kein Ruhmesblatt ist.

Da muß zunächst der großpolitische Hintergrund der japanischen Friedensbemühungen beachtet werden, die schon im April 1945 einsetzten und weder von der amerikanischen noch von der britischen (und auch nicht von der national-chinesischen) Regierung beachtet wurden (vgl. Seite 222). Was die Russen betraf, so bestand zwischen ihnen und den Japanern bekanntlich nicht nur kein Kriegszustand, sondern seit 1941 sogar ein „Neutralitäts-Vertrag“. Als es der japanischen Regierung nach dem deutschen Zusammenbruch weder über Schweden noch über die Schweiz gelang, von ihren Gegnern auch nur eine Antwort auf die Frage nach den Friedensbedingungen zu erhalten, wandten sich der zum Zwecke der Kriegsbeendigung berufene 77jährige Ministerpräsident Zuzuki und sein Außenminister Togo Ende Juni an die Sowjetregierung mit dem Ersuchen um Vermittlung, ja sie meldeten den Fürsten Konoye bei Stalin als Sonderbotschafter an. Da die Russen sich an der Beute beteiligen wollten und ihren Anteil in Jalta bereits schriftlich, wenn auch geheim, hatten bestätigen lassen, war den japanischen Bemühungen in Moskau natürlich kein Erfolg beschieden. Es gibt in den amerikanischen Dokumenten über die Potsdam-Konferenz eine Aufzeichnung über das diesbezügliche



Am « Friedensdenkmal » in Hiroshima;
im Hintergrund Erinnerungsruine

Gespräch zwischen Stalin und Präsident Truman, das in Babelsberg am 18. Juli 1945 stattfand. Darin wies Stalin darauf hin, daß die Sowjetunion mit Japan noch nicht im Kriege stehe und es deshalb wohl richtig sei, zunächst „die Japaner einzulullen" – ein Verfahren, das der Präsident als „befriedigend" bezeichnete*.

Das Motiv, das Truman zu seiner sonst unverständlichen Weigerung veranlaßte, die immerhin mögliche Beendigung des Ostasien-Krieges schon im Juli (und damit *vor* der Kriegsbeteiligung der Sowjetunion) zuzulassen, war – so muß vermutet werden – die technische Fertigstellung der Atombombe. Am 16. Juli 1945, zwei Tage vor der erwähnten Besprechung mit Stalin, hatte die erste Probeexplosion in der Wüste von Neu-Mexiko stattgefunden und die Wirksamkeit der Bombe erwiesen. Ab 1. August sollte sie zum Einsatz bereit sein; der entsprechende militärische Befehl wurde am 25. Juli erteilt, der Termin aber soweit verschoben, daß die Potsdamer Konferenz abgeschlossen und die Rückfahrt des Präsidenten fast beendet war, als die dramatische Nachricht der Zerstörung Hiroshimas bekannt wurde.

Die nach diesem Zeitablauf kaum zu bezweifelnde Tatsache, daß der amerikanische Präsident die Kriegsbeendigung verzögerte und das sowjetische Eingreifen in Ostasien in Kauf nahm, nur um die neue Vernichtungswaffe noch zur Geltung bringen zu können, wird nicht erfreulicher, wenn man noch einen weiteren Umstand beachtet, der sich ebenfalls aus den bisher veröffentlichten Dokumenten erweist – und der damals für die Einwohner dieser Stadt tragische Bedeutung erlangt hat: als die Atombombe nach jahrelanger technischer Vorbereitung und dem Aufwand von mehreren Milliarden Dollar so weit entwickelt war, daß sie eingesetzt werden konnte, stellte sich die naheliegende Frage, gegen welche Ziele dies geschehen und ob eine besondere Warnung vor der Wirkung dieses neuen Kampfmittels veröffentlicht werden sollte.

Es gab zwar innerhalb der amerikanischen Führungsspitze eine Diskussion, in deren Verlauf die Stadt Kyoto als Ziel gestrichen

* Ausführliche Darstellung der vergeblichen japanischen Friedensbemühungen bei Helmut Sündermann: Potsdam 1945 – Ein Kritischer Bericht. Leoni am Starnberger See 1962. Wortlaut der zitierten amtlichen Aufzeichnung aus den amerikanischen Dokumenten a. a. O. S. 199f.

wurde (vgl. S. 267 f.), aber ein den Kriegsregeln entsprechender rein militärischer Einsatz – etwa im Zusammenhang mit der für den Herbst geplanten Invasion auf der Insel Kyushu – ist nicht erwogen worden. Dagegen wurde im Juni 1945 bei Besprechungen im Weißen Haus die Anregung vorgebracht, die Japaner sollten vor dem Abwurf der ersten Atombombe auf die Existenz und die Wirkung dieser Waffe aufmerksam gemacht werden. Nach den Mitteilungen, die der Präsident Truman in seinen Memoiren überliefert, waren es besonders die an der Entwicklung der Bombe beteiligten Wissenschaftler (Oppenheimer, Compton, Lawrence und Fermi), die eine Sonderwarnung ausdrücklich ablehnten.

„Sie empfahlen, die Bombe sobald als möglich gegen den Feind einzusetzen. Weiter empfahlen sie, keine Sonderwarnung ergehen zu lassen und ein Abwurfziel zu wählen, an dem die vernichtende Kraft eindeutig demonstriert werden könnte."

War es schon merkwürdig, daß technische Waffenkonstrukteure zu solchen Einsatz- und Völkerrechtsfragen Stellung nahmen, so ist der Satz noch erstaunlicher, den Truman aus der ihm zugegangenen Denkschrift dieser „Berater" wörtlich zitiert:

„Wir sind nicht in der Lage, eine Demonstration vorzuschlagen, die den Krieg beenden würde, und sehen daher keine andere Möglichkeit als den direkten militärischen Einsatz."

Mit anderen Worten: nur tatsächlich praktizierter Massenmord konnte den Ehrgeiz dieser Leute befriedigen. Daß angesichts der von ihnen erhofften Wirkung des Explosionskörpers von „militärischem Einsatz" keine Rede sein konnte, wußten sie ebenso wie der Präsident. In seinem Einsatzbefehl waren dementsprechend nur ganze Städte, nicht etwa besondere Ziele bezeichnet. Daß der Krieg nicht infolge einer „Warnung" oder einer „Demonstration" *vor* dem Einsatz der Bombe gegen bevölkerte Städte beendet werden sollte – das war der Rat der „Wissenschaftler", und genau an diese Richtschnur hielt sich Truman in den entscheidenden Tagen.

Nachdem Kyoto, das offenbar wegen seiner Lage in einem fast geschlossenen Kessel von den „Experten" bevorzugt, aber von Kriegsminister Stimson aus politischen Gründen als Ziel abgelehnt worden war, wurde am 23. Juli 1945 Hiroshima festgelegt. Als etwaige Ausweichziele für den Fall ungünstiger Wetterbedingun-

gen wurden die Städte Kokura und Nijgata bestimmt. Um völlig zu verdeutlichen, daß es sich nicht um einen Angriff von unmittelbarer militärischer Bedeutung handelte und daß man keine ernsthafte japanische Abwehrmaßnahme befürchtete, wurde noch ausdrücklich angeordnet:

„Zusätzliche Maschinen zur Begleitung des Bombenflugzeuges sind zu stellen, um Offizieren und Wissenschaftlern des Kriegsministeriums die Beobachtung der Bombenexplosion und ihrer Wirkung zu ermöglichen. Die Beobachtermaschinen werden sich einige Meilen vom Explosionsherd entfernt halten."*

In Tokyo wurde man am 6. August 1945 über das Geschehen zunächst durch die amerikanischen Rundfunk-Nachrichten unterrichtet; die Verbindungen zur 600 Kilometer entfernten Stadt Hiroshima waren unterbrochen. Es mußte ein Aufklärungsflugzeug dorthin gesandt werden; dabei stellte sich heraus, daß der Zivilgouverneur umgekommen war, der Kommandierende General jedoch lebte und berichten konnte.

Der japanische Außenminister Togo erfaßte sofort, daß es sich um eine radikale Verletzung der Haager Landkriegsordnung handelte; dementsprechende Proteste wurden von japanischer Seite vorbereitet und veröffentlicht. Ihre Berechtigung ist von führenden amerikanischen Militärs nicht ernsthaft in Zweifel gezogen worden. Trotzdem wurde zwei Tage später die zweite Atombombe auf die Stadt Nagasaki abgeworfen.

Der britische General und Militärhistoriker J. F. C. Fuller hat über diese Atombombenwürfe knapp und treffend geurteilt – er nannte sie eine „Kriegführung, die einen Tamerlan entehrt haben würde".

Diese bitteren Erinnerungen sind heute im japanischen Schweigen begraben. Ob sie deshalb vergessen sind?

*

Es ist heute nicht nur ein sonniger Tag, der Tausende von Touristen zum Bummeln und Fotografieren im „Friedenspark" ver-

* Voller Text des Befehls bei Harry S. Truman: Memoiren, Deutsche Ausgabe. Bern 1955, Band I S. 431f.

leitet – es ist überdies die Zeit der Kirschblüte, und sie ist in Japan der Anlaß für Millionen Städter, aufs Land zu gehen und die Frühlingspracht zu bewundern. Das neue Hiroshima hält es nicht anders; so folge ich gutem Rat und laße mich nach dem nachdenklich-kritischen Gang durch das Atom-Museum zum Hijiyama-Park fahren, der sich auf einem Hügel oberhalb der Stadt ausbreitet und nicht nur in weiß-blühenden Kirschbäumen erstrahlt, sondern unter ihren weit ausladenden Zweigen auch von der Heiterkeit eines beschaulichen Volksfestes erfüllt ist. Eine neue Hiroshima-Bevölkerung ist mit Picknick-Körben losgezogen und sitzt familienweise im Gras, vergnügt sich musikalisch, Bierflaschen kreisen, Geishas singen – welch ein Kontrast zu den düsteren Szenen von 1945.

Das Leben eines starken Volkes geht weiter!

*

Endlich hat auch in Kobe der Regen aufgehört, die Luken können wieder geöffnet werden. Das Kreischen der Ladebäume erfüllt den Tag, spät abends ergeht die so lange erwartete Durchsage: „Alle Besucher werden gebeten, das Schiff zu verlassen", die Maschinen beginnen zu arbeiten.

Unser Fahrplan wurde geändert. Als nächsten Hafen werden wir morgen früh Nagoya erreichen – zu dieser Stadt habe ich mir ein Besuchsprogramm notiert, über das im Reisehandbuch keine Auskunft zu finden ist und das zunächst erst ermittelt werden muß: irgendwo in der Nähe von Nagoya soll eine Begräbnis- und Gedenkstätte für die am 23. Dezember 1948 in Tokyo von den Amerikanern hingerichteten „Kriegsverbrecher" errichtet sein.

Nach den Vorgängen um Hiroshima war es sehr begreiflich, daß die amerikanischen Besatzungsbehörden auch in Tokyo Prozesse durchführten. Hier mußte es ebenso wie in Europa als dringend wünschenswert gelten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hinsichtlich geschehener Untaten auf die Besiegten zu konzentrieren.

Da die Abfahrt der „Hamburg" bereits für den Nachmittag angesetzt ist, dürfen wir – das ist eine kleine Gruppe von Passagieren, die sich ebenfalls für diese Erkundung interessieren – nicht lange

zögern. Gleich nachdem das Schiff festgemacht hat, ergattern wir im Hafengelände ein Taxi, das uns zunächst zum Bahnhof bringen soll – eine langwierige Fahrt durch die braun-grauen Holzhaus-Straßen, die hier genau so aussehen wie in den anderen japanischen Hafenstädten. Ein Straßendurchblick allerdings zeigt in der Ferne das Nagoya-Schloß – dieser trotzige Bau war im Mai 1945 völlig zerstört und ist seither als historisches Denkmal des Tokugawa-Shogunats wieder aufgebaut worden. Glücklicherweise gibt es an der Nagoya-Station ein amtliches Reisebüro und dort einen Schalterbeamten, der englisch spricht. Er hört unser Anliegen, weiß aber zunächst keinen Rat; dann verschwindet er zu seinem Vorgesetzten, der sich zwar nicht sehen läßt, aber im Bilde ist und eine exakte Information erteilt. Wir müssen um 12 Uhr 15 den Zug nach Gamagori nehmen, einem Badeort, der 40 Kilometer entfernt an der Küste liegt. Dort warten Taxis am Bahnhof, die uns auf den Sangane-San bringen werden.

Sangane-San: das heißt eigentlich „Herr Sangane"; in Wirklichkeit bezeichnet der Name einen Berg. Im Japanischen ist jedem Gipfel der Ehrenname „Herr" beigefügt (und so heißt auch Japans berühmter „Fujiyama" in Japan „Fuij-San").

Auf dem Sangane-San, so wird uns versichert, werden wir das gesuchte Ehrenmal finden. Und damit es keine Schwierigkeiten gibt, rüstet man uns mit einem Zettel aus, auf dem in vier zierlichen von oben nach unten geschriebenen Zeichenreihen dem Taxifahrer in Gamagori mitgeteilt wird, wohin er uns zu führen, und daß er uns pünktlich um 15 Uhr 03 zur Rückfahrt nach Nagoya wieder an den Bahnhof zu bringen habe.

Derart vorbereitet wagen wir die Unternehmung. Immerhin müssen im Verkehrsgewühl des Großstadt-Bahnhofs, in dem nur unlesbare Schriftzeichen zu erkennen sind, Fahrkarten besorgt, unsere Gruppe zusammengehalten, dann der zuständige Bahnsteig ermittelt und der richtige Zug bestiegen werden. Glücklicherweise bietet auch hier die Pünktlichkeit der japanischen Eisenbahn eine Beruhigung: es ist völlig gewiß, daß der um 12 Uhr 15 zur Abfahrt bereitstehende Zug der richtige ist.

Dies ist eine Personenzugs-Reise mit mancherlei Haltestellen; die ein- und aussteigenden Reisenden staunen uns gelegentlich an,

es ist eine zurückhaltende Verwunderung über die Fremden, die auf dieser Nebenstrecke wohl selten sind. Nach einstündiger Fahrt öffnet sich die Szene, wie man es uns im Reisebüro angekündigt hat, zu einem weiten Blick: eine Meeresbucht, hinter der steile Hänge aufsteigen. Die nächste Station muß Gamagori sein.

Dort findet zunächst eine Beratung mehrerer Taxifahrer über den Inhalt meines Zettels statt. Erst als ich das Stichwort „Tojo" – der damalige „Hauptkriegsverbrecher" – in die Debatte werfe, sind die Zweifel beseitigt. Der Wagenschlag wird uns geöffnet, und wir brausen los – auf die Berge zu.

Auf kühner Kurvenstraße, die an vielen Stellen noch ausgebaut wird und holprig ist, winden wir uns in die Höhe; und der Blick nach draußen wird immer glanzvoller, nach oben treten wir in das Dunkel der Wälder ein. Als sie sich lichten eine merkwürdige Überraschung: am Gipfel des Sangane-San endet nicht nur eine Schwebebahn, ein runder Aussichtsturm und ein Hotel sind errichtet, Volksfest-Buden, Schaukeln, kreischende Kleinbahnen sind im Betrieb; ein Dutzend Omnibusse stehen herum. Man scheint von weit hierher zu kommen, um sich zu belustigen.

Der Wagen hält vor einer Ansichtskarten-Bude, der Fahrer unterhält sich mit einem Bekannten. Wir befürchten schon einen Irrtum; ich mustere die angebotenen Karten und sage dabei erneut das Stichwort: „Tojo". Das mobilisiert nun den Verkäufer, er holt nicht nur die Bildkarte mit der Gedenkstätte hervor, sondern tritt auch aus dem Stand heraus und zeigt hinüber zu einem Nebengipfel. Mit tiefer Verbeugung werden wir verabschiedet; der Wagen bringt uns nun in wenigen Minuten zum Ziel, zu dem der Lärm des Volksfestes nicht mehr herüberdringt. In stiller Einsamkeit auf gesonderter Anhöhe ist ein niedriges weißes Bauwerk japanischen Stils errichtet, das wie ein mitten in die Landschaft gestellter Altar wirkt.

Ein gekiester Weg führt zu den fünf weißen Stufen, die von steinernen Laternen flankiert sind; in der Mitte erhebt sich eine Säule mit japanischen Zeichen, vor der in kupfernen Behältern die Asche der Toten beigesetzt ist. Im Abstand dahinter ist eine Schrifttafel aus Granit aufgestellt, davor eine steinerne Ruhebank.

Der Blick von hier geht nach beiden Seiten weit hinaus in zwei Meeresbuchten, die tief blau unter uns liegen; auch ohne die besondere Bedeutung dieser Stelle wäre es ein Erlebnis, hier zu stehen. Unmittelbar am Fuß des Berges die Stadt und der Hafen Gamagori, draußen eine bunte Inselwelt, am fernen Horizont die Bergkette der Atsumi-Halbinsel – ein unvergeßliches Bild.

Wie sich denken läßt, hat dieses Ehrenmal eine besondere Geschichte. Nach der Hinrichtung in Tokyo wurden die Leichen der sieben Verurteilten verbrannt; ihre Asche sollte – so war es von den amerikanischen Besatzungsbehörden angeordnet – ins Meer gestreut werden. Ein beteiligter Japaner konnte die Überreste jedoch bergen und bewahrte sie in einem Versteck. Nach dem Friedenschluß 1953 und dem Abzug der Besatzungstruppen haben die Familien der Getöteten den Aschenkrug übernommen und diese gemeinsame Begräbnisstätte errichtet. Die Säuleninschrift lautet sinnngemäß: „Grabmal der Helden, die sich fürs Vaterland geopfert haben."

Auf der Schrifttafel sind die Namen der Toten in der Reihenfolge, in der sie am 23. Dezember 1948 nachts zwischen 0 Uhr 07 und 0 Uhr 35 hingerichtet wurden*, verzeichnet: Kenyi Doihara (General); Iwane Matsui (General); Hideki Tojo (früher Ministerpräsident); Akisa Muto (General); Seishiro Itagaki (General); Koki Hirota (früher Ministerpräsident); Heitaro Kimura (General).

---

* Der amerikanische Diplomat William J. Sebald schildert in seinem Buch „With McArthur in Japan" (New York 1965) Seite 173f. die düstere Szene, der er als offizieller Zeuge beiwohnte. Er berichtet über die letzten Minuten bevor die Todgeweihten in den Hinrichtungsraum im Sugamo-Gefängnis geführt wurden:

„Es herrschte absolute Stille. Von draußen hörte ich mehrere Stimmen ‚Banzei'-Rufe, der Schrei schien an unserem Schweigen abzuprallen. Dieser japanische Kampfruf hat eine tiefere Bedeutung als unser ‚Hurra', mit dem er manchmal verglichen wird... Bei dieser Gelegenheit war es wohl ein Abschiedsgruß an den Kaiser und sein Volk und ein Symbol der Entschlossenheit und des Trotzes. Ich hörte später, daß der Banzei-Ruf vom General Matsui angeführt wurde, der als Siebzigjähriger der älteste der dem Tode verfallenen Gruppe war und dem deshalb diese Ehre zustand."

Jeder der Hingerichteten hinterließ nach japanischem Brauch ein Abschiedsgedicht. Eine deutsche Übersetzung dieser Gedichte ist unter dem Titel „Letzte Gedichte im Angesicht des Galgens" im Samurai-Verlag (München-Fürstenried, 1965) erschienen.

Der Aufzählung dieser Namen fügt die Schrifttafel noch folgenden Satz an:

„Wir wollen unsere Blicke auf den Stillen Ozean richten und überprüfen, wer für den Krieg in Wirklichkeit verantwortlich ist."

*

Die hier in Stein gemeißelte Frage ist historisch berechtigt; die Bemühungen des seinerzeitigen amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt, nicht nur den europäischen sondern auch den asiatischen Krieg in Gang zu setzen, sind mittlerweile deutlich genug dokumentiert worden.

Es mag für einen in den Gedankengängen des Admirals Mahan groß gewordenen Amerikaner gewiß von Reiz gewesen sein, den englisch-deutsch-russischen Konflikt zu schüren, um dann den seit der Jahrhundertwende schwelenden Konkurrenzstreit mit den Japanern im Stillen Ozean auf eigene Faust ausfechten zu können. Es gehörte freilich auch eine erstaunliche politische Manövrierkunst dazu, um einerseits diese Fronten so zu bilden und andererseits das Neutralitätsdenken der amerikanischen Öffentlichkeit zu überwinden. Daß diese letztere Wirkung nur zu erhoffen war, wenn eine japanische „Aggression" stattfand, das wußte Roosevelt wie kein anderer. Sie herauszufordern – das war seine Japanpolitik, zunächst untergründig, offen und ganz ungeniert seit dem 22. Juni 1941, dem Tage des deutsch-russischen Kriegsbeginns.

Einen Monat nach diesem Ereignis – am 25. Juli 1941 – verkündete der amerikanische Präsident eine anti-japanische Wirtschaftsblockade, die dann auch auf Niederländisch-Indien ausgedehnt wurde und allein schon wegen der Erdölversorgung die Japaner zwang, innerhalb weniger Monate „so oder so" zu handeln.

In Tokyo versuchte man es damals mit Verhandlungen. Bis Mitte Oktober 1941 bemühte sich Fürst Konoye – der gleiche, der im Juli 1945 vergeblich hoffte, als Sonderbotschafter des Kaisers in Moskau vorgelassen zu werden – mit Roosevelt ins Gespräch zu kommen. Es wurde nicht weniger angeboten als der Abzug der japanischen Truppen aus Zentral-China. Wäre der Präsident dar-

auf eingegangen, dann würde Tschiang Kai Scheks Regime sich zweifellos so gefestigt haben, daß es heute kein Mao-China gäbe*.

Etwa vier Wochen nach der Bitte des Fürsten Konoye um ein Zusammentreffen mit Roosevelt – aber noch kurz vor dem Rücktritt dieses japanischen Ministerpräsidenten – entzifferte der amerikanische Geheimdienst das erste japanische Militär-Telegramm, das auf eine kriegerische Wendung der Ereignisse hinwies: am 24. September 1941 forderte Tokyo den japanischen Generalkonsul in Honolulu auf, nicht nur wie bisher über Schiffsbewegungen im amerikanischen Kriegshafen von Pearl Harbor zu berichten, sondern genau die üblichen Liegeplätze der einzelnen amerikanischen Kriegsschiffe zu melden. Diese und die weiteren japanischen Geheimnachrichten landeten unverzüglich auf dem Schreibtisch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, denn es war amerikanischen Ingenieuren gelungen, eine Maschine zu konstruieren, die den japanischen Geheimcode ohne Schwierigkeit entzifferte. Man glaubte in Tokyo, ein ganz sicheres Verschlüsselungsverfahren zu besitzen – es operierte mit maschineller Hilfe. Bis 1946 blieb die Tatsache unbekannt, daß die Amerikaner dazu den Gegenapparat entwickelt hatten und ihn sogar in mehreren Ausfertigungen besaßen; zwei Geräte arbeiteten in Washington, eines auf den Philippinen, ein weiteres wurde den Engländern nach London geliefert.

Durch diese glänzende Leistung seines Nachrichtendienstes war Präsident Roosevelt in die günstige Lage versetzt, die Schritte der Japaner sowohl in militärischer wie in diplomatischer Hinsicht ganz genau zu überblicken. Noch bevor der japanische Botschafter in Washington einen Besuch im State Department machte, wußte das Weiße Haus bereits, was er sagen würde.

Noch wichtiger aber waren die zusätzlichen Weisungen, die Tokyo jeweils erteilte: es wurde daraus ersichtlich, daß auch die Regierung des Generals Tojo, der den Fürsten Konoye ablöste, zunächst auf dem Verhandlungswege eine Aufhebung der Wirtschaftsblockade zu erwirken hoffte. Allerdings sah man die Lage jetzt als dringend an, und war offenbar zum Kriege entschlossen

---

* Vgl. Helmut Sündermann: Die Pioniere und die Ahnungslosen, Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart. Leoni am Starnberger See 1960, S. 184ff.

für den Fall, daß Roosevelt weiterhin jeglichen Kompromiß verweigerte.

Auch unter der Ministerpräsidentschaft des General Tojo gab es noch wochenlange Bemühungen der Japaner, den Präsidenten zur Vermittlung eines Friedens mit China zu bewegen. Die zielbewußt-ablehnende Haltung Roosevelts ist am präzisesten vom damaligen Kriegsminister Henry L. Stimson (der später Kyoto vor der Atombombe rettete) charakterisiert worden; er notierte Ende November 1941 in sein Tagebuch, die Hauptfrage hinsichtlich Japans sei „wie wir sie, ohne uns selbst einer zu großen Gefahr auszusetzen, in eine Position manövrieren konnten, daß sie den ersten Schuß abfeuerten".

Da das amerikanische Volk von der unmittelbaren Kriegsgefahr nichts ahnte und die Herausforderungspolitik des Präsidenten zweifellos nicht billigte, war der „erste Schuß" wirklich eine sehr wichtige Angelegenheit – bis zur letzten Minute fürchtete man in Washington, die Japaner könnten sich vielleicht nur gegen England und die niederländischen Kolonien wenden.

Sicherlich wäre es klüger gewesen, die japanische Regierung hätte sich in dieser Weise und nicht durch den Schlag auf Pearl Harbor Luft verschafft.

Hitler sprach im Februar 1945 rückblickend von dem „Geschenk eines gußeisernen Vorwands", das die Japaner dem Präsidenten lieferten:

„Das war genau das, was er haben wollte, um seine Landsleute in einen totalen Krieg hineinzuzerren und um die letzten Reste der Opposition im eigenen Land auszulöschen. Er hat alles, was in seiner Macht stand, getan, um die Japaner zu provozieren."*

Auch das letzte Stadium des Pearl Harbor-Geschehens vollzog sich erstaunlich genug. Am Nachmittag des 6. Dezembers 1941 begann eine lange japanische Note chiffriert über den Äther zu laufen. Es waren vierzehn Punkte angekündigt, aber nur dreizehn wurden an diesem Tag durchgegeben – zweifellos handelte es sich um eine Art Kriegserklärung; das wurde schon aus den dreizehn

---

* Zitat nach den Hitler-Bormann-Aufzeichnungen bei Helmut Sündermann: Deutsche Notizen, Erlebnis – Widerspruch – Erwartung, Leoni am Starnberger See 1965, S. 207.

Punkten deutlich, die von der Entzifferungsstelle des Washingtoner Marineministeriums während des Abends an das Weiße Haus weitergeleitet wurden. Kein Empfänger dieser Geheimbotschaft konnte im Unklaren darüber sein, daß der japanische Krieg am nächsten Tag bevorstand. Ein Leutnant Schultz hatte – es war Samstag nachmittag – vom Adjutanten Roosevelts den Auftrag erhalten, die Ausschreibung der japanischen Mitteilung abzuwarten und sie dem Präsidenten zu überbringen. Als der Leutnant die dreizehn Punkte Roosevelt vorlegte, der sich zusammen mit seinem Vertrauten Harry Hopkins in seinem Arbeitszimmer aufhielt, las der Präsident den Geheimtext mit Sorgfalt, blickte auf und meinte ruhig: „This means war" (Das bedeutet Krieg). Diese Szene im Weißen Haus fand noch fast 24 Stunden vor dem tatsächlichen Angriff statt, aber der Kommandierende Admiral in Pearl Harbor wurde mit keinem Wort verständigt.

Am nächsten Morgen zwischen 4 und 6 Uhr begann der Text des Punktes 14 über die Entzifferungsmaschine zu laufen, und obwohl auch er keine formelle Kriegserklärung enthielt, sondern nur das japanische Bedauern über das Scheitern der Verhandlungen ausdrückte, so war doch nicht zweifelhaft, um was es sich handelte. Unmittelbar nach der Durchgabe dieser Nachricht folgte eine weitere mit der Weisung an den japanischen Botschafter in Washington die Note genau um 1 Uhr mittag Washingtoner Zeit zu übergeben – dies war für Pearl Harbor die Angriffszeit.

Mit Recht haben amerikanische Kritiker bemerkt, daß es sogar nach Entzifferung dieses Punktes 14 der japanischen Mitteilung noch möglich gewesen wäre, den Flottenchef von Pearl Harbor telefonisch rechtzeitig zu warnen. Auch das unterblieb, und die japanischen Flugzeuge trafen die im amerikanischen Flottenhafen friedensmäßig stationierten Kriegsschiffe völlig überraschend – die Mannschaften befanden sich auf den meisten Schiffen teils im Schlaf, teils waren sie im Rahmen des Sonntags-Dienstplanes gerade geweckt worden und standen mit den Geschirren zum Frühstück an, als die todbringenden Bomben explodierten.

3303 amerikanische Offiziere und Soldaten fanden an diesem grauen Morgen als Preis für das „Risiko des ersten Schusses" einen plötzlichen Tod.

Es wird berichtet, daß der Präsident die Nachricht von dem Ereignis mittags nach dem Lunch erhielt, den er im Arbeitszimmer zusammen mit seinem Vertrauten Harry Hopkins einnahm. Roosevelt war nicht überrascht, und er konnte es auch nicht sein, denn die Stunde stimmte genau. Hopkins machte die lässige Bemerkung: „Das ist's."

Das amerikanische Volk aber war nun völlig überzeugt, daß es für eine notwendige Sache, nämlich für eine bessere Welt, in den Krieg zog.

Oben auf dem Sangane-San, auf der steinernen Bank vor dem Tojo-Monument mit dem Blick über die Meeresbuchten des Stillen Ozeans – da ist der richtige Platz, um über diese Geschichte nachzudenken!

*

Am nächsten Mittag erwartet mich eine ergänzende Begegnung zum Gamagori-Erlebnis. Unser Schiff hat von Nagoya abends um 18 Uhr abgelegt und den Hafen von Yokohama endlich erreicht. Durch gemeinsame Bekannte vermittelt, erhalte ich Besuch an Bord: der fast 80jährige frühere Botschafter in Berlin gehörte zu den Angeklagten des Tokyo-Prozesses und weiß manches davon zu berichten. Es gab dort ein elfköpfiges Richter-Kollegium, das von allen Sieger-Staaten des Ostasien-Krieges berufen war; von diesem haben fünf im „Fall Oshima" für die Todesstrafe plädiert. Eine einzige Stimme bewahrte ihn vor dem Schicksal General Tojos und seiner Gefährten. Botschafter Oshima wurde zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Die japanische Regierung hat freilich 1953 nach Wiedererlangung ihrer Souveränität die damals noch Inhaftierten alsbald auf freien Fuß gesetzt, und so lebt der einstige Diplomat und General als Pensionär in einem Villenvorort von Tokyo.

Über seine Gefängniszeit weiß er gelassen zu urteilen:

„Es war nicht angenehm; aber wenn ich vergleiche – mein Dasein als junger Kadett im japanischen Kadettenkorps vor dem Ersten Weltkrieg war beträchtlich härter. Da galt es beispiels-

weise als ungehörig, sich im Winter einem unserer hier üblichen Kohlebecken auch nur zu nähern. Nicht wenige sind krank geworden und gestorben. Aber man sagte: ‚Die Kräftigeren werden überleben'."

General Tojo wurde mit Oshima gemeinsam in diesem Kadetten-Korps erzogen – sie gehörten beide zu den „Kräftigeren".

Eine Frage, ob der Botschafter beabsichtige, seine Erinnerungen zu notieren und zu veröffentlichen, verneint der immer noch lebhafte und drahtige alte Herr: Angesichts der letztlich eingetretenen Katastrophe verbiete es ihm sein Ehrgefühl als Patriot, sich zu rechtfertigen. „Es ist eine Samurai-Tradition, daß der geschlagene General schweigt."

Diese – gewiß auch mit Rücksicht auf die Stellung des Kaisers eingenommene – Haltung betrifft freilich nur das öffentliche Wort; im Gespräch blendet Oshima interessant zurück auf das für Japan wie für Deutschland gleich schicksalhafte Jahr 1941. Nach dem deutschen Frankreich-Feldzug war der Botschafter zur Berichterstattung in Tokyo gewesen, im Februar 1941 reiste er über die transsibirische Bahn nach Berlin zurück. Die deutsch-sowjetische Spannung war schon damals kein Geheimnis mehr, und die russischen Truppenbewegungen in den Westen entgingen seiner Aufmerksamkeit nicht. Als er von Hitler empfangen wurde, sagte ihm dieser deutlich genug: „Falls zwischen Japan und Rußland Krieg ausbrechen würde, wäre Deutschland sofort bereit, die Sowjetunion anzugreifen."

Kurz darauf fand der berühmt gewordene Besuch des damaligen japanischen Außenministers Matsuoka in Berlin statt (nach 1945 sollte auch er als „Kriegsverbrecher" verurteilt werden, er starb jedoch vor Prozeßbeginn im amerikanischen Gefängnis). Japans Botschafter in Berlin hat seinen Außenminister bei seinem Eintreffen in der Reichshauptstadt natürlich in aller Gründlichkeit über die bestehenden Spannungen zwischen Hitler und Stalin aufgeklärt. Da Matsuoka über Moskau gekommen war und auf demselben Weg zurückreiste, hat er Oshima auch über den russischen Vorschlag eines „Neutralitäts- und Nichtangriffspaktes" unterrichtet. Die Absicht des Ministers war, die Bedingungen für einen solchen Vertrag so zu stellen, daß schließlich doch ein so-

wjetisches „Nein“ zu erwarten war. Es ging dabei vor allem um die Anerkennung der japanischen Stellung in der Mandschurei.

Nachdem sich Matsuoka mehrere Tage in Berlin aufgehalten und später noch in Rom Mussolini besucht hatte, ließ er sich vom Botschafter Oshima im Zug nach Moskau noch bis Posen begleiten. Erneut versicherte er, der Vertrag werde nicht zustande kommen. Wenige Tage später war es dennoch soweit: am 13. April unterzeichnete Matsuoka in Moskau die Abmachung, die Stalin 1941 dringend benötigte, um seine militärischen Kräfte in Sibirien beträchtlich verringern zu können, und die er dann kühl zerriß, als sie 1945 für die Japaner lebenswichtig wurde.

Als Botschafter Oshima später rückblickend mit Matsuoka über jenen schicksalhaften Vertragsabschluß des April 1941 sprach, wurde er belehrt, Stalin habe damals „im letzten Augenblick“ alle, auch die bis dahin abgelehnten japanischen Bedingungen genehmigt – und so sei es dem Außenminister unmöglich geworden, noch „Nein“ zu sagen!

Auch hier – wie in der Auseinandersetzung mit Roosevelt – war die japanische politische Taktik der ihrer mächtigen Gegner nicht gewachsen.

Schon eine angedeutete Bedrohung Rußlands durch das japanische Heer hätte in den Jahren 1941 und 1942 ausreichen können, um das deutsche militärische Übergewicht im europäischen Rußland zu sichern; Oshima meint freilich: „Unsere Streitkräfte waren im Süden Chinas konzentriert, sie konnten nicht auch noch im Norden eingreifen.“

Die Aufgabe, Roosevelts anti-japanischen Strangulierungsring aufzubrechen, mußte in der Tat damals im wesentlichen der japanischen Marine zufallen. Die Konzeption und die Hoffnung der Admiräle war es, den amerikanischen Hauptgegner mit *einem* Schlag ähnlich entscheidend zu schwächen, wie es 1904 mit den Russen geschehen war. Das ist 1941 mißlungen – im Gegenteil: bereits in der Seeschlacht bei den Midway-Inseln vermochten die Amerikaner der japanischen Flotte so schwere Verluste zuzufügen, daß der Plan einer japanischen Landung in Indien fallengelassen werden mußte. Nur in Singapore konnte Subhas Chandra Bose eine indische Regierung vorbereiten (vgl. S. 101)!

Mit dieser Reihenfolge des Geschehens waren die Weichen gestellt, die unsere beiden Völker in eine gemeinsame bittere Niederlage geführt haben.

Zwischen den deutschen und den japanischen Expansionsversuchen der 30er und 40er Jahre ist noch eine weitere merkwürdige Übereinstimmung festzustellen: Wie Hitler nach Osten drängte – also in eine Richtung, die die Interessen seines leidenschaftlichsten Gegners England nicht berührte, so war auch das japanische Denken auf Bereiche gerichtet, die für die Vereinigten Staaten von Amerika nur dann wichtig waren, wenn sie selbst dorthinstrebten (und die ihnen heute ein weltpolitischer Ballast geworden sind).

Weltstadt aus der Asche

Obwohl weder hier noch dort die Zahl der Toten genau festgestellt werden konnte, so ist es doch gewiß, daß in Tokyo im 20. Jahrhundert durch Katastrophen mehr Menschen umgekommen sind, als in Hiroshima, ja mehr als in irgend einer Stadt des Erdballs, Dresden nicht ausgenommen.

Denn Tokyo – die „Hauptstadt des Ostens", so genannt seit der Wiedererrichtung der kaiserlichen Regierung im Jahre 1868 – ist nicht nur 1945, sondern auch schon durch das große Erdbeben im September 1923 völlig zerstört worden. Die amtlichen Zahlen sprachen damals von 142000 Todesopfern, von denen die meisten nicht durch einstürzende Häuser, sondern in den Feuersbränden*

---

* Brandkatastrophen waren schon vordem – wenn auch nicht in so großem Umfang wie 1923 und 1945 – Tokyos Schicksal gewesen. Der deutsche Professor Bälz notierte am 30. 1. 1876 in sein Tagebuch a.a.O. S. 33):

  „Gestern gegen Mitternacht bemerkten wir in südostlicher Richtung ein großes Feuer. Es ist dies ein während des Winters in Tokyo leider sehr häufiges Vorkommnis. Ich errege mich daher jetzt schon nicht mehr in der Art, wie vor acht Wochen, da durch die erste Feuersbrunst, die ich sah, im Stadtteil Kanda 800 Häuser zerstört wurden. Damals machte es auf mich außerordentlichen Eindruck, als ich vom Kaga-Yashiki-Hügel die gewaltige Feuerstätte über-

ähnlich umkamen, wie bei den „Flächenbombardierungen" zu Ende des Zweiten Weltkrieges. Zwischen November 1944 und August 1945 erlebte Tokyo über siebzig Luftangriffe, deren Opfer amtlich insgesamt auf 137000 geschätzt wurden. Es ist keine Übertreibung, wenn man davon spricht, daß das Tokyo von heute aus der Asche eines Riesenfriedhofs auferstanden ist.

Präzise sind die statistischen Angaben über die zerstörten Häuser: Im Jahre 1945 waren es nicht weniger als 760000; ebenso wie schon nach dem Erdbeben von 1923 war die gesamte Innenstadt ein rauchendes Trümmerfeld, aus dem nur wenige massive Gebäude herausragten.

Nach der zweimaligen Zerstörung innerhalb weniger Jahrzehnte ist heute ein drittes Tokyo entstanden, das mit seinen über 10 Millionen Einwohnern noch vor London und New York an der Spitze der Weltstädte rangiert. Dieses heutige Tokyo unterscheidet sich vom einstigen vor allem durch breite Straßen (sie wurden beim Wiederaufbau nach 1923 angelegt) und durch einige Hochbauten, die man seit 1945 mit der modernen Eisenbetonbauweise trotz der immer wieder auftretenden Erdbebengefahr gewagt hat. Wenn es so weiter geht wird die Innenstadt von Tokyo vielleicht sogar noch eine „Skyline" bekommen.

Diese erstaunliche Entwicklung der japanischen Hauptstadt begründet der Amtliche Reiseführer mit dem „rastlosen Geist der Einwohner". Zur neuerlichen beträchtlichen Vermehrung ihrer Zahl hat freilich der Umstand beigetragen, daß nach der Kapitulation 1945 über 5 Millionen Japaner aus allen Ländern ihres bisherigen groß-ostasiatischen Herrschaftsbereiches zwangsweise zurückgesiedelt wurden; dieser riesigen Bevölkerungsbewegung, die innerhalb Jahresfrist bis Mitte 1946 durchgeführt wurde, stand

---

blickte. Ich sagte mir, hier büßen in wenigen Stunden tausende von Menschen ihr Obdach und ihr bißchen Habe ein. Besuchte dann sofort die Unglücksstätte. An zahlreichen Stellen schlugen noch die Flammen hervor. Hier hatte ich nun die Gelegenheit, das Benehmen der Japaner zu beobachten. Und diese Beobachtungen waren äußerst interessant. Zunächst fiel mir einmal die verhältnismäßige Ruhe auf: kein Geheul, kein Geschrei von Weibern und Kindern, überhaupt diese gar nicht sichtbar. Überall bewegte sich rast-, aber lautlos eine Männermenge, Wasser schleppend, Häuser niederreißend, Matten und Körbe voll Habseligkeiten davontragend."

die – ebenfalls zwangsweise – Auswanderung von einer Million Koreanern, Chinesen usw. in ihre Heimatländer gegenüber.

Die Massen der Rückwanderer ergossen sich begreiflicherweise vor allem in den Tokyo-Bereich, und das erwies sich nicht ohne Nutzen für den Wiederaufbau, denn es waren tüchtige Leute, die da zurückkamen. Die japanische Herrschaft in Ostasien war den dortigen Völkern nicht bequem gewesen, aber wirksam war sie.

Schon Anfang der 30er Jahre war man in Japan stolz gewesen, daß der Wiederaufbau der erdbebenzerstörten Hauptstadt schon nach sieben Jahren als abgeschlossen gelten konnte – nach 1945 ging es mindestens ebenso rasch.

Mit einer fast völlig vernichteten Hauptstadt, Millionen verarmten Flüchtlingen, einer zu 25 Prozent zerstörten Industrie, abgeschnitten von allen bisherigen Rohstoffquellen – so begannen die Japaner vor einem Vierteljahrhundert ihre „Stunde Null"!

*

Die durch die Regentage in Kobe verursachten Veränderungen des Schiffahrplans haben zur Folge, daß wir zum Wochenende in Yokohama einlaufen – ich werde noch zwei Tage an Bord bleiben und von hier aus wie ein Tourist Ausflüge unternehmen, bevor die Tokyo-Woche beginnt.

Der Blick von Bord umfaßt die große Bucht, die schon so viele historische Erlebnisse gesehen hat. Hier erschien 1853 der Kapitän Perry mit seinen Schiffen, um die Öffnung der japanischen Häfen zu erzwingen, und hier mußten am 2. September 1945 an Bord des Schlachtschiffes „Missouri" Außenminister Shigemitsu und General Umezu das „Instrument of Surrender" unterzeichnen, das den Ostasien-Krieg beendete*.

---

* Im Gegensatz zur Urkunde über die „militärische Kapitulation" die am 7. Mai 1945 im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht unterzeichnet wurde, enthielt das den Japanern vorgelegte „Instrument of Surrender" auch politische Bedingungen. Es wurde auf den Text der während der Potsdamer Konferenz veröffentlichten Japan-Erklärung vom 26. 7. 1945 verwiesen, deren Forderungen die

Der Waffenstillstand war allerdings schon am 14. August 1945 eingetreten, nachdem die amerikanische Regierung die japanische Bedingung: Verbleiben des Kaisers (und damit Aufrechterhaltung des Staatswesens!) auch nach der „bedingungslosen" Kapitulation angenommen hatten. Die für Ende August vorgesehene Zeremonie der feierlichen Unterzeichnung durch die vom Kaiser beglaubigten Bevollmächtigten mußte damals um mehrere Tage verschoben werden, weil ein Taifun über die Tokyo-Bucht raste – auch solche Naturereignisse gehören zu den Lebensumständen des japanischen Daseins.

Wir liegen glücklicherweise ganz ruhig an unserer Pier und beraten im Kreis der Passagiere, was zu unternehmen sei. Ein Kenner des Landes empfiehlt, den angebrochenen Nachmittag noch zu einer Bahnfahrt nach Odawara zu nutzen, von dort ein Taxi zum Hakone-See zu nehmen, wo wir den im Nebelwetter bisher versäumten Blick auf Japans Heiligen Berg, den Fuji-San erleben sollen. Alles gelingt nach Plan: wir erreichen pünktlich den Bahnhof der Tokkaido-Linie und versäumen auch nicht Odawara, ebenso programmgemäß verläuft die Autofahrt über die Gebirgsstraße nach Moto-Hakone, die in kühn ausgebauten Serpentinen zu einer Paßhöhe führt, unter der der Gebirgssee sich ausbreitet.

Dort oben stehen wir freilich in kaltem Sprühregen; „Herr Fuji" hat sich vollständig hinter schwarzes Wolkengewoge zurückge-

---

japanische Regierung durch die Unterzeichnung anerkannte. Aus dem in Washington ausgearbeiteten Entwurf dieser Deklaration hatte Präsident Truman einen Satz gestrichen, in dem gesagt war, daß „eine konstitutionelle Monarchie unter der gegenwärtigen Dynastie beibehalten werden" könne.

„Über die Motive dieser angesichts der dem Präsidenten bekannten Friedensbemühungen des japanischen Kaisers besonders auffälligen Streichung schweigen sich alle Memoiren der Beteiligten und auch die Potsdam-Dokumente aus. Der Vorgang läßt sich nur dahin deuten, daß der Präsident für den Fall der Beibehaltung dieser wichtigen Textstelle eine zustimmende Antwort aus Tokyo als möglich erachtete, sie zu diesem Zeitpunkt aber nicht wünschte. So konnte die Atombombe fallen, die Sowjetunion in den Ostasien-Krieg eintreten, bevor Truman der japanischen Regierung genau die Zusicherung gab, die er in Potsdam aus dem Text seines Aufrufes geflissentlich entfernt hatte: die Beibehaltung des Kaiserhauses."

(Zitat nach Sündermann: Potsdam 1945 a.a.O. S. 331).

zogen, dichte Nebel treiben auf uns zu. Mürrisch vertreten wir uns eine Viertelstunde lang die Füße und entschließen uns dann zum Rückzug.

Erst in allerletzter Minute wird der Nachmittag gerettet: der Zug nach Yokohama hat die Station Odawara bereits verlassen und wieder volle Fahrt aufgenommen, als bei einem fast zufälligen Blick aus dem Fenster der majestätische Gipfel hoch aus den Nebeln aufsteigt. Im ganzen Wagen entsteht Bewegung, auch die japanischen Fahrgäste drängen zu den Fenstern, um diese Szene zu bewundern, die nach der nächsten Biegung der Bahnstrecke allzu schnell wieder verschwindet.

*

Für den nächsten Tag ist eine größere Unternehmung vorgesehen: Nikko, Besuch der Mausoleen und Tempel, die sich die Tokugawa-Shogune in der Gebirgswelt nahe ihrer Hauptstadt Edo errichtet haben.

Wir reisen in einer „organisierten Tour" des Reisebüros mit dem Luxuszug der Tobu-Bahn, der allein schon sehenswert ist. Zwar ist er nicht *so* schnell und komfortabel wie die neue Schnellbahn Tokyo-Osaka, die auf Sondergeleisen – meilenweit über Betongerüste und durch Tunnels – mehr als 200 Kilometer Stundengeschwindigkeit erreicht, aber auch der Nikko-Express hat elektronisch gesteuerte Innentüren, die sich bei Annäherung öffnen und andere supermoderne Besonderheiten mehr. Eine Fahrzeit von 1 Stunde 46 Minuten ist in den Prospekten angekündigt – sie wird gewiß eingehalten; die Landschaft fliegt wie im Film vorbei.

Auf dem Nebensitz hat sich der japanische Reiseleiter niedergelassen; als ich mich auf seine Frage als Deutscher zu erkennen gebe, wird er geradezu lebendig: als junger Mann war er noch Soldat gewesen, wenn auch nicht mehr an den Fronten eingesetzt. Er erinnert sich: „Nie hätte ich geglaubt, daß wir besiegt werden könnten." Seither gibt es für ihn nur einen beherrschenden Gedanken: trotz der Niederlage weiterleben, ja auch aus ihr „das Beste machen."

Ungläubig fragt er, ob die Zeitungsberichte wahr seien: in Deutschland gäbe es Leute, die sich brüsteten, im Kriege Verrat geübt zu haben?! Mit einem Unterton der Überlegenheit: „Bei uns gab es das nicht!" Und er wiederholt die bekannte Geschichte des ersten japanischen Nachkriegs-Botschafters, der bei Antritt seines Postens in London von englischen Journalisten inquisitorisch befragt wurde „Was haben Sie im Krieg getan?" Der japanische Diplomat antwortete schlicht: „I fought you with all my guts". (Ich kämpfte gegen Euch nach besten Kräften). Der Botschafter wurde nie wieder wegen seiner „Vergangenheit" behelligt. ...

In Tobu-Nikko angekommen beginnt die übliche Omnibus- und Erklärungstour – auch hier scheint außer uns noch halb Japan unterwegs zu sein.

Wieder eine kurvenreiche Bergstraße wie gestern am Fuji und nochmals ein See in Kälte und Nebel – diesmal der Chuzenji. Das Ganze umrahmt von dichten Laubwäldern, steilen Berghängen und kühnen Wasserfällen. Einer von ihnen genießt düstere Berühmtheit: hier pflegen sich Liebespaare, die durch hartherzige Eltern an der Heirat gehindert werden, in die Tiefe zu stürzen. (Zu den vielen Besonderheiten des japanischen Volkscharakters gehört einerseits die „Miai"-Ehe – d.h. die von den Eltern vereinbarte Verbindung – wie auch die statistisch erhärtete Tatsache besonders häufiger Jugend-Selbstmorde).

Die Besichtigungsziele sind nicht nur solche Naturvorkommnisse, sondern die in diese in mancherlei Sinn heroische Landschaft eingefügten pompösen Tempel und Begräbnis-Stätten. Hier wollten die Shogune ihre Macht demonstrieren und ihren Nachruhm festigen.

Es gibt einfühlende Freunde der japanischen Kunst, die den ganzen Nikko-Bereich als aufdringlich und geschmacklos verwerfen; im Vergleich zur ruhigen Würde der alten Kaiserstadt Kyoto fordert der farbenprächtige, goldstrotzende, von Zieraten überquellende Prunk dieser Bauten gewiß zu innerer Abwehr heraus. Dennoch kann auch der europäische Besucher nicht unberührt bleiben von der imponierenden Größe, die sich etwa in dem bedeutendsten der Nikko-Tempel, dem tief in die Bergwald-Landschaft eingebetteten gewaltigen Toshugo-Schrein ausprägt. Dieser mächtige

Bau ist dem Andenken an Jeyashu – den ersten und erfolgreichsten der Tokugawa-Shogune – gewidmet, der in den Jahren nach 1603 die Territorial-Herrschaften niedergerungen hat und als „Einiger Japans" in die Geschichte eingegangen ist.

Zwei Jahrzehnte nach Jeyashus Tode hat sein Enkel diesen Tempelbezirk errichtet. Die 23 Einzelbauten quellen über von Symbolen und Kunstwerken, von Gold und Farben – unser europäischer Barock erscheint im Vergleich dazu fast nüchtern.

Alles, was im damals hermetisch abgeschlossenen Japan an handwerklichem Können, an künstlerischer Phantasie aufgeboten werden konnte, wurde hier in unbegrenzter Freigiebigkeit eingesetzt. Man versichert den staunenden Touristen, daß allein für diese Tempel Mittel im heutigen Kaufwert von 100 Millionen D-Mark verbraucht worden sind. Bis zum Ende der Shogun-Herrschaft wurde zur Aufsicht über den Toshugo-Schrein jeweils ein kaiserlicher Prinz berufen, der in Edo residieren mußte.

Das Herrschafts-System der Tokugawa-Shogune war bis in solche Einzelheiten durchdacht. Den Kaisern war es nur erlaubt, religiöse Zeremonien vorzunehmen und beim Tode eines Shogun dessen Nachfolger zu bestätigen. Alle Staatsangelegenheiten wurden im „Bakufu", im „Feldlager" des Shogun entschieden, der nur gelegentlich nach Kyoto kam und meist in seinem befestigten Edo-Schloß (dem heutigen kaiserlichen Palastbezirk in Tokyo) residierte. In der Stadt Edo mußten auch die politisch entmachteten Erbherren und der Landadel entweder persönlich oder durch Familienmitglieder vertreten sein – gewissermaßen als Geiseln für ihr Wohlverhalten.

Mit den etwa 350000 „Samurais" – der „Krieger-Kaste" mit ihrem besonderen Ehrenkodex von Treue und Tapferkeit – verästelte sich das „System" der staatspolitischen Disziplin über das ganze Land.

Zweieinhalb Jahrhunderte hindurch wirkte die Autorität der Tokugawa-Shogune unangefochten, sie regelte das Leben Japans in aller Genauigkeit und schien „für die Ewigkeit" gesichert. Aber auch dieses Regiment scheiterte schließlich an dem Punkt, an dem politische Doktrine stets in Frage gestellt werden: als das „Bakufu" in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts unsicher wurde

gegenüber dem Kapitän Perry und den europäischen Mächten, als die überkommenen Regelungen und Gesetze offenkundig nicht mehr ausreichten, um die nationalen Interessen zu wahren, da ging es rapid zu Ende mit der Herrschaft der „Reichsfeldherren". Der letzte, der 15. Tokugawa-Shogun Keiki erklärte nach nur einjähriger Regierung seinen Rücktritt – er lebte dann noch bis 1913 ohne wieder irgendeine politische Bedeutung zu erlangen.

Nur in der unmittelbaren Übergangszeit gab es einige Schwierigkeiten; so wurde der Toshogu-Schrein, den heute Tausende in Nikko bewundern, vor hundert Jahren nur mit Mühe durch einen kaiserlichen Parlamentär gerettet, der die zur Verteidigung vorbereiteten und entschlossenen Anhänger des abgedankten Shogun zum friedlichen Abzug überredete.

*

Das „Imperial-Hotel", in das ich nun übersiedelt bin, gehört zu den wenigen Gebäuden Tokyos, die sowohl das Erdbeben von 1922, wie auch die Feuerstürme des Bombenkrieges 1944–1945 überstanden haben. Als es nach dem Ersten Weltkrieg von einem amerikanischen Architekten erbaut wurde, war der trotzig wirkende Bau recht umstritten; aber alle Kritik – so versichert mir ein japanischer Bekannter – verstummte, als dieses Gebäude wenige Monate nach seiner Fertigstellung als einziges eine Trümmerlandschaft überragte. Ähnlich war es 1945 – damals war auch noch das nahegelegene Bürogebäude der Dai-Ichi-Versicherungsgesellschaft stehengeblieben, in dem dann General McArthur sein Büro einrichtete. Das „Imperial" wurde für amerikanische Offiziere beschlagnahmt und die Japaner durften es im Zeichen der „nonfraternisation" nicht einmal mehr betreten.

Inzwischen hat sich das Rad der Geschichte wieder weitergedreht und nun trägt sich die japanische Hotel-Gesellschaft mit dem Gedanken, das so merkwürdig berühmt gewordene und standhafte Gebäude mit Spitzhacke und Baggern aus dem Weg zu räumen; an diesem bevorzugten Platz der Innenstadt von Tokyo, schräg gegenüber dem wassergraben-umschlossenen kaiserlichen Palastgelände soll ein Hochhaus-Hotel errichtet werden. Man hat so-

gar eine öffentliche Aktion zur „Rettung des Imperial" in die Wege geleitet, aber es ist zweifelhaft, ob die japanischen Herzen für dieses Objekt stark genug schlagen*, um den nüchternen Absichten der Hotel-Manager Einhalt zu gebieten.

*

Vom „Imperial" zum Hauptbahnhof und von dort zur berühmten „Ginza" – das ist ein Orientierungsbummel nach dem Abendessen.

„Hauptbahnhof" – das klingt imponierend, aber dieses niedrige Gebäude gehört auch zu den Bauten, die nie so zerstört wurden, daß sie ganz neu errichtet werden mußten. Man könnte die „Tokyo-Station", wie die Anlage schlicht genannt wird, für den Bahnhof einer mittelgroßen Provinzstadt ansehen, wären nicht die Zahlen bekannt: über diese Dutzend Bahnsteige rollen täglich 2500 Züge und durch diese Tunnels marschieren werktätig rund eine Million Japaner und Japanerinnen zu ihren Arbeitsstätten. „Ein schweigendes, geordnetes Hin und Her, das fast feierlich wirkt" – so hat ein gefühlvoller Beobachter das Massengeschehen in diesem Bahnhof beschrieben**.

Weniger feierlich und geordnet, aber ebenso massenhaft geht es auf den Straßen zu, die zur „Ginza" führen: nicht nur oberirdisch, auch unterirdisch laufen und kreuzen sich die Avenuen, Bahnlinien, Hochstraßen und Untergrundbahnen. Hier in Tokyo hat niemand irgendeinen Gedanken an die Frage gewendet, welcher Anblick sich bietet oder welcher Lärm entsteht; die Verkehrstechnik allein ist Trumpf. Unter bohlenbelegten Straßen hört man das Stampfen lebhafter unterirdischer Arbeiten herauf, dringt der Lichtschein von geheimnisvollen Baustellen. Eine plakatierte Skizze berichtet davon, daß sich Tokyo an dieser Stelle fünf Stockwerke tief in die Erde gräbt.

Die „Ginza" ist – obwohl weltberühmt – weniger eindrucksvoll: solches Lichtgeflunker, billiger Prunk, fauler Zauber und nerven-

* Sie taten es nicht: der Altbau des Hotel „Imperial" wurde inzwischen abgerissen.
** Mirko Ardemagni: Japan lächelt anders, Stuttgart 1955, S. 16.

mantik werden am New Yorker „Broadway“ und am Londoner „Picadilly Circus“ ebenso entfaltet, nur daß hier die japanischen Schriftzeichen im farbigen Aufleuchten anders geartete Effekte zeigen. Immerhin läßt die „Ashahi Shimbun“, Japans größte Zeitung, ihre Laufschrift mit neuen Nachrichten gelegentlich auch in Englisch über das Band gehen. Die „Ginza“ ist der Bereich, in dem Japan sich „international“ gibt. Auch für uns Deutsche fällt dabei etwas ab: das Lokal „Lohmeyer“ bietet „Eisbein mit Sauerkraut“ an und um die Ecke – zwischen japanischen Animierbetrieben – lädt eine „Bavaria“ zum Glase Bier ein.

*

Den nächsten Vormittag nütze ich, um das schon mehrfach aus der Ferne erkannte Wahrzeichen der Stadt näher zu sehen: den „Tokyo-Tower“, der dem Pariser Eiffelturm nachgebildet ist und ihn sogar um 13 Meter überragt. Man ist stolz darauf, daß dieser Turm ausschließlich aus japanischem Stahl errichtet wurde, und es wird verzeichnet, daß zur Konstruktion des Eiffelturmes 7000 Tonnen Stahl benötigt wurden, während hier nur 4000 Tonnen eingesetzt sind: „Das zeigt die fortgeschrittene Qualität des Stahls, den Japan heute produziert.“ In einer Vergleichszeichnung wird auch noch auf den Stuttgarter Fernsehturm hingewiesen, der mit seinen nur 210 Metern Höhe die japanische technische Überlegenheit noch deutlicher zu Bewußtsein bringen soll.

Es sind freilich nur technische Daten, die solche Vergleiche rechtfertigen. Die 1958 errichtete hohe Stahlkonstruktion dient elektrotechnischen Zwecken; der Publikumsaufzug endet bereits in 125 Meter Höhe, und die gedeckte Aussichtskanzel, in der sich die Menschen drängen, gewährt den etwas tristen Rundblick über ein Häusermeer, das bis zum Horizont reicht. Die enorme Ausdehnung Tokyos hat die nüchterne Ursache, daß auch der städtische Japaner sein „japanisches Haus“ haben will, in dem er mit seiner Familie lebt. Neuere Versuche ihn ins mehrstöckige Mietshaus umzusiedeln, sind bisher mißlungen. Er nimmt täglich eine mehrstündige Fahrt zum Arbeitsplatz in Kauf, wenn er nur abends in

seinem leichtgebauten (und daher nicht allzu teuren) Häuschen das Jakett mit dem Kimono tauschen und im Familienkreis ins dampfende Bad steigen kann. Ein paar Quadratmeter Garten genügen ihm – dieses Fleckchen wird mit einigen Felsbrocken und Zwergpflanzen liebevoll gestaltet.

Auch der „moderne" Japaner ist nicht „entwurzelt", und deshalb sieht Tokyo von oben fast wie eine Mondlandschaft aus; nur südwestlich zeigen sich die Konturen der Tokyo-Bucht. Einige grüne Punkte bezeichnen die Parks und die kaiserlichen Gärten, mehrere Büro-Häuser ragen hervor – aber auch sie vermögen das Bild nicht zu beleben; es ist eine interessante, in ihrer Ausdehnung unübertroffene, in ihrer Hartnäckigkeit bewundernswerte Stadt, die hier immer wieder emporgewachsen ist. Eine schöne Stadt freilich ist Tokyo nicht.

Aus einem Zeitschriften-Aufsatz notiere ich mir einige Zahlenangaben: Tokyos derzeitige 10 bis 11 Millionen Einwohner leben auf 1250 Quadratkilometern (beträchtlich mehr als jede europäische oder amerikanische Großstadt). Jährlich wächst die Stadt um 300000 Einwohner. Für das Jahr 1985 erwartet man eine Stadtfläche, die einen Radius von 50 Kilometern vom Stadt-Mittelpunkt aus gemessen umschreibt und eine Einwohnerzahl von 28 bis 30 Millionen. In „Greater Tokyo" mit einem Radius von 100 Kilometern (einschließlich der Satellitenstädte, wie Yokohama) leben heute schon 18 Millionen Japaner – das ist ein Fünftel der Gesamteinwohnerzahl des Landes.

Solche Zahlen können schrecken – aber sie können auch täuschen. Es kommt nicht darauf an, wie und wo Menschen sich massieren oder verteilen; von Bedeutung ist nur, was sie leisten. Tokyo ist kein Kalkutta und wird es nie werden.

Tagebuch einer Tokyo-Woche

Der ruhige Sonntag lädt ein, die historische Spur des Nikko-Tages weiter zu verfolgen, und dafür gibt es in Tokyo eine wichtige Sehenswürdigkeit: das Meiji-Museum und den Meiji-Tempel.

„Kaiser Meiji" und die „Meiji-Restoration" – das sind die gebräuchlichen Bezeichnungen für die Gestalt des Herrschers und das Geschehen nach dem Ende des Shogunates. Der danach erst fünfzehnjährige Thronfolger, der 1867 zum 122. Kaiser Japans ausgerufen wurde und wenige Monate später den Shogun zum Rücktritt aufforderte, hieß in Wirklichkeit Mutsohito. Erst als er die tatsächliche Regierungsgewalt übernommen, nach 22tägiger Reise von Kyoto in das Shogun-Schloß eingezogen war und Edo in „östliche Hauptstadt" (Tokyo) umbenannt hatte, gab der junge Kaiser am 23. Oktober 1868 seiner Regierungszeit den Namen „Meiji", das heißt: „Erleuchtete Regierung".

Mutsohito hielt, was er versprach. In 44jähriger Regierungszeit hat er mit Energie und Weitblick, ja mit „Radikalismus" das heutige Japan geformt und so gilt er nun zu Recht als „Kaiser Meiji". Sein Enkel, der heute noch regierende Kaiser Hirohito, der seine Regierungszeit im Jahre 1926 in guter Absicht die Ära „Showa", zu deutsch: „Leuchtender Friede" nannte, wird nicht als „Kaiser Showa" in die Geschichte eingehen können.

Obwohl er näher zur Innenstadt liegt als der Meiji-Tempel heißt der große Park, in dem nicht nur ein Sport-Stadion, sondern auch der steinerne Kuppelbau des Meiji-Museums mit der Untergrundbahn erreicht wird, der „Äußere Meiji-Garten". Dieser Park ist ganz weltlicher Art, hat auch beliebte Tennis- und Baseball-Plätze, weite Alleen, durch die in dichter Folge die Besucher-Omnibusse rollen.

Die „Meiji-Gedächtnis-Kunst-Galerie" ist etwas anderes, als der Name vermuten läßt; es geht hier weniger um Kunst, als um eine bebilderte Geschichte der „Meiji-Ära". In zwei langgestreckten, durch Oberlichte erhellten Räumen illustrieren nicht weniger als 62 überdimensionale Wandgemälde die wichtigsten Lebensdaten und Geschehnisse der Regierung des Kaisers. Dem staunend in Scharen vorbeiwandernden Publikum wird jedes Bild durch eine Schrifttafel erläutert, die glücklicherweise auch eine englische Übersetzung bietet. So lese ich nun und sehe gleichzeitig in fotografischer Sorgfalt und so naturgetreu farbig wie der Künstler es vor einigen Jahrzehnten zustande brachte, mancherlei Notierenswertes:

Die „Geburt des Kaisers“ (3. November 1852) ist dargestellt durch ein japanisches Haus unter den alten Bäumen des Kaiserlichen Palastes in Kyoto; die „Audienz für Gesandte fremder Länder“ (23. März 1868) zeigt erstmals europäische Kleidung; anläßlich der „Entsendung des Prinzen Iwakura nach Europa und Amerika“ (23. Dezember 1871) ist ein Dampfschiff im Bild zu sehen; beim „Besuch des Kaisers in Kagoshima“ (27. Juli 1872) trägt der Herrscher einen schwarzen europäischen Gehrock, eine Ehrenkompanie präsentiert das Gewehr; zur „Eröffnung der Eisenbahn Yokohama-Tokyo“ trifft der Kaiser in einer Hofkutsche ein, die offenkundig einem in England gebräuchlichen Fahrzeug dieser Art nachgebildet ist. Weitere Kolossal-Gemälde zeigen Kaiser Meiji im Jahre 1873 hoch zu Roß mit Schiffhut bei der Inspektion von Truppen, ein Jahr später am Schreibtisch mit Kragen und Krawatte „hearing a lecture by a lecturer“ (ein moderner Kaiser lernt nicht aus!). Im August 1877 – knapp zehn Jahre nach Beginn der Meiji-Ära – wird bereits eine „Nationale Industrie-Ausstellung“ eröffnet; zu diesem Ereignis erscheinen nicht nur Kaiser und Kaiserin, sondern auch alle auf den Bildern erkennbaren Hofbeamten und sonstigen Personen in europäischer Kleidung! In späteren Jahren werden die Ereignisse immer politischer: im August 1879 sitzt der Kaiser mit dem amerikanischen General Grant an einem runden Tisch im Gespräch*, sogar eine Zigaretten-Dose ist dargestellt. Am 11. Februar 1889 nehmen an der Verkündung der japanischen Verfassung im Thronsaal die Kaiserin mit ihren Damen in Pariser Toiletten teil. Die weiteren Bilder nennen bereits weltpolitische Stichworte: „Der Kaiser im Hauptquartier während des Krieges mit China“ (1894); die „Friedenskonferenz von Shimonoseki“ (1895); der Abschluß des eng-

* Zu diesem Besuch notierte Professor Bälz in seinem Tagebuch (a.a.O. S. 45):

  „General Grant wird in übertriebenster Weise von den Japanern gefeiert. Diese behaupten, sie wollen dadurch den Amerikanern ihren Dank dafür bezeigen, daß sie ihnen in der Tarifrevision mehr als die Europäer entgegenkamen.... Dem sei wie ihm wolle, Tatsache ist, daß eine Festlichkeit die andere jagt. Keine noch so reiche europäische Stadt könnte sich solchen Luxus gestatten wie das gute arme Tokyo, das allein 120000 Mark für die Grant-Feier ausgesetzt hat.“

lisch-japanischen Bündnis-Vertrages (1902); die „kaiserliche Konferenz vor der Kriegserklärung an Rußland" (4. 2. 1904); „Kapitulation Port Arthurs" (5. 1. 1905); die „Friedenskonferenz von Portmouth" (5. 9. 1905); „die Siegesparade der Flotte im Hafen von Yokohama" (23. 10. 1905); die „Vereinigung Koreas mit Japan" (22. 8. 1910). Schließlich aus dem Juni 1912: eine knieende Menschenmenge auf dem großen Platz vor dem kaiserlichen Palastbereich – „die Krankheit des Kaisers" und als letztes Bild: der Leichenzug (14. 9. 1912). Von dieser Beisetzung ist eine wahre Begebenheit überliefert (wenn auch glücklicherweise nicht dargestellt): man vermißte im Leichenzug den Generaladjutanten und langjährigen Vertrauten des Kaisers – danach stellte sich heraus, daß er in der Stunde des Begräbnisses „Seppuku", den zeremoniellen Selbstmord, begangen hatte.

Aus der dramatischen Bilderfolge des Meiji-Museums läßt sich zwar die Dynamik ablesen, mit dem in der Ära dieses Kaisers Japan Europas Errungenschaften (und seine politischen Verfahrensweisen!) übernahm, aber manches Wichtige ist doch mit Farbe und Pinsel nicht darstellbar: So die Tatsache, daß die in den 70er Jahren nach preußischem Muster eingeführte allgemeine Wehrpflicht nicht nur außenpolitisch die Voraussetzung für Japans Aufstieg zur Großmacht schuf, sondern auch den inneren Zusammenhang der Nation ähnlich festigte, wie das dann in den 90er Jahren gründlich aufgebaute allgemeine Schulwesen. Schon gegen Ende der Meiji-Zeit lernte jedes japanische Kind Lesen und Schreiben – und das bedeutet etwas angesichts der japanischen Schrift. Seither ist Japan sogar das nach den Vereinigten Staaten zeitungsfreudigste Land der Welt geworden. Heute werden täglich 30 Millionen japanische Zeitungs-Exemplare verbreitet; man muß mehr als 2000 Buchstaben gelernt haben, um sie lesen zu können!

Von dem „äußeren" zum „inneren" Meiji-Park führt ein Fußweg von einer knappen halben Stunde, aber es ist eine lohnende Wanderung, denn nun steigern sich die Meiji-Erinnerungen vom historischen in den kultischen Bereich.

Die Japaner wurden zwar nach 1945 von den Amerikanern belehrt, daß ihr Kaiser kein „Gott" ist (der lebende Kaiser galt nie als solcher), aber daß nicht nur Kaiser Meiji sondern auch seine

1914 verstorbene Gemahlin, die Kaiserin Shoken als „deities" d.h. als „Gottheiten" zu gelten haben, das ist in englischer Sprache schwarz auf weiß in der illustrierten Schrift zu lesen, die den Besuchern des Meiji-Tempelbezirkes verkauft wird.

Mehr noch: nicht weniger als etwa acht Millionen Gläubige hat der Meiji-Tempel jährlich zu verzeichnen; die meisten kommen in unübersehbaren Massen am Geburtstag des Kaisers (3. November) und an den Neujahrstagen. Im Jahr 1945 war der Tempel niedergebrannt; aus Spenden wurde die ganze Anlage wieder aufgebaut.

Die nach alten Vorbildern entworfenen Bauwerke mögen keine besondere künstlerische Beachtung verdienen – aber die großzügige Weite der Anlage, die feierliche Stille verfehlen ihren Eindruck nicht. Als ich mich vor der großen Säulenhalle mit ihrem geschwungenen Dach zum Gehen wende, sehe ich in der Ferne zwei uniformierte Gruppen in militärischer Ordnung durch die Allee heran marschieren. Eine kleine Fahne wird vorausgetragen, dahinter im ersten Marschblock etwa 100 Frauen in weißen Kitteln, gefolgt von einer ebenso geordneten Gruppe von Männern in grauen Anzügen – es scheint sich um einen Betriebsausflug zu handeln. Sie halten am Wasserhaus vor dem Innenhof, benetzen Hände und Mund, formieren sich erneut und werden von einem wartenden Shinto-Priester im grünen Talar mit hellem Überhang und hoher schwarzer Mütze in den Innenhof geführt. Dort stellen sie sich in Reihen vor dem Tempel auf, verbeugen sich tief wie auf Kommando, erheben sich wieder, klatschen in die Hände (das macht die Gottheit auf sie aufmerksam!), verbeugen sich erneut und marschieren wieder ab. Draußen im Vorhof wartet schon ein Fotograf zum Gruppenbild...

Montag

In Tokyo sich zurechtzufinden, ist nicht einfach; auch hier spricht kaum ein Passant englisch, Straßenbezeichnungen hat erst die amerikanische Besatzungsbehörde eingeführt, und sie sind nur gelegentlich zu lesen. Bei privaten Besuchen ist es unerläßlich, eine Lageskizze mitzuführen, nach der sich der Taxifahrer orientieren kann.

Für den ersten Informationsbesuch habe ich allerdings eine Adresse, die sich sogar nach dem Stadtplan ermitteln läßt: Pro-

fessor Jun Tsunoda ist Direktor der Parlaments-Bibliothek und deren Gebäude ist von der U-Bahn-Station Akasaka-Mitsuke zu Fuß zu erreichen. Die Untergrundbahn ist schon deshalb ein angenehmes Verkehrsmittel, weil ihre Stationsnamen auch in Buchstabenschrift angebracht sind; abgesehen davon: die Wagen und gekachelten Bahnsteige blitzen von Sauberkeit.

Den Professor finde ich – wie es sich für einen Historiker und Bibliothekar gehört – unter Büchern fast vergraben in einem kleinen Arbeitsraum. Jünger als erwartet mag er ein guter Vierziger sein, im Gespräch zeigt er sich lebhaft und aufgeschlossen; er spricht zwar nur englisch, aber deutsch liest er ohne Schwierigkeiten.

Die Bekanntschaft des Professors Tsunoda zu machen, ist deshalb von Interesse, weil er im Auftrag der „Japanischen Gesellschaft für Internationale Beziehungen“ anhand der japanischen Akten ein siebenbändiges Werk „Der Weg zum Krieg im Pazifik“ redigiert und veröffentlicht hat. Was er über die Entstehungsgeschichte dieser großen Arbeit berichtet, wirft manches Schlaglicht auf die Art und Weise, wie Japan seine „Vergangenheit aufarbeitet“.

Schon im März 1946 fand es die damalige japanische Regierung – sie durfte nur unter amerikanischer Aufsicht tätig sein – angezeigt, eine Studienkommission zur Untersuchung der „Ursachen und Tatsachen des Krieges“ einzusetzen, deren Vorsitz der Ministerpräsident Sidehara selbst übernahm.

Die Amerikaner bereiteten damals ihren Tokoyter „Kriegsverbrecher“-Prozeß vor; die japanische Historiker-Kommission, die sich mit dem gleichen Thema – wenn auch aus anderem Motiv – befassen wollte, war ihnen nicht genehm. Sideharas Hoffnung, durch seinen persönlichen Einsatz die Arbeit der Professoren abschirmen zu können, erwies sich als trügerisch. Die Besatzungsbehörde legte ihr Veto ein und löste die Kommission bereits im September 1946 ausdrücklich auf.

Erst nach dem Inkrafttreten des japanischen Friedensvertrages im Jahre 1953 konnte wieder daran gedacht werden, eine wissenschaftliche Bearbeitung dieses politisch brisanten Themas in Angriff zu nehmen. Und auch dann dauerte es noch einige Jahre bis

die finanziellen und sachlichen Voraussetzungen geschaffen waren – es sollte nämlich weder Politik noch Propaganda betrieben, sondern schlicht die Wahrheit insoweit festgestellt werden, als sie sich nach den japanischen Dokumenten und nach den Aussagen überlebender Zeugen ermitteln läßt. Man ging – wie es sich gehörte – nicht von vorgefaßten Meinungen, sondern von der Überlegung aus: „Eine Theorie über die Ursachen und Verantwortlichkeit für einen Krieg kann nicht formuliert werden ohne eine genaue Untersuchung der historischen Entwicklung, die zum Kriege geführt hat."

Das ist eigentlich eine Binsenwahrheit – aber der deutsche Besucher kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß dieser japanische Zeitgeschichtler seine europäischen Kollegen an Einsicht übertrifft.

Zunächst wollte man die Dokumentation mit dem Jahre 1931, dem „mandschurischen Konflikt" beginnen, aber als Professor Tsunoda im Jahre 1960 den Vorsitz der Kommission übernahm, wurde das geändert: wie die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges in Europa nicht erst mit 1933 beginnt, sondern in Versailles, so in Ostasien nicht 1931, sondern mit der Flotten-Konferenz von Washington im Jahre 1922. Wer historisch denkt, muß *Ursachen* in sein Urteil einbeziehen.

In jahrelanger Arbeit wurde dann das große Werk konzipiert und schließlich in sechs großen Abschnitten veröffentlicht, nachdem der volle Bericht in der Zeitung „Ashahi Shimbun" in Fortsetzungen wiedergegeben worden war. Bereits die einzelnen Abschnitte geben die Stichworte der Entwicklung:

1. „Die Periode nach der Washington-Konferenz;"
2. „Der Mandschurische Konflikt;"
3. „Der chinesisch-japanische Krieg;"
4. „Der Drei-Mächte-Pakt;"
5. „Japans Süd-Vorstoß;"
6. „Die japanischen Verhandlungen mit den USA."

Herangezogen wurden alle erreichbaren japanischen Dokumente insbesondere auch die Akten des Generalstabs und der Marine, aber natürlich wurden auch die wichtigsten handelnden Personen jener Jahre – Minister, Generale, Admirale usw. – von der Kommis-

sion ausführlich und an Hand der Dokumente befragt, um ein möglichst zuverlässiges Bild der japanischen Seite des Geschehens festzuhalten. Die Bearbeiter waren sich dabei bewußt, daß eine vollständige Darstellung noch keineswegs erreichbar war und ist.

Man konnte zwar die bereits vorliegenden Veröffentlichungen aus den amerikanischen, britischen, deutschen und italienischen Akten heranziehen, „aber es gab keine Möglichkeit, Materialien aus der Sowjetunion und aus der Volksrepublik China zu beschaffen." Nicht zuletzt aus diesem wichtigen Grunde „behauptet die Kommission nicht, eine endgültige Studie über den Krieg im Pazifik formuliert zu haben. Sie hofft nur, zuverläßiges Material für künftige Historiker vorbereitet zu haben."

Für deren Arbeit bedeutet es freilich ein ernstes Hindernis, daß die Publikation bisher nur in Japanisch erschienen ist. Ein knapper Auszug ist in englischer Übersetzung in Vorbereitung; aber was hilft eine solche Auswahl, noch dazu wenn sie – wie vorgesehen – von einer amerikanischen Universität getroffen wird. Für einen deutschen Verlag wäre nur eine vollständige Übersetzung von Wert – aber sie müßte direkt aus dem Japanischen erarbeitet werden und dabei würde sich, wie Professor Tsunoda bemerkt, nahezu der doppelte Umfang ergeben: so raumsparend wirkt die japanische Bilderschrift!

Natürlich kann und will ich nicht versuchen, in einem Gespräch zu erörtern, was jahrelange ernste Studien erfordert – aber eine Einzelfrage, die sich aus deutscher Erinnerung ergibt, bringe ich doch vor:

Hat die Anfang Oktober 1941 in der Berliner Auslands-Presse-Konferenz erfolgte aufsehenerregende – und bald darauf durch die Ereignisse bitter widerlegte – Erklärung des damaligen Reichspressechefs, der Rußland-Feldzug sei zugunsten Deutschlands „bereits entschieden" auf die japanischen Entschließungen eingewirkt?

Der Professor kennt die Episode natürlich, er meint dazu bedächtig: „Dr. Dietrichs Äußerungen mögen auf unsere Militärs zunächst einen stimmungsmäßigen Eindruck gemacht haben, aber für die Pearl Harbor-Entscheidung war das ohne Bedeutung. Aus dem November 1941 haben wir eine gründliche und durchaus zu-

treffende Beurteilung der deutschen militärischen Situation seitens des japanischen Generalstabes vorliegen."

Im Anschluß an diese Bemerkung gibt er auch eine knappe Zusammenfassung dessen, was sich aus den Tokyo-Akten über das damalige amerikanisch-japanische Verhältnis zeigt: „Die amerikanische Politik war jahrelang uns gegenüber unklar – unsere Regierung wußte *nicht*, was ihr *erlaubt* sein werde. Vermutlich war es die amerikanische Idee, in Ostasien ein Kräftegleichgewicht zwischen den Russen, den Chinesen und den Japanern aufrecht zu erhalten. Aber das hat man nie deutlich gesagt. Vielleicht gehört es auch zu den grundlegenden Mißverständnissen, daß die Amerikaner gewohnt sind, einen ‚easy way of life' zu finden während wir immer hart um unser Leben ringen mußten."

Wohlüberlegt formuliert der Professor den Satz: „Unsere Armee und Marine waren die treibenden Kräfte. Ich war selbst Offizier und fühle mich ihnen menschlich verbunden; als Historiker freilich muß ich sie streng kritisieren – aber ich achte und beachte auch *ihre patriotischen* Motive."

Schließlich noch ein zusammenfassendes, nachdenkliches Wort: „Sicher ist nur eines – der Zweite Weltkrieg hat keines der großen Probleme gelöst."

Er hätte noch dazu sagen sollen: aber viele wurden durch die Ereignisse des Jahres 1945 neu aufgeworfen!

*

Bei der Rückkehr zum Hotel ein kleines Erlebnis: versehentlich habe ich die U-Bahn eine Station zu früh verlassen und suche mich nun mit Hilfe des Stadtplans zurecht zu finden. Wieder stellt sich ein höflicher Helfer ein – zur beiderseitigen Überraschung ergibt sich nach einigen Worten, daß wir uns deutsch verständigen können.

Der junge Ministerialbeamte zeigt sich hocherfreut, gestelzt klingende deutsche Worte an den Mann bringen zu können. Er lernt unsere Sprache nämlich weder in einem Kurs, noch mit Hilfe eines Lehrers, sondern nur nach Büchern. Und zum Beweise zieht er Einzelblätter eines Wortverzeichnisses heraus, mit denen

er sich während der U-Bahn-Fahrt zum Dienst beschäftigt. Da wäre es freilich schwierig, sich auch noch die richtige Betonung und Aussprache anzueignen. Mein Begleiter – er führt mich durch den aus voller Blüte duftenden Hibiya-Park direkt zum Hotel – gehört zu den Millionen Einwohnern Tokyos, die täglich lange Fahrzeiten mit Bahn und U-Bahn zu bewältigen haben, um an ihren Arbeitsplatz zu gelangen. Da ist seine Lernmethode begreiflich, und er versichert mir, daß viele junge und ältere Leute es ähnlich halten, nicht gerade um Deutsch zu lernen, aber um sich auf mancherlei anderen Wissensgebieten voranzubringen.

Lernen-lernen-lernen: das ist eines der Geheimnisse des japanischen Erfolges, vielleicht sogar das wichtigste.

Dienstag

Ein kleiner alter Herr wartet in der Hotelhalle, um mich nach zwei Jahrzehnten wiederzusehen. Einst war er in den europäischen Hauptstädten ein wohlbekannter japanischer Diplomat der „zweiten Linie"; er pflegte literarische und kulturelle Beziehungen. Als wir uns das letztemal trafen – mitten im Krieg – zog er mit scheuem Blick aus seiner Aktentasche eine Kognak-Flasche hervor, um dem Gespräch von vornherein ein feste Richtung zu geben.

Jetzt erscheint seine Gestalt noch etwas zusammengesunkener, das Auge noch unentschlossener, kein Gedanke mehr an starke Getränke – aber das Fluidum einer interessanten Persönlichkeit hat sich erhalten. Den Besuch hatte er mit einer Notiz über seinen „jetzigen Gedankengang" angekündigt:

„Von politischen und anderen weltlichen Angelegenheiten habe ich mich gänzlich zurückgezogen und lebe als Eremit von Kastanienfeld. Mein Lebensziel ist nur das Studium des Moralgesetzes auf naturwissenschaftlicher Grundlage. Ich studiere jetzt die höhere Mathematik, Atomphysik u.a. Als Eremit habe ich schon lange vorher mein eigenes Grab errichtet."

Das klingt etwas seltsam, aber Freunde haben mir versichert, daß kontemplative Neigungen dem japanischen Charakter durchaus normal sind. Es gab in früheren Zeiten sogar Kaiser, die sich für ihren Lebensabend ins Kloster zurückzogen.

In der Tat bedeutet das Wiedersehen eine ehrliche Freude. Der ehemalige Gesandte hatte mancherlei Abenteuer zu bestehen gehabt bis er nach 1945 über Stockholm wieder in seine Heimat gelangen konnte. Dort war er dann als Rechtsanwalt tätig bis seine Beamtenversorgung wieder geregelt war, denn auch in Japan gab es nach dem Kriege mancherlei amerikanische „Säuberungs“-Experimente*.

Wenn er sich auch „von politischen und weltlichen Angelegenheiten gänzlich zurückgezogen“ hat, so verfolgt mein Besucher diese dennoch mit scharfem Blick, der ihn freilich zu düsteren Schlußfolgerungen veranlaßt. Die Atombomben in den Händen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten stellen nach seiner Ansicht für Deutschland und das ebenso dicht bevölkerte Japan eine tödliche Gefahr dar. „Wir können nicht mehr Großmacht, wir müssen friedlich sein.“ Auch dem Versuch Rot-Chinas sich unabhängig zu behaupten, gibt er wenig Chance: „Es kommt der Tag an dem sich die Amerikaner und die Russen gegen die Chinesen verbünden, vielleicht haben sie es insgeheim schon getan.“ China freilich werde sich für jeden Angreifer ebenso als „Sumpf“ erweisen wie einst für die Japaner – sie haben sich in ihm zermürbt. „Wären die Amerikaner 1950–51 in Korea weitergegangen, dann wären auch sie in den Morast geraten, heute erleben sie das in Vietnam.“

---

* Obwohl es in Japan keine NSDAP gab, wurde auch dort eine Art „Entnazifizierung“ durchgeführt, die mit dem englischen Wort „purge“ benannt und – wie in Deutschland – von der Absicht diktiert war, einerseits den wirtschaftlichen Wiederaufbau und andererseits die politische Willensbildung im besetzten Land zu behindern. Wer von den Besatzungsbehörden als „purge“-Kandidat bezeichnet wurde, mußte aus jeglicher leitender Tätigkeit entlassen werden. Allein bis 1946 wurden in Japan 201815 Personen, davon 114416 frühere Offiziere von dieser Aktion erfaßt, die dann im Januar 1947 auch noch auf die Verwandten der „Gesäuberten“ ausgedehnt wurde. Sogar der Parteivorsitzende der „Liberalen Partei“, der im Mai 1946 japanischer Ministerpräsident werden sollte, wurde auf diese Weise von den Amerikanern proskribiert und konnte dieses Amt deshalb nicht übernehmen. An seiner Stelle wurde dann Shigeru Joshida ernannt, der als „japanischer Adenauer“ gilt; er hat die Interessen seines Staates nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch erfolgreich vertreten. Wie in Deutschland so war auch in Japan die „Morgenthau-Periode“ im Jahre 1949 beendet; Joshida gelang es dann schon 1953, durch den Friedensvertrag die volle Souveränität für sein Land zurückzugewinnen.

Wenn er von den Amerikanern spricht, dann klingt ein leicht ironischer Unterton mit – beispielsweise in der Bemerkung, daß die japanischen Kaiser schon vor tausend Jahren immer wieder Ärger mit den Koreanern hatten, sie mühselig in Schach hielten: „Jetzt müssen das die Amerikaner tun!"

Nach solchen scharfsinnigen Bemerkungen erinnert sich der alte Herr freilich wieder seines nunmehrigen friedfertigen Lebenszieles; er erzählt von seiner diesjährigen Arbeit, der Teilung eines Felsstückes im Garten und der Aufführung einer kleinen Mauer, von seinem Sohn, der als Arzt tätig ist, von seinen Enkeln, die das Geschlecht fortsetzen und eines Tages sein Andenken in Ehren halten werden.

Er besteht darauf, mich wie in früheren Zeiten, in ein Eßlokal einzuladen und mit ihm „Shushi" – Reis mit rohem Fisch – zu speisen. Dann bringe ich ihn zum Bahnhof, denn er wohnt in einer Vorstadt. Wir verbeugen uns voreinander, wie es sich gehört – dann verschwindet die kleine Gestalt rasch in der weiterdrängenden Menge.

Wir werden uns nie wiedersehen, aber ich werde ihn auch nicht vergessen – den „Eremiten vom Kastanienfeld".

*

Wie fremd uns Japan trotz des modernen Gewühles, das uns gemeinsam durch Einbahnstraßen treibt, geblieben ist – um das zu erfahren, folge man dem Rat, der mir gegeben wurde: Einen Abend im Kanze-Kaikan, wo die bekannteste „No"-Schule ein Theater spielt, freilich ein völlig anderes, als wir es kennen und begreifen.

Schon der Schauplatz verblüfft: die Bühne unter einer geschwungenen Dachkonstruktion mitten in den Raum gestellt, die Sitze der Zuschauer von zwei Seiten darum gruppiert. „No" kennt keine Szenerie. Gelegentlich werden Symbole aufgestellt, die einen Felsen oder ein Haus oder einen Kirschbaum andeuten; manche Schauspieler tragen eine Maske vor dem Gesicht und wirken nur mit den Bewegungen; der Einzug der Mitwirkenden vollzieht sich über eine Art Laufsteg in Zeitlupen-Gemessenheit; die Texte wer-

den in getragener Weise in Einzellauten gesungen, gelegentlich von einem monotonen Chor unterstrichen, dann wieder durch gellenden Trommelschlag unterbrochen.

Den europäischen Besuchern wird eine englische Erklärung in die Hand gedrückt, in der die Handlung erläutert ist, insoweit überhaupt von einer solchen gesprochen werden kann: Der Dichter Saigyo ist in zufriedene Betrachtung eines zur vollen Blüte entfalteten Kirschbaumes versunken; er wird gestört durch eine Gruppe von Wanderern, die sich der Kirschblüte ebenfalls erfreuen wollen. Ärgerlich schreibt Saigyo ein Gedicht, in dem er den Kirschbaum für die unliebsame Unterbrechung verantwortlich macht. Dann schläft Saigyo ein – und nun erscheint ihm im Traum der Geist des Baumes um die Anklage zurückzuweisen. Eine Tänzergruppe versinnbildlicht die Freude, die im Anblick der Kirschblüte zu erleben ist, der Dichter erwacht – das Spiel ist aus.

Die japanischen Besucher (viele junge Leute darunter) sind diesen Vorgängen zwei Stunden lang mit Spannung gefolgt, manche haben Textbücher auf den Knieen liegen und verfolgen sorgfältig jede Bewegung auf der Bühne; die Schauspieler sind offenkundig nicht nur an den Text gebunden, sondern müssen auch für ihr Mienenspiel, ihre Schritte, ihr Kopfnicken, ihre weitausholenden Handbewegungen, ihre Fächerführung überlieferte Vorschriften beachten. Der lebhafte Beifall beim schrittweisen Rückzug der Truppe gilt wohl der Genauigkeit, mit der das Spiel verlaufen ist.

Es gibt etwa 200 No-Stücke, die in 18 No-Theatern (davon sieben in Tokyo) seit Jahrhunderten immer wieder aufgeführt werden. Die japanische Theater-Tradition reicht bis in die Nara-Periode (645–794) zurück; damals wurden die ersten Tanzspiele aus China übernommen. Das No-Theater ist geistig mit dem sog. Zen verbunden – jener Metamorphose, die der indisch-chinesische Buddhismus erfuhr, als er in Japan Wurzeln schlug.

„Zen“ – das ist keine Religion, auch keine Philosophie sondern eine der Kontemplation gewidmete Sitzübung mit dem Ziel, das geistige und körperliche Sein ineinander zu verschmelzen, in bewußter Ausschaltung des Denkens sich von allen persönlichen Wünschen und Gedanken freizumachen. Das Schweigen ist eine Selbstverständlichkeit des Zen:

„Die alten Meister haben nicht das Schweigen verkündet, sondern sie haben geschwiegen... und schweigend hat sich Zen durch die Jahrhunderte fortgesetzt und sich in Künsten und Lebensweisen niedergeschlagen"*

Das No-Theater ist eine der künstlerischen Ausprägungen des Zen – nur durch Herstellung dieses Zusammenhanges gelingt es dem europäischen Besucher das hier Gesehene „einzuordnen."

„Das No-Spiel akzentuiert nicht den Ablauf der Handlung und den Charakter der Person, sondern es geht um die intensive Gestaltung des Lebens selbst, das den Handlungen und Geschehnissen zugrunde liegt... Nicht die Person, die etwas tut und erfährt steht im Mittelpunkt, sondern das Tun und Erfahren selbst. Die Langsamkeit der Darstellung entläßt den Schauspieler aus dem Feld der Aufmerksamkeit zugunsten dessen was er darstellt."*

Das No-Theater erlebte seine klassische Zeit während des Tokugawa-Shogunats – damals mag das Ideal der absoluten Gemessenheit, die das No-Theater auf die Bühne stellt, in politischer Absicht gefördert worden sein; wie sehr es freilich der eingeprägten japanischen Geisteshaltung entspricht – davon zeugt dieses Überleben so alter Tradition bis in das 20. Jahrhundert – nur einige U-Bahn-Stationen von der „Ginza" entfernt!

Mittwoch

Nicht nur das No-Theater, sondern auch die Kodanka-Halle ist mir als eine Sehenswürdigkeit bezeichnet worden, um „echtes" Japanertum zu erleben. Diesmal bedarf es einiger U-Bahn-Erfahrung, um die richtige, die rot-markierte „Marunouchi"-Linie und den Zug nach Ikebukuro zu erreichen. Die Bahn ist bereits aus dem Dunkel ins Helle aufgetaucht – das Korakuen-Stadion ist das Ziel der Fahrt: Nicht das Baseball-Spielfeld und auch nicht die Radrenn-Bahn und der Rummelplatz, sondern die mehrstöckige Sporthalle, die als das „Mekka des Judo-Sports" gilt.

Der Judo-Sport ist im Gegensatz zum No-Theater ein japanischer Export-Artikel geworden; er gilt offiziell als internationale Kampfart und wird auch in der Polizei vieler Länder zum Berufs-

---

* Zitate nach Ingeborg Y. Wendt: Zen, Japan und der Westen, München 1961, Seite 46f., 557.

training herangezogen. Dennoch werde – so wurde mir gesagt – in anderen Völkern das geistige Element dieses Kampfes nicht recht begriffen. Entwickelt hat sich der Judo-Sport zu Beginn der Meiji-Zeit in Fortsetzung des alten Samurai-Sports, des Jiu-Jitsu. Dieser waffenlose Kraftkampf ging noch auf Tötung des Gegners aus – der Judo-Sport vermeidet das, ihm genügt es, ein „Matt“ zu erzwingen. Die Kunst des Judo-Sportlers besteht darin, durch Abschwächen des Gegners, gelegentlich auch durch wohlüberlegtes Nachgeben, vor allem durch systematisches Stärkung der eigenen Kraft schließlich doch noch den Sieg zu erringen. Zum Judo gehört die abwartende Abschätzung des Gegners und blitzschnelles Reagieren auf seine Absichten.

Vor dem Kodanka-Gebäude, in dessen großer Halle täglich öffentliche Übungsstunden in Judo stattfinden, ist dessen Begründer, dem Professor Ikoro Kano ein Standbild errichtet – einer der wenigen Japaner, die nicht nur *ihrem* Volk etwas beigebracht haben.

Die Zuschauer-Tribüne der großen Sporthalle ist ohne weiteres allgemein zugänglich und dicht besetzt. Auf der Übungsfläche unter uns tummeln sich an die hundert barfüßige Männer in zweiteiligen weißen Trainingsanzügen mit schwarzen Hüftgürteln. Gelegentlich dringt ein Krachen herauf: immer dann, wenn ein Körper auf den harten Boden geschmettert wird. Das bedeutet freilich noch nicht das Ende des Kampfes; der wird dann von zwei liegend miteinander Ringenden so lange fortgesetzt, bis der Besiegte mit beiden Schultern an den Boden gedrückt ist.

Das Erstaunlichste: auch alte ergraute Herren treten sich gegenüber, verbeugen sich und gehen dann aufeinander los, verkrampfen sich ineinander, bis sie schließlich außer Atem vom Kampf ablassen, um dann schnaufend auf einer Ruhebank nebeneinander Platz zu nehmen und in leisen Bemerkungen den Verlauf der vorhergegangenen Übung miteinander zu erörtern.

Ein älterer Kämpfer hat einen roten Gürtel um den Leib – vermutlich ein Lehrer; er winkt sich einen jüngeren heran, der nach der Verbeugung wie wild auf ihn losstürzt; aber der Meister legt ihn mit leichter Hand gleich mehrmals hintereinander auf die Matte, ohne den Kampf am Boden fortzusetzen. In einer Ecke treiben

Anfänger Körperschulung; ein Lehrer erklärt, macht die Übung vor, dann dirigiert er die bald schweißtriefende Gruppe.

Nur auf unserer Tribüne wird diskutiert; unten herrscht fast völlige Stille, die nur vom Aufschlag der niedergeworfenen Körper, vom Stöhnen verschiedener Kraftanstrengungen, gelegentlich aber auch von tierisch klingenden Wutschreien unterbrochen wird. Denn die Japaner sind zwar geübt in Selbstbeherrschung, aber dennoch kocht in ihnen Leidenschaft und manchmal macht sie sich Luft.

Donnerstag

Außer dem Tokyo-Tower hat die japanische Hauptstadt noch ein zwar nicht so hochragendes aber doch weithin sichtbares Wahrzeichen: das Parlament, der „Diet" – in griechisch-römischem Stil mit hochgezogener Kuppel auf dem Kasumi-Gaseki-Hügel errichtet, thront es über der Innenstadt. Vom Erdbeben des Jahres 1923 war das pompöse Gebäude noch nicht bedroht, denn es wurde nach 18jähriger Bauzeit erst 1936 fertiggestellt.

Der „Diet" ist weder besonders schön noch gar japanisch, aber groß ist dieser Palast, und so beherbergt er die beiden japanischen Kammern: das unmittelbar (seit 1946 auch von den Frauen) gewählte „Repräsentantenhaus" und das „Haus der Räte", das frühere Oberhaus; dessen Mitglieder werden von den Gebietskörperschaften entsandt, also indirekt gewählt. Beide Häuser haben je 460 Mitglieder, ihr Zusammenwirken ist genau geregelt. Im Streitfall hat das Repräsentantenhaus das letzte Wort. Nur Verfassungsänderungen müssen in den Sitzungssälen rechts und links der Kuppel mit je Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden.

Die Amerikaner haben es sich natürlich nicht nehmen lassen, die schon zur Meiji-Zeit erlassene Konstitution zu reformieren und so ist schon seit 1946 eine neue Verfassung in Kraft, die die vordem entscheidende kaiserliche Gewalt aus dem politischen Leben ausschaltet und dem Parlament die formelle, der Regierung die tatsächliche Macht einräumt. Japans Politik wird – so versichert man mir – nach wie vor von einigen wenigen gemacht – und zu diesen gehörte schon vor 1945 nicht unbedingt der Kaiser. Heute zählen zu diesen wenigen natürlich nicht mehr die Militärs, sondern

zivile Persönlichkeiten und Kräfte. Aber auch sie sehen im „Diet“ nicht die bestimmende Institution. Da die führende „liberale“ Partei über eine sichere Mehrheit verfügt, besteht wenig Anlaß zu großen parlamentarischen Auftritten.

Immerhin bieten auch die Sitzungen des Repräsentantenhauses, deren heutige ich besuche, obwohl mir die japanisch gehaltenen Reden unverständlich bleiben müssen, ein Schauspiel der in diesem Lande üblichen Arbeitsdisziplin. Die Sitze der Abgeordneten sind fast lückenlos besetzt und bleiben es während des ganzen Ablaufs der Verhandlung, die sich mit einer Änderung des Strafgesetzes beschäftigt. Nur die Regierungsbank ist fast leer. Dort thront ein Minister wie eine Statue.

An frühere Verfassungsverhältnisse erinnert die kaiserliche Loge: sie ist mit beträchtlichem Höhenunterschied über dem Sitz des Parlamentspräsidenten und auch höher als die Tribünen an der Stirnwand des Saales eingebaut.

Der Saal selbst wirkt in seinem nach europäischen Parlamentsvorbildern angeordneten Halbrund fast vornehm; alle Abgeordneten tragen europäische Kleidung, überraschend viele sind wohlbeleibt, manche halten ein Nickerchen, während ein Redner sein Anliegen anhand eines Manuskriptes monoton vorträgt. Leben kommt in die Szene, als von den Oppositionsbänken einige – offenbar heitere – Zwischenrufe gemacht werden. Die Regierungsseite antwortet, schließlich erhebt sich Geklatsch und Geschrei – sind wir wirklich in Japan?

Die Saaldiener scheinen das zu bezweifeln, sie lehnen völlig teilnahmslos an den Türen, als gingen sie die Vorgänge im Saale gar nichts an. Dann kommt endlich die Opposition – sie nennt sich „Sozialistische Partei“ – selbst zum Wort. Die Unruhe legt sich bald wieder, denn der Sprecher redet und redet und die älteren Herren retten sich erneut in ein Schläfchen. Gelegentlich folgt noch ein Zwischenruf von der Regierungspartei, aber es ist offenkundig, daß die Angelegenheit weder ernst ist noch ernst genommen wird. Der Minister auf der Regierungsbank bewegt nach wie vor keine Miene.

*

Später war in der „Japan Times" zu lesen, daß die Debatte sich um einen Mißtrauens-Antrag gegen den Justizminister entzündete, weil dieser einen rot-chinesischen Journalisten mit Strafverfolgung bedroht und dadurch dessen Besuchsreise nach Japan verhindert hatte. Die Abstimmung ergab 229 gegen 107 Stimmen für die Regierung.

Natürlich gibt es in der japanischen Innenpolitik auch interessantere und wichtigere Probleme – so insbesondere die Stützung des Reis-Preises, die von vielen Japanern als eine Lebensfrage ihres seit 1945 so geschmälerten Wirtschaftsraumes aufgefaßt wird. Der japanischen Landwirtschaft ist seither das fast Unglaubliche gelungen: sie produziert heute mehr Reis (er ist nach wie vor das populäre Hauptnahrungsmittel) als die Japaner jährlich verzehren! Auf einem Hektar Reisland erntet – wie die Statistiker errechnet haben – der japanische Bauer 49, der chinesische 27, der indische 15 Doppelzentner.

Das ist nicht *nur* ein Ergebnis des japanischen Fleißes, sondern auch die Folge wohlüberlegter Bewässerung, künstlicher Düngung und anderer Maßnahmen, die natürlich Geld kosten. Wenn dieser Vorsprung der japanischen Eigenproduktion erhalten werden soll, dann muß der Staat für stabile Verhältnisse sorgen und den Preis garantieren. Es gibt natürlich auch in Japan Eiferer, die finden, daß man anderswo Reis viel billiger kaufen kann, und daß der Staatssäckel zugunsten der japanischen Bauern allzu sehr in Anspruch genommen wird, aber bisher haben sich diese Kritiker nicht durchgesetzt. Immer noch gilt es in Tokyo als wichtiger, die „Autarkie in Reis" zu schützen, auch wenn das einen jährlichen Betrag von umgerechnet etwa 2,5 Milliarden D-Mark kostet*.

---

* Außer der ausreichenden Reisversorgung ist für die japanische Volksernährung der Umstand von Bedeutung, daß zur Deckung des tierischen Eiweiß-Bedarfes der Bevölkerung nicht – wie in Europa – im wesentlichen die Fleisch- sondern die Fischkost beiträgt. Auch im Fischfang ist Japan „autark". Neuerdings legt man in Küstenbuchten sogar schon „Fischfarmen" an. Ein hoher Verbrauch besteht außer in Sojabohnen noch an Weizen, der als Winterfrucht gebaut wird. Von Bedeutung für die überaus intensive Nutzung des japanischen Fruchtlandes ist außer dem günstigen feucht-warmen Klima die Tatsache der kleinen Betriebsgröße. Die mit 5,8 Millionen Hektar angegebene landwirtschaftliche Nutzfläche der japanischen Insel wird von 6 Mil-

Nicht die Reispreis-Stützung sondern Fragen allgemeinerer politischer Art sind es, die auf den Straßen Tokyos manchmal lebhafte Demonstrationen von links oder rechts auslösen, die in ihrer ungewohnten Vehemenz stets auch ein Echo in der Weltpresse finden. Kritische Beobachter glauben allerdings zu erkennen, daß solche Unruhen – sie betreffen in der Regel außenpolitische Fragen wie amerikanische Besuche, militärische Stützpunkte, Okinawa usw. – der Regierung so unlieb nicht sind. Sogar kommunistische Umtriebe haben in Japan einen nationalistischen Hintergrund. Sie bieten zu den aufgeworfenen Fragen denen, die im Grunde ihres Herzens in der Sache ähnlich denken, sich nur gemäßigter dazu äußern, gern benutzte Argumente, um speziell in Washington politische Zugeständnisse zu fordern und einzuhandeln.

*

---

lionen bäuerlichen Betrieben bewirtschaftet. Das ergibt eine durchschnittliche Betriebsgröße von weniger als 1 Hektar. Außer der Hühnerhaltung wird nur wenig Viehzucht betrieben und so werden wie in China zur natürlichen Düngung im wesentlichen menschliche Exkremente auf die Felder gebracht.

Beträchtliche Bedeutung haben die mehr als 50 landwirtschaftlichen Versuchsstationen gewonnen, die mit Erfolg neue Reissorten entwikkeln. Wichtig für die Anbaulenkung und die Produktionssteigerung ist auch der seit 1945 nach amerikanischem Vorbild organisierte landwirtschaftliche Beratungsdienst, in dem an die 10000 Fachkräfte im ganzen Lande tätig sind.

> „Die Beratung ist in Japan einfacher als bei uns. Weil es nicht so komplizierte Fruchtfolgen und nur wenig Viehhaltung gibt, machen in der jeweiligen Gegend praktisch alle Bauern dasselbe. Sie pflanzen zur gleichen Zeit den Reis aus (was auch mit der Wasserwirtschaft für die Bewässerung zusammenhängt), sie spritzen zur gleichen Zeit gegen Schädlinge (wodurch die beste Wirkung erzielt wird), und auch zur Erntezeit sieht man alle Bauern mit ihren Angehörigen gleichzeitig auf den Feldern. Entsprechende Beobachtungen kann man in den Anbaugebieten von Spezialkulturen wie Obst und Gemüse machen. Der Berater hat es also nicht mit einer Vielzahl verschiedener Betriebstypen auf engem Raum zu tun wie in Deutschland, sondern er kann sich zumeist auf ein bestimmtes System konzentrieren. Dadurch kommt es auch, daß die Feldbestände alle einen gleichförmig guten Eindruck machen."

(Zitat nach Georg Kemmler: Einige Fakten über die Japanische Landwirtschaft von Heute, Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens e.V. Band XLI, Teil B Seite 8).

Draußen im Tokyo-Hafengelände, an der Harumi-Pier hat man eine große Messehalle errichtet, in der wechselnde Industrie-Ausstellungen stattfinden. Diese Halle hat für mehrere Wochen die rotchinesische Regierung gemietet, um hier in einer „Handelsmesse" für ihre Produkte zu werben.

Die Beziehungen Japans zu China bezeichnen nicht nur ein uralt-schwieriges, sondern auch ein sehr gegenwärtig-brisantes Thema. Natürlich ist die japanische Regierung gehalten, offiziell nur mit den National-Chinesen in Formosa zu verkehren. Aber es geschieht vielerlei, um dennoch mit Peking in Verbindung zubleiben. Tokyoter Banken gewähren Anleihen an rot-chinesische Geldinstitute, japanische Journalisten und Parlamentarier reisen häufig nach drüben, „frühere Minister" sind zu „Gesprächen" bereit und finden offene Türen bei hochgestellten chinesischen Persönlichkeiten.

Dieser Eifer, der sowohl in Taipei wie auch in Washington mit Unbehagen und Mißtrauen beobachtet wird, findet seine Grenze in der in Tokyo ernst aufgefaßten Rücksicht auf die Moskauer Empfindungen. Von den Russen will man mehrere nördlich von Hokkaido gelegene Inseln zurückerhalten, die Fischerei in diesen Bereichen ist ein altes japanisch-sowjetisches Streitthema – nichts kann für das Außenministerium interessanter sein als die Kontroverse zwischen Peking und Moskau. Gewiß prüft man, was sich dabei profitieren läßt.

Zu ihrer Handelsausstellung draußen vor der Stadt werden den Mao-Chinesen viele, allerdings unverbindliche Höflichkeiten erwiesen. Nicht nur einstige, sondern auch amtierende Minister fanden sich in der großen Halle ein, ließen sich vom „Zusammenarbeits-Komitee" empfangen und mit den Ausstellungsobjekten vertraut machen. Auch einen Omnibus-Besucher-Strom hat man zum Harumi-Pier gelenkt; die Zeitungen berichten von mehr als 500000 Besuchern, die die rot-chinesische Ausstellung besichtigen werden; gewiß ist ein kräftiger Prozentsatz von Schulkindern daran beteiligt.

Gegen denkbare Zwischenfälle hat man Vorsorge getroffen. Schon draußen vor dem Eingang hält vor jedem Fahnenmast, auf dem rot-chinesische und japanische Flaggen fröhlich nebeneinander flattern, ein Polizist die Wache.

Wenn auch die Japaner nur vom Handel reden, die Chinesen fassen die Affäre durchaus propagandistisch auf; in der Eingangshalle erwartet den Besucher ein Riesenbildnis des Mao Tse Tung im Gespräch mit japanischen Gästen. Texte auf Spruchbändern sind in der ganzen Halle reichlich aufgehängt; Bücher von Karl Marx, Lenin, auch von Stalin in chinesischer Bilderschrift, also Lesestoff auch für die Japaner. Maos Schriften werden auf einem Sonderstand überdies in Englisch, Französisch, Spanisch und in Prachtausgaben angeboten. Eine Weltkarte zeigt China im Mittelpunkt – Fäden aus allen Ländern laufen demonstrativ in Peking zusammen, nur die USA und Südafrika sind ausgelassen. Dazu die üblichen Krankenhaus- und Kindergarten-Szenen, auch Theater- und Städtebilder: ein Mao-China für den gemütvollen Hausgebrauch.

Was an Industrie-Erzeugnissen gezeigt wird, ist kaum geeignet, die japanischen Besucher in Aufregung zu versetzen. Da ist eine elektrische Lokomotive in Originalgröße aufgebaut, ein Modell, wie es vor dem Zweiten Weltkrieg modern war. Auf einem Sockel eine 17 Tonnen schwere Dampfturbine – auch kein Weltwunder; ein Personenauto „Rote Fahne", das 160 Kilometer Geschwindigkeit erreichen soll, dazu Nähmaschinen, Fahrräder, Spielzeuge usw.

Zwischen diesen langweiligen Gegenständen wandern die Besuchermassen uninteressiert umher, dann aber stauen sie sich vor den großen Schauständen, an denen in langen schönen Bahnen wertvolle Stoffe gezeigt werden, an weiteren, wo Vasen und Porzellane sowie Lackarbeiten chinesischen Stils eine magische Anziehungskraft ausüben.

Außerdem gibt es noch Verkaufsecken für das Publikum; da kann man chinesischen Wein, Fleisch in Dosen, grüne Bohnen und Tee zu billigen Preisen kaufen; diese Stände werden fast geplündert, sie dienen offenbar dazu, die Ausstellung zu finanzieren.

Freitag

Heute gilt mein Besuch einem deutschen Professor, der kulturhistorische Studien betreibt, schon seit vielen Jahren in Tokyo tätig ist und mit den hiesigen Universitäten in Verbindung steht. Mit

ruhigem Überblick beurteilt er die geistigen Wirkungen und Gegenwirkungen, die die nun schon eine ganze Weile zurückliegende amerikanische „Umerziehung“ gezeitigt hat.

Bekanntlich waren auch in Japan die amerikanischen Erwartungen im Jahre 1945 hochgespannt. Die Direktiven, die jahrelang im Namen des Generals McArthur (die Japaner nannten ihn den „Shogun mit den blauen Augen“) erlassen wurden, forderten grundlegende Änderungen nahezu aller japanischen Traditionen*. Das ging so weit, daß dem Shintoismus – der japanischen Staatsreligion – auf amerikanische Weisung jegliche staatliche Förderung entzogen werden mußte. Leidenschaftlich wurde in das Unterrichtswesen eingegriffen; alle Elemente einer nationalen Erziehung sollten ausgerottet, nicht einmal der Schulsport durfte weiter so intensiv betrieben werden, wie das vor 1945 der Fall war. Bis dahin galt in Japans Schulen der Grundsatz, daß härteste Anstrengung nicht nur eine körperliche, sondern auch eine charakterliche Stärkung bedeutet. Das alles war nun natürlich verpönt.

Es ging nicht nur um Lehrpläne und Schulsysteme, sondern grundsätzlich um die Stellung des „Sen-sei“, des Lehrers, im japanischen Erziehungswesen. Er galt früher als einer „heiligen Aufgabe“ verpflichtet und war hochangesehen, allerdings schlecht bezahlt – was freilich als Tugend gewertet wurde. Der „Sen-sei“ sollte sich „in Armut bescheiden“. Dem wurde nun der anspruchsvollere

---

* Der langjährige diplomatische Berater des Generals McArthur, Botschafter Sebald, äußerte sich im Rückblick ebenso aufschlußreich wie kritisch:

„Trotz der häufigen alliierten Dispute und Differenzen (bezüglich der Besatzungspolitik in Japan) bestand doch Übereinstimmung darüber, daß die japanische Gesellschaft ein sich fortsetzendes Instrument des Imperialismus (a self-perpetuating instrument of imperialism) sei. Deshalb müsse diese Gesellschaft in ihrer Grundstruktur zerstört werden, um ein Wiederaufleben des Imperialismus zu verhindern; dieser Glaube bedeutete automatisch, daß die Reform so gründlich wie möglich sein müsse ohne Rücksicht auf die Konsequenzen. Aber die gedankliche Voraussetzung war schon damals fragwürdig, und im Laufe der Jahre wurde sie immer fragwürdiger. Sie gründete sich mehr auf eine westliche Betrachtungsweise als auf eine sachkundige Analyse des japanischen Charakters und der japanischen Geschichte.“

Zitat nach William J. Sebald – Russell Brines: With McArthur in Japan, A personal history of the occupation, New York 1965, S. 78.

Typ des „Gewerkschafts-Lehrers“ entgegengestellt, der zwar mehr verdient, aber nicht mehr die gleiche Achtung genießt wie früher.

Gerade diese Entwicklung hat nun wieder eine Gegenbewegung ausgelöst, die dem „Absinken des Lehrers zum bloßen Gehaltsempfänger“ entgegenwirkt, die einstige konfuzianisch-buddhistische Sinngebung des Lehrberufes im Sinne des „Führens zur Wahrheit“ wiederherstellen will, ohne deshalb auf die für den Erwerb und die Vermittlung modernen Fachwissens unerläßliche Verbesserung der finanziellen Situation der Lehrkräfte zu verzichten.

So ähnlich hat sich die japanische Reaktion auf die Besatzungsverhältnisse auch auf anderen Lebensgebieten vollzogen. Als die Flut der amerikanischen Befehle (die sich oft auch widersprachen und manchmal auch für die willigsten Japaner unverständlich und unausführbar waren) nach der ersten Eiferperiode verebbte und mit dem Friedensvertrag formell gegenstandslos wurde, hat die Revision ohne Überstürzung eingesetzt; was immer sich als brauchbare Neuerung erwies, blieb fast unangefochten und wurde sogar weiterentwickelt. Dort aber, wo die Amerikaner das Japanertum „in der Seele“ treffen wollten, setzte eine instinktive Korrektur ein, die immer noch im Gange ist:

„Der japanische Mensch ist in der Tiefe überaus stabil. Er ändert sich nur an der Oberfläche. Nach 1945 schien es, als ob es hier überhaupt keinen Nationalismus mehr gäbe; in der heutigen jungen Generation aber wächst er erneut, obwohl das Unterrichtswesen nur unwillig folgt und noch kein staatlicher Dirigismus in diese Richtung lenkt. Man kann sogar sagen, daß die jungen Japaner von heute *gegen* die Erziehung wieder Nationalisten werden.“

Er sagt das ganz bekümmert, denn er ist ein deutscher Professor.

Dann gibt er mir einige Schriften seiner wissenschaftlichen Gesellschaft mit, in denen zu finden ist, was ich suche: sorgfältige Übersetzungen neuerer japanischer Texte zu Fragen der Gegenwart*.

*

* Vgl. den folgenden Abschnitt: Der „einsame Japaner“.

Ein Abend der „Deutsch-Japanischen Gesellschaft" ist angesagt, die deutsche Besucher gerne empfängt. Beim Abendessen ist mein Tischnachbar ein japanischer Germanist. Er ist mit seiner Gattin nicht in europäischer, sondern in japanischer Kleidung erschienen, spricht ein langsames, grammatikalisch sorgfältig überlegtes Deutsch und weist sich als Herausgeber eines japanisch-deutschen Wörterbuches aus, das bereits die erstaunlich hohe Auflage von 100000 Exemplaren überschritten hat. Der Professor schätzt die Zahl der japanischen Studenten, die Deutsch lernen auf jährlich etwa 200000. Zwar führen nicht alle ihre deutschen oder sonstigen Sprachstudien zu Ende – aber der zahlenmäßige Aufschwung des japanischen Lehr- und Lernbetriebes ist enorm. Der Professor ist nicht ganz glücklich über diese Entwicklung; er meint ironisch: „Ein neuer Scherz besagt, daß bei uns überall dort, wo man auf Bahnsteigen Erfrischungen kaufen kann, auch eine Universität eingerichtet wird." Es gibt – nach amerikanischem Vorbild – bereits deren 500, davon gelten 250 als Volluniversitäten mit vierjährigem Studienprogramm.

„Die Amerikaner meinen, daß man so viele Universitäten brauchen könne wie Tankstellen – ich fürchte, das geht auf Kosten des Niveaus. Man muß zu einer besseren Lösung kommen."

Das mag vom Standpunkt eines Sprachwissenschaftlers aus gesehen richtig sein – aber das Massen-Training in naturwissenschaftlichen Fächern und technischen Berufen, das vom heutigen japanischen Hochschulwesen als amerikanische Erbschaft übernommen wurde, findet seinen Niederschlag in einer imponierenden Wirtschaftsentwicklung; man wird also vermutlich diese Komponente der „Umerziehung" um so weniger korrigieren, als sie bei der japanischen Jugend vollen Anklang findet und heute wie eh und je ein lebhafter „Konkurrenzgeist des Lernens" herrscht. Er muß einem strengen Prüfungssystem standhalten, aber trotz schwerer Aufnahmeprüfungen treten schon mehr als die Hälfte aller Volksschul-Entlassenen in eine höhere Schule über.

In einer wichtigen Grundeinstellung hat man sich allerdings den Amerikanern keineswegs angepaßt – das unterstreicht der Professor nachdrücklich: „Bildung gilt bei uns glücklicherweise immer noch mehr als Geld."

Sonnabend

„Kaisers Geburtstag“ – einst ein großer Tag in Deutschland, heute noch ein populäres Fest in Japan. Seit Tagen war in den Zeitungen die Rede davon; Wettervorhersagen erleichterten die familiären Dispositionen der Großstadtbewohner, politische Debatten befaßten sich mit der von der Regierung zu beschließenden Ordensliste. Außer 200 lebenden Personen, die kaiserliche Auszeichnungen erhalten (darunter auch ein 80jähriger Judo-Meister) werden (nach alter japanischer Tradition) an mehr als 10000 Gefallene des Krieges nachträglich Kriegsorden verliehen und den Angehörigen übergeben. Dazu ist eine abenteuerliche Geschichte in der „Japan Times“ zu lesen: General McArthur hatte der japanischen Regierung im Februar 1947 die weitere Verleihung von Orden an Soldaten ausdrücklich verboten, und es war sogar die Verbrennung der einschlägigen Namensverzeichnisse angeordnet worden. Fräulein Fujiwara – eine Büroangestellte der zuständigen japanischen Behörde – hat aber diese Unterlagen insgeheim sichergestellt und verborgen gehalten. Jetzt wurden sie wieder hervorgeholt und so kann diesmal Kaisers Geburtstag mit dieser besonderen Geste der Erinnerung verbunden werden. Unter den nachträglich Ausgezeichneten befinden sich – wie der Zeitungsbericht hervorhebt – auch mehrere Krankenschwestern, die beim Atombombenwurf auf Hiroshima ums Leben kamen.

Die sonstigen Berichte zum Kaiser-Geburtstag sind so unpolitisch, daß sie auch überzeugte „Umerzieher“ von einst befriedigen müßten: Seine Majestät ist gegenwärtig mit der Fertigstellung eines neuen Buches über die Krabben in der Tokyo-Bucht beschäftigt (Kaiser Hirohito hat in der Tat biologische Fachkenntnisse); er ist glücklich darüber, daß verschiedene Krankheiten seiner Familienmitglieder gut überstanden wurden; besonders erfreuen ihn die Besuche seines Enkels Maruhito, Sohn des Kronprinzenpaares. Dieser berichtet seinen Großeltern wöchentlich über seine Erfahrungen im Kindergarten.

Ein aktuelles Foto zeigt den Kaiser freilich auch beim „Studium von Staatspapieren“.

Schlichte Tatsache ist, daß der japanische Kaiser für den Staat doch nicht nur ein „Symbol“ bedeutet, wie es die Verfassung von

1946 – allenthalben „McArthur-Verfassung“ genannt – eigentlich vorsieht. Auch die Stellung des japanischen Kaiserhauses in der heutigen Gegenwart gehört zu den Verhältnissen, in die unser westlicher Verstand nicht voll einzudringen vermag.

Gewiß ist, daß die japanische Armee im Sommer 1945 auch in völlig aussichtsloser Lage weiter gekämpft hätte, würde ihr der Kaiser nicht die Waffenniederlegung befohlen haben. Und Tatsache ist auch, daß die Kapitulation dann zur Verblüffung der Sieger ohne den geringsten Zwischenfall vor sich ging. Der Armee-Minister beendete sein Leben durch Seppuku – das war die einzige Kritik am kaiserlichen Wort.

Zu Neujahr 1946 unterzeichnete der Kaiser dann auf Drängen des Generals McArthur einen Erlaß, in dem er den Gedanken, der Kaiser sei göttlich, als „falsche Vorstellung“ bezeichnete, die auf „Sagen und Mythen“ beruhe. Gleichzeitig aber ließ er ein Gedicht veröffentlichen, das lautete*:

In der Winternacht
steht der alte Föhrenbaum
unerschüttert da,
ob auch lastend schwerer Schnee
seine Zweige niederzwingt.

Der Föhrenbaum gilt in Japan als Symbol der Festigkeit und Ausdauer.

Es wird berichtet, General McArthur habe gelacht, als er das Gedicht las. Er hätte nicht lachen sollen. Heute bereits weiß Japan, daß sein Kaiser recht behält. Der „lastend schwere Schnee“ ist abgefallen, die Zweige richten sich wieder auf.

*

Es sind nur wenige Schritte vom „Imperial“ zum großen Njubashi genannten Platz und der Doppelbrücke vor dem kaiserlichen Palastbezirk, dessen Tore heute einige Stunden für das Publikum geöffnet sind. Tausende haben sich aufgereiht, um auf vorgezeichnetem Weg durch das Tor Schritt für Schritt an die Tische mit den

* Zitat nach Horst Eliseit: Japan, Berlin 1969, S. 19.

Einzeichnungslisten heranzutreten; daneben Schulklassen in Uniform, Betriebsbelegschaften mit Stirnbändern und andere Gruppen, die von Hofbeamten in Cut und gestreifter Hose zügig durch den heute freigegebenen Teil des Parkes geleitet werden. Es eröffnet sich ein Blick in weite Alleen und auf stille Gewässer, in der Ferne unter Bäumen ein niedriges langgestrecktes Gebäude – die Villa, in der der Kaiser wohnt? Soviel ist bekannt: auch die kaiserliche Familie ist seit Kriegsende nur vorläufig untergebracht, ein neuer Palast wird in den nächsten Jahren errichtet werden, aber er wird gewiß nicht so aussehen wie das Schloß Windsor oder wie Neuschwanstein.

Wie mögen die Empfindungen der Menschenmenge, die sich hier schweigend über die Kiesstraßen bewegt, zu deuten sein? Fosco Maraini, ein feinnerviger Italiener, der während des Krieges und seither wieder in Japan gelebt hat, urteilt:

„Die Gefühle der Japaner dem Kaiser gegenüber, als Person und als Institution, sind nach meinem Eindruck heute lebendiger als früher, lebendiger, weil sie von aufrichtiger Teilnahme, Zuneigung und Solidarität bestimmt werden. Die Sympathie gilt dem stillen, etwas schüchternen Biologen, der die ernsten Ideale der Bescheidenheit, Anspruchslosigkeit und ruhigen Zurückhaltung verkörpert, die dem Japaner so sehr am Herzen liegen. Sie gilt einer Familie, die in jeder Hinsicht ein Muster menschlicher und idealer Eigenschaften bedeutet: die stattliche, mütterliche Kaiserin, der sportliche, unbefangene Kronprinz, der jüngere Bruder und die Schwesterchen. Man darf auch nicht außer acht lassen, daß die Empfindungen und das irrationale Element in der Haltung der Japaner gegenüber dem Kaiser sich weit eher etwa mit dem vergleichen lassen, was die Römer für den Papst empfinden, als mit den Gefühlen anderer Völker für ihre Könige. Fast zweitausend Jahre haben aus dem Volk und den staatlichen Institutionen einen unzerstörbaren Block geschmiedet."

An anderer Stelle seines lesenswerten Buches* schreibt Maraini:

„Die Göttlichkeit des Kaisers ist gegenwärtig durch das Dekret vom 2. September 1945 abgeschafft, könnte aber sehr leicht schon morgen wieder in Kraft gesetzt werden. Natürlich glaubt kein Japaner, daß Seiner Majestät Hiro Hito jeden Morgen der Milchkaffee auf wunderbare Weise durch die Luft zugeflogen komme oder daß er imstande sei, den Sand am Meer in Kohle, in Reis

---

* Zitate nach Fosco Maraini: Nippon, Zürich 1958, S. 68, 128.

oder Gold oder andere nützliche Sachen zu verwandeln. Der Fehler beruht darauf, daß man in abendländischen Sprachen sagt, der Kaiser sei ein ‚Gott', während der Kaiser eben kami ist. Gott ist Schöpfer, allmächtig und ewig; ein kami dagegen ist ein Punkt, ein Objekt oder eine Person, in der sich eine stärkere Ladung des göttlichen Geheimnisses offenbart, das sich überall um uns verbirgt. Die Japaner sind nicht von einem Hirngespinst verblendet, sie sind nicht unverständliche Insekten und Narren, sondern einfach Poeten."

Die stille Massenprozession der Gratulanten wird durch ein Nebentor aus dem Gelände herausgeleitet; eine Broschüre mit 30 Bildern aus dem Leben der kaiserlichen Familie ist für 100 Yen zum Kauf angeboten und wird fleißig erworben. Auf einer Doppelseite stehen sich gegenüber: links der „entgöttlichte" Kaiser in europäischem Straßenanzug – rechts sein kleiner Enkel in schwarzseidenem Kimono reich bestickt mit Symbolen des kaiserlichen Drachens: wer stellt da die „alte", wer die „neue" Zeit dar?

*

„Kami" – geheiligte Sinnbilder: das sind nach japanischem Empfinden nicht nur die Kaiser, das sind auch alle die Toten, die für Japan gefallen sind.

Um das zu verdeutlichen hat schon der Kaiser Meiji nicht weit vom kaiserlichen Palast-Bezirk entfernt in einem Parkgelände den Yasukuni-Tempel errichten lassen, zunächst dem Andenken an die Todesopfer gewidmet, die die inneren Auseinandersetzungen beim Übergang der Macht vom Shogun auf den Kaiser gefordert hatten. Sie wurden damals feierlich zu „Kami" erhoben – und seither folgten ihnen weitere zweieinhalb Millionen Soldaten, die zwischen 1895 und 1945 im Namen des Kaisers gestorben sind, und hier geehrt werden.

Die Amerikaner, denen dieses Ritual verdächtig war, die es aber doch nicht verbieten konnten, veranlaßten in Kyoto die Errichtung eines Denkmals des „unbekannten Soldaten", das auch den nichtjapanischen Kriegsopfern gewidmet ist. Diese „Konkurrenz" hat dem Yasukuni-Schrein aber keinen Abbruch getan.

Während der Ryozen-Kannon in Kyoto im Zeichen eines überdimensionalen Beton-Buddha steht, ist der Yasukuni-Tempel-Bezirk vom Geist des reinen Shintoismus beherrscht, der in seiner Verehrung der geheimen Naturkräfte und in seinem Ahnenkult nicht so sehr eine Philosophie ausdrückt als die National-Idee religiös verklärt. Deshalb wird hier nicht in Kyoto die jährliche Botschaft des Kaisers an die Gefallenen überbracht – und deshalb werden die Besucher des Yasukuni aus dem ganzen Land auf viele Millionen geschätzt.

Die in ihrer Weitläufigkeit an die Meiji-Gedenkstätte erinnernde Anlage hat nichts Verwandtes mit den deutschen Kriegerdenkmälern, auch nicht mit dem englischen „Cenotaph" oder dem französischen „Arc de Triomphe".

Man kann die Stimmung nicht einmal feierlich nennen – in dichten Scharen wandern die Besucher durch breite Alleen auf die niedrigen Holzgebäude zu, die in weitem Rechteck den inneren Bezirk bilden. Nicht nur die – alten Stilvorbildern nachgebauten – Einzelhallen gehören zur Gedenkstätte, sondern auch ein Freiluft-Theater, in dem gelegentlich No-Stücke aufgeführt werden, ein japanischer Garten mit See und Teehäusern, ein kleines Museum, in dem Uniformen, Bilder, Tagebücher von Gefallenen gezeigt werden. In einer langen Glasgalerie gegenüber der Gottesdienst-Halle sind Blumengebinde zur Schau gestellt, denn es gibt eine „Yasukuni-Blumen-Gesellschaft", die es sich zur Aufgabe gemacht hat, diese gemäß der traditionellen japanischen Blumenbindekunst sparsam aber sinnvoll gestalteten Dekorationen „den Seelen der Gefallenen anzubieten".

Dem gleichen Gedanken dient die Tee-Zeremonie, die ebenfalls im Tempelbezirk vollzogen wird. In dichter Menge umstehen die Schaulustigen die kleine „Seisen"-Halle, in der sich an einem langen niederen Tisch mehrere Damen niedergelassen haben – Witwen und Töchter von Toten, die hier geehrt werden; sie erwarten das Erscheinen der Tee-Meisterin, die dann mit ihrer Gehilfin feierlich eintritt. Nicht nur deren Zeremoniell ist vorgeschrieben, sondern auch die Gäste müssen sich nach ernsten Regeln verhalten. Da wird zunächst eine Süßigkeiten-Schachtel gereicht – der Gast nimmt sie mit Verbeugung entgegen, man bietet sie der Nachbarin

an, bevor das Lack-Schächtelchen geöffnet wird; dann mit Hilfe eines Stäbchens Entnahme eines kleinen Kuchens, Verschließen der Schachtel, Verneigung, Weiterreichen. Ähnlich die Entgegennahme der Teeschale, die von der Gehilfin der Teemeisterin überreicht wird; man nimmt sie, dreht sie betrachtend in Augenhöhe, stellt sie schließlich vor den nächsten Gast. Nach beiderseitiger Verneigung Ergreifen der Tasse, trinken, die leere Schale betrachten, mit einem Tuch auswischen, die Schale niedersetzen – alles in tiefstem Schweigen. Dann bleiben die Damen sitzen, bis die Tee-Meisterin und ihre Gehilfin sich zurückgezogen haben; sie erscheint nochmals ohne Gerät, erneut werden Verbeugungen ausgetauscht, schließlich knieen die Teemeisterin und ihre Gehilfin demütig am Boden, während die Gäste in den Hintergrund treten.

Wie im No-Theater: atemlos sind die Zuschauer diesem Schauspiel gefolgt, das gar keines war; die Gästedamen werden von anderen abgelöst, die Szene wird sich gleich wiederholen.

Für den Europäer ist ein solcher Besuch beim Yasukuni-Schrein ein fast verwirrendes Erlebnis; der Gedanke ist uns fremd und doch kann er begriffen werden: mit den Toten leben, jedenfalls mit denen, die für Japan gestorben sind.

Sonntag

Ein fast 80jähriger aber nur wenig ergrauter alter Herr sitzt mir, die Füße zurückgeschlagen, am niedrigen Tisch mit seinem Sohn gegenüber; an meiner Seite eine junge Japanerin in buntem Kimono.

Zum letzten Abend vor meiner Rückreise bin ich Gast einer Geisha-Partie im Happoen-Restaurant.

Bevor wir eingetreten sind, haben wir den Garten bewundert – die schmalen Wege, die kleinen Brücken über die Andeutung von See, Zwergbäume von Bodenlampen magisch beleuchtet. Daß dies der „schönste Privatgarten Tokyos“ sei, klingt glaubhaft.

Dann haben wir am Eingang zum Haus unsere Schuhe ausgezogen und wurden in weichen Schritten zum reservierten Raum geführt, in dem wir uns nun niedergelassen haben. Sein einziger Schmuck ist eine langstielige Blume, die sich in die Ecke schmiegt.

Das Geschehen des Abends vollzieht sich wie in einer Märchendichtung: lautlos hereinschwebende Damen, die mit Verbeugung die Gerichte in vielerlei Portiönchen servieren. Es gibt erst Shasimi (rohen Fisch), die Suppe Osuimono, dann Nimono (gekochtes Gemüse) und schließlich Tempura (gebackene Krebse, Fische und Fleisch).

Nach der Mahlzeit wird die Tür erneut zurückgeschoben – junge Damen erscheinen, um Harfe zu spielen und zu tanzen: sie symbolisieren die vier Jahreszeiten.

Man war mir behilflich, mich richtig niederzulassen, man erklärt mir die Speisen und die Geschehnisse, die Genüsse sind untadelig, der Sake (heißer Reiswein) wärmt die Glieder, wir unterhalten uns in der heitersten Weise; Vater und Sohn sprechen deutsch, sie vermitteln das Gespräch mit der jungen Dame. Und doch ist mir bisher noch niemals so bewußt geworden, wie sehr das Eindringen des weißen Mannes in dieses Volk eine Grobheit war und bleibt.

*

In der Stille des Hotelzimmers notiere ich noch kurz, was mir im Laufe des Abends mit treffsicheren Sätzen, manchmal mit einem listigen Lächeln gesagt wurde.

Die Vorzeit: „Es gibt hier Relikte von Sauriern und Elefanten – gewiß waren unsere Inseln einmal mit dem Festland verbunden; aber das war vor der Menschheit... Ob nun unsere Vorfahren mehr Mongolen oder mehr Malaien waren: nur die Stärksten sind herübergekommen!“

Die Chinesen und die Japaner: „Sie sind als Volk eine kontinentale Größe, wir dagegen sind insular bestimmt... Sie regen sich nicht auf; wir Japaner regen uns auf, aber wir bemühen uns, das nicht merken zu lassen... In ihrer Schrift drückt sich ihre ‚konzentrierte‘ Persönlichkeit aus: sie ist groß und schön, auch vom Kuli wird sie geradezu andächtig geschrieben. Wir schreiben kleiner, eifriger – und so ist auch unser Wesen.“

„Wir Japaner geben oft lieber nach, als unser Recht durchzusetzen; wir sind bereit, zu dulden und zu dulden, bis wir nicht mehr weiter können – aus dieser Bereitschaft, vieles aber nicht alles hin-

zunehmen, erklärt es sich, daß unsere Worte nicht immer wörtlich stimmen. Wir sind nämlich von dem Gedanken besessen, man müsse immer abwarten, bis eine Angelegenheit ‚reif' ist. Wenn wir zu etwas ein ‚Ja' sagen, das uns aufgezwungen ist, dann gilt dieses ‚Ja' nicht unbedingt."

„Das Zusammenleben in unserer Enge fordert Harmonie – sie ist für uns das allerwichtigste. Wir sind so darauf bedacht, sie nicht zu gefährden, daß kaum jemand wagt, ein kritisches Wort zu sagen."

„Es wirken bei uns viele Instinkte und Töne mit, die ein Fremder nicht erfaßt. Bei uns bleibt immer etwas im Dunkel."

Schließlich noch ein Satz, der vieles erklärt was bisher war und der hier auch morgen noch gelten wird: „Für den klugen gebildeten ‚modernen' Japaner, ja gerade für ihn, gilt nach wie vor die Einstellung, daß das ICH nicht das Wichtigste ist, das WIR ist größer."

Der „einsame Japaner"

Im Laufe des letzten Jahrhunderts haben viele Millionen Japaner eine europäische Sprache erlernt, sich mit dem Denken und Handeln des „Westens" vertraut gemacht. Umgekehrt aber gab es im gleichen Zeitraum – und bis heute – wohl kaum mehr als einige hundert Europäer und Amerikaner, die auch nur ein japanisches Buch zu lesen verständen. Gewiß gibt es die Wissenschaft der „Japanologie", sie hat bereits viele Einblicke geöffnet; zahlreiche mit europäischen Augen gesehene Berichte finden sich in allen Bibliotheken, einige wenige Werke aus japanischer Feder wurden uns in Übersetzungen zugänglich gemacht, aktuelle Erklärungen der japanischen Politiker werden in unseren Zeitungen berichtet. Aber wie und worüber die Japaner „unter sich" sprechen, welche Gedanken und Motive sie erörtern, wenn sie sich unbeobachtet glauben – das ist uns angesichts der hohen Sprachbarriere nahezu eine „terra incognita" geblieben.

Da sind die aktuellen Übersetzungen, die die „Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens“ aus japanischen Zeitschriften zur Verfügung stellt, ein ungewöhnlicher Lesestoff; ich nutze die Morgenstunden eines letzten Tokyo-Tages zur Durchsicht. Zunächst ist die Ausbeute enttäuschend; die meisten Aufsätze über Politik, Wirtschaft, Kultur und „Gesellschaft“ orientieren sich nach den Mustern europäischer Publizistik. Es werden nützliche Sachinformationen geboten – aber auch nicht mehr.

Ein einziger Aufsatz fällt aus dem Rahmen dieser Nüchternheit; er leuchtet mit einigen Streiflichtern in die geheimnisvolle Sphäre dessen, was die Japaner sich gegenseitig mitteilen, ohne uns Fremden davon so wortreich Kunde zu geben, wie wir es im Umgekehrten halten.

Aus der „Bungei Shunju“ – einer populären Bildungszeitschrift, die sich einer Auflage von über 700000 Exemplaren rühmt – ist ein Beitrag ins Deutsche übersetzt, der von dem Journalisten Sei Itoo geschrieben ist und den umständlichen Titel trägt: „Die Einsamkeit der Japaner auf Auslandsreisen“*. Es zeigt sich, daß in dieser Betrachtung angedeutet wird, was ein gebildeter Japaner über den Weißen Mann denkt. Es ist zu sagen: „angedeutet“, denn das Thema bewegt sich an der Oberfläche, aber einige Sätze des Autors weisen doch in die tieferen Bereiche des japanischen Seelenlebens.

Das Dasein in Japan sei, so führt die Einleitung des nicht für europäische Augen bestimmten Aufsatzes aus, heute „im allgemeinen stark verwestlicht“ und deshalb sollte sich eigentlich kein Japaner allzu hilflos vorkommen, „wenn er in westliche Länder reist“. In Wirklichkeit werde er aber „ständig von einem Gefühl des Unbehagens“ begleitet. Ausnahmen möge es bei sehr gebildeten Japanern geben, die im Ausland aufgewachsen sind, oder bei deren Gegenpol: bei völlig ungebildeten, „umhergaffenden Touristen, die ohne die geringste Fremdsprachenkenntnisse überheblich hinter dem Fremdenführer einherstapfen.“

---

* *Zitate nach „Kagami“ Japanischer Zeitschriftenspiegel*, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens, Tokyo, Band II, 2. Heft, S. 83ff. Übersetzer G. S. Dombrady.

Nicht von diesen Sonderfällen handelt Sei Itoo, sondern von der großen Masse der ins Ausland reisenden Japaner, zu der er sich selbst rechnet; dieser durchschnittlich Gebildete

„hat vielleicht schon zehn oder sogar zwanzig Jahre lang Englisch gelernt, fühlt sich aber dennoch gehemmt, wenn er sprechen muß. Er bekommt häufig Lust auf eine japanische Miso-Suppe oder eine richtige Reismahlzeit. Auf seinen Wegen geht ihm kein einziger Japaner voran, auf dessen Handlangerdienste er rechnen könnte, und folglich verliert er seine Orientierung. Er ist ängstlich auf die Tischsitten bedacht oder darauf, wieviel Trinkgeld er geben muß. Bei Besichtigungen und Stadtrundfahrten ist er zerstreut; er ist ständig in Sorge, ein Hotelzimmer zu finden oder sein Flugzeug noch rechtzeitig zu erreichen. Geht er spazieren, lebt er in steter Angst, ob er sich auch nicht verlaufen hat. Noch einen ganzen Monat nach seiner Rückkehr in die Heimat legt er sich wie ein Kranker schlafen und beim Aufstehen fragt er sich immer wieder zweifelnd, ob er denn auch wirklich schon in Japan sei. So sieht der normale Auslandsreisende Japans aus. Neunzig Prozent gehören zu dieser Gruppe. Jeder Durchschnitts-Japaner der gebildeten Schicht, der bereits eine Auslandsreise hinter sich hat, wird mir ohne weiteres – vielleicht mit einem bitteren Lächeln um die Mundwinkel – beipflichten."

Er, der Verfasser, habe noch in „Spezialschulen des alten Systems... bei englischen, amerikanischen und deutschen Lehrern" gelernt, er habe im Laufe seines Lebens mehrere englische Romane ins Japanische übersetzt und doziere an einer Universität Sprachwissenschaft; es sei ihm deshalb auch gelungen „eine Anzahl von Ländern zu bereisen, ohne empfindliche Schlappen zu erleiden."

„Aber die vorhin erwähnte, sorgenerfüllte Beklommenheit wurde ich niemals los, und jene ängstlichen Gedanken ergriffen mich wieder und wieder, so daß ich in keinem Land und in keiner Stadt je in aller Gemütsruhe verweilen konnte. Ruhelos schlenderte ich umher und versuchte, mein ureigenes Ich zu beschwichtigen und besänftigen. Ich hatte kaum noch Kraft übrig, darauf zu achten, für die Außenwelt gefaßt und gelassen zu erscheinen. So sehr mußte ich hierzu meine gesamten Energien zusammenraffen, daß ich, völlig ermattet und nach Luft ringend, nur mühsam den Weg zurück nach Japan fand. Alle Reisenden aus Europa oder Amerika, die Japan besucht haben, sind stets voll des Lobes über unser Land. Japan hätte in Ostasien als einziges Land eine zivilisierte Gesellschaft, sagen sie. Und wahrhaftig wir führen wohl innerhalb unserer Landesgrenzen im Lebensbereich der Büros,

der Schulen, der Eisenbahnen und der Hotels ein Leben nach europäisch-amerikanischem Standard, in Wirklichkeit aber, dort wo wir uns behaglich gehen lassen und die subtileren Feinheiten des Lebens genießen, sind wir von äußerst traditioneller, echt japanischer Eigenart und daran hat sich bis heute nichts geändert."

Bei einer Reise ins Ausland fühle sich der Japaner als betrachte er ein Fernsehspiel oder ein Filmstück und kehre dann in ein Hotelzimmer zurück.

„Im Hotelrestaurant nimmt man westliche Speisen zu sich und ist dabei auf westliche Etikette und westliche Tischsitten bedacht; geht man auf sein Zimmer, gibt es keine Tatami-Matten, auf die man sich auf japanische Art hinsetzen könnte; auch die Toiletten und das Bad sind nach der Art des Westens: ein solches Leben kann bei einem Japaner das Gefühl hervorrufen, als ob er ständig in einem Büro lebte und von dort ins Kino ginge. Unsinnige und häufig nur zu leerem Formalismus herabgesunkene Manieren des Westens werden sich bei uns in Japan vorderhand noch nicht durchsetzen: am Lift beim Ein- und Aussteigen Damen den Vortritt zu lassen, und im Lift vor der Dame den Huft zu lüften, sind Gepflogenheiten, die bei uns gezwungen linkisch wirken und außerdem unpraktisch sind."

Den „einsamen Japaner" bedrückt es auch, daß er „außer dem rein mechanischen Kontakt mit einem Freudenmädchen" ein „Zuschauer beim Fest der Geschlechter" bleiben muß, weil er „in den Käfig der in Japan vorherrschenden Umgangs-Etikette eingesperrt ist – und dies bliebe er auch, wenn man von den Hinderungsgründen der Körperform, Hautfarbe und Sprache absieht." Die im Westen übliche „Umwerbung einer Frau" sei im Leben eines Japaners keine „so überwältigende Angelegenheit"; die in Japan „gebräuchliche Ehe gegenseitiger vorher abgesprochener Übereinkunft (Miai-Kekkon)" habe doch „unbedingt etwas Vernünftiges an sich."

„Die Einsamkeit japanischer Männer, die durch die Länder Europas und Amerikas reisen, ist unmöglich zu übersehen, ungeachtet der Liebesgeschichten und der Selbsttäuschung, die aus den Berichten der nach Hause Zurückgekehrten spricht. Nur in dem Fall, wenn ein Japaner als Mann von besonders betörender Anziehungskraft ist, kann er in passiver Form eine Liebesromanze über sich ergehen lassen, weil eben die europäisch-amerikanische Frau so positiv bestimmend ist. Wie sie lieben und essen, wie sie

ihre Toiletten benutzen, wie und mit was für Mitteln sie sich dem anderen Geschlecht nähern, all dies und alles in der gesamten europäisch-amerikanischen Gesellschaft geht, einer stillschweigend anerkannten Übereinkunft gemäß, nach ein und derselben Richtschnur. Ein großer Teil von dem, was für sie natürlich und selbstverständlich erscheint, ist für uns Japaner nicht natürlich und selbstverständlich. Es ist wahr, wir haben in den vergangenen 100 Jahren ihren Lebensstil in ihrer Gesamtheit übernommen, ihr Geistesgut absorbiert, ihre Kunst und Literatur verdaut, ihre Technik eingeführt und gerade in der Technik einige Ergebnisse erzielt, in denen wir ihnen überlegen sind. Aber bezüglich solcher westlicher Einrichtungen wie die Liebe zum anderen Geschlecht, das Essen, die Toiletten und das Bad – Dinge, die bei uns stets nur befreiend wirkten und dem persönlichen Wohlgefühl dienten, sind wir noch im Lernen begriffen. Um es gerade-heraus zu sagen: alle diese westlichen Bräuche befinden sich noch in einem Stadium der formellen Übernahme. Und wenn man sich als Japaner zu diesen formal übernommenen Äußerlichkeiten lediglich so verhält wie man einen Kontrakt einhält, und dann zwischen Europäern und Amerikanern reist, die auf dem Boden des wirklichen Lebens stehen, kann unmöglich erwartet werden, daß ein Gefühl sorgloser Behaglichkeit je aufkommt. Folglich hängen wir uns an unserem Zielort, irgendwo im Ausland angelangt, an japanische Freunde, sitzen auf dem Boden über einem mit großer Mühe zustandegekommenen Sukiyaki-Gericht und atmen endlich wieder erleichtert auf."

Ein „fundamentales Problem" sieht Sei Itoo in dem „sog. Minderwertigkeitsgefühl", das der Japaner dem Europäer und Amerikaner gegenüber empfindet:

„Alle im Ausland reisenden Japaner haben recht bittere Erfahrungen mit diesem Gefühl gemacht, aber keiner der aus dem Ausland Heimgekehrten läßt nach seiner Rückkehr auch nur ein Sterbenswörtchen hierüber verlauten. Der Minderwertigkeitskomplex ist nicht allein von diesen Bedingungen abhängig. Er wird auch durch die Tatsache bestimmt, daß die heutige Kultur der Welt von Menschen zustande gebracht worden ist, die eine helle Haut, eine langschädlige Kopfform, hervorstehende Nasen und tiefliegende Augen haben, d.h. durch eine nordeuropäische Menschenrasse, und daß die anderen Völker der Welt hinter dieser herlaufen und bei dieser in die Schule gehen".

In den Augen eines Europäers und eines Amerikaners seien die Japaner nach wie vor ein „Volk von Nachahmern", man habe den Eindruck, sie kämen auch heute noch „in nicht abreißender Folge

nach Europa, um dort westliches Gedankengut, Vorbilder, Maschinen und gesellschaftliche Einrichtungen zu studieren und bei sich einzuführen."

Demgegenüber verhielten sich die Japaner, obwohl sie doch „in einem hochindustrialisierten Land" leben und ihr „Minderwertigkeitskomplex" „nicht mehr am Platze" ist, allzu passiv. Ihre Erfahrung sei es, daß sie gute Beziehungen „draußen" nur anknüpfen könnten, wenn sie sich „jenem festgeprägten und europäisch-amerikanischem Modellbild unterwerfen." Zu Unrecht hielten sie „an der Tradition jener vortrefflichen Tugend" fest, es bei „ungünstigen Anlässen"

„als besonders höflich zu erachten, wenn man seinen eigenen Gedanken vor anderen nicht allzu betonten Ausdruck verleiht. Und so wird man denn als Japaner, wenn man reist und im Ausland mit Menschen aus dem Westen in Berührung kommt, sich zwar lächelnd in jene fremde Gußform pressen lassen, aber letzten Endes sich in seiner Haut nicht wohlfühlen und völlig abgemagert seinen Weg zurück in die japanische Heimat suchen, wo man seinen eigenen ursprünglichen Gemütszustand wiederherstellen und sich erholen kann."

So also sieht es im tieferen Herzensgrund derer aus, die in Europa und Amerika so häufig als Schreckbild und Alptraum einer „gelben Gefahr" gelten.

Gleichschritt in die Zukunft

Die vier Wochen Japan gehen zu Ende. Heute abend werde ich draußen im Haneda-Flughafen in eine große Maschine steigen, eine Nacht durchfliegen – und heute morgen in Vancouver an der Westküste Kanadas landen: man muß zwar acht Stunden fliegen, aber auch die von den europäischen Kalendermachern vorgeschriebene Datumsgrenze überschreiten; wer von West nach Ost die Erde umrundet, erlebt zweimal das gleiche Datum.

Dann steht noch ein weiterer Nachtflug bevor, der von Edmonton – der Hauptstadt der Provinz Alberta jenseits der Rocky

Mountains – über die Tundren Nordkanadas und die Eislandschaft Süd-Grönlands ohne Zwischenlandung bis nach Amsterdam führen wird.

Vor hundert Jahren hätte eine solche Reise noch Monate gedauert, vor tausend Jahren wäre sie unmöglich gewesen; dank der Technik ist die Welt immer kleiner geworden – aber haben sich deshalb die Leidenschaften der Menschen, die Charaktere der Völker wirklich verändert?

*

Wie können und werden die Japaner ihren Weg weitergehen? Ist Japan – wie man heute wieder allenthalben hören kann – wirklich „eine Herausforderung an die Welt"?

Das sind die Fragen, die die letzten Gespräche dieses „doppelten" Tages beherrschen.

Da ist ein bedeutender japanischer Ingenieur, der jahrzehntelang in Europa gelebt hat und nach seiner zwangsweisen Rückkehr im Jahre 1946 eine große Beratungsfirma aufgebaut hat. Mit 50 ausländischen Patentlizenzen hat er nicht weniger als 20 hiesige Firmen erfolgreich organisiert. Zu den Sensationsberichten der europäischen und amerikanischen Zeitungen, die mit ihrem Superlativen die Leser teils in Bewunderung, teils in Schrecken vor Japan versetzen, lächelt er zwar nicht ohne Stolz, aber er meldet auch Bedenken an.

„Ja, gewiß ist es wahr, daß in Japan die schnellste und modernste Eisenbahn der Welt verkehrt – aber es gibt nicht das dichte Bahnnetz, nicht das System des ineinandergreifenden Verkehrs wie in Mitteleuropa."

„Natürlich ist Tokyo mit seinen ober- und unterirdischen Straßen sehenswert, aber wie sieht es auf dem Lande aus? Jährlich werden 3 Millionen preiswerter japanischer Autos fehlerlos und tadelfrei produziert, aber man muß die meisten exportieren, denn auf den japanischen Inseln fehlen die Straßen, auf denen sich rasch und sicher fahren ließe." Noch träumt man erst von einem Autobahn-Netz nach deutschem Vorbild.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß Japan nach dem Kriege zum Entsetzen der Engländer an die Weltspitze des Schiffbaues getreten ist, daß es von Mitte der 50er bis Mitte der 60er Jahre seine jährlichen Exporte verdreifacht hat, daß es auf vielen Gebieten wie z.B. der Stahlproduktion und der Elektronik eine Leistungshöhe erreicht hat, die der europäischen und amerikanischen Konkurrenz gleichwertig ist – aber die Rohstoffe fehlen völlig, sie müssen ausnahmslos importiert werden.

„Nein – unsere Bäume wachsen nicht in den Himmel. Außerdem sind wir ein technisches Volk, keine Händler. Das ist vielleicht unser schwächster Punkt. Wir leben von der Hand in den Mund; wir müssen exportieren, sonst sind wir am Ende. Die Ausweitung unserer Industrie geschieht mit geliehenem Geld, wir gehen finanziell einen riskanten Weg – aber es bleibt uns nichts anderes übrig. Unerläßlich ist für uns der ‚offene Weltmarkt'; aber jetzt spielen sogar schon die Amerikaner mit dem Gedanken, ihre Einfuhren abzudrosseln – das kann für uns tödlich werden. Die Amerikaner tun sich leicht: Sie haben den Krieg gewonnen, sie haben alle wichtigen Rohstoffquellen in der Hand. Sie sind gesättigt. Wir haben den Krieg verloren; wir leben von unserer Arbeit, von nichts anderem."

So ist es in der Tat. Die Schaffung einer „ostasiatischen Wohlstandssphäre", die Verflechtung der japanischen Organisations- und Arbeitskraft mit den großen Reserven dieses Raumes und seine Entwicklung zu einem „japanischen Markt" war einst als Kriegsziel verkündet worden und gilt seither als „verbotene Idee". Sie bezeichnet dennoch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Nur so könnte dieses Japan von heute etwas Stabiles sein und bleiben und wäre nicht wie derzeit gezwungen, auf der ganzen Welt „um jeden Preis" aufzutreten.

In Tokyo betreibt man zwar wohlüberlegt eine Wirtschaftspolitik, die in den meisten der einst japanisch kommandierten Länder Japans Einfluß wieder herstellen soll; schon die dorthin gerichteten „Reparations"-Angebote der Nachkriegszeit waren nach solchen Gesichtspunkten ausgerichtet. Aber einer neuen „Großraum-Wirtschaftsordnung" stehen noch viele politische Hürden im Weg.

Wenn auch viel Berichte über die japanische Wirtschaftsentwicklung aus Sensationsbedürfnis – und manchmal auch: um neue anti-japanische Gefühle zu mobilisieren – übertrieben sind, die nüchternen Tatsachen bleiben dennoch erstaunlich: aus dem buchstäblichen Nichts heraus – es gab ja nicht einmal ein Ruhrgebiet mit Kohlengruben wie in Deutschland – haben die Japaner sich erneut in eine Spitzenposition emporgearbeitet und zwar nicht durch Wundergeschehnisse, sondern wieder einmal durch „Lernen" im Großformat (worunter auch ein perfektioniertes Übertreffen zu verstehen ist), andererseits aber durch eine allgemeine Willensanstrengung und Massendisziplin, wie sie wohl nur aus der zusammengewachsenen Mentalität dieses Inselvolkes erklärt werden kann.

Das wirkt sich im Großen wie im Einzelnen aus: die lebenslange Betriebsverbundenheit des japanischen Arbeiters ist sprichwörtlich, die Zurückhaltung derer, die in Führungsstellen einrücken, ist es ebenso; es gibt nur einen allgemein anerkannten Maßstab für „Prestige": die Leistung für das gemeinsame Werk, das untergründig immer noch und immer wieder „national" empfunden wird.

Das „kapitalistische" System hat sich – wie alles, was die Japaner übernommen haben – nur in gewandelter Form durchgesetzt. Der Begriff der „Wohlstandssphäre" gilt auch im Betrieb: wer ihm zugehört, ist und bleibt gesichert. Und auch die „liberalen" Regierungen haben sich durch keine Ideologie jemals verleiten lassen, die Zügel aus der Hand zu geben; sie greifen in das Wirtschaftsgeschehen ein, wo es notwendig war und ist – nicht mehr und nicht weniger. Wie zur Meiji-Zeit Staatsindustrien geschaffen und diese dann „privatisiert" wurden, so sorgt heute die Regierung dafür, daß die Spirale des exportgezielten Investierens mit geborgtem Geld nicht überdreht wird, und daß der Einfluß des Auslands-Kapitals nicht überhand nimmt. Die Amerikaner haben sich in Japan zwar eine starke Position geschaffen, die japanischen „Wirtschaftskapitäne" hören aber noch immer auf ihre Regierung mehr als auf die Wallstreet. Und die japanischen Angestellten und Arbeiter tun auch „aufs Wort, was ihnen gesagt wird". Das ist im modern-technischen Betrieb ein besonders wichtiger Erfolgsfaktor.

„Nach dem Kriege kam ich aus Europa traurig nach Hause; aber mein Glaube an das japanische Volk wurde wieder belebt, als ich hier vor den Bahnhöfen kilometerlange aber geordnete Menschenschlangen stehen sah. Zwei Tage lang warteten sie mit hungrigen Mägen, um einen Zug zu bekommen – aber es gab kein lautes Wort, keinen chaotischen Zustand; jeder dachte ans Weiterkommen, aber jeder fügte sich auch ruhig in das Unvermeidliche. Das ist unsere Disziplin, und sie ist unsere Stärke. So sind wir damals wieder angetreten, so werden wir auch weiterkommen."

*

Ein deutscher Großkaufmann, dessen Büro in Tokyos Geschäfszentrum Minato-ku nur wenige Straßenblocks entfernt ist, bestätigt es: die „weiße Welt" hat nicht zu fürchten, daß die Japaner sie „überrennen" – aber der magnetartige Zusammenhalt dieses Volkes ist eine Macht, mit der man rechnen muß.

Der Zwang zum weltweiten Export, unter den das auf engstem Raum zusammengepferchte, seiner früheren Rohstoff-Gebiete beraubten 100-Millionen-Volk seit 1945 gestellt ist, birgt ernste Gefahren in sich: „Japan borgt, wo es kann. Es hat sich mit asiatischen Methoden, mit Pump, im Arrangieren, eine riesige Industrie hingestellt, die auf einen unbeschränkten Weltmarkt angewiesen ist. In der Kühnheit des Risikos ist das japanische Wirtschaftswunder größer als das deutsche. Aber über allem schwebt immer wieder die Katastrophengefahr. Man muß auf lange Sicht auch hier zu einem ‚gemeinsamen Markt' kommen, in dem dann freilich Japans Führungsrolle unbestreitbar sein wird."

Also wieder die „ostasiatische Wohlstandssphäre"!

*

Im Hotel erwartet mich als letzter Besucher einer der deutschen Journalisten, die während des Krieges hier in Ostasien tätig waren und 1945 in jahrelange sowjetische Gefangenschaft gerieten – die Russen haben damals in der Mandschurei über 600000 Gefangene gemacht, deren Überlebende erst nach dem Friedensvertrag wieder

freigegeben wurden, 370000 blieben verschollen. Nur 2000 Offiziere, keine Generale kamen aus sowjetischer Gefangenschaft zurück – es muß auch ein japanisches Katyn gegeben haben!

Das Zukunftsproblem Japans ist – ähnlich wie für die deutsche Bundesrepublik – die Frage, ob und wie der Wirtschaftsaufstieg zur unerläßlichen politischen Überwindung der Niederlage genutzt werden kann. Japan hat dabei außenpolitisch eine sehr unterschiedliche Vergangenheit zu bewältigen. In Korea sind die Japaner jahrzehntelang „sehr hart" aufgetreten, in der Mandschurei – die ihnen zu kalt war – haben sie sich nur militärisch und organisatorisch betätigt, in Formosa konnten sie (das hatte ich schon dort erfahren) durch eine entschiedene wirtschaftliche Entwicklung des ihnen klimatisch angenehmen Landes Sympathien erwerben, in Indonesien haben sie die Ablösung vom holländischen Kolonialregiment als politische Erbschaft hinterlassen, auch im übrigen Südostasien ist ihr Kriegsschlagwort „Asien den Asiaten" in den Ohren haften geblieben.

„Große" Politik ist freilich nicht nur eine Angelegenheit von Parolen und Empfindungen; nüchterne Tatsache ist, daß fast alle dieser einst japanisch dirigierten Länder nicht nur Wirtschafts-Partnerschaft suchen und brauchen, sondern auch militärischen Schutz nötig haben, den sie sich aus eigener Kraft nicht verschaffen können.

In dieser Beziehung sind die Vereinigten Staaten seit 1945 die zwar raum- und rassefremde, aber doch einzige Macht, die hier ernstlich zählt.

Lange Zeit haben es die Japaner geradezu leidenschaftlich vermieden, wieder eine ihrer zentralen Stellung entsprechende Wehrmacht aufzubauen. Sie haben dabei die Auffassung entwickelt, daß die USA zum Schutze auch der japanischen Inseln verpflichtet seien.

Daraus ergaben sich merkwürdige Verhältnisse: das derzeitige japanische Heer, das sich nur aus Freiwilligen rekrutiert, reicht mit seinen in 13 Divisionen gegliederten 150000 Mann kaum zur ernsthaften Verteidigung der nördlichsten Insel Hokkaido gegen eine dort immerhin denkbare sowjetische Landung aus. Man vergleiche dazu die Streitmacht Tschiang Kai Scheks in Formosa!

Der japanischen Luftwaffe mit ihren knapp 1100 Jagdmaschinen stehen etwa 2000 der sowjetischen Fernost-Streitkräfte, ähnlich viele chinesische und etwa 500 nordkoreanische Flugzeuge gegenüber.

Die japanische Marine mit einer Gesamttonnage von etwa 120000 Tonnen mit 35000 Mann und 200 Flugzeugen ist in erster Linie zur U-Boot-Bekämpfung ausgerüstet. Die Einheiten reichen nicht einmal zum Friedensschutz der japanischen Fischereiflotte aus.

Die japanische See und der Luftraum zwischen Japan und Korea sind „geradezu ein Tummelplatz für Flotteneinheiten, Flugzeuge und Nachrichtendienste Amerikas, Rußlands und beider Koreas geworden".

Diese nüchternen Tatsachen enthüllen eine Schwäche Japans, die noch lange anhalten wird; eine Flotte, die ein Inselreich ernstlich zu schützen vermöchte, und überdies einer weitverzweigten „Sphäre" das Gefühl von Sicherheit gewähren sollte, läßt sich nicht „aus dem Boden stampfen".

In Tokyo hat man zu lange und zu einseitig „wirtschaftlich" gedacht, um nun nicht einen politischen „Nachholbedarf" registrieren zu müssen, der noch große Aufgaben stellt. Immerhin – es gärt hinter den Stirnen, und die westlichen Journalisten werden immer häufiger durch Äußerungen von bisher „pazifistischen" Politikern verblüfft, die nach einem „neuen Verteidigungsplan" rufen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich die Vereinigten Staaten angeschickt, das machtpolitische „Vakuum", das sie durch die Niederkämpfung Japans in Ostasien geschaffen haben, militärisch selbst auszufüllen. Je deutlicher durch das seitherige Geschehen gezeigt wird, daß Nordamerika dieser Aufgabe auf die Dauer nicht gewachsen ist, umso stärker wächst im japanischen Bewußtsein die Überzeugung, daß mit dem Abbau der amerikanischen Streitkräfte ein Aufbau der japanischen stattfinden muß, wenn nicht alles, was hier seit 1945 geleistet wurde, wieder in Frage gestellt werden soll.

Der Gleichschritt im Wirtschaften genügt nicht – auch der soldatische muß wieder hinzutreten, dann erst, dann aber gewiß wird für Japan erneut „die Zukunft begonnen" haben.

*

Am späten Nachmittag fährt das Auto zum Flugplatz durch neblig nasse Straßen. Die Passagiere werden unter großen Regenschirmen zur Maschine geleitet.

Kurz vor dem Abflug wird noch eine Gruppe von Reisenden in das bis dahin halbleere Flugzeug geschleust: es sind japanische Auswanderer, die täglich unter Ausnutzung der leeren Plätze mitgenommen werden – ihr Reiseziel ist Südamerika. Still und traurig lassen sie sich auf den rückwärtigen Plätzen nieder.

Verrückte Welt der „Sieger", die Zusammengehörige auseinanderreißt und in eine Ferne zwingt, die ihnen fremd ist und fremd bleiben muß.

Die Nacht ist tiefschwarz geworden, als unsere Triebwerke aufheulen und die schwerbeladene Maschine vom Rollfeld abhebt.

Noch ein letzter Blick auf lange Lichterketten und das Häusermeer, noch einmal die Konturen der Tokyo-Bucht. Dann hasten die ersten Nebel am Kabinenfenster vorbei.

Tief unten bleibt nach langer Reise das einzige Land zurück, dem auch eines Zweiflers ehrlicher Wunsch zu hoffnungsvollem Wiedersehen gelten darf.

Dieses Volk wächst nicht nur an Zahl, sondern auch an Bedeutung.

Die spanische Hinterlassenschaft

Sprung über den Atlantik

Der zweite Abschnitt dieser Erkundungsreise in die Vielfalt der Menschenwelt des 20. Jahrhunderts beginnt mit einem spätwinterlichen Morgenspaziergang rund um die Madeleine in Paris: noch etwas die Füße vertreten vor dem stundenlangen Flug über den Atlantik; das Tagesziel ist Bogotá, die Hauptstadt Kolumbiens in Südamerika.

Hier noch der lebhafte und laute Pariser Werktag, die Läden und Cafés in voller Betriebsamkeit, die schlendernden Menschen mit ihren Baskenmützen, Zigaretten im Mundwinkel, das lässige und doch tätige Gehabe der Franzosen, die sich in allen Zwischenfällen der Geschichte ihr Selbstbewußtsein nie nehmen ließen.

Dann die Busfahrt zum Flughafen Orly – wir queren die Champs d'Elysé, über deren Fahrzeuggewirr in der Ferne der hohe Schatten des Arc de Triomphe schwebt.

Draußen die amerikanisch gedrillte Technik der internationalen Fluggast-Abfertigung, die Sortierung des Passagiergewühls nach fernstgelegenen Reisezielen. Im Warteraum zum Flug 109, der über Point á Pitre und Bogotá nach Lima ausgeschrieben ist, fängt schon Südamerika an. Es zeigt sich nicht nur, daß die Maschine stark besetzt sein wird, ein gutes Dutzend dunkelhäutiger Passagiere mit aufgeworfenen Lippen illustrieren bereits südamerikanische Wirklichkeit. Es sind Negermischlinge, die in die Kabine drängen und es wird sich herausstellen, daß die meisten dieser Fluggäste uns in Point á Pitre, dem Flughafen der französischen Insel Guadeloupe verlassen. Dort werden Flugverbindungen zu anderen westindischen Inseln erreicht.

„Westindien" – diese geographische Bezeichnung für die Mittelamerika vorgelagerte Inselgruppe erinnert an des Kolumbus Irrtum, der bis zu seinem Tode glaubte, den westlichen „Seeweg nach Indien" entdeckt zu haben und der San Salvador, Kuba und Haiti mit den japanischen Inseln verwechselte.

Unsere Düsenmaschine ist „bis an die Halskrause" aufgetankt; die beim Abflug angesagte Flugzeit bis zur nächsten Landung jenseits des Atlantik beträgt 9 Stunden und 20 Minuten. Das ist eine lange Zeit, und dennoch ist es nur ein „Sprung". Kolumbus war mit seiner ersten Reise zunächst vom 3. bis zum 9. August unterwegs, um die Azoren zu erreichen und er war dann nochmals vom 6. September bis zum 12. Oktober 1492 auf See, brauchte also insgesamt anderthalb Monate, um nach „drüben" zu kommen; auch moderne Schiffe fahren gut eine Woche.

Über einem nebligen Paris steigen wir steil in die Lüfte, um dann bald darauf bei La Rochelle mit einem Blick auf die weiße Gischtlinie unter uns vom europäischen Festland Abschied zu nehmen; während uns von den Stewardessen der Gebrauch der Schwimmwesten vorexerziert wird, denke ich an den Mut und die Leidenschaft, die vor fünf Jahrhunderten die zwingende Voraussetzung für das Gelingen der damaligen Entdeckungsfahrten gewesen ist. Gewiß – auch die Astronauten von heute leben gefährlich, aber sie kennen nicht nur ihr Ziel genau, verwechseln gewiß nicht den Mond mit der Venus, sie wissen, daß ganze „Kontrollzentren" Flug und Rückkehr überwachen und jeder etwaige Zwischenfall jedenfalls registriert wird. Hilfe können sie freilich ebensowenig erwarten, wie Kolumbus vom spanischen Königshof, wenn seine drei schwächlichen Schiffe in den Wellen des Atlantik untergegangen wären.

Noch eine sehr wesentliche Unterscheidung ist zu treffen: die Weltraumfahrer von heute hoffen auf wissenschaftliche Erkenntnisse, sie installieren Geräte, sie bringen Gesteine zurück, sie leisten Erkundungsarbeit wie die Entdecker des Nord- und Südpols. Kolumbus aber brach zu fremden Völkern auf; sie dem König von Spanien zu unterwerfen, war sein Auftrag, künftige Herrschaft sein Ziel.



KU-BA
HAITI
Porto-Rico
Guadeloupe
Pointe a Pitre
KARIBISCHES MEER
PANAMA
Pan.
Cartagena
Caracas
VENEZUELA
GUAYANA
KOLUMBIEN
Bogotá
Quito
Äquator
Guayaquil
Golf v. G.
Amazonas
BRASILIEN
PERU
Recife
Lima
Machu-Pichu
Cuzco
BOLIVIEN
La Paz
Brasilia
PARAGUAY
Asuncion
Parana
Sao Paulo
Rio de Janeiro
Santos
CHILE
ARGENTINIEN
Cordoba
Porto Alegre
Mendoza
URU-GUAY
Santiago
Buenos Aires
Montevideo
Rio de la Plata
Rio Negro
Bariloche
PATAGONIEN
Malwinen
(Falkland-Jns.)
Pto Gallegos
Magellan
PAZIFISCHER OZEAN
ATLANTISCHER OZEAN
Maßstab in km
0
400
800
1200
1600
2000

Er war der erste der „Konquistadoren“, er begründete, was heute in Mittel- und Südamerika als „spanische Hinterlassenschaft“ zu besichtigen ist.

*

Wir fliegen mit der Sonne – genau gesagt: sie überrundet uns ganz langsam, die Uhr zeigt 15.20 Uhr, aber draußen ist es fast noch mittags, während wir in 12000 Meter Höhe die Azoren überfliegen – die weitest vorgeschobenen europäischen Inseln. Dann ist nur noch der tiefdunkle Atlantik unter uns; zwischengelagerte Wolken wirken wie Wattebauschen auf blauem Samt, über uns strahlt ein bayrischer Himmel, nur millimeterweise schiebt sich im Süden die Sonne nach vorne, erst um 20 Uhr hat sie die Führung nach Westen übernommen, aber immer noch ist heller Tag.

Leicht neigen sich unsere silbergrauen glänzenden Flügel, der Kurs wird korrigiert, langsam gehen wir tiefer, nähern uns den „Kleinen Antillen“. In dieser Inselkette haben die Franzosen, die Engländer und die Holländer noch einige Besitzungen, darunter dieses Guadeloupe, auf dem sie einen neuen Flughafen gebaut haben – so neu, daß man „Point á Pitre“ in älteren Atlanten vergeblich sucht.

Jetzt ziehen die weißen Wölkchen, die so lange tief unter uns waren, am Kabinenfenster vorbei, die See wird deutlicher sichtbar, Schaumkronen zeigen ihre Bewegung an, unter Wasser werden große dunkle Flächen sichtbar – Untiefen versunkener Inseln. Gegen 20.30 Uhr schwingen wir energisch nach unten, obwohl bis zum Horizont immer noch nur Wasser zu sehen ist. Wie die Matrosen des Kolumbus – nur in genauerer Kenntnis dessen, was kommen wird – halten die Passagiere Ausschau nach Land; nach fünf Minuten endlich taucht die große Insel auf, der wir zusteuern. Im Hintergrund mittlere Gebirgszüge, einige Inlandseen, in weiterer Ferne andere Inselgruppen ins Meer verstreut – der Schatten unserer niedergehenden Maschine begleitet uns im hellgrünen Wasser einer großen Bucht, über die wir zur Rollbahn schweben. Mit leichtem Ruck setzen wir auf – hinter uns der Atlantik, vor uns Südamerika!

Die meisten Passagiere raffen ihre Habseligkeiten zusammen; auch wer weiterfliegt muß die Maschine für eine Stunde verlassen.

Nach dem langen Sitzen in der Enge sollte ein Spaziergang eine Wohltat sein – aber die feuchtwarme Luft, die uns auf der Rolltreppe entgegenquillt und die Sonnenhitze, die immer noch auf den Platz brennt, schneidet den Gedanken ab. Im Flughafen-Gebäude wirkt zwar eine Klimaanlage, aber im Trubel der Ankunft so vieler von ihren Familien erwarteter Fluggäste ist auch das kein idealer Aufenthalt. Ich flüchte auf eine gedeckte Terrasse, durch die immerhin ein Luftzug streicht und vor deren Liegestühlen sich eine Palmenlandschaft mit üppiger Blumenpracht ausbreitet.

Kolumbus vermeinte, das von Marco Polo erwähnte „Zipangu" erreicht zu haben, als er – nördlich von hier doch in gleicher vorgelagerter Inselkette – erstmals auf Land stieß und von dem zu diesem Zweck an Bord mitgeführten Notar die Besitzergreifung beglaubigen ließ. Hier könnte man nun glauben, in Afrika gelandet zu sein. Auf den Kleinen Antillen sind die indianischen Ureinwohner von damals völlig ausgerottet und schon vor Jahrhunderten durch Neger abgelöst worden. Sie wurden schon bald nach den Reisen des Kolumbus und der darauf folgenden Eroberung Mexikos durch Ferdinand Cortez importiert, um den Spaniern zu dienen. Man fand, daß sie nicht nur weniger widersätzlich, sondern auch für die Arbeit im tropischen Bereich brauchbarer waren als die eingeborenen Indianer. Es gab hier ebenso wenig wie in Nordamerika jemals eine freiwillige Einwanderung von Negern – *jeder* Dunkelhäutige hier ist ein Abkömmling jener Einfuhr von „schwarzem Elfenbein", wie die afrikanische „Ware Mensch" einst genannt wurde, um ihren Wert zu bezeichnen.

*

Um 21.50 Uhr Pariser Zeit schnallen sich die wenigen Passagiere, die noch übriggeblieben sind, wieder in ihren Sitzen fest. Immer noch steht die Sonne am Himmel; nach einem kühnen Kurvenstart fliegen wir ihr nun direkt entgegen, gewinnen langsam an Höhe, umkreisen die Berggipfel und überfliegen romantische Buchten der grünen Insel. Draußen auf der offenen See – dem Karibischen Meer – taucht dann hinter uns auf dem blauen Himmel die weiße Scheibe des Mondes auf.

Nach einstündigem Flug haben wir den Atlantik endgültig hinter uns gelassen, nun überfliegen wir ohne Zwischenlandung einen langen Streifen des Öl-Landes Venezuela, das sich hier ganz triste zeigt – nur kahle Höhenzüge, eingeschnittene Täler, kaum irgendwelche Zeichen menschlicher Ansiedlung, gelegentlich ein Gehöft, schließlich eine Mittelstadt. Der Reichtum dieses Landes ballt sich in seiner Hauptstadt Caracas – sonst ist es arm und leer.

Nach meiner, noch in der Nähe der Madeleine gestellten Uhr ist es nun Mitternacht – zwölf Stunden sind vergangen, seit wir im Flughafen Orly den Aufruf zum Flug 109 erwarteten. Jetzt verschwindet die Sonne hinter einem hochaufgebauten dunklen Wolkenberg, den wir vorsichtig umfliegen. Dann ist sie wieder da. Ihre Kraft bleibt belebend: niemand schläft; nach dem Dinner, das man uns serviert hat, blickt jeder Passagier wieder durch sein Fenster angestrengt in die Gebirgsketten und Täler, die nun immer wuchtiger die menschenleere Landschaft bestimmen.

Nochmals steht ein schwarzdrohendes Wolkengebirge vor uns, das wir nun nicht mehr umfliegen können, denn wir sind nahe am Ziel. Der Anflug auf Bogotá wird angesagt. Nun stoßen wir hinab unter die Nebel; endlich ist die Dämmerung des für uns überlangen Tages angebrochen – als eine Überraschung nach den kargen Gebirgen Venezuelas zeigt sich ein grünes straßendurchzogenes, häuserbesätes Hochland; im Hintergrund strahlt die Großstadt mit ihren ersten Lichtern.

Auf 2600 Meter über dem Meeresspiegel ist Bogotá eine der höchstgelegenen Hauptstädte unserer Staatenwelt; die Passagiere folgen gutem Rat und schreiten gemessenen Schrittes durch die dünne Luft. Die Sonne geht gerade unter – die gleiche, die uns am Morgen noch die Tuillerien beleuchtet hat.

Die Mestizen

Während der Erdteil „Amerika“ sehr zu Unrecht nach dem Florentiner Amerigo Vespucci genannt wurde, der den Kontinent keineswegs entdeckte, sondern nur die Entdeckung miterlebt und

über sie berichtet hat, ehrt die Republik „Kolumbien“ in anerkennenswerter Weise den Namen dessen, der vor fünf Jahrhunderten die weltverändernde Tat wirklich vollbracht hat.

Im Gegensatz zur Bezeichnung „Amerika“, die sich rein literarisch eingebürgert hat, wurde der Name „Kolumbien“ als politisch-revolutionäres Programm geprägt. Als Simon Bolivar (vgl. S. 353) sich im Verlauf des Zerfalls des spanischen Kolonialreiches in Südamerika zum Präsidenten des bisherigen Vizekönigtums „Neu Granada“ ausrief, proklamierte er im Jahre 1819 für diesen Bereich (der damals auch Ecuador und Venezuela umfaßte) die Bezeichnung „Groß-Kolumbien“.

Eine einigermaßen selbständige Kolonie der Spanier war „Neu Granada“ freilich erst seit 1718 gewesen; vordem unterstanden diese Länder ebenso wie die fernen Philippinen (vgl. S. 176) der Oberhoheit des in Mexiko residierenden Vizekönigs.

Hier in Kolumbien haben wir es mit einer spanischen Erbschaft besonderer Art zu tun: in kaum einem anderen Land Südamerikas ist der Anteil der „Mestizen“ – also der Mischlinge zwischen Europäern und Indianern – an der Gesamtbevölkerung so groß wie in Kolumbien. Nach neueren Angaben sind hier nicht weniger als 68 Prozent der Einwohner solche Mischlinge, 20 Prozent gelten als Weiße, 7 Prozent noch als Indianer, 5 Prozent als Negermischlinge*.

---

* Die Angaben schwanken je nach der anthropologischen Klassifizierung. Die obenstehenden Zahlen werden in Knaurs Weltatlas, Ausgabe 1955 genannt. W.O. Galbraith bringt aufgrund amtlicher kolumbianischer Angaben in seinem Buch „Colombia, A General Survey“, London 1966 S. 17 folgende Statistik:

	Prozent	*Zahl*
Indianer	1,0	150000
Mestizen	58,0	8700000
Neger	4,0	600000
Mulatten	14,0	2100000
Zambos (Indianer-Neger)	3,0	450000
Weiße	20,0	3000000
	100,0	15000000

Galbraith stellt fest, daß der rein indianische Bevölkerungs-Anteil noch im letzten Jahrhundert „ständig zurückgegangen“ ist. Nur der Stamm der Motilone habe sich in abgeschlossener Gegend intakt erhalten. Bei den genannten Statistiken ist zu beachten, daß

Die Gründe für diese Verhältnisse sind biogeschichtlich begreifbar: Das kolumbianische Hochland war – als es die Spanier im 16. Jahrhundert eroberten – einerseits so schwer zugänglich, daß spanische Frauen hierher noch viel weniger einreisen konnten, als in die küstennahen Kolonien, andererseits lebte auf dieser Hochebene und in den fruchtbaren Gebirgstälern unter der Herrschaft örtlicher Fürsten das ebenso gutwillige wie intelligente Indianervolk der Muisca (so jedenfalls wurden sie von den Ureinwohnern genannt, sie selbst bezeichneten sich als Chibcha). Im Gegensatz zu anderen härteren Stämmen (z.B. die Pijao, die bis zu ihrer Ausrottung gegen die spanischen Eindringlinge kämpften), waren diese Muisca so anpassungsbereit, daß sie sogar ihre Sprache zugunsten des Spanischen aufgaben. Wäre nicht in Madrid noch eine von spanischen Priestern aufgezeichnete Grammatik aus dem Jahre 1619 erhalten, so wüßte man heute nichts mehr von der Muisca-Sprache. Die Spanier konnten sich hier in diesem abgegrenzten Gebirgsland einfach an die Stelle der überwundenen einheimischen Fürsten (zu deren traditionellen Privilegien überdies noch die Polygamie beträchtlichen Ausmaßes gehörte!) setzen: das Ergebnis solcher Umstände war und blieb, verstärkt durch die geographisch unverändert begünstigte fortgesetzte Mischung die heutige Bevölkerungsstatistik Kolumbiens.*

Der englische Geschichts-Philosoph Houston Stewart Chamberlain hat vor Jahrzehnten die böse Frage gestellt**: „Gibt es einen jammervolleren Anblick, als den der südamerikanischen

---

unter „Weiße“ auch die sog. Kreolen geführt werden, die nur frühe Einmischung meist negroider Art aufweisen. Herbert Wendt gab in seinem Buch „Der schwarz-weiß-rote Kontinent“ (Oldenbourg 1964 S. 191) den weißen Anteil mit 5 Prozent an, schränkt aber sogar diese Angabe noch durch die Bemerkung ein, daß „erfolgreiche farbige Kolumbianer als Weiße gelten“.

* In Knaurs Weltatlas (a.a.O. S. 212ff.) werden für die weiter vergleichbaren südamerikanischen Länder folgende Bevölkerungsanteile genannt:

	Indianer	*Mestizen*
Ecuador	39 Prozent	41 Prozent
Peru.	46 Prozent	34 Prozent
Bolivien	50 Prozent	33 Prozent

** H.S. Chamberlain: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, München 1899, S. 286f.

Mestizen-Staaten?" Er erkennt in ihnen „Blendlinge aus zwei (und oft aus mehr) unvereinbaren Rassen, aus zwei Kulturen, denen nichts gemeinsam war". Ihr Beispiel sei „extrem, aber lehrreich".

Wieviel ist wahr an diesen strengen Sätzen?

Vor dem Versuch einer Antwort ist zweierlei zu bemerken: als Chamberlain um die Jahrhundertwende urteilte, wußte er noch nichts von Gregor Mendel und den von ihm erkannten Erbgesetzen. Diese sagen über die Mischung verschiedenartiger Lebewesen Zweifelsfreies aus. So zum Beispiel: daß die Vermengung von unterschiedlichen Erbmerkmalen nicht etwa zu einer wirklichen „Mixtur", nicht also etwa zu einer Annäherung von Gegensätzen führt, sondern immer wieder – sogar mathematisch berechenbar – zum Durchbruch der Ausgangstypen, insgesamt also zu einem Schwanken der Nachkommenschaft zwischen mehreren Merkmals-Polen – hier zwischen Europäer- und Indianertum, durch zusätzliche negroide Einmischungen oft sogar dreidimensional. Daß dabei *jede* beteiligte Kulturgruppe gestört wird und *keine* sich *völlig* durchsetzen kann, mochte zu Chamberlains Zeiten noch als eine unbewiesene Behauptung gelten; seit Mendel ist aber zu sagen: so war und ist es wirklich. Es konnte gar kein anderes Ergebnis eintreten als die spanischen Eroberer sich darauf einließen, mit Indianerinnen Nachkommenschaft zu zeugen – und das taten sie im Hochland rund um Bogotá, in noch beträchtlicherem Umfang und in längeren Zeiträumen als anderswo in ihrem Weltreich.

Eine zweite Anmerkung muß ein Element in Betracht ziehen, das seit Chamberlains Kritik zwar nicht neu aufgetreten ist, das aber doch an Bedeutung gewonnen hat. Ohne weiteres ist einzusehen, daß die europide und die mongoloid-indianische *Kultur* weit auseinander gelagert waren und blieben*. Aber wie steht

---

* Schriftsteller, die angeborene Erbdifferenzen unerwähnt lassen, haben Mühe, den „kolumbianischen Nationalcharakter" zu definieren. Galbraith, dessen „General Survey" über Kolumbien vom Londoner „Royal Institut of International Affairs" herausgegeben wurde, schreibt vorsichtig (a.a.O. S. 20) in Kolumbien hätten sich „weite Variationen nicht nur in den körperlichen sondern auch in den psychologischen Charakteristiken des Volkes in den verschiedenen Regionen" ergeben.

es im handwerklich-technischen Bereich? Führt hier vielleicht die weiß-rote Kreuzung zu günstigeren Verhältnissen, gibt es hier Leistungsreserven, die trotz der nicht mehr reparablen erbbiologischen Verhältnisse eines Mestizenvolkes mobilisiert werden können?

Ist auch hier der „jammervolle Anblick“ unüberwindbar?

*

Verblüfft reibe ich mir in früher Morgenstunde die Augen – unverkennbar hat mich das Krähen wetteifernder Hähne aus dem Schlaf geweckt. Dennoch bleibt es wahr, daß ich im Zentrum der kolumbianischen Hauptstadt im obersten Stockwerk eines amerikanischen Hotels genächtigt habe. Das Rätsel klärt sich auf; der Blick aus dem Fenster zeigt eine niedrige Häuserlandschaft der Nebenstraßen – auf den flachen Dächern werden in der Tat Hühner gehalten!

Gestern nacht – für Bogotá-Zeit war es noch nicht sehr spät, die Pariser Uhrzeit mußte um sechs Stunden zurückgestellt werden – hat man mich freundlicherweise draußen am Flughafen „El Dorado“ abgeholt und über eine neue Autostraße rasch ins Hotel gebracht; da freilich fiel die Müdigkeit eines überlangen Tages bleischwer in die Glieder. Nun bedanke ich mich bei dem Bogotá-Hähnen: „Zu neuen Ufern ruft ein neuer Tag.“

Es ist nicht schwierig, sich in Bogotá zurecht zu finden. Die Erbauung der Stadt ist von den Spaniern befohlen und geleitet worden. Zunächst mußten die Muisca-Indianer auf Befehl von Jeminez de Queseda und nach Weisung eines spanischen Architekten im Jahre 1538 eine Kirche und zwölf Häuser bauen; diese Ansiedlung nannte der fromme Eroberer nach dem von ihm zuletzt besiegten, seines Goldschatzes beraubten und dann zum Christentum bekehrten einheimischen Fürsten „Santa Fé de Bacata“. Im Jahr 1550 erließ dann der spanische König ein Dekret, in dem ein Bauplan nach dem Schema der spanischen Kolonialstädte vorgeschrieben wurde. Den Mittelpunkt der Stadt bildet ein Platz von 80 Metern im Quadrat, die „Plaza“. In Abständen von ebenfalls jeweils 80 Metern wurden die Seiten- und

Querstraßen angelegt (80 Meter entsprechen 100 Varas, einem alten spanischen Längenmaß). Jede Straße der Nord-Süd-Richtung wurde „Carrera“, jede der Ost-West-Richtung „Calle“ genannt, und jeweils numeriert. Dieses Schema macht es leicht, sich zurecht zu finden, wenn man mit ihm einmal vertraut geworden ist.

Die kreischenden Zeitungsverkäufer, die Schuhputzer und Bettler am Straßenrand, ein dichter Verkehrsstrom ramponierter Autos, überfüllte Omnibusse, dazwischen auch Eselskarren, der Lärm und die Gerüche Südspaniens, aber dazu die schlitzäugigen Gesichter der Passanten, ihre dunklen Augen, die Marktstände der Frauen unter ihren breitrandigen schwarzen Filzhüten (die auch eine unauslöschbare Erbschaft der Spanier sind) – das sind so einige Eindrücke während des ersten Ganges zu einem vereinbarten Treffen in einem der Bankhochhäuser, die sich in den einstigen Bauplan der Spanier eingeschoben und Bogotá da und dort zu einer „modernen“ Stadt gemacht haben.

Dieser Tag ist der Umschau gewidmet – man zeigt mir zunächst Bogotás verborgene wertvollste Kostbarkeit: das Goldmuseum. Die „Banco de la Republika“ hat diese erstaunliche Sammlung altkolumbianischer Goldschmuckstücke – soweit sie die frühspanischen Raubzüge überlebten – in ihren Kellerräumen ausgewählten Besuchern zur Besichtigung zugänglich gemacht. Man muß zunächst in den Direktionsbüros eingeführt werden und schon da gibt es Ungewohntes zu sehen – in den Gängen Wachposten mit umgehängten Maschinenpistolen. Mein Begleiter erklärt es mir: wir befinden uns im Lande der „violencia“, es gibt organisierte Verbrecherbanden, und da muß auch in den Büros der Banken für Sicherheit gesorgt werden.

„Was hier nicht bewacht wird, wird geraubt.“

Das Museum selbst ist eine Schatzkammer. Wir betreten es nach Eintrag in eine Besucherliste durch die schwere Stahltüre der Tresorräume in Begleitung eines Bankangestellten unter den beobachtenden Blicken mehrerer Bewaffneter. Ausgestellt sind in großen indirekt beleuchteten, mit Samt ausgelegten Vitrinen die schweren Kunstwerke des edelsten Metalls, die vor Jahrhunderten als Grabbeigaben und zu längst verklungenen religiösen

Riten von unbekannten Meisterhänden geschaffen wurden. Insgesamt verfügt das Museum über mehrere tausend Einzelstücke, von denen nur die Sehenswertesten ausgestellt sind – nicht nur als Dokumente des heimischen Naturschatzes Gold (noch heute ist Kolumbien der größte Goldproduzent Amerikas), sondern auch einer einstigen indianischen Kunst, die seit dem Eindringen der Spanier fast erloschen ist. Es mag sein, daß sie überhaupt nur einer kleinen ausgestorbenen oder damals getöteten Schicht eigen war: vielleicht wurde sie nur vergessen, als keine fürstlichen Aufträge sie mehr belebten. Die „Konquistadoren" waren nur am Rohstoff Gold interessiert. Die „heidnischen Götzenbilder", deren sie habhaft werden konnten, ließen sie einschmelzen, auch den Herschersymbolen der altkolumbischen Fürsten, ihrem Brustschmuck, ihren Kronen und Ringen stellten sie nach. Gerettet ist nur, was unter der Erde verborgen lag.

Es war eine völlig andere Kultur, die die Spanier ins Land brachten und von der nicht nur die Straßeneinteilung Bogotás sondern auch die vielen Kirchen und die staatlichen Bauwerke beredtes Zeugnis ablegen. Die „Plaza" – heute Bolivar-Platz genannt – wird von der großen Kathedrale und dem Parlamentsgebäude beherrscht, in einer Straße dahinter liegt geradezu bescheiden der heutige Präsidentenpalast, von dunkelhäutigen Ehrenposten mit preußischen Pickelhauben bewacht.

Einige Schritte weiter in der Carrera 6a ist das frühere Palais des Vizekönigs als nunmehriges „Museo Colonial" zugänglich. Dieses Museum ist schon deshalb vorbildlich, weil es sich als eine originale Erinnerungsstätte darbietet; man glaubt den Lebensstil des 18. Jahrhunderts zu atmen in diesem nur zweistöckigen vornehmen Gebäude, das um einen prächtigen Arkadenhof mit plätscherndem Brunnen angeordnet ist. Die Kronen und Wappen der Vizekönige, ja ihr Schlafzimmer und die nach damaligem Hofstil dazu gehörige „antecamera" werden gezeigt. Erst im dritten Jahrhundert ihrer Herrschaft hatten die Spanier „Neu Granada" nicht nur als Raubgebiet und Produktionsstätte für Gold, sondern als sonst bemerkenswerte Kolonie entdeckt, in der es sich auch für weiße Familien wohl leben ließ. Mit dem Einzug der spanischen Damen in die vizekönigliche Residenzstadt



Spanische Kirche in Cuzco

mäßigte sich die Mestizenproduktion, wenn sie auch nie ganz beendet wurde und das bis dahin Geschehene sich nicht wieder rückgängig machen ließ.

*

Die „Quinta di Bolivar“, die dritte wenn auch unansehnlichste Sehenswürdigkeit Bogotás zur Geschichte Kolumbiens: draußen am Fuße des 3000 Meter hohen Montserrat, der die Stadt überragt, ist in einem Park das Landhaus des „Libertador“ als eine Art National-Heiligtum zur Besichtigung eingerichtet. Hierher werden Soldatenkompanien und Schulklassen geführt, um den von einer Veranda umgebenen zeitweiligen Wohnsitz Simon Bolivars zu besichtigen. In den schlichten Zimmern sind einige alte Möbel und Uniformen ausgestellt, Schriftstücke und allegorische Gemälde, im Rückgebäude auch die Küche, aus der der Staatsgründer Kolumbiens während einiger Jahre seines bewegten Lebens versorgt wurde.

Bolivar war der begabte Sproß einer vornehmen Kreolenfamilie (mit „einigen Tropfen Indianer- und auch Negerblut in den Adern“); er hatte schon als Zwanzigjähriger Europa bereist, war mit den Ideen der französischen Revolution ebenso vertraut wie von der Persönlichkeit des Kaiser Napoleon fasziniert, dessen Paris er 1804 besuchte (wo er auch mit dem deutschen Gelehrten Alexander von Humboldt zusammentraf). Bolivars innere Abneigung gegen die von Madrid kontrollierte spanische Vorherrschaft verband sich mit napoleonischen Träumen als Spanien damals – durch die Franzosen geschwächt und gedemütigt – seine überseeische Herrschaft nicht mehr verteidigen konnte. Mit einer Gefolgschaft von nur 500 Mann trat Bolivar im September 1812 an die Spitze einer von London aus unterstützten „Befreiung“, die nach mancherlei Zwischenfällen sich im nördlichen Südamerika schließlich ebenso durchsetzte wie die von Argentinien aus vom dortigen General San Martin geführte (und ebenso von London aus geförderte) Einigungsbewegung.

Die Entscheidung über den endlichen Zusammenbruch der spanischen Herrschaft in Südamerika fiel in den Jahren zwischen

1815 und 1823 – nicht zuletzt dadurch, daß die Idee Metternichs, die Macht seiner „Heiligen Allianz“ überseeisch zugunsten Spaniens einzusetzen, aufgegeben wurde*.

Bolivar war mittlerweile mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteter Präsident „Groß-Kolumbiens“ geworden; im Jahre 1826 hielt er in Panama sogar einen „panamerikanischen Kongreß“ ab, er glaubte, eine „amerikanische Nation“ begründen zu können. Aber nicht einmal seine Vorstellung von einem zumindest südamerikanischen Staatenbund ließ sich verwirklichen; 1830 fiel „Groß-Kolumbien“ durch Separation von Ober-Peru (das sich später zu Bolivars Ehren „Bolivien“ nannte), Ecuador und Venezuela wieder auseinander.

Im April 1830 dankte Bolivar ab, nachdem man ihn verdächtigt hatte, eine Monarchie begründen zu wollen – ein Ziel, das seinem Napoleon-Vorbild wohl entsprochen hätte. Neun Monate später, im Dezember 1830, starb Bolivar – erst 47 Jahre alt – bitter enttäuscht. Über seine Bemühungen, die Völker Südamerikas zu politischer Einheit zusammenzufassen, hinterließ er das kritische

---

* „Zur 'Heiligen Allianz' gehörte formell auch England – und die überseeischen Phantasien Metternichs brachten das Londoner Kabinett in Harnisch. Der britische Premierminister Canning erinnerte sich bei dieser Gelegenheit des bis dahin in London sehr abweisend behandelten Gesandten der Vereinigten Staaten. Am 20. August 1823 vertraute er ihm an: Die Rückgewinnung Argentiniens, Chiles und Mexikos (das 1820 seine Unabhängigkeit erklärt hatte) durch Spanien oder die Übertragung irgendeines Teiles dieser Staaten an eine andere Macht sei weder im britischen noch im Interesse der USA gelegen, deshalb empfehle sich eine gemeinsame Erklärung in diesem Sinne.... Es gab damals noch keine telegraphischen Verbindungen und der nach vielen Jahren eisiger Ablehnung überraschend mit wichtigem Auftrag beehrte Gesandte Rush eilte mit dem nächsten Segelschiff über den Atlantik. In Washington war inzwischen James Monroe Präsident geworden, der über die enthüllten Pläne der 'Heiligen Allianz' nicht weniger verblüfft, wie gegenüber dem britischen Vorschlag mißtrauisch war. Monroe beriet sich ein paar Wochen lang mit seinen Amtsvorgängern Jefferson und Madison und beschloß dann, eine eigene Erklärung zu verfassen, die schließlich am 3. Dezember 1823 vor dem Kongreß verlesen wurde. Als 'Monroe-Doktrin' ist sie seither in die Geschichte eingegangen. Man zitiert sie meist unter der Formel 'Amerika den Amerikanern'.“ (Zitat nach Helmut Sündermann: Die Pioniere und die Ahnungslosen – Skizzen amerikanischer Vergangenheit und Gegenwart, Leoni 1960, S. 34f.)

Wort: „Amerika kann man nicht regieren. Wer es versucht, pflügt das Meer."

Mit dem Sturz der spanischen Kolonialherrschaft als Folge der napoleonischen Kriege in Europa – ein historischer Parallelfall zur Auflösung des britischen Empire nach dem Zweiten Weltkrieg – begann in Wirklichkeit die „Balkanisierung Südamerikas" – um das ebenso pauschale wie bittere Urteil zu zitieren, das mir ein kluger Beobachter gesagt hat.

*

Man holt mich zu einer Fahrt auf die Höhen jenseits der Stadt ab – sie blicken von fern in die „Calles" und geben dem sonst so tristen Straßenbild einen landschaftlichen Hintergrund.

Die Fahrt erweist sich als fast abenteuerlich. In kurviger Straße windet sich der Wagen zu schönen Überblicken nach oben – dort sind nicht, wie man meinen möchte, die Villen der reichen Leute, sondern im Gegenteil die dürftigsten Elendsviertel angesiedelt. An Hängen, die eine großartige Weitsicht über das Hochland gewähren, hat man hunderte von primitiven schachtelartigen Reihenhäusern errichtet, um die undefinierbaren Menschenmassen, die sich hier eingenistet haben, aus ihren selbstgegrabenen Höhlenwohnungen herauszuholen.

Wir stellen den Wagen ab und gehen – ohne ihn aus dem Auge zu lassen – einige Schritte durch das Menschengewühl, das hier vegetiert. Der Sog der Hauptstadt Bogotá zieht an, was immer draußen im Lande die Arbeit scheut. Mag sein, daß auch Strebsame zunächst hier beginnen: aus den primitiven Unterkünften treten da und dort auch sauber gekleidete junge Männer heraus und machen sich auf den Weg zur Stadt. Sicher nur ist: wer arbeiten will und wer wirklich arbeitet, braucht *hier* nicht zu hausen.

Diese Slums von Bogotá sind ebenso unüberblickbare wie undurchsichtige Reservebezirke einer Kriminalität, die kaum irgendwo so brutal ist wie hier.

Zu diesen Quartieren an den Hängen bildet das Villenviertel im Tal, durch das wir anschließend fahren, einen harten Kontrast.

Hier wohnen die „oberen Zehntausend“ inmitten gepflegter Gärten, jedes Grundstück von einer Mauer umgeben, die nicht immer hoch, aber doch stets vorhanden ist. Eines fällt auf; während oben in den Hangquartieren aus jeder Fensterluke Kinderaugen starrten, – hier im vornehmen Viertel herrscht die Stille der alten Leute, nur gelegentlich spielt ein einsames Kind auf den gepflegten Rasenflächen.

Schließlich trinken wir in einem dieser Häuser Tee und sprechen von den Rätseln des unberechenbaren Landes. Mein Gastgeber hat die merkwürdige „Revolution“ des April 1948 hier erlebt und hat bis heute immer noch keine überzeugende Antwort darauf gefunden, was eigentlich geschah. Damals fand in Bogotá eine „panamerikanische Konferenz“ statt, deren demonstrative Störungen eine kommunistische Organisation vorbereitet hatte.

In dieser zwar politisch gespannten aber doch von den Einwohnern Bogotás wenig beachteten Situation wurde ein bekannter links gerichteter Politiker – Jorge Gaitan – auf der Straße ermordet. Den vermutlichen Täter hat man auf der Stelle gelyncht – es ist nicht ausgeschlossen, daß auch er ein „Linker“ war und es sich um eine private Affäre handelte. Wichtig für das, was folgte, war die Tatsache, daß kommunistische Parteigänger sich der Rundfunkstation bemächtigten und zur Geschäftsplünderung aufriefen – und zwar präzise zum Sturm auf Eisenwarengeschäfte, um dort „Macheten“ für den Straßenkampf zusammenzuraffen. Auf diesen Aufruf hin wurde Bogotás Unterwelt mobil – und nicht nur diese. *Alle* Geschäfte in den großen Straßen wurden wie im Rausch geplündert: „Auch wohlhabende Leute habe ich selbst beim Plündern gesehen.“

Es blieb nicht dabei: die bald alkoholisierten Massen zündeten Gebäude an, halb Bogotá schien zu brennen, die Polizei überließ die Stadt dem Chaos; sie begnügte sich damit, das Präsidenten-Palais zu schützen. Erst nach Tagen gelang es dem aus dem Lande zusammengezogenen Militär, die Ordnung wieder herzustellen. Sie war in fünfzig Jahren vorher und ist auch seither nicht wieder gestört worden.

„Bogotá sah damals aus wie nach einem Bombenangriff. Das Ganze war mysteriös und ist mysteriös geblieben.“

Schließlich werde ich in abendlicher Stunde noch auf einigen Umwegen zum Hotel gebracht: wir fahren durch die „finsteren" Viertel der Stadt. Der düsterste dieser Straßenzüge, in denen die Dirnen auf Kundschaft warten, während im Hintergrund dunkle Gestalten auf zusätzliche Gelegenheiten lauern, beginnt knapp hundert Meter hinter der Carrera 10, einer der Hauptstraßen der Stadt.

Von meinem Cicerone wird mir schließlich dringend angeraten, nach Einbruch der Dunkelheit das Hotel nur mit einem Begleiter zu verlassen. Schon am Tage sei es nicht ratsam, eine Armbanduhr offen zu zeigen, nachts könne ein als „Gringo" erkennbarer Passant leicht ein Messer zwischen die Rippen bekommen und ausgeraubt werden.

*

Für heute ist eine Fahrt übers Land eingeplant. Zipaquira, die einstige Hauptstadt des einheimischen Fürsten der Muisca-Chibcha und das dortige Salzbergwerk sind das Ziel.

Das landwirtschaftlich gut bestellte Hochland, das wir flott durchfahren, solange die Straße geteert ist, gilt als die Urheimat der Kartoffel – eine der wenigen Gaben, die aus Amerika nach Europa kamen und nicht umgekehrt.

Hier ziehen sich auch noch Wälder an den Berghöhen hinauf, neuerdings hat man sogar deutsche Forstmänner berufen, um eine geordnete Waldwirtschaft zu organisieren. Zunächst freilich fehlen ihnen noch die nötigen Mittel, um wirklich Durchgreifendes zu leisten.

In das alte Salzbergwerk, das schon in vorspanischer Zeit eine bedeutende Rolle spielte, kann man mit dem Wagen einfahren und eine gespenstisch beleuchtete Kathedrale bewundern, zu der ein riesiger Hohlraum ausgestaltet worden ist.

Unterhalb des Bergwerkes liegt die Stadt, die heute mit ihrem großen Platz, ihrer Renaissance-Kirche und ihren weißgetünchten Straßen eine südspanische Provinzstadt sein könnte; von ihrer einstigen Rolle ist nichts mehr zu verspüren. Auch hier sind die „Chibcha" im Spaniertum untergegangen.

Dieses Land, das hier so offen und friedlich daliegt, ist nicht nur von den unberechenbaren Slumbewohnern Bogotás gefährdet, es gibt, wie mir mein Begleiter – ein erfahrener alter Herr, der seit langem im Lande lebt – versichert und sogar auf einer Karte zeigt, nicht weniger als zehn „Guerilla-Nester" in Kolumbien: das sind größere und kleinere Landstriche, meist in schwer zugänglichen Gebirgstälern, in denen die Regierung nicht Herr der Lage ist und die vom kommunistischen Kuba des Fidel Castro nicht nur dirigiert, sondern auch auf dem Luftwege versorgt werden.

Kolumbien ist nicht nur geographisch für kubanische Störmanöver günstig gelegen, die Mestizen sind auch leichter in Unruhe zu versetzen als etwa die reinen Indianer, die fatalistisch eingestellt sind – nicht zuletzt aus diesem Grunde ist der berühmte Che Guevara gescheitert, als er versuchte, in Bolivien Fuß zu fassen.

Fidel Castro: auch eine politische Figur, die aus der Nähe anders aussieht als vom fernen Europa. Ein Fanatiker aus altspanischem Adelsgeschlecht, dem Washingtoner Linksintellektuelle in den Sattel Kubas geholfen haben – des Staates vor der Küste der USA, in dem es noch eine weiße Mehrheit gibt, wenn auch eine romanische, also eine ganz anders geartete als in Nordamerika. Für die kubanische Wirtschaft war Castro eine Katastrophe – sein Staat lebt heute von den Rubelmilliarden, die Moskau aufwendet, um die Nordamerikaner teils zu reizen, teils um sie aus der Nähe beobachten zu können. Nicht mehr und nicht weniger ist den Russen Castro wert. Dessen Ehrgeiz freilich geht weiter – er möchte ein „Bolivar" werden und das marxistische Vokabular liefert ihm viele Stichworte für seine Anstrengung, „das Meer zu pflügen"

Die schwankende Seelenlandschaft des Mestizentums, verbunden mit den Vorteilen einer zerklüfteten Geographie – das sind die Umstände, die die Blicke Castros stärker auf Kolumbien als auf irgend ein anderes südamerikanisches Land ziehen. Nur hier könnte ein „zweites Vietnam" organisiert werden. Außerdem sind die gelegentlichen nächtlichen Versorgungsflüge von Havanna aus zu den hiesigen Guerilla-Stützpunkten nicht unwirtschaftlich: als Rückfracht steht Schmuggelware einschließlich edler Metalle

zur Verfügung. Derzeit verhalten sich die Guerillas verhältnismäßig ruhig; es scheint ihnen vorerst wichtiger zu sein, Kräfte zu sammeln. Ihre gelegentlichen Aktionen sind Überfälle zu Finanzierungszwecken, oder um sich Uniformen und Waffen zu besorgen. Bemerkenswert ist dabei, daß die Strategie Fidel Castros die Küstengebiete Kolumbiens mit ihrer Negerbevölkerung unbehelligt läßt; er konzentriert sich auf die Indianer-Mischlinge und geographisch auf Bereiche, in denen Erdöl vorkommt.

Das wird mir auf der Rückfahrt von Zipaquira ruhig und nüchtern erzählt, als handle es sich um eine Information über einen fast selbstverständlichen Handel.

Das Beste an der Geschichte kommt zuletzt: „Ja natürlich bekämpft die Regierung in Bogotá die Guerilla-Nester; sie tut es sogar mit Erfolg, das kolumbianische Heer ist gut ausgebildet und bewaffnet. Aber es wäre politisch wahrscheinlich nicht richtig, diese Castro-Brückenköpfe völlig niederzukämpfen, denn solange es sie gibt, können die Vereinigten Staaten ihre Dollarhilfe für unsere Armee nicht reduzieren."

*

Nach soviel verwirrender Belehrung über die politischen Verhältnisse dieses Landes kommt die Einladung zum Besuch eines neu aufgebauten Fabrikbetriebes wie gerufen.

An seiner Spitze steht ein „typischer Deutscher" – aus der Werkmeistergruppe hervorgegangener Vollblut-Organisator. Vorher hat er einen Fertigungsbetrieb bereits einmal in Ägypten aufgebaut, jetzt „läuft der Laden" auch hier, und so wird er von seiner Firma bald abberufen werden, um woanders erneut ähnlich von vorne anzufangen. Hier im Außenbereich von Bogotá war vor ein paar Jahren noch Wiese, jetzt stehen Werkshallen und Konstruktionsbüros. Unter der Anleitung von zwei deutschen Ingenieuren und einigen deutschen Meistern produzieren 160 einheimische Arbeitskräfte elektrische Geräte.

„Sie sind besser als die Ägypter. Der Mestize ist zwar wechselhaft, er will immer wieder neue Arbeit, aber nach einer gewissen Krisenzeit legt sich das. Natürlich stellen wir nur gelehrige Leute

ein, die mindestens lesen und schreiben können, aber sie sind – wenn auch charakterlich schwierig – arbeitsmäßig brauchbarer als die lethargischen reinblütigen Indianer. ... Als wir vor zehn Jahren anfingen, haben wir die ersten zwanzig Arbeiter einfach von der Straße hereingeholt und angelernt. Von ihnen sind heute noch zwölf bei uns, einige davon auch Vorarbeiter. Das mag eine Auslese sein – aber sie sind an gewissen Lebenszielen interessiert. Viele wollen sich ein Haus bauen – und wir helfen ihnen dabei mit Lohnvorschüssen. Es gibt freilich eine obere Grenze der Leistungsfähigkeit. Solange man nicht zuviel von ihnen fordert, eignen sich diese Arbeiter gut für die Industrialisierung, denn sie sind intelligent und willig. Bei den Führungskräften sieht es freilich auch hier düster aus. Es ist überall das gleiche Leiden – das Vorausdenken fehlt, die Wartung der Maschinen muß von unseren Leuten überwacht werden, die Technik fordert eine Aufmerksamkeit, wie sie weder die Ägypter noch die Kolumbianer aufbringen. Die Unzuverlässigkeit ist aus diesen Menschen nicht herauszukriegen. Ohne unsere Kontrolle würde alles zusammenbrechen. ... Es ist auch nicht so, daß wir hier billiger produzieren als in Deutschland. Gewiß – die Löhne sind niedriger, aber andere Kostenfaktoren sind dafür umso höher."

Dennoch endet die Auskunft optimistisch: „Man ist hier vernünftig; man läßt uns ungehindert arbeiten; man wartet nicht darauf, daß wir verschwinden. Wenn diese Einsicht bleibt, dann kann es hier eine industrielle Zukunft geben."

„Wenn das so bleibt" – dieses Wort in Gottes Ohr!

*

Die Besuche und Gespräche in der City von Bogotá erbringen noch weitere Streiflichter.

Da wird mir die wirtschaftliche Besonderheit des südamerikanischen Nordraumes charakterisiert: „In Venezuela haben sie Öl – aber sonst nichts; in Ecuador haben sie Berge, in Peru Wüste – hier in Kolumbien aber haben wir ein fruchtbares Land mit mehreren Klimazonen von den tropischen Küstengebirgen bis zu den Hochebenen. Neben seinem Kaffee – dem besten, der auf dieser Erde wächst – hat Kolumbien noch reiche, fast un-

erschlossene Ölvorkommen; es besitzt beträchtliche Uranreserven, Kohle, Eisen und dann bekanntlich Gold, Platin. ... Eigentlich müßte Kolumbien als das Land unermeßlicher Möglichkeiten gelten."

Die Oberschicht freilich ist müde; sie sind meist Kreolen, Abkömmlinge guter spanischer Familien mit nur geringer farbiger Einmischung. Einst rebellierten sie gegen die reinrassigen Spanier, dann teilten sie sich unter viel Streiterei in die Erbschaft. Die „Konservativen" und die „Liberalen" haben sich hier sogar jahrelang blutige Kämpfe geliefert, aber sie unterscheiden sich doch nicht allzu sehr: „Die einen gehen am Sonntag um 9 Uhr in die Kirche und die anderen um 10 Uhr. Ein Witzwort sagt: 'Der Konservative sündigt heimlich und geht öffentlich beichten; der Liberale sündigt öffentlich und beichtet im Verborgenen'. Heute haben sie einen 'Burgfrieden' untereinander geschlossen und wechseln sich im Präsidentenamt ab, während sie die politischen Ämter nach 'Proporz' verteilen. In Wirklichkeit ist die alte Schichtung geblieben, Kolumbien ist nach wie vor ein Land der Familien. Es sind das oft sehr gebildete Leute, aber sie gehen nicht zum Volk. Sie sitzen in ihren Klubs, trinken Whisky, zittern vor Castro, aber sie tun nichts. Auch das Redenhalten überlassen sie der jungen Intelligenz, die in den amerikanischen Universitäten heranwächst. Von dort kommt die Unruhe."

„Ja, auch Kolumbien hat – wie alle Mischvölker – seine 'Bevölkerungs-Explosion' als Folge der medizinischen Fortschritte und hygienischen Errungenschaften unserer Zeit. Es kann sogar sein, daß Kolumbien fast an der Spitze der Staaten steht, deren Einwohnerzahl sich derzeit sprunghaft vermehrt. Noch 1951 hatten wir etwa 11,4 Millionen Einwohner, jetzt sind es schon an die 18 Millionen, für 1980 werden es – wenn die Zuwachsrate bei fast 3 Prozent jährlich bleibt – fast 30 Millionen sein. Die 'Pille' wird nur von denen genommen, die sie sich leisten können, nicht von denen, die den großen Kinderzuwachs produzieren."

Einem wortkargen Geologen, den dieses Problem sehr beschäftigt und der das Land kennt wie wenig andere, stelle ich die Schlüsselfrage: „Wird dieser Bevölkerungsvermehrung auch eine entsprechende volkswirtschaftliche Produktionssteigerung folgen?"

Er denkt nach und antwortet ruhig: „So wie die Verhältnisse heute bestehen, ist die Antwort unvermeidlich ein 'Nein'. Gewiß sind Erziehungserfolge möglich und die Bemühungen um das Schulwesen werden nicht ganz ohne Wirkung bleiben. Die Entwicklungsfähigkeit des kolumbianischen Mestizen – von ihm stammt die enorme Vermehrungsquote – mag noch nicht voll ausgeschöpft sein, aber sie hat ihre Grenzen. Die gesamte Industrie hier ist von Amerikanern, Engländern, Deutschen oder Franzosen aufgebaut worden. Wenn sie einen starken Bevölkerungszuwachs aufnehmen soll, dann wird man sie weiter von draußen her entwickeln und leiten müssen. Derzeit hat man hier nichts dagegen – aber wird das so bleiben?"

Das kleine Kolumbien und die große Politik

Bekanntlich vollzog sich die europäische Besitzergreifung in Nordamerika ganz anders als in Südamerika. Während hier die Spanier und Portugiesen mit Christianisierungs-Ideen auftraten und getaufte Eingeborene als Frauen annahmen, kamen die „Mayflower"-Leute mit Kind und Kegel, vertrieben die Indianer und dulden sie auch heute nur noch in „Reservaten". So wurde und blieb Nordamerika – abgesehen vom Sklaven-Import – im wesentlichen ein weißes Land. Von den meisten Staaten Mittel- und Südamerikas aber läßt sich sagen, daß sie geradezu mit biologischer Zwangsläufigkeit in ihren heutigen Zustand verwickelt wurden.

Die Spanier hatten freilich ihre Fühler auch nach Norden vorgestreckt: sowohl Florida wie Kalifornien und Texas waren jahrhundertelang spanische Besitzungen und wurden ebenfalls vom Vizekönig in Mexiko verwaltet. Als dann das spanische Imperium verfiel, waren die Nordamerikaner auf dem Posten. Kaum war Napoleons Bruder Joseph Bonaparte im Jahre 1813 vom spanischen Königsthron vertrieben, begannen die USA eine recht unverblümte militärische „Durchdringung" Floridas. Das fing damit an, daß Indianer auch auf spanisches Gebiet verfolgt

wurden, zunächst noch ohne Angriffe auf die spanischen militärischen Stützpunkte. Dann aber waren auch diese an der Reihe und der spanische Gouverneur zog es vor, nach Havanna zu fliehen. Ein paar Weiße wurden erschossen, weil sie angeblich „die Indianer unterstützt" hätten – das abschreckende Beispiel genügte, und im Mai 1817 waren die amerikanischen Truppen Herren von Florida, ohne daß man von der ganzen Affäre behaupten könnte, es habe ein „Krieg" stattgefunden.

Das war kurz vor der Gründung „Groß-Kolumbiens" und der Selbständigkeitserklärung Mexikos. In diesem Land gab es schon 1820 einen Aufstand. Nach dem Zwischenspiel eines „Kaisers" von Mexiko wurde eine Republik gegründet, die natürlich das Augenmerk der nördlich und östlich angrenzenden Vereinigten Staaten auf sich zog. Die Nachbarschafts-Beziehungen blieben eine ganze Weile normal, aber zu Beginn der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts kam es zunächst zu Handelsgezänk und bald war es wieder soweit: diesmal verließ ein gewisser Samuel Houston – ein Freund des damaligen US-Präsidenten Jackson – seinen Gouverneursposten, um sich genau nach dem Florida-Rezept zunächst mit Grenzgebiets-Indianern in Streit einzulassen; alsbald erschien Mr. Houston in der mexikanischen Provinz Texas – freilich nicht als Heerführer, sondern als Politiker, der sich an die Spitze einer „Unabhängigkeitsbewegung" stellte.

Der mexikanische Versuch, die Ordnung wieder herzustellen, scheiterte kläglich – in einer „Schlacht", die nur eine Viertelstunde dauerte, blieb Houston Sieger und ließ sich anschließend als Präsident der unabhängigen Republik Texas ausrufen, die als „Ein-Stern-Republik" von 1836–1844 ein halb selbständiges Dasein führte. So lange nämlich dauerte in Washington der ziemlich heftige Streit darüber, ob Texas annektiert werden solle oder nicht.

Wie üblich in solchen Diskussionen siegte auch hier der Wunsch nach sichtbarem Fortschritt. Nachdem im Wahlkampf um die Präsidentschaft 1844 der energische James Knox Polk seine Wahl mit der Parole der Texas-Annektion durchgesetzt hatte, spielte ihm sein Vorgänger den Streich, am letzten Tag vor der Amtsübergabe den Anschluß noch selbst zu vollziehen. Die „Ein-

Stern-Republik" war damit verschwunden und die Grenze der USA um ein Beträchtliches weitergerückt.

Bald richteten sich die Augen der Nordamerikaner erneut auf Mexiko; diese schwache Republik war nämlich damals trotz des Verlustes von Texas noch im Besitz weiter Landstriche an der pazifischen Küste – und Kalifornien war für Polk ein lockendes Ziel. In diesem weiten fruchtbaren Gebiet lebten damals neben 30000 Indianern nur etwa 5000 Weiße. Unter ihnen ließen sich als Vorboten dessen, was bevorstand, einige amerikanische Abenteurer nieder. Mehrere Jahre gingen in örtlichen Unruhen und Revolutionsversuchen dahin; schließlich zeigte sich, daß die kalifornische Frage doch mit der mexikanischen Regierung unmittelbar ausgestritten werden mußte.

Die Affäre endete mit dem Vormarsch von 50000 Nordamerikanern bis nach Mexiko-City und einem „Friedensschluß": Mexiko mußte alle Besitzungen nördlich des Rio Grande abtreten, sowohl „Neu-Mexiko" wie Kalifornien runden seither den Besitzstand der Vereinigten Staaten ab. Präsident Polk hatte bereits die Annektion ganz Mexikos erwogen, aber schließlich kamen die Mexikaner doch mit einem blauen Auge davon.

In Washington freilich herrschte noch einige Verwirrung über die Frage, was mit den neuen Riesen-Provinzen eigentlich zu geschehen habe. Es gab Politiker, die meinten, man solle jedenfalls aus Kalifornien einen unabhängigen Staat machen, denn es sei doch viel zu weit entfernt, um mit den USA verbunden zu werden.

Aber diese Bedenken verflüchtigten sich bald: „Westward ho" wurde zur großen Parole der Nord-Amerikaner – sie blieb es bis zum Ausgreifen über den Pazifik in den asiatischen Raum, in den die amerikanische Weltmacht heute noch verwickelt ist.

Das Abenteuer der triebhaften Vorwärtsbewegung der USA von der Florida-Besetzung zur Texas-Annektion und zum Mexiko-Krieg blieb im damaligen Europa fast unbeachtet, aber ein logischer weiterer Schritt: der nordamerikanische Griff auf Kuba und dann auf den Panama-Kanal waren ein halbes Jahrhundert später bereits weltpolitische Vorgänge – Geschehnisse recht abenteuerlicher Art, in die auch Kolumbien verwickelt wurde, denn mit dem Ausblick auf den Pazifik war die Frage eines

Kanals durch den mittelamerikanischen Isthmus vordringlich geworden und der war damals kolumbianisches Staatsgebiet.

Schon im Jahre 1846 dachte man in Washington an einen Vertrag mit der damaligen Republik „Neu-Granada". Es wurde vereinbart, daß die Vereinigten Staaten berechtigt seien, den Isthmus von Panama zu durchqueren, und zwar „mit jeglichen Verkehrsmitteln, wie sie derzeit existieren oder später geschaffen werden mögen". Nach dieser zarten Andeutung eines Kanalbaues blieb die Angelegenheit zunächst auf sich beruhen.

Als vier Jahre darauf die Engländer sich in Nicaragua zu schaffen machten und die Stadt San Juan besetzten – den Ausgangspunkt eines denkbaren Nicaragua-Kanals – wurde zur Vermeidung einer Spannung in Washington ein Kompromiß-Vertrag mit dem dortigen britischen Gesandten geschlossen: weder England noch die USA sollten auf dem mittelamerikanischen Isthmus Befestigungen anlegen oder einen etwaigen Schiffskanal kontrollieren.

Dieser nach den beiden beteiligten Diplomaten benannte „Bulwer-Clayton-Vertrag" hatte praktisch zur Folge, daß die Kanalidee jahrzehntelang begraben blieb. Natürlich konnten die Amerikaner sich nur für einen Kanal interessieren, wenn sie ihn auch überwachen und befestigen durften – schließlich war ja nicht nur die Durchfahrt von Handels-, sondern auch von Kriegsschiffen für sie wichtig.

In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren es dann die Franzosen, die – an das Bulwer-Clayton-Abkommen nicht gebunden – auf kommerzieller Grundlage den Durchstich bei Panama zu planen und technisch in die Wege zu leiten begannen. In Erinnerung an den wirtschaftlich so rentablen Bau des Suez-Kanales und unter Heranziehung des weltberühmten Ingenieurs Lesseps hatte man in Paris 1880 eine „Panama-Gesellschaft" ins Leben gerufen, die schließlich in einem Skandal riesigen Ausmaßes endete: Im Laufe eines Jahrzehnts wurden an Aktien und Schuldverschreibungen etwa zwei Milliarden französische Franc aufgenommen, aber nur etwa die Hälfte davon erreichte die Kanalzone und wurde für tatsächliche Baumaßnahmen verausgabt, alles andere war in den Taschen von Banken, Spekulanten,

Zeitungen und Abgeordneten verschwunden. Die Affäre führte im Jahre 1893 vor ein Pariser Schwurgericht. Was übrig blieb war eine „Neue Panama-Gesellschaft" im Besitze einer Konzession, eines Planes und einer verfallenden Baustelle beträchtlichen Ausmaßes, für die sie alles in allem einen Betrag von etwa 100 Millionen zu erlangen trachtete.

In den Vereinigten Staaten hatte man – begreiflicherweise – alle diese Geschehnisse mit Aufmerksamkeit verfolgt, aber erst der große Wandel der weltpolitischen Grundauffassungen, wie er sich im Kuba-Krieg offenbarte, mobilisierte das amerikanische Interesse ernstlich.

Das Eingreifen der USA in die Panama-Affäre ging freilich nicht ohne manche Schwierigkeit ab. Nach einem langen Disput mit der britischen Regierung wurde im November 1901 endlich der alte Bulwer-Clayton-Vertrag durch ein neues Abkommen ersetzt, das den Vereinigten Staaten das alleinige Recht einräumte, den künftigen Kanal zu verteidigen. In London hatte man, wie sich denken läßt, gezögert, dieses Zugeständnis zu machen. Das Verlangen der Amerikaner wurde aber so energisch vorgebracht, daß man säuerlich einwilligte: es war gewiß, daß der Kanal sonst ohne Vertrag eben doch unter amerikanische Kontrolle gestellt würde. Und man schrieb das Jahr 1901 – schon blickten manche britischen Politiker auf Deutschland als einen möglichen Gegner.

Was sich nun anschloß, trägt recht abenteuerliche Züge.

Zunächst gab es da einen Senatsbeschluß, der vom Präsidenten forderte, den Bau eines Kanals durch Nicaragua zu betreiben. Theodore Roosevelt jedoch war der Ansicht, es sei zweckmäßiger, die französischen Pläne aufzunehmen und die Panama-Route fertigzubauen. Also mußte zunächst der Senatsbeschluß revidiert werden. Das geschah durch die sog. „Spooner-Bill", den Gesetzentwurf eines Senators Spooner, der den Präsidenten ermächtigte, das Panama-Projekt dem Nicaragua-Plan vorzuziehen, falls die Eigentumsrechte der französischen Gesellschaft erworben und ein Vertrag mit Kolumbien ausgehandelt werden könne. Zu Kolumbien, der Nachfolgerin der Republik „Neu-Granada", gehörten damals die Landstriche des Panama-Isthmus. Die Ansprüche der französischen Gesellschaft ließen sich unschwer auf 40 Millio-

nen Dollar herunterhandeln: nach dem ein Jahrzehnt zurückliegenden Zusammenbruch war es geschenktes Geld für diese Leute. Die Verhandlungen mit Kolumbien konnten nach aller Erwartung auch nicht schwierig sein – immerhin gab es den alten Vertrag aus dem Jahre 1846, der die USA zu einem Kanalbau ermächtigte. Aber da ja nun etwas mehr als nur ein Handelsweg geplant war und man staatliche Sonderrechte zu Verteidigungszwecken wünschte, wurde eine Abfindungssumme von 10 Millionen sowie eine jährliche Rente von 250000 Dollar an Kolumbien bewilligt und in einem Vertrag festgelegt, den der amerikanische Senat im März 1903 ratifizierte.

Dann aber fing in einem Anfall von Wirklichkeitsfremdheit auf einmal der kolumbianische Kongreß das Nörgeln an – und am 12. August 1903 wurde die Welt von der Nachricht überrascht, in Bogotá sei die Ratifizierung des Panama-Kanal-Vertrages abgelehnt worden!

Eigentlich war nun für den Präsidenten Roosevelt die Alternative gegeben: gemäß Senatsbeschluß hatte er nun den Bau des Nicaragua-Kanals zu betreiben. Der Präsident dachte freilich keineswegs daran, die kolumbianische Ablehnung als ernsthaftes Ereignis zu bewerten. Die Kolumbianer – so äußerte er sich 1915 rückblickend in der ihm eigenen offenherzigen Ausdrucksweise – seien mit „sizilianischen oder kalabrischen Banditen" zu vergleichen:

„Mit kolumbianischen Funktionären läßt sich ebenso wenig ein Vertrag schließen, wie man Marmelade an die Wand nageln kann. ... Der Kanal mußte zum Vorteil für die ganze Welt gebaut werden. Sollte die erpresserische Gier der Bogota-Bande der Zivilisation im Wege stehen? Ich beschloß das Nötige zu tun, ohne Rücksicht auf diese Leute."

Das „Nötige" war zunächst das Festhalten am Panama-Plan und die Bereitschaft, den Bau gegebenenfalls mit Waffengewalt durchzusetzen. Schließlich bedurfte es dieses letzten Mittels nicht, denn bereits Anfang November 1903 brach in der kolumbianischen Provinz Panama eine „Revolution" aus.

Am Tage *vor* diesem Ereignis war bereits ein amerikanisches Kriegsschiff, die „Nashville", in den Hafen Colon – an der Atlan-

tikseite des Isthmus – eingelaufen, hatte ein dort liegendes kolumbianisches Kanonenboot in Schach gehalten und schließlich zur Abfahrt veranlaßt.

Und da war sofort nach Ausbruch der Revolution ein in New York lebender Franzose – Monsieur Buneau-Varilla – telegraphisch von Panama aus zum „Außerordentlichen Gesandten" bei der Regierung der Vereinigten Staaten ernannt und mit „Vollmachten für politische und finanzielle Verhandlungen" ausgestattet worden.

Nur sieben weitere Tage vergingen, bis Buneau-Varilla in vornehmer Kutsche zum Weißen Haus fuhr, um „sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen", wie es offiziell hieß. Außer jenem schlichten Telegramm lag freilich kein Papier vor, das hätte überreicht werden können.

Warum das alles so eilig geschah, stellte sich nach fünf weiteren Tagen heraus – die neue Republik war gerade zwei Wochen alt, als die Welt durch einen „Hay-Buneau-Varilla-Vertrag" überrascht wurde, der am 18. November 1903 unterzeichnet wurde, und den Vereinigten Staaten nicht nur den Bau und die Verteidigung des Panama-Kanals gestattet, sondern auch die berühmte sogenannte Kanal-Zone von beiderseits je fünf Meilen „für immer" einräumt. Schwierigkeiten gab es diesmal keine mehr, ja es wird behauptet, die Regierung von Panama habe den Vertrag telegraphisch anerkannt, bevor sie ihn gesehen hatte.

Präsident Roosevelt richtete an die Regierungen aller zivilisierten Staaten einen Appell, die neue Republik Panama anzuerkennen; die einzige Großmacht, die etwas zögerte, war England.

Kolumbiens Proteste blieben unbeachtet; Roosevelt gab sofort Befehl, daß die amerikanischen Kriegsschiffe am Isthmus stationiert blieben – damit war das Kapitel abgeschlossen.

*

Die Geschichte des Panama-Kanals (er wurde Anfang August 1914 fertiggestellt und war in beiden Weltkriegen von großer Bedeutung für die maritime Kriegführung der USA) ist in Bogotá um so weniger vergessen, als sich in ihr – wenn auch sehr drastisch – das Mißverhältnis zwischen Nord- und Südamerika spiegelt,

das bis heute weder geregelt noch geklärt ist und durch das seither gewaltig angewachsene machtpolitische Übergewicht der USA nur noch verstärkt wurde.

Die Vereinigten Staaten haben es bisher nie darauf angelegt, etwa Südamerika wirksam unter ihre Kontrolle zu bringen, wie sie das mit ferner gelegenen Ländern versucht haben – sei es, daß ihnen der südamerikanische Bereich zu verwirrt erschien, sei es, daß sie sich sicher fühlen, im „Ernstfall" durchgreifen zu können (was sie freilich gegenüber Castro-Kuba bisher nicht getan haben – nehmen sie auch das nicht ernst?!).

Wie dem auch sei: Kolumbien ist nicht weniger als die unmittelbar an die USA angrenzende mittelamerikanische Staatenwelt ein Bereich, den man in Washington im Auge behalten muß.

In Bogotá spricht man nun von einem weiteren Kanal zwischen dem Atlantik und dem Pazifik – zwar natürlich nicht unter weltpolitischem Aspekt, wohl aber mit dem Gefühl einer „Revanche für Panama". Die Idee geht dahin: in Westkolumbien die Flüsse Atrato und San Juan zu zwei insgesamt 150 Kilometer langen Seen anzustauen, sie untereinander durch einen Kanal von weiteren 56 Kilometern miteinander zu verbinden und diese Durchfahrt – am Atlantik und am Pazifik mittels Schleusen – für Schiffe bis zu 10000 Tonnen passierbar zu machen. Mit diesem Bauvorhaben ist außerdem ein großes Elektrifizierungs-Projekt verbunden, das den bedeutendsten Industriezonen Kolumbiens zugute kommen soll.

Das Ganze klingt ziemlich phantastisch – aber man versichert mir: eine Gesellschaft für dieses Projekt ist bereits gegründet, der derzeitige Staatspräsident sei mit aller Leidenschaft interessiert, die erforderlichen Mittel von etwa 600 bis 700 Millionen Dollar (das sind fast 3 Milliarden D-Mark) würden „international" beigebracht werden, und ähnliche zuversichtliche Deutungen.

Ich höre und staune: „Die USA sind natürlich gegen unser Projekt. Sie brauchen zwar zur Entlastung des alten Kanals einen zweiten, aber den wollen sie entweder in Nicaragua oder nochmals in Panama bauen. Wir werden unseren Kanal trotzdem bauen. Wir werden uns durchsetzen, und es wird ein Kanal ohne US-Kontrolle sein."

Das letztere ist ganz gewiß eine übertriebene Erwartung. Falls das Atrato-Projekt wirklich gebaut wird („zur Zeit ist dort noch tropischer Urwald"), dann mag das Pentagon hier in Friedenszeiten auf einen Stützpunkt verzichten müssen, aber aus seinem Blickfeld wird Kolumbien nicht geraten. Im Spiel der Katze, die mehrere Mäuse im Auge behalten muß, mag es die Chance von Eskapaden geben, aber nicht die der Gegenwehr.

Auf den Spuren des Francesco Pizarro

Zur Maschine nach Quito drängt sich am Flughafen Bogotá eine umfangreiche und lautstarke amerikanische Reisegesellschaft; sie besetzt das Flugzeug bis zum letzten Platz mit Passagieren, die von den Vorrechten der USA in diesem Lande überzeugt sind.

Die Flugroute von hier zur Hauptstadt Ecuador führt über einen großen und interessanten Bereich der Hoch-Anden; zahlreiche Vulkane sollen wir überfliegen, darunter auch den berühmten Chimborasso.

Nichts davon wird sichtbar; kaum haben wir die Hochebene von Bogotá unter uns gelassen, da tauchen wir schon in dichte Nebel ein. Als wir schließlich daraus emporsteigen in die helle klare Atmosphäre der Höhenschicht zeigt sich unter uns nur noch die wohlbekannte weiße Wattelandschaft. Kein einziger Gipfel ragt daraus hervor.

Erst kurz vor der Landung in Quito wird die rundum geführte Debatte über die Qualität des Hotels in Bogotá, über die Umkleidezeit vor dem nächsten „Sightseeing trip" und ähnliche Anliegen, durch eine Ansage des Flugkapitäns unterbrochen: „Wir überfliegen soeben den Äquator, die südliche Hemisphäre beginnt."

In nur anderthalbstündiger Autofahrt zum „Linien-Denkmal" läßt sich von der Hauptstadt Ecuadors aus der Äquator erreichen und vom Fußgänger ohne jegliche „Taufe" bequem überschreiten.

Das wäre freilich weniger interessant als es die Stadt Quito ist, die mit ihren glanzvollen Kirchen, ihren engen Gassen und Durch-

blicken, ihren weiten Plätzen und Arkadengängen den Eindruck einer südspanischen Provinzstadt vermitteln könnte, stünden nicht die bunten Gestalten der Indios auf den Gehsteigen, hockten nicht alle paar Meter am Boden strickende Straßenhändlerinnen meist mit einem Kind im Arm, den breitrandigen schwarzen Filzhut auf dem Kopf. Es ist Sonntag nachmittag – da drängen sich auch noch hunderte von Besuchern vom Lande auf den Stufen der Kathedrale und in den meist überreich goldgeschmückten Kirchen der Innenstadt. Ein andächtiges Staunen beherrscht die Menschen; in dicht gefüllten Seitenkapellen finden vor Heiligenbildern murmelnde Andachten statt.

In einem Caféhaus der Innenstadt bin ich verabredet mit einem Kunsthistoriker, der eigentlich in München zuhause ist, aber seit langem hier lebt und hier bleiben will – für ihn ist Ecuador eine unerschöpfliche Schatzkammer des spanischen Barock, der infolge besonderer Umstände fast im ganzen Lande baulichen Niederschlag gefunden hat. Die Franziskanermönche, die sich hier schon gleich bei der Ankunft der Spanier niederließen – Quito wurde im Dezember 1534, fast vier Jahre früher als Bogotá gegründet – waren nicht nur missions- sondern auch kunsteifrig. Sie betrieben sogar eine Kunstschule, in der sie Indios anlernten, wobei sie eine ausgeprägte Geschicklichkeit der Eingeborenen für Skulpturarbeiten feststellten – weniger für Malerei. Diese Besonderheit der indianischen Begabung gewann für die Entfaltung des Barock in diesem Lande beträchtliche Bedeutung. Das militärische Interesse der Spanier an Ecuador war zunächst nur gering – der Hauptstoß des hier vordringenden Francesco Pizarro richtete sich gegen Peru, gegen das Reich der Inkas in den Hoch-Anden.

Die Spanier hatten kaum die Inseln, die sie „Westindien" nannten, in ihre Gewalt gebracht, waren nach Mittelamerika und von dort an die Pazifikküste weitergezogen, als sie hier Schiffe bauen ließen, um die Westküste nach Süden zu erkunden und zu erobern. In diese Richtung waren sie trotz der Erschwerung, die die Überwindung der damals noch lange nicht durchstochenen Landenge bei Panama bedeutete, durch den berühmten Vertrag von Tordesillas gezwungen worden. Darin wurde – mit dem Papst als Schiedsrichter – schon im Jahre 1494 festgelegt, daß

in der soeben entdeckten neuen Welt alle Gebiete westlich einer Linie, die zwischen dem heutigen 48. und 49. Längengrad westlich Greenwich liegt, der Krone von Kastilien und Aragon, alle Gebiete östlich davon dagegen dem portugiesischen König gehören sollten.

Angesichts dieser Regelung mußten die spanischen Konquistadoren zunächst die pazifische Küste und die hier gelegenen Länder anstreben. Die Schwierigkeiten, die sich für die seit 1520 zunächst zur Erkundung, seit 1532 unter Pizarro mit militärischen Kräften vorgehenden Spanier dabei ergaben, waren beträchtlich. Es bedurfte hier noch rauherer Gesellen als anderswo, um diese anstrengenden Unternehmungen zum Erfolg zu führen – und es war noch schwieriger, den Nachschub oder gar Frauen hierher zu bringen.

Die weißen Eindringlinge freilich waren hier von Anfang an eine bescheidene Minderheit; ihre Erbspuren sind in Ecuador deshalb geringer ausgeprägt. In Ecuador gibt es ebenso wie im südlich benachbarten Peru noch eine große Zahl reiner Indianer*, die freilich unter sich beträchtliche Differenzen aufweisen:

„Es gibt sehr unterschiedliche Indianerstämme und auch die in Peru lebenden Indianer lassen sich nicht gleichsetzen mit den hiesigen. Sie sprechen sogar verschiedene Eingeborenensprachen. Freilich haben sie, soweit sie nicht noch im Urwald leben, eine Übereinstimmung; sie alle sind Katholiken. In diesem Punkt waren die Spanier unerbittlich: wer sich nicht taufen ließ, wurde ausgerottet. Seit 1535 ist hier alles christlich – aber was ist das für ein Christentum! Wie könnte ein einfacher Indio eine so komplizierte Religion verstehen? Der hiesige Katholizismus – sogar der, den Sie hier in Quito in den vollen Kirchen sehen – ist schon fast Heidentum. Draußen auf dem Land wird immer noch der Sonnenaufgang verehrt, mit eigenen Riten wird Dämonenkult betrieben, zu Allerseelen nimmt man Speisen für die Toten an die

---

* Für Ecuador wie für Peru rechnet man heute einen Bevölkerungsanteil von 40 bzw. 45 Prozent ungemischter Indianer. Ähnlich hohe Anteile gelten für die Mestizen. Auf jeweils etwa 10 Prozent wird der weiße Bevölkerungsteil geschätzt. Ecuador hatte 1964 4,8 (1938: 2,3) Millionen, Peru 11,3 (1940: 6,6) Millionen Einwohner – jeweils ohne Urwaldbevölkerung. (Vgl. Handbuch Ibero-Amerika, 6. Auflage, Hamburg 1966.)

Gräber mit; die Leute bleiben den ganzen Tag auf dem Friedhof sitzen: sie sind seit fast 500 Jahren getauft, aber Christen sind sie bis heute nicht geworden. ... Die hiesigen Indios sind freilich das Gehorchen gewohnt – von den Inkas, die hier vor 1535 anderthalb Jahrhunderte regiert haben, ließen sie sich sogar ihre frühere Sprache verbieten; dann haben sie das Kreuz angenommen und seither lassen sie sich von einer Geistlichkeit, die meist aus der Mestizenschicht stammt, dirigieren – aber im Innersten sind sie gleich stumpf und abergläubisch wie sie immer waren. Das aufgepfropfte Spaniertum hat sich nicht nur in den Kirchenbauten ausgewirkt. Das ganze Land ist barock geblieben."

*

Zurück ins einzige Hotel, das dem heutigen Stand entspricht (und deshalb auch die amerikanischen Reisegesellschaften beherbergt). Es liegt etwas außerhalb auf der Scheitellinie einer beherrschenden Höhe – auf der einen Seite zu ihren Füßen die Stadt, auf der anderen Seite ein weit hinausgedehntes Tal, tief unten ein Kloster mit Kirchenkuppel, von der Glockengeläute heraufklingt.

Auf einer Aussichtsplattform unterhalb des Hotels ist die trotzige Büste eines Spaniers aufgestellt. Es ist, wie die Inschrift besagt Francesco di Orellana, Pizarros Gefährte, der im Jahre 1541 den Amazonas entdeckt und in monatelanger, abenteuerlicher Reise bis zur Mündung im Atlantik befahren hat. Das bescheidene Rinnsal, das sich von hier ins Tal hinunter arbeitet, gehört bereits zu den vielen tausenden von Quellen, aus denen sich auf einer Gesamtlänge von 6500 Kilometern der wasserreichste Fluß der Erde bildet. Das Amazonas-Urwaldgebiet, das weit jenseits des grün verschwimmenden Horizontes im brasilianischen Bereich eine Fläche von 6 Millionen Quadratkilometern bedeckt (das ist mehr als der europäische Teil der Sowjet-Union!) ist heute wohl die einzige noch fast unerforschte, unzugängliche, nur von Wildvölkern bewohnte und dennoch fruchtbare Großlandschaft der Erde.

*

Am nächsten Morgen Weiterflug nach Lima mit Zwischenlandung in Guayaquil, der tropischen Hafenstadt Ecuadors; hier werden vor allem Bananen nach Europa verladen.

Im Anflug zeigt sich eine wasserdurchzogene Waldlandschaft, die sich erst in Stadtnähe gliedert. Auf einigen Hügeln ist diese Ansiedlung entstanden – in einem Klima, das sich in seiner dämpfigen Feuchte auf den Atem schlägt. Während sowohl Bogotá wie Quito auf fast 3000 Meter Höhe über dem Meer liegen, sind wir nun unten in der „terra caliente" gelandet. Hier herrscht nicht nur afrikanische Hitze, hier leben auch afrikanische Menschen. Die mittelamerikanischen Küstengebiete sind ebenso wie die „westindischen" Inseln seit der Ankunft der Spanier ein Lebensbereich der Neger und Negermischlinge geworden. Der Bedarf an Arbeitskräften, die diesem Klima angepaßt sind, war der Anstoß umfangreicher Sklavenimporte, die schon in den ersten Jahren der „Konquista" begonnen haben und jahrhundertelang fortgesetzt wurden.

In Guayaquil begreift man den Zusammenhang: die Herrschaft der Azteken in Mittel-, der Inka in Südamerika war ein Regime von Gebirgsvölkern, das von See her zu Fall gebracht wurde. Die maritime Abhängigkeit der neuen Herren wiederum zwang zum Einsatz von tropentauglichen Menschengruppen. Weder die Europäer noch die Indianer konnten und können das leisten, was hier geschehen muß: Warenumschlag in Feuchte und Hitze. Nur Neger und Negermischlinge sind dazu fähig.

Glücklicherweise ist unsere Maschine nach einer halben Stunde endlich aufgetankt; in der gekühlten Kabine atmen die Passagiere wieder auf.

*

Zunächst fliegen wir erneut in den Nebel und über die Wolken, die nochmals ihren weißen Teppich ausbreiten. Nur in der Ferne ragen gelegentlich einige Andengipfel heraus. Erst eine halbe Stunde vor Lima, der Hauptstadt Perus, lockert sich das Nebelfeld unter uns – es gibt eine merkwürdige Sicht frei: eine gelbausgedürrte leblose Wüstenlandschaft mit scharfer weißer Kante: dort drängt die Brandung des grünen Pazifik an die Ufer.

Hätten die Spanier nicht gewußt, daß hoch droben in den Bergen unsagbare Schätze auf sie warten, dann würde vielleicht der Anblick dieses kahlen Landes die Abenteurer abgeschreckt haben. Nicht *dieses* Peru, sondern das „Goldland" in den Anden war es, von dem Eingeborene berichtet hatten und das die Phantasie Francesco Pizzaros beflügelte. Er konnte weder Lesen noch Schreiben und war dem spanischen König dennoch vertrauenswürdig genug, um ihm das Privileg für seinen Eroberungszug zu erteilen. Nach sorgfältiger Vorbereitung ließ Pizarro sich im Jahre 1532 mit 40 Reitern und 300 Mann an dieser Küste absetzen und machte sich sofort in die Berge auf. Was dann weiter geschah ist in einem kleinen Buch aus meinem Reisegepäck knapp geschildert*:

„Hoch oben in Cajamarca stießen die Spanier auf die Eingeborenen. Der Inka Atahualpa lagerte mit seinem Heere von 30000 Kriegern vor der Stadt, erstaunt über die fremden Eindringlinge, unsicher, welche Macht hinter ihnen stünde, abwartend, was sie wohl planten. Er überließ ihnen als seinen Gästen den Palast Cajamarca und versparch, sie dort zu besuchen. Das war für Pizarro die Gelegenheit, dem Beispiel des Cortez zu folgen, der den Kaiser Montezuma von Mexiko in seiner eigenen Hauptstadt gefangen gesetzt hatte. Bevor der Inka den Palast betreten hatte, erfolgte der Überfall. Vor dem Krachen der Feuerwaffen und unter dem niederschmetternden Eindruck der gepanzerten Reiter stob nicht nur die überraschte Begleitung des Inkas, sondern das ganze indianische Heer auseinander. Peru war ohne Verlust erobert.

Der unglückliche Inka bot als Lösegeld an, einen Raum, so hoch wie seine Hand reichte, mit Gold füllen zu lassen. Die Spanier stimmten zu, aber als das Versprechen erfüllt war, benutzten sie einen schäbigen Vorwand, um Atahualpa hinrichten zu lassen. Die Indianer waren ohne eine anerkannte Führung nicht imstande, Widerstand zu leisten. Überall wurden die Spanier als Herren hingenommen, das ganze Reich lag ihnen zu Füßen."

Sie eroberten Cuzco – die Inka-Hauptstadt und damals die größte Stadt der „Neuen Welt"; aber ihre eigene Hauptstadt gründeten und bauten die Spanier – wie Bogotá und Quito – auch in diesem Lande selbst. Das wichtigste war ihnen die See-

* Zitat nach Ernst Samhaber: Kleine Geschichte Südamerikas, Frankfurt am Main 1955, S. 9f.

verbindung, der Nachschub von Menschen und Material aus der fernen Heimat. Deshalb suchten sie einen Küstenplatz, der einerseits einen Hafen, andererseits in der Wüste eine Oase bot; das fanden sie im Jahre 1534 – zwei Jahre nach der Überwältigung des Inka – dort, wo heute Lima steht.

*

Die Geschehnisse der Vergangenheit sind für diesen Bericht nur insoferne von Bedeutung, als sie Spuren hinterlassen haben und dadurch in die Gegenwart und Zukunft wirken.

Dennoch wäre eine Weigerung verfehlt gegenüber dem Flugprogramm, das Freunde in Lima durch rechtzeitige Platzreservierung vorbereitet haben. Sie meinen: wer nach Peru kommt, muß Cuzco gesehen und von dort aus Machu Pichu besucht haben.

Da die Maschine morgen in aller Frühe startet, bleibt für heute nur noch ein Überblick: zuerst rasche Fahrt durch breite Straßen einer großangelegten Stadt, in der die Zeugnisse altspanischer Architektur durch Geschäftshäuser amerikanischen Stils noch nicht völlig verdrängt sind. Dann Museen, die einen erstaunlichen Einblick in das Alter und den Reichtum südamerikanischer Urkulturen vermitteln.

So ist es nämlich: dieses Land weist bedeutende menschliche Dokumente auf, die 8000 Jahre zurückreichen. Auch die Inkas waren Eroberer, die Völker unterwarfen und frühere Zivilisationen überlagerten. Der Streit der Gelehrten geht um ihre Herkunft. Schon in Japan wurde mir angedeutet: der erste Inka sei Japaner gewesen. Das mag so oder anders gewesen sein; gewiß ist nur, daß die Frühkulturen ebenso wie der Inka-Staat an begrenzte Menschenschichten gebunden waren und mit ihnen untergegangen sind. Außer interessanten Museumsstücken, verwehten Tempelresten und Ruinenstädten im Wüstensand hat nichts überlebt.

Von den Inkas, deren Reich noch kurz vor dem Eintreffen Pizarros von Chile bis nach Ecuador ausgeweitet wurde, kennt man zwar die Gesetze ihres strengen Regierungssystems, die Spuren ihrer imponierenden Verbindungsstraßen, auf denen die

Boten des Inka im Stafettensystem Regierungsweisungen in alle Teile des Reiches verbreiteten – aber auch hier hat es die Historie mit einer Herrenschicht zu tun, die den Zusammenbruch ihres Reiches nicht überdauert hat.

Geblieben ist das einfache Volk, das in der Inkazeit geradezu einer „Staatssklaverei" unterworfen war. Die Inka-Ordnung griff bis in das innere Gefüge der Familien ein; ihre Bürokratie ordnete Heiraten an, überwachte die Kindererziehung, bestimmte die Berufsausbildung der Jugendlichen und sah harte Strafen für jede Missetat vor, insbesondere auch für die Vernachlässigung landwirtschaftlicher Arbeitspflichten.

Bei all solcher Perfektion war dennoch der Sinn für die Technik unterentwickelt: das Rad war auch hier noch nicht erfunden; beim Bau der Inkastraßen wurden zur Überwindung von Höhenunterschieden Stufen eingefügt! An der Wende der europäischen „Neuzeit" regierten diese Inkas nicht unähnlich wie die Pharaonen in Ägypten mit Zepter und Peitsche über ein Fellachen-Volk.

Als die Spanier kamen, mußten sie nur eine kleine Oberschicht beseitigen – und das haben sie gründlich getan.

*

Die Flüge nach Cuzco werden von zwei peruanischen Luftfahrt-Gesellschaften organisiert, von denen die eine – bei billigen Preisen – im Rufe einer gewissen Nonchalance steht. Gelegentlich stürzen ihre Maschinen in den Bergen ab. Meine Flugkarte ist bei der teureren – und zuverlässigeren – Gesellschaft gebucht. Immerhin sieht man auch dieser viermotorigen Maschine, die draußen auf dem Rollfeld auf uns wartet, deutlich an, daß sie anderswo schon bessere Zeiten gesehen hat. Über jedem Sitz hängt ein Sauerstoffschlauch, den wir nötig haben werden, denn Cuzco liegt auf 3400 Meter über dem Meer und die Kabine ist nicht druckgesichert.

Mit einer Stunde Verspätung, aber ohne weiteren Zwischenfall, klettert unser alter Vogel in die Höhe – diesmal ist das Wetter freundlicher gesinnt, die Vorberge der Anden, grün bis über die Gipfel, bleiben bald unter uns zurück, wir steigen in die Region einsamer Schneeberge und über sie hinaus.

Auch die Stewardessen klemmen sich ein Sauerstoff-Anschlußstück in den Mund, während sie die Passagiere im Auge behalten, um bei Ohnmachtsanfällen eingreifen zu können. Nach einer Flugstunde über völlig einsamer Gebirgslandschaft kreisen wir ins Cuzco-Tal, das ähnlich wie das von Bogotá – wenn auch enger und höher gelegen – eine Kultur-Landschaft zeigt und zwar sogar eine sehr eindrucksvolle: der deutlich auszumachende Terrassenbau an den Berghängen ist bereits auf Befehl der Inka angelegt worden und seither erhalten geblieben.

In der Stadt Cuzco haben Pizarro und seine Nachfahren sonderbare Arbeit geleistet. Auf die alte Inka-Hauptstadt haben sie eine spanische Provinzstadt buchstäblich übergestülpt. Fast jede der Kirchen, Klöster, Regierungsgebäude, die auch hier in spanischem Barock prunken, steht auf den Grundmauern von Inka-Tempeln und Inka-Palästen. Gelegentlich zeigen sich die mächtigen Steinquader der alten Reichsbauten sogar noch offen als Basis der aufgepropften spanischen Architektur. Bis in die Einzelheit hat man der Inka-Tradition nachgespürt – so erstand aus und auf den Ruinen des einstigen Sonnentempels die Kirche Santo Domingo; aus den Bauteilen eines zerstörten Palastes, in dem einst Jungfrauen zu Priesterinnen ausgebildet wurden, hat man ein Nonnenkloster errichtet. Auf Schritt und Tritt ist die Absicht zu spüren: hier wollte der Spanier sich demonstrativ als Überwinder zeigen.

Ebenso andächtig wie verständnislos kniet das Volk in den halbdunklen, von Gold- und Kerzenschimmer erfüllten Kirchen – hier lebt ein unvermischtes Indianertum in die Jahrhunderte hinein – weder die Inkas, noch die Spanier haben es in seinen dunklen Tiefen aufzuwühlen vermocht.

Gewiß – es gab hier Indianer-Aufstände gegen die Spanier; die das zustande brachten gaben sich als Inka-Nachfahren aus – aber das waren Episoden, die von den neuen Herren ohne Schwierigkeit gemeistert wurden.

Langsamen Schrittes – die Höhe macht sich bemerkbar – wandere ich staunend durch die Straßen und über die Plätze dieser seltsamen Stadt; der Blick nach oben zeigt ein manchmal zierliches Spanien, der Blick in die verborgenen Tiefen erinnert an ein monu-

mentales Herrschertum, die Straßen aber sind vom stummen und doch bunten Leben eines von uns nicht durchschaubaren Volkes erfüllt.

*

Es geschah zwischen 1909 und 1911: ein nordamerikanischer Diplomat und Schriftsteller, der eigentlich eine Biographie Bolivars schreiben wollte, kam nach Cuzco. Dort hörte er von einer geheimnisvollen Inka-Stadt, die die Spanier einst und seither vergeblich gesucht und nie gefunden hatten. Aufgrund mancher Hinweise und Überlegungen rüstete Hiram Bingham (so hieß der junge Professor der Yale-Universität) eine Expedition aus – und er wurde fündig. An den Hängen eines wildzerklüfteten Gebirgstales fand er zwei einsame Indianerhütten, deren Bewohner ihn und seine Leute in dichten Busch führten: dort war unter wildwuchierndem Dschungel fast unzerstört verborgen, was sie suchten – eine ganze, terassenförmig um einen Berggipfel angelegte Stadt, in der einst über tausend Menschen gelebt haben mußten. Vier Jahre lang dauerten die Rodungsarbeiten bis 1915 freigelegt war, was heute als eine der großartigsten Baulandschaften längst vergangener Zeiten gelten darf, ein Pompeji der Inkas.

Die schmale Bahn von Cuzco nach Machu Pichu muß in Umkehr-Kurven bis über 4000 Meter emporsteigen, um dann in stundenlanger Höhenfahrt die Touristen am Eingang des entlegenen Felstales zur Weiterfahrt mit Omnibussen abzusetzen. Auf einem Zwischengipfel, von einem tief eingeschnittenen Gebirgsfluß umrauscht, wirkt das freigelegte Machu Pichu schon in der Ferne wie eine uneinnehmbare Bergfestung – und einer Verteidigungsaufgabe hat diese Anlage gewiß auch gedient. Aber eben nicht nur dieser – zur rein militärischen Verteidigung hätte es kaum einer solchen Vielzahl von Bauten bedurft, die – wenigstens in ihrem Mauerwerk – fast ganz erhalten und in ihrer Zweckbestimmung erklärbar sind; sie steigen im Range nach immer höher: vom untengelegenen Handwerkerviertel, den Gärten für die Nahrungsmittelversorgung, bis hinauf zu den in mächtigen Quadern errichteten Königs- und Priesterhäusern, dem Adelsplatz, schließlich zum Gipfel, dem Sonnenobservatorium mit

seinem unvergleichlichen Ausblick – unten gischtende Tiefe, weit in der Ferne nebeldampfender Urwald.

War Machu Pichu nur eine geheime Fluchtstadt, war es ein Heiligtum der Inka und des Inka-Adels? Die Ausgrabungsarbeiten haben weibliche Überreste, kaum jedoch männliche zu Tage gefördert. Auch das gibt Rätsel auf.

Sind die Spanier schneller gewesen – haben sie die Flucht dorthin verhindert, gibt es irgendwo in den Bergen und Wäldern ein Inka-Katyn, in dem die Gebeine der Männer modern, die in Machu Pichu gesucht und nicht gefunden wurden?

*

Wo die Inka-Führung ihre Gräber gefunden hat, wissen wir nicht. Aber Pizarros, des Siegers, Leiche ist ähnlich der Lenins dem Volk zur Schau gestellt. In einer Seitenkapelle der Kathedrale von Lima sind in einem Glassarg die mumifizierten Überreste des Mannes aufgebahrt, der wie kein anderer mit harter Hand das Schicksal dieses Landes für Jahrhunderte vorher bestimmt hat und der selbst ein blutiges Ende fand. Nachdem Pizarro nicht nur den letzten Inka, sondern 1538 auch noch seinen bisherigen Waffengefährten Almagro hatte hinrichten lassen, fiel er selbst am 26. Juni 1541 von Mörderhand.

Aber es war kein Indianer, der ihn erdolchte, sondern ein Spanier ...

Die Rebellen von Lima

Der Anflug auf Lima zeigt die Eigenart dieser größten der spanischen Kolonialresidenzen wie im Sandkasten. Das darf wörtlich aufgefaßt werden: während draußen das Meer unverändert die Grenze bezeichnet, sind es ins Land hinein Menschenhand und Menschenwille, die den grünen Bereich in die Wüste hinein vorgetrieben haben. Wie abgezirkelt zeichnen sich da unten die Straßen ab und um sie herum ein Glacis von Kulturland;

genau ist die Linie auszumachen, an der die Bewässerung endet und die baum- und strauchlose gelbe Dürre beginnt; in sie sind noch einige Straßen vorgetrieben, die irgendwo im Horizont verlaufen.

Die Stadt selbst atmet mit ihren breiten Avenuen, ihren großen denkmalgeschmückten Plätzen, ihren residenzartigen Regierungsgebäuden etwas vom weltstädtischen Geist Madrids. Denn spanisch ist hier das Leben und sein Stil; die Ablösung von der überalterten Herrschaft hat hier durch den argentinischen General San Martin um einige Nuancen „europäischer" stattgefunden wie im nördlichen Machtbereich Bolivars. Dieser mußte sich sogar von Peru ausdrücklich zurückziehen, und die Auseinandersetzungen der nach den spanischen Vizekönigen in Lima regierenden Machthaber mit ihren nördlichen Nachbarn, insbesondere Ecuador, sind nie sehr freundlich, mehrmals sogar kriegerisch gewesen – bis in die neueste Zeit. So nahm Peru noch im Herbst 1941, also mitten im Zweiten Weltkrieg, die Gelegenheit wahr, um den Ecuadorianern mit Waffengewalt ein beträchtliches Urwaldgebiet am oberen Amazonas zu entreißen; Nordamerika und Europa waren damals zu sehr in ihre eigenen Probleme verwickelt, um die Affäre auch nur zur Kenntnis zu nehmen. Aber in Quito werden heute noch die Blicke starr und feurig, wenn man von Peru spricht, das geradezu als ein „Erbfeind" gilt, seit man in einem „Protokoll" vom 29. Januar 1942 nicht weniger als 193000 Quadratkilometer abtreten mußte, weil die peruanische Armee dieses Gebiet besetzt hatte und der US-Präsident Roosevelt entweder nicht willens oder nicht fähig war, diesen „Krieg während des Krieges" anders beizulegen. Die Peruaner zeigten sich ihm dafür erkenntlich: nach diesem „Protokoll von Rio de Janeiro" brachen sie willig die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland und Japan ab und ließen bald darauf eine Kriegserklärung folgen, der man freilich in Berlin ähnlich geringe Aufmerksamkeit schenkte, wie vorher dem Grenzstreit.

Was immer in Lima geschah – nördlich des Äquators wurde das bislang nicht allzu wichtig genommen.

Die Frage, ob dieser Satz wohl auch für die Zukunft gelten könne steht im Hintergrund mehrerer Gespräche mit einem wohlunter-

richteten deutschen Freund. Carlos Freiherr von Merck kennt aus seinem eigenen fast abenteuerlichen Leben nicht nur Peru, sondern ganz Ibero-Amerika und lebt mitten in den oft verwirrenden Problemen dieser Länder und Völker – mit heißem Herzen, denn er fühlt sich als Sohn eines deutschen Offiziers und einer spanischen Mutter aus bester Guatemala-Familie mit dem Schicksal dieses Kontinents eng verbunden, einer von denen, die sowohl in die Weite wie in die Tiefe blicken.

Zunächst fahren wir gemeinsam durch das repräsentative Lima, dann auch noch zu den hier wie in Bogotá auf den Höhen angesiedelten Höhlen- und Hüttensiedlungen der Entwurzelten, die das Problem all dieser Städte sind und an denen offenbar jede Regierung scheitert. Die Blicke der hier vegetierenden Indios sind stumpfer als die der kolumbianischen Mestizen; es fehlen hier nahezu jegliche Anzeichen der Selbsthilfe – und sei es die einer kriminellen.

Das abgegriffene Wort von der „anderen Welt" drängt sich dem Besucher auf, der eine Viertelstunde nach der Hunger- und Bettlerrundfahrt durch die Barriados von Lima auf dem Dachgarten des Hotels „Crillon" und bei kühlem Getränk den Blick über die weitläufige Stadt schweifen läßt. Mein Begleiter hat zu unserem Gespräch eine Niederschrift mitgebracht, die ich mir nach interessierter Durchsicht ausbitte, weil sie die in Deutschland und Europa kaum erfaßte und gewiß nicht begriffene Spannung zwischen Nord- und Südamerika profund skizziert:

„Der Gegensatz zwischen den beiden Amerikas besteht bereits seit Generationen. Günstigere räumliche Voraussetzungen und die vorwiegend germanische Herkunft der Bevölkerung machten Nordamerika zu einem Frühentwickler, der den Sprung von der britischen Kolonie zur ersten Weltmacht in knapp 150 Jahren schaffte. Südamerika hingegen hat in der gleichen Zeit seine Kraft nicht zu ballen vermocht, die Widerstände seines Lebensraumes erst langsam zu überwinden begonnen und bisher die zwanzig anderen hilfsbedürftigen 'Spätentwickler' dieser Erde nicht überholen können.

So ist Nordamerika eine Weltmacht von überwältigendem Potential, Südamerika dagegen zersplittert, ohnmächtig und schwach, bestenfalls 'ein Versprechen', und Gesamtamerika deshalb ein Kontinent ohne Gleichgewicht.

Diese Kopflastigkeit der Macht und diese Unterschiedlichkeit im Entwicklungstempo der etwa gleichaltrigen zwei Amerika schufen von Anfang an bei den USA die komplexartige Angst um den 'weichen Unterleib' Südamerika, bei den übrigen zwanzig Kontinentalstaaten aber das unbehagliche Gefühl des immer schwerer werdenden Druckes 'von oben'. Diese beiden Ängste sind zu Leitmotiven der Politik auf dem gesamtamerikanischen Kontinent geworden: Die Furcht vor der erdrückenden, unmittelbar benachbarten Großmacht im Norden treibt die Südamerikaner zur ständigen Suche nach Gegengewichten, während andererseits die Vereinigten Staaten geneigt sind, in jedem Gegengewicht den Anfang einer bedrohlichen, sie selbst gefährdenden Infiltration im Süden zu sehen.

Der Ursprung dieses Sachverhaltes ist aufschlußreich. Bereits dreizehn Jahre nach der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung (1776), erschien der Venezolaner Francisco de Miranda in der USA, um die Führer der neuen Föderation für die Befreiung Spanisch-Amerikas zu gewinnen. Aber wo er himmelstürmende Freiheitshelden erhofft hatte, traf er sehr nüchterne Demokraten, die ihr Unabhängigkeitsbestreben aus Kontributionsverweigerungen, Auflehnung gegen die britischen Teesteuern und anderen rein händlerischen Motiven ableiteten. In seinen frühen Briefen bekennt Miranda, wie wesenfremd ihm dieses Denken erschien. Noch befremdender aber wirkte er selbst auf die USA-Gründerväter. Über den Plan des Feuerkopfes, die drei spanischen Vizekönigreiche aus den Angeln zu heben, um daraus eine große Süd-Föderation 'unter einem regierenden Inka' zu bilden, lächelten sie überlegen. Thomas Jefferson lehnte den phantastischen Gedanken rundweg ab. Seine Gründe hat er in einem Brief an Madison am 25. Januar 1786, fünfzehn Jahre vor der ersten lateinamerikanischen Unabhängigkeitserklärung nüchtern dargelegt:

> 'Man muß in unserer Konföderation das Nest sehen, von dem aus ganz Amerika, der Norden wie der Süden bevölkert werden soll. Wir wollen deshalb auch vorsichtig sein und nicht zu schnell irgend einen Druck auf Spanien ausüben ... vorläufig können die südamerikanischen Länder in keinen besseren Händen sein. Meine einzige Befürchtung ist, daß die Spanier zu schwach sind, um sie zu halten, bis unsere eigene Bevölkerung genug gewachsen ist, um sie ihnen Stück für Stück (piece by piece) wegzunehmen.'

Aus diesen Zeilen Jeffersons spricht bereits die Furcht vor der Schwäche des Südens. Und es gehört zur feinen Ironie der Geschichte, daß gerade diese Angst Jeffersons, und seine ablehnende Haltung den Freiheitskämpfer Francisco de Miranda und alle

lateinamerikanischen Patrioten auf der Suche nach Hilfe ausgerechnet den Briten zutrieb, die danach als Protektoren der lateinamerikanischen Unabhängigkeit lange Zeit das eigentliche Gegengewicht zu dem kontinentalen Hegemoniedrang der USA abgeben sollten.

Merkwürdigerweise hat auch die Idee des Panamerikanismus, die später mit der Monroe-Doktrin verbunden, die nordamerikanische Kontinentalpolitik bestimmen sollte, die Nordamerikaner zunächst überhaupt nicht begeistert. Als Bolivar 1826 zum Ersten Panamerikanischen Kongreß nach Panama einlud, entsandten die USA nur widerwillig zwei Beobachter: Einer starb auf dem Wege, der andere traf erst nach Schluß der eigentlichen Sitzungen ein – und hatte zudem keinerlei Vollmachten! Man darf sich also nicht wundern, wenn die Lateinamerikaner nach jenen Anfangserfahrungen den Stachel des Argwohns nicht los wurden, daß die Sache der südamerikanischen Unabhängigkeit und der Solidarität beider Amerikas dem Koloß im Norden niemals wirklich am Herzen gelegen habe.

Aus dieser Gefühlslage ergab sich jene psychologische Glaswand, die heute die interamerikanischen Beziehungen behindert. Sie nahm in den Jahren des 1846 begonnenen nordamerikanischen Krieges gegen Mexiko und der Annexion von Texas, Kalifornien und Neu-Mexiko bereits Mauerstärke an. Da England dem amerikanischen Raubzug untätig zusah, boten die Mexikaner damals erstmalig Frankreich als Gegengewicht auf. Napoleon III. protestierte gegen den nordamerikanischen Überfall und schaltete sich in die Amerikapolitik ein: in Mexiko mit Maximilian von Habsburg, in Panama mit den Kanalplänen Lesseps, in Paraguay mit dem Plan eines Guarani-Kaiserreiches unter dem Marschall Francisco Solano López, in Brasilien durch eine massive wirtschaftliche Penetration in der Zeit des Kaisers Pedro II.

Dieses Kapitel der Geschichte des Kontinents hatte große Bedeutung, weil die Vereinigten Staaten im Zuge ihrer Expansion erstmals ganz bewußt, im Namen der 'Eigenständigkeit des amerikanischen Kontinents', das Eingeborenenelement gegen den europäischen Einfluß aufputschten. Indioarmeen unter Führung des Zapoteken Júarez bereiteten mit nordamerikanischer Hilfe dem auf französische Bajonette gestützten Kaisertums Maximilians ein Ende. Brasilianische Negerarmeen unter dem Mulatten Correa da Camara besiegten und töteten den Marschall von Paraguay bei Cerro Corá. Und das Nachspiel, das Scheitern des französischen Kanalbaues in Panama, war nicht so sehr eine Folge der Malaria, als der Überfälle bewaffneter Cuna-Indianer aus dem Urwald – und der nordamerikanischen Intrigen.



Machu Pichu

Jener Auftakt zum Zeitalter des nackten 'Dollarimperialismus' und der Knüppelpolitik 'Big Stick' von Theodore Roosevelt endete 1898 mit der endgültigen Vertreibung der Spanier, aber auch mit der Errichtung der ersten nordamerikanischen Kolonie auf lateinamerikanischem Boden in Puerto Rico. Die von Jefferson empfohlene 'piece by piece'-Strategie schien ihre Früchte zu tragen:

Es folgten:

1848 Besetzung der mexikanischen Bundesstaaten Texas, Kalifornien und Neu-Mexiko;
1855 Übernahme der Präsidentschaft Nicaraguas durch den nordamerikanischen Abenteurer Walker;
1898 Besetzung Kubas und Puerto Rico;
1903 Lostrennung Panamas von Kolumbien und Ausrufung der Panama-Kanalzone;
1905 Besetzung Santo Domingos;
1906 erneute Besetzung Kubas und Verkündung der Platt-Klausel, mit der sich Washington ständiges Interventionsrecht in kubanische Angelegenheiten sicherte;
1909 Besetzung Nicaraguas;
1911 Besetzung von Honduras;
1915 Besetzung von Haiti.

Gewiß, die Nordamerikaner sind in diesen Ländern immer nur kurze Zeit als Besatzer geblieben; aber das genügte, um ihre Machtposition zu konsolidieren und die südamerikanische Furcht vor dem 'Imperialismo Yanqui' oft bis zur Panik zu steigern.
Man kann zusammenfassend sagen, daß der mit der Konferenz von Washington (1889/90) unter Berufung auf Simon Bolivar, wiederbelebte Panamerikanismus eigentlich nur die wirtschaftliche Ergänzung des politischen 'Big-Stick'-Imperialismus war und darauf abzielte, den europäischen Handel auf dem amerikanischen Kontinent unter der Parole der 'kontinentalamerikanischen Eigenständigkeit' auszuschalten. Dem gleichen Ziel dienten die nachfolgenden drei panamerikanischen Zusammenkünfte von Mexiko (1901/02) und Buenos Aires (1910). Dann kam der Erste Weltkrieg und erleichterte den Nordamerikanern diese Politik. Sein Ausbruch wurde von der Hearstpresse geradezu als 'großartige Gelegenheit, unsere Hegemonie auf diesem Kontinent zu festigen' gefeiert.
In der Zeit zwischen 1914 und 1918 erreichten die USA eine fast vollständige Hegemonie über die westliche Hemisphäre. Gerade diese Tatsache dürfte Wilson zur Einmischung in Europa ermutigt haben: Die Monroe-Doktrin mag ihm bereits so überflüssig erschienen sein, daß er auf die Voraussetzung ihrer mora-

lischen Berechtigung, nämlich die Nichteinmischung in die Händel anderer Kontinente, glaubte ungestraft verzichten zu können. Auch die Indianistische Revolution in Mexiko von 1910 wird ihm als eine Stärkung der 'kontinentalamerikanischen Eigenständigkeit' mit antieuropäischer Zielsetzung erschienen sein. Man ahnte damals nicht, daß der Verrat an der Monroe-Doktrin schon ein Menschenalter später den Sowjets den Weg nach Kuba öffnen und der aufgeputschte Indianismus einstmals Anlehnung an Peking suchen würde.

Schon die Fünfte Panamerikanische Konferenz (1923) in Santiago de Chile zeigte aber, daß der Geist der mexikanischen Revolution die zweite, die autochthone Seele des Kontinents geweckt hatte. Lateinamerika oder 'Indoamerika', wie man damals schon zu sagen begann, widersetzte sich ganz entschieden dem nordamerikanischen Hegemonialanspruch und begann darum wieder eifrig nach dem verlorenen Gegengewicht zu suchen – die junge revolutionäre Generation erstmalig bei der Sowjetunion (die 1925 ihre erste Botschaft in Mexiko einrichtete), die alten bürgerlichen Schichten wieder bei den westeuropäischen Ländern, mit denen sie sich kulturell verbunden fühlten. Das zwang die Nordamerikaner zur Beschränkung auf einen praktischen Panamerikanismus, in dessen Zeichen auch die Sechste Panamerikanische Konferenz (1928) in Havanna stand, bei welcher jedoch schon die Sowjetbotschafterin in Mexiko, Alexandra Kollontay, als Beobachterin erschien.

Auf der Siebten Panamerikanischen Konferenz (1933) von Montevideo nahm Franklin Delano Roosevelt seine sogenannte 'Politik der guten Nachbarschaft' auf, durch die er die südlichen Nachbarn mit großen Versprechungen aus der relativen Geborgenheit einer reinen Kontinentalpolitik in die Strudel und Wildwasser seines Weltmachtstrebens hineinriß.

Schon auf der Achten Panamerikanischen Vollkonferenz (1938) in Lima wurde es klar, daß Roosevelt dabei war, die Monroe-Doktrin in ein Aggressionsinstrument ersten Ranges umzuschmieden. Diese Umwandlung wurde bezeichnenderweise nicht auf panamerikanischen Plenarkonferenzen, auf denen alle Länder Amerikas Sitz und Stimme gehabt hätten, beschlossen, sondern auf sogenannten 'Konsultativkonferenzen' der amerikanischen Außenminister in Panama (1939), Havanna (1940) und Rio de Janeiro (1941/42) unter grobem politischem und diplomatischem Druck der USA auf die durch die Kriegsereignisse von ihren natürlichen Märkten in Europa abgeschnittenen lateinamerikanischen Staaten. Alle Anstrengungen der USA-Politik auf dem amerikanischen Kontinent richteten sich nunmehr unterschiedslos gegen jeden Einfluß Europas, ihre eigenen britischen

Verbündeten nicht ausgenommen. Und wieder geschah, was sich schon einmal unmittelbar nach Verkündung der Unabhängigkeit ereignet hatte: Die Fiktion einer Bedrohung Amerikas durch Europa – diesmal 'die Achse!' – und das Bündnis mit dem eigentlichen Feind des Kontinents, in diesem Falle nicht mehr mit England, sondern dem Bolschewismus, lieferte den schwachen Subkontinent einem übermächtigen Einfluß aus.

Wie sehr Washington im Irrtum war, zeigte die interamerikanische Entwicklung seit Kriegsende: Den Yankees gelang es zwar unbestreitbar, das panamerikanische System auf der Neunten Panamerikanischen Vollkonferenz (1948) in Bogotá durch Annahme der 'Charta der Organisation der Amerikanischen Staaten' (OAS) endgültig festzulegen, aber schon während der Konferenz kam es in den Apriltagen 1948 in der kolumbianischen Hauptstadt zum traurig berühmt gewordenen 'Bogotazo', dem ersten bolschewistisch inspirierten Massenaufstand auf amerikanischem Boden. Heute wissen wir, daß der Aufruhr zugleich das revolutionäre Debut Fidel Castros war. Unmittelbar danach folgte der Versuch zur Bildung eines kommunistischen Brückenkopfes in Guatemala. Beide Ereignisse beschäftigten die Zehnte Interamerikanische Vollkonferenz (1954) in Caracas. Auf jeder Konferenz sprach der brillante guatemaltesische Außenminister Toriello in aller Offenheit vom 'Kontinent ohne Gleichgewicht' und erklärte rundheraus, daß die Übermacht der USA auf dem Kontinent und die Abhängigkeit, in die sie auch Westeuropa gebracht hätten, die lateinamerikanischen Staaten zwinge, nach Gegengewichten beim Ostblock Umschau zu halten. Der alte Teufelskreis war also wieder geschlossen. Bei den Lateinamerikanern Angst vor dem Riesen im Norden, daher Suche nach einer ausgleichenden Macht, an die sie sich anlehnen könnten; bei den Angloamerikanern Furcht vor der Schwäche der zwanzig Nachbarn im Süden, und jetzt endlich die nur zögernd gewonnene Erkenntnis, daß der Weltkommunismus entschlossen war, sich als Partner der Schwachen anzubieten.

Um so unbegreiflicher erscheint es in der Rückschau, daß knapp sechs Jahre nach der Caracas-Konferenz, nach dem Erwachen Amerikas in Dingen der kommunistischen Absichten und nach Foster Dulles' berühmten Ausspruch: 'Die amerikanischen Staaten werden niemals ein kommunistisches Regime auf dem Boden ihres Kontinents dulden', die kubanischen Ereignisse folgen konnten – in dem Florida nächstbenachbarten lateinamerikanischen Staat und auf einer Insel des so sorgfältig gehüteten 'amerikanischen Mittelmeeres'.

Die sowjetischen Raketenrampen auf Kuba, von denen bis heute niemand sagen kann, ob sie nach der Krise 1962 wirklich abmon-

tiert wurden, sind das unvermeidliche Ergebnis der kontinentalpolitischen Schaltfehler der USA-Diplomatie.

Das Drama begann: 1954 wurde in Brasilien der selbstbewußte Präsident Getulio Vargas in den Selbstmord getrieben, ein Jahr später General Peron in Argentinien gestürzt, und der Diktator' von Panama, Oberst Remon, ermordet. Das Jahr 1956 brachte gleich die Erledigung von vier antikommunistischen Regimen: General Odria in Peru, Lozano in Honduras, General Magliore in Haiti und Oberst Osorio in El Salvador. General Stößner in Paraguay konnte die gegen ihn gerichtete Revolte bewältigen; Nicaraguas 'starker Mann', der alte General Anastasio Somoza, wurde dagegen ermordet. 1957 fand ein weiterer Präsidentenmord an dem Retter Guatemalas, Oberst Castillo Armas, statt. Kurz danach stürzte in Kolumbien das Militärregime des Generals Rojas Pinilla, 1959 die venezolanische Militärregierung Perez Jimenez; unmittelbar zuvor hatte bereits Fidel Castro in Kuba dank drastischer USA-Hilfe den Diktator General Fulgencio Batista überwunden.

Mit diesen vier Ermordungen regierender Staatschefs, einem Selbstmord und sieben Revolten erhielt der Kommunismus unter dem Beifall der blindgemachten nordamerikanischen Massen in ganz Lateinamerika grünes Licht, und seine wichtigste Figur, Fidel Castro, war nun auf das kontinentale Schachbrett gestellt. Im August 1959 trat in Santiago de Chile eine interamerikanische Außenministerkonferenz zusammen. Anstatt sich gegen die kommunistische Infiltration zu wenden, verdammte sie die 'diktatorischen Regime' Amerikas. Genau ein Jahr später trommelte man – nach vergeblichen Bemühungen, auch noch die Regime Stößners in Paraguay und Trujillos in der Dominikanischen Republik aus dem Sattel zu heben – in San José de Costa Rica wieder die Außenminister zusammen, um Sanktionen gegen diese beiden Länder zu beschließen. Im Schatten des Kampfes gegen den 'Prototyp-Diktator Trujillo' vollzog Castro seinen weiteren Aufmarsch. 1961 wurde Trujillo ermordet, nachdem Castro sich durch den Sturz Urrutias endgültig demaskiert hatte. Die nordamerikanischen 'dictator-busters' hatten nicht nur den ersten kommunistischen Brückenkopf ermöglicht, sondern überall für 'weiche' Regierungen gesorgt, die den Aufmarsch der Weltrevolution auf dem ganzen Kontinent seither wesentlich erleichtert haben. Man muß einmal diese Ereignisse in zeitlicher Kette sehen, um wirklich zu begreifen, *was* geschah, *wie* es geschah – *und was noch droht!*"

„Was noch droht?" – diese Frage ist mit eindringlicher Sorge gestellt und sie ist gewiß begründet angesichts des auch hier ge-

zeigten nordamerikanischen Unvermögens und Unwillens, die Verhältnisse fremder Völker ernstlich einzusehen und sich auf sie einzustellen.

Im Kern geht es hier in Peru nur um eine kleine Schicht derer, die zum politischen Handeln überhaupt fähig sind. Sie haben den Inka-Adel und später den Hof des Vizekönigs abgelöst ohne über die gleiche innere Stabilität zu verfügen. Die wirksamste Sammlungsstätte für Führungskräfte fast aller südamerikanischer Staaten bilden die Offiziersschulen und die daraus hervorgehenden Armee-Kader. Daher die Bedeutung der Militärregime, daher auch immer wieder ihr neues Auftreten als „ultima ratio". Ihre politische Schwäche kann freilich auch nicht übersehen werden: sie stützen sich auf den unvermeidlich schwankenden Boden ganz ungleichartiger Völker, die in Wirklichkeit keine sind, weil ihnen der geistige und seelische Zusammenhalt fehlt.

Auf der einen Seite rumort der Ordnungs- und Leistungswille einer Minderheit, auf der anderen Seite steht der Widerwille von Millionenmassen im Wege. In Peru verdichtet sich das innenpolitische Problem auf die Frage, ob und inwieweit die reinerhaltene Indiobevölkerung mobilisierbar ist. Leute wie Mao Tse Tung und Fidel Castro hoffen sogar, daß sie zur „Revolution" veranlaßt werden können. Historische Tatsache ist freilich, daß indianische Volksaufstände sich stets als unwirksam erwiesen haben – als Pizarro den letzten Inka öffentlich hinrichten ließ, schaute das Volk stumm und unbewegt zu.

Heutigentags machen die Kubaner die entsprechenden Erfahrungen: Nicht nur in Kolumbien gibt es Guerilla-Unternehmungen, die aus der Luft versorgt werden, auch in Bolivien und in den peruanischen Anden hat man solche „Nester" zu schaffen versucht – hier aber bei der rein indianischen Bevölkerung fanden sie keinerlei Unterstützung und deshalb konnten sie gnadenlos niedergekämpft werden. In Peru hat kein Guerilla-Führer überlebt, sie starben alle – wenn auch ohne das Weltaufsehen, das Che Guevarras Tod erregte.

Ein anderes Problem ist: läßt sich der Indio aus seiner Lethargie, aus seinem scheinbar interesselosen Dahinleben zu größerer Produktivität anreizen. Hier ist der Freund optimistischer: „Ja,

das müßte wohl in Grenzen zu erreichen sein, wenn man es richtig macht.“

Es habe, so berichtet er, *einmal* in der neueren Geschichte Südamerikas schon eine überzeugend erfolgreiche europäisch-indianische Symbiose gegeben – die Jesuiten-Organisation in Paraguay*:

---

* Wilfred von Oven berichtet dazu in seinem lesenswerten Buch „Argentinien-Paraguay-Uruguay“ (Nürnberg 1969, S. 196f.):

„Die Missionare der Gesellschaft Jesu begnügten sich nicht damit, die Indianer mit dem heiligen Sakrament der Taufe und bestenfalls noch mit einem Baumwolltüchlein zu versehen, um ihre heidnische Blöße zu verdecken, sondern sie faßten ihre Schützlinge nach den Präliminarzeremonien in festgefügten und gut organisierten Gemeinschaften zusammen, in denen ihnen nicht nur der Katechismus, sondern auch alles das beigebracht wurde, was sie in der für sie so völlig gewandelten Umwelt der Weißen zum Überleben brauchten. Zunächst wurden ein paar primitive Hütten, bald feste Häuser gebaut. Dann ging es an die Einteilung der Äcker und ihre Bestellung. Es folgte die Herstellung der unentbehrlichsten Handwerkszeuge und Geräte. Bald wandte man sich sogar einem gewissen Luxus mit der Zubereitung verfeinerter Nahrungsmittel, Anfertigung schöner Kleidungs- oder gar Schmuckstücke zu. Die Indianer hatten schließlich nicht nur Pflügen und Dreschen, Mörtelanrühren und Maurerkelle gebrauchen, Eisenschmelzen, Glasbrennen, Spinnen und Weben, Schustern und Schneidern gelernt, sie fertigten unter Anleitung der frommen Patres sogar Musikinstrumente und Uhren, Kirchengerät und Waffen an.

Zwei streng eingehaltene Grundsätze bestimmten das Leben in den Reduktionen. Es wurden in die von weißen Patres geleiteten Gemeinschaften nur Indios aufgenommen, aber keine Neger oder Mischlinge.... Man nahm den Eingeborenen auch nicht ihre Sprache. Im Gegenteil, die Patres lernten Guarani. Sie blieb alleinige Umgangssprache in den paraguayischen Reduktionen. Spanisch wurde nicht gesprochen.“

Über die Mitwirkung deutscher Patres berichtet von Oven (a.a.O. S. 199):

„Pater Martin Dobrizhofer (1718–91) war in Chaco bei den Abiponern tätig. Ihm und seiner großen Gönnerin und engeren Landsmännin, der Kaiserin Maria Theresia, verdankte die Wissenschaft das grundlegende ethnologische Werk über diesen einst besonders wilden, von den Jesuiten aber in zwei Reduktionen gebändigten Indianerstamm (Geschichte der Abiponer), Wien 1783/84. Der aus Tirol stammende Pater Anton Sepp von Seppenburg (1655–1733), der, am Ort seines vierzigjährigen Wirkens eingetroffen, als erstes ein riesiges Holzkreuz mit der Inschrift ‘Germania’ mitten im Urwald errichtete, brachte seinen Guaranies

„Man hat sie das 'heilige Experiment' genannt, und die Geschichte ist auch heute noch interessant. Die Jesuiten haben dort und damals nämlich das Gegenteil von dem getan, was man sonst und seither für erstrebenswert hält. Sie wollten die Indios nicht 'einschmelzen', sondern sie erziehen und langsam an europäische Arbeitsweise gewöhnen. In ihren 'Reduktionen' erhielten sich die Indianer in ihrer Eigenart, aber sie wurden auf eine höhere Zivilisationsstufe gehoben. Weil die Jesuiten dabei Erfolg hatten und weil ihre Kolonien immer reicher und schließlich eine wirtschaftliche Macht wurden, deshalb wurden im Jahre 1767 die Patres auf Befehl des spanischen Königs über Nacht verhaftet und außer Landes verbracht. Nach ihrer Vertreibung wurden die blühenden Jesuiten-'Reduktionen' an Günstlinge des Königs verteilt – und dann verfielen die Indios wieder in ihren Stumpfsinn. Manche flüchteten zurück in den Urwald, andere produzierten mit ihren neuen Herren Mischlinge. Einige Jahrzehnte später war eine zweihundertjährige Kulturarbeit verwirtschaftet. Welche Entwicklung hätte Südamerika wohl genommen, wenn dieses 'heilige Experiment' nicht so sinnlos abgebrochen worden wäre? Gewiß aber kann man aus der damaligen Erfahrung lernen und neuzeitliche Methoden entwickeln, um die Indianer in einer ihnen gemäßen Art und Weise modern produktiv zu machen."

Bisher haben hier in Lima noch wenige Leute in so realistischer Weise über die Indianerfrage geurteilt – aber es gibt solche Nachdenklichen. Sie formieren sich heute in den mittleren Rängen der peruanischen Armee, die nach ägyptischem Vorbild auf eine Art „Nasser"-Revolution lossteuern und sich von ihr erhoffen: Peru auf eigene Beine zu stellen, es aus der Abhängigkeit der Vereinigten Staaten herauszuholen, ohne die Abhängigkeit von Moskau oder Peking dagegen einzutauschen. Das erfordert natürlich eigenständige Lösung der inneren Grundprobleme des Staates.

Was zunächst geschieht, ist Vordergründiges. Die peruanischen Militär-Rebellen – es sei eine „tüchtige Gruppe" – haben sich

---

nicht nur das Musizieren auf selbst gebauten Flöten, Schalmeien und Bässen, Violinen, Harfen und Trommeln, bayerische Volkstänze und deutsche Weihnachtslieder, sondern auch die Anfertigung von Wand- und sogar Taschenuhren bei."

vorerst einmal moderne Flugzeuge beschafft. Als man sie von Washington nicht bekam, ist Frankreich als Lieferant aufgetreten. Als nächstes will man amerikanische Öl- und Landgesellschaften enteignen – und daraus vielleicht Kooperationen nach dem historischen Jesuitenmuster organisieren. Wie das geschehen wird und ob es gelingt – das steht noch in den Sternen. Noch streitet man um die Vorverlegung des nationalen Fischereibereiches an der Küste, um die Erweiterung der Drei-Meilen- zu einer 300-Meilen-Zone*.

Wenn die Amerikaner sich die Herausforderung bieten lassen – „sie werden auch hier noch vieles schlucken" – dann wird das Selbstgefühl der Offiziere beträchtlich gestärkt sein. Freilich wird erst dann, wenn sie diese provokative Phase überlebt haben, die wirkliche Aufgabe der „nationalen Rebellen" beginnen: zusammen mit den Indios tatsächlich „Staat zu machen".

Es gibt dafür das großzügig durchdachte Projekt einer „Urwald-Straße", die 2500 Kilometer die Anden entlang und in sie hineinführen, dabei nicht nur dem Verkehr sondern überhaupt erst der Erschließung riesiger Gebiete dienen, den Indios neue, ihnen gemäße Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten eröffnen soll. Mit einer allgemeinen Landreform soll die Schaffung eines indianischen Genossenschaftswesens einhergehen – und anderes mehr.

Das sind Ideen, die weder die spanischen Vizekönige von einst, noch die „Liberalen" von heute je ernstlich erwogen haben – offen bleibt freilich die Frage, inwieweit solche Ziele sich in der Realität dieses merkwürdigen Landes durchsetzen lassen.

---

* Perus Fischereiflotte und seine Fischindustrie sind bedeutend; es gibt etwa 2500 Boote, die rund 150 Fischmehlfabriken beliefern. Mit über 7 Millionen Tonnen jährlicher Fischernte steht Peru vor Japan an der Weltspitze. Dieser volkswirtschaftliche Zusammenhang hat zur Folge, daß die japanische Auswanderung nach Südamerika in beträchtlichem Ausmaß nach Peru gerichtet ist und sich dort bereits eine japanische Minderheit bildet.

Da die Fangergebnisse nicht unerheblich vom Lauf der Fischschwärme beeinflußt werden, hat die unterschiedliche Auffassung über die Ausdehnung der nationalen Küstenzone sowohl vor der peruanischen wie vor der ecuadorianischen Küste in den letzten Jahren bereits zu Schießereien mit amerikanischen Fischfangflotten geführt, die innerhalb der 300-Meilen-Zone angetroffen wurden.

Die spanische Hinterlassenschaft ist hier nicht minder problematisch wie in Bogotá und Quito – auch die Nassers von Peru werden wohl an den „Fellachen“ scheitern, es sei denn Freund Merck behielte recht mit seinem Satz: „Europa sollte hier das benötigte und gesuchte politische, geistige und wirtschaftliche Ausgleichsgewicht gegenüber dem nordamerikanischen Riesen bieten – dann könnten die jungen Rebellen von Lima die Männer der Zukunft sein.“

Weißer Schmelztiegel am La Plata

Flug über Chile

Erst am Flughafen in Lima stellt es sich heraus, daß die für den Flug nach Buenos Aires gebuchte Maschine nicht direkt zum La Plata fliegt, sondern eine Zwischenlandung in Santiago de Chile vorgesehen ist.

Es ist zu spät, um noch einen Zwischenaufenthalt einzuplanen; so muß es nun bei einem Flug über dieses Land bleiben, dessen Daten sich nicht unwesentlich von denen Kolumbiens, Ecuadors und Perus unterscheiden.

Gewiß gehört auch Chile zu den spanischen „Erblanden" – aber schon die „Konquista" zeigte hier andere Formen: während Peru in zwei Jahren erobert wurde, brauchten die Spanier sieben Jahre, um in Chile Herr zu werden; im Süden mußten sie sogar Halt machen und sich durch Befestigungen abschirmen. Der Widerstand der Indianer war hier hart und wurde erst im 19. Jahrhundert gebrochen; die Zahl der heute noch lebenden reinen „Aurakaner" schätzt man auf 200000. Ihr „stolzes und wildes Bluterbe"* wirkt auch noch im chilenischen Mestizentum nach. Ein Ergebnis der jahrhundertelangen Auseinandersetzung ist freilich auch die Tatsache, daß nahezu die Hälfte der Chilenen Weiße sind; nach der Ablösung von der spanischen Herrschaft vermochten sie sich ein ziemlich solides Staatswesen aufzubauen, zu dem auch eine starke deutsche Einwanderung in der Mitte des 19. Jahrhunderts – vor allem nach dem Revolutionsjahr 1848 – das ihrige beigetragen hat.

---

* Marcel Niedergang: 20 mal Lateinamerika, Von Mexiko bis Feuerland, München 1963, S. 196.

Den Chile-Deutschen und ihren Nachfahren – sie stellen mit ihrer Gesamtzahl von etwa 40000 rund fünf Prozent der Acht-Millionen Bevölkerung des Landes und haben ihren Zusammenhalt bewahrt – rühmt man nach, sie hätten bei der Kultivierung Mittel-Chiles einschließlich einer vorausschauenden Aufforstung geradezu „Wunder gewirkt“* und die drei Zentralprovinzen Chiles „in ein Stück Mitteleuropa in Südamerika verwandelt“**. Während der nördliche, an Peru grenzende Teil Chiles Wüste ist, leben im Santiago-Bereich auf einem Zehntel des Staatsgebietes rund 60 Prozent der Bevölkerung. Der Süden ist wie der Norden kaum besiedelt.

Für Chiles, ja für Europas neuere Geschichte ist freilich gerade das nördliche Wüstengebiet von großer Bedeutung gewesen. Hier nämlich wurden seit Beginn des 19. Jahrhunderts die großen Salpeter-Vorkommen abgebaut, die der deutsche Gelehrte Thaddäus Hänke schon hundert Jahre vorher in der Atacama-Wüste entdeckt hatte. Es handelte sich um mächtige Lager von 600 Kilometern Länge und ein bis zwei Meter Stärke. Um sich diese Vorräte zu sichern, hat Chile zwischen 1878 und 1884 sogar Krieg gegen Peru und Bolivien geführt. Da die Chilenen sich eine Flotte geschaffen und ihre Truppen besser organisiert hatten, drangen sie bis Lima vor.

Das Ergebnis dieses von den Historikern als „Salpeter-Krieg“ registrierten Ereignisses, war das chilenische Salpeter-Monopol, das in der Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges große Bedeutung gewann. Bis dahin galt Salpeter als unerläßlicher Rohstoff für die Munitionsherstellung – und die britische Regierung war bei ihrer Kriegserklärung am 4. August 1914 überzeugt davon, daß Deutschland spätestens nach Jahresfrist keine Granaten und

---

* Niedergang a.a.O. S. 191.

** Wendt a.a.O. S. 274; Samhaber schreibt (a.a.O. S. 71): „Präsident Montt ließ nach 1848 Einwanderer aus Deutschland kommen, um die bis dahin unbeachteten Gebiete jenseits der alten Indianergrenze des Biobio, vor allem das Hinterland des Hafens von Valdivia, zu erschließen. Aus einer fast undurchdringlichen Wildnis gestaltete deutscher Fleiß binnen weniger Jahrzehnte eines der reichsten landwirtschaftlichen Provinzen um die Stadt Osorno. Außer der Landwirtschaft blühte das Gewerbe vor allem in Valdivia selbst auf.“

Patronen mehr erzeugen könne, wenn es durch eine scharfe Blockade von jeglicher Einfuhr aus Südamerika abgeschnitten werde. Im Jahre 1914 fühlte man sich in London in diesem Punkte ebenso sicher wie im Sommer 1939 hinsichtlich eines in Deutschland bevorstehenden Militärputsches. Beide Male stimmte die britische Rechnung nicht. . . .

Im Jahre 1914 entwickelte man in Deutschland das Verfahren, Stickstoff aus der Luft zu gewinnen; derart wurde man von der Chile-Einfuhr unabhängig. Für Chile hatte die deutsche Erfindung die Folge, daß sein Salpeter-Monopol auch für die Friedensproduktion von Kunstdünger gebrochen wurde; dafür freilich haben sich andere Naturschätze – insbesondere Kupfer – als beträchtliche volks- und staatswirtschaftliche Einnahmequelle erwiesen.

Chile mag viele Probleme haben: arm kann dieses Land nur für Menschen sein, die sich nach seinen Schätzen nicht bücken wollen.

*

Der Abflug von Lima erweist sich als Strapaze. Schon um 6 Uhr morgens fährt der Flughafen-Bus vom Hotel ab. Draußen ist nur ein Schalter geöffnet – vor ihm und dem einsamen Mädchen an der Abfertigung staut sich eine lange Passagierschlange. Eile ist freilich nicht nötig – eine Durchsage verkündet, daß der Start sich um eine Stunde verzögert. Um 9 Uhr stehen wir immer noch am Flugplatz Lima – wenn auch bereits im Flugzeug verstaut, das wieder bis zum letzten Platz besetzt ist. Neben mir ein Jugendlicher mit revolutionärem Castro-Bart; beim Anrollen bekreuzigt er sich – für den menschlichen Angstfall bietet Karl Marx kein Rezept.

Um 9 Uhr 10 ziehen wir endlich in die Lüfte, in striktem Start über die Küste auf das Meer hinaus – unsere Flugroute schneidet den Knick der südamerikanischen Westküste ab; erst gegen Ende der dreistündigen Flugzeit taucht in der Ferne wieder Land und im Hintergrund gleich die Andenkette auf.

Chile: das sind 4300 Kilometer Küste und knapp dahinter Berge; die durchschnittliche Breite des Landes beträgt nur 188 Kilometer.

Außer einem sonnigen Flugplatz und einem bescheidenem Flughafen-Gebäude ist von Santiago zunächst nichts zu sehen. Erst nach dem neuerlichen Start zeigt sich der Schatten der breithingelagerten Stadt, dann nach großer Kurve eine grüne von Straßen und Eisenbahnen durchzogene Kulturlandschaft; wenige Minuten später bereits folgt der Einflug in die Hoch-Anden, die sich nun von ihrer großartigsten Seite zeigen. Mit dem Aconcagua, einem 7000er Schneegipfel – er ist der höchste Berg Amerikas – grüßt bereits Argentinien. Nach Westen fällt das Gebirge nicht mehr so steil ab, mildere Bergformen leiten über zu weiten, mäßig grünen Flächen – die „Pampa".

Knappe anderthalb Stunden nach dem Start in Chile rumpelt unter uns das Fahrgestell wieder heraus: wir setzen zur Landung am internationalen Flughafen „Ezeiza" an, der „Buenos Aires" heißt, obwohl die Stadt noch 32 Kilometer entfernt liegt. Dafür handelt es sich um den derzeit größten Flughafen der Welt – mit 6700 Hektar sechsmal so groß als der von London!

Das „Silberland"

Die weiße Besitzergreifung in der „Neuen Welt" war und blieb mit falschen Bezeichnungen markiert: „Amerika" wurde nicht nach seinem Entdecker, sondern nach einem Publizisten benannt, das Wort „Indianer" ist das Ergebnis des Irrtums, hier sei „Indien" entdeckt worden. Auch „La Plata" – aus dem Spanischen: der „Silberstrom" – und „Argentinien" – aus dem Lateinischen: das „Silberland" – gehören in die Kategorie der falschen Namen. Es gibt viele gehobene und ungehobene Schätze hier, Silber jedoch nicht.

Die Geschichte der Entdeckung und spanischen Eroberung Argentiniens entbehrt so dramatischer Effekte wie sie etwa die Gefangennahme des Kaisers Montezuma durch Cortez oder die Hinrichtung des letzten Inka durch Pizarro dargeboten haben. In den meisten Büchern über Argentinien werden aus den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts nur Anekdoten über das be-

richtet, was hier geschah. Und doch hat hier ein historischer Prozeß stattgefunden, der sich mit der weißen Inbesitznahme Nordamerikas ernstlich vergleichen läßt. Außer im Süden Chiles trafen die Spanier nur hier am La Plata auf ein Indianertum, das sich nicht nur nicht unterwerfen ließ (und sich dadurch der Mischung verschloß!) sondern auch einen erbitterten und zunächst sogar erfolgreichen Kampf gegen die Eindringlinge aufnahm; diese sahen sich dadurch zu einer ganz anders gearteten Eroberungstaktik, zu blutiger Auseinandersetzung und zu verteidigungsbereiter fester Niederlassung gezwungen.

Im Jahre 1516 versuchten die ersten Spanier an der La Plata-Küste zu landen – da mußten sie erleben, daß die Eingeborenen die allzu sorglos ans Ufer übergesetzten Kundschafter blutig niedermachten. Eine zweite Expedition im Jahre 1524 endete ähnlich dramatisch und erfolglos. Das veranlaßte den spanischen Königshof, die Eroberung dieses geographisch wichtigen Bereiches gründlicher und überlegter vorzubereiten, als das anderswo geschah.

Mit nicht weniger als 16 Schiffen lief am 24. August 1535 aus Sanlucar, dem damals schon traditionellen spanischen Expeditionshafen, die Flotte des Don Pedro de Mendoza aus, der von Kaiser Karl V. (als spanischer König: Karl I.) beauftragt worden war, nun endlich die Unterwerfung der La Plata-Länder unter die Herrschaft der spanischen Krone durchzusetzen. Mendozas Streitmacht bestand aus 1200 Mann Soldaten; außerdem hatte er Geistliche und Beamte, sowie 20 Frauen dabei. Das letztere war eine völlige Neuerung, denn für alle bisherigen spanischen Expeditionen war die Mitnahme von weiblichen Personen ausdrücklich verboten gewesen. Angesichts der blutigen Widerstandserfahrung mit den ansässigen Indianern konnte man nun hier nicht mehr mit gefügigen Indianermädchen rechnen – ein Umstand von weitreichender Auswirkung: mit 90 Prozent weißer Bevölkerung weist Argentinien heute eine wesentlich andere Rassenstruktur auf als das sonstige Südamerika, eine ähnliche wie Nordamerika. Auch die Auseinandersetzung mit den Indianern vollzog sich in vergleichbarer Härte – sie sind in Argentinien ebenso fast ausgerottet wie in den USA und in Kanada.

Natürlich sind die heutigen fast 20 Millionen weißfarbigen Argentinier nicht etwa alle Nachfahren jener zwanzig Begleitfrauen der Mendoza-Mannschaft – aber die mit jener Expedition eingeleitete Entwicklungsrichtung fand ihre Folge bis in das zwanzigste Jahrhundert. Argentinien war und blieb ein europäisches Auswanderungsland – hier suchte und fand man nicht Gold und Silber, sondern hier wollte man sich niederlassen.

Als historisch gesicherte Anekdote ist anzumerken, daß an Bord der Karavellen Mendozas auch die ersten Pferde nach Südamerika importiert wurden – insgesamt 72 Hengste und Stuten arabischer Herkunft*. Diese sind mit Gewißheit die Stammeltern des heutigen auf vier Millionen geschätzten argentinischen Pferdebestandes!

Zu den Einfuhrgütern der Mendoza-Flotte gehörten ferner Ackergeräte und die ersten Weizensaaten. Auch dieses Transportgut zeitigte ungeahnte Ergebnisse: „Argentinien gehört neben Kanada, Australien und den Vereinigten Staaten zu den vier größten Weizen-Ausfuhrländern"**.

---

* „Wenig später als die ersten Pferde kamen – über Brasilien – auch die ersten drei Kühe und dazu ein Bulle ins Land. Als es dann noch gelang, die harte Grasnarbe der argentinischen Steppe durch anderes, 'süßes' Gras zu ersetzen, wurden die Voraussetzungen für die heutigen argentinischen Millionen-Viehherden geschaffen." (Wilfred von Oven a. a. O. S. 28.)

** Ibero-Amerika, Handbuch des Ibero-Amerika-Vereins (Hamburg 1966) S. 60. Dazu berichtet der in Buenos Aires erscheinende „La Plata-Ruf" (April 1969) über die Leistung eines noch lebenden deutschen Einwanderers:

„In der Geschichte des argentinischen Weizens, der heute noch immer der wichtigste Devisenbringer des Landes ist und der Argentinien an die vierte Stelle der Weizenexportländer der Welt (nach den USA, Kanada und Australien) gebracht hat, sind deutsche Namen als wichtigste Marksteine gesetzt. Hans Brunberger aus Mainz senkte das erste Weizenkorn in den fruchtbaren Boden am Rio de la Plata, den zu erobern er im Jahre 1526 mit Sebastián Caboto im Auftrag des spanischen Königs und deutschen Kaisers ausgezogen war. Vier Jahrhunderte später machte ein anderer Deutscher, Heinrich Klein aus Köln, die von Brunberger erschlossene, wenn auch anfänglich nur spärlich tropfende Quelle durch die Anwendung moderner Zucht- und Selektionsmethoden zum

Schließlich soll bei solchen Hinweisen auf frühe Zusammenhänge nicht vergessen werden, daß zwei der 16 Schiffe Mendozas von deutschen Handelsherren, dem Sebastian Neidhardt aus Augsburg und dem Jakob Welser aus Nürnberg ausgerüstet worden waren. Sie hatten 80 Deutsche an Bord, darunter den Landsknecht Utz Schmidl aus der niederbayerischen Stadt Straubing. Der ist nach vielen Abenteuern später in die deutsche Heimat zurückgekehrt und hat in schlicht aber treffend geschriebenen Aufzeichnungen der damaligen Welt und heutigen Nachwelt den ersten Bericht über die La Plata-Länder übermittelt*.

Für die Spanier war und blieb Argentinien freilich im Vergleich zu ihren anderen Besitzungen ein Land von geringerer Bedeutung; sie ließen die Indianer in den südlichen Landesbereichen ungeschoren; lange Zeit war der weiße Mann in der Pampa geradezu „jagdbares Wild" – bis sich im Laufe der Jahrhunderte auch hier

---

goldenen, devisenbringenden Strom. Mehr als 50 Prozent aller heute in Argentinien produzierten Getreidesorten stammen aus dem 'Criadero Klein' in Pla (Prov. Buenos Aires). Seine neue Heimat ehrt den eminenten Wissenschaftler und tüchtigen Landwirt zu seinem 50jährigen Betriebsjubiläum am 1. Mai 1969 durch die Verleihung der Ehrendoktorwürde."

* „Schmidls Buch wurde in deutscher Sprache geschrieben, und in die lateinische, damals Umgangssprache der Gebildeten in Europa, übersetzt. Vierhundert Jahre nach seinem Erstdruck (1567 in Frankfurt am Main) wirkt es in seiner volkstümlichen, oft derben, aber stets eindringlichen Darstellung noch immer erstaunlich lebendig. In Argentinien, für dessen geschichtliche Anfänge es das erste authentische Zeugnis ist, erschien das Buch erst 1903 in spanischer Sprache. Eine der Geistesgrößen Argentiniens, Bartolomé Mitre, der das Land, wenn auch politisch umstritten und nicht sonderlich glücklich, von 1862–68 regierte, leitete Schmidls Buch ein und kommentierte es. Er nannte ihn den 'ersten Geschichtsschreiber und Geographen Argentiniens'. Ebenso treffend charakterisierte er Schmidls Stil: 'Trocken und sachlich berichtet er die Tatsachen, schmucklos und ohne Abschweifungen; nur gelegentlich fällt er ein Urteil oder macht eine nachdenkliche Bemerkung, eine Feststellung ethnologischer, erdkundlicher, statistischer, astronomischer oder naturkundlicher Art, die uns mit wenigen Strichen ein Bild vermittelt, eine Landschaft zeichnet, ein Tier oder eine Pflanze veranschaulicht und so von verschollenen Rassen und Bräuchen eine Vorstellung gibt und wertvolles Material für die Geschichte der Kolonisation des Rio de la Plata durch die Völker Europas liefert'." (Zitat nach Wilfred von Oven a.a.O. S. 30f.)

die Beziehungen schließlich durch Mischungen milderten, aus denen der heutige argentinische „Gaucho“ (ein ursprünglich indianisches Wort für: „Herumtreiber“) hervorging – ein abenteuerlicher Menschentypus, der zur weiten Steppe gehört und nur in ihr zuhause ist.

Die spanische Ordnung reichte nicht weit über Buenos Aires hinaus, dann bereits begann die „Indianergrenze“. Außer der Gegend von Cordoba am Fuße der Anden war fast das ganze heutige Argentinien noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts ein Streif- und Jagdgebiet wilder Indianer. Erst ein dreijähriger „Wüstenfeldzug“ (1876–1879) und die daran anschließenden „Säuberungsaktionen“ verschafften dem argentinischen Staat die Kontrolle über sein Staatsgebiet. Noch 1881 vollzog sich in der Gegend des heutigen weltbekannten Kurortes Bariloche „das blutige Werk der Vernichtung der Aurakaner; sie wurden praktisch ausgerottet“ (W.v.Oven).

Noch um das Jahr 1800 gab es in Argentinien nicht mehr als etwa 10000 Weiße. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts setzte mit einer bewußten Einwanderungspolitik weitsichtiger argentinischer Präsidenten die entscheidende Wende ein, die Argentiniens heutige Sonderstellung in Südamerika vorbereitete. In der Staatsverfassung von 1853, die in diesem Punkt heute noch in Kraft ist, wurde ausdrücklich festgelegt: „Die Bundesregierung wird die europäische Einwanderung fördern“ – und vom geistigen Inspirator dieser Bestimmung, dem Schriftsteller Juan Batista Alberdi wurde das heute noch in Argentinien geflügelte Wort geprägt: „Regieren heißt das Land bevölkern“.

Für diese Politik wurde der Umstand wichtig, daß Spanien im Jahre 1863 endlich Argentiniens Selbständigkeit anerkannte und die Regierung in Buenos Aires daraufhin das bis dahin bestehende Einwanderungs-Verbot für Spanier aufhob. Außerdem erwiesen sich in Europa die Italiener als besonders aufgeschlossen für die Einwanderungswerbung des La Plata-Staates, der 1869 eine eigene Einwanderungsbehörde schuf und bald darauf ein Kolonisationsgesetz erließ, das die Ansiedlung europäischer Einwanderer durch Gewährung finanzieller Beihilfen und weitgehender Rechte regelte und erleichterte.

Als später die Vereinigten Staaten von Nordamerika in ihrer Einwanderungs-Gesetzgebung die Nord- gegenüber den Südeuropäern beträchtlich bevorzugten, wirkte das in Argentinien umgekehrt als zusätzliche Antriebskraft für eine Entwicklung die dazu führte, daß hier 41 Prozent der Einwanderer Italiener und 32 Prozent Spanier waren (sonstige: 7 Prozent Slawen, 6 Prozent Franzosen, 3 Prozent Deutsche).

Marcel Niedergang (a.a.O. Seite 151) bezeichnet als Hauptkonjunkturzeiten der italienisch-spanischen Einwanderung – aus ihr resultiert das heutige argentinische „Proletariat" – die folgenden Perioden:

1902–1910: 1,2 Millionen
1921–1930: 0,87 Millionen
1947–1954: 0,74 Millionen

Die Italiener und die Spanier, die meist aus den ärmsten Gegenden ihrer Heimat kamen, sahen und sehen keinen Anlaß, voneinander Abstand zu halten. Deshalb ist unter ihnen ebenso wie in Nordamerika unter den Engländern, Holländern, Schweden und Deutschen biologisch ein „Schmelztiegel" entstanden. Die Unterschiede sind dennoch offenkundig: Argentinien hat, wenn auch ein Drittel der Fläche, so doch nur ein Zehntel der Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten und der Schmelztiegel am La Plata ist, wenn auch weiß, so doch vorwiegend romanisch-südeuropäischen, der in den USA vorwiegend germanisch-nordeuropäischen Charakters.

Die vergleichenden Hinweise können noch weiter fortgesetzt werden: sowohl in der Bodenfruchtbarkeit wie in den klimatischen Verhältnissen lassen sich Übereinstimmungen erkennen. Die zentralen Gebiete der USA gruppieren sich um den 40. Breitengrad *nördlich*, die Argentiniens um den 40. Breitengrad *südlich* des Äquators. Die Erklärung für die offenkundige Bedeutungs-Differenz zwischen den Vereinigten Staaten im Norden und Argentinien im Süden Amerikas muß also wohl teils in den quantitativen, teils in den qualitativen Unterschieden des vorherrschenden Menschentypus gesucht werden.

Die „Portenos"

Mit einem kleinen VW fahren wir in glühender Hitze von Ezeiza in die Stadt, deren Superlative mit der beträchtlichen Entfernung des Flugplatzes von der City nicht erschöpft sind. Buenos Aires ist nicht nur die größte Stadt südlich des Äquators; sie ist auch so sehr der Schwerpunkt Argentiniens, daß im Umkreis von 300 Kilometern auf einem Zehntel des Staatsgebietes die Hälfte der argentinischen Bevölkerung lebt, 80 Prozent der Industrie angesiedelt ist und 90 Prozent des Energieverbrauches registriert wird.

Die Straßen der Innenstadt sind nach den Vorschriften für spanische Kolonialstädte übersichtlich rechtwinklig um die „Plaza" gruppiert, inzwischen freilich bis weit hinaus in ein Dutzend von „Satellitenstädten" fortgeführt. Für den heutigen Verkehr sind die vor Jahrhunderten festgelegten Straßenbreiten zu eng geworden, und so nimmt man, um schnell voranzukommen, Umwege in Kauf.

Wir biegen in die autobahnartige Ringstraße „Avenida General Paz" ein, die gleichzeitig die Grenze zwischen dem eigentlichen Stadtgebiet und den weit ausgebreiteten Gartenvorstädten bildet. Sie ist ein großzügiger, von parkähnlichen Anlagen begleiteter Verkehrsweg, der mit dem Ausblick auf den La Plata endet: hier wirkt diese „Mündung" bereits wie das Meer selbst. Auch an der „Avenida Costanera", die nun dem Ufer entlang zur Stadt führt, hat man Grünanlagen geschaffen. Es handelt sich, wie ich höre um den „größten Stadtpark der Welt". Rostbratereien und Volksbelustigungen erfreuen hier die „Portenos" – so nennen sich die gebürtigen Einwohner der Hafenstadt Buenos Aires (von spanisch „puerto" – der Hafen).

Nach einer Stunde Fahrzeit rollen wir immer noch durch dichten Verkehr auf breiten Straßen – links der La Plata, nun mit den Kränen und Hallen des Hafengebietes, vor uns ein breit hingelagertes Wolkenkratzer-Panorama. Schließlich sind wir nach einer Wendung mitten drin: die „Casa Rosada" das rosafarbene niedrige Regierungsgebäude und der große grüne Platz davor mit seinem Taubengeflatter und mit seinen menschenbesetzten Park-

bänken – das ist das Zentrum nicht nur dieser Stadt, sondern des ganzen Landes. Hier wird entschieden, was in Argentinien geschieht oder nicht geschieht, was begonnen und was beendet wird.

Wir fahren nun in die engen hohen Straßenschluchten ein; es soll noch rasch gezeigt werden, was es in Buenos Aires an Sehenswertem gibt, und dazu gehört vor allem die „Avenida 9. de Julio". Sie erinnert an den 9. Juli 1816, an dem die Unabhängigkeit Argentiniens von der spanischen Herrschaft proklamiert wurde. Diese Avenida hat man erst in neuester Zeit durch die Niederlegung zahlreicher Häuserblocks aus der Innenstadt buchstäblich herausgebrochen. So entstand zum Stolz der Portenos die „breiteste Straße der Welt". Mit 125 Metern Breite übertrifft sie in der Tat sogar die Pariser Champs Elysées. In den Mittelpunkt dieser Avenida, die fast eine Landschaft ist, hat man einen riesigen Obelisk gestellt. Mein Begleiter bedauert das, denn eine schöne spanische Kirche – eines der wenigen älteren Bauwerke der Stadt – hat diesem ägyptischen Wahrzeichen weichen müssen. Immerhin gibt es der Prachtstraße einen optischen Mittelpunkt.

Um noch zum Kongreßgebäude zu fahren, das architektonisch am Washingtoner Kapitol orientiert ist, biegen wir in die „Calle Rivadavia" ein; sie ist zwar eng und unansehnlich, aber von ihr läßt sich sagen, daß sie die „längste bebaute Straße der Welt" ist. Sie geht vom Hafen aus an der Casa Rosada vorbei, quert die „Nuevo Julio", führt zum Kongreß-Platz und weiter schnurgerade durch die ganze Stadt, unterläuft den Autobahn-Ring und endet erst nach 14 Kilometern draußen in den Vorstädten.

Nach dieser Rundfahrt lande ich im City-Hotel, an der „Plaza de Mayo". Der spanische „Plaza Mayor" ist mit nur geringer Lautverschiebung nach der von hier ausgehenden Mai-Revolution von 1810 umbenannt worden; hier steht auch der einzige Bau, den zu betrachten sich lohnt: das alte spanische Rathaus der Stadt, der „Cabildo", ist zwar im Vergleich zu den Bauwerken Limas ein bescheidenes Wahrzeichen, aber doch geprägt von unaufdringlicher ruhiger Würde. Obwohl das niedrige weißgetünchte Gebäude mit seinem kurzen Arkadengang von den Hochhäusern fast erdrückt wird, haben auch die leidenschaft-

lichsten Reformer nicht daran gerührt, und sie werden es auch nicht tun.

Hierher hatte der letzte spanische Vizekönig für den 25. Mai 1810 eine Volksversammlung einberufen, um die Bevölkerung über den Zusammenbruch der spanischen Monarchie in Europa zu beruhigen – aber es kam statt dessen zu der Aufstandsbewegung, die im Laufe von zehn Jahren von hier aus ganz Südamerika die Freiheit von der spanischen Oberhoheit verschaffte.

Immanuel Kants grüblerische Frage nach der „Freiheit *wozu*" war damit freilich noch nicht beantwortet. Sie ist es bis heute nicht.

*

Gegen Abend werde ich zu einer illustren Gesellschaft abgeholt, die sich im Hanggarten eines Landhauses versammelt hat – in einer Villenvorstadt ein reizvoller Platz, von dem aus der La Plata überblickt wird. Man sitzt ungezwungen in schattigen Lauben, speist enorme Fleischportionen, bedient sich aus den aufgestellten Rotwein-Krügen. In einer windgeschützten Ecke steigen immer neue Dämpfe von Köstlichkeiten auf, die hier auf Rosten gebraten werden. Das Fest wird mit allen den zusätzlichen Sondergenüssen zelebriert, die den „Asado" der oberen Zehntausend noch etwas über den des kleinen Mannes herausheben.

Die Gesellschaft, die den Gast aus Deutschland liebenswürdig zu ihren Genüssen geladen hat, gehört zu der in Buenos Aires nicht unerheblichen Gruppe der „internationalen" Deutschen: es wäre unhöflich, sie böse zu kritisieren. In ihrer erfolgreichen Lebenspraxis nach dem Grundsatz der „Anpassung an die Stärkeren" verkörpern sie eine alte deutsche Schwäche. Die „Stärkeren", an die sie sich hier halten, sind keineswegs nur die Argentinier. Es sind vielerlei Fäden, die beim Asado am La Plata zu Nutz und Frommen von Gerechten und weniger Gerechten gesponnen werden – wie das hier schon beim Sturz der spanischen Herrschaft und seither stets der Fall war. Man mag unbeschwert fragen: warum sollten nicht auch pfiffige Deutsche daran teilhaben? Daß freilich bei der Wiederanknüpfung der Kreuz- und Querverbindungen massive deutsche Finanzleistungen, über deren Berechtigung sich streiten läßt, eine Rolle gespielt haben, und daß

es nicht immer die Vordertür war, durch die die „internationalen" Deutschen sich hier und anderswo wieder Zutritt verschafft haben zu den „Geschäften der Geschäftemacher" – das sind weniger erfreuliche Gedanken, die sich mit kräftigem chilenischem Rotwein nicht völlig vertreiben lassen.

*

Freilich ist auch in einer Gesellschaft, in der man sich – trotz lebhafter Unterhaltung – nicht ganz heimisch fühlt, Notierenswertes aufzufassen. In der Schwüle einer heißen Nacht ins Hotel zurückgekehrt, bringe ich nach diesen Gesprächen noch einige Streiflichter zur gestrigen und heutigen Wirklichkeit Argentiniens zu Papier.

Schon bei der argentinischen Staatsgründung wirkten beträchtliche Geschäftsinteressen im Hintergrund und die heutigen „Portenos" haben es eigentlich nur den damaligen Zusammenhängen der europäischen Politik zu verdanken, daß Buenos Aires vor anderthalb Jahrhunderten nicht in die Rolle einer britischen Kolonie verwiesen wurde. Immerhin gab es im Jahre 1807 sogar ein englisches Flotten-Landungsunternehmen mit dem Ziel, Buenos Aires unter Kontrolle zu bringen. Damals war der spanische Vizekönig noch stark genug, den Überfall abzuwehren. Der verantwortliche Admiral, Sir Home Popham, ist nicht in die Geschichte der „Empire-Builder" eingegangen wie Sir Stamford Raffles, der Singapore oder Sir Henry Pottinger, der Hongkong nahm.

Im Gegenteil: London entschloß sich während und nach der napoleonischen Zeit, die britische Politik im La Plata-Bereich auf Schiffahrts- und Handelsinteressen zu reduzieren, und dazu genügte es, die spanische Herrschaft zu beseitigen*. In Argentinien ging es vor allem um die strengen Vorschriften und hohen Zölle der spanischen Behörden, die es den Engländern bis 1810 ver-

* Ausgenommen aus dieser Zurückhaltung der britischen Politik wurde die seestrategisch wichtige Inselgruppe Malvinen, von den Engländern Falklands-Inseln genannt, – im Ersten Weltkrieg berühmt geworden durch die Seeschlacht vom 8. Dezember 1914, in der das deutsche Kreuzergeschwader unter Admiral Graf Spee von überlegenen britischen Seestreitkräften gestellt und vernichtet

wehrten, mit Buenos Aires ihre Geschäfte abzuwickeln. Nach der „Befreiung“ änderte sich das alles grundlegend. Die Briten sicherten sich von Anfang an günstige Handelsverträge mit dem infolge des Kriegszustandes jahrzehntelang vom bisherigen spanischen Mutterland abgeschnürten Argentinien. Am La Plata ließ fürderhin „das Empire seine Kühe weiden“; so sagte man fast hundert Jahre lang, um die besonderen Beziehungen der Londoner City zu Buenos Aires zu bezeichnen. Die finanzielle Stellung Englands in Argentinien war so stark, daß sie hier auch den Ersten Weltkrieg überdauerte; erst im Zweiten geriet sie ins Wanken. Heute hat die New Yorker Wallstreet auch hier das gewichtigere Wort zu sprechen.

Die Frage, inwieweit das Land eine eigene wirtschaftliche Dynamik entfalte, wie es mit der Fähigkeit und dem Willen stehe, sich „freizuschwimmen“ wird mit einem Scherz beantwortet. In Argentinien gelte das Wort: „Der Schlaue lebt vom Dummen, der Dumme lebt von der Arbeit.“

Das ist eine sehr sizilianische Philosophie. Sie gefällt nur den Schlauen; die „Portenos“ rechnen sich dazu.

---

wurde. Die Oberhoheit über die Malvinen hatte die Republik Argentinien einst in Nachfolge des spanischen Vizekönigs am La Plata angetreten. Und indem Großbritannien im Jahre 1825 Argentinien formell anerkannte, bestätigte es auch das argentinische Hoheitsrecht über die Inselgruppe. Argentinien hatte damals freilich dort nicht mehr als einen Beamten und eine Fahne stationiert. Nachdem die Nordamerikaner sich 1831 kurzfristig auf den Inseln niedergelassen hatten aber wieder abgezogen waren, erschien am 2. Januar 1833 eine britische Fregatte vor den Malvinen; der Kommandant ließ durch seine Matrosen die argentinische Flagge niederreißen und an ihrer Stelle den Union Jack hissen. Im Gegensatz zu den Yankees zogen die Engländer nicht wieder ab; trotz des argentinischen Protestes in London wurden die derart erworbenen Falklands-Inseln britische Kronkolonie – ein Zustand der noch heute andauert. Die argentinischen Proteste haben sich zwar verstärkt seit die Auflösung des Empires in allen anderen Weltteilen vor sich ging. Aber ebenso wie für Gibraltar gelten auch für die Falklands-Inseln derzeit noch militärische Erwägungen. Hier wie dort haben unter der britischen Besatzung auch Veränderungen der Bevölkerungsstruktur dazu geführt, daß die heute ansässigen Bewohner mit der Fortdauer des für sie einträglichen Kolonialverhältnisses einverstanden sind. Auf den Malvinen leben heute etwa 2000 Einwohner meist englischer Abstammung.

Die Ära Peron

Daß die Straßen der Innenstadt von Buenos Aires so eng sind, daß ihre Schluchten so hoch in den Himmel ragen – das bringt dem Besucher immerhin den Vorteil, daß er fast jede Büroadresse zu Fuß erreichen kann. Von der „Plaza" zur „Corrientes", von dort zur „Maipu", zur „Florida", zur „Suipacha" (fast jeder dieser Straßennamen hat irgend eine Bedeutung aus der neueren argentinischen Geschichte) – das sind die Bereiche, in denen tagsüber so ziemlich jeder der Herren anzutreffen ist, zu dem ich angemeldet bin oder „weitergereicht" werde. Bankdirektoren, Professoren, Redakteure, auch Militärs, Deutsche und Argentinier – man ist gesprächsbereit in den gepflegten Büros von Buenos Aires und in den Klubs, in denen man den Lunch einnimmt.

Erstaunlicherweise beginnt oder endet fast jede Erörterung mit einem Thema, das längst abgeschlossen schien: auch Argentinien ist immer noch in eine Art „Vergangenheits-Bewältigung" verstrickt; sie rankt sich hier um den Namen des einstigen Obersten und späteren Generals und Staatschefs *Peron*. Die unterschiedlichsten Urteile über diesen Mann und seine zehnjährige „Ära" werden ausgesprochen, oft sogar noch leidenschaftlich. Es ist nicht einfach, ein nüchternes Bild zu gewinnen von dem, was zwischen 1945 und 1955 in Argentinien geschehen ist. Auch hier ist genauer zu sagen – in Buenos Aires, denn das ist einer der wenigen Punkte, in denen alle Ansichten übereinstimmen: der „Peronismus" ist eine Erscheinung dieser Stadt, eine Bewegung der „Portenos" gewesen und geblieben.

Hier freilich beginnen schon die Fragezeichen. Jedermann weiß, daß Juan Domingo Peron heute als Emigrant in Madrid lebt, kaum jemand rechnet mit seiner leibhaftigen Wiederkehr, aber viele Kenner der Lage sind überzeugt: die „Peronisten" würden eine beträchtliche Mehrheit der Stimmen für sich gewinnen, wenn die Wähler ein geheimes Votum abgeben könnten.

Die Gestalt des Berufsoffiziers Peron begann wichtig zu werden in einem Zeitpunkt, in dem niemand in Europa irgendeinen Gedanken an Argentinien verschwendete: im Oktober 1945. Der Zweite Weltkrieg war gerade zu Ende gegangen; die Länder am

La Plata hatten als Lebensmittel-Lieferanten jahrelang glänzende Geschäfte gemacht, auch eine gewisse industrielle Entwicklung für den Eigenbedarf war zwangsläufig in Gang gekommen, weil die gewohnten Lieferungen aus Europa ausblieben und auch die US-Industrie sich ganz auf den Krieg einstellte.

Die Stimmung der Bevölkerung war dabei ziemlich „achsenfreundlich“ geblieben; erst in letzter Stunde, am 27. März 1945, gab die argentinische Regierung dem alliierten Druck nach und ließ in Berlin eine Kriegserklärung notifizieren.

Die Umstellung sowohl der Engländer wie der Amerikaner auf Friedenswirtschaft ließ für Argentinien einen unvermeidlichen Rückschlag erwarten. Wenn weiter exportiert werden sollte, so würde man wie früher unter Druck gesetzt werden und die Bedingungen der Käufer annehmen müssen. Was konnte da aus der neuerstandenen Industrie noch werden, was mit den Löhnen der Arbeiterschaft? Auch politisch kündigte sich in kritischen Reden des US-Botschafters die Absicht der Vereinigten Staaten an, Argentinien kräftig an die Zügel zu nehmen.

Der Oberst Peron – bei Kriegsende noch Kriegsminister – hatte die Einrichtung eines Arbeitsministeriums durchgesetzt und als dessen Leiter den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle verschafft. Sie nahmen nun zwangsläufig Stellung gegen die politischen Kräfte, die sich den in Europa und Ostasien siegreichen und deshalb anspruchsvollen Alliierten gefügig zeigen wollten.

Anfang Oktober 1945 war es soweit, daß der renitente Arbeitsminister verhaftet und auf eine Verbannungs-Insel im La Plata gebracht wurde. Dann geschah ein dramatisches Wunder: die populäre Rundfunksprecherin Evita Duarte veranlaßte die Gewerkschaften zur Ausrufung eines Generalstreiks, fuhr selbst mit einem gemieteten Lautsprecherwagen durch die Arbeitervorstädte und rief zu Demonstrationsmärschen auf. Angesichts der drohenden Versammlung von einigen hunderttausend „Descaminados“ (wörtlich: „Ohne-Hemden“) vor der „Casa Rosada“ rief der amtierende Präsident den verbannten Oberst Peron zurück. Dieser heiratete wenige Tage später die Organisatorin seines Triumphes und wurde dann mit ihrer tatkräftigen Hilfe im Januar 1946 gewählter Präsident Argentiniens – ein Vorgang, der in Washing-

ton mit Ärger zur Kenntnis genommen, aber schließlich geduldet wurde.

Die Arbeitermassen von Buenos Aires hatten Peron an die Macht gebracht; *sie* mußte er bei Stimmung halten – und das erwies sich bald als das Problem seiner Regierung, vor allem in deren letzten Jahren, nachdem Evita Peron gestorben und die aus den Kriegsjahren angesammelte Finanzreserve aufgebraucht war.

Die heutige Kritik an Peron – es handelte sich um Wirtschaft- und Sozialpolitik, im weltpolitischen Bereich konnte Argentinien auch unter seinem Regime keine Rolle spielen – ist in jedermanns Mund ebenso hart wie einleuchtend. Es scheint, daß Peron die Existenzprobleme Argentiniens weder in ihrer Vielfalt noch in der Tiefe begriffen hatte. Seine durch ihr tödliches Leiden verklärte, leidenschaftliche Gattin hat ihm viele menschliche Sympathien gesichert, die heute noch nachwirken. Aber die einfache Tatsache, daß er ein wirtschaftlich geordnetes, ja durch die Kriegsjahre beträchtlich bereichertes Argentinien übernommen hatte („Peron konnte aus dem Vollen schöpfen") und ein Jahrzehnt später eine inflationär zerrüttete Staats- und Volkswirtschaft hinterlassen hat, ist nicht wegzudiskutieren. Die verhängnisvollen wirtschaftlichen Fehlentscheidungen begannen im Jahre 1946 mit der „Nationalisierung" der bis dahin von englischen Gesellschaften betriebenen und gewinnlos arbeitenden Eisenbahnen. In der Propaganda ließ sich wirksam verkünden: „Ahora son nuestros" – „Jetzt gehören sie uns" – aber die Zuschüsse, die diese Bahnen erfordern, haben sich seither geradezu als Ruin des Staatshaushaltes erwiesen. Das nicht zuletzt deshalb, weil das Peron-Regime das Personal der Bahnen fast verdoppelt hat, ohne deren Leistung zu erhöhen, einfach um „Arbeitsplätze zu schaffen". In solcher Richtung entwickelte sich auch Perons Sozialgesetzgebung, die mir mit den Worten charakterisiert wurde: „Perons Gesetze haben zum Schaden der Fleißigen die Faulen begünstigt" – eine gefährliche Politik in einer Stadt, in der nur „die Dummen von der Arbeit" leben.

Es darf und muß immer wieder von der Stadt gesprochen werden, denn mit Buenos Aires war und blieb Peron verhaftet. Den

großen Landbereichen widmete er wenig Aufmerksamkeit, nur die „Portenos" waren seine Leute. Die Landwirtschaft siechte dahin. Zwischen 1950 und 1955 wurden nur noch 33 Millionen Tonnen Weizen produziert, gegen 90 Millionen Tonnen in den Jahren von 1939 bis 1944! Die Anbaufläche verminderte sich um ein Viertel. Die Industrialisierung dagegen forderte erhöhte Importe, die nicht mehr durch entsprechende Ausfuhren gedeckt wurden usw.

Gewiß – Peron hatte kraft seiner Persönlichkeit viele Jahre hindurch die Massen in der Hand, auf die sich sein Regime stützte. Aber *diese* Massen waren auf die Dauer kein fester Halt.

Als die Kriegsgewinne verausgabt waren und die „Büchse der Pandora" keine weiteren Überraschungen mehr bieten konnte, als die Preise stiegen und die Schwierigkeiten des allgemeinen Wirtschaftslebens auch den kleinen Mann zu bedrücken begannen, da war es – wie nicht ohne Ironie zu verzeichnen ist – ein von Peron beabsichtigter Vertrag mit amerikanischen Ölgesellschaften, der seinen Sturz herbeiführte. Wenn es aus eigener Kraft nicht zu leisten war, dann konnte es als volkswirtschaftlich vernünftig gelten, die Nutzung der einheimischen Rohöl-Reserven durch Hereinholung erfahrener Großunternehmen zu verstärken; aber daß nach zehn Jahren leidenschaftlicher Selbständigkeits-Erklärungen nun ein wichtiger Wirtschaftsbereich einer Kontrolle der „Standard Oil" unterstellt werden solle – das rief nicht nur die argentinische Armee auf den Plan, sondern verwirrte auch die „Portenos". Es stand keine zweite Evita auf, als Peron fast auf den Tag zehn Jahre nach seiner ersten Verhaftung erneut ein Schiff zu besteigen sich genötigt sah.

Die Lehre der Peron-Ära wird mir in einem mehrdeutigen Satz zusammengefaßt: „Mit den 'Portenos' allein ist eben kein Staat zu machen."

*

Einer der Generale, die an Perons Sturz aktiv beteiligt waren, macht mir noch einige Anmerkungen zur Struktur des argentinischen Heeres. Seine historische Keimzelle waren die Streit-

kräfte, die noch die Spanier im Jahre 1806 aufstellten, um das Landungsunternehmen des Sir Home Popham abzuwehren. Später war es dieses Heer, daß die Unabhängigkeit nicht nur Argentiniens sondern ganz Spanisch-Südamerikas militärisch erkämpfte und dabei bemerkenswerte Leistungen vollbrachte*.

Bis zu Anfang unseres Jahrhunderts wurde das Offizierskorps von den „großen Familien" gestellt, dann aber fand ein entschiedener und nützlicher Wandel statt. Seither sind die Kadetten-Schulen, die nach harten Examina nur die bestqualifizierten Jungen aus dem ganzen Land aufnehmen und streng erziehen, die „Pflanzstätten" der Berufsoffiziere. „Sie kommen aus allen Bevölkerungsschichten, vertreten keine Interessentengruppe und sind unbestechlich. Das unterscheidet sie von den Politikern und gibt ihnen das Recht, in nationalen Krisenzeiten einzugreifen."

Die allgemeine Meinung des Generals ist schlicht: „Argentinien hat gar keine Probleme – außer denen, die es sich selbst schafft."

---

* Die mehrjährigen militärischen Operationen des argentinischen Generals San Martin haben kriegsgeschichtliche Beachtung gefunden. Der in den Kämpfen gegen Napoleon in Europa bewährte Offizier spanischer Abstammung stellte schon 1812 in Buenos Aires und später in Mendoza eine Truppe von mehreren tausend Mann auf, mit denen er zunächst die Entwicklung im benachbarten Chile beobachtete. Als dort die Spanier die Unabhängigkeitsbewegung zeitweise niedergekämpft hatten, organisierte und führte San Martin im Januar 1817 mit über 4000 Mann einen sorgfältig vorbereiteten und glänzend gelungenen Anden-Übergang durch, bei dem sogar Geschütze mitgeführt wurden. Die Marschkolonnen mußten im Bereich des Aconcagua Paßhöhen bis zu 5000 Metern überwinden. San Martin konnte einen vollen Überraschungserfolg erzielen und anschließend von Chile aus seine weitere Expedition nach Peru vorbereiten. Zu ihrer Durchführung im Jahre 1820 stellten die Engländer eine Transportflotte bereit. Die kampflose Besetzung Limas und die darauffolgende Unabhängigkeitserklärung Perus im Juli 1821 beendete die spanische Oberhoheit in Südamerika. Trotz seiner großen Erfolge mußte San Martin nach seiner Rückkehr in Buenos Aires politische Anklagen erleben, die ihn 1824 zur Emigration nach Frankreich veranlaßten. Er starb im Jahre 1850 verarmt in Boulogne-sur-Mer. Drei Jahrzehnte später wurden seine Gebeine nach Buenos Aires überführt, wo sie heute in der Kathedrale am „Plaza de Mayo" ruhen.

Peron und die Portenos sind *ein* Thema jeden Gespräches hier – das leere Land draußen und die vergebliche Bemühung mancher wohlmeinender Regierungen, es zu erschließen: das ist das *zweite* Problem, über das jeder Kritiker hier nachdenkt.

Harte Urteile sind zu hören: „Die Portenos verhungern lieber in Buenos Aires anstatt dort hinzugehen, wo man Menschen braucht.... Der Zwiespalt zwischen den 'Portenos' und den 'Provincianos' hat hundert Jahre lang die argentinische Innenpolitik beherrscht; es sind verschiedene Menschentypen, unterschiedliche Mentalitäten, die sich gegenüberstehen.... Argentiniens Zukunft hängt davon ab, ob es gelingen wird, diesen Zwiespalt zu überwinden, die Menschen hinauszutreiben.... Ein Arbeitsdienst, wie ihn Deutschland einst für seine Jugend hatte – das wäre hier das Nötige.... Die Menschen in die argentinische Weite und sie zur Arbeit bringen, darauf kommt es hier an."

So ähnlich lauten die Wünsche und Kraftausdrücke, wenn die Frage aufgeworfen wird, wie es weitergehen soll.

Ein prominenter Wirtschaftspublizist gibt sich grob optimistisch: „Bisher haben hier Idioten regiert; jetzt sind die Fachleute im Vormarsch" – er meint damit die politische Allianz, die das seit 1966 am Ruder befindliche Militär-Regime mit mehreren intelligenten Volkswirtschaftlern eingegangen ist. Populär ist dieses Regime nicht geworden, vor allem nicht in Buenos Aires; aber es hat nicht nur einige Stabilisierungsleistungen vorzuweisen, sondern auch bedeutende Großprojekte entwickelt, die endlich auch „draußen" Anziehungspunkte schaffen sollen.

Konkrete Planungsbereiche werden genannt:

Als das nächstgelegene Projekt das große Lagunengebiet, das sich ab 100 Kilometer östlich von Buenos Aires in Richtung Atlantik erstreckt. Diese große Landschaft steht derzeit bei Regen unter Wasser, sie kann nur zur Viehzucht genützt werden; hier könnte durch Trockenlegungsmaßnahmen ein bedeutender Feldanbau-Bereich geschaffen werden – umso attraktiver, als in den meisten Provinzen Argentiniens das große Defizit „Trockenheit" heißt.

Ähnlich steht es am Parana-Fluß nordwestlich von Buenos Aires – dort besteht für ein riesiges Inselgebiet von fast Provinzgröße ein Eindeichungsproblem: hier wird ebenfalls fruchtbarfeuchter Boden jährlich zur Hochwasserzeit überschwemmt und wird erst genutzt werden können, wenn die Flüsse reguliert sind.

Am Uruguay bei Salto Grande soll ein großes Kraftwerk mit Staudamm entstehen – allerdings bedarf es dabei uruguayischer Mitwirkung und dieser Staat „ist nicht so sehr interessiert, weil er bereits genug Elektrizität hat".

Übertroffen werden diese, im wesentlichen noch auf dem Papier stehenden Vorhaben durch das „Chocon-Cerro-Colorados"-Projekt am Oberlauf des Rio Negro in Nord-Patagonien. Hier im Anden-Vorgebirgsland sollen sowohl am Fluß Neuquén wie am Fluß Limay (die sich im Rio Negro vereinigen) Staudämme und Kraftwerke errichtet werden, die einerseits ein weites Fruchtland-Gebiet bewässern und andererseits Strom bis nach Buenos Aires liefern sollen. Von Regierungsseite ist für diesen Plan nicht nur bereits „grünes Licht" gegeben worden, Minister und Bankiers sind in Nordamerika und Europa bemüht, die erforderlichen anderthalb Milliarden D-Mark an Krediten aufzubringen; es sind auch schon innerargentinische Sonderabgaben eingeführt worden, die ebenfalls dem „Chocon" zugute kommen sollen.

Die Bedeutung dieser Erschließung wird allein schon durch die statistische Tatsache greifbar, daß die unmittelbar betroffenen Provinzen Neuquén und Rio Negro derzeit eine Bevölkerungsdichte von nur 1,2 bzw. 0,9 Menschen je Quadratkilometer verzeichnen. Mit ihren 297000 Quadratkilometern sind diese beiden Provinzen größer als die deutsche Bundesrepublik – und es leben heute dort mit 300000 Menschen nur etwa so viele wie allein im Raum von Bonn!

Unterschiedlich sind die Aussagen der Landeskenner über die Zukunftsmöglichkeiten des weiteren Patagonien, das sich südlich des Rio Negro noch 1500 Kilometer bis zur Maghellan-Straße erstreckt. In der dortigen südlichsten Provinz „Santa Cruz" leben auf 244000 Quadratkilometern nur 53000 Menschen. Davon etwa 10000 in der „Hauptstadt" Rio Gallegos. Hier hat sich neuerdings

sogar einmal die ganze argentinische Regierung eingefunden, um über die Zukunft dieses Landes zu beraten. Anlaß für diese Aktivität war die für Buenos Aires beunruhigende Feststellung, daß die so geringe Einwohnerzahl des südlichen Patagonien überdies noch meist aus Chilenen besteht. Es ist also staatspolitisch vordringlich geworden, für argentinische Zuwanderung in eine Gegend zu sorgen, die vor anderthalb Jahrhunderten Charles Darwin wegen ihres rauhen Klimas als „devils land", als „Teufels-Land", bezeichnete. Die Regierungs-Ankündigungen waren verheißungsvoll: Förderung der Schafzucht, Einrichtungen von Industrien, Ansiedlung ehemaliger Soldaten – das alles ist angekündigt. Auf diese Weise will man die „endgültige Besitznahme Patagoniens" betreiben.

Man sagt mir freilich auch, daß in diesen politischen Wein noch viel Wasser fließen wird, denn Patagonien sei wirklich ein „kaltes Teufels-Land" mit nur dünner Humusschicht, über die dauernd eisige Winde wehen; von ihnen würden sogar Aufforstungsbemühungen zunichte gemacht. Grün seien nur Patagoniens Täler; außerdem müsse sogar die Erbohrung von Brunnen als erschwert gelten, weil an vielen Stellen das Grundwasser gefroren ist.

Allerdings hat man in Patagonien mittlerweile Erdöl gefunden; auch andere Mineralien gibt es. Hier wie überall gilt aber das Wort, das mir ein Industrieller sagt: „Die Erschließung Argentiniens ist geologisch und technisch heute kein Problem mehr – aber die richtigen Menschen fehlen."

Die Frage nach den „richtigen" Menschen, das ist gewiß das Stichwort: Werden die „Vivos", die „Schlauen" von Buenos Aires jemals bereit sein, statt über die Boulevards der Hauptstadt zu schlendern, ein bitternartes Pionierdasein in der patagonischen Leere auf sich zu nehmen?!

*

Der Professor K. – Schweizer Abstammung, einer der geistvollsten Köpfe des argentinischen Universitätslebens – deutet das patagonische Menschenproblem einfach aber wohl treffend aus

der Tatsache des Übergewichtes italienischer Abkömmlinge in der heutigen argentinischen Bevölkerung: „Italiener sind Menschen, die die Wärme lieben und die Kälte scheuen; außerdem wollen sie leben, nicht sich aufopfern."

Allein durch das Chocon-Projekt werde – in durchaus gemäßigtem Klima – eine Fruchtlandschaft geschaffen, in der mindestens 300000 Menschen leben könnten und sollten: „Aber wo kriegen wir die her? Aus Buenos Aires gewiß nicht."

Um Patagonien zu erschließen, brauche man nicht einfach „Weiße", sondern „Nordicos", die beides gewohnt sind: die Kälte und die Arbeit.

Das Zukunftsproblem Argentiniens sei überhaupt die weitere Einwanderung, aber eine „gezielte", eine „richtige". Dieses Land hat nach seiner Berechnung Raum für „mindestens 200 Millionen Menschen" – aber nur für „solche Menschen, die sich nicht um die 'Plaza de Mayo' drängen, sondern die hinausgehen und die Leere bevölkern wollen."

Die Argentinien-Deutschen: Kulturdünger oder Kulturträger?

Für die Weiterreise ist eine Schiffspassage gebucht; wieder einmal muß einige Tage gewartet werden: die holländische Linie verbindet Japan, Südafrika und Südamerika mit einem regelmäßigen Passagier- und Frachtdienst. Die Abfahrtstermine werden auch hier von den Lade- und Löschverhältnissen diktiert.

Einem Deutschen wird in Buenos Aires freilich die Zeit nicht lang: es gibt viele und bemerkenswerte Landsleute hier; auch guten Rat und manchen Hinweis zur Vertiefung der Eindrücke.

Die Einladung in das Landhaus eines wohlhabenden Mannes deutscher Abstammung erweist sich als eine tagesausfüllende Beschäftigung. Schon die Fahrt in die weitentfernte aber dafür vornehme Vorstadt Martinez ist zeitraubend. Draußen erwartet

mich geradezu eine deutsche Insel: nicht nur Haus und Garten sind gemütlich und peinlich gepflegt, der Hausherr und seine Gattin so recht „aus altem Schrot und Korn". Dazu ein guter Bekannter aus Berliner Zeit: der 80jährige Professor Karl Ritter, einst weltbekannter Filmregisseur, noch früher Kriegsflieger im Ersten Weltkrieg – eine soldatisch-künstlerische Frohnatur, die sich die geistige Jugend ebenso bewahrt hat wie den gesunden Menschenverstand. Dem Professor Ritter war es zu eng geworden in der Bundesrepublik und so hat er sich hier im Kreis der „nationalen" Deutschen niedergelassen, der in Argentinien nicht klein und der zweiten Heimat herzlich zugetan ist.

Die Deutschen in Argentinien – dieses Thema zieht sich seit dem Utz Schmidl aus Straubing (dem man jetzt in Buenos Aires sogar ein Denkmal setzt) wie ein roter Faden durch die Geschichte des Landes am La Plata. Gewiß sind einst unsere Vorfahren in ungleich größerer Zahl nach Nordamerika ausgewandert, aber hier haben schon die wenigen Dauerhaftes gewirkt, und sie haben überdies ihren Zusammenhalt kräftiger bewahrt als ihre Brüder in den Vereinigten Staaten.

Der „Schmelztiegel" hat in Argentinien zwar die Spanier und Italiener ineinandergemischt, aber die Deutschen haben sich als Sprachgruppe erhalten – in Buenos Aires erscheinen auch heute noch zwei deutsche Tageszeitungen. Einen beträchtlichen Anteil an der – von den argentinischen Regierungen stets gerne gesehenen – deutschen Einwanderung hatten die Wolgadeutschen. Viele von ihnen begannen mit Einsetzen der anti-deutschen Politik Rußlands unter dem Zaren Alexander II. die ihnen im 18. Jahrhundert von der Zarin Katharina zugewiesenen südrussischen Siedlungsräume zu verlassen. Schon im Jahre 1878 traf als Vorhut eine Gruppe von 1100 Männern und Frauen in Argentinien ein, die sofort ins Land hinauszogen. Heute sind etwa 130 Ortschaften in der Provinz Entre Rios noch ganz oder teilweise von Wolgadeutschen besiedelt. Aus dem deutschen Reichsgebiet gab es beträchtliche Einwanderungen nach Argentinien sowohl nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg; beide Male waren die La Plata-Länder geradezu Oasen in der Wüste eines weltweiten Deutschenhasses. Allerdings wurde es ihnen auch hier

nicht leicht gemacht, sie mußten hart arbeiten – und sie haben es getan.

Man erzählt mir als Beispiel die Geschichte der Kolonisten, die im Jahre 1919 unter der Leitung des Deutschen Julius Schwelm am oberen Parana, im äußersten Nordost-Zipfel Argentiniens, den subtropischen Urwald zu roden begannen: heute ist aus der handvoll Pioniere, die vor einem halben Jahrhundert mit der Machete in der Hand begannen, eine blühende Siedlung mit 30000 Einwohnern geworden. Sie haben sich in Form einer „Kooperative" organisiert; über deren – in deutscher Sprache abgehaltenen – jährlichen Generalversammlungen berichtet die argentinische Presse; so bedeutend ist das wirtschaftliche Gewicht dieser Unternehmung geworden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kamen außer angesehenen deutschen Offizieren und Militärtechnikern – die bekanntesten waren der höchstdekorierte deutsche Soldat Oberst Rudel und der Düsenjäger-Konstrukteur Professor Tank – auch viele Wissenschaftler und erneut bäuerliche Menschen, die hier eine neue Heimat suchten und fanden, in der sie ihr Deutschtum nicht verleugnen mußten.

In den drei La Plata-Ländern (Argentinien, Paraguay, Uruguay) schätzt man die heute hier lebenden Deutschsprachigen auf etwa 400000–500000. Sie haben neben der täglichen Nachrichtenverbindung, die ihnen die Zeitungen bieten, im „La Plata-Ruf" auch ein im Deutschtum ganz Südamerikas geschätztes politisches Organ erhalten, das die deutschen Anliegen in oft erfrischender Weise vertritt.

Lächelnd wird mir versichert: „Umerziehung gilt bei uns nicht; die hiesigen Bonner Botschafter leisten zwar ihr Möglichstes – aber wir leben hier in einem wirklich freien Land, in dem auch Deutsche bleiben dürfen, was sie sein wollen."

*

Es gibt auch ein weitverzweigtes deutsches Vereinsleben, an dem sich die Jugend lebhaft beteiligt. In einen solchen Kreis werde ich gegen Abend geholt und zum Erzählen aus der Heimat

aufgefordert. Dann singt dem Gast zu Dank mit frischen Stimmen ein junger Chor:

„Nichts kann uns rauben
Liebe und Glauben
zu unserem Land.
Es zu erhalten
und zu gestalten
sind wir gesandt.
Mögen wir sterben
unseren Erben
gilt dann die Pflicht,
es zu erhalten
und zu gestalten.
Deutschland stirbt nicht.“

Schließlich sitzen wir noch in tiefer Nacht im Garten eines Hauses unter Freunden zusammen – unter uns einer von den paar Deutschen, die nach 1945 bettelarm herüberkamen und heute „ganz groß“ geworden sind. Seine Regel ist in wenige Sätze gefaßt: „Hier ist es nicht so eng wie bei Euch zuhause; deshalb kann man hier wirklich gerne sein. Freilich – man muß arbeiten. Aber wer sich ernstlich einsetzt, wer einen Schritt mehr macht als die Anderen, der kommt vorwärts. Der ernstlich *tätige* Deutsche hat hier Chancen. Wer den festen *Willen* hat, etwas zu erreichen – der kommt voran.“

Für die deutsche Wirtschaft wäre nach seiner Ansicht Argentinien ein geeignetes Land, um einen unternehmerischen Schwerpunkt zu bilden, wirklich ein „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ – „aber dazu gehört beides: deutsche Initiative und deutsche Menschen.“

*

Die Auskunft der Schiffsagentur besagt: weitere vier Tage Verzögerung.

Die Gelegenheit ist günstig, noch einen Flug nach Cordoba zu unternehmen – die einzige Stadt Argentiniens, die neben Buenos Aires eine eigene Bedeutung gehabt und behalten hat. Mit ihren 600000 Einwohnern steht sie allerdings knapp nach der hauptsächlich von italienischen Einwanderern besiedelten

Industriestadt Rosario an dritter Stelle; aber historisch und politisch hatte Cordoba zur spanischen Zeit sogar größere Bedeutung als Buenos Aires. Dort wurde die erste und damals einzige Universität gegründet; sie ist heute noch ein geistiger Mittelpunkt Argentiniens.

Das zweimotorige Flugzeug startet nicht von Ezeiza, sondern vom „Stadtflughafen" in niedriger Höhe gleich über den La Plata hinaus und an der Küstenbucht entlang, an der sich die Vorstädte aufreihen. In nebliger Ferne wird der Zusammenfluß des Parana und des Uruguay erkennbar. Der Parana bildet eine Scheidelinie: an seinem Südufer geht die Industrie- in Kulturlandschaft über, am Nordufer aber dehnt sich die menschenleere Urlandschaft mächtiger Sumpfgebiete, die der Trockenlegung harren. Wir fliegen scharf an dieser Grenze entlang; rechts bis zum Horizont die naße Wüste des Zwischenstromlandes, links eine weitverzweigte durch Straßen und Schienenstränge erschlossene belebte Provinz, unter uns die braun-schmutzigen Fluten des Flusses, der hier noch schiffbar ist und lebhaften Verkehr zeigt.

Erst westlich von Rosario biegen wir in südlicher Richtung ab und fliegen eine Stunde lang über die „feuchte" Pampa mit ihren großen abgezirkelten grünen Flächen und rechtwinkligen Straßen.

Cordoba zeigt sich im Anflug als Industriestadt; dahinter im Abendsonnenschein das Mittelgebirgs-Panorama der „Sierra" von Cordoba.

Das erste Durchwandern der Innenstadt vermittelt einen enttäuschenden Eindruck; die engen Straßen sind zwar reklameüberladen, wirken aber provinziell. Am nächsten Morgen freilich vertieft sich das Bild bei einer Rundfahrt zu den zahlreichen altspanischen Kirchen und Palästen mit ihren prächtigen Innenhöfen, zum Stadttor von 1573, das wohl das älteste erhalten gebliebene Bauwerk Argentiniens ist – und schließlich zu den traditionsgesättigten, still dahindämmernden Gebäuden der alten Jesuiten-Universität, die heute National-Universität geworden ist.

Unter Peron wurde in den Außenbezirken von Cordoba eine ansehnliche Flugzeug-Industrie entwickelt; das hat freilich nicht verhindert, daß gerade von hier aus die Bewegung zu seinem Sturz sich formierte. Man versichert mir: Ausgangspunkt jeder wichti-

gen politischen Unruhe zu sein, das sei Cordobas Rolle seit der Zeit der Vizekönige gewesen und geblieben. Als der „Peronismus" in seiner letzten Periode zu einer „proletarischen Verwilderung" ausartete sei der General Lonardi – durch Heirat mit einer der ältesten und angesehendsten Familien Cordobas verbunden – nicht von ungefähr von hier aus angetreten. Daß Peron „das Idol der Massen von Buenos Aires, von Cordoba, dem Traditionszentrum des Landes, aus gestürzt" wurde, habe „eine tiefe Bedeutung".

Richtig daran ist gewiß, daß Peron sich um Cordoba bemüht hat und daß dennoch diese Bemühung gescheitert ist, wenn sie auch dazu geführt hat, dem altspanischen Gesicht dieser Stadt einen zusätzlichen industriellen Charakter aufzuprägen.

*

Auch hier ist eine Gruppe bemerkenswerter Deutscher tätig. Einer von ihnen – Professor an der Universität – erzählt ganz am Rande, daß er selbst noch nie in Deutschland gewesen ist. Schon seine Großeltern sind aus Bremen hier eingewandert, dennoch verrät nicht die leiseste sprachliche Abweichung den geborenen Argentinier. Nicht nur sein Vater hat sich die Frau aus Deutschland geholt; seine eigene Gattin – die Mutter seiner drei Kinder – stammt wieder aus Bremen. So hat diese Familie sich völlig deutsch erhalten, was ihrer ehrlichen Treue zum argentinischen Staat umso weniger Abbruch tut, als hier weder im Ersten noch im Zweiten Weltkrieg ein Widerspruch in der inneren Verpflichtung aufgetreten ist.

Der Professor verfügt über eine umfassende Kenntnis der geographischen Struktur Argentiniens und er streift ein Kernthema des Landes mit der Bemerkung: „70 Prozent Argentiniens sind *trockenes* Land." Das heißt: wer es besiedeln will, muß zunächst für Wasser sorgen; wer dem leichteren Leben verschrieben ist, wird – wie es die Eisenbahnlinien bis heute tun – dort haltmachen, wo die „feuchte Pampa" endet. Ob und inwieweit unter den trockenen Gebieten Grundwasser-Reserven mobilisiert werden können: darüber gibt es noch keine exakten Auskünfte. Sicher

ist dagegen, daß durch andere wasserwirtschaftliche Maßnahmen, Staudämme usw. noch eine große Fruchtland-Reserve erschlossen werden kann.

Wieder bleibt die Frage: durch wen? unbeantwortet im Raum stehen.

Weitere Gäste mit ihren Damen finden sich ein – das muntere Gespräch kreist um den jährlichen Höhepunkt des deutschen Gemeinschaftslebens in Argentinien, die Sonnenwendfeier im Calamuhita-Tal bei Cordoba auf dem Gipfel des Rumipal. Hier wird im Juni nicht wie bei uns die kürzeste, sondern die längste Nacht des Jahres festlich begangen. Schon Tage zuvor versammeln sich in Zeltlagern und in den Hotels eines bekannten Fremdenverkehrs-Gebietes viele Hunderte von Deutschen und ihre Jugend aus ganz Argentinien nicht nur zum Abbrennen des traditionellen Holzstoßes, sondern auch zu einer „argentinisch-deutschen Feierstunde", zu Vorträgen, Aussprachen und gemeinsamen Ausflügen.

In Cordoba wird das Unternehmen monatelang vorbereitet und die Gemüter erhitzen sich über die Einzelheiten des Programmes: Wer die Feuerrede halten soll, welche Vortrags-Themen wirklich alle Teilnehmer – die alten wie die jungen – gleichermaßen interessieren könnten. Auch geistreiche Einfälle sind erlaubt. Vor ein paar Jahren trat ein Redner vor den Feuerstoß und sprach einen langen Text, von dem der weite Zuhörerkreis mehr und mehr gefesselt wurde, weil er so harte und doch so treffende und wie es schien zeitnahe deutsche Selbstkritik kraftvoll aussprach. Als er geendet hatte gestand der Redner: Seine Feuerrede hatte er aus einem Buch auswendig gelernt, der Text war schon im Jahre 1810 verfaßt worden: Ernst Moritz Arndts „Hoffnungsrede"*

Gelegentlich mag es auch Enttäuschungen gegeben haben, aber wenn dann nach Jahresfrist erneut „der Rumipal ruft" dann kommen sie doch wieder, wie von einem Magnet angezogen.

*

* Vgl. Heinz von Arndt: Das Abenteuer der Befreiung – Ernst Moritz Arndt und die Forderung seiner Zeit, Leoni am Starnberger See 1960, S. 180ff.

Am nächsten Tag bin ich Gast eines Ehepaares, das die Lebensfragen der Argentinien-Deutschen aus einer besonderen Einsicht zu beurteilen vermag: sie kommen beide aus dem europäischen Südosten und hatten dort im Volkstumskampf schließlich auf verlorenem Posten gestanden. Die Batschka und Argentinien – zwei verschiedene Welten, aber als gemeinsames Problem die Frage: soll der Deutsche sich in seiner Art erhalten, oder soll er sich ein- und anpassen, sich „assimilieren" – ein Vorgang, zu dem in fremder Umwelt vieles drängt und vieles verlockt.

Wir fahren aus der Stadt hinaus zuerst durch den Industriebereich, dann in die Hochebene, wo die Gauchos vom Pferderücken herab ihre Viehherden bewachen – das typische Argentinienbild der Schulbücher –, schließlich in die Berg- und Seenlandschaft der „Cordillere". Sie zeigt sich herb und kahl; auf kühnen Höhenstraßen begegnet uns gelegentlich ein Eselskarren; an der dürftigen Grasnarbe nähren sich weitverstreute Schafherden; hoch in den Lüften zieht ein einsamer Condor majestätisch seine Kreise.

„Im Laufe der Jahrhunderte ist die Sierra leider abgeholzt worden – sie sollte aufgeforstet werden" – aber kann man das von den Nachfahren derer erwarten, die in Europa schon Italien und Spanien verkarsten ließen?!

Während wir zurückfahren, wird mir von einer Auseinandersetzung im Kreise der Argentinien-Deutschen berichtet, die so „typisch deutsch" ist, daß sie sich dem Gedächtnis einprägt.

Die Debatte war zunächst um das vielerorts noch verbesserungsbedürftige deutsche Schulwesen entstanden. Dann vertiefte sie sich – wie sollte es unter Deutschen anders sein? – bald ins Grundsätzliche und geriet endgültig in den Bereich heftiger geistiger Spannungen durch die Fragestellung: sollen sich die Argentinien-Deutschen als „Kultur*träger*" oder als „Kultur*dünger*" selbst verstehen.

Unter Engländern oder Franzosen wäre eine solche Diskussion und gar die Heftigkeit, zu der sie sich steigerte, nicht denkbar. Bei unseren Deutschen hier aber gab es geradezu leidenschaftliche Befürworter der „Dünger"-Parole: Argentinien sei nicht nur ein herrliches Land mit prächtigen Menschen (es waren Erinnerungen

an jahrelange Streifzüge durch die Weiten Patagoniens, die den Verfechter dieser These bewegten) sondern in seiner Struktur auch „ein bereits vorgelebtes Paneuropa auf amerikanischem Boden". Dieses begreift er offenbar nicht nur als politische Allianz sondern als biologisches Geschehen, in dem die Völker von den Norwegern bis zu den Sizilianern ineinander aufgehen sollen; deshalb will er „seine Kinder nicht als verloren betrachten" wenn sie Argentinier „spanischer, italienischer, englischer oder französischer Abkunft oder – was das Wahrscheinlichste sein dürfte – eine Mischung aus diesen Völkern heiraten" und so seine Familie aus dem deutschen Bereich endgültig hinausführen werden: „Welch bessere Aufgabe kann uns das Schicksal bescheren, als 'Kulturdünger' zu sein?"

Diese Ansichten haben – gedruckt verbreitet – heftige Gegenstimmen hervorgerufen, die ebenfalls publiziert wurden*.

„Die Anführungszeichen, in die Sie das Wort 'Kulturdünger' setzen, nehmen ihm nichts von seiner Schrecklichkeit. Ich kann den Ausdruck nur so verstehen und habe ihn nie anders aufgefaßt, als daß das zum *Dünge*mittel oder schlechthin zu Dung gewordene Volk den Nährboden eines fremden Volkes wohl bereichert, aber dabei – im Sinne des biologischen Vergleiches – zersetzt wird und verschwindet. Kultur*träger* zu sein ist dagegen eine hohe und wunderbare Aufgabe, die wir und unsere Kinder mit Freude und Stolz leisten sollen. Ihre Früchte kommen nicht nur uns zugute, sondern auch dem Gastvolk der neuen Heimat oder wie Sie die Umgebung, in der wir leben und die Sie wie ich lieben und achten, auch nennen wollen. Kulturdünger zu sein ist dagegen eine Aufgabe nur im Sinne von sich selbst oder Werte aufgeben, die zu pflegen und zu erhalten wir verpflichtet sind. Darin sehe ich die Aufgabe des Auslandsdeutschtums, zu deren Erfüllung unsere Schulen ganz wesentlich beitragen können. Laßt sie nicht zu Kulturdüngemittelfabriken werden."

Die nüchternsten Sätze in dem Konvolut von Aufsätzen, die mir ins Reisegepäck mitgegeben werden, hat ein junger deutsch-argentinischer Student niedergeschrieben:

„Die Einwanderung nach Argentinien ist in den letzten Jahren praktisch zum Stillstand gekommen. Solange es einen ständigen Zustrom frischer Kulturträger aus Deutschland gab, war das Problem längst nicht so dringend wie jetzt. Dies Land soll nicht nur mit unserem Schweiß, sondern auch mit unserer Kultur ge-

* Deutsche Kommentare am La Plata, 1. Aprilheft 1966.

düngt werden. Aber den Kulturdünger müssen die Kulturträger *erzeugen*, sie dürfen sich nicht selbst dazu *verwandeln*. Sonst gibt es eines Tages weder Kulturträger noch Kulturdünger mehr. Dann erst hätte man die Henne geschlachtet, die die goldenen Eier legt. Und damit wäre weder der deutschen noch der Kultur des Gastlandes gedient."

Auch bei einer Sonnwendfeier auf dem Rumipal haben sich deutsche Jungen über das Problem die Köpfe heißgeredet. Da wurde den Vätern gesagt, daß sie keine „Vorentscheidung" treffen dürfen: „Wenn das Elternhaus versagt, ist alles verloren". Nur wenn der Vater für *deutsche* Erziehung sorge, sei gesichert, daß der Sohn und die Tochter „die Freiheit der Entscheidung behalten, ihr Volkstum zu bewahren oder in einem fremden aufzugehen".

Den stärksten Beifall erhielt ein 18jähriger, der in seinem ersten Lebensjahr mit seinen Eltern nach Argentinien kam. Er sagte:

„Wir stammen aus Deutschland und finden uns in der deutschen Kultur besser widergespiegelt. Das liegt mehr in uns. Wir fühlen uns darin wohler. Das ist ein Wert, den wir in uns tragen. Wenn wir in Argentinien leben, können wir diese Werte nicht über die Ziele des argentinischen Staates stellen und damit hier in Argentinien destruktiv wirken. Wir müssen das miteinander vereinbaren."

„*Mit*einander vereinbaren" – also doch: Kultur*träger*!

Visite in Montevideo

Zurück in Buenos Aires: noch genau ein Tag steht zur Verfügung, um das jenseitige Ufer des La Plata zu besuchen – Montevideo, die Hauptstadt des Staates Uruguay, der von Argentinien nur deshalb getrennt ist, weil man das vor anderthalb Jahrhunderten in London so haben wollte.

Als ich diese harte Behauptung zum ersten Mal hörte, schien sie mir übertrieben. Aber sie ist wörtlich richtig. Die merkwürdige Geschichte beginnt bereits mit dem Siebenjährigen Krieg, der 1763 bekanntlich in Europa ohne „Sieger und Besiegte" endete, während England – vorher nur zögernder Bundesgenosse Fried-

rich des Großen – in seinem damaligen Frieden mit Frankreich große Gewinne für sich verbuchen konnte. Bei dieser Gelegenheit wurde Kanada englisch – und von Spanien forderte die Londoner Regierung nicht weniger als die Abtrennung der Provinz „Banda Oriental“ aus dem Vizekönigreich La Plata. Maßgeblicher Grund für dieses Verlangen: die La Plata-Mündung sollte nicht von *einer* Macht kontrolliert werden – auch hier eine britische „Gleichgewichts“-These. Aus „Banda Oriental“ wurde nach Auflösung der spanischen Macht unter der Bezeichnung „Uruguay“ mit 187000 Quadratkilometern und heute etwa 2,5 Millionen Einwohnern der kleinste südamerikanische Staat; das sagt freilich nicht, daß er der bedeutungsloseste wäre.

Allein schon die Tatsache, daß das ganze Land zur gemäßigten Klimazone gehört, daß es ohne Berge und ohne Wüsten nahezu ausschließlich von Weißen bewohnt wird, verdient Aufmerksamkeit. Freilich bilden auch in Uruguay ebenso wie im gegenüberliegenden Argentinien die italienischen Einwanderer des letzten Jahrhunderts den Hauptbestandteil des „Schmelztiegels“ und auch hier hat diese Ursache zu ähnlicher Wirkung geführt: in der Hauptstadt Montevideo leben mit rund 900000 Einwohnern mehr als ein Drittel aller Staatsangehörigen.

Ein „fliegendes Schiff“ verkehrt vormittags auf der kürzesten Strecke über den La Plata zur gegenüberliegenden Stadt Colonia – das wäre eine reizvolle Reise; aber dort stünde dann noch eine mehrstündige Omnibusfahrt bis Montevideo bevor. Deshalb ist auch für diese heutige Unternehmung der Flug vom Stadtflughafen Buenos Aires vorzuziehen. Die uruguayische Luftverkehrsgesellschaft „Pluna“ besorgt diesen Verkehr in einer kleinen Stunde Flugzeit: kaum ist das Häusermeer von Buenos Aires am Horizont verschwunden, da kommt hinter blaßen Nebelstreifen bereits die gegenüberliegende Küste in Sicht, während unter uns lebhafter Küstenschiffsverkehr die Bedeutung sowohl des La Plata-Beckens wie der uruguayischen Wirtschaft demonstriert.

Mit Fleisch und Wolle hat man in diesem Land während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts riesige Vermögen verdient – und seither, wie die Statistik der Staatsfinanzen und eine uferlose Inflation des uruguayischen Peso zeigt, wieder verschleudert.

„Was wir dringend brauchen, ist ein dritter Weltkrieg“ – solche makabren Scherze lassen uruguayische Geschäftsleute bei ihren häufigen Besuchen in Buenos Aires vernehmen!

*

„Ja, sie waren wirklich große Kriegsgewinnler“ – das bestätigt der junge deutsche Bankfachmann, der mich freundlicherweise durch die Straßen der Stadt und zum Hafen fährt. „Sie konnten für Fleisch und Wolle lange Zeit die Weltmarktpreise diktieren und haben übertriebene Profite eingesteckt. Das ging gut bis in die 50er Jahre; seither ist Krise, denn man hat sich daran gewöhnt, weit über die Verhältnisse zu leben... In Argentinien haben falsche Industrialisierungs-Projekte den Kriegsgewinn aufgezehrt. In Uruguay war es eine fast groteske Sozialpolitik: hier kann man schon im Alter von 50 Jahren Pensionist sein und dann mit 80 Prozent Rente einen zweiten Beruf anfangen. Es gibt eine Unmenge von Staatsdienststellen und auch da herrscht das Zwei-Berufe-System: am Vormittag ist man Beamter, nachmittags geht man seinen Geschäften nach. Das Ergebnis ist das Gleiche wie beim Betrieb der argentinischen Eisenbahnen, in denen Zehntausende halbwertiger Arbeitskräfte mitgeschleppt werden: ein Riesendefizit... Der Staatshaushalt ist zu einem Drittel ungedeckt; den Rest schafft die Notenpresse... Früher hat sich aus der ganzen Welt Kapital hierher geflüchtet – das ist längst zurückgezogen worden; die ersten Bankzusammenbrüche hat es bereits gegeben... Wenn ein Land, das als reich galt, so tief fällt wie Uruguay, dann erregt das Aufsehen.“

Nicht nur im Hinblick auf seine Kriegsgewinne hat sich Uruguay stets gerne mit der Schweiz verglichen; man hat sogar mit dem dortigen politischen System kokettiert und den „Wohlfahrtsstaat“ mit allen Attributen einer Superdemokratie ausgestattet. Aber auch diesbezüglich bestätigt sich, daß es nicht so sehr auf die Methode ankommt, sondern auf den Menschentypus, der sich ihrer bedient: zur Schweiz und ihrem glückhaften Lebensstil gehören offenbar auch die schweizer Eigenschaften des fleißigen Strebens und zähen Festhaltens am Erworbenen. In der Schweiz ist der Volksentscheid sogar über Einzelfragen des täglichen

politischen Lebens bekanntlich ein probates Mittel zur Vermeidung waghalsiger Experimente; hier führt das gleiche Verfahren zum Gegenteil.

Neuerdings – so wird berichtet – will man in Montevideo vom Berner Verfassungsmuster wenigstens an der Staatsspitze abweichen und statt des bisherigen mehrköpfigen Kollegiums wieder einen Präsidenten berufen, der Vollmachten erhalten und „regieren“ soll.

*

Außer den Schaufenstern für reiche Leute in der großen Alleebestandenen Hauptstraße (die hier „18. Juli“ benannt ist, nach dem Tag des Jahres 1830, an dem nach mehrjährigem Kampf gegen Brasilien die Verfassung der „Republica Oriental de Uruguay“ verkündet wurde) und dem in vielerlei Stilarten prunkenden „Constitution“-Platz mit dem Reiterstandbild eines Generals, ist in der Innenstadt von Montevideo wenig Bemerkenswertes zu sehen. Natürlich ist auch die „Rambla“ zu notieren – die breite Prachtstraße an der La Plata-Küste mit Badestrand – und viele einladende Grünflächen sowie einige Dutzend Hochhäuser. Es gibt auch Palmen und sonstige Üppigkeit im Pflanzenwuchs; in Montevideo läßt es sich leben. Eine gute Stunde Autofahrt genügt, um das zu wissen und um leicht ermüdet zu sein von einem Straßenleben, das in seiner Farbigkeit und Lautstärke immer wieder an Neapel erinnert.

Zuletzt biegen wir ab vom Gewühl der Innenstadt und wenden uns über Kopfsteinpflaster-Straßen dem Hafengelände zu, denn hier ist am Haupteingang eine begrüßenswerte Sehenswürdigkeit neuesten Datums zu sehen: das Erinnerungsmal an die Tragödie des deutschen Panzerschiffs „Graf Spee“, die sich vor dem Hafen Montevideo am 13. Dezember 1939, zu Beginn des Zweiten Weltkrieges, vollzog. Das von britischen Torpedobooten verfolgte und beschädigte deutsche Schlachtschiff mußte damals nach nur 72stündiger Liegezeit den Hafen wieder verlassen, weil die uruguayische Regierung unter dem damals noch vorherrschenden englischen Einfluß eine weitere Reparatur-Liegezeit nicht genehmigte. Das angeschlagene Schiff lief dann am 17. Dezember 1939

aus dem Hafen langsam aus und versenkte sich, bevor es zur leichten Beute seiner Verfolger werden konnte, außerhalb der Drei-Meilen-Zone. Die Mannschaft konnte sich auf bereitliegenden Schleppern nach Buenos Aires retten. Der Kommandant der „Graf Spee“, Kapitän zur See Hans Langsdorff, der nach Marinetradition mit seinem Schiff untergehen wollte, es aber zunächst als seine Pflicht ansah, für die Überführung und Unterbringung seiner Leute in Argentinien zu sorgen, erschoß sich am 19. Dezember 1939 und wurde in Buenos Aires unter großer Anteilnahme der Bevölkerung zu Grabe getragen*.

Seit einigen Jahren hat man nun auch hier dieses heroischen Vorganges würdig gedacht: der Anker der „Graf Spee“ steht im Mittelpunkt der aus weißem Mauerwerk errichteten Gedenkstätte, an der täglich viele Tausende vorübergehen. Eine spanische Inschrift besagt: „Die Ideale, für die wir eintraten, werden bestehen bleiben.“

*

* Der damalige Leiter der Artillerie-Zentrale der „Graf Spee“ Korvettenkapitän F.W. Rasenack – heute in Buenos Aires kaufmännisch tätig und ein angesehenes Mitglied der deutschen Kolonie – hat in Tagebuch-Aufzeichnungen jene dramatischen Geschehnisse berichtet („Panzerschiff Admiral Graf Spee – Kampf, Sieg und Untergang“, Biberach 1957; spanische Ausgabe: „La Batalla del Rio de La Plata“). Zum 20. Dezember 1939 notierte Rasenack (a.a.O. S. 192ff.):

„Noch gestern sprach der Kommandant vor der Besatzung und gab bekannt, daß wir nun doch in Argentinien interniert würden. Er freue sich, daß er jetzt seine Besatzung in Sicherheit wisse. Er könne nun nichts mehr für die Besatzung und für Deutschland tun. Dann setzte er sich mit der Verleumdung und Hetze auseinander, die in der Presse gegen uns eingesetzt hatte, und sagte die bedeutungsvollen Worte, deren Sinn mir erst jetzt aufgeht: ‘Ich werde der Welt die deutsche Ehre beweisen’. Er sprach so voller Ruhe und Optimismus, daß keiner auf den Gedanken kommen konnte, daß er seinen Kommandanten zum letzten Mal sah. Noch abends saß er mit einigen Offizieren und einheimischen Deutschen zusammen. Er war frisch und vergnügt wie lange nicht mehr, so daß keiner von uns einen Argwohn hegte. Nur ein Herr, der zur deutschen Botschaft gehörte und von dem ,wie ich später erfuhr, der Kommandant sich seine Pistole hatte wieder geben lassen, sagte zu einem von uns: ‘Passen Sie heute nacht gut auf Ihren Kommandanten auf’. Morgens fand man ihn in voller Uniform in seinem Blute auf der Kriegsflagge liegend, die auf ‘Graf Spee’ bei seiner letzten Fahrt geweht hatte ...“

Gegen abend treffe ich noch mit einem amerikanischen Journalisten zusammen, der sich Montevideo aus besonderem Grund zum Standort und als Aussichtsplatz gewählt hat: er ist überzeugt, daß dieses Uruguay geradezu die politische Achillesferse, gegenüber der kommunistischen Infiltration der schwächste Punkt ganz Südamerikas ist.

Er beklagt, daß die Amerikaner hier allzu „defensiv" vorgehen, daß man in Washington „den Kommunismus zwar fürchtet, ihn aber doch nicht frontal bekämpfen mag" und daß man dort „Lateinamerika nicht begriffen hat". Man könne es nämlich „nicht pauschal beurteilen. Argentinien und Ecuador können ebenso wenig auf einen Nenner gebracht werden wie Dänemark und die Türkei".

Der lateinamerikanische Kommunismus ist ihm ein „dreidimensionales Phänomen", denn er werde „von mehreren Quellen gespeist: von Moskau, von Peking via Kuba und von dem Impetus des frustrierten einheimischen Bürgertums".

Mit intellektuellem Scharfsinn hat er außerdem beobachtet, daß die kommunistischen Umtriebe in Südamerika „nichts mit der Not" zu tun haben. Ihre Organisatoren „sind ausnahmslos Intelligenzler, Söhne reicher Leute oder Mittelständler, die nur keinen anderen Ansatzpunkt für ihren Ehrgeiz finden".

Politische Bedeutung gewinnen ihre Bemühungen nicht durch populäre Unterstützung – im Gegenteil: in den so unterschiedlichen Völkern finden sie vielfach überhaupt keine Resonanz – sondern einerseits durch die fehlende Gegenwirkung und andererseits durch die wirksame Steuerung aus Moskau, die sich – jedenfalls in Uruguay – vor allem in den Gewerkschaften und in einer gezielten Verwirrung des Wirtschaftslebens auswirkt.

Fidel Castro habe sich zwar ideologisch aus Peking genährt, aber „die Chinesen haben kein Geld"; so ist Kuba „von der Moskauer Wirtschaftshilfe völlig abhängig geworden und wieder in die Kreml-Linie eingeschwenkt".

Hier in Montevideo haben sich die Russen massiv etabliert: Es wirkt hier nicht nur die Sowjet-Botschaft, fast alle Osteuropa-Staaten – auch die Ulbricht-Leute aus Ost-Berlin – sind mit Delegationen vertreten, die wenig anderes tun als „einen Apparat auf-

bauen". Im Augenblick sei das wie einst im Deutschland von 1940/41 noch eine *schweigende* „Rote Kapelle", denn die Sowjets seien auch hier noch auf „Abwarten" eingerichtet, aber die trügerische Ruhe „kann jederzeit unterbrochen werden".

Daß die Sowjets eine „Zentrale" für den südamerikanischen Raum in Uruguay eingerichtet haben, das ist in der Tat wahrscheinlich; es kann keinen günstigeren Standort für sie geben.

*

Der abendliche Rückflug über den La Plata – zuerst die Perlenkette der Küstenstraßen vor dem bunten Lichterfeld der Stadt, dann ein fast voller Mond im dunklen Spiegel des Wassers, im Hintergrund bald wieder der riesenhafte Schein der argentinischen Hauptstadt: in Sekunden romantischer Täuschung belebt sich der verklungene Traum vom Silberstrom und vom Silberland.

Der brasilianische Irrtum

Die Portugiesen

Endlich ist die „Ruys" eingelaufen und hat die Passagiere nach Santos, Rio de Janeiro und Kapstadt an Bord genommen. Viele Veränderungen gab es dabei nicht: auf diesen Schiffen werden gerne Rundreisen unternommen; es sind meist südafrikanische Ehepaare, die sich die Annehmlichkeit einer Seefahrt verschaffen und gleich wieder zurückkehren. Das Schiff ist solide und bequem, angenehm klimatisiert – eine erholsame Reise steht bevor.

Noch ein ruhiger Abend im Hafen – ich sitze auf dem Achterdeck und betrachte nun von ferne die mit bunten Lichtern angedeutete Silhouette der Innenstadt von Buenos Aires. Kein Luftzug bewegt das Wasser; würden nicht die dunklen Kräne der Hafenmole in den Himmel ragen und im Hintergrund ein Lautsprecher Musik verbreiten, ließe sich von Idylle reden. Ganz fern am Horizont blinkt ein Leuchtfeuer auf: die uruguayische Küste.

Die Abfahrt ist auf den nächsten Morgen 8 Uhr früh festgesetzt; und da werden die Leinen auch pünktlich losgeworfen. Wenige Minuten später haben wir uns freigeschwommen, der Kai mit dem Schwarm winkender Menschen, deren Gruß vor allem der Besatzung gilt, bleibt zurück. Dann marschiert die „Ruys" den La Plata abwärts langsam nochmals an Buenos Aires vorbei, die „Casa Rosada" und die „Plaza de Mayo" liegen drüben im Morgensonnenschein. Vor uns rauscht das fahrplanmäßig verkehrende „fliegende Schiff" nach Colonia über das Wasser. Wir folgen gemächlich, denn wir haben uns an eine abgesteckte Rinne zu halten – nur sie ist für seegehende Schiffe zu befahren. Fast den ganzen Vormittag hindurch haben wir uns noch auf der argen-

tinischen Seite zu halten, die flache Küste ist im Fernglas zu erkennen. Erst auf der Höhe von Montevideo ändern wir unseren Kurs; nachmittags nach der Teestunde in der Lounge sind seitlich voraus die Häuserreihen der uruguayischen Hauptstadt auszumachen. Nach 17 Uhr erreichen wir die Lotsen-Station und mit ihr das Ende der Fahrrinne. Erst jetzt nimmt die „Ruys“ volle Fahrt auf und zeigt was sie kann.

Das Dinner ist längst vorüber und die älteren Ehepaare wandeln in der warmen Nacht an Deck – nun wird als letzte Sehenswürdigkeit des Tages mit einer Durchsage von der Brücke die Lichterkette an der Küste erklärt: „Punta del Este“, die östlichste Landzunge Uruguays, ein Badeort der neuerdings durch eine Konferenz unter dem Vorsitz des US-Präsidenten Johnson international bekannt geworden ist.

Hier verlassen wir nun – mehr als zwölf Stunden nach der Abfahrt – die La Plata-Bucht und rauschen in den dunkel vor uns liegenden Süd-Atlantik hinaus. Zwei volle Tage auf See stehen bevor. Wieder kommt der Bücherkoffer zu seinem Recht, denn mit Santos werden wir Brasilien erreichen – und dieses Land ist ein Thema für sich.

*

Die allgemeinen Tatsachen sind rasch erfaßt. Mit seinen 8,5 Millionen Quadratkilometern – nirgends Wüste, wenn auch noch viel unerschlossenes Busch- und Urwaldland – rangiert Brasilien in der Flächen-Größenordnung zwischen China (9,7 Millionen Quadratkilometer) und den USA (7,8 Millionen Quadratkilometer). Es ist der größte Staat Südamerikas, hat mit derzeit etwa 80 Millionen Einwohnern auch rund die Hälfte der Bewohner des Subkontinents. Zwei Drittel des Landes freilich gelten als unbewohnt.

Für Brasilien zeichnen die Portugiesen verantwortlich. Ihr Kapitän Pedro Alvarez Cabral glaubte, als er im Jahre 1500 als Erster die brasilianische Küste erreichte und dort auf freundliche Indianer stieß (von denen er einige als „Beweisstücke“ nach Lissabon zurückbrachte) ebenso wie Kolumbus, er habe Indien

erreicht. Erst später entdeckte man den Irrtum; statt der erhofften Goldschätze fand man als nützlichen Exportartikel nur kräftiges hartes Holz, das auf portugiesisch „brazil" genannt wurde. Dieser nüchterne Sachbegriff stand schließlich Pate für das neuentdeckte Land.

Das Sinnen und Trachten der damaligen Kolonialpioniere Portugals – ihr „Heinrich der Seefahrer" hatte schon Jahrzehnte *vor* Kolumbus in den Atlantik gedrängt und war die afrikanische Küste entlang gesegelt – war völlig auf Indien ausgerichtet. Jahrzehnte hindurch blieb das Holzland Brasilien deshalb fast unbeachtet*. Dem Hof in Lissabon war es viel wichtiger, daß Vasco da Gama schließlich den Seeweg nach Indien um das Kap der guten Hoffnung doch noch eröffnete, und daß Maghelaes rund um die Südspitze Südamerikas bis zu den Philippinen vorstieß – überall dort waren die Portugiesen früher als die Spanier!

Diese Fakten sind bekannt, aber mit dem, was dann geschah und für die heutigen Weltverhältnisse wichtig wurde: mit diesen Umständen und Entwicklungen haben sich die Historiker bisher nur wenig und die Soziologen fast garnicht befaßt.

Da ist zunächst zu bemerken, daß die Portugiesen – das kleine aber eigenartige Nachbarvolk der Spanier – eine beträchtliche Portion altarabischer Erbströme in sich aufgenommen haben. Schon die muselmanischen Eroberer, die Jahrhunderte lang hier herrschten, waren meist ohne Frauen gekommen; der Islam

---

* „Portugal hat die ersten drei Jahrzehnte nach der Entdeckung Brasiliens nichts unternommen, um die Besitzung zu entwickeln; sein Augenmerk war auf Ostindien gerichtet. Brasilien diente nur als Anlaufplatz auf dem Seewege, weil die günstigeren Windverhältnisse selbst diesen Umweg, dieses weite Ausholen nach Westen, in der Zeit der Segelschiffe als vorteilhaft erscheinen ließ. Erst als andere Mächte versuchten, sich hier in der Flanke der Ostindienfahrt festzusetzen, entschloß sich König Johann III. von Portugal, Brasilien zu besiedeln. Er übertrug das Land einigen wenigen Großunternehmern, indem er die Küste in Streifen von je 50 Meilen in Erbpacht gab; das waren die sogenannten Kapitanias, riesige Rittergüter, auf denen der Gutsherr unbeschränkter Herrscher war. Kein staatlicher Beamter war berechtigt, ihm in die Verwaltung oder wirtschaftliche Erschließung, auch nicht in sein Verhältnis zu den Einwohnern hineinzureden." (Samhaber a.a.O. S. 19.)

förderte auch hier die Mischung. Solchen Zusammenhängen mit der Sorgfalt nachzuspüren, die nach den heutigen naturwissenschaftlichen Erkenntnissen geboten wäre, ist eine Aufgabe, die der modernen Geschichtswissenschaft erst noch bevorsteht.

Immerhin finden sich in der Literatur über Brasilien schon heute genügend Hinweise, um zu erklären, wie das kam, was dort heute ist.

Da muß zunächst nochmals die Tatsache erwähnt werden, daß die portugiesischen Navigatoren der Frühzeit ihre Ziele viel weiter gesteckt hatten und daß man die brasilianische Küste nur zu Nebenzwecken nützte, darunter auch: um Verbannte jenseits des Atlantik abzusetzen und dort ihrem Schicksal zu überlassen.

Diese und andere erste Einwanderer kamen mit der Überzeugung, daß südlich des Äquator „alles erlaubt" sei. Während das spanische Mestizentum in Südamerika eine Art Zwangsprodukt des Frauenmangels gewesen ist, scheinen die Portugiesen an dieser Situation einigen Geschmack gefunden zu haben, ja es wird berichtet, das koloniale brasilianische Leben habe „in der Atmosphäre des Sexualrausches" begonnen. Der brasilianisch-portugiesische Professor Gilberto Freyre, zu dessen Argumenten noch kritische Bemerkungen zu machen sein werden, der aber die Sachverhalte gewiß gründlich studiert hat, berichtet*:

„Für die Riesenaufgabe, ein derart ausgedehntes Gebiet wie Brasilien zu kolonisieren, mußte Portugal im 16. Jahrhundert auf die wenigen Männer zurückgreifen, die nach dem Abenteuer in Indien übriggeblieben waren. Mit diesen Überresten, in der Hauptsache niedrigem und plebejischem Volk, das außerdem mozarabisch, also von schwächerem Rassenbewußtsein war als die Edelleute oder Nordportugiesen, konnte in Amerika schwerlich eine rein weiße oder streng europäisch portugiesische Herrschaft aufgerichtet werden. Das Nachgeben dem eingeborenen Element gegenüber wurde zu einem Gebot der portugiesischen Kolonialpolitik, das allerdings durch die Umstände gefördert wurde. Die Zügellosigkeit der Männer, die fern ihrer Familie unter einer Schar nackter Indianer lebten, stellte sich in den Dienst

---

* Gilberto Freyre: Herrenhaus und Sklavenhütte – Ein Bild der brasilianischen Gesellschaft (Deutsche Ausgabe) Köln 1965, S. 110.

der mächtigen Staatsraison, indem sie für eine schnelle Bevölkerung des neuen Landes mit Mischlingen sorgte. Und tatsächlich gründete und entwickelte sich durch die langanhaltende und gründliche Rassenmischung im 16. und 17. Jahrhundert der Großteil der kolonialen Gesellschaft auf die heidnische Frau."

Zum Begriff der „heidnischen Frau" ist zu ergänzen, daß es sich in Brasilien bald nicht mehr nur im Indianerinnen handelte; afrikanische Negersklaven verdrängten auch hier die für Holz- und Plantagenarbeit wenig geeigneten Indianer und wurden in Massen importiert. Vor allem gegenüber den Negern – sie stammten aus verschiedenen Gegenden Afrikas, die intelligentesten aus dem Sudan – entwickelte sich ein Verhältnis, das in der Literatur als „patriarchalisch" bezeichnet wird und das – wenn auch vielleicht nicht mehr vom Merkmal des „Rausches" – so doch jedenfalls von der dem Portugiesen nach Freyre eigenen „sinnlichen Leidenschaft für exotische Frauen, für Rassenvermischung und Mischehen" gekennzeichnet war.

Die brasilianische Negereinfuhr begann nachweislich bereits im Jahre 1538, sie wurde erst 1850 durch Gesetz beendet, in der Praxis aber bis zum Ende des 19. Jahrhunderts fortgesetzt. Insgesamt kamen im Laufe dieser drei Jahrhunderte etwa 3 Millionen Neger nach Brasilien. Heute wird die derzeitige Zahl der unvermischten Neger hier auf 10 Millionen, die der Negermischlinge auf etwa 20 Millionen geschätzt. Diese aus den ursprünglichen 3 Millionen hervorgegangenen beiden Gruppen vermehren sich heute kräftiger als früher. Sie bilden in den Provinzen nördlich von Rio de Janeiro bis hinauf nach Recife in der Bevölkerungsstatistik Brasiliens einen Schwerpunkt.

Aus den neueren Büchern über Brasilien läßt sich der Eindruck gewinnen, als sei es gerade diese Entwicklung, die wir zu bewundern hätten. Denn – so wird argumentiert – in Brasilien sei es nicht nur gelungen, im tropischen Bereich einen europäisch-zivilisierten Staat zu schaffen, sondern auch „die indianische, afrikanische und portugiesische Komponente friedlich zur Einheit zu verschmelzen". Freyre erklärt sogar: zur Frage, „ob von den Menschen dieses Landes, gleichgültig ob weiße oder Mischlinge, europäische Werte ('european values') zu erwarten" seien, gäbe es aufgrund der

„brasilianischen Erfahrung" offenkundig die Antwort „Ja"*. In der zeitgenössischen Publizistik wird diese romantische Vorstellung geradezu poetisch vertreten; mit Kolumbus' Landung sei – so meinen Journalisten – „eine neue, die amerikanische Rasse entstanden". Rasse, so heißt es in einem anderen Zitat sogar, sei „nicht biologisch" aufzufassen. „Wir sind eine kosmopolitische Rasse geworden, eine Weltrasse".**

Ist das wirklich so – oder ist's schlicht ein Irrtum?

Sao Paulo – das „europäische" Brasilien?

Nur ganz gelegentlich gab es Blicke auf eine ferne grüne Küste, einmal ein Gegenschiff, regenverhangener Himmel darüber, leichter Seegang, dann über Nacht Einfahrt in die Santos-Bucht; nun beginnen die Kräne wieder zu arbeiten, die Passagiere räkeln sich und blicken durch die Bullaugen auf ein Hafenbecken, das am jenseitigen Ufer bereits wieder von Wald eingesäumt wird.

Draußen auf Deck, beim Austritt aus der angenehmen Schiffskühle drückt dämpfige Luft ins Gesicht; wir haben uns in Richtung

---

* Zitat nach The Times, London 18. 9. 1967, Aufsatz: „How a civilization can grow in the tropics". Professor Freyre, der sich als „Anthropologe und Soziologe" bezeichnet, nimmt für seine optimistische Deutung der biogeschichtlichen Entwicklung Brasiliens Allgemeingültigkeit in Anspruch. Für seine Vorstellungen eines Rassenfriedens durch Rassenmischung unter Erhaltung des Kulturniveaus führt er die Behauptung ins Feld, daß neuerdings eine „mögliche Vererbung erworbener Eigenschaften" „indirekte Bestätigung" gefunden habe und „die Theorie von den erblich bedingten Mentalitäts-Unterschieden der einzelnen Rassen" „erheblich an Bedeutung verlieren" werde. (Freyre a.a.O. S. 331 f.) Diese Erklärungen sind zwar vorsichtig formuliert, aber sie sind dennoch allzu kühn, denn sie stehen zu den bisherigen Feststellungen der wissenschaftlichen Erbbiologie in krassem Widerspruch. Diese verwirft nicht nur mit überzeugenden Feststellungen die Lamarcksche Idee einer Vererbung erworbener Eigenschaften, sie zeigt auch immer deutlicher, daß „Mentalitäten", ja sogar Verhaltensweisen vom Erbzwang diktiert sein können.

** Zitate bei Erik Verg: Manana ist es zu spät, Berlin 1962, S. 125.

Äquator bewegt, und Santos ist als heiß bekannt. Ein Glück noch, daß die Sonne hinter einer Wolkendecke verborgen bleibt.

Es gibt ein *doppeltes* Santos: draußen, so bespricht man am Frühstückstisch, erwartet den Besucher ein herrlicher Badestrand mit Appartment-Hochhäusern, in denen die reichen Leute von Sao Paulo ihr Wochenende verbringen. Hier um den Hafen dagegen drängt sich eine schmutzige Altstadt.

Der erste Eindruck: Neger auf den Kais, Neger auf den Straßen, überall Neger – sie sind in diesem Klima diejenigen, die allein harte Arbeit leisten können. In langen Lagerhäusern werden auf blanken schwarzen Rücken Kaffee-Säcke für den Transport nach Europa gestapelt. Auf dem Weg zur „Praza Maura" ein paar Läden mit billigen Angeboten, aus allen Türen scharfe Gerüche.

Schließlich bin ich am Ziel des ersten Erkundungsganges; die Bank wechselt Dollars in Cruzeiros um; da auch hier Inflation herrscht und Abwertungen häufig sind, gilt es, vorsichtig zu disponieren. Nebenan ist die Abfahrtstelle der Busse nach Sao Paulo. „Rapido Brazil" fährt von 4 Uhr morgens bis tief in die Nacht alle 15 Minuten. Die Fahrzeit beträgt eindreiviertel Stunden, der Fahrpreis 1800 Cruzeiros, das sind nach dem derzeitigen Umrechnungskurs etwa drei Deutsche Mark.

Nun muß beim Ersten Offizier noch ermittelt werden, wie lange die „Ruys" mit Gewißheit in Santos liegen bleibt. Auch die Schiffsführung weiß das erst, wenn an Ort und Stelle ein Überblick gewonnen ist. Anderthalb Tage werden zugesichert – die geplante Fahrt muß diesem Zeitmaß angepaßt werden.

*

Man hat sie als „eine der verwegensten Autobahnen der Welt" bezeichnet – das ist kein übertriebenes Wort für die moderne Doppelstraße von Santos nach Sao Paulo, sie ist auch eine der landschaftlich schönsten. Das grau-braune Santos bleibt bald zurück, die Küstenniederung bietet sich in tropischer Blütenbuntheit dar, im Hintergrund die jäh aufsteigenden Berge, in die die Autostraße in kühnen, teilweise getrennt laufenden, ja übereinander sich schneidenden Fahrbahnen eintritt, rasch bis zur

Paßhöhe von 800 Metern und damit auch in frische Luft emporführt und dann eine Seen-Landschaft erreicht, die bereits in die Außenbezirke Sao Paulos überleitet. Die Stadt kündigt sich mit der Riesenanlage des brasilianischen Volkswagen-Werkes an (das 1957 zu produzieren begann und mittlerweile 17000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt und über 500 Wagen täglich herstellt); eine ganze Gruppe weiterer Fabriken schließt sich an, meist sind es bekannte Namen der Auto-Industrie, die mit ihren Werbeschildern auf sich aufmerksam machen. Von Mercedes-Benz, Fiat bis Rolls Royce zeigt sich alles, was in Europa Rang und Namen hat.

Der Bus endet in der Vorstadt; eine Taxe führt durch dichten Verkehr weiter in die City, die sich wie ein Gebirge auftürmt. Vom Hotelzimmer im 17. Stock des „Excelsior" bestätigt der Rundblick die Vorhersage: „Sao Paulo ist das Chicago Südamerikas."

*

„European Brazil" – „europäisches Brasilien": so überschreibt der englische Reiseführer* das Kapitel, das „Sao Paulo und den fortschrittlichen Süden" behandelt. Sao Paulo, so wird gesagt, sei eine „Überraschung"; etwa fünf Millionen Menschen nennen diesen reichsten und am raschesten wachsenden Bereich ganz Südamerikas ihre Heimat; besonders bemerkenswert sei, daß „diese Millionen früh aufstehen und an ihre Arbeit gehen, daß sie sich um ihre Lebensbedingungen kümmern und die Erziehung ihrer Kinder überlegen". In Klammern ist ironisch hinzugefügt „in contrast to other latinos" – „im Gegensatz zu anderen Latinos".

Das Verwunderliche ist rasch erklärt: in diesem dynamischen Sao Paulo haben sich keineswegs nur „Latinos" zu einer modernen Großstadt gesammelt. Während die einstigen Sklaventransporte vor allem nach Nord-Brasilien gerichtet waren, ergoß sich die freiwillig-weiße Einwanderungswelle des 19. Jahrhunderts – nicht zuletzt aus klimatischen Gründen in entgegengesetzter Richtung:

---

* „Fodors Guide to South America", London 1966, S. 516.

in den Bereich von Sao Paulo und weiter südlich*. Es sind in dieser Zeit auch geschlossene Siedlungsgebiete entstanden (wie z.B. das bekannte deutsche Blumenau**) und haben sich als solche blühend entwickelt.

Reich wurde die Provinz Sao Paulo zunächst durch den Kaffee-Anbau, dessen Gewinne in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts in die beginnende und dann nach dem Zweiten Weltkrieg in eine rapid fortschreitende Industrialisierung produktiv umgesetzt wurden; sie hatte hier Sinn und konnte sich gesund entwickeln, weil nicht nur die Rohstoffe in nahen Lagerstätten zur Verfügung stehen, sondern auch das Wichtigste sich hier gesammelt hat: eine brauchbare Industrie-Arbeiterschaft. In und um Sao Paulo sind etwa die Hälfte aller Industriearbeiter Brasiliens beschäftigt. Die Stadt selbst hat sich in den sechs Jahrzehnten zwischen 1900 und 1960 von 80000 auf über 3 Millionen Ein-

---

* Auch in Brasilien vollzog sich der „große Sprung" der Einwanderung im Laufe des 19. Jahrhunderts. Für Gesamt-Brasilien lauten die Einwanderungszahlen:

1820–1920	3,24 Millionen
1920–1930	0,84 Millionen
1930–1940	0,28 Millionen

Die Bevölkerungszunahme vollzog sich in entsprechender Kurve: im Jahre 1840 zählte man nur noch 6 Millionen Einwohner Brasiliens – heute ist das Zwölffache dieser Zahl bereits überschritten.

**Diese Siedlung wurde nach 1848 von dem Braunschweiger Apotheker Dr. Hermann Blumenau mit Förderung durch die kaiserlich-brasilianische Regierung und den Gouverneur der Provinz Santa Catarina begründet. Die Konzession erstreckte sich auf ein Gebiet von 220 Quadratkilometern. Anfang des Jahres 1850 warb Dr. Blumenau in Deutschland durch die Veröffentlichung einer Schrift „Südbrasilien in seinen Beziehungen zu deutscher Auswanderung und Kolonisation". Zunächst begleiteten ihn nur 17 Kolonisten aus Pommern, Holstein und Hannover, denen im Laufe der ersten zehn Jahre 900 weitere Einwanderer, ausnahmslos aus Norddeutschland, folgten. Der Erfolg der Siedlung wurde bald bekannt, auch süddeutsche Zuwanderung setzte ein. Im Jahre 1870 wurden bereits 5982 Einwohner gezählt, einschließlich von 1303 in Blumenau Geborenen. Bei einer Volkszählung im Dezember 1927 – mehr als ein halbes Jahrhundert später – bezeichneten in Blumenau und Umgebung 24467 Personen Deutsch als ihre Muttersprache. (Vgl. Dr. Siegfried Endress: Blumenau, Werden und Wesen einer deutsch-brasilianischen Landschaft, Öhringen 1938.)

wohner sprunghafter entwickelt als irgend eine andere in Europa oder in den Vereinigten Staaten.

Überdies hat sich in der Provinz Sao Paulo (ebenso wie in Peru vgl. Seite 392) auch eine japanische Einwanderung bemerkbar gemacht. Im Jahre 1908 kamen die ersten 165 japanischen Einwanderer-Familien nach Südbrasilien – heute wird diese Volksgruppe auf rund 600000 geschätzt; von ihnen sind 160000 unmittelbare Einwanderer, alle anderen sind bereits in diesem Lande geboren. Über 400000 leben in der Stadt und im Staat Sao Paulo; sie sind fast ausnahmslos landwirtschaftlich tätig und tragen, wie man in Tokyo stolz berichtet, „beträchtlich dazu bei, Brasiliens Millionen-Bevölkerung zu ernähren".

Der wirtschaftlichen Bedeutung Sao Paulos entsprach sein politischer Einfluß auf die Geschicke Gesamt-Brasiliens. Hier wurde die Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal verkündet und das Kaiserreich ausgerufen, das von 1822–1889 bestand und mit dem – ebenfalls von Sao Paulo aus organisierten – Sturz des Kaisers Don Pedro II. endete. Dann wurde es Tradition, daß stets ein „Paulista" das Amt des Präsidenten wahrnahm – erst Getulio Vargas, der noch weiter aus dem Süden, aus dem Staate Rio Grande do Sul kam, räumte 1930 mit diesem Brauch auf, der allzu sehr zeigte, wer Brasiliens „Herr im Hause" ist.

*

Zum Lunch treffe ich mit Bankleuten in einem Restaurant der Innenstadt zusammen, das in Düsseldorf nicht gepflegter sein könnte. Natürlich gibt es keine „Rassenschranke", aber in Lokalen dieser Art dominiert „weiß" unbestritten. Zu viert haben wir einen reservierten Tisch, das Gespräch ist reich an pointierten Bemerkungen.

Da ist zunächst die Charakterisierung der alteingesessenen „Paulistas", die man hier die „Vierhundertjährigen" nennt. Es sind das die Nachkommen jener damals gefürchteten Gewaltmenschen, die schon im 16. Jahrhundert die Jesuiten von hier vertrieben haben und die immer wieder Vorstöße bis nach Paraguay unternahmen. Unter diesen Portugiesen der „ersten Stunde" gab

es originelle Leute. Von einem wird berichtet, daß er 300 Kinder zeugte – natürlich mit Dutzenden von Indianerfrauen! Seither freilich achten diese uralten Familien wieder darauf, in Richtung Weiß zu heiraten. Aber auch hier bestätigen sich die Mendelschen Gesetze und so kommt in den besten Kreisen gelegentlich ein sehr dunkelhäutiger Sproß zur Welt, der dann nicht vorgezeigt, sondern irgendwohin zu Pflegeeltern fortgegeben wird.

Heute sind die „Vierhundertjährigen" dank ihres ererbten Grundbesitzes schwerreiche Leute; in ihrem Einfluß auf das Geschehen sind sie allerdings durch andere, neuere „Paulistas" überrundet worden. Diese haben ihr Vermögen zunächst mit dem Kaffee-Anbau erworben. Als dieser durch Überproduktion in die Krise geriet und es auch nichts mehr nützte, Kaffee ins Meer zu schütten, um die Preise zu halten, stellte man sich um; die Anbauflächen wurden reduziert und in Baumwollsträuchern eine neue Frucht gefunden, mit der die Pflanzer weiterhin wohlhabend bleiben konnten. Überdies erfreute sich die Industrialisierung staatlicher Förderung. Einige ihrer Ergebnisse sind freilich verwunderlich. Es fehlt der Zwang zur Rationalisierung und infolge der Inflation das nötige Kapital. Obwohl die Löhne niedrig sind, so kostet beispielsweise ein in Sao Paulo gebauter deutscher Volkswagen (er *muß* hier produziert werden, das fordert die Regierung) etwa das Doppelte wie einer aus Wolfsburg.

*

Abends bin ich zu einem alten deutschen Ehepaar eingeladen, das schon seit 1919 in Sao Paulo lebt, wenn auch mit Unterbrechungen. Die beiden waren 1938 in ihre österreichische Heimat zurückgekehrt – gerade rechtzeitig, um dort den Zweiten Weltkrieg zu erleben. Der Sohn fiel bei der Kriegsmarine, der Vater geriet für fünf Jahre in russische Kriegsgefangenschaft. Dann wurde hier nochmals neu begonnen. Nun leben sie draußen auf den Höhen außerhalb der Stadt wieder in dem Haus, das sie sich in den 20er Jahren erbaut haben. Jenseits eines Flußlaufes (der nicht etwa ins Meer bei Santos, sondern hunderte von Kilometern westlich in den Parana abfließt) liegt Sao Paulo wie ein gewaltiger

kilometerlang hingestreckter, massiver Häuserblock, Manhattan vergleichbar.

Die persönlichen Erinnerungen meiner beiden Gastgeber greifen ein halbes Jahrhundert zurück. Damals war Sao Paulo noch eine fast gänzlich „weiße“ Stadt im Mittelpunkt einer landwirtschaftlichen Provinz. Die eigene Industrie erzeugte vor dem Ersten Weltkrieg „kaum einen Nagel“. Erst dann entwickelte sie sich; der entscheidende Schritt wurde im Zweiten Weltkrieg getan. Mit dem Bedarf an Industrie-Arbeitern änderte sich auch das Gesicht Sao Paulos – für alle, die arbeiten wollten, wirkte diese Stadt wie ein Magnet. Damit kamen natürlich auch viele Mischlinge hierher – aber eben auch aus ihnen eine Auslese: jedermann weiß, daß man hier nichts geschenkt bekommt.

„Staat und Stadt Sao Paulo sind die dynamische Insel Brasiliens, sie sind wie eine Lokomotive, die zwanzig Waggons hinter sich herschleppt. Der Vergleich mag etwas kraß klingen, aber er stimmt dennoch.“

Natürlich ist nicht nur Sao Paulo die „Lokomotive“; es ist der ganze Bereich des brasilianischen Südens gemeint, der auch noch die Provinzen Santa Catarina, Parana und Rio Grande do Sul mit Porto Alegre umfaßt: „Hier leben von den 80 Millionen Brasilianern die 30 Millionen, die produktiv tätig sind; die restlichen 50 Millionen leben für sich, sie produzieren nichts für andere, sie konsumieren die Überschüsse, die diese anderen erarbeiten.“

Ein geradezu klassisches, in diesem Falle negatives Beispiel für die wirtschaftspolitische Bedeutung des Faktors Mensch liefert die Geschichte des brasilianischen Kautschuks: bis zum Ersten Weltkrieg war Brasilien durch das vorkommen von Gummibäumen im Amazonas-Becken – dem einzigen Gebiet, in dem sie in großem Umfang wild wachsen – geradezu gesegnet gewesen. Die Welt-Kautschuk-Nachfrage stieg von Jahr zu Jahr, sie konnte kaum bewältigt werden, Schon 1899 exportierte Brasilien 2 Millionen, später 3 Millionen Kilo Rohgummi jährlich. Dann aber ließen die Engländer Gummipflanzen aus Brasilien herausschmuggeln und legten große Pflanzungen in Malaya an, wo sie auch geeignete Arbeitskräfte zur Verfügung hatten: „Die brasi-

lianische Gummiproduktion vermochte sich von der Wildpflanze nicht zu lösen. Für große und gleichmäßige Erzeugung ist die Plantage ebenso unerläßlich wie ein geeigneter Arbeiterstamm. Als die Japaner im Jahre 1942 Malaya besetzt hatten, versuchte die Firma Ford unter Einsatz großer Dollarbeträge eine systematische Produktion im Amazonas-Bereich in Gang zu bringen. Straßen wurden gebaut, eine 'Gummi-Stadt' wurde gegründet. Aber auch Ford brachte die richtigen Leute nicht zusammen. Obwohl alle 'Umwelt'-Bedingungen gegeben waren, wurde das Projekt ein völliger Fehlschlag. Die Stadt 'Fordlandia' ist heute wieder vom Urwald überwachsen. Brasilien – das einstige Kautschuk-Monopol-Land – muß für seinen eigenen Bedarf Gummi importieren"*.

Hier in Sao Paulo, der Stadt und Provinz, die aus den 80 Millionen Menschen des Landes die „Produktiven" an sich zieht (und in der auch zwei Drittel des brasilianischen Steueraufkommens kassiert werden!) hat sich aus der praktischen Erfahrung eine gewisse Brauchbarkeitsskala entwickelt. In der Werkmeister- und Ingenieursschicht ist das deutsche Element vorherrschend. Die Amerikaner besetzen die Direktorenposten (das hat natürlich seine Ursache in den Kapitalverhältnissen). Im grünen Gürtel um Sao Paulo wiederum haben sich massiert die Japaner niedergelassen, die hier mit beträchtlichem Erfolg den Gemüse- und Obstanbau betreiben und den Markt beherrschen. „Sie leben ein Leben für sich, mischen sich nicht ein, werden von den brasilianischen Behörden mit einigem Mißtrauen beobachtet – und sind trotzdem kräftig da."

---

* Das vom Hamburger Ibero-Amerika Institut herausgegebene Handbuch Ibero-Amerika (Ausgabe 1966, S. 163) berichtet zu diesem Sachverhalt:

„Auf dem Gebiet des Naturkautschuks hat Brasilien seine alte Bedeutung vollkommen eingebüßt, nachdem selbst die Versuche Henry Fords zur Kautschukgewinnung auf Großplantagen gescheitert sind und auch die Sonderkonjunktur des Zweiten Weltkrieges keine dauerhafte Belebung herbeiführen konnte. Zur Deckung seines eigenen, durch die Kraftwagenherstellung im Lande bedeutend gewachsenen Kautschukbedarf betreibt es den Aufbau einer Synthesekautschukerzeugung. Im Staat Sao Paulo wurden neue Versuche zur plantagemäßigen Naturkautschukgewinnung unternommen."

Die Schattenseiten dieses Sao Paulos sind freilich auch nicht zu übersehen: Mit den Dollars aus den Vereinigten Staaten wurde eine harte kapitalistische Einstellung des Unternehmertums importiert, das billige Arbeitskräfte wünscht und auf hohe Gewinne ausgerichtet ist: „Aber es geht hier kaum anders; Brasiliens Haupt-Exportartikel sind immer noch die 'Dessert'-Produkte – Kaffee, Kakao und Zucker. Wenn wir diesen Kreis erweitern und etwa die reichen Bodenschätze des Landes greifbar machen wollen*, dann brauchen wir ausländisches Kapital und das muß einen Anreiz haben. Den findet es in den beträchtlichen Profitmöglichkeiten und in einer im wesentlichen gutmütigen Arbeiterschaft. Streiks gibt es hier nicht."

Noch ein weiterer Umstand zeigt, daß auch das Sao Paulo-Brasilien doch nicht so ganz „europäisch" ist: „Es ist kaum übertrieben, wenn ich sage, daß drei Viertel der Steuern hinterzogen werden. Der ehrliche Steuerzahler gilt als dumm und wird fast verhöhnt. Leider sind nicht nur die Finanzbeamten bestechlich**. Die unrechtmäßige Bereicherung im öffentlichen Leben ist so eingefressen, daß ein Portokassen-Jüngling meiner Firma kürzlich, als wir ihn bei einer Unterschlagung erwischten, sich verteidigte: 'Es wird doch überall gestohlen in Brasilien bis hinauf zum Präsidenten'."

Das letztere sei freilich seit dem politischen Umsturz des März 1964 ganz gewiß nicht mehr wahr: im Gegenteil, das Militär-

---

* „Brasilien gilt als eines der an Bodenschätzen reichsten Länder der Welt. Es beherbergt schätzungsweise ein Viertel aller Eisenerzvorkommen und die größten Manganerzlagerstätten der Welt, sowie weitere Vorkommen an Kohle, Erdöl, Wasserkraft, Zinn, Kupfer, Blei, Chrom, Beryllium, Titan, Wolfram, Platin, Gold und Silber, zahlreiche Edel- und Halbedelsteinen u.a.m. Der größte Teil aller dieser Bodenschätze kann ohne vorherige wesentliche Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nicht ausgenutzt werden." (Handbuch Ibero Amerika a.a.O. S. 165.)

**Im nüchternen Geschäftsbericht der Deutsch-Brasilianischen Handelskammer (Sao Paulo 1965, S. 139) wird geurteilt: „Infolge einer alles überwuchernden Korruption und politischer Machenschaften, stiegen (vor 1964) die Staatsausgaben wesentlich schneller, als das ohnehin ungenügende Steueraufkommen. Die Notenpressen mußten deshalb immer häufiger für die Deckung des Defizits eingesetzt werden."

Regime gehe entschieden gegen die Korruption vor, habe auch schon einige Erfolge erzielt: „Diese Bemühungen sind ernst, aber sie sind ganz unpopulär."

*

Wie der Utz Schmidl aus Straubing die früheste literarische Kunde von Argentinien hinterließ, so ist auch das erste Buch über Brasilien von einem Deutschen geschrieben worden. Er hieß Hans Staden, stammte aus Homberg in Hessen und hat als Seefahrer und Landsknecht die Küsten von Pernambuco (heute: Recife) bis Santa Catarina zweimal bereist und mehrere der dortigen portugiesischen Stützpunkte mit verteidigt. Sein Reisebuch, die „Wahrhaftige Historia" erschien 1557 erstmals in Marburg und ist bis auf den heutigen Tag in mehr als 80 Ausgaben und in acht verschiedenen Sprachen erschienen. Zuletzt wurde das Büchlein im Jahre 1963 unter dem Titel „Zwei Reisen nach Brasilien" von Dr. Karl Fouquet wiederum in einem Marburger Verlage herausgegeben.

Nach diesem Hans Staden ist das „Instituto Hans Staden" benannt, das als deutsch-brasilianisches Kulturzentrum in Sao Paulo seit Jahrzehnten eine bemerkenswerte Tätigkeit entfaltet.

Das „Staden-Institut", unterhält im 12. Stockwerk eines modernen Hauses an der „Rua Conselheiro Crispiniano" mitten in der Stadt nicht nur eine umfassende wissenschaftliche Bibliothek, sondern auch eine Volksbücherei mit 16 Wanderbüchereien für Bücher deutscher Sprache und einen Kulturfilm-Dienst; es organisiert Sprachkurse, Vorträge, Ausstellungen, publiziert in den inhaltsreichen Bänden des „Staden-Jahrbuches"* wichtige Einzel-

---

* In den ersten 14 Bänden des Staden-Jahrbuches (1953–1966, deutsche Vertriebsstelle: C. Boysen, Hamburg 26) sind u.a. die folgenden Themen behandelt: „Die sozialgeschichtliche Bedeutung der deutschen Einwanderung"; „Johann Heinrich Boehm, der Gründer der ersten brasilianischen Armee"; „Die Mennoniten in Brasilien"; „Alexander von Humboldts Beziehungen zu Brasilien"; „Brauchtum bei Kolonisten pommerscher Abstammung"; „Über das Wirken sudetendeutscher Missionare im Amazonas-Gebiet"; „Schweizer Spuren in der Geschichte Brasilien" u.a.m.

arbeiten über die Geschichte des Brasilien-Deutschtums, das zahlenmäßig die bedeutendste deutsche Sprachgruppe in Südamerika ist.

Die Herren des Instituts sind über ihr Arbeits- und Forschungsgebiet profund unterrichtet und verstehen es, die Sachverhalte interessant zu verdeutlichen. Schon die historischen Zusammenhänge sind bemerkenswert: als zur napoleonischen Zeit die Franzosen auch Lissabon besetzten, flüchtete die portugiesische Königsfamilie nach Brasilien. Der Hof blieb dann jahrelang in Rio de Janeiro, auch als nach dem Sturz Napoleons eine Rückkehr längst möglich geworden war. Um das zu begründen wurde 1815 Brasilien neben Portugal zu einem selbständigen Königreich erhoben. Erst als die Portugiesen zuhause ernstlich mürrisch wurden und in Lissabon Unruhen ausbrachen, bequemte sich Johann VI. im Jahre 1821 nach Europa zurückzukehren. Seinen Sohn Pedro ließ er als Stellvertreter in Brasilien zurück. Beeindruckt von der überall erfolgreichen Unabhängigkeitsbewegung der südamerikanischen Staaten übten die damaligen Paulistaner auf Pedro den entscheidenden Druck aus; vor ihren Milizen verkündete er am 7. 9. 1822 die völlige Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal und wurde daraufhin als Pedro I. zum „Kaiser von Brasilien" ausgerufen.

Bemerkenswert an Pedro I. (der schon 1830 zugunsten seines Sohnes Pedro II. abdankte) war nicht zuletzt seine Gemahlin: die Kaiserin Leopoldine war eine Habsburger Prinzessin, eine Urenkelin der Kaiserin Maria Theresia. Auf Leopoldines Anregung hin wurden kaiserliche Werber nach Europa und vor allem in die deutschen Lande entsandt und so die ersten größeren Ansiedlungen im Süden Brasilien veranlaßt:

„Seit dem Jahre 1824 sind nachweislich 300000 deutsche Familien in dieses Land eingewandert. Von ihnen leben heute etwa 3 Millionen Nachkommen. Mit dieser deutschen Einwanderung begann ein völlig neuer Abschnitt der brasilianischen Entwicklung. Vorher gab es nur zwei bewohnte Zonen: das von Gauchos beherrschte Hochland um Sao Paulo und den Küstenstreifen. Die Deutschen waren die ersten, die in den Urwald vordrangen. Sie haben Brasilien den Bauern geschenkt.... Erst

ab 1870 kamen die Italiener, nach 1900 die Japaner. . . . Bis heute ist Brasilien daran interessiert geblieben, deutsche Einwanderer zu bekommen.“

Auch aus neuester Zeit kann auf Beispiele erfolgreicher Gruppeneinwanderungen verwiesen werden, so auf die tiroler Siedlung „Dreizehnlinden“ aus den 30er Jahren und auf die holländischen Bauernsiedlungen nach dem Zweiten Weltkrieg, deren letzte noch im Jahre 1961 begründet wurde. Über die beiden Experimente hat das Staden-Institut sorgfältige Berichte erarbeitet, deren wesentliche Feststellungen lesenswert und aufschlußreich sind:

„Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/1930 traf die Bergbauern in Tirol besonders hart. Schon von Haus aus zu einem Leben voll Arbeit und Entbehrungen verurteilt, waren nun viele kleine Landwirte, Handwerker und Gewerbetreibende in Schulden und Schwierigkeiten geraten, denen im kleinen Österreich – geschwächt durch Weltkrieg, Inflation und Depression – nicht abgeholfen werden konnte. ... Um eine geregelte Auswanderung in die Wege zu leiten und Verluste in völkischer und materieller Hinsicht infolge wirtschaftlicher Fehlschläge des Einzelauswanderers und Kolonisten möglichst zu vermeiden, wurde am 29. März 1933 in Wien eine ‘Österreichische Auslandssiedlungsgesellschaft zur Gründung und Führung von geschlossenen Siedlungen im Ausland’ gegründet. Zum Präsidenten dieser Gesellschaft wurde der österreichische Minister für Landwirtschaft, Nationalrat Andreas Thaler, selbst ein tiroler Bergbauer, berufen. Minister Thaler hatte seit 1925 der österreichischen Bundesregierung angehört, und war auf eigenen Wunsch 1932 ausgeschieden, um sich völlig dem Auswanderungs- und Siedlungswerk widmen zu können. Er begab sich auf zwei Studienreisen nach Südamerika, auf denen er die Staaten Chile, Paraguay und Argentinien, sowie den Süden Brasiliens besuchte.

Auf diesen Reisen war Minister Thaler in Cruzeiro do Sul (jetzt Joacaba) mit dem damaligen deutschen und späteren österreichischen Konsul Walter von Schuschnigg zusammengetroffen, der ihn auf ein geeignetes Gelände von ca. 51,6 Quadratkilometern nördlich von Cruzeiro – 600 bis 1000 Meter über dem Meeresspiegel gelegen, aufmerksam machte. Dieses Areal wurde von der Österreichischen Auslandssiedlungsgesellschaft als Ausgangspunkt für die geplante Siedlung angekauft.

Nachdem Minister Thaler sich für das Hochland von Santa Catarina entschieden hatte, erklärte er seinen Entschluß in einer Denkschrift von August 1933 u.a.:


Cosmopolita

Sao Paulo

'In religiöser Hinsicht besteht für alle Siedler und Siedlungsgenossenschaften volle Freiheit. In völkischer Hinsicht kommt Brasilien allein einwandernden Volksrassen in großzügiger Weise entgegen. Da die drei südlichsten Bundesstaaten Brasiliens südlich des Wendekreises des Steinbockes liegen, ist bei einer entsprechenden Höhenlage das Klima für Europäer, auch für nordische – durchaus gesund und erträglich... Santa Catarina, welches um 10 Prozent größer ist als unser Bundesstaat Österreich, zählt ungefähr 1 Million Einwohner und hätte dank seiner Fruchtbarkeit und der vielen noch gänzlich unbewohnten Gebiete Raum für Millionen von Menschen. Von allen amerikanischen Staaten dürfte relativ Santa Catarina die meisten Deutschen zählen, weil, wie die Statistik lehrt, dort jeder vierte Mensch ein Deutschstämmling ist.'

In den Jahren 1933–1937 kamen etwa 800 österreichische Auswanderer in acht Transporten in die Siedlung, die dann entsprechend aufgeteilt wurde. Barmittel standen nur wenige zur Verfügung, jedoch verfügte die Siedlungsleitung über beachtliche mitgebrachte technische Einrichtungen, die bald in Betrieb genommen wurden. So hatte Dreizehnlinden schon drei Jahre nach seiner Gründung ein dampfbetriebenes Elektrizitätswerk, ein großes Sägewerk, mehrere Wandersägen, Schlosserei, Schmiede, Bäckerei, einen Holzgastraktor und eine Anlage zur Destillation von Teer aus Pinienknoten.

Minister Thaler legte auch von Anfang an Wert auf die Beibehaltung des alten heimatlichen Brauchtums, der Lieder und Spiele; er regte Theateraufführungen an, bei denen oft auch das Publikum 'mitspielte' und deren Regie er selbst führte. Die Dreizehnlindener erstellten in dieser Zeit auch ihre in ganz Südbrasilien bekannte Blasmusik, deren Instrumentation sich an die bei österreichischen Militärkapellen übliche anlehnt. All das trug zum schnellen Eingewöhnen in der neuen Heimat bei.

Den größten Verlust erlitt Dreizehnlinden durch den Tod des Ministers Thaler am 28. Juni 1939. Der Minister wollte bei einem plötzlich am Rio Sao Bento aufgetretenen Hochwasser das Leben eines in Not geratenen Siedlers retten und ertrank dabei selbst.

Die Nachkriegsjahre brachten dem Ort großen Aufschwung und wirtschaftliche Stabilität. Die Siedlung lieferte jährlich oft über eine Million Kilogramm Lebendschweine an die Schlachthäuser der Umgebung. Damit zog Wohlstand in Dreizehnlinden ein. Überall entstanden nette Steinhäuser anstelle der ursprünglichen Holzbauten... Im Zentrum wurden mehrere Läden, ein Hotel und eine moderne Mühle eingerichtet. Später entstanden in den Außenbezirken zwei Ziegeleien, eine Fabrik für Selchwaren

und, als Aktiengesellschaft, eine Speiseölfabrik, die unter der Marke 'Oleo Tiroleza' Speiseöl aus Sojabohnen und Erdnüssen erzeugt und in den Handel bringt.

Seit 1963 selbständiges Munizip, umfaßt 'Treze Tilias' heute ein Gebiet von 140 Quadratkilometer mit ca. 5000 Einwohnern."*

Noch präziser sind die Feststellungen, die ein dem Staden-Institut als Mitarbeiter verbundener Volkswirtschaftler über die zwischen 1948 und 1961 erfolgte Niederlassung von 370 holländischen Bauernfamilien mit 2000 Personen erarbeitet hat. Es handelt sich um insgesamt acht Plätze mit rund 36000 Hektar Fläche.

„Die Bedeutung der holländischen Siedlungen ist viel größer als man aus den erwähnten Zahlen entnehmen kann. Es sind gleichsam kleine Inseln des Wohlstands und des Fortschritts, wo eine Gruppe von Kleinbauern zeigt, was man durch moderne, rationelle Betriebsführung selbst auf armen Böden erreichen kann, Mechanisierung, Düngung, Fruchtwechsel und der Kampf gegen die Erosion ermöglichen eine intensive Nutzung des Bodens, der sich dabei nicht erschöpft, sondern sogar bessert, so daß hier das Gegenteil von dem geschieht, was in der brasilianischen Landwirtschaft leider die Regel ist. Als moderne Viehzüchter wollen die holländischen Siedler die Qualität des Viehs ständig verbessern und dadurch den Milchertrag vergrößern. Wie sehr ihre Betriebe sich von den 'normalen' des Landes unterscheiden, zeigte sich 1957 in der Gegend von Castro in Paraná: die Holländer erzielten einen Bruttoertrag von 4000 Cruzeiros je Hektar, ihre Nachbarn einen solchen von 100 bis 200 Cruzeiros. ...

Die zwei jüngsten holländischen Kolonien, Arapoti und Holambra II, sind aus den Mutterkolonien Carambei, Oastrolanda und Holambra I hervorgegangen. Sie sollten den Nachwuchs und weitere Einwanderer aus Holland aufnehmen. Beide Gründungen wurden durch beträchtliche Anleihen aus den Vereinigten Staaten ermöglicht.

Arapoti wurde 1959 auf der 5500 Hektar großen Fazenda Bela Manha gegründet. Die Organisation der Auswanderung erfolgte nach dem Vorbild von Castrolanda; 1960 trafen die ersten Siedler ein. 1965 waren etwa 50 Familien, und unter diesen 46 bäuerliche, ansässig. Der Grundbesitz erweiterte sich auf 7000 Hektar, von denen bis jetzt ungefähr 5000 vergeben sind, die Hälfte für Kunstweiden und Ackerbau. ...

---

* Vgl. Staden-Jahrbuch Band 14 (Sao Paulo 1966, S. 121 ff.); Rudolf Robert Himmer: Die österreichische Siedlung Dreizehnlinden in Santa Catarina.

Im Jahre 1964 betrug der Gesamtwert der Produktion 260 Millionen Cruzeiros oder 145000 US-Dollar. Er verteilt sich auf Milch 58 Prozent, Reis 35 Prozent und Schweine 7 Prozent.
Holambra II wurde 1961 gegründet, auf der Fazenda das Posses im Distrikt Avare der Gemeinde Paranapanema, 250 Kilometer westlich von Sao Paulo. Es verfügt über eine Fläche von 12500 Hektar, von denen 2500 bereits in Kultur genommen sind.
Die Hoffnung Arapoti und Holambra II bald mit den Neusiedlern besetzen zu können, hat sich bisher nicht erfüllt. Das erklärt sich aus der heutigen Hochkonjunktur der Wirtschaft in Holland, die selbst den Bauern, die unter Bodenmangel leiden, den Sprung ins Ungewisse nach Brasilien wenig reizvoll erscheinen läßt. Viele Bauernsöhne, vor die Alternative Auswanderung oder Arbeit in der Industrie gestellt, wählen heute das letzte".

Zum Schluß drängt sich dem sachkundigen Verfasser die Frage nach der Zukunft dieser Siedlungen auf: „Werden sie sich auch bei stockender Einwanderung weiter entwickeln?"

Der „hier geborene Nachwuchs" werde

„mehr als, bis jetzt der Fall ist, verantwortliche Ämter in den Gemeinschaften übernehmen müssen, Stellen, die bisher von den in Europa ausgebildeten Beamten besetzt wurden. Wird der Nachwuchs die gleichen Kenntnisse besitzen und vor allem die Mentalität, die notwendig ist, um die Niederlassungen auf ihrem heutigen Stand zu erhalten?"*

Diese Frage wäre wohl nur dann zu verneinen, wenn die Familien auseinanderbrechen und in der „brasilianischen Rasse" des Professors Freyre untergehen würden.

Natürlich läßt sich das alles auch kritisch auffassen: Schon die Tiroler Bauern, die durch Not und Enge ebenso wie die Holländer hinausgetrieben wurden und die draußen nur allzu kleine Gemeinschaften bilden können, umlauert unvermeidlich die Gefahr des Unterganges.

Alle Achtung denen, die auf solchen fernen Posten stehen und in fremden Ländern Oasen des Wohlstandes schaffen, aufrichtigen Respekt vor jeglichem Bemühen, den geistigen und damit auch den biologischen Zusammenhalt dieser Tüchtigen zu bewahren.

---

* Vgl. Staden-Jahrbuch Band 14 (a.a.O. S. 103ff.); Cornelius Marius Petrus van Santen: Die holländischen Bauernsiedlungen in Brasilien.

Aber können die großen *Wegweiser* aus den Problemen Brasiliens oder aus den Problemen Europas *so* gestellt sein?

*

Für die Rückfahrt nach Santos habe ich einen Taxi-„Expreß"-Dienst gebucht. Wir fahren zwar pünktlich um 11 Uhr ab, nehmen dann aber noch weitere Mitfahrer in verschiedenen Stadtgegenden auf, bleiben schließlich im Mittagsverkehr der City stecken und benötigen so mehr als eine Stunde, um aus Sao Paulo zu entrinnen. Draußen fahren wir noch am Kaiserschloß Iparanga vorbei, das auf einer Anhöhe – von Palmen umgeben – heute den Platz bezeichnet, an dem Don Pedro I. vor anderthalb Jahrhunderten die brasilianische Selbständigkeit verkündet hat.

Dann endlich erreichen wir die Autobahn und tauchen auf ihr bald in rascher Fahrt wieder in die grünwuchernde Tropenwelt, in die hitzedampfende Küstenebene hinunter.

Schein und Sein an der Copacabana

Das Auslaufen der „Ruys" aus Santos hat sich nochmals verzögert, die Sonne sinkt bereits, als die Laufstege hochgehievt werden. Am Achterdeck hat sich eine Gruppe von Japanern versammelt, die von hier aus die Heimreise antreten – eine große Menge von Verwandten hat sich am Kai versammelt, um sie zu verabschieden. Während zwei Schlepper das Schiff ins freie Wasser ziehen und die Papierschlangen, die in bunter Fülle zunächst noch Verbindung hielten, zerreißen – da werden hier und drüben wie auf Kommando weiße Papierfähnchen mit dem roten Sonnenbanner entfaltet und zum Gruß geschwenkt. Ein alter Graukopf singt mit krächzender Stimme ein japanisches Abschiedslied· er hat hier in der Fremde ein fleißiges Leben hinter sich gebracht nun kehrt er heim zum friedlichen Ende.

In der Abenddämmerung laufen wir mit gedrosselter Fahrt aus der Bucht heraus; die grünen Berge zerfließen in einer dunklen

Wolkenwand. Vor einem alten portugiesischen Festungswerk, das einst die Hafeneinfahrt schützte, geht der Lotse von Bord. Dann erst zeigt sich das „andere" Santos – eine strahlend weiße Häuserfront hinter einem breiten Badestrand. Die Straßen sind schon beleuchtet, in den Fenstern aber ist kaum ein Licht zu sehen: das Wochenende der Paulistaner hat noch nicht begonnen.

Die Traumstadt verschwindet rasch am Horizont, aus der Wolkenwand brechen Blitze durch, dunkle Inseln schieben sich vor – da taucht noch einmal eine Lichterkette auf; es ist Guaruja, die ebenfalls mit Sao Paulo eng verbundene „Perle der Badeorte Brasiliens" – so die begeisterte Auskunft des sonst trockenen „Ibero-Amerika-Handbuches". Denen, die es sich leisten können, bietet die „Hotel-Stadt" dieses Seebades Tennis, Golf, Kricket, Pferde- und Autorennen. Im Vorbeirauschen sehen wir den Abglanz langer Promenaden, dann ist nur noch schwarze Nacht um uns. Die weitere Küstenfahrt nach Rio, die zu den schönsten der Welt zählen soll, bleibt in der Finsternis verborgen.

Für 6 Uhr 30 früh ist den Passagieren das Einlaufen in Rio de Janeiro angekündigt, und manche ließen sich das gesagt sein. Schon beim Hellwerden zeichnen sich die Umrisse einer romantischen Küste ab.

Während sich draußen am Atlantik noch die Wolken stauen, die gestern abend über uns hinweggegangen sind, beleuchtet eine zart-rosa Morgendämmerung die bizarre Gebirgs- und Inselwelt, die die Einfahrt in Brasiliens bisherige Hauptstadt so eigenartig gestaltet. Ziemlich genau um 6 Uhr morgens – der Äquator ist nahe – steigt der Sonnenball über den Meeresspiegel herauf und beleuchtet nun immer kräftiger das weltbekannte Bild der Einfahrt und Vorbeifahrt an den langen hellen Sandstränden von Ipanema und Copacabana und um den vorspringenden „Zuckerhut" – mit dem Hintergrund hochaufsteigender Berge und dem Vordergrund einer felsigen Inselwelt, die von Zyklopenhand ins Meer geworfen scheint.

Die Ankündigungen waren nicht übertrieben; auch nüchterne Gemüter stehen im Bann dieser Ausblicke stumm an der Reling.

*

Es dauert noch den ganzen Vormittag bis wir an der „Pier Mauá“ anlegen; vorher mußte die „Ruys“ an einem Sonderplatz der Hafenanlage eine Ladung Eisenerz übernehmen.

Die Entfernungen in Rio de Janeiro sind beträchtlich, und so habe ich in einem Hotel an der Copacabana Zimmer bestellt, um mehrere Verabredungen im dortigen und im anschließenden Stadtviertel in Ipanema ohne zu große Zeitverluste wahrnehmen zu können.

Mit einer Handtasche verlasse ich in tropischer Hitze das Schiff; glücklicherweise ist die Hafenwache nahe. Dort wird der Inhalt meines Mini-Gepäcks gründlich untersucht, auch der Foto-Apparat daraufhin geprüft, ob er etwa neu und Schmuggelware sei. Draußen warten bereits redegewandte Gestalten auf Passagiere neu eingelaufener Schiffe. Ein „Sonder-Taxi“ wird offeriert, das mich für zwei US-Dollar zur Copacabana bringen soll. An der nächsten Straßenecke kann freilich schon ein Normal-Taxi herangeholt werden, das für die fast halbstündige Fahrt zum Hotel ganze 2400 Cruzeiro berechnet, das sind derzeit etwa 1 Dollar – 4 Deutsche Mark.

Das schmutzige Hafenviertel und die Innenstadt, die auch „Neapel“ heißen könnte, haben wir bald hinter uns – voraus taucht wieder das hohe Wahrzeichen des Zuckerhutes auf, Parkanlagen dehnen sich am Meeresufer, endlich fahren wir direkt auf eine Felswand zu, die sich zum Tunnel öffnet. Dahinter liegt der bekannte Badestrand der vornehmen Welt: die geschwungene Bucht der Copacabana, an ihr entlang die „Avenida Atlantica“. Unten am gelben Sand das bunte Treiben derer, die ihr Leben genießen.

Das Hotel ist auf die Situation eingerichtet: Man kann sich im Zimmer umziehen und das Haus im Bademantel durch einen Seiteneingang verlassen, um sich dann dem anrollenden Atlantik entgegenzuwerfen.

Gemeinsam mit einem alten Bekannten mache ich mich zu einem erfrischenden Orientierungsgespräch auf, das wir im Sande sitzend und in die Sonne blinzelnd absolvieren.

Das, was wir hier sehen: die fast ins Endlose verlaufende Reihe moderner Appartmenthäuser, der vergnügliche Strandbetrieb der „oberen Zehntausend“ – das ist natürlich *nicht* „Brasilien“.

Diese Copacabana könnte ebenso bei San Francisco oder in Biarritz ihre Reize entfalten.

Was ich höre, paßt nicht zu diesem Strand und muß doch notiert werden: „Nicht im Süden, sondern im Norden von hier liegt das Problem Brasiliens. Dort leben nicht nur nicht weniger Menschen wie in Sao Paulo und in Santa Catarina und in Rio Grande do Sul, sondern sie vermehren sich viel beträchtlicher. Kinder sind das Einzige, was sie wirklich produzieren. . . Wenn man sagt, daß von den 80 Millionen Brasilianern rund 50 Millionen nur für sich leben und wenig für die anderen schaffen, dann muß man dazu auch noch sagen: Die volkswirtschaftlich Unbrauchbaren werden jährlich um 2 Millionen Köpfe mehr, die anderen nur um 1 Million. . . Die Regierungen hier haben diese Seite der 'Bevölkerungs-Explosion' noch garnicht begriffen. . . Sie rechnen damit, den Norden ‚entwickeln' zu können und es werden beträchtliche Anstrengungen unternommen, diese 50 Millionen Unproduktiven eben doch noch zu aktivieren. Richtiger wäre es, die hemmungslose Menschenvermehrung dort zu bremsen, aber das widerspricht so sehr allen schönen Redensarten von der 'brasilianischen Rasse', daß niemand ernstlich daran denkt. . . Da haben sie als Symbol einer Einheit, die in Wirklichkeit nicht besteht, ziemlich genau in der Mitte zwischen Nord und Süd die neue Hauptstadt 'Brasilia' in den Urwald hineingebaut. In diese Utopie wurden hier die Kriegsgewinne vertan. Das Experiment ist gelungen und gescheitert zugleich. Brasilia ist eine Touristen-Attraktion enormen Ausmaßes geworden, es fotografiert sich großartig. Und es lebt sogar eine beträchtliche Zahl mittlerer Beamter und kleinerer Angestellter dauernd dort. Die Herren an der Spitze aber sind nur die halbe Woche in Brasilia; die Copacabana hat mehr Anziehungskraft. In Brasilia hat man heute schon zu tun, daß der Urwald nicht wieder hineinwächst. . ."

Das sind harte und kritische Worte, aber ein Korn Wahrheit enthalten sie gewiß. Was für den Süden Brasiliens ein Segen wäre – eine beträchtliche Vermehrung der dortigen bäuerlichen Siedler, ist für Nord-Brasilien ein Fluch: die fast vierprozentige jährliche Vermehrung der Sklaven-Nachkommen, die aus freien Stücken zu arbeiten weder gewohnt noch bereit sind.

„Das Aufregende dabei ist, daß dieses Land so riesige Raumreserven hat. Im Amazonas-Urwaldgebiet könnte Kulturland für Hunderte von Millionen Menschen entstehen. Aber dazu ist nicht nur Planung und Kapital, sondern geradezu Zwang nötig, um den Menschenüberfluß, der jetzt die Elendsgebiete bevölkert, dorthin zu bringen und zur Tätigkeit anzuhalten. Eine Regierung ohne Herz, nach Moskauer Muster mit organisierter Arbeitspflicht – das wäre hier das Richtige . . . Neuerdings hat man zwar begriffen, daß in der Landwirtschaft etwas geschehen muß, es sind auch schon amerikanische Gesellschaften 'eingestiegen'; man hat sogar einen Planungs-Minister, von dem gesagt wird, daß er 'ein Amerikaner ist, der portugiesisch spricht'. Er ist ein ausgezeichneter Mann – aber man muß ihn bedauern; in diesem Lande wird er scheitern, denn das Grundübel ist hier seit Jahrhunderten vererbt. Der weiße Mann in Gestalt des Portugiesen ist als Kolonisator nie mit festem Schritt aufgetreten, er ist in seinen Kolonien untergegangen. Bisher hat Sao Paulo und der Süden durch immer neue Zuwanderung einen Ausgleich geschaffen. Aber wenn jetzt die Bevölkerungsvermehrung im Norden so weiter geht, wird Brasilien zu einem Chaos werden, vielleicht auch auseinanderbrechen . . . Heute sitzen hier im Sand der Copacabana da und dort ein paar Dunkelhäutige; sie stören uns nicht. Eines Tages aber könnten sich die Millionen aus Pernambuco und Bahia in Bewegung setzen – dann wird die ‚Avenida Atlantica' in Flammen aufgehen, der Strand wird verwüstet, der Staat zerstört sein. Und die Mulatten und Neger des Nordens werden, wenn das Geraubte verschleudert ist, wieder genau so arm sein, wie sie es heute sind."

*

„Ich bin überzeugt, daß die Demokratien von den Kommunisten – ob das die russischen oder die chinesischen sind – zum Narren gehalten werden. Auch alle die üblichen antikommunistischen Resolutionen sind Wunschdenken. Die einzige Sprache, die die Marxisten verstehen, ist die der Gewalt. Wo immer die Pest der kommunistischen Sklaverei sich bemerkbar macht, muß sie niedergekämpft werden. Es gibt kein anderes Rezept."

Nicht irgendwer ist es, der mir in seinem Landhaus im Villenviertel Ipanema so energische Eröffnungen macht, sondern Admiral Carlos Penna Botto, bis vor wenigen Jahren Oberbefehlshaber der brasilianischen Marine, mittlerweile verabschiedet und jetzt Vorsitzender einer „Interamerikanischen Vereinigung zur Verteidigung des Kontinents".

„Ich finde es grotesk, daß dauernd von friedlicher Koexistenz geredet wird. Was ist das für ein armseliges Geschwätz des britischen Lord Russell, der da verkündet: 'Lieber rot als tot'? Und was ist von den Vereinigten Staaten zu sagen, die die große Bastion der Demokratie sein wollen und immer nur von 'Eindämmung' der Kommunisten träumen, statt sie zu bekämpfen."

„Die Wirklichkeit sieht doch so aus: Moskau mag eine Weile 'stillhalten', Peking mag sich 'verhärten' – beide haben doch ein gemeinsames Ziel: die Welt kommunistisch zu machen, das heißt sie zu unterjochen."

„Abraham Lincoln hat es doch längst gesagt: 'Im gleichen Haus kann nicht die eine Hälfte frei und die andere versklavt sein'. Ich sage es noch einmal und immer wieder: den Kommunismus muß man niederkämpfen, nicht nur eindämmen und schon gleich garnicht darf man sich mit ihm verständigen."

„Die kommunistischen Parteien haben höchstens 1 Prozent der Weltbevölkerung hinter sich, aber sie bedrohen 99 Prozent. Und dabei ist der Kommunismus noch am schwächsten in den Ländern, die er beherrscht. Warum wird diese Lage nicht begriffen und nicht genützt?"

Ganz Südamerika erscheint ihm gefährdet:

„In Lima ist die San Marco Universität ein Herd kommunistischer Propaganda. In Uruguay ist eine Finanz-Zentrale am Werk; ihre Weisungen erhalten die Kommunisten in Süd-Amerika von Kuba, aber das Geld bekommen sie aus Montevideo ... Argentinien ist von General Ongania zunächst gerettet worden, aber die Gefahr ist nur unterdrückt. Chile ist ernstlich bedroht. Das einzige südamerikanische Land, in dem die Kommunisten nicht Fuß fassen können, weil sie genau beobachtet und ernstlich bekämpft werden, ist Paraguay unter seinem starken Präsidenten Strössner."

Brasilien, so meint der Admiral, sei „im Augenblick" zwar aus der Gefahrenzone; aber dieses Land werde wegen seiner Bedeutung für die Kommunisten stets ein „Ziel Nummer 1" bleiben.

Der drahtige alte Herr, der mir mit glühenden Augen geradezu ins Gewissen redet, kennt die Weltlage freilich gut genug um zu wissen, daß sein Anliegen zwar gewiß Brasiliens Zukunft ernstlich betrifft, aber nicht von Rio de Janeiro aus bewältigt werden kann.

„Es sind die Vereinigten Staaten, es sind die Engländer, die Franzosen und die Deutschen, die handeln müssen."

Was soll man nach den europäischen Erlebnissen des Jahres 1945, nach Jalta und Potsdam darauf noch antworten?

Castelo Branco

In der neueren Geschichte Brasiliens haben zwei Daten dadurch besondere Bedeutung gewonnen, daß die Armee in das innenpolitische Geschehen entscheidend eingriff:

Am 24. Oktober 1930 erzwangen die Generale in Rio de Janeiro die Einsetzung Getulio Vargas', des Gouverneurs der Südprovinz Rio Grande do Sul, als Regierungschef an Stelle des bereits gewählten Präsidenten Julio Prestes, nachdem dieser sich unverhohlen als Kommunist zu erkennen gegeben hatte.

Mehr als drei Jahrzehnte später, am 31. März 1964 forderte die brasilianische Armeeführung in ähnlicher Geschlossenheit den Rücktritt des Präsidenten Joao Goulart, als dieser sich anheischig machte, durch Einräumung des Wahlrechtes auch an die Analphabeten und ähnliche politische Schachzüge die brasilianische Szene zu verändern – genau betrachtet: eine Herrschaft des an Menschenzahl wachsenden Nordens über den an Leistungskraft überlegenen Süden zu manipulieren und dafür außenpolitische Unterstützung nicht nur in Moskau sondern auch in Peking zu suchen.

Schon bei Vargas' Sieg mögen weltpolitische Zusammenhänge mit im Spiel gewesen sein. Immherin war er ein bedeutender Präsident, der ein Vierteljahrhundert hindurch erfolgreich, wenn auch

sehr „pragmatisch" regierte. Obwohl er zweifellos mit Hitler und Mussolini sympathisierte ließ er sich im Jahre 1942 vom US-Präsidenten Roosevelt eine Kriegserklärung an die Achsenmächte buchstäblich abkaufen. In harter Währung mußten die Amerikaner die ihnen aus seestrategischen Gründen wichtige militärische Allianz mit Brasilien durch die Errichtung des Stahlwerkes Volta Redonda bezahlen. Erst in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges kämpfte eine brasilianische Division in Italien. Sie stand unter der Führung des Generals Humberto Castelo Branco. Seine Offiziere gaben ihm damals den Spitznamen: der „Jeep", weil er im Felde unverwüstlich schien.

Zwei Jahrzehnte später war Castelo Branco Generalstabschef der brasilianischen Armee und trat als solcher dem Präsidenten Goulart bereits 1963 entgegen, als dieser seine politischen Manöver durch Ausrufung des militärischen Ausnahmezustandes absichern wollte.

Als die Armee dann einige Monate später das Goulart-Regime beendete, war Marschall Humberto de Alencar Castelo Branco – so der volle Name der altportugiesischen Familie – der gegebene Anwärter für die legale Übernahme des Präsidentenamtes: beide Häuser des brasilianischen Parlamentes beriefen ihn für den Rest der Wahlperiode des zurückgetretenen und ins Ausland geflüchteten bisherigen Staatsoberhauptes zu dessen Nachfolger. Nach Ablauf dieser Frist wurde Castelo Brancos Amtszeit vom Kongreß noch um ein Jahr verlängert, aber dann übergab der Marschall seine Funktion an seinen vom Parlament gewählten Nachfolger.

„Frei, demokratisch, aber kommunistensicher" – das war Castelo Brancos innenpolitisches Rezept, mit dem er energisch regierte. Die bisherigen Parteien löste er auf, einer nicht geringen Zahl von Politikern des bisherigen Regimes ließ er die politischen Rechte aberkennen, zuletzt hat er noch in über hundert Dekreten mit einer Flut von unpopulären, aber zur Bekämpfung von Korruption und Inflation sachgerechten Maßnahmen seinem Nachfolger den Weg geebnet. Wen auch immer ich in Sao Paulo oder in Rio de Janeiro hörte, das Urteil lautete übereinstimmend: ein untadeliger Mann.

*

Durch gemeinsame Freunde vermittelt, kommt ein Besucher ins Hotel an der Copacabana: falls ich den Abend noch zur Verfügung habe, wird man sich freuen, den deutschen Gast in einem kleinen Kreis zu sehen, in dem auch der erst kürzlich aus seinem Amt geschiedene Präsident erwartet wird.

Der Abfahrtstermin der „Ruys“ ist wieder einmal verschoben worden – gerne werde ich der liebenswürdigen Einladung Folge leisten.

*

Ein mehrstöckiges Appartmenthaus in Ipanema – der Butler empfängt die paar Gäste und geleitet sie zum Aufzug in den vierten Stock. Dort erwartet uns ein jüngeres Ehepaar im geräumig-bequemen Wohnzimmer. Der Kreis ist klein und bald vollständig; begleitet von einem amerikanischen General in Zivil, der – wie sich herausstellt – sowohl portugiesisch wie auch fließend deutsch spricht, tritt Castelo Branco in den Raum: eine gedrungene Gestalt, ein fast massiges Gesicht, aber hellwache dunkle Augen. Der Marschall hat einen kleinen japanischen Fernsehapparat in der Hand, der ihm nach der allgemeinen Vorstellung gleich dazu dient, für ungezwungene Stimmung zu sorgen: wir alle werden aufgefordert das technische Wunder in die Hand zu nehmen, um uns von seinem leichten Gewicht zu überzeugen. Dann wird das Apparätchen auf den Tisch gestellt und für einige Augenblicke eingeschaltet: die Bildqualität läßt nichts zu wünschen übrig. Der nunmehrige Präsident Arturo da Costa e Silva hat noch vor seinem Amtsantritt eine politische Informationsreise nach Asien unternommen und dieses Präsent seinem Nachfolger mitgebracht, der darin – so erzählt er uns – „wie ein Kind vernarrt“ ist; auch im Laufe des Abends läßt er das Bild gelegentlich aufblenden, darunter einmal bei einer Sendung „Singout Germany“. Dieser Jugendchor produziert freilich nicht, wie man erwartet hatte, deutsche, sondern amerikanische Lieder – die Gesellschaft sieht und hört wortlos verwundert zu.

Es ist nicht der Sinn dieses Beisammenseins, den bisherigen Präsidenten in einen Frage- und Antwortaustausch zu verwickeln, aber durch seine Erkundigung nach meinen Reiseeindrücken

kommt doch ein ernsthaftes Gespräch zustande. Ich erwähne die Zukunft-Statistik, die der argentinische Bevölkerungs-Politiker Professor Kölliker-Frers aufgrund der gegenwärtigen Vermehrungsquoten aufgemacht hat: danach wäre damit zu rechnen, daß in Brasilien in hundert Jahren bis zu einer Milliarde Menschen leben. Diese enorme Zahl hält Castelo Branco für übertrieben, aber er ist doch der Ansicht, daß sein Land „die Vereinigten Staaten zahlenmäßig überholen" wird.

Zu dem mir in Sao Paulo genannten kritischen Argument (das ich natürlich nur referierend erwähne), daß von den heutigen 80 Millionen Brasilianern kaum mehr als 30 Millionen als „produktiv" zu beurteilen seien, wird mir gesagt, daß „das Mißverhältnis *so* schlimm wohl nicht" sei.

Zum aktuellen Fragenbereich des Verhältnisses der USA zu Südamerika, zu der vielfachen Kritik an der „Allianz für den Fortschritt" wird der bisherige Präsident verständlicherweise sehr diplomatisch: *Er* habe sich nicht darüber zu beklagen, daß von den Vereinigten Staaten zu wenig Mittel für diese Allianz bereitgestellt worden seien. Denn sein Planungsminister habe solide Projekte ausgearbeitet, diese hätten in Washington überzeugt und seien gebilligt worden; damit habe er innerhalb von nur drei Jahren 1 Milliarde Dollar kassieren können. Denjenigen seiner südamerikanischen Mit-Präsidenten, die ihm mehrmals mit Klagen gekommen sind, daß diese „Allianz" zu wenig erbringe, hat er geantwortet: „Macht es wie ich; laßt vernünftige Pläne ausarbeiten. Dann bekommt Ihr etwas. Es ist doch leicht einzusehen, daß man in Washington nicht gute Dollars für schlechte Projekte ausgibt."

Der amerikanische General, der diese Bemerkungen mit zustimmend-ironischem Lächeln übersetzt, wirft ein, wie entscheidend es für die Entwicklung ganz Südamerikas gewesen sei, daß Castelo Branco im Jahre 1964 das Staatsruder in die Hand genommen hat: „Die Kommunisten saßen hier bereits in der Regierung, sie hatten nur noch nicht die volle Macht übernommen – es war höchste Zeit für den Umsturz."

Die Überzeugung, mit der diese Meinung ausgesprochen wird, verdeutlicht, daß sich das nordamerikanische Interesse an Süd-

amerika auch heute wieder auf Brasilien orientiert hat – was in vielfacher Hinsicht begreiflich ist. Selbstverständlich würde ein Abschwenken dieses großen Staates auch nur in eine weltpolitische „Neutralität" für die USA von ernstlichem Nachteil sein, und wenn sich das seit Franklin D. Roosevelts Zeiten „links" orientierte State Department in Washington dabei beruhigen würde – dann doch nicht das „Pentagon", in dem die Militärs urteilen.

Ich hätte gehört, so frage ich den Marschall schließlich noch, daß er selbst einmal für sein politisches Arbeits-Programm einen Zeitbedarf von zehn Jahren genannt habe – sei es da nicht bedauerlich, daß er schon nach drei Jahren das Ruder aus der Hand gab? Mit freundlich-hintergründigem Lächeln wird die Antwort erteilt (und ebenso lächelnd übersetzt): „Es wird sich nichts Wesentliches ändern."

*

Wenige Wochen nach diesem zwanglosen Erlebnis kam die Nachricht, daß Castelo Branco Opfer eines Flugzeugunfalls geworden war. Der Gastgeber jenes Abends schrieb mir aus diesem tragischen Anlaß rückblickend:

„Ich hoffe, daß das kurze Gespräch mit unserem früheren Präsidenten Humberto Castelo Branco – er kam damals zum letzten Male zu uns – Ihnen bestätigt hat:

Daß er ein Mann des Denkens und der Tat gewesen ist;

daß er diente, ohne Popularität zu suchen in einem Land, in dem die meisten Leute nicht Lesen und Schreiben können und deshalb ein leichtes Opfer jeglicher Demagogen werden;

daß er aus der Armee Disziplin, Fleiß und Patriotismus, von seiner Familie Ehrlichkeit und Schlichtheit in sein hohes Amt mitbrachte;

daß er ein Charakter war ..."

In einer Nachschrift wurde mitgeteilt:

„Der Marshall hinterließ bei seinem Tode

1. ein Dreizimmer-Appartment in dem gleichen Haus, in dem Sie bei uns zu Gast waren;
2. ein gebrauchtes Auto brasilianischer Bauart;
3. 5000 Dollar Sparguthaben;
4. ein Grab.

War er wirklich das, was man auch in Deutschland abschätzig einen ‚südamerikanischen Diktator' zu nennen pflegt?!"

Von einem solchen Mann kann man – wo immer er einem Staate dient – in der Tat nur sagen: Ehre seinem Andenken...

Letzter Blick auf Südamerika

Letzte Wartestunden vor der Abfahrt der „Ruys" bieten noch Gelegenheit zu einem Ausflug auf das dem Hafen so drastisch vorgelagerte felsige Wahrzeichen Rio de Janeiros, den „Zuckerhut". Von der „Avenida Pasteur" führt eine kühne Schwebebahn in zwei Abschnitten auf den „Pao de Acucar".

Zuerst scheint der Gipfel noch wolkenverhangen, bald aber werden die Nebel von der Wärme der Mittagssonne vertrieben. Oben auf der Bergstation hat eine frische Brise das Übrige getan und den Rundblick freigeweht, der sich hier prächtig über die Strände und die bergumgrenzte Bucht darbietet. Die ersten portugiesischen Seefahrer glaubten irrtümlicherweise, daß es sich um eine Flußmündung handle; deshalb wurde auch hier ein falscher Name in die Karten eingetragen: Es gibt keinen „Rio" bei Rio de Janeiro – vom „Zuckerhut" aus läßt sich das genau feststellen.

Einige Meter unterhalb der grobbetonierten Aussichts-Terrasse, auf der sich die Touristen drängen, finde ich im dichten Grün versteckt eine behelfsmäßig gezimmerte kleine Bank, ringsum stark duftende Blüten, lautes Vogelgezwitscher, sonst Ruhe. Tief unten zieht gelegentlich ein Schiff durch das blaugrüne Wasser. Drüben das Häusermeer der Großstadt, deren Verkehr spielzeugklein dahinrollt.

Die ameisenhafte Kultur-Landschaft erscheint aus dieser Distanz groß und klein zugleich, bescheiden hingelagert am Fuß einer riesigen Naturkulisse und doch bedeutend:

Wie millionenfach mußten die Pläne, die Erfindungen, die Anstrengungen gewesen sein, wie sehr bleiben sie weiterhin nötig, um die Existenz und das Räderwerk dieser Weltstadt dort in Gang zu halten, wo sonst nur Primitivvölker freiwillig leben: in den Tropen.

Subtiler gedacht: was der Blick hier an Menschenwerk umfaßt, fordert zu deutlicher Unterscheidung heraus. Alle die vielen tausenden von Bauten und Einrichtungen dort unten sind – daran gibt es keinen Zweifel – ausschließlich von europäischen Menschen gewollt, geplant und entworfen worden. Aber um das Geplante und Entworfene hier Stein um Stein auszuführen, um die Wirklichkeit herzustellen, wie sie jetzt geschaffen ist – dazu hat gerade hier kaum je ein Weißer mehr beitragen können als Anweisung, Aufsicht und „vorgetane Arbeit" in Gestalt von „Kapital".

Der Blick auf *diese* Stadtlandschaft ist exemplarisch: Nichts von ihr stünde ohne die Leistung der *Einen*, und nichts ohne den Beitrag der *Anderen*. Wie sehr irren die Apostel der „Gleichheit", die da meinen, die beiden Menschentypen ließen sich gegenseitig austauschen, die „Anderen" könnten und sollten sich einfach anstelle der „Einen" setzen. Wie sehr aber täuschen sich auch alle diejenigen, die über dem großen Entwurf vergessen, daß die Steine getragen werden müssen und daß auch *das* ein Teil der Leistung ist.

Durch die Technik ist die Welt so „weiß" geworden, wie Kolumbus sich das nie hätte träumen lassen. Wer die Wirklichkeit zu sehen bereit ist, kann den Satz nicht vermeiden: die Welt wird *weiß* bleiben müssen, wenn sie *technisch* bleiben soll.

Aber könnte es nicht eine bewußtere, eine kritischere, eine umfassender und damit verantwortlicher denkende „weiße Menschheit" sein?

*

Es ist Abend geworden – endlich geht ein Steward mit großer Glocke läutend durch die Gänge, um die letzten Besucher zum Verlassen des Schiffes aufzufordern. Für diejenigen, die gemeint sind, lohnt es sich, auf das Signal zu achten. Die „Ruys" macht sich jetzt auf zu tagelanger Reise quer über den Süd-Atlantik.

Wir legen ab, werden aus dem Hafen bugsiert und nehmen in dem von Leuchtbojen gekennzeichneten Fahrwasser langsam die eigene Fahrt auf. Nochmals strahlen die Strände im Lichterglanz, dann schiebt sich das Felsmassiv, das mir noch vor wenigen Stun-

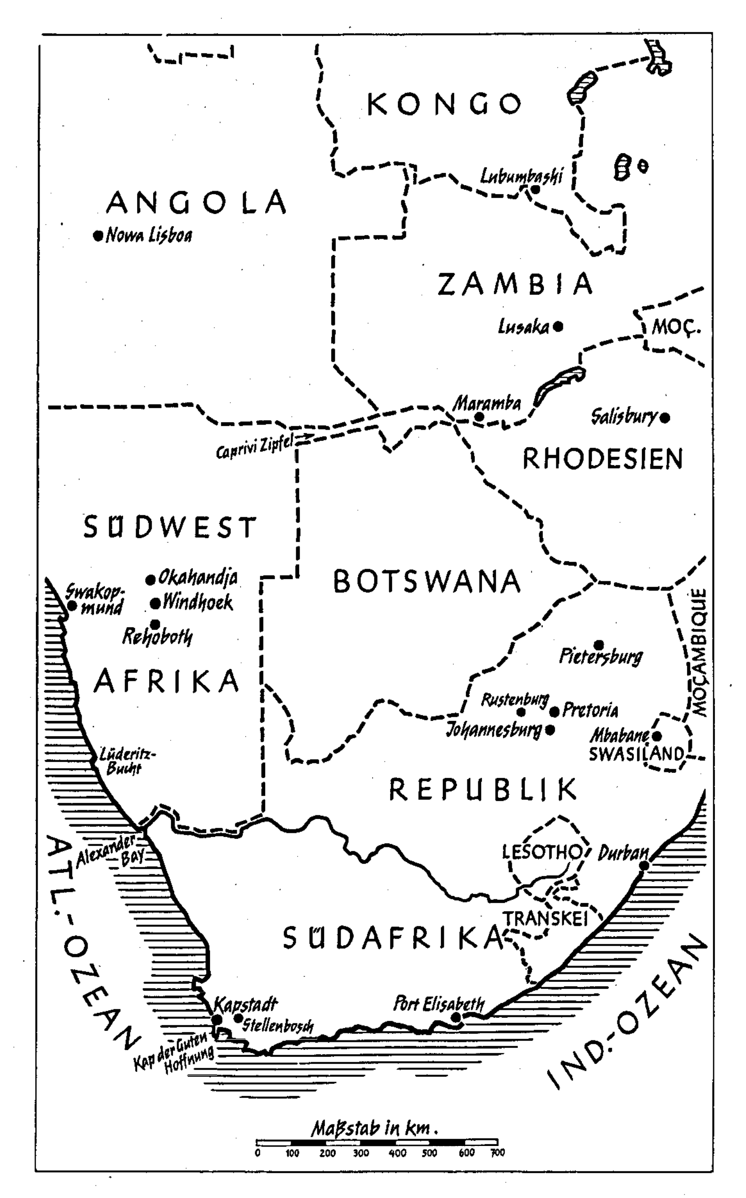
den nachdenkliche Rast geboten hat, schwarz vor den vom Abglanz der Stadt angeleuchteten Wolkenhimmel.

Ein dunkler Umriß soll mir als letzter Blick auf Südamerika gelten.

*

Südamerika: Keinen anderen Erdteil hat der weiße Mann im Verlaufe seiner Welteroberung so sehr und so nachhaltig verwirrt wie diesen. Hier werden Eingriff und Einsicht am nötigsten sein: Einsicht in die Ursachen, Einsicht in die Wirkungen dessen, was hier vorgegangen ist; Eingriff zu Aufbau und Ausbau der hier – wie kaum noch anderswo – unausgeschöpften Zukunftsreserven.

Eingriff *und* Einsicht des weißen Mannes – das allerdings wäre für Südamerika eine neue Erfahrung.


KONGO
Lubumbashi
ANGOLA
Nowa Lisboa
ZAMBIA
Lusaka
MOÇ.
Maramba
Salisbury
Caprivi Zipfel
RHODESIEN
SÜDWEST
BOTSWANA
Okahandja
Swakop-
mund
Windhoek
Rehoboth
MOÇAMBIQUE
Pietersburg
AFRIKA
Rustenburg
Pretoria
Johannesburg
Mbabane
SWASILAND
Lüderitz-
Bucht
REPUBLIK
LESOTHO
Durban
Alexander
Bay
ATL.-OZEAN
TRANSKEI
SÜDAFRIKA
Kapstadt
Stellenbosch
Port Elisabeth
Kap der Guten
Hoffnung
IND.-OZEAN
Maßstab in km.
0 100 200 300 400 500 600 700

Ordnung in Afrika — heute und morgen?

Schwarzafrika: die alten Stämme und die neuen Staaten

Die Afrika-Fahrt beginnt erfreulich: Der Atlantik, den wir mit nur leichter Südrichtung etwa in der Höhe des „Wendekreises des Steinbocks" zu überqueren beginnen, liegt am ersten Morgen der neuntägigen Seereise glatt in heller Sonne; die „Ruys" macht ihre Fahrt so ruhig wie die „Seeshaupt" am Starnberger See. Weit und breit ist kein Wölkchen am Himmel zu sehen. Einige Vögel, die uns noch umkreisen, sind das letzte Zeichen dafür, daß wir erst gestern abend die südamerikanische Küste hinter uns gelassen haben. Ganz ferne sehen wir am Horizont noch einige Schiffe in Richtung Rio de Janeiro vorüberziehen: es sind die letzten, denen wir begegnen. Auch im 20. Jahrhundert ist der Südatlantik die einsame Wasserwüste geblieben, in die einst Napoleon verbannt worden war. Sankt Helena – wir fahren südlich an der Insel vorbei, ohne sie zu sehen – bekommt noch heute nur einmal monatlich Post aus Europa. Nicht einmal Flugverbindungen gibt es hier. Wer von Argentinien oder Brasilien nach Afrika fliegen will, muß in London oder Frankfurt umsteigen.

An Bord richtet sich alles auf Gemütlichkeit, ja auf Langeweile ein. Wenn um 8 Uhr morgens der Frühstücksgong ertönt, ist im Speisesaal meist nur das alte Ehepaar Dettmann anzutreffen; der 80jährige ist zwar deutscher Abstammung, aber er spricht und versteht kein Wort unserer Sprache mehr; schon seine Eltern sind in Südafrika eingewandert und haben ihn als „Engländer" aufwachsen lassen.

Mittags zum Lunch, nachmittags zum Tee in der Lounge, abends zum Dinner sind freilich alle Passagiere pünktlich und vollzählig zur Stelle. Nur an einem Tag ist die Dünung stärker

und die Vorsichtigeren ziehen es vor, den reichlichen Genüssen der holländischen Küche in ihre Kabinen auszuweichen. Es ist der Tag, an dem das Fähnchen auf der aufgehängten Positionskarte in einem Seegebiet steckt, das von der Südspitze Grönlands bis zur Küste der Antarktis nichts als Wasser, unendliches Wasser ausweist.

Fast immer ist die Fahrt ruhig genug für den Betrieb des Schwimmbeckens und für die Deck-Spiele, denen sich die Kapstädter und Johannesburger Bankiers und Handelsleute mit ihren Damen leidenschaftlich widmen, während ich mit meinen Büchern schattige Plätze und ruhige Winkel suche.

Abends wirft man sich in Gala; Höhepunkt ist natürlich das „Kapitäns-Dinner", dazwischen eine Coktail-Party und ein „chinesischer" Abend mit Lampionbeleuchtung auf Deck. Niemand wird von dem Gedanken beunruhigt, daß wir uns wie eine schwimmende Insel in völliger Einsamkeit fortbewegen – in mindestens tausend Kilometer Umkreis kein menschliches Lebewesen!

Für einen chinesischen Hintergrund sorgen nicht zuletzt die Stewards, die fast alle aus Hongkong stammen. Der Boy, der meine Kabine mitbetreut, nutzt die Gelegenheit: ich muß ihm eine Reihe von deutschen Wörtern auf Notizpapier schreiben und die richtige Aussprache vorsprechen. Das geschieht nicht ohne Erfolg. Schon ab dem dritten Tag werde ich beim Gang zum Frühstück guttural begrüßt: „Guttn Mogn".

Am Nebentisch sitzt bei den Mahlzeiten ein sehr zurückhaltendes Ehepaar chinesisch-malayischer Herkunft – die einzigen „Farbigen" unter den Passagieren. Sie kommen aus Mauritius; auf der Weiterreise nach Japan wird die „Ruys" auch diese bisher britische Insel im Südindischen Ozean anlaufen. Mauritius soll in Kürze „selbständig" werden – ein Ereignis, dem die beiden Mitpassagiere mit gemischten Gefühlen, wenn nicht sogar mit Angst entgegensehen. Der tropische Inselstaat, der vor allem Zucker produziert, bekommt es mit einer komplizierten englischen Erbschaft zu tun. Wie üblich haben sich die Londoner Kapitalgesellschaften zum Betrieb ihrer Pflanzungen billige Arbeitskräfte von überall zusammengeholt, und so leben dort jetzt neben einigen

wenigen Europäern vor allem Südinder, Neger und Chinesen, dazu eine gute Portion Mischlinge, deren Vorväter Franzosen waren (die Herren der Insel bis 1814) -- insgesamt ein Völkergemisch von nicht ganz einer Million Menschen.

„Die Inder werden alles an sich reißen" – so lautet die düstere Voraussage vom Nebentisch. Bislang haben die Engländer dort wie in allen anderen ihrer Einflußgebiete in ihrer Weise für „Gleichgewicht" gesorgt: zuerst wurden Spannungen verursacht und dann traten sie für „Ausgleich" unter ihrer Kontrolle ein. Wer unter solchem Schutz und Schirm manches Schäfchen ins Trockene brachte, sieht sich nun peinlich verlassen: „Wir hoffen, daß Mauritius wenigstens im Commonwealth bleibt und vielleicht ein britischer Kommissar das Schlimmste verhütet."

Ruhiger sehen die Damen und Herren am großen Tisch in die Zukunft. Mir schräg gegenüber, rechts neben dem präsidierenden Schiffsoffizier, sitzt der Träger eines bekannten Namens, wenn auch nur entfernt verwandt mit Sir Roy Welensky, dem langjährigen Ministerpräsidenten der rhodesischen „Förderation", solange diese Konstruktion aus Süd-, Nord-Rhodesien und Njassaland (heute Malawi) unter britischer Oberhoheit noch zusammenhielt. Unser Mit-Passagier ist nicht politisch, wohl aber geschäftlich erfolgreich tätig. Mit Gattin und Schwester, sehr stattlichen Damen, repräsentieren die Welenskys eine in Südafrika hochangesehene jüdische Familie. Ihrer aller Wiege stand in Polen, sie haben sich hier aus bescheidenen Anfängen emporgearbeitet und sind vermögend geworden. Die Weltgeschehnisse, die uns in konzentrierter Form aus der Kabine des Funkoffiziers erreichen, beurteilt man aus großer Distanz; nur afrikanische Nachrichten werden intensiver besprochen. Obwohl die innenpolitischen Verhältnisse in Südafrika nicht ohne gelegentliche Kritik vermerkt werden – die Äußerungen dazu sind sehr zurückhaltend – so klingt doch einige Zufriedenheit durch; die Klage der Herrschaften aus Mauritius und Nachrichten über unruhige Zustände in den vielerlei neuen Staaten Schwarzafrikas geben Anlaß zu dem selbstzufriedenen Kommentar: „Bei *uns* gibt es das nicht; bei uns herrscht *Ordnung*."

*

Wer in Europa von „Afrika“ spricht, denkt nicht an Ägypten, nicht an Algier, nicht einmal an Äthiopien, er meint auch nicht die weiße Republik im Süden.

„Afrika“ gilt uns als der „schwarze“ Erdteil – und dazu gehören nicht einmal die Mittelmeerländer. Die Völkerscheide zwischen „Kaukasoiden“ und „Negriden“ geht mitten durch die heutige Republik Sudan (vgl. S. 69), nach Westen hin ist die Rassengrenze bis zum Nordatlantik ganz natürlich durch einen riesigen Wüstenbereich gezogen, und so sprechen die Völkerkundler denn auch präziser von „Afrika südlich der Sahara“, um den wirklich „schwarzen“ Lebensbereich zu bezeichnen. Freilich ist auch dazu eine biogeschichtliche Einschränkung zu machen: die früheste Besiedlung des heutigen Südafrika in historischer Zeit ist von Weißen geschehen!

Das eigentliche „Schwarzafrika“ ist ein Streifen, der sich in fast 5000 Kilometer Breite etwa zwischen dem 20. Grad nördlicher und dem 20. Grad südlicher Breite quer durch den tropischen Kontinent erstreckt.

Die Verhältnisse in diesem gewaltigen, anderen Rassen aus klimatischen Gründen schwer zugänglichen Bereich wären einfach zu überblicken, wenn es sich bei den „Negriden“ um einen ähnlich geschlossenen Menschentyp handeln würde, wie ihn etwa die Chinesen bilden. In Wirklichkeit haben sich aber die „Schwarzen“ noch beträchtlich vielfältiger auseinander entwickelt wie im europäischen Raum die „Weißen“. Die Auskünfte der Völkerkunde sind geradezu verwirrend: unmittelbar südlich der Sahara leben die „Sudaniden“ („die typischsten Neger, hochwüchsig und kräftig mit langen, schmalen Köpfen und Gesichtern, sehr breiten, flachen Nasen, aufgeworfenen Lippen und von sehr dunkler Hautfarbe“). An der afrikanischen Westküste und im Kongobereich verzeichnen die Karten deutscher Wissenschaftler die „Alt-Negriden“ und mit den Verbreitungs-Schwerpunkten zwischen Angola, Rhodesien und Ostafrika bis einschließlich Madagaskar die „Bantuiden“, diese mit „etwa zweihundert großen Stämmen“*; von ihnen wird gesagt:

* Zitate nach Dr. Willy Schulz-Weidner: Afrika südlich der Sahara, in IRO-Völkerkunde, München 1962, Seite 12f.

„Die von Norden her in immer neuen Wellen vordringenden hamitisch beeinflußten Bantu gaben den Anstoß zu zahllosen Verdrängungen und Vertreibungen anderer Stämme. Soweit man in die afrikanische Geschichte zurückblickt, ist sie erfüllt von der Bewegung und Unruhe, die diese aufeinanderfolgenden und sich gegenseitig bedingenden Wanderungen mit sich brachten."

Genaueres freilich wissen auch die Völkerkundler nicht. Wenn es irgendwo in der Welt „geschichtslose" Völker gibt, dann sind es diese. Von ihren Schicksalen gibt es weder schriftliche noch monumentale Dokumente, keinerlei technische* und nur wenige künstlerische Zeugnisse früherer Zeiten.

Sowohl die Raumweite wie die Fruchtbarkeit der tropischen Landschaft haben — das läßt sich aus den eingetretenen Verhältnissen rückschließen – eine fächerartige Ausbreitung und Gruppenisolierung ermöglicht und bewirkt, die zu einer nirgends sonst in der Welt ähnlich verzweigten, sprachlich und biologisch vertieften Stammesbildung, jedoch (noch eine Besonderheit!) nirgends zu eigener Städtegründung geführt hat. Heute leben in Afrika 26 verschiedene Völkergruppen, die hunderte von Sprachen sprechen.

In seiner mühseligen „Geschichte der neo-afrikanischen Literatur" teilt der leidenschaftliche Afrikanist Janheinz Jahn mit, daß literarische Dokumente aus 37 der schwarzafrikanischen Sprachen, deren Zahl er auf 700 schätzt, feststellbar sind. Solche Verhältnisse nennen auch manche Ethnologen, wenn sie die schwarzafrikanischen Stämme exakt zu erfassen und zu beschreiben versuchen.

* Auch in Schwarzafrika fehlte (wie in Südamerika, vgl. S. 377) bis zum Eintreffen des weißen Mannes das Rad als technisches Hilfsmittel. Den Mangel der Negriden an „technischer Experimentierfreudigkeit" stellt Dr. Günter Smolla in seinem Vortrag über „Grundlagen und Grundfragen afrikanischer Vor- und Frühgeschichte" interessant fest:

„Z.B. ist man offenbar nie auf den Gedanken gekommen die Lochschäftung auch auf die Steinbeile anzuwenden, obwohl durchbohrte steinerne Keulenköpfe bzw. Grabstockbeschwerer fast auf dem ganzen Kontinent seit Jahrtausenden bekannt waren. Das mögen Äußerlichkeiten sein. Man kann sie aber nicht damit abtun, es handle sich eben um eine ‚allgemeine Primitivität'. Vielmehr häufen sich die Anzeigen dafür, daß man hier übergreifenden afrikanischen Struktureinheiten auf die Spur zu kommen beginnt, die in sehr tiefe Schichten zurückzugehen scheinen."
(Aus: Schwarzes Afrika — Geistige Begegnung, Göttingen 1961, Seite 145.)

Wie aus seiner Entstehungsgeschichte erklärbar ist der Stamm eine Splittergruppe des Volkes; andererseits ist er wesensparallel der „alten Familie“, die Herbert Kaufmann, der langjährige Afrika-Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ so beschrieben hat:

„Die afrikanische Familie war eine wohlgeordnete, in sich völlig autarke Zelle des Zusammenlebens. Alle standen zusammen, verrichteten im gemeinsamen Rhythmus gemeinsame Arbeit, gemeinsame religiöse Zeremonien, blickten auf einen gemeinsamen Vorfahren zurück und leiteten von daher ihre religiöse wie blutsmäßige Zusammengehörigkeit ab.“*

Diese Sätze sind geschrieben, als ob das alles heute der Vergangenheit angehörte, als ob mit der Familien- auch die afrikanische Stammesordnung durch den europäischen Eingriff ausgelöscht und durch die seit dem Zweiten Weltkrieg erfolgte „Entlassung Afrikas in die Unabhängigkeit“ beendet sei.

So lesen wir es in der Tat derzeit noch in vielen Berichten über die heutige schwarz-afrikanische Staatenwelt.

Wie aber sieht es wirklich aus, was ist tatsächlich geschehen und wie wird es weitergehen südlich der Sahara?

*

Afrika galt nie als „reiches Land“. Das erklärt die Tatsache, daß von den ersten Vorstößen der Portugiesen bis fast zum Ende des 19. Jahrhunderts das europäische Interesse an den Bereichen des schwarzen Mannes sich fast ausschließlich auf die Nutzung von Arbeitskraft – und zwar von transportabler – beschränkte. Daß es südlich der Sahara ein beträchtliches schwarzes Menschenreservoir gab, das wußten schon die Araber, die den Sklavenhandel bereits im frühen Mittelalter organisiert hatten.

Die Portugiesen und Spanier, nach ihnen die Franzosen und Engländer haben dann freilich wirksamere Methoden entwickelt. Im Gegensatz zu den Arabern, die an der afrikanischen Ostküste mit Gewalt vorgingen und regelrechte Sklavenjagden veranstalteten, haben die europäischen Händler sich mit den Häuptlingen

* Zitat nach Schwarzes Afrika a.a.O. Seite 112.

verständigt und von diesen beliefern lassen. Meist handelte es sich um „Kriegsgefangene“ – die Stämme bekriegten sich in wachsender Schärfe mit dem Ziel des Menschenraubes zum Zweck des Weiterverkaufs an die an der Küste ansässigen europäischen Sklavenhändler. Diese boten einen „je nach Epoche, Konkurrenz und Gebiet wechselnden Preis“:

„Die am meisten gefragten Waren waren Stoffe aus Europa oder Indien, von denen die berühmten ‚Guineastücke‘, ein Kleiderstoff bestimmten Ausmaßes, an der Elfenbeinküste sogar als Währungseinheit galten; an zweiter Stelle standen Feuerwaffen und Pulver, Haumesser und andere Schneidewerkzeuge, Eisenbarren, Kupfer in Ringen oder Barren, alkoholische Getränke usw.“*

Der europäische Sklavenhandel aus Schwarz-Afrika begann geradezu offiziell im Jahre 1518. Damals ordnete der Madrider Königshof an, daß in den spanischen Plantagen in Mittelamerika nur noch Negersklaven verwendet werden sollten. Erst dreieinhalb Jahrhunderte später endete dieser Menschenhandel mit dem im Jahre 1888 erlassenen Sklaverei-Verbot in Brasilien. Die Angaben über den zahlenmäßigen Umfang der transatlantischen Negertransporte schwanken zwischen drei und sechs Millionen. Es handelte sich – wenn auch zeitlich gedehnt – um die größte Bevölkerungsbewegung zwischen der Völkerwanderung und der osteuropäischen Deutschen-Austreibung des Jahres 1945. Sowohl der Umfang wie die Art und Weise dieses westafrikanischen Sklaven-Exportes läßt auch einige Schlüsse von allgemeiner Bedeutung zu; einerseits auf die Geisteshaltung schwarz-afrikanischer Führungsschichten, andererseits auf die Unterwerfungswilligkeit und Entschlußlosigkeit ganzer Völkerschaften. Diese seelischen Grundstrukturen haben sich im Verhalten der Expatriierten in Nord- und Südamerika bestätigt. Auch hier sind willenlose Massen entstanden, die zwar gelegentlich von Mischlingen oder auch von weißen Organisatoren zu Ausschreitungen hingerissen werden und dann außer Rand und Band geraten; sie bleiben aber unschwer unter Kontrolle, wo auf Seiten der Ordnungsmacht der nötige politische Wille wirkt.

---

* Zitat nach Robert Cornevin: Geschichte Afrikas von den Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 1966, Seite 229.

Abgesehen vom Sklavenhandel war Schwarz-Afrika den europäischen Mächten fast bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts uninteressant geblieben. Feste Niederlassungen hatten bis 1850 nur die Franzosen in Senegal und bei Gabun, die Engländer (außer am Kap) an der Guinea-Küste, sowie die Portugiesen in Angola und Mozambique. Erst dann begann Europa sich mit den Tropenländern südlich der Sahara zu beschäftigen, Urwaldgebiete zu erforschen, die erkundeten Bereiche als „Kolonien" in Verwaltung zu nehmen, die Gebiete abzugrenzen. Die Deutschen, die sich schon am Sklavenhandel nie beteiligt hatten, erschienen erst nach der Reichsgründung von 1870 als allerletzte auf der Bildfläche und bekamen nur was übriggeblieben war: Togo in West- und das Tanganjika-Gebiet in Ostafrika, schließlich noch das südwestafrikanische Wüstenland. ...

Ähnlich wie in den Jahrhunderten vordem die Beschaffung des Menschenmaterials so erfolgte auch die europäische Landnahme in Schwarz-Afrika meist durch Vereinbarungen mit den Stammeshäuptlingen; in den europäischen Regierungskanzleien kümmerte man sich herzlich wenig darum, wie die Verhältnisse an Ort und Stelle gelagert waren. Die Grenzen der Kolonialgebiete wurden erst in den 80er und 90er Jahren „zum Teil mit dem Lineal gezogen", sie nahmen „keine Rücksicht auf Völker und Sprachen"*.

Auch später war – so läßt sich sagen – das europäische Interesse an Schwarz-Afrika nicht sehr stark. Gewiß gab es in manchen klimatisch geeigneten – also in den hochgelegenen – Gebieten weiße Pflanzungen; in Katanga, einer Provinz des belgischen Kongo und im nördlichen Rhodesien wurden Bodenschätze, insbesondere Kupfer entdeckt, und Bergwerke eingerichtet. Schließlich hielten es die Franzosen für richtig, ihre Kampfkraft auf den europäischen Kriegsschauplätzen durch den Einsatz von Negersoldaten aus dem Senegal zu verstärken – ein sehr zweifelhaftes Verfahren, das ebenso wie das gewaltsame britische Vorgehen gegen die deutschen Kolonien im Ersten Weltkrieg den Siegern mehr moralischen Schaden zufügte als militärischen Gewinn erbrachte. Der deutsche General Lettow-Vorbeck sorgte

* Hans Jenny: Afrika ist nicht nur schwarz, Düsseldorf 1961, Seite 13.

für eine historische Anekdote besonderer Art: mit seinen Askaris verteidigte er sich jahrelang erfolgreich gegen eine stets vielfache britische Übermacht. Erst nach dem europäischen Waffenstillstand im November 1918 legte auch die deutsche Schutztruppe in Ostafrika die Waffen nieder – ihr Operationsgebiet hatte sich inzwischen nach Portugiesisch Ostafrika verlagert.

Noch eine weitere Bemerkung verdient diesem raschen Überblick hinzugefügt zu werden: nirgends in Schwarz-Afrika kam es in ernsthafter und folgenreicher Weise zu weiß-schwarzen Mischungsvorgängen – kein Vergleich zu den Verhältnissen etwa in Südamerika! Die Völker- und Stammesgliederung Schwarz-Afrikas wurde deshalb in der Kolonialepoche nur organisatorisch geschwächt, nicht jedoch biologisch verwirrt.

Alles das muß im Auge behalten, wer begreifen will, was nun nach dem Zweiten Weltkrieg im Zeichen der sowohl von den USA ebenso wie von der Sowjetunion inspirierten Afrika-Politik der „Vereinten Nationen" in und mit Schwarz-Afrika geschehen ist. Nachdem sofort nach 1945 die europäischen Stützpunkte in Asien fielen, London im Frühjahr 1947 den britischen Rückzug aus Indien ankündigte und in der Folge die Niederlande auf Indonesien, Paris auf Vietnam verzichten mußten, wurde in den 50er Jahren auch die Zukunft Schwarz-Afrikas weltpolitisch zur Diskussion gestellt. Unter entschiedenem Druck aus New York vollzog sich um das Jahr 1960 geradezu ein „Erdrutsch" der Unabhängigkeits-Erklärungen aller bisher unter der Herrschaft Frankreichs, Englands und Belgiens stehenden afrikanischen Kolonien.

Bei den eiligen afrikanischen Staatsneugründungen wurde schematisch nach den Einteilungen verfahren, die knapp 80 Jahre vorher in den europäischen Hauptstädten „mit dem Lineal" festgelegt worden waren. Das hatte zur Folge, daß nun in Afrika auf dem Papier „Nationen" gebildet wurden, die keine sind, und „Staaten", die schon deshalb den Keim der Auflösung in sich tragen, weil in ihnen die alten Stammesdifferenzen zu neuer Rivalität entfacht werden. Das staatsrechtliche Erbe der Kolonial-Epoche hat in Nigeria bereits zum Abfall des Ibo-Stammes, zur Bildung des Separat-Staates „Biafra" und zu blutigem Bürger-

krieg geführt. In Kenya stehen sich die Kikuju- und die Luo-Stämme, in Zambia die Bemba und die Lozi gegenüber usw. usf. In den nach europäischen Vorbildern organisierten Parlamenten ergeben sich Mehrheitsverhältnisse, die von der zahlenmäßigen Stärke einzelner Stämme bestimmt werden, was unvermeidlich zur Majorisierung der Kleinen durch die Großen führt. Vielfach handelt es sich nicht nur um blutsmäßige, sondern auch um sprachliche Verschiedenheiten, die hart aufeinanderprallen.

Es gehört keine Prophetengabe dazu, um zu wissen, daß die derzeitige staatspolitische Gliederung Schwarz-Afrikas um so rascher der Auflösung entgegengeht, je leidenschaftlicher die früheren weißen Verwaltungs- und Wirtschaftsfachleute aus ihren Positionen vertrieben werden: ein Vorgang, der nur dort gemäßigt wurde, wo inzwischen schwarze „Diktatoren" eingegriffen haben. Da die europäische Ordnung aus Schwarz-Afrika überstürzt zurückgezogen wurde, bevor eine neue sich entwickeln konnte, setzen sich mit der Gewißheit eines Naturgesetzes die alten eingewachsenen und nie ganz ausgelöschten Bindungen politisch wieder durch.

Zunächst ist eine heftige Auseinandersetzung zwischen den an die Spitze der neuen Staaten gelangten mehr oder weniger europäisierten – meist aus Häuptlingsfamilien stammenden! – Intellektuellen einerseits und den auf die Wiederherstellung früherer Stammesautorität drängenden, vom Volksinstinkt gestützten alten Kräften ausgebrochen. Derzeit findet man noch gemeinsame Interessenpunkte in der Vertreibung der während der Kolonialperiode eingedrungenen Elemente: der Inder an der Ostküste und jener weißen Farmer, Beamten und Techniker, die in Verkennung der Lage auch nach der „Unabhängigkeit" in Ländern zu bleiben versuchten, in denen sie nur im Ghetto leben können.

Überall dort, wo die Vertreibungsphase beendet ist und nicht etwa ein „starker Mann" auf eigene Faust die europäisierte Ordnung noch bruchstückweise aufrecht erhält oder wieder einführt (wie es zur Zeit in manchen der neuen Staaten der Fall ist) – überall dort, wo ein „freies Spiel der Kräfte" sich entfalten kann, drängen übermächtig die „Stämme" wieder in den Vordergrund.

*

Dem afrikanischen Schicksalsjahr 1960, in dem die meisten neuen Staaten – darunter der belgische Kongo – von ihren bisherigen Herren einer ungewissen Zukunft überlassen wurden, gingen immerhin seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges anderthalb Jahrzehnte voraus, in denen vielerlei warnende, ja beschwörende Stimmen laut wurden; mit guten Argumenten traten sie für eine vernünftigere und bessere Neuregelung der Beziehungen zwischen Europa und Schwarz-Afrika ein.

Da verkündete beispielsweise Sir Oswald Mosley, der weitblickende, aber in seinem Lande nie ernstlich angehörte britische Politiker, schon im Jahre 1950 in seinem Buch „Die europäische Revolution" die Parole, daß Schwarz-Afrika das „Imperium" eines politisch und wirtschaftlich gemeinsam handelnden Europa werden müsse. Mosley schrieb damals geradezu prophetisch:

„Afrika ist der Schlüssel, und zwar aus folgenden Gründen: Afrika kann alle Grundstoffe und Nahrungsmittel erzeugen, die Europa braucht, und in den afrikanischen Besitzungen Großbritanniens bestehen auch kaum bodenständige Industrien. England verfügt über diese Gebiete, die nach unserem Willen mit den Kolonien anderer europäischer Länder zusammengelegt werden sollten, um das Imperium des Abendlandes zu bilden. So können wir eine Wirtschaft auf weite Sicht planen, in der die Rohstoffe gegen europäische Fertigwaren ausgetauscht werden. Afrika stellt eine noch unbeschriebene Tafel dar, auf die der rettende Zukunftsplan verzeichnet werden kann. Seine Durchführung liegt durchaus in unserer Macht und erfordert weiter nichts als Fähigkeit und Tatkraft."

Diese Ideen des britischen Politikers Mosley untersuchte der deutsche Publizist Anton Zischka anhand eines reichen Tatsachen- und Zahlenmaterials in seinem 1951 erschienenen Buch mit dem programmatischen Titel: „Afrika – Europas Gemeinschaftsaufgabe No. 1". Er verwies darauf, daß Afrika vor allem angesichts seiner bisher kaum genützten Wasserkräfte „der energiereichste Kontinent" ist und daß hier außerdem u.a. noch enorme Produktionsbereiche für die künftige Welternährung entwickelt werden können. Zischka charakterisierte auch das menschliche Kernproblem dieser „Gemeinschaftsaufgabe":

„Die Neger waren nie und nirgends imstande, sich selber menschenwürdig zu regieren. Wo immer sie eigene Staatswesen gründeten, hatten diese keine Dauer, kam es früher oder später zu Selbstzerfleischungsorgien. ... Aber wenn der Neger nicht planen und organisieren kann, so ist er nichtsdestoweniger ein unentbehrlicher Partner, denn Afrika ist seine Heimat, er ist (wenn auch nicht unbegrenzt) tropenfest. Es gibt keine Negeringenieure und keine Negerforscher, aber es gibt hervorragende Negerpiloten. ... Der Neger ist geschickt, willig und lernbegierig. ... Der Schwarze ist – von Ausnahmen abgesehen – durch seine geistigen Anlagen auf gewisse Tätigkeiten beschränkt. Aber er kann arbeiten, wo (zumindest auf die Dauer) der Weiße es nicht kann. Er ist im tropischen Afrika allein zu schwerer körperlicher Arbeit fähig. Genau wie der Schwarze ist auch hier der Weiße in seiner Tätigkeit beschränkt. Er muß hier also – zum Unterschied von Siedlungskolonien wie Nordafrika, Südafrika oder Australien – die Eingeborenen mit allen Mitteln fördern. Ihre Fruchtbarkeit, wie ihr Wissen und Können liegen in seinem eigensten Interesse. Je mehr die Eingeborenen hier produzieren und je besser es ihnen geht, desto besser geht es auch Europas Industrie. Schwarz und Weiß ergänzen sich, aber einer vermag den anderen so gut wie niemals zu ersetzen. Nun ist die Frage natürlich, wie diese Ergänzungen vor sich gehen, auf welcher Basis Schwarz und Weiß zusammenarbeiten sollen."

Das ist in der Tat die Kernfrage: *Wie* sollen Weiß und Schwarz zusammenwirken – *wie* soll es zu einer von allen begriffenen „Gemeinschaftsaufgabe" kommen? Zu dem was Mosley und Zischka damals schrieben, kann der Kommentar von heute nur noch lauten: Das waren schöne Träume; nichts wurde Wirklichkeit. Schlimmer noch: das Entgegengesetzte ist geschehen. Schwarz-Afrika und Europa sind sich nicht nur nicht nähergekommen, sie sind geradezu auseinandergerissen worden.

Wann und wie können sie sich endlich vernünftig begegnen – anders als zur Zeit des Sklaven-Exports, anders als im Zeichen europäischer Großmacht-Rivalitäten, anders als nach dem Reglement der New Yorker Wirrköpfe?

Das sind Erkundungs- und Denkprobleme, die sich unvermeidlich dem Reisenden stellen, der den Boden des ebenfalls „unabhängig" gewordenen weißen Südafrika betritt.

Dieser Fels bezeichnet zwar nicht den absolut südlichsten Punkt Afrikas, aber an ihm scheiden sich dennoch die beiden Ozeane: der Atlantische und der Indische. Des letzteren Wasser ist wärmer und so zeigt beim Ausblick vom Gipfel des „Kap der Guten Hoffnung" ein ferner Schaumstreifen im Meer die Grenzlinie sichtbar an.

Am frühen Morgen ist die „Ruys" in Kapstadt eingelaufen – auch diesmal hatte es sich gelohnt, rechtzeitig auf Deck zu sein. Voraus zeichnete sich hinter den großstädtischen Lichterketten der lang hingestreckte Tafelberg in dunklen Konturen vom sternklaren Himmel ab, während im Osten eine leuchtende Morgenröte hinter den Berghütten der Bucht emporstieg: in dieser Stunde ein nicht weniger kontrastreiches Naturschauspiel als es die Einfahrt in die Inselwelt vor Rio de Janeiro bot.

Die Abfertigung vollzog sich so zügig, daß ich früher als erwartet in der Pension „Sunnyside" eintreffe, oben in Tamberskloof hoch über Stadt und Hafen. Hier betreut ein Bruder des Douaumont-Erstürmers von Brandis deutsche Gäste.

Ein ganzer Sonntag liegt vor mir, die Aufforderung zur zweistündigen Fahrt hinaus zum „Kap" kommt gerade recht und so stehe ich nun hier oben auf dem klotzigen Gipfel, bei dessen Anblick sich schon vor Jahrhunderten die europäischen Indienfahrer bekreuzigten.

Die Portugiesen, die auch hierher als die ersten kamen – im Jahre 1487 Bartolomeo Diaz und zehn Jahre später Vasco da Gama – sprachen freilich vom „Kap der Stürme" und vermieden es, sich hier niederzulassen. Erst die Holländer fanden die Gegend bemerkenswert und benannten den groben Felsbrocken, der sich kühn ins Meer vorschiebt, in freundlicher Zuneigung: „Kap Goede Hoop" – was nichts daran änderte, daß im Laufe der Zeiten hier und in der nur wenig geschützten Tafel-Bucht manchem Segelschiff die letzte Stunde schlug.

Es war Johann van Riebeeck, der – anderthalb Jahrhundert nach den portugiesischen Entdeckungsfahrten – im Jahre 1652 (also kurz nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges und nach

dem Westfälischen Frieden – sonst wäre er noch als Deutscher zu nennen!) mit einer Gruppe von 170 Männern 8 Frauen in der bis dahin unbewohnten Bucht landete, um im Auftrag der holländischen Ostindischen Gesellschaft eine Versorgungsstation für die Indienfahrt zu begründen. In den Jahrzehnten vorher hatten die Seefahrer sich hier zwar – unter Steinen beschwert – gegenseitig Nachrichten hinterlassen. Aber außer gelegentlichen Schiffbrüchigen hatte sich niemand längere Zeit im Schatten des Tafelberges aufgehalten.

Sein und seiner Gruppe Auftrag war es, eine „Forteresse" zu bauen – harte und schwere Arbeit. Um Nahrungsmittel zu erhalten wurden Gärten, Felder und Obstkulturen angelegt und nach einigen Jahren erhielten Riebeecks Männer, die als Angestellte der „Kompanie" gekommen waren, Landtitel zugeteilt. Den ersten „Freibrief" bekam am 11. April 1657 der Kölner Hermann Remajenne; überall, wo der weiße Mann in Übersee *gesiedelt* hat, waren Deutsche dabei*.

---

* Im Verlag der südafrikanischen Staatsdruckerei in Pretoria erschien 1965 als Sonderdruck in deutscher Übersetzung eine ausführliche Darstellung „Der deutsche Beitrag zur Entwicklung Süd-Afrikas". Darin wird u.a. festgestellt, daß schon van Riebeecks Nachfolger im Kommando Zacharias Wagenar aus Dresden stammte und daß in der Periode der Besiedlung der Kap-Provinz auch bereits deutsche Handwerker, Lehrer, Landmesser, Apotheker und Ärzte tätig waren. Allerdings seien nur wenige deutsche Frauen mitgekommen, „so daß die deutschen Männer sich meistens mit holländischen oder französischen Frauen verheirateten". Nach Forschung des südafrikanischen Professors D. B. Bosmann setzte sich das spätere sog. Burentum zu 53 Prozent aus holländischer, zu 28 Prozent aus deutscher und zu 15 Prozent aus französischer Abstammung zusammen. Daß die burische Sprache, das heutige „Afrikaans" sich vom Holländischen abgesondert hat, läßt sich aus solcher Vergangenheit bio-philologisch erklären. Später ist auch das Engländertum in Südafrika von deutscher Seite blutsmäßig verstärkt worden: Als Großbritannien für seinen sog. Krim-Krieg gegen Rußland (1854—1856) eine „deutsche Legion" angeworben hatte, wurde nach dessen Ende den Legionären eine bevorzugte Niederlassung in Südafrika angeboten. Von dieser Möglichkeit machten zwischen 1857 und 1859 etwa 4000 Deutsche Gebrauch, unter ihnen 600 Frauen — wieder zu wenige, um den Ansiedlungen in größerem Umfang den deutschen Charakter auf die Dauer zu sichern. Immerhin wurde die Zahl der Deutschsprachigen in der Republik Südafrika (ohne Südwest-Afrika) neuerdings noch mit 62000 ermittelt (a.a.O. Seite 18).

Nach der Aufhebung des Edikts von Nantes kamen im Jahre 1688 auch noch 170 französische Hugenotten und verstärkten die kleine europäische Niederlassung, die nach wie vor ganz auf sich selbst gestellt war, aber doch sichtlich aufblühte:

„Ende Dezember 1687 betrug die Zahl der weißen Kolonisten einschließlich der Frauen und Kinder bereits über 600. Diese hatten rund 3000 Stück Großvieh, 30000 Schafe und 400000 Weinstöcke, sowie eine Getreide-Ernte von rund 2000 Maltersäcken."*

Man legt heute in Südafrika einigen Wert auf die Feststellung, daß diese frühe Besiedlung des Kaplandes („die einzige echte europäische Gründung in Afrika"**) ohne Vertreibung oder Unterwerfung von Eingeborenen stattgefunden hat, sondern in Niemandsland erfolgte. In der Tat hatten Johann van Riebeeck und seine Leute es nur mit herumziehenden Buschmännern und Hottentotten zu tun, mit denen schließlich ein mühseliger Viehhandel mittels Tauschwaren zustande kam. Neger kamen – das Datum ist bekannt – erstmals am 27. März 1658 ins Land – und zwar über See durch Kaperung eines portugiesischen Sklavenschiffes. Die in Amsterdam residierenden Herren der holländischen Ostindien-Kompanie befanden freilich, daß das ein nützlicher Anfang sei, und so wurde auch hier bald Sklavenhandel betrieben. Aber das Menschenmaterial kam nicht aus dem Hinterland sondern aus Madagaskar und aus Holländisch Indien: ein Vorgang, aus dem die heutigen „Kap-Mischlinge" resultierten; sie sind in den Bevölkerungs-Statistiken mit der erklecklichen Ziffer von 1,3 Millionen registriert. Außer ihnen leben in der Kap-Provinz jetzt 1 Million Weiße und 3 Millionen Bantu-Neger***.

*

---

* Zitat nach Oskar Hintrager, Geschichte von Südafrika, München 1952, Seite 54f.

** Hans Jenny, a. a.O. Seite 11.

*** Nach der letzten Volkszählung 1960 nennt das Jahrbuch „State of South Africa 1968" für die Republik eine Gesamteinwohnerzahl von 15,98 Millionen, davon 3,08 Millionen Weiße, 10,90 Millionen Bantu, 1,50 Millionen Mischlinge und 0,47 Millionen Asiaten (Inder). Die stärkste Zuwachsrate haben die Mischlinge; ihre Zahl stieg von 1904 (damals 0,44 Millionen) fast auf das Vierfache, während sich die übrige Bevölkerung seit damals etwa verdreifacht hat.

Die Biogeschichte des Kaplandes verlief freilich nicht in so einfacher Linie; tiefgreifende und folgenreiche Veränderungen traten durch zwei historische Geschehnisse ein; durch den Einbruch der Engländer in der napoleonischen Zeit und 1838 durch den „großen Treck", den Auszug der Buren aus dem Kapland.

Nachdem die Briten sich Ende des 18. Jahrhunderts nachdrücklich in Indien festgesetzt hatten, war ihnen der Seeweg dorthin sehr wichtig und deshalb die Tatsache, daß das Kap der Guten Hoffnung sich in holländischer Hand befand, lästig geworden. Die Jahre nach der französischen Revolution, die bald auch die Niederlande überflutete – schließlich regierte ein Bruder Napoleons in Den Haag – boten günstige Gelegenheit, zunächst 1795 und dann erneut im Jahre 1806 eine britische „Besatzung" nach Kapstadt zu entsenden.

Nach Napoleons Sturz erklärte die britische Regierung, die ostindischen Besitzungen Hollands nur gegen Annexion der Kap-Kolonie freigeben zu wollen (vgl. dazu S. 162). Um wenigstens Sumatra und Java zurückzubekommen stimmte der holländische König diesem Verlangen schließlich zu.

Das war ein schwerer Schlag für die am Kap lebende weiße Bevölkerung, die im Jahre 1798 immerhin schon 21746 „Seelen" zählte. Schon zur Besatzungszeit war das britisch-burische Verhältnis gespannt; nach der endgültigen Installierung der britischen Herrschaft gab es unendliche Auseinandersetzungen. Der holländisch-niederdeutsche Freiheitsgeist war zu ausgeprägt – was auch immer der britische Gouverneur anordnete, die Buren waren dagegen. Die Lage wurde nicht besser, als man von London aus im Jahre 1820 für 4000 Auswanderer die Überfahrt vom Staat finanzierte, um damit durch ein geschlossenes englisches Siedlungsgebiet in der Kap-Provinz ein Gegengewicht zur burischen Renitenz zu schaffen.

Nun fühlten sich die Störrischen endgültig fremder Herrschaft unterworfen; sie suchten und fanden nach langen bedächtigen Vorbereitungen in den Jahren 1835–1838 den Ausweg aus dem Unerträglichen in einem kühnen Unternehmen, das nicht zu Unrecht die „große Zeitenwende in der südafrikanischen Geschichte" genannt wird:

„Über zehntausend Buren verließen Haus und Hof und zogen mit Weib und Kind und ihren großen Viehherden in das wilde Innere Südafrikas, um neue Wohnsitze zu gründen. Wie einst die alten Germanen in der Völkerwanderung, so ritten die bewaffneten Männer, die ‚Voortrekker', neben den Ochsenwagen her, auf denen sich die Frauen und Kinder und die bewegliche Habe befanden. Pferde, Rindvieh und Schafe wurden vor oder neben den langsam und schwerfällig dahinziehenden Wagen hergetrieben. Zum Schutz gegen Angriffe wurden beim Beziehen der Lager Wagenburgen gebildet und zur Verteidigung hergerichtet."*

Dieser „Große Treck" hatte das Hochland diesseits und jenseits des Vaal-Flusses zum Ziel; historisch-politisches Ergebnis war die Begründung der Buren-Republiken Oranje und Transvaal – damals die einzigen freien Staaten in ganz Afrika!

Den Engländern war diese Entwicklung nicht erwünscht, und als in der Gegend von Johannesburg dann noch Goldvorkommen entdeckt wurden, nahmen die britisch-burischen Auseinandersetzungen dramatische Formen an. Es kam zur militärischen Unterwerfung der Buren durch die Engländer im Burenkrieg (1899–1902) – dann aber als Folge der beiden Weltkriege auch hier zur Krise der britischen Herrschaft. Im Fall Südafrikas führte sie zur Machtergreifung der Buren, die sich neuerdings „Afrikaner" nennen.

Dieses Geschehen wurde mir von einem Passagier der „Ruys" ärgerlich erklärt: „Die Buren haben uns Engländer im Bett besiegt. Ihre Kinderzahl hat uns überrundet." Das war recht abschätzig gesagt und ist grob formuliert. Aber es gibt Sätze, die hart klingen und dennoch ein Korn Wahrheit aussagen.

Gewiß ist: ein halbes Jahrhundert, nachdem die Buren ihren Überlebens-Krieg gegen die britische Übermacht militärisch verloren hatten, konnten sie ihn politisch doch noch gewinnen.

*

In Hafennähe: da liegt das „burische" Kapstadt, die breit hingelagerte „Veste", das Riebeeck-Denkmal, rechts anschließend die Innenstadt mit ihrem „Grün-" und „Langmarkt", ihrer

* Zitat nach Hintrager, a. a.O. Seite 163.

„Kirch"- und „Burg"-Straße, ihrer „Buitengracht", ihren alten Patrizierhäusern (von denen ein besonders schönes, das Kopmann-de Wet-Haus als Museum zu besichtigen ist); am oberen Ende der Adderley-Street aber wird alles ganz Englisch: eine hohe Allee führt vorbei am „House of Parliament" und am „Government-House" – große Repräsentativbauten griechisch-römischen Stils; ihnen gegenüber der Botanische Garten – alles weit und wahrlich imperial. Wo die Briten sich niederließen, haben sie es mit Wucht getan als ob es für alle Ewigkeit geschehe.

Im Senats-Trakt des Parlaments bin ich beim Senator Louis T. Weichardt zum Besuch angemeldet, der im Rufe eines wahrlich bewegten Lebens steht: der heute über Siebzigjährige befand sich beim Kriegsausbruch 1914 als junger Mann zu Besuch in der Heimat seiner Eltern, kämpfte dann als Kriegsfreiwilliger später noch als Freikorpsangehöriger für das Land seiner Väter, um dann in Köln von der britischen Besatzungsmacht als „Deserteur" verhaftet, zur Aburteilung nach Südafrika verbracht, dort von englischen Gerichten wegen seiner Kriegsteilnahme zum Tode verurteilt und erst nach langen Jahren begnadigt und wieder freigelassen zu werden! Im zweiten Weltkrieg wurde Weichardt – wie viele andere deutschfreundliche südafrikanische Politiker – jahrelang interniert.

Obwohl noch der Geist der Queen Victoria in den großen Hallen und langen Gängen zu überleben scheint, geht es doch nicht allzu formell zu in den vornehmen Räumen der südafrikanischen Volksvertretung. Das Gespräch wird durch eine überraschende Bemerkung des Senators gleich zu Beginn belebt. Ich hatte das große Standbild des Engländers Cecil Rhodes* erwähnt,

* Cecil Rhodes (1853–1902) war der letzte der großen britischen „Empire-Builder", der Idee einer machtpolitischen Verbindung vom „Kap bis Kairo" verbunden und schon deshalb ein Gegner der unabhängigen Buren-Republiken. Als Tuberkulosekranker kam Rhodes in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts nach Südafrika; durch die Erschließung von Diamantenfeldern erwarb er sich großes persönliches Vermögen, wurde 1881 Abgeordneter, 1884 Finanz- und 1890 Premierminister der Kap-Kolonie. Er veranlaßte die Eroberung des Betschuana-Landes (heute Botswana), um eine Barriere zwischen die neugebildete Kolonie Deutsch-Südwest-Afrika und die Buren-Staaten zu legen, deren Eingliederung in Britisch-Südafrika er zu-

das vor dem Parlament zu sehen ist: Rhodes war immerhin der Mann, der den Burenkrieg auf dem Gewissen hat; es schien mir ein Zeichen von historischem Großmut der heutigen Republik Südafrika zu sein, daß sie ein solches Denkmal an dieser Stelle unverändert duldet.

Weichardt, von dem man es begreifen würde, wenn er „anti-englisch“ empfände, urteilt anders: gewiß habe Cecil Rhodes zunächst als brutaler Imperialist „alles an sich gerissen“ – dann habe er aber „alles für Südafrika getan“; sein Andenken werde zu Recht geehrt, denn „Cecil Rhodes war ein großer Weißer – und um das geht es bei uns“.

Nur ein knapper gedanklicher Schritt führt von Rhodes zu Rhodesien – dem Land, das von ihm begründet und nach ihm benannt wurde, und das heute von England in Acht und Bann getan ist. Der Senator war erst kürzlich in der Hauptstadt Süd-Rhodesiens, das sich selbständig erklärt hat, weil es sich nicht einer schwarzen Herrschaft unterstellen will. In Kapstadt würde man es begrüßen, wenn zwischen Salisbury und London doch noch eine Verständigung zustande käme: „Die rhodesischen Siedler waren nicht nur die Treuesten gegenüber ihrem Mutterland, sie waren auch die härtesten Gegner Südafrikas.“

Man wünscht keinen Anschluß; aber auch hier muß an die Zukunft gedacht werden. Bei allen Unterschieden – nicht zuletzt angesichts der viel geringeren Zahl von Weißen, die in Süd-Rhodesien einer „sehr großen Masse Bantus“ gegenübersteht – ist Südafrika unvermeidlich daran interessiert, was an seinen Nordgrenzen vorgeht.

In wohlüberlegten Formulierungen wird mir gesagt: „Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den portugiesischen Territorien Angola und Mozambique, Malawi, den drei früheren britischen Protektoraten Botswana, Lesotho und Swaziland, Südwestafrika und der Republik von Südafrika bahnt sich an. Wäh-

---

nächst mit friedlichen Mitteln, ab 1895 mit Gewalt betrieb. Rhodes starb noch während des Buren-Krieges am 26. 3. 1902, erst 49 Jahre alt in einem kleinen Haus in Muizenberg bei Kapstadt, das heute als Museum eingerichtet ist. Seine letzten Worte waren: „So much to do, so little done“ (so viel zu tun, so wenig getan).

rend es zu früh wäre, von einem gemeinsamen Markt oder einem gemeinsamen Sicherheitssystem im südlichen Afrika zu sprechen, ist doch nicht zu übersehen, daß – ungeachtet verschiedener Ansichten in der Rassenpolitik – die gemeinsamen Interessen über eine gegenseitige Koexistenzpolitik hinaus in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht und letztlich selbst auf dem Gebiet der Verteidigung gegen das Einsickern von Terroristen zunehmen. Hier taucht ein Interessen-Block auf, der territorial umfangreich und wirtschaftlich unbegrenzt entwicklungsfähig ist."

Bitter sind Weichardts Bemerkungen über das Unverständnis, auf das Südafrika nicht nur in London sondern auch in Amerika stößt. Er fragt sich, ob „der amerikanische Linksliberalismus", verbunden mit wirtschaftlichen Dominierungsversuchen – was man eben als „Amerikanismus" und „Dollarimperialismus" begreift – nicht geradezu „ein Todfeind jeder verständigen Völkerordnung ist".

Sogar die Russen hätten inzwischen begriffen, daß ihre marxistischen Vorstellungen in Bezug auf Afrika revisionsbedürftig sind, aber in New York sei noch keinerlei Einsicht zu erkennen. Immer noch stünden die USA wohlwollend wenn nicht sogar als treibende Kraft hinter all den „unvernünftigen Resolutionen, die die Vereinten Nationen am laufenden Band gegen Südafrika beschließen. Wir haben längst aufgehört, diese Hetze ernst zu nehmen. Nicht in Südafrika sondern in einem Dutzend anderer Weltgegenden müßte eingegriffen werden, um Frieden zu schaffen. Dort überall aber versagen die Vereinten Nationen kläglich".

Glücklicherweise habe die Republik Südafrika ihre Verteidigung so entwickelt, daß sie ihre und ihrer Freunde Interessen aus eigener Kraft wahren könne*. Allerdings erkennt der Senator, daß

* Die aus New York veranlaßte Weigerung einiger Staaten — darunter unverständigerweise auch der deutschen Bundesrepublik —, Waffen an Südafrika zu liefern, hat einerseits zu einer engen Zusammenarbeit der südafrikanischen Militärs mit Frankreich, andererseits auch zu beträchtlichen eigenen waffentechnischen Anstrengungen geführt. Im Dezember 1966 kündigte Verteidigungsminister Piet Botha öffentlich an, daß Südafrika über eine „geheime Waffe" verfüge; bereits 1963 wurde bei Pretoria ein Forschungs-Institut zur Entwicklung von gelenkten Raketen errichtet. („Times", London 17. 12. 1966). Präsident Banda von Malawi — einer der schwarz-afrikanischen Politiker,

Südafrikas heutige und künftige Sicherheit nicht völlig isoliert beurteilt werden kann. Nach seiner Ansicht besteht eine profunde Interessenübereinstimmung mit den europäischen Völkern: „Dorthin müssen wir blicken, nicht nach New York". Er ist der festen Überzeugung: „Würde Südafrika fallen, dann fällt auch Europa; fällt Europa, dann fällt auch Südafrika, jedenfalls *dieses* unabhängige dynamische, wirklich freie Südafrika". Der Senator erhofft sich viel von einem künftigen Europa: „Eine enge Zusammenarbeit zwischen Europa und dem Block des südlichen Afrikas könnte eine starke Klammer bilden" – eine Klammer, die nicht nur das Chaos Schwarz-Afrika wieder beruhigen, sondern auch weltweit neue Vorzeichen setzen sollte: Wir müssen irgendwann einmal dazu kommen, als vereinigte weiße Menschenwelt mit der farbigen Welt *zusammen* zu arbeiten, statt uns so verrückt auseinanderzuleben wie das gegenwärtig nicht zuletzt deshalb geschieht, weil sich die Weißen in Schwarz-Afrika gegenseitig um jeden Respekt gebracht haben. Zu allererst müssen wir wieder zu unserer Kraft und zu unserem Selbstverständnis zurückfinden. Das ist es, was Europa vom heutigen Südafrika lernen kann und lernen muß."

Wahrscheinlich hat der Senator recht – wenn überhaupt, dann kann das Problem Afrika nur aus dem Geist und mit dem Willen gelöst werden, der sich hier durchgesetzt hat.

*

Am 6. September 1939 war es den Engländern noch gelungen, im Kapstädter Parlament die knappe Mehrheit von 80 gegen 67 Stimmen für die Kriegserklärung an Deutschland durchzusetzen. Seit dem Mai 1948 hat sich das Blatt gewendet: die burisch-nationale Opposition, damals unter der Führung von

---

die sich bereits mit Südafrika verständigt haben – warnte in einer Rede: „Südafrika und Rhodesien haben die besten Armeen von ganz Afrika und ihre Luftwaffe wäre in der Lage, innerhalb von 48 Stunden Lusaka, Dar es Salam und den ganzen Rest in Schutt und Asche zu zu legen" (Times, London 20. 12. 1968).

Daniel F. Malan* errang die absolute Mehrheit und seit Malans Regierungsantritt am 4. Juni 1948 datiert ein neuer Abschnitt der Geschichte Südafrika nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch. Ohne Rücksicht auf weltweite Kritik wurde die Politik der „Apartheid", der „getrennten Entwicklung" der verschiedenen in Südafrika lebenden Rassegruppen entworfen.

Daß sich es dabei nicht einfach um Zurücksetzung und Unterdrückung der im Laufe der Jahrhunderte zugewanderten Andersfarbigen durch die weißen Erstsiedler und ihre Nachkommen handelt – dafür immer neue Beweise zu liefern, wird die heutige südafrikanische Führung nicht müde. Die Malan, Strijdom, Verwoerd, Vorster und ihre Freunde kamen und kommen fast ausnahmslos aus strenggläubigen christlichen Familien, denen das „Missionarische" Tradition war und geblieben ist. Unleugbar ist schon heute, daß bisher noch in keinem anderen Vielvölker-Staat – die USA nicht ausgenommen – *mehr* für die „Farbigen" getan, sorgfältiger auf ihr Wohlergehen geachtet wurde als in der heutigen Republik Südafrika. (Sie ist es seit dem 31. Mai 1961; damals hat London die Südafrikaner auch aus dem bereits von farbigen Schein-Staaten majorisierten Commonwealth hinausgedrängt.)

Ein besonderer Stolz der Südafrikaner sind die Sonder-Universitäten, die sie als Krönung eines großzügig ausgebauten Schulwesens für die nichtweißen Bevölkerungsgruppen eingerichtet haben.

Man lädt mich zu einem Besuch in das Western-Cape-College ein, das in Belleville, etwa 20 Autominuten außerhalb Kapstadts in einem großen Gelände vor wenigen Jahren erbaut wurde und auf den ersten Blick an die in fast gleichem Stil errichtete Fu-Yen-

* Als Oppositionsführer hatte es Dr. Malan gewagt, im Kapstädter Parlament bereits im Februar 1945 die Jalta-Konferenz als einen „Betrug an der Atlantik-Charta" zu kritisieren und daran zu erinnern, daß Deutschland ein Bollwerk gegen den Bolschewismus sei. Diese Bemerkungen haben dem damaligen südafrikanischen Ministerpräsidenten General Smuts sehr empört und er hat Dr. Malan belehrt, er möge es unterlassen „einen der großen Augenblicke der Geschichte" zu „engstirniger politischer Propaganda zu mißbrauchen". (Zitate nach Helmut Sündermann: Deutsche Notizen 1945/1965, Leoni am Starnberger See 1966, Seite 274.)

Universität in Taipei erinnert, sie freilich an Umfang übertrifft. Vorlesungsgebäude und Wohnheime für 500 Studenten und Studentinnen, außerdem ein großer Bibliotheksbau sind bereits errichtet, weiterer Ausbau wird in Plänen gezeigt. Der „Campus", durch den wir fahren, zeigt bereits lebhaftes akademisches Treiben: Studenten eilen zu den Vorlesungen, andere haben sich mit ihren Büchern auf dem weiten Rasenflächen niedergelassen, am Schwimmbecken mit Cafeteria treffen sich die Pärchen.

Rektor Meiring, nach dessen Ideen diese Universität in den letzten zehn Jahren ausgebaut wurde und weiter ausgebaut wird, hat einst in Leipzig studiert, er spricht ein sorgfältiges Deutsch und erweist sich als nachdenklicher Mann, der ein bedeutendes Anliegen vertritt.

Für ihn sind die Rassendifferenzen vor allem in Unterschieden der „Mentalität" ausgeprägt und: „Die Intelligenz ist nur ein *Teil* der Mentalität". Weil man das weder in Europa noch in Amerika beachte, seien die Bemühungen, Farbige an den dortigen Universitäten auszubilden, so enttäuschend verlaufen – „enttäuschend für beide Seiten". Es komme darauf an, „den nichtweißen Völkern eine Intelligenz heranzubilden, die diesen Völkern dienen kann und will". Farbige Studenten, die man z.B. in Europa ausbildet, zögern in aller Regel wieder nach Hause zurückzukehren und dort tätig zu sein, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Abgesehen davon haben sie – nicht nur sprachliche – Schwierigkeiten, einer Ausbildung zu folgen, die unvermeidlich auf eine *andere* Mentalität ausgerichtet ist.

In Südafrika habe man dieses Problem realistisch aufgefaßt und deshalb seien auch *drei* Farbigen-Universitäten mit unterschiedlichen Unterrichtsmethoden entstanden: Eine für die Bantus in Transvaal, eine für die beträchtliche indische Minderheit an der Ostküste in Durban und diese hier für die „Kap-Mischlinge".

Mit den bisherigen Erfolgen ist der Rektor zufrieden. Seine Studenten sind „geistig regsamer als die Bantus; sie können dazu gebracht werden, ein Problem zu suchen, um es zu lösen".

Man müsse in einer solchen Hochschule natürlich experimentieren, das Mögliche sorgfältig erkunden, die Hindernisse nüchtern erkennen, und sie zu überwinden suchen.

„Unsere Hauptbemühungen richten wir darauf, unsere Studenten dazu zu bringen, eine Aufgabe mit Ernst und Vorausschau zu Ende zu führen."

In diesem Punkte zeige sich bei den Mischlingen freilich eine ernste Hürde: „Es fehlt das was die Franzosen ‚elan vital' nennen, die Zielbewußtheit." Wahrscheinlich sei hier überhaupt die entscheidende Überlegenheit des Weißen in der „modernen" das heißt technisierten und geplanten Welt zu erkennen: „Man muß sie zunächst von der weißen Konkurrenz befreien, in der sie unvermeidlich zurückfallen. Nur dann können sie sich in ihrer Art entfalten und Überzeugendes leisten. Nur das ist Realismus."

Realismus ist freilich auch, daß es sich sogar hier als schwierig erweist, farbige Akademiker für die Bereiche zu gewinnen, in denen sie am dringendsten benötigt werden: „Wir bilden bereits brauchbare Apotheker aus, unsere Ärzte werden besser sein als Bantu-Mediziner, ob sie freilich wirklich gut werden, wage ich nicht zu prophezeien. Ob es uns gelingen wird, Ingenieure akademischen Standards durch die Examina zu bringen – diese Frage muß ich unbeantwortet lassen."

*

Für den Abend bin ich nach Stellenbosch eingeladen. Dorthin verkehren schnelle Vorortzüge, und bei dieser Gelegenheit ist endlich die viel erörterte „Apartheid" in der Praxis zu erleben. Sonst läuft in Kapstadt ebenso alles durcheinander wie in Bogotá oder in Lima. Der Zug aber ist zweigeteilt, für weiße und für farbige Reisende. Die Trennung beginnt bereits vor dem Bahnhof: Die farbigen Reisenden streben einem ganz anderen Eingang zu und gelangen von dort direkt zu den ihnen reservierten vorderen Wagen. In diesen hat ein Weißer ebensowenig zu suchen, wie ein Bantu oder Mischling in den Abteilen für die „Blankies". Diese Einteilung vollzieht sich offenkundig ganz spannungslos – anders als etwa in Nordamerika, wo sich in Bahn und Bus weiß und schwarz gegenseitig mißtrauisch anglotzen. Hier weiß sich jeder an seinem Platz ungestört.

Am Bahnhof in Stellenbosch werde ich erwartet und zunächst in der Dämmerstunde mit einem erstaunlichen Städtchen vertraut gemacht: hinter wuchtigen Eichen-Alleen ganze Straßenzüge blitzweißer holländischer Giebelhäuser, alte Kirchen, große grüne Plätze – ein Europa des 18. Jahrhunderts hat sich hier erhalten. Der bescheidene Gebirgszug der Tafelberge hat genügt um diese Landschaft von der Kapstädter Bucht abzusondern und im Umkreis einer altburischen Universität diese Idylle zu konservieren.

Im Villenviertel oben auf den Höhen bin ich zu Gast im Hause eines erfolgreichen deutschen Architekten bei einem Gesprächsabend, zu dem sich neben jungen Leuten auch zwei Professoren eingefunden haben. Die Plaudereien streifen dieses und jenes Thema: daß viele Kap-Mischlinge das System der „Apartheid" zu schätzen wissen, weil sie sich den Bantus überlegen fühlen eine schwarze Herrschaft fürchten; daß auch die in ganz Afrika verhaßten Inder die hiesige Ordnung schätzen, weil sie ihnen Schutz bietet; daß andererseits die Engländer sich mehr und mehr mit dem „neuen" Südafrika abfinden, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Behandlung, die Süd-Rhodesien vom Mutterland erleben mußte; daß das alte Burentum in den letzten Jahrzehnten seine erste *städtische* Generation hervorgebracht und damit an Selbstvertrauen gewonnen hat – und dergleichen skizzenhafte Hinweise mehr.

Meinen Aufzeichnungsblock ziehe ich heraus, als sich das Gespräch zum Bericht eines Professors verdichtet, der – als Enkel und Sohn von Missionaren – seine Kinderjahre ausschließlich unter Bantus verbracht hat, nur schwarze Spielgenossen kannte und mit ihnen wie kaum ein anderer vertraut wurde: die Seele des Bantus ist tief gegründet, er paßt sich nur äußerlich an, weiß seinen Vorteil abzuwägen, übernimmt Fremdartiges aber nur oberflächlich. In den Missions-Schulen gab er sich christlich, weil ihm einleuchtete, daß es nützlich ist, Lesen und Schreiben zu lernen. Die „Sünde" aber wurde ihm nie ein Begriff: „Philosophisch denken war nie die Sache der Bantus und wird es nie werden. ... Das Meiste was wir Weißen können, werden sie nie und nimmer lernen. Aber sie können auch manches, was wir

nicht fertigbringen, beispielsweise: immer das gleiche tun. Man kann einen 18jährigen Bantu zu einer Fabrikarbeit anlernen, und er wird das wenn auch nicht immer sorgfältig, aber doch ohne zu klagen, weitermachen bis er als alter Mann umfällt. ... Die Bantus haben ein starkes Anpassungsvermögen, aber trotzdem ist es erstaunlich, wie sehr sich ihr Stammesgefühl sogar in den städtischen Siedlungen erhält. Auch hier heiraten sie innerhalb ihres Stammes, es gilt als widernatürlich, wenn sie sich darüber hinwegsetzen. ... Die ‚Lobola', der Kaufpreis für die Frau, hat die praktische Wirkung, daß die Eltern bei der Eheschließung mitbestimmen". Auch das fördert die Stammeserhaltung sogar unter den Einflüssen der Industrietätigkeit, zu der die schwarze Arbeitskraft in Südafrika unvergleichlich stärker herangezogen wird als irgendwo sonst in der Welt. „Zwei Drittel der südafrikanischen Bantus leben zwar nicht mehr in ihren Stammesgebieten, aber sie fühlen sich doch noch geistig gebunden. Ein Bantu, der diese Bindung verliert, wird Anarchist." Das ist wohl die tiefere Frage, die nicht nur in Südafrika beantwortet werden muß: Läßt sich eine weiß-schwarze Zusammenarbeit so organisieren, daß die Schwarzen *nicht* „Anarchisten" werden?

Hier ist man überzeugt, daß das möglich ist. Südafrika ist ein Land der „guten Hoffnung" geblieben.

Deutsch-Südwest: Siedlung in der Wüste

„Was nützen Deutschland die paar Sandhügel in Angra Pequena (heute: Lüderitz-Bucht), was nützen ihm die wasserlosen Wüsten zwischen Angra Pequena und dem Inneren, wenn Beschuana-Land (heute: Botswana) die englische Schranke zwischen Deutschland und Transvaal ist."

So urteilte Cecil Rhodes am 13. Juli 1885 im Kapstädter Parlament* über die ein Jahr vorher – am 7. August 1884 – erfolgte deutsche Flaggenhissung in dem Gebiet, das dann drei Jahrzehnte lang das „Schutzgebiet Deutsch-Südwest-Afrika" war und seit

* Zitat nach Hintrager, a.a.O. Seite 304.

1920 als „Völkerbundsmandat" unter südafrikanischer Verwaltung steht.

Cecil Rhodes hatte nicht unrecht: Als der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz die Begründung einer deutschen Kolonie an der südwestafrikanischen Küste betrieb, dachte er ernstlich an die Erschließung eines großen deutschen Auswanderungslandes, das Anschluß an die Buren-Republiken suchen und finden sollte.

Nicht nur die Engländer traten solchen Plänen in den Weg, auch in Berlin mußte sich Lüderitz jahrelang bemühen, die Anerkennung des Reiches für seine Landerwerbungen in „Angra Pequena" zu erhalten – einer Bucht, die nicht viel mehr aufwies als die „Sandhügel", von denen Rhodes sprach, und einen Gedenkstein von Bartolomeo Diaz, den dieser bei seiner ersten Entdeckungsreise hier zurückgelassen hatte. Im Vergleich zum fruchtbaren und verkehrswichtigen Kapland blieb Südwest-Afrika Jahrhunderte hindurch sich selbst überlassen, weil fast sein ganzes Küstengebiet Sandwüste ist. Auch in den höher gelegenen Landesteilen sah es nicht viel besser aus: dürftiger Pflanzenwuchs, der nur nach seltenen Regenfällen grünte, primitive, in blutige Fehden verwickelte Eingeborenenstämme, die an kümmerlichen Wasserlöchern Viehherden hielten. Niemals in geschichtlicher Zeit gab es hier staatliche oder kulturelle Ansätze. Noch Mitte des 19. Jahrhunderts hat Francis Galton, der bekannte englische Naturwissenschaftler, eine Erkundungs-Expedition durch dieses Land unternommen und keine anderen Eindrücke gewonnen als die tristen, die die Kapstädter Machthaber veranlaßten, der deutschen Niederlassung mit mitleidiger Interesselosigkeit zuzusehen.

Was aus Lüderitz' Plänen wurde, war auch für die Deutschen zunächst enttäuschend genug. Fast zwei Jahrzehnte vergingen in mühseliger Auseinandersetzung mit den Eingeborenenstämmen und bescheidensten Anfängen einer überaus schwierigen Farmwirtschaft. Im Jahre 1890 ließ der deutsche Hauptmann Kurt von François das Fort Windhoek errichten – seine ganze Streitmacht bestand aus 35 deutschen Soldaten. Zwei Jahre später kamen die ersten 25 Siedler aus der Heimat und begannen unter dem Schutz der Veste bei Klein-Windhoek ein hartes Pionier-Dasein. Man lud damals auch Buren aus der Kap-Provinz ein: sie besahen sich

die Gegend, fanden sie zu unwirtlich und kamen nicht wieder. Dennoch wurden um die Jahrhundertwende bereits etwa tausend deutsche Siedler gezählt, die über 44500 Rinder verfügten – die einzige Einnahmequelle in dem immer wieder von Trockenperioden heimgesuchten Land. Im Jahre 1902 wurde der Hafen Swakopmund durch Molenbau künstlich geschaffen, eine Eisenbahn nach Windhoek in Betrieb genommen – ein Unternehmen, zu dem sogar Bauholz und Lebensmittel eingeführt werden mußten.

Es folgten Aufstände der Herero und der Hottentotten und eine jahrelange Wüstenkriegführung; nicht zuletzt durch diese bitteren Kämpfe wurde Südwest den Deutschen im Reich ein Begriff! Viele „Schutztruppler“ machten Gebrauch von der Möglichkeit, nach den Kämpfen im Lande zu bleiben. Damit begann hier die „neue Zeit“. Nun wurde geradezu leidenschaftlich „gesiedelt“: die weiße Einwohnerzahl stieg von 8200 zu Beginn des Jahres 1907 auf 14000 Ende des Jahres 1909 – davon waren 10200 Deutsche. Die Zahl der registrierten Farmen verdoppelte sich von 640 auf etwa 1400*.

Die deutschen Steuerzahler zu Hause trugen Beträchtliches zum Ausbau der südwester Eisenbahnen und Straßen bei. Noch heute hat Südwest-Afrika im Verhältnis zur Bevölkerungszahl das stärkst entwickelte Verkehrsnetz aller afrikanischen Länder.

Zwei weitere Geschehnisse jener Zeit wurden für die Entwicklung des Landes von bleibender Bedeutung:

Im Jahre 1907 waren auf Veranlassung des deutschen Gouverneurs die ersten zehn Karakul-Schafe eingeführt worden – dadurch gewann der besonders trockene Bereich südlich von Windhoek ein Zuchttier, das sich hier erfolgreich vermehren ließ. Schon 1913 gab es dort 21000 Karakul-Schafe, heute sind es über 3 Millionen. Und im Jahre 1908 entdeckte ein deutscher Bahnmeister in der Namib-Wüste bei Lüderitz-Bucht die ersten Diamanten; innerhalb von sechs Jahren bis 1914 wurden dann von den durch die Kolonialverwaltung überwachten deutschen Diamanten-Gesellschaften bereits über 5 Millionen Karat Diamanten geschürft.

* Zahlenangaben nach John A. Wellington: South West Africa and its human issues, Oxford 1967, Seite 218.

Deutsch-Südwest-Afrika war ausgerechnet in seiner Wüste über Nacht ein „reiches Land“ geworden.

Nicht zuletzt diese Tatsache trug dann dazu bei, daß Südwest-Afrika nicht „deutsch“ bleiben durfte.

Windhoeker Notizen

Das Flugzeug vermittelt meist nicht die aufschlußreichsten Eindrücke von einem Land – aber der Flug von Kapstadt nach Windhoek* darf als Ausnahme von dieser Regel gelten.

Schon im Anflug auf Alexander-Bay an der Oranje-Mündung ist mit einem Blick zu erkennen, weshalb hier vor hundert Jahren politisch das Niemandsland begann, und man im britischen Kapstadt hier nur Kosten und keinen Nutzen erwartete.

Während wir über die im vormittäglichen Sonnenlicht hellgrün heraufblitzende See zum Flugplatz herunterschweben, zeigt sich das braune Bett des Grenzflusses zwischen der Republik und dem „Mandat“ unter uns fast wasserlos, dahinter bis in die sonnenflimmernde Ferne nichts als Sand. Nur einige Flächen sind abgezirkelt mit dünnem Gras bewachsen – hier wird regelmäßig bewässert.

Ein Teil der Passagiere verläßt uns; vor dem kleinen Flughafen-Gebäude wartet ein Omnibus der jetzt englischen „Consolidated Diamond Mines of South West Africa“; sie haben hier ihr sorgfältig bewachtes Produktionsgebiet.

Nach einer halben Stunde werden wir durch Glockenanschlag wieder zur Maschine gerufen und starten nun zu einem anderthalbstündigen Flug über die Gegend, die als Mondlandschaft gelten müßte, würde nicht im braunsandigen Wüstenland immer

---

* Wenn ich „Windhoek“ schreibe, obwohl die Stadt in den letzten Jahren der deutschen Verwaltung „Windhuk“ hieß, so nicht aus Anpassungsbereitschaft – die südwester Deutschen haben sich ohne Widerspruch in die Wiedereinführung der bis 1908 geltenden alten Schreibweise gefügt; es handelt sich um eine aus dem Kapland stammende Namensgebung.

wieder die Spur des Menschen zu erkennen sein. Schnurgerade Straßen, Farmhäuser in leichtgrünen Flächen, angestaute Wasserbecken an Dämmen, die mit dem Lineal gezogen scheinen, den fast ausgetrockneten Flußläufen entlang Gebüsch und Baumgruppen. Je weiter wir in der glasklaren Helle nach Norden fliegen, um so bewegter wird die Szene; die weiten Distanzen von Farm zu Farm zeigen freilich immer noch an, wie viel schwieriger als anderswo hier gewirtschaftet werden muß.

Der Anflug auf Windhoek wird angesagt und schon zeigen sich am Horizont die Außenbezirke der Stadt, im fernen Hintergrund blaue Berge. Dann schiebt sich im Hinunterschweben eine Hügelkette vor die Sicht. Weit außerhalb der Stadt ist der Strijdom-Flugplatz großflächig für den internationalen Verkehr ausgelegt.

*

Schon an der Ankunftstür im modernen Flughafengebäude wartet ein Bekannter. Er hat für den Weiterflug der Maschine nach Pretoria gebucht – vorher können wir noch eine Stunde zusammen sein.

Kurt Dahlmann war im Zweiten Weltkrieg junger Luftwaffen-Offizier und Ritterkreuz-Träger, seit 1958 lebt er in Südafrika, nun ist er bereits seit vielen Jahren Hauptschriftleiter der deutschsprachigen „Allgemeinen Zeitung“ in Windhoek. Nicht nur publizistisch, sondern auch politisch hat er sich einen Namen gemacht, er ist vor dem Haager Gerichtshof* als Zeuge aufge-

* Von 1960 bis 1966 war beim Internationalen Gerichtshof in Den Haag ein Rechtsstreit anhängig. Die Regierungen von Äthiopien und Liberia (beides Länder, in denen eine Völkerbundskommission noch Anfang der 30er Jahre Sklaverei in Praxis festgestellt hat) beschuldigten die Republik Südafrika, ihre Pflichten als Mandatsmacht in Südwest-Afrika zu vernachlässigen und insbesondere nicht genügend Maßnahmen für die soziale Entwicklung der Eingeborenen zu treffen. Angesichts einer überzeugenden südafrikanischen Beweisführung entzog sich der Gerichtshof der Sachentscheidung durch den formaljuristischen Schiedsspruch vom 18. Juli 1966, wonach nur der einstige Völkerbund klageberechtigt gewesen wäre. Berichte über dieses Verfahren bei Hans Jenny: Südwest-Afrika, Stuttgart 1966 (Seite 244 ff.) und in der amtlichen Publikation South West Africa Survey, Pretoria 1967, Seiten 33 ff. (Dort auch Zeugenaussage Dahlmann – Seiten 177 f.)



Windhoek: Das François-Denkmal

treten, hat durch eine Spendensammlung die Mittel für das im Jahre 1965 in Windhoek errichtete Denkmal des Stadtgründers und ersten deutschen Gouverneurs Kurt von François zusammengetrommelt und wird immer wieder zum Sprecher neuer Projekte für die fortschrittliche Entwicklung Südwest-Afrikas.

Mit den Verhältnissen in den verschiedenen Eingeborenen-Gruppen hat sich Dahlmann besonders vertraut gemacht; er erinnert daran, daß schon der erste langjährige deutsche Gouverneur Major Leutwein die heutige „Apartheid"-Politik Süd-Afrikas insofern vorausgedacht hat, als er die Erhaltung der Stammesgebiete und des Stammesgefüges der – auch in Südwest sehr unterschiedlichen – einheimischen Völkergruppen als eine vordringliche Aufgabe der Kolonialverwaltung erkannte. In Südwest gab es nie ein „direct rule" wie in britisch-afrikanischen Kolonien, nie ein unmittelbares Hineinregieren der Behörden in die Stammesangelegenheiten. Das ist einer der Gründe, weshalb die nun schon seit zwei Jahrzehnten vom Ausland her in Gang befindliche und in den „Vereinten Nationen" mit immer neuen „Beschlüssen" resultierende Hetze gegen Südwest-Afrika hier kein größeres Echo findet, jedenfalls nicht bei denen, auf die es hier ankommt: beim Bantu-Volk der Ovambos. Sie sind mit ihren fast 300000 in mehrere Stämme gegliederten Angehörigen das größte schwarze Volk in Südwest. Ihr Siedlungsbereich im Norden des Landes lag schon zur deutschen Zeit jenseits der sogenannten „Polizeigrenze"; nur „Vertragsarbeiter" kommen auf Zeit von dort ins Land. Gleichzeitig besteht freilich das Problem, auch diesem Ovambo-Land die Hilfe zuteil werden zu lassen, die es benötigt, um seine

---

Trotz der Haager Entscheidung, die zumindest die Völkerrechts-Situation zugunsten Südafrikas klärte, beschloß die Vollversammlung der „Vereinten Nationen" am 19. Mai 1967 mit 85 gegen 2 Stimmen, eine „Kommission" zu bilden, die die „Regierungsgewalt in Südwest-Afrika" übernehmen solle. Die USA, Großbritannien, die Sowjet-Union und Frankreich, sowie 26 weitere Staaten enthielten sich der Stimme. Der Vertreter der britischen Regierung erklärte deren Haltung dahin, daß die Vereinten Nationen keine „falschen Hoffnungen" erwecken sollten (The Times, London 20. Mai 1967). Die Republik Südafrika beabsichtigt nicht, den „Vereinten Nationen" irgendwelche Rechte in Südwest-Afrika einzuräumen.

„drei großen Probleme“ zu lösen: „Kampf gegen Hunger, Kampf um das Wasser, Kampf gegen Krankheit und Ignoranz“.

Wie sehr dabei weiße Hilfe immer wieder nötig ist, hat sich bereits mehrfach gezeigt. Als beispielsweise 1915 infolge der Kriegsbesetzung die deutsche Verwaltung in Südwest-Afrika zusammenbrach, war die Folge eine Hungersnot im Ovambo-Land, die vielen Tausenden das Leben kostete. Auch jetzt gibt es dort noch gelegentliche Katastrophen – das Problem wird wieder akut werden, wenn „Ovambo-Land“ eine ähnliche Selbständigkeit erhalten wird, wie der südafrikanische „Transkei“. Dahlmann ist optimistisch, er glaubt, daß auch hier das Experiment gelingen wird. Skeptischer ist er gegenüber den anders gearteten Hereros, die auch heute noch und immer wieder ein ernstes Problem Südwests darstellen. Die Hereros bilden zwar zahlenmäßig mit nur sechs Prozent der Bevölkerung von Südwest eine kleine Minderheit, aber sie sind es, die als einstiges kriegerisches Herrenvolk in diesem Gebiet sich nie mit der Anwesenheit des weißen Mannes abgefunden haben. Nur mit den Hereros, genauer gesagt: ihren Häuptlingen, müssen politische Kämpfe ausgefochten werden, nur sie agitieren vor den „Vereinten Nationen“.

Als welterfahrener Mann weiß Dahlmann diese Störungen zu bewerten: „Leider wird das Verhalten der USA uns gegenüber von den Bedürfnissen der dortigen Innenpolitik, von ihrer Negerfrage bestimmt, die dort völlig anders gelagert ist als hier. Bei uns ist man auf dem richtigen Wege, man muß ihn uns nur gehen lassen. Hier wird nachgedacht und so geplant und gehandelt, wie es den wirklichen Verhältnissen entspricht. Südwest ist durch großzügige Entwicklungsvorhaben dabei, geradezu ein Schaufenster zu werden, das sich manche andere ansehen sollten: ein Musterland einerseits für das Zusammenwirken der Weißen untereinander, andererseits für die moderne Entwicklung schwarzen Volkstums“.

Bei seinen optimistischen Worten denkt Dahlmann sowohl an die deutsch-burische Verständigung, die im Laufe der Jahrzehnte hier stattgefunden hat, als an die Entwicklung des Ovambo-Landes, wo am Kunene, dem Grenzfluß zu Angola ein Großausbau der Wasserkräfte im Gange ist.

Auch er weiß freilich nicht, wie es mit den Hereros weitergehen soll, wenn ihnen aus aller Welt immer wieder Ansprüche eingeredet werden, die nur erfüllbar wären, wenn ein Jahrhundert weißer Entwicklungsleistung ausgelöscht und Südwest wieder zur Wüste werden sollte.

*

Längst bin ich auf den Eindruck vorbereitet, daß Windhoek seinen „deutschen Charakter bewahrt" habe, daß man sich hier trotz der „ganz anderen Luft" und der tropischen Hitze „wie zuhause" fühle. Das bestätigt sich schon beim ersten Gang durch die Stadt. Da sind zunächst die deutschen Straßennamen: die Körner-, die Leutwein-, die Bahnhof-, die Moltke-Straße; dann kommt schon der „Thüringer Hof" und mit ihm beginnt die „Kaiser-Straße", die Hauptgeschäftsstraße Windhoeks. An kaiserliche Zeiten erinnern auch die stattlichen Herero-Frauen. Wie die weißen Strohhüte der Indianerinnen Cuzcos ein offenbar unvergängliches Erbstück der Spanier sind, so kleiden sich die Herero-Damen bei ihren Besuchen in der Stadt in die langen wallenden Röcke unserer Urgroßmütter! Das moderne Postamt – außer mit afrikanischer und englischer auch mit deutscher Aufschrift bezeichnet – liegt an der Ecke Kaiser-Göring-Straße, diese so genannt nach dem ersten deutschen Reichskommissar, dem Vater des späteren Reichsmarschalls.

Von dort durch die Lüderitz-Straße vorbei an der im unverkennbar neugotischen Stil der Jahrhundertwende erbauten Christus-Kirche zum „Reiter von Südwest", der unterhalb der „alten Veste" in die Stadt hinab blickt. Eine eherne Tafel berichtet:

„Zum ehrenden Gedenken an die tapferen deutschen Krieger, welche für Kaiser und Reich zur Errettung und Erhaltung dieses Landes während des Herero- und Hottentotten-Aufstandes 1903–1907 ihr Leben ließen. Zum ehrenden Angedenken auch an die deutschen Bürger, welche den Eingeborenen im Aufstand zum Opfer fielen."

Dieser „Reiter von Südwest" wurde noch vor dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1912 enthüllt; ein zweites deutsches Wahrzeichen dieser Stadt aber stammt aus neuester Zeit: vor dem neuen

modernen Rathaus Windhoeks an der Ecke Kaiser-von François-Straße hat man 1965, im 75. Jahr ihres Bestehens, das Standbild des Begründers der Stadt errichtet. Kurt von François – ein deutscher Major in Uniform mit der Kriegsauszeichnung des Eisernen Kreuzes und dem Südwester-Hut der alten Schutztruppe in aufrechter Haltung vor einem Gebäude, das im Stadtplan als „Municipality“ bezeichnet ist!

Die Deutschen sind in Südwest zur Minderheit geworden. Zwar wurden sie 1919 nicht – wie in anderen Kolonien – unterschiedslos vertrieben (immerhin gab es einige tausend Ausweisungen aus fadenscheinigen Gründen), aber die starke burische Einwanderung in den 20er Jahren hat die Verhältnisse sehr verändert. Deutsche Einwanderer blieben jedoch erwünscht und so leben heute mit 25000 etwa anderthalbmal soviel Deutsche in Südwest als im Jahre 1914.

*

Schon vor dem Ersten Weltkrieg ist einem Witzbold in den Sinn gekommen, das machtvolle und doch behäbige Bürogebäude der Gouvernements-Verwaltung, das oberhalb der Christus-Kirche und dem „Reiter von Südwest“ Windhoek überragt, einen „Tinten-Palast“ zu nennen.

Das ironische Scherzwort hat alle Zeitgeschicke überdauert, der „Tinten-Palast“ ist Südwests Regierungs-Symbol geblieben. Natürlich reicht der Bau nicht mehr aus, und so wurde ein vielstöckiges Nebengebäude errichtet. Ein Verbindungsgang führt hinüber und bietet gleichzeitig einen Ausblick, wie ihn sonst wohl keine Staatskanzlei vorweisen kann: direkt am Hang hinter den Regierungsbauten hat man ein Wildreservat eingerichtet, und so genießen Giraffen und Zebras ziemlich nahen Einblick in den Geschäftsbetrieb der südwester „Administration“.

Mein Besuch gilt der Abteilung, die man in diesem Lande nahezu als die wichtigste betrachten muß: dem Wasserbau-Departement. Es wurde bereits in deutscher Zeit eingerichtet, arbeitet heute noch an der Verwirklichung von Plänen, die schon damals entworfen wurden – und steht wieder unter deutscher Leitung!

Die Stunde bei H. W. Stengel, dem aus Thüringen stammenden stellvertretenden Abteilungsleiter, ist geradezu spannend:

Daß „die Wasserfrage“ die Lebensfrage Südwests war, ist und bleibt – darüber ist sich jeder klar, der auch nur einen Blick auf dieses Land geworfen hat. Und daß es nur durch die seit den acht Jahrzehnten europäischer Siedlung geschlagenen etwa 24000 Bohrlöcher dauerhaft bewohnbar und dadurch ein „weißes“ Land geworden ist: das könnte nur ein Blinder bestreiten. Das Thema ist freilich noch ernst geblieben: der Grundwasser-Vorrat ist mit der beträchtlichen Inanspruchnahme gefährdet worden und muß nun „bewirtschaftet“ werden. Wasser-*Vorrat*bildung ist das Gebot für heute und morgen geworden. Dazu sind vor allem Damm-Bauten nötig – kein Tropfen Wasser darf in Zukunft ungenutzt ins Meer ablaufen. Viel ist schon geschehen: so ist der bereits um die Jahrhundertwende geplante Hardap-Damm Anfang der 60er Jahre fertiggestellt worden; 800 Meter lang staut er einen See mit 250 Millionen Kubikmetern Wassern an. Noch weiter im trockenen Süden ist der Naute-Damm in ähnlicher Größenordnung im Bau, bei Okahandja ist ein Swakop-Damm geplant. Nicht minder wichtig ist die Erfassung und Nutzung der im regenreichen Norden anfallenden Wassermengen. Auch hier sind mit Regierungsmitteln bereits Dämme gebaut worden und haben den Ovambos großen Nutzen gebracht. Noch weitere Perspektiven tun sich auf: von hier aus ließe sich der tropische Wasserüberfluß durch Röhrensysteme in den Süden leiten und damit neuer Siedlungsraum erschließen. Auch von der Küste her könnte sich eine neue Zukunft Südwests eröffnen, falls die schon von Lüderitz angestrebte Meerwasser-Entsalzung technisch-wirtschaftlich gelöst wird und eine Bewässerung der Wüste ermöglicht werden würde.

Hier ist wieder einmal faustisches Denken am Werk ...

*

Die fast autobahnbreite Straße in den Norden ist zwar belebt, aber schnell zu fahren. Schon nach einer Stunde ist Okahandja erreicht, ein historischer Ort in der Geschichte Südwests. Dort gab es bereits vor der kaiserlichen Schutzherrschaft eine deutsche Mission; hier fanden vor der Gründung Windhoeks Verhandlungen des Reichskommissars Göring mit Herero-Häuptlingen

statt. Und an diesem Platz entstand noch Ende des 19. Jahrhunderts das „Augustineum“, eine Missions-Schule zur Ausbildung einheimischer Lehrkräfte. Seit zwei Jahrzehnten ist nun eine Regierungsschule zur Eingeborenen-Bildung daraus geworden.

Zahlreiche niedrige Gebäude sind auf ein weites baumbestandenes Gelände verteilt. Nach einer kurzen Begrüßung durch den afrikansen Direktor übernimmt es ein deutscher Fachlehrer, mich umherzuführen und zu informieren. Man hat jetzt über 500 Schüler und Schülerinnen, die hier kostenlos ausgebildet werden – einige davon in einer Oberschul-Abteilung, die mit der „Matrik“ endet, also zur Universität führt. Etwa 20 Studenten werden jährlich als ausgebildete Lehrer von hier entlassen. Andere Klassen sind auf handwerkliche Leistungen ausgerichtet, so eine Schneider-Klasse, eine Maurer- und eine Tischler-Klasse.

Die bisher 27 Lehrkräfte (davon 21 Weiße, 6 Nichteuropäer) – mit der vorgesehenen Verlegung in neue große Gebäude bei Windhoek wird die Schule noch erweitert werden – widmen sich mit offenkundiger Leidenschaft ihrer nicht leichten Aufgabe: „Es müssen ganz andere als die uns gewohnten Unterrichts-Methoden angewandt werden, wenn man zum Erfolg kommen will“. Schon in den Handwerks-Klassen sind ernste Schwierigkeiten zu meistern: „Sie sind anstellig und praktisch begabt, aber man braucht sehr viel Geduld, um ihnen abstrakte Probleme verständlich zu machen oder auch nur soviel Rechnen beizubringen, wie es nun einmal auch für einen Schneider oder eine Schneiderin unerläßlich ist. ... Sie werden brauchbare Arbeiter, aber leider nicht zuverlässige. Man kann erreichen, daß einer hundertmal einen Knopf so annäht wie er sein muß; aber dann kann es beim hunderteinstenmal passieren, daß alles vergessen ist und der Knopf mitten im Hemd sitzt.“ In der Tischlerklasse wirkt untergründig ein „Drang zum Runden“ – es scheint sich um eine angeborene Neigung zu handeln; auch ihre Hütten und Zäune bauen die Schwarzen in der Runde, alles Rechteckige widerstrebt ihnen. Schon deshalb ist in der Tischlerwerkstatt „ständige Aufsicht unerläßlich“.

Es sind ganz schlichte Feststellungen, die diese Lehrer aufgrund jahrelanger Mühen treffen: dennoch führen sie zum Kern weltweiter Irrtümer. Schon die Leistung an der Hobelbank wird von

der „Mentalität“ bestimmt! Das sind Erkenntnisse, die sich hier nur in neuer Form bestätigen – in Rourkela oder in Bogotá geht es um die gleiche Grundwahrheit. Sie zur Kenntnis zu nehmen ist der Anfang jeder „Entwicklungshilfe“, die diesen Namen verdient.

Auf dem Gelände des „Augustineums“, das er lange Jahre geleitet hat, verbringt der über 90jährige „Patriarch von Südwest-Afrika“ Dr. h.c. Heinrich Vedder in einem kleinen Haus seinen Lebensabend. Schon Hans Grimm hat von diesem „festen Leben“ berichtet*. Als Missionar war der junge Vedder im Jahre 1903 nach Südwest gekommen, später hat er hier in Okahandja Lehrer ausgebildet; 1919 wurde er ausgewiesen, 1922 kam er wieder und fing erneut an. Seine Lehrtätigkeit verband er mit völkerkundlicher Forschung, nach dem Wendejahr 1948 wurde er als Vertreter der Südwester Deutschen in den Südafrikanischen Senat berufen. Als die Last der Jahre ihm für dieses wichtige Amt zu schwer wurde, legte er es nieder und nun wartet er als frommer Mann auf das Ende eines gesegneten Lebens.

Seine Rede ist langsam und bedächtig, aber sein Geist ist klar und sicher geblieben. Um den Besuch aus der fernen Heimat zu empfangen, erhebt er sich von der Liegestatt seines Arbeitszimmers, eine Wand voll Bücher im Hintergrund.

Unser Gespräch soll kurz sein; das erbat die besorgte Betreuerin des alten Herrn. So frage ich nach einigen Wechselsätzen über den Dichter Hans Grimm, der uns beiden etwas bedeutet hat, nichts anderes als: was aus seinen einstigen Schülern, von denen doch die meisten nun schon ein Leben hinter sich gebracht haben, nach seiner Kenntnis geworden sei, was sie geleistet haben. In freundlicher Resignation die Antwort des Greises: „Es ist nicht viel erreicht worden. Was auch immer wir ihnen gelehrt haben – es ging nicht unter die Haut“. Nachdenklich fügt er hinzu: „Die Eingeborenen hier haben oft helle Köpfe, manchmal hellere als wir, aber sie wissen nichts damit anzufangen. Nur die Oberfläche ihres Bewußtseins wird durch das Lernen berührt; nichts was *wir* ihnen sagen können, geht in die Tiefe.“

*

* Hans Grimm: Das deutsche Südwester-Buch, München 1929, Kapitel „Vedder“, Seite 277ff.

Gastfreundschaft ist groß-, und Entfernungen sind kleingeschrieben in diesem Land. Obwohl wir uns nie begegnet sind, läßt der Hausherr auf Farm Gravenstein mich zum Wochenende einladen. Weitere Gäste kommen von Gobabis – an der Grenze nach Botswana, und aus der Gegend von Outjo – hoch oben an der Polizeigrenze zum Ovambo-Land. Die Gesellschaft trifft sich in Windhoek, allerdings nicht mehr wie einst am „Ausspannplatz": die südwester Farmer sind heute natürlich motorisiert. Auf den breiten und oft meilenweit voraus leeren Überlandstraßen – immer noch „Pad" genannt, obwohl sie meist bereits geteert sind – vergnügen sich sorglose Schnellfahrer.

Auf unserer Fahrt nach Süden erreichen wir schon nach knapp einer Stunde Rehoboth. Dieser Ort lohnt einen Halt, denn auch er hat eine gewisse geschichtliche Bedeutung, wenn auch wissenschaftlicher Art. Rehoboth ist das Reservat und der Wohnplatz der „Rehobother Basters" – einer Mischlingsgruppe, die erst 1870 aus dem Kapland hierher eingewandert ist und deren Geschichte bis in die Einzelheiten erforscht wurde. Im Sommer und Herbst 1908 hat sich ein junger deutscher Gelehrter hier vier Monate lang niedergelassen und etwas bis dahin noch nicht Dagewesenes unternommen: er hat sowohl aus unmittelbaren Beobachtungen wie aus Dokumenten und Befragungen festzustellen versucht, „wie in den aus Buren-Hottentotten-Kreuzungen entstandene Mischlinge die Rassenmerkmale beider Elternrassen sich verhielten".

Das daraus entstandene streng wissenschaftliche Werk hat den Satz bestätigt, daß die Mendelsche Vererbungsregel auch beim Menschen gilt und daß deshalb Kreuzungen von unterschiedlichen Rassen nicht zu eigentlichen „Mischungen", sondern zu immer neu schwankenden Variationen führen*.

Die damaligen Beobachtungen des nachmaligen Professors und Direktors des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Anthropologie Dr. Eugen Fischer zeigen sich in Rehoboth seither weiter bestätigt:

---

* Professor Dr. Eugen Fischer: Die Rehobother Bastards und das Bastardisierungsproblem beim Menschen, Unveränderter Nachdruck der 1913 in Jena erschienenen Ausgabe, Graz 1961.

Schon der Gang durch den Ort zeigt die Differenzen zwischen hell, halbbraun und dunkel, gut Gekleideten und Verwahrlosten, halb verfallenen Hütten hier, festgebauten Häusern dort. Auch das seitherige politische Verhalten der „Basters“ hat dem Bild entsprochen, das Professor Fischer zeichnete: Obwohl sie sich der besonderen Fürsorge der deutschen Schutzherrschaft erfreut hatten und man ihnen in Windhoek vertraute, gingen sie 1915 mit fliegenden Fahnen zur Siegerseite über, später versuchten sie dagegen einen Aufstand und sind deshalb heute unter strikterer Kontrolle als zu deutscher Zeit.

Ihrerseits achten die „Basters“ auf Abstand auch nach der anderen Seite: die in ihrem Dienst stehenden Eingeborenen wohnen in einer eigenen „Werft“ und der Gottesdienst wird Sonntags von 9 bis 10 Uhr für Basters und von 10 bis 11 Uhr für die Hottentotten gehalten.

Wir fahren weiter in Richtung Gravenstein – zuletzt noch eine gute halbe Stunde auf „Sandpad“ durch viele Gittertore – bis dann der Wasserturm und in einer Baumoase das helle Farmerhaus mit Veranden und Schwimmbecken auftaucht.

Trotz der Sonnenglut und der kahlen Hügellandschaft in allem und jedem: ein deutsches Domizil. Der Hausherr braungebrannt und heiter, die Gäste ehrlich willkommen.

Zunächst findet das übliche südwester Farmgespräch statt, die Millimeterfrage: Wo hat es wann wieviel geregnet? Diese Auskünfte sind hier in mancher Hinsicht wichtig. Wo es ausreichend geregnet hat, dort hat sich die Wirtschaft für einige Zeit stabilisiert, wo Dürre herrscht, kann der Zwang zu raschem Viehverkauf und vieles andere Bedenkliche eintreten.

Dann wenden sich die Gespräche den allgemeinen Problemen der hiesigen Landwirtschaft zu: „In einer südwester Landkarte lassen sich alle 7000 Farmen einzeichnen – wegen des Wassermangels *müssen* sie groß sein. Zu deutscher Zeit hat man die erforderliche Farmgröße entsprechend dem Regenfall im Norden auf 5000 Hektar, im trockenen Süden auf 20000 Hektar bemessen. Wir liegen hier mit unseren 10000 Hektar dazwischen. Darauf halten wir 2500 Karakul-Schafe und 400 Rinder. Es kann freilich passieren, daß in dürren Jahren die Rinder bis auf einige Elite-

stücke aufgegeben werden müssen, um auf der dürftigen Weide dann wenigstens die Schafe durchzubringen. Ich habe hier zwar einen Damm gebaut, um Vorratswasser zu haben, aber leider gab es bisher keinen ausreichenden Regen, so daß das Staubecken immer noch auf die erste Füllung wartet. Auch dann wird es noch einige Jahre dauern, bis sich der Boden versetzt und gedichtet hat und die gespeicherte Wassermenge auch nutzbar gemacht werden kann. Aber hier bei uns muß man auf lange Sicht planen. ... Daß Südwest einen beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung nimmt, hat es vor allem der Mineralerschließung zu verdanken – sie bringt die großen Mittel, die erfreulicherweise im Land zum Straßenbau und für die Wasserwirtschaft verwendet werden. Neuerdings hofft man auch Öl zu finden. Die Farmer profitieren von all dem nur indirekt, ihr Risiko ist immer noch sehr groß, aber sie bilden doch nach wie vor einen stabilisierenden Faktor im Lande, sie sind das Rückgrat Südwests geblieben."

Den ganzen Sonntag Vormittag sind wir mit dem Geländewagen unterwegs – kilometerweit fahren wir durch eine Landschaft mit Bergen und Tälern zur Wasserstelle, bei der die Rinder stehen. Gelegentlich beobachten wir auch freies Wild, Zebras, Springböcke, ein Pärchen Oryx-Antilopen, die der Hausherr hier ausgesetzt hat, einen Strauß, der hastig davoneilt. Über allem die glasklare Südwesterluft, wie sie bei uns nur auf den Berggipfeln herrscht.

Nach einem Tag staunender Eindrücke und gemütlicher Nachmittagsruhe ein nachdenklicher Abend in dunkler Veranda – draußen gelegentlich ferne Laute der Tiere, über uns die sternklare Nacht.

Wir sprechen von der Heimat – von der deutschen drüben, die den Freunden manche Rätsel aufgibt, aber auch von dieser hier, die sie sich hier noch so selbst schaffen, wie es einst die deutschen Ritter und Bauern taten bis weit hinein in den europäischen Osten. Es fällt das Stichwort vom „Heimatrecht". Hier in Südwest wird es begriffen: *Kulturland* gestalten – wenn irgend eine Leistung *Rechte* begründen kann, dann doch *diese!*

So meinen wir übereinstimmend, und langsam wird uns deutlich, wie viel damit ausgesagt ist – für Afrika und für Europa.

Wir bleiben dabei: Heimatrecht ist Bodenrecht, Kulturbodenrecht.

Der zweistündige Nachmittagsflug führt zuerst wieder über bräunlich trockenes Farmland mit grünlichem Schimmer, gelegentlich zeugen einige kräftigere Tupfen von verstreuten Wasserstellen rund um die Farmen mit ihren Windrädern; da und dort eine Pad – dann völlige Leere: die Kalahari.

Schwarze Wolken schieben sich vor und es dunkelt bereits, als wir im Nieselregen (was gäbe man in Südwest für diese Himmelsgabe!) auf dem Jan-Smuts-Flugplatz ausrollen. Er liegt zwischen den beiden wichtigsten Städten Südafrikas; aber weil die Entfernung nach Pretoria etwas weiter und Johannesburg wirtschaftlich wichtiger ist, hat man den internationalen Flughafen nach dieser Stadt benannt.

Die zwei Städte sind noch jung: Pretoria wurde 1855, Johannesburg drei Jahrzehnte später gegründet – beide damals in der Burenrepublik. Nur 50 Kilometer voneinander entfernt, sind sie heute durch Bahn und Bus stündlich verbunden.

Man könnte von Zwillingsstädten sprechen, hätten sich nicht in Vergangenheit und Gegenwart scharfe Kontraste ausgeprägt. Hier das holländisch-burische Pretoria, die nationalpolitische Traditionsstadt, dort die internationalisierte Vielvölkerstadt Johannesburg, die von einem deutschen Missionar zwar ihren frommen Namen übernommen, sonst aber nichts Heiligmäßiges bewahrt hat.

Pretorias Mittelpunkt ist der „Kirchplatz“ mit dem behäbigen Ohm-Krüger-Denkmal; breite Alleen, große öffentliche Gärten mit blühender Blumenpracht zeugen von stiller Lebensfreude, die Regierungsgebäude auf den Anhöhen außerhalb der Stadt sind inmitten einer Parklandschaft errichtet. Die Stadt wurde nach dem Präsidenten Pretorius genannt, um der damals neugeschaffenen Einheit der Burenrepubliken einen würdigen Rahmen zu verleihen.

Johannesburg dagegen ist als Abenteurer- und Goldgräberstadt in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts aus einer Ansammlung von Wellblechhütten herausgewachsen. Als 1875 in der Gegend von Johannesburg die ersten abbauwürdigen Goldlager entdeckt

wurden, erschrak man in Pretoria; man ahnte, daß dieser Reichtum die Ruhe stören, daß die Folgen ernst und blutig sein würden. Als im Jahre 1884 am Witwatersrand – dem Höhenzug rund um Johannesburg — endgültig Gold in beträchtlichen Mengen festgestellt worden war, gab es kein Halten mehr. Fast über Nacht wurde das Agrarland der Buren einer massierten Einwanderung von Abenteurern aus allen Herren Länder, nicht zuletzt aus dem britischen Kapland ausgesetzt. Schon um 1890 hatte Johannesburg bereits 50000 Einwohner, heute sind es 1 Million – viermal soviel als in Pretoria.

Um der Goldstadt Johannesburg willen entbrannte einst der Burenkrieg, und heute noch ist sie das Problem der südafrikanischen Republik, freilich auch die Produktionsstätte eines Reichtums, der sich hier so imponierend gesammelt hat wie sonst nirgends in ganz Afrika.

Die anderthalbstündige Busfahrt vom gemütlichen Pretoria hinauf ins höhergelegene pulsierende Johannesburg ist eine Reise wie einst vom schläfrigen Potsdam nach Berlin-Mitte.

In Johannesburg hat das südafrikanische Wirtschaftswunder sein Zentrum; es ist Jahrzehnte hindurch ein Wunder geblieben. Gold, Diamanten, Uran: das sind die Hauptprodukte des um Johannesburg gruppierten Bergwerksgebietes. Mit seinen weißen Halden ist es bereits ebenso eine technische Landschaft geworden wie die Stadt mit ihrer amerikanisierten City.

In ihrem Mittelpunkt baut man jetzt nach Abriß von fünf großen Häuserblocks ein auf 250 Millionen Mark Baukosten projektiertes Büro- und Hotelzentrum, das die New Yorker Vorbilder übertreffen und der „größte Gebäudekomplex der Welt" werden soll. Damit haben die in Pretoria Regierenden freilich wenig zu tun – sie mußten nur die Genehmigung erteilen und einige Straßen-Abschnitte freigeben, die die Riesenbaustellen durchkreuzen. Bauherr ist die „Anglo-American Corporation of South-Africa", an allen Börsen der Welt als „Oppenheimer-Gruppe" bekannt:

„Sie besitzt Goldminen in Transvaal und im Oranje Free State, insgesamt 15, ferner 7 Diamantenminen in der Union und Südwestafrika. Im weiteren gehören ihr wichtige Kupfer-, Kobalt-,

Blei-, Zink-, Vanadium-, Eisen- und Manganerzminen in Süd- und Nordrhodesien und schließlich eine größere Zahl von Kohlengruben bzw. bestehen Beteiligungen an solchen. ... Ähnliche Machtkörper bilden die Corner House, die Gold Fields, die Union Corperation und andere Konzerne. Sie sind die Hauptsteuerzahler des Landes. Ihre in viele Millionen gehenden jährlichen Investitionen, ihre Gehalts- und Lohnzahlungen, ihre laufenden Aufträge an andere Industrien und Versorgungsbetriebe sowie ihr Bedarf an Energie und Transportraum stellen wichtige Faktoren im Kreislauf der südafrikanischen Wirtschaft dar."*

Für diese Wirtschaftsentwicklung war die Heranführung von Arbeitskräften in den Raum Johannesburg von ausschlaggebender Bedeutung. Sie wurde von britischer Seite schon frühzeitig und mit System betrieben. So schloß der britische Gouverneur Lord Milner bereits im Jahre 1901 einen Vertrag mit der portugiesischen Regierung, der die Anwerbung von Eingeborenen aus Portugiesisch Ost-Afrika (Mozambique) in Gang setzte**.

Später wurden sogar über 50000 Chinesen nach Johannesburg transportiert, um hier in den Bergwerken zu arbeiten. Hiergegen allerdings entzündete sich so scharfer burischer Widerspruch, daß im Jahre 1910 alle Chinesen Süd-Afrika wieder verlassen mußten.

Unverändert aber blieb Johannesburg ein Magnet für die Bantus – ihre Arbeitskraft ist für Johannesburg und damit für die Wirtschaft Süd-Afrikas ein entscheidender Faktor geworden. Unten im burischen Pretoria aber hat man es mit dem Völkerproblem zu tun, das hier im britisch-amerikanischen Johannesburg wenn nicht entstanden, so doch brennend geworden ist. In dieser Stadt und in ihrem Industriebezirk stellt sich die Frage nach dem weiß-schwarzen Zusammenwirken in verdichteter Form. Wenn irgendwo ein massiertes schwarzes Proletariat entstehen konnte und mußte, dann hier: allein in den Goldminen um Johannesburg sind etwa 50000 Weiße und dazu 400000 Bantus beschäftigt.

In diesen Verhältniszahlen, die mir in einem der Johannesburger Wolkenkratzer genannt werden, drückt sich erneut aus, wie schwierig es ist, dem schwarzen Arbeiter technische Leistungen

* Zitat nach Professor Kurt Hesse: Wirtschaftswunder Südafrika, Düsseldorf 1954, Seite 120f.

** Hintrager a.a.O. Seite 399.

abzufordern. Gegenüber europäischen Verhältnissen muß für jede Aufgabe mit einer Vielzahl der benötigten Arbeitskräfte gerechnet werden. Die Quantität der eingesetzten Farbigen muß die mangelnde Qualität ihrer technischen Fähigkeiten ausgleichen, dauernde weiße Kontrolle ist ganz unerläßlich.

Als der alte Buren-Präsident Paul Krüger im Jahre 1890 das emporgeschossene Johannesburg besuchte und vor dem Haus des deutschstämmigen (und heute durch ein Denkmal geehrten) Landdrostes Karl von Brandis mit einer „ausländischen" johlenden Menschenmenge streiten mußte, konnte er noch empört erklären, er werde diese Stadt nie wieder besuchen*.

Heute leben in und um Johannesburg anderthalb Millionen Menschen – darunter fast eine Million Bantus: die südafrikanische Regierung kann ihnen nicht mehr den Rücken zuwenden, sondern muß sich mit ihnen unvermeidbar auseinandersetzen.

Soweto und Batokeng

„Wir leben hier mit den Schwarzen seit drei Jahrhunderten zusammen, wir kennen sie wirklich. ... Die Amerikaner sind bereits vielen Irrtümern unterlegen. Hier in Afrika irren sie am meisten. ... Noch niemals und nirgends hat ihre propagierte ‚multiracial society'-wirklich funktioniert.... Wir wissen daß die Schwarzen anders sind als wir, und davon gehen wir aus. ... Auch bei ihnen gibt es eine Reihenfolge der Entwicklung: zuerst muß man sich an den Spaten gewöhnen, muß sich die Lebensgrundlagen schaffen; erst später kann man auf den Mond fliegen.... Kein anderes afrikanisches oder europäisches oder amerikanisches Land ist so friedlich, wie Süd-Afrika; unsere Polizei ist geradezu unterentwickelt.... Die Autorität des weißen Mannes ist bei uns immer noch so überzeugend, daß es keiner Machtdemonstration bedarf.... Aus Schwarz-Afrika strömen die Arbeitskräfte zu uns herunter, weil hier das Land ist, in dem sie am meisten verdienen. ... Sie wissen es in Wirklichkeit genauso wie wir, daß wir gegenseitig

* Hintrager a. a.O. Seite 334.

aufeinander angewiesen sind: wir brauchen sie, sie brauchen uns. ... Das große Experiment der Apartheid zielt darauf ab, den Farbigen mit unserem Lebenskreis zu verbinden, ihn teilnehmen zu lassen an unserer technischen Welt – aber *ohne* ihn zu entwurzeln".

Es sind sehr entschlossene und optimistische Deutungen, die man von Managern in Johannesburg zu hören bekommt. Das Kunststück freilich, die Bantus* – ihre Zahl in Südafrika beträgt über 12 Millionen, von denen etwa ein Drittel als „städtische Bantus" gelten – in den weißen Arbeitsprozeß einzuschalten und sie trotzdem nicht in die Stammesauflösung und in ungeregelte Mischung hineinzutreiben: dieses Experiment ist noch im Gange, die Entscheidung kann nicht als bereits gefallen gelten. Hier in Johannesburg bemüht man sich, eine Bantu-Anarchie zu verhindern; ob es gelingt, steht noch dahin.

Da ich angesichts der Zahlenverhältnisse meine Zweifel nicht verberge, werde ich zu einer Fahrt durch Soweto (abgekürzt aus der englischen Bezeichnung: „South Western Townships") eingeladen: das sind die Bantu-Städte, die man vor den Toren von Johannesburg gebaut hat. Eigene Schnellbahn-Züge verkehren in diese Vororte und die Apartheid wird ganz einfach dadurch praktiziert, daß die Bantu-Züge nur an Bantu-Stationen halten.

Wir allerdings fahren mit einem Direktions-Mercedes in einer knappen Viertelstunde in das Hügelgelände, das – soweit das Auge reicht – bienenwabenähnlich von Siedlungen überzogen ist. In ihrer meilenweiten Einförmigkeit kann diese Wohnlandschaft für europäische Begriffe nicht als anziehend gelten, aber das Urteil „großzügig" ist kaum zu verweigern. Da sind Sportplätze, Schwimmbäder, Einkaufszentren, Schulen, breite Straßen mit lebhaftem Bus- und Autoverkehr; man erläutert mir ironisch: „Die Bantus in Südafrika besitzen mehr Autos als alle Russen in der ganzen Sowjetunion."

---

* „Mit dem Ausdruck ‚Bantu' wird eine Gruppe von Schwarzen bezeichnet, die in Sprache und Sitten nahe verwandt sind. In Afrika gibt es 80 Millionen Bantus, die mehr als zweihundert Sprachen und Dialekte sprechen." (Zitat nach Dr. Peter Kleist: Südafrika — Land für weiß und schwarz, Göttingen 1964, Seite 191.) Dort auch Übersicht über die Bantu-Gruppen.

Wichtiger und interessanter ist, daß auch Soweto in Stammesbezirken bewohnt wird, daß eigene Sektionen für Xosas, für Tswanas und für Zulus bestehen. Die letzteren unterscheiden sich von allen anderen dadurch, daß sie aktiver und deshalb auch für den Polizeidienst in Soweto geeignet sind. Wenn abends die Arbeiterzüge aus der Stadt kommen, haben es die Ordnungshüter nicht leicht, vor allem am Wochenende, wenn die Lohntüten gefüllt sind.

Jetzt an einem Werktag Vormittag geht es in Soweto völlig friedlich zu; nur Frauen und Kinder und gelegentlich ältere Leute sind unterwegs. Vor dem Häuschen unseres Fahrers halten wir und treten ein: neben der Küche gibt es einen europäisch eingerichteten kleinen „Dining Room", im daran anschließenden engen Schlafzimmer liegen ein paar schmuddelige Decken auf den Betten. Draußen wird als Stolz des Hausherrn ein Plattenweg zur Gartentür gezeigt; er hat ihn selbst gelegt. Die Hausfrau, die kein Englisch versteht, wird vom Gemahl über unseren Besuch unterrichtet und lächelt uns freundlich, wenn auch verständnislos an.

Es genügt dieses eine Haus zu sehen: denn die vielen tausend anderen sind in gleicher Weise einstöckig gebaut, nur die öffentlichen Gebäude ragen hervor.

Diese Bantu-Stadt ist wahrlich ein Phänomen. Mein deutscher Begleiter sagt mir: „Es ist erstaunlich, was die Buren in den letzten 20 Jahren hier gegen viele Widerstände und Schwierigkeiten durchgesetzt haben. Sie selbst haben am eigentlichen Wirtschaftswunder, am Bergwerk- und Industriegeschehen Johannesburgs wie früher nur wenig Anteil. Da sind die Engländer und Amerikaner, auch die Juden und Deutschen zu Gange. Aber daß trotz des enormen Bantu-Zustroms hier Sauberkeit und Ordnung herrscht: das hat die Regierung geleistet. Sie wird von den hiesigen großen Zeitungen nicht nur dauernd kritisiert, sondern geradezu angefeindet, aber im Grunde ihres Herzens wissen es auch die bittersten Gegner der nationalen Regierung: Wie sähe es in Johannesburg aus, wenn Pretoria nicht eingegriffen hätte, wenn es hier kein Soweto gäbe!"

Hier wohnen nur die Industrie-Arbeiter, die in den Fabriken tätig sind. Die sog. Minenarbeiter der Bergwerke sind direkt bei

den Gruben angesiedelt, die sich meilenweit über den Witwatersrand hinziehen.

Man sagt mir, daß in ganz Süd-Afrika seit 1950 an die 300000 Häuser für Bantu-Arbeiter gebaut und fast zwei Milliarden D-Mark öffentliche Gelder dafür eingesetzt wurden.

Die schwarzen Trabanten-Städte haben natürlich eine doppelte Funktion: Einerseits haben sie aufgeräumt mit den seuchengefährlichen Buden- und sonstigen wilden Quartieren, die den Bantus genauso genügen würden, wie es bei den in die Städte strömenden Indern und südamerikanischen Mischlingen der Fall ist. Außerdem aber sorgen diese schwarzen Wohnbereiche für eine schon zur Niederhaltung der Kriminalität unerläßliche Abgrenzung: ebenso wie die Weißen den Bantu-Wohnbezirken fernbleiben müssen, so sind die schwarzen Arbeiter verpflichtet, die weißen Wohngegenden abends zu räumen. Nachts ist Johannesburg weiß.

Wenn man das Wort Apartheid als „getrennte Entwicklung" verdeutscht, so liegt hier in den Industriebereichen die Betonung auf dem Wort „Trennung".

Ich begreife solche Erklärungen: diese Menschenmassen werden hier benötigt – wie könnte sonst das Wirtschaftsleben im Gang bleiben? Aber es ist unvermeidlich eine gewagte Ordnung, die hier versucht wird. Daß in diesem – von ein paar Weißen bestenfalls beobachteten und gewiß nicht kontrollierten Soweto sich nicht Hunderttausende gegen das so nahe und sichtbar reiche Johannesburg zusammenrotten, ist erstaunlich. Aber man scheut hier das Wagnis nicht – schlicht verläßt man sich darauf, „die Schwarzen zu kennen".

Mein Begleiter, der die Fragen nach der inneren Sicherheit dieses Landes so lässig beantwortet, erklärt: „Die beherrschende Seelenstimmung des Schwarzen ist die Angst. Sie bestimmt auch seine religiösen Vorstellungen. Er sucht nicht Freiheit in unserem Sinne, seine Freiheit heißt Sicherheit. Deshalb lebt er in Süd-Afrika zufriedener als irgendwo sonst im heutigen Afrika. Deshalb ist ein Soweto möglich, deshalb droht auch den drei Millionen Weißen in Südafrika keine Gefahr von den 15 Millionen Farbigen, die mit ihnen in diesem Lande leben. Sie wissen, daß die weiße

Ordnung auch für sie Sicherheit bedeutet. Deshalb macht es ihnen nichts aus, wenn sie abends aus Johannesburg verschwinden müssen."

*

Wieder bin ich übers Wochenende auf eine deutsche Farm eingeladen – diesmal bei Rustenburg in Transvaal. Mit der Einladung verbunden war die Anregung, ein „Permit", einen Erlaubnisschein zum Besuch im nahegelegenen Bantu-Reservat zu besorgen. Dieses Dokument wird in Pretoria von der „Bantu-Administration" ausgestellt und enthält eine Reihe von vorgedruckten Bedingungen: ich darf nicht in einer Bantu-Unterkunft wohnen; unter keinen Umständen darf ich mich „in die Angelegenheiten der Bantus einmischen"; und in meinem Verkehr mit ihnen muß ich mich „würdig benehmen" („behave in a dignified manner").

Auf der Farm „Berghof" zunächst wieder Einkehr in eine „deutsche Oase" mit all der Gemütlichkeit und Tüchtigkeit einer tätigen Familie. Auch hier der Hausvater im Zweiten Weltkrieg deutscher Offizier, die erwachsenen Söhne bereits in angesehener Tätigkeit im öffentlichen Leben der Gegend. Und auch hier die langen ernsten Gespräche über das, was in Deutschland zweifelhaft geworden ist und an Gesundung wieder erkennbar werden sollte.

Mit meinem „Permit" unternehmen wir noch am Nachmittag eine Fahrt nach Bouquén – so nennt man hier den Ort; in der Bantu-Administration heißt das Reservat „Batokeng". Eine Art Grenze ist in der Landschaft unschwer zu erkennen. *Hier* sind die Felder sorgfältig bestellt, *drüben* wächst der Mais ungeregelt. *Hier* wird intensiv, *dort* wird extensiv gewirtschaftet; man hält Vieh und baut an soviel man braucht, nicht viel mehr. Eine Kirche steht im Mittelpunkt des Grenzdorfes, und ein Missionshaus; die Schule ist groß und neu gebaut. Die Ortsstraßen winden sich sandig durch die kleinen Häuserreihen. Krale aber gibt es hier nicht. Batokeng ist „halb europäisch" – so die Auskunft.

Ein kleines langgestrecktes Gebäude auf halber Anhöhe ist das Rathaus, das Verwaltungsgebäude. Im Büro empfängt uns der

Sekretär des Häuptlings. Sein Schreibtisch ist mit Zeitungspapier abgedeckt, sein Hemd ist schmutzig, seine Schuhe sind durchlöchert – aber sein Englisch ist einwandfrei.

Häuptling Molotlegi ist – so teilt der Sekretär mit – leicht erkältet und befindet sich in seiner Villa; er will uns aber morgen früh hier im Büro empfangen. Der Sekretär erteilt bereits einige Auskünfte: das Reservat umfaßt – einschließlich der auswärts Tätigen – etwa 100000 registrierte Einwohner, deren Verwaltung hier besorgt wird. Verantwortlich ist der Häuptling; er hält jedoch jeden Dienstag eine Rats-Sitzung ab, zu der auch die Unterstämme ihre Vertreter entsenden. Alle wichtigen Angelegenheiten werden dabei besprochen und vom „Chief" entschieden, der sich freilich gehalten fühlt, dem beim „Palaver" hervorgetretenen Mehrheitswillen zu entsprechen.

Die jungen Männer des Reservats drängen – „wenn sie stark sind" – sehr nach Johannesburg. Der Sekretär könnte mehr dorthin entsenden, als Arbeitsplätze angeboten werden. Außerdem aber gibt es bei Rustenburg bereits einige „Grenzfabriken", d. h. Industriebetriebe, die unmittelbar an der Reservatsgrenze angesiedelt sind. Zu ihnen werden die Stammesleute täglich mit Bussen transportiert, abends kommen sie wieder nach Hause zurück.

Am nächsten Morgen sind wir – wie verabredet – um 9 Uhr 30 wieder zur Stelle. Diese Pünktlichkeit ist nicht erwartet worden. Es dauert eine Viertelstunde, dann kommt ein Bantu, der zunächst das Büro aufsperrt und ausfegt; uns stellt er zwei Stühle auf die Veranda. Schließlich hören wir Schritte den Hügel herunter: in elegantem schwarzen Anzug setzt mit sportlichem Schwung der etwa 30jährige, noch jugendlich wirkende Häuptling über die Verandabrüstung. Wir werden nun in seinen Empfangsraum gebeten; Molotlegi nimmt hinter dem Schreibtisch in einem hohen, mit einem geschnitzten Krokodilkopf gezierten Lehnstuhl Platz. Wir erfahren: „ein Geschenk der Regierung von Süd-Afrika".

An den Seitenwänden des Raumes sind Bänke aufgestellt, Fotografien zeigen den Großvater und Urgroßvater des Häuptlings (diesen mit Zylinderhut im Gespräch mit dem Burenpräsidenten Paul Krüger).

Molotlegi ist wirklich erkältet; sein Englisch ist manchmal schwer verständlich, dann spricht er Afrikans und mein Begleiter übersetzt.

Ich stelle gleich die Frage, die mir seit der Fahrt durch Soweto die wichtigste zu sein scheint: wie steht es mit dem Zusammenhalt zwischen dem Stammesvolk hier und den „Städtischen" dort? Molotlegi meint dazu gelassen: „Das ist kein Problem!"

Jeder, der von dort kommt und dorthin geht, muß sich bei seiner Verwaltung melden und er – der Häuptling – hat Beauftragte in Soweto, die dort unter seinen Stammesangehörigen nach dem Rechten sehen. Sie erhalten auch die Protokolle der wöchentlichen Ratstagungen und machen sie bekannt. Die meisten Kinder, die in Soweto geboren werden, kommen nach Batokeng zurück und werden hier aufgezogen. Auch wer dort stirbt, wird hier beerdigt.

Wie steht es mit der heranwachsenden männlichen Jugend? Wird sie zur üblichen „Häuptlingsschule" zusammengefaßt; gibt es noch die Mannbarkeits-Riten? Die Jugendweihe? Diese Fragen werden zögernd beantwortet. In einigen Unterstämmen seines Gebietes werde das noch so gehalten, und er sei „nicht dagegen". Hier im Ort gebe es das nicht mehr, hier sei alles christianisiert. Es bestehe zwar kein direkter Widerspruch zwischen Häuptlingsschule und Jugendweihe einerseits und der christlichen Auffassung andererseits, aber die alten Bräuche „werden von der Kirche doch nicht gerne gesehen"*.

* Paul L. Breutz, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der südafrikanischen Bantu-Administration in Pretoria, berichtet in Band XIII der Zeitschrift Paideuma Mitteilungen zur Kulturkunde (Wiesbaden 1967,) Seite 22:
„Obwohl über 70 Prozent der Tswana nominell Christen sind, hat sich nicht nur der Ahnen- und Seelenglaube vorwiegend erhalten, sondern auch der Zauberglaube und magisch-menschliche Beziehungen. Vor einiger Zeit wurde an einer theologischen Dissertation gearbeitet, mit der festgestellt werden sollte, warum heidnische Sitten bei Christen heute wieder durchbrechen. In Wirklichkeit handelt es sich darum, daß diese alten Anschauungen gar nicht erst verschwunden waren, sondern nur vor den kirchlich-dogmatischen Forderungen ihrer weißen Prediger geheim gehalten wurden. Die Magie und das Hexenwesen spielen noch eine große Rolle, wenn auch laut Regierungsverbot keine Hexenprozesse im Häuptlingsgericht angenommen werden dürfen. Mit diesen Dingen befassen sich dafür um

Nächste Frage: Gibt es Mischheiraten zwischen den einzelnen Stämmen? Molotlegis Leute nehmen ohne weiteres Mädchen anderer Tswana-Stämme, beispielsweise aus dem Nachbarstamm, der den Affen zum Wahrzeichen hat. Auch mit Botswana-Leuten sind Ehen erlaubt. Er, der Häuptling, hat eine Schwester des Botswana-Präsidenten Seretse Kama zur Frau genommen. In der Schublade sucht und findet er das Hochzeitsbild, auf dem auch die weiße Frau Seretse Kamas zu sehen ist. Molotlegi deutet auf sie und erläutert: „Das wünschen wir nicht. Mein Bruder studiert zwar in New York, aber er kommt demnächst wieder zurück, um sich hier zu verheiraten. Unsere Leute heiraten auch keine Xosas, keine Swazis und keine Zulus. Mit diesen Leuten sind wir nicht verwandt und wollen nicht verwandt werden. Auch in Soweto kommen solche Ehen in aller Regel nicht zustande."

Aus seinem eigenen Leben erfahren wir, daß er ein Medizin-Studium begonnen, es aber abgebrochen hat, als sein Vater starb und damit die Häuptlingswürde auf ihn überging. Auf eine Frage bestätigt er, daß für ihn und Seinesgleichen nur Töchter aus Häuptlingsfamilien zur Eheschließung in Betracht kommen.

Mittlerweile ist mit tiefem Bückling der Sekretär eingetreten; jetzt bringt er das Besucherbuch, in das wir uns einzutragen gebeten werden – einige Seiten vorher entdecken wir den Namenszug des seinerzeitigen deutschen Bundesernährungsministers und späteren Bundespräsidenten Lübke – auch er hat hier schon einmal dem Häuptling des „Krokodil"-Volkes gegenüber gesessen.

Es ist die Gewißheit einer sehr weiten Entfernung, die trotz des europäischen Schreibtisches und trotz des Regierungssessels, trotz des weißen Hemdes, der dunklen Krawatte und der kühlen Höflichkeit von dieser Begegnung zurückbleibt.

Vielleicht wäre die Verständigung offener gewesen, wenn dieser Mann sich noch wirklich als „Häuptling", als „Vater seines Volkes" zeigen und nicht einen europäischen Minister nachahmen wollte.

Kann dieser Herr im schwarzen Anzug, der zwar tadellos geschneidert, aber ihm doch nicht auf den Leib geschnitten ist,

---

so mehr die Zauberer (ngaka). Die diesbezüglichen Anschauungen sind nicht nur bei vielen Städtern lebendig, sondern selbst bei Akademikern reiferen Alters."

seinem Volk noch der Mittelpunkt sein und den Halt bieten, den es in der Auseinandergerissenheit zwischen Soweto und Batokeng heute nötiger hat als jemals zuvor?!

Die Apartheid: Idee und Ziel

„Das einzige Land, das ernstlich versucht hat, seine Politik den vererbten Völkertatsachen (facts of ethno-genetics) anzupassen, ist Südafrika und der Erfolg ist bereits offenkundig; er wird oft auch schon von denen zugegeben, die früher der Politik der getrennten Entwicklung sehr kritisch gegenüberstanden."*

Dieser Satz ist nicht von einem südafrikanischen Regierungspropagandisten, sondern von dem britischen Professor Gayre of Gayre niedergeschrieben worden; er ist Herausgeber der wissenschaftlichen Zeitschrift „Mankind Quarterly", in seinen früheren Jahren war er sogar als „Umerzieher" in der alliierten Militärregierung für Italien tätig. Immerhin: dieser Professor hat gewiß recht, soweit die praktische Politik in Südafrika zur Debatte steht – darf aber diese Politik als eine „Idee", als eine allgemein beachtliche Richtschnur des Handelns gelten, kann ihr ein über den Raum Südafrika hinausgreifender „Sinn" zugesprochen werden. Bezeichnet sie „Ziele" im Weltausmaß?

Das sind Fragen die nicht nur am Augenblickserfolg gemessen werden können und doch beantwortet werden müssen.

*

Es ist eine stundenlange, aber schöne und rasche Vormittagsfahrt durchs grüne Hochland von Transvaal hinauf nach Pietersburg. Von dort arbeit sich unser kleiner Wagen noch 20 Kilometer auf Nebenstraßen nach Turfloop. Die Anlage dieser Bantu-Universität im Grenzbereich der Stammes-Nordgebiete kündigt sich – eingebettet in eine weite Berglandschaft – mit großen modernen Gebäuden schon von ferne an.

---

* Zitat nach Rhodesia and World Report, Salisbury, February 1967.

Inmitten des für europäische Begriffe überdimensionalen Universitätsgeländes mit Studentenwohnheimen und Villenvierteln für die Professorenschaft hat ein bemerkenswerter Mann seinen Altersruhesitz: Dr. W. W. Eiselen, in den 50er Jahren Südafrikas „Staatssekretär für Bantu-Fragen" und enger Freund des ermordeten Ministerpräsidenten Verwoerd. Dr. Eiselen – als Sohn eines deutschen Missionars im Lande aufgewachsen und heute ein Greis von über siebzig Jahren – war nicht nur an der Apartheid-Gesetzgebung dienstlich beteiligt, er gilt auch als ihr „geistiger Vater".

Die ungezwungene Gesprächsstunde mit dem lebhaften alten Herrn, der ein gepflegtes eindringliches Deutsch spricht, führt mitten ins große Thema. Diesem durchgeistigten Mann ist nicht nur die „Trennung", also die Ordnung des Bestehenden, wichtig. Ihn beschäftigt vielmehr der zweite Teil des Apartheid-Programms: nämlich die „Entwicklung", also die Frage, wie die Zukunft gestaltet werden kann. Und hierzu müht sich Dr. Eiselen wie eh und je um eine nüchterne Deutung der wirklichen Verhältnisse. Aufgrund seiner lebenslangen Kenntnis glaubt er nicht daran, daß die Schwarzen in Afrika – und wohin immer sonst sie durch die Ereignisse verpflanzt wurden – eine „Selbständigkeit" in der gleichen Art und Weise erreichen und stabilisieren können, wie wir sie begreifen. Die Grenzen des Möglichen könne man aber nicht nur theoretisch erfassen, sondern man müsse sie ohne Vorurteile in der Praxis ermitteln.

Die politischen und alle anderen Begabungen „herauszubringen": das ist hier und überall in der Menschenwelt der Kern alles dessen, was vernünftigerweise als „Erziehung" oder „Entwicklung" begriffen werden sollte. Auf die ernstliche *Absicht* freilich kommt es an – und das ist die Besonderheit des heutigen südafrikanischen Verhaltens gegenüber dem schwarzen Mann: man will ihn auf neue Stufen der Zivilisation „emporheben", aber diese sehr europäisch gedachte Zielsetzung hat auch beim „Vater der Apartheid" mittlerweile nachdenkliche Zweifel wachgerufen: „Wir haben dem Transkei bereits weitgehende Selbständigkeit eingeräumt, und werden noch in weiteren Eingeborenen-Reservaten die Stämme zu Staaten zusammenfassen, Regierungen bil-

den und Südafrika eine Art weiß-schwarzen Bundesstaat werwerden lassen."

Manche Schwierigkeiten treten freilich bereits scharf zutage; zu einem modernen Staatswesen gehören z. B. geordnete Staatsfinanzen. Aber schon im Transkei läßt sich die Finanzabteilung der Regierung nicht ohne die weißen Mitarbeiter und „Berater" organisieren. Ob es jemals möglich sein wird, Bantus für diese Aufgaben heranzubilden, steht dahin; bislang gelang es nicht. Ähnlich steht es in anderen Bereichen. „Man kann das alles nicht vorhersagen, es muß nüchtern in der Praxis ermittelt werden."

Das südafrikanische Experiment hat zweifellos große Allgemeinbedeutung: „Wieviel der weiße Mann in der modernen Welt tun muß, weil nahezu nur er es tun kann, wie weit hier der Schwarze, anderswo andere Menschentypen in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigert und an größere Aufgaben herangeführt werden können – das alles läßt sich nur im Wege der *Erfahrung* feststellen, an deren Anfang wir stehen. Einen solchen Anfang zu unternehmen: das ist die heutige Leistung Südafrikas."

Auch Dr. Eiselen, der wie Südwests Dr. Vedder ein frommer Mann ist und Gutes tun will, zeigt manche Resignation. Er sagt es nicht ausdrücklich, aber er scheint doch zu fürchten, daß der Optimismus, mit dem man hier in Turfloop darangeht, eine künftige Führungsschicht der Bantus auszubilden und ihr europäisches Hochschulwesen zu vermitteln, in einer Enttäuschung enden wird: „Wir bilden gute Advokaten aus, aber die Ärtze bleiben minderwertig. Und sie gehen nicht hinaus aus den Städten zu ihrem Volk. Wo wir weiteren Eingeborenen-Gebieten die Selbstverwaltung geben, da wollen sie Minister werden. Aber Verwaltungsarbeit wollen sie nicht übernehmen. Die sollen dann weiße Handlanger tun. Da wird erneut eine verkehrte Welt daraus."

So die Klage des Mannes, der die Apartheidpolitik nach christlichen Motiven entworfen hat – wie ein Vater, der seine Kinder erzieht und dann hofft, daß sie nach seinem Vorbild geraten, der aber ahnt, daß sie andere Wege gehen werden. Die gute Absicht hat Dr. Eiselen und seine Freunde vielleicht allzu zuversichtlich gemacht; es könnte sein, daß sich der großartige

Universitätsbereich von Turfloop als eine Fehlinvestition erweist – aber auch das würde nichts ändern an der Bedeutung und der Notwendigkeit des Versuches.

Nachdenklich meint der alte Herr: „Die einzigen Kolonisatoren, die sich bemüht haben, die Eingeborenen zu begreifen, waren die Deutschen. Ihre Kolonialbeamten mußten die Eingeborenensprachen lernen und sie haben sich – ganz im Gegensatz zu den Engländern – ernstlich angestrengt, in diese Völker hineinzuhorchen und hineinzublicken; gelungen ist es allerdings auch ihnen nicht."

Und die Buren? Sie berufen sich auf die drei Jahrhunderte ihres Umgangs mit den Völkern hier. Gewiß ist *ihre* „Entwicklungshilfe" realistischer als die blinden Anstrengungen europäischer Eiferer. Aber die Frage, wie und was in den Bantuvölkern entwickelt werden kann, ist auch in Turfloop noch nicht beantwortet. Immerhin sie ist gestellt worden; die Untersuchung ist noch im Gang.

Dr. Eiselen hat erfaßt, daß unser nachdenkliches Gespräch über der Tasse Tee fast düster geworden ist; er greift zu hoffnungsvolleren Argumenten zurück.

Der menschliche Lernvorgang ist ihm grundsätzlich wichtig: „Jeder erfahrene Pädagoge weiß, daß der Mensch leichter lernt, wenn er Rückhalt in einer gleichaltrigen Gemeinschaft hat. Wie gleichaltrig, so ist auch gleichartig eine entscheidende Voraussetzung für den Lernerfolg. Der Lernende muß einen Widerhall hören." Diese psychologische Situation zwinge schon im Schulwesen zur organisatorischen und methodischen Trennung. Nur durch *eigene* Bantu-Grundschulen, Bantu-Oberschulen, Bantu-Hochschulen werde es möglich, dieser Völkergruppe den Zugang zu dem zu verschaffen, was wir als den jeweils nötigen Wissensstoff erachten. Vor allem hier, wo die Menschen aus einem geschichtslosen Dasein der Steinzeit übergangslos in das Maschinenzeitalter versetzt wurden, sei es ganz unerläßtlich, sie „bei der Hand zu nehmen und ihnen eine besondere Unterrichtung zuteil werden zu lassen".

Das ist gewiß ein durchgreifendes Argument – nicht nur für Afrika. Die gewohnte Mißachtung der Völkerdifferenzen führt

schon im Schulbereich – man denke an die USA – zu Fehlentwicklungen und Minderleistungen, die vermeidbar sind. In Südafrika wurden geradezu radikale Schritte unternommen, um das Bantu-Schulwesen auf- und auszubauen. Im Zuge der Apartheid-Gesetzgebung wurden alle Bantu-Grundschulen, die bis dahin fast nur von Missionsgesellschaften betrieben wurden, dem Staat unterstellt; seither hat sich die Zahl der Schulen auf rund 10000 fast verdoppelt, die Schülerzahl nahezu verdreifacht. Jetzt gehen über zwei Millionen Bantu-Kinder regelmäßig zur Schule, sie werden von 36000 Bantu-Lehrern unterrichtet. In den Oberschulen werden 74000 junge Bantus unterrichtet (1953: 30000); in Turfloop sind heute 1300 Bantu-Studenten inskribiert. Die Ausgaben des südafrikanischen Staatshaushalts für das Bantu-Schulsystem stiegen von rund 10 Millionen Anfang der 50er Jahre auf heute 25 Millionen Rand (das sind etwa 130 Millionen D-Mark) jährlich. „In keinem Land Afrikas ist der Bildungsstand der Bantus höher als bei uns."

Nach diesen Hinweisen macht Dr. Eiselen noch einige Bemerkungen über die Eingeborenen-Staatsbildungen im Rahmen der Republik: Im Transkei sei das noch einigermaßen einfach gewesen, weil hier eine völkische Einheit der zum neuen Staat zusammengeschlossenen Stämme besteht. Anderswo stellen sich dem Bestreben der südafrikanischen Regierung, aus den hier wie in Schwarz-Afrika vielfach zerspitterten und auseinandergelebten Gruppen größere politische Einheiten zu bilden, und ihnen die Selbstverwaltung zu übertragen, große Schwierigkeiten entgegen. Man verfährt nach dem bekannten Wort Bismarcks: „Setzen wir diese Staaten nur in den Sattel – reiten werden sie schon können" – es ist das Prinzip „Hoffnung", das hier Pate steht.

Ich begreife, daß die „Apartheid" eine zwar gutdurchdachte und ethisch bedeutende, aber für Südafrika doch risikoreiche Politik umreißt. Nüchtern beurteilt bedeutet sie, daß die weiße Minderheit in diesem Lande es mit Nachdruck unternimmt, das politische Gewicht der nichtweißen Mehrheit zu verstärken. „Machthaber" wie sie Macchiavelli gezeichnet hat, „Ausbeuter" wie die Marxisten sie schildern, müßten vernünftigerweise entgegengesetzt handeln.

Es ist ein selbstsicherer Glaube an die eigene Gesundheit und Überlegenheit, die die weiße Schicksalsgemeinschaft in Südafrika zu solchem Tun ermutigt: nicht nur die biologische Kraft der Farbigen zu erhalten, sondern auch ihre Leistungsfähigkeit zu steigern und dadurch den schwarzen Mann zu größerer Bedeutung zu führen, als er sie im Weltvergleich jemals gehabt hat.

Seit Jahrzehnten bereits *verdienen* die Bantus in Südafrika mehr als irgendeiner ihrer Rassegenossen in Afrika, künftig sollen sie – wenn der selbstsichere Idealismus der Apartheid Recht behält – auch mehr *sein.*

*

Zurück in Pretoria: In der „Universität Südafrika" kennzeichnet mir ein Völkerrechtler mit Scharfsinn die geistigen Positionen, die sich in der weißen Welt heute gegenüberstehen und deren Auseinandersetzung nicht nur für Afrika gilt: „Unter amerikanischem *und* sowjetischem Einfluß hat sich das internationale politische und Rechtsdenken vom *Völker*begriff entfernt. Noch nach dem Ersten Weltkrieg wurde er wenigstens im Minderheiten-Schutzrecht noch anerkannt; seitdem zeigen die Weltmächte für die Natursache ‚Volk' immer geringeres Interesse, ja sie leugnen sie geradezu." Für die schwarz-afrikanische Staatenwelt, die „an der dümmsten Erbschaft der Kolonialmächte, an ihren Grenzziehungen, festhält", ist allerdings schon ein Volksgruppen-Recht geradezu Sprengstoff. Eine Ideologie, die nicht nur nach der Hautfarbe sondern noch genauer nach dem Volkstum frägt, gilt vielen heute geradezu als politische Gefahr; ihre Anerkennung bedeutet in der Tat eine Neuordnungsforderung in Afrika – und wohl auch in Europa. „Nicht wegen der ‚Schilder-Apartheid' wird Südafrika heute in der Welt verleumdet und gefürchtet, sondern weil sein Staatsdenken die Existenz der Völker anerkennt und sich nach ihnen orientiert."

Am letzten Tag der großen Reise notiere ich diese Sätze, die nicht nur hier sondern überall Bedeutung haben, wo die Wirklichkeit begriffen wird. Nur wer die Vielvölkerwelt als Realität anerkennt, kann hoffen, sie mit Vernunft zu ordnen.

Im Jan-Smuts-Flughafen wird der Flug nach Frankfurt abgerufen – eine freundliche Stimme sagt dazu deutsch im Lautsprecher der Wartehalle: „Auf Wiedersehen".

In der Abenddämmerung waren wir auf kurviger Straße von Pretoria herüber gefahren, jetzt beim Start ist es schon Nacht geworden. Mit dem Lichtermeer von Johannesburg grüßt noch einmal Südafrika. Bald haben wir die 10000-Meter-Höhe erklettert, Finsternis rundum – eine gute Stunde später unterbrochen von der Kapitänsdurchsage: „Unter uns Salisbury". An den verzweigten Lichterketten ist die Hauptstadt Rhodesiens gut auszumachen.

Das einzige Ereignis der Nacht ist die Zwischenlandung in Nairobi. Dort müssen die Passagiere im dämpfigen Nieselregen die Maschine verlassen und eine Stunde unter der Aufsicht dunkelhäutiger Hostessen im Tigerdress in den Warteräumen verbringen. Ein Verkaufsstand lockt zum Devisenverbrauch – der schwarze Verkäufer wird von einem Inder überwacht. Mit schläfrigen Blicken starren die Passagiere auf ein pompöses Wandbild mit der Unterschrift: „His Excellency Meza Jomo Kenyatta."

Als sich der Tag mit der „rosenfingrigen Eos" ankündigt, haben wir bereits das Land Homers erreicht; die kahlen Täler und Hänge des Peloponnes erinnern an den Abendflug vor Jahren, mit dem diese Erkundungsreise begann. ...

Frühe Zwischenlandung in Athen – nach dem neuen Start ziehen wir in kühner Schleife über das in die grünblaue Aegaeis hinausragende Kap Sunion, einst den griechischen Seefahrern das geliebte Wahrzeichen der glücklichen Heimkehr.

Dann nochmals eine weiße Wolkenlandschaft; als sie aufreißt ist es gewiß, daß wir schon über deutschem Bauernland sind. Bergsiedlungen bis hoch hinauf, Hangfelder, ein schlängelnder Flußlauf – das muß Südtirol sein.

Über dem Inntal wieder Nebel, dann aber offen im vollen Tagesglanz des helles Morgens das Allgäu mit all seinen bunten Dörfern und breit hingelagerten Märkten, seinen wohlbestellten Fluren, den großen dunkelgrünen Flächen – Wald; seit Monaten erstmals wieder Wald!

Berlin: Stadt der Entscheidung

Während sie „drüben“ allenthalben Häuser abreißen, um Schußfeld zu erhalten – Schußfeld zur Menschenjagd mitten in Deutschland – ist hier in der alten Berliner Zeitungsstraße ein mächtiges Pressehaus direkt an die Mauer neu hingebaut worden. Wie eine Trutzburg.

Hoch oben im 19. Stockwerk hat man eine Besucher-Etage eingerichtet, von der aus sich das Erregende weit überblicken läßt: unmittelbar unter uns die wohlbekannte Friedrichstraße, einst die pulsierende Schlagader der Reichshauptstadt, heute fast ausgestorben. Voraus der friderizianische Gendarmenmarkt – ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende immer noch von Ruinen bezeichnet. Linker Hand der unverändert graue Bürobau des ehemaligen Reichsluftfahrtsministeriums, in der Ferne die Grünflächen der Bismarckschen Ministergärten zwischen der Wilhelm- und Königgrätzer Straße. Die Reichskanzlei – im Mai 1945 noch wenig beschädigt – hat man wie das Berliner Schloß Stein um Stein abgetragen: Russenangst vor den Zeugen deutscher Nationalfreiheit.

Direkt unter uns, an der Kreuzung Zimmer- und Friedrichstraße ist ein „Übergang“ an der „Sektorengrenze“ eingerichtet. Man nennt ihn „Checkpoint Charlie“; amerikanische Posten stehen gelangweilt dort und träumen vom Mississippi. Die Russen drüben sind nicht zu sehen, aber um so ernsthafter führen sie das Kommando. Ob ihre Gedanken an den Ussuri schweifen?

In den Zeitungen, die hier im Hause produziert werden, wird auch geträumt: von „Europa“, von „Entspannung“, ja von „Friedensordnung“. Aber läßt sich von Europa reden, solange es in Deutschland aussieht wie hier, von Ordnung oder von Frieden, solange die Völker, die die Gegenwartswelt geschaffen und ihren Zustand zu verantworten haben, so verwirrt sind wie heute?

Eifrig wird die „Bevölkerungsexplosion“ berechnet, die sich in manchen Kontinenten vollzieht, ohne zu bedenken, was sie bedeutet. Wie die Weltbevölkerungsentwicklung heute in Wirklichkeit verläuft, ist schon einmal festgestellt worden: „Die Hilflosen werden immer mehr, die Fähigen und Tätigen immer weniger“; es wurde dazu gesagt*:

„Während in weiten Bereichen des Erdballes kultursterile Mischpopulationen zahlenmäßig explodieren, ohne in der ihnen zuteil gewordenen Selbstverwaltung auch nur die Fähigkeit einer ausreichenden Nahrungsmittelproduktion zu entwickeln, sind die weißen Völker immer noch damit beschäftigt, sich machtpolitisch gegenseitig unter Kontrolle zu halten und sich in ihrer quantitativen und qualitativen Lebenskraft abzudrosseln. Daß dieser Prozeß – wenn er sich ungehindert weiterentwickelt – in einem Chaos enden muß, das können wir heute wissend vorausberechnen. Ihn aufzuhalten und umzukehren zu neuer Kräftigung der weißen Völker: das – und nichts Geringeres – ist die Aufgabe von heute und morgen.“

Immer noch liegt die Entscheidung bei uns. Die weißen Völker haben sich *selbst* in Frage gestellt und sie tun es noch weiter unter den Vorzeichen angeblich menschheitsbeglückender, in Wirklichkeit völkerzerstörender und damit lebenswidriger Ideologien.

Auch dazu bietet der Blick über das geteilte Berlin eine Lehre: diese mutwillig gestörte Stadt ist kein Machu-Pichu – sie ist trotz allem am Leben geblieben; hier wie drüben warten Millionen fleißige und einfallsreiche Deutsche auf die Stunde, in der sie ihre Anstrengungen wieder vereinigen dürfen. Der neue Anfang wird viel fordern – unmöglich geworden aber ist er nicht. Noch nicht.

In Kapstadt, am „Kap der guten Hoffnung“, hatte man mir gesagt: „Wenn Europa fällt, fallen auch wir“. Meine Antwort war: „Deutschland ist Europas Schicksal“.

Wird eine kommende Generation mit der deutschen die Welt-Frage des 20. Jahrhunderts beantworten?

Mit dem Blick auf die Mauer der weißen Selbstzerstörung läßt es sich genau sagen: Berlin ist die Stadt der Entscheidung – gewesen und geblieben.

---

* Helmut Sündermann in seinem Diskussionsbeitrag „Biopolitik — ein europäisches und Welt-Problem“, Jungeuropäische Arbeitstagung, Coburg 28. April 1968.

Inhaltsverzeichnis

Erstes Buch

Zweites Buch

Die Kartenskizzen sind eingeschaltet auf den Seiten 29, 93, 161, 186, 255, 343 und 466.

Die Bildtafeln sind eingeschaltet vor den Seiten 17, 97, 209, 273, 353, 385, 449 und 497.